C 21734 D

Nicaragua: Nieder mit Somoza S. 48

Arbeiterkampf

Jg 7 Nr 139 2.10.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2.-

Werftarbeiter im Kampf gegen Massenentlassungen

4.000 Werftarbeiter in Hamburg und 500 in Kiel streikten und demonstrierten am 21.9. bei den Howaldtswerken Deutsche Werft (HDW) für zwei Stunden gegen die bevorstehenden Massenentlassungen von 2.000 Werftarbeitern und -angestellten. Dies war die erste Protestaktion der Betroffenen, acht Tage, nachdem die Entlassungsmeldung bekannt geworden ist. Zuvor hat es Bereichsversammlungen, Auseinandersetzungen im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und in Hamburg eine über zwei Tage dauernde Betriebsversammlung mit 5.000 der über 6.000 Beschäftigten gegeben. Die Versammlung war gut wie nie zuvor besucht und wurde mit gespannter Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgt.

HDW: In neun Jahren 8.000 Beschäftigte entlassen!

Nachdem 1968 die Deutsche Werft, Werke Finkenwerder und Reiherstieg und die Howaldtswerke Hamburg zur HDW fusionierten, begann ein ständiger Prozeß der Konzentration der Produktion, verbunden mit Rationslisierungen und Massenentlassungen für die Beschäftigten. 1972 wurde das Werk Finkenwerder stillgelegt, bis 1981 sollen weitere 500 Beschäftigte in Kiel und 1.500 in Hamburg entlassen werden. Das Vorstandskonzept der HDW sieht vor:

— bis 1980 soll der Schiffsneubau in HDW/Werk Ross (Hamburg) eingestellt werden;
— das Werk Reiherstieg (Hamburg) wird stillgelegt
— das Werk Diedrichdorf (Kiel) wird ebenfalls stillgelegt
— der Kriegsschiffbau in Kiel wird ausgebaut.

Forsetzung auf Seite 17



und 1.500 in Hamburg entlassen werden. Das Vorstandskonzept der HDW sieht vor:
— bis 1980 soll der Schiffsneubau in HDW/Werk Ross (Hamburg) eingestellt werden;
— das Werk Reiherstieg (Hamburg) wird stillgelegt
— das Werk Diedrichdorf (Kiel) wird ebenfalls stillgelegt
— der Kriegsschiffbau in Kiel wird ausgebaut.
Forsetzung auf Seite 17



Hessen Wahl: Für Umweltschutz und Demokratie!



Am 8. Oktober sind die Landtagswahlen in Hessen. Nach der Hamburg- und Niedersachsen-Wahl stellt sich erneut eine linke Alternative, die GLH, zur Wahl. Die GLH ist nach einem langen Diskussionsprozeß eines Teils der hessischen Bürgerinitiativen entstanden. Organisierte wie unorganisierte Linke arbeiten ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder sonstige Diskriminierungen darin mit. Die GLH hat sich eine Plattform gegeben, deren Schwerpunkte der Kampf gegen die friedliche oder militärische Nutzung der Atomenergie und für die Erhaltung demokratischer Rechte sind. Darüber hinaus tritt die GLH gegen alle anderen Formen kapitalistischer Umweltzerstörung, für die Gleichberechtigung der Frauen, für eine repressionsfreie Erziehung, gegen die Diskriminierung von Minderheiten und gegen die Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung ein. Nicht nur für die bürgerlichen-

Fortsetzung auf Seite 2

6000 demonstrieren gegen AKW Biblis
Rund 6.000 Menschen kamen am 1. Oktober zu der bisher größten Demonstration gegen das AKW Biblis (in Hessen). Dieser schöne Erfolg war möglich geworden, weil sich ein breites Spektrum von Initiativen und Organisationen zu einem Aktions-Bündnis zusammengeschlossen hatte (14 Bürgerinitiativen, Aktionskreis Leben Frankfurt, Landesver-

6000 demonstrieren gegen AKW Biblis

Rund 6.000 Menschen kamen am 1. Oktober zu der bisher größten Demonstration gegen das AKW Biblis (in Hessen). Dieser schöne Erfolg war möglich geworden, weil sich ein breites Spektrum von Initiativen und Organisationen zu einem Aktions-Bündnis zusammengeschlossen hatte (14 Bürgerinitiativen, Aktionskreis Leben Frankfurt, Landesverband Hessen des BUND, GLH, GLU; aufgerufen hatten ferner die Jusos Hessen-Süd und der BBU unterstützte die Aktion).

Nach einer bunten Aktion (Stadtfest mit vielen Infoständen, Straßenmusik, Sketchen etc.) und Kundgebung in Biblis wurde ein Demonstrationszug zum nahegelegenen AKW gebildet. Diese Aktion, zu deren Gelingen die bei den Landtagswahlen kandidierende GRÜNE LISTE HESSEN maßgeblich beigetragen hat, zeigt, daß es möglich ist, auch gegen schon seit Jahren bestehende Atomanlagen viele Menschen zu mobilisieren und daß darüber hinaus die AKW-Gegner nicht resigniert haben.

KB/Gruppe Frankfurt

GEW-Westberlin zurück in den DGB?

13.000 Westberliner GEW-Mitglieder wurden im September 1976 von Frister, Bundesvorsitzender der GEW, ausgeschlossen, weil sie seiner Aufforderung, die GEW Westberlin aufzulösen und sich vollständig dem Diktat der Bundesorganisation zu unterwerfen, nicht nachgekommen waren. Dies war der größte Massenausschluß seit Bestehen des DGB. Damals hatte Frister noch gehofft, diese Gewerkschaft allein durch den Ausschluß aus dem DGB zerschlagen zu können. Er ließ einen Spalterverband gründen, die GEW im DGB, und rief alle Mitglieder des ausgeschlossenen Verbandes zum Übertritt auf. Doch er hatte sich gründlich verrechnet: heute, zwei Jahre nach dem Massenausschluß, hat die GEW Westberlin 8.000, die GEW im DGB dagegen nur 4.000 Mitglieder. Erstmals in der Geschichte des DGB ist es damit einer Gewerkschaft gelungen, unabhängig vom DGB ihre Existenz zu behaupten. Die GEW Westberlin hat diesen Ausschluß jedoch nie akzeptiert und hat mit allen Mitteln für die Wiederaufnahme in den DGB gestritten.

Jetzt kam es erstmals zu Verhandlungen zwischen der GEW im DGB und der GEW Westberlin mit dem Ziel der Vereinigung.

Siehe Artikel S. 20

Camp David-Abkommen Kein Wort von Palästina

Die Rahmenabkommen von Camp David stellen einen neuen Höhepunkt der Kapitulationspolitik Sadats vor dem Zionismus und Imperialismus dar. Mit diesen Abkommen verstärkt sich der Druck Israels, der arabischen reaktionären Staaten und des US-Imperialismus auf die Palästinenser, die fortschrittlichen Kräfte und Staaten im Nahen Osten erheblich.

In den Abkommen werden die vollständige Ablehnung der legitimen Rechte der Palästinenser auf ihr Land und die totale Mißachtung ihrer Interessen festgeschrieben. Dies ist der Kernpunkt der gesamten Abkommen. Die Vereinbarungen von Camp David sind ein weiterer entscheidender Schritt bei der „radikalen"Lösung der Palästinenserfrage und bei der Durchsetzung der imperialistischen Strategie im gesamten Nahen Osten.



„Sadat ist endgültig in das Lager der Feinde übergegangen"

George Habash, Chef der PFLP, sagte während eines Fernsehinterviews am Rande der Tagung der „Front der Standfestigkeit und Konfrontation" zu den Camp-David-Abkommen folgendes: *„Wir lehnen die Abkommen hundertprozentig ab ... Mit diesen Abkommen ist Sadat endgültig ins Lager der Feinde übergegangen!"*

Dieser Weg ins Lager des Zionismus und Imperialismus zeichnete sich schon nach der Niederlage Nassers im Juni-Krieg 1967 ab und wur-

Fortsetzung auf Seite 46

Jetzt wird's aber Zeit: Die NPD muß weg!

Der Hamburger Senat hat der Kette seiner direkten Begünstigungen der Nazi - Umtriebe ein neues Glied hinzugefügt. Unter den Augen der zum Schutz der Nazis aufmarschierten Polizei konnten NPD- und andere Nazi-Schläger im Anschluß an eine Kundgebung am 23.8.78 in der Innenstadt an Antifaschisten „Rache" nehmen!

In geschlossener Formation, teilweise behelmt, marschierten die Nazis von ihrer Kundgebung weg durch die Fußgängerzone Spitalerstraße. Dabei inszenierten sie planmäßig Schlägereien gegen alles, was ihnen „links" erschien, besonders aber gegen ihnen bekannte oder für sie durch Plaketten u. a. m. erkennbare Antifaschisten und AKW-Gegner. Ihr Zug endete vor einem Stand der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe), Mitglied der Bunten Liste, nahe dem Hauptbahnhof. Die nächststehenden Atomkraftgegner wurden von den Nazis mit Karate- und Knüppelschlägen angegriffen, ein Angegriffener ging nach einem Treffer durch eine Stahlkugel zu Boden. Dann stürmten die Nazis brüllend auf den Stand los und zerstörten ihn.

Die ganze Aktion verriet Training und Planung. Wie schon in Frankfurt am 13. August lief das nach dem Muster: vorgetäuschte Ruhe, plötzliche Kehrtwendung, mit lautem Gebrüll auf die Antifaschisten zurennen, diese unter Ausnutzung des Überraschungsmoments zusammenschlagen, sofortiger Rückzug, bevor die Antifaschisten ihre Kräfte gesammelt hatten.

Erst nach der Zerstörung des Infostandes griff die Polizei ein und nahm – widerwillig und im Zeitlupentempo – einige Nazi-Schläger vorübergehend fest – nachdem sie vorher die Kundgebung der ca. 50 Nazis gegen 250 Antifaschisten mit einer Hundertschaft „geschützt"und sämtlichen Schlägereien, Drohungen und Provokationen der Nazis bis zur Zerstörung des Büchertisches tatenlos zugesehen hatte.

Einer der festgenommenen Nazis stürzte sich nach seiner schnellen Freilassung sofort wieder auf einen Antifaschisten und zerschlug ihm die Brille im Gesicht, so daß dieser blutüberströmt liegenblieb und anschliessend mit schweren Schnittwunden und leichter Gehirnerschütterung ins Krankenhaus mußte.

Insgesamt gab es auf Seiten der Antifaschisten zwei Krankenhaus-Einleiferungen und eine Reihe von leichten Verletzten.

Fortsetzung auf Seite 25

Hessen Wahl: Für Umweltschutz und Demokratie!

Fortsetzung von Seite 1

Parteien steht am 8.10. viel auf dem Spiel. Für SPD und CDU geht es „um Bonn", denn wenn Dregger gewinnt, und die CDU dadurch die 2/3-Mehrheit im Bundesrat erobert, dürfte es die Schmidt-Regierung schwer haben, über die Runden zu kommen. Für die FDP geht es sogar um's Überleben. Fällt sie auch in Hessen unter die 5%-Hürde, dürfte sie sich von diesem Schock kaum mehr erholen.

Aber auch die GLH muß im Vergleich mit der erstmals antretenden GAZ das radikal-demokratische Selbstverständnis der alternativen Wahllisten gegen Vereinnahmungsversuche durch eine neue bürgerliche Partei verteidigen. Vor allem aber kommt es darauf an, eine erneute Unterordnung der Bewegung unter das berüchtigte „kleiner Übel" zu verhindern. Denn mit aller Macht versucht die SPD, mit dem Argument Dregger-Dracula fortschrittliche Menschen erneut zur Stimmabgabe für die Sozialdemokratie zu bewegen. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, wann — bei Fortbestand der sozialliberalen Koalition — der Ausbau des AKW Biblis genehmigt würde, die geplante Autobahn mitten durch Frankfurter Wohnviertel das Ausmaß der Stadtzerstörung auf die Spitze treiben würde; wann das erste Berufsverbot nach dem 8.Oktober fällig ist, der nächste Polizeiüberfall auf Antifaschisten und Demokraten oder die nächste Korruptionsaffäre, in die SPD-Politiker verwickelt sind...

Dies und ähnliches sind auch die Gründe, weshalb bei den letzten Kommunalwahlen ein beträchtlicher Teil der SPD-Wähler gar nicht erst den Gang zur Urne antrat. Inzwischen gibt es in Hessen wieder einen guten Grund zu wählen: die GLH.

Die GLH hat im Wahlkampf deutlich machen können, daß sie sich der Arbeit der Bürgerinitiativen verpflichtet fühlt. Wo sie auftrat, sahen SPD, Jusos oder GAZ gleichermaßen schlecht aus:

— 18. September, Veranstaltung der Frankfurter Bürgerinitiativen „gegen den Moloch Autobahn". Unter dem rhythmischen Klatschen von hunderten zumeist älteren Bürgern geißelt Alexander Schubart — vor kurzem noch SPD, jetzt Kandidat der GLH — das Stadtautobahn-Projekt von CDU, SPD und FDP. Er wies nach, daß die CDU heute nur das weiterführt, was von der SPD schon lange eingeleitet worden war. „*Der Beifall brach über 'Aschu' zusammen*" schrieb die „FAZ" in einer Mischung aus Haß und Bewunderung.

— 20.9. Auf einer Diskussionsveranstaltung der GLH mit 600 Teilnehmern in Frankfurt erlitt ein Juso-Vertreter kläglich Schiffbruch bei dem Versuch, für seine Mutterpartei zu werben. Der GLU-Vorsitzende von Hessen, Truss, grenzte sich scharf von der GAZ ab und gab im Namen von sechs Kreisverbänden der GLU eine Wahlempfehlung für die GLH ab.

— 23.9. Plutoniumkongreß des BBU in Hanau. An diesem Abend wird Johano Strasser wohl noch lange zurückdenken. Denn selten sah der ehemalige Juso-„Chefideologe" und heutige Westberliner Professor so 'alt' aus wie im Kreuzfeuer von Bürgerinitiativlern und der GLH. Man sei nicht gekommen, um sich Feigenblätter anzusehen, sondern um sich mit der realen Politik der SPD in Bund und Ländern auseinanderzusetzen. Strasser wurde der fast völlige Verlust der Jusos an Konfliktbereitschaft innerhalb der SPD vorgehalten, vor allem seit dem Ausschluß Benneters. Die GAZ mußte sich den Vorwurf faschistoider Tendenzen gefallen lassen.

— 26.9. Die Veranstaltung des „Aktionskreis Leben" in Frankfurt wurde quasi zur Wahlveranstaltung der GLH. Der anwesende GAZ-Vertreter mußte sich einer peinlichen Befragung unterziehen, seine Antworten stimmen das Publikum in keinster Weise freundlicher.

— 27.9. 1.200 begeisterte Zuhörer nahmen an einer Kulturveranstaltung der GLH in Frankfurt teil, sicher einer der besten, die es in den letzten Jahren hier gegeben hat.

— 28.9. In Darmstadt fand gleichzeitig eine Veranstaltung der GLH und eine der GAZ statt. Dank des dickeren Geldbeutels hatte sich die GAZ den größeren Saal gesichert; wochenlang hatte sie mit dicken Zeitungsanzeigen dafür geworben. Ergebnis: 120 Zuhörer bei der GAZ, die alsbald auf 40 bis 50 zusammenschrumpfen, als klar wird, daß die GAZ keinerlei Diskussion zuließ. Derweil waren bei der GLH in einem völlig überfüllten Raum 600 Teilnehmer, die den GLH'lern Löcher in den Bauch fragten.

Neben der unmittelbaren Werbung für die GLH weist der Wahlkampf aber auch über den 8. Oktober hinaus. Der GLH ist es immerhin gelungen, eine Reihe von BI's ,vor allem im Anti-AKW-Bereich,zu reaktivieren (siehe Biblis-Aktion am 1.10.) und mit anderen BI's, die der Linken bisher distanziert gegenüberstanden, erste Kontakte zu knüpfen. Auch dürfte es eine beträchtliche Zahl von Jusos geben, die nach der Wahl noch stärker als jetzt schon nach dem Sinn ihres weiteren Verbleibs in der SPD fragen werden. Die GLH wird viele Möglichkeiten haben, ihr Versprechechen, unabhängig vom Wahlausgang an der Basis weiterzuarbeiten, die Arbeit der BI's zu stärken und den Schwerpunkt im außerparlamentarischen Kampf zu setzen, einzulösen. Hoffen wir, daß ein gutes Abschneiden bei der Wahl günstige Voraussetzungen dafür schafft!

Gegenbuchmesse in Frankfurt

Parallel zur Frankfurter Buchmesse des „Börsenvereins des Deutschen Buchhandels" veranstaltet auch in diesem Jahr wieder die „Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren" (AGAV) eine alternative Buchmesse.

Ca. 60 „Freizeit-Verlage" und kleinere „Provi-Verlage" stellen ihr Programm vor. Es reicht von politischen Sachbüchern bis zu speziellen Lyrik-Werken, Postkarten und Schallplatten.

Umrahmt wird die Gegenbuchmesse von einer Reihe Veranstaltungen: Lesungen mit Autorinnen und Autoren der alternativen Szene, Musikveranstaltungen verschiedenster musikalischer Richtungen.

So spielt am Eröffnungsabend die Hamburger Rockgruppe „Druckknöpfe"; ein „Alternativer Friedenspreis" wird verliehen.

Im Gegensatz zur großen Buchmesse kann an den Buchständen gekauft werden, die Kommunikation zwischen Käufer und Verleger wird großgeschrieben.

Ausdrücklich begründet die AGAV die Notwendigkeit einer Gegenbuchmesse damit, daß die herkömmlichen Verlage kaum noch Bücher von unbekannten Autoren drucken, daß in den kommerziellen Verlagen die Möglichkeit von literarischen Experimenten nur noch selten gegeben sind. Das spiegelt sich auf der großen Buchmesse wider und die Verlage der AGAV wollen zeigen, was auch heute noch im literarischen Bereich möglich ist.

Dieses Vorhaben, das an Traditionen der Gegenbuchmesse in den 60er Jahren anschließt, erreicht immerhin so viel Aufsehen, daß Presse, Funk und Fernsehen die Gegenbuchmesse 1977 nicht ignorieren konnten und dieses Jahr sogar im Zentralblatt des Börsenvereins relativ wohlwollend eine ganze Seite über die AGAV und die Gegenbuchmesse geschrieben steht.

Ein Grund ist sicher auch die Besucherzahl des letzten Jahres. Immerhin 18.000 Interessenten konnten verzeichnet werden, und dieses Jahr kann die Zahl überschritten werden.

Es bleibt noch anzumerken, daß der Reents-Verlag (Mitglied der AGAV) auf der Gegenbuchmesse präsent sein wird. Für alle AK-Leser besteht also die Möglichkeit, auch unser Gesamtprogramm direkt einmal anzuschauen.

Wer Interesse am Katalog der Gegenbuchmesse hat (- mit ausführlicher Selbstdarstellung der einzelnen Verlage), kann sich wenden an: „edition treves", Postfach 1401, 5500 Trier.

Wer die Messe besuchen möchte findet sie im „Haus Gallus, Frankenallee 111, 6000 Frankfurt 1".

Daimler-Benz, Stuttgart

40% für die „Plakat"-Gruppe!

Eine schwere Schlappe bedeutete der Ausgang der Betriebsrätewahlen im Stuttgarter Daimler-Benz-Werk für die IG-Metall-Führung am 29.9. Sie verlor bei den Arbeitern gegenüber den Wahlen von 1975 über 4.000 Stimmen und sieben Sitze. Demgegenüber gewannen die als Linke aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kollegengruppe Hoss/Mühleisen sieben Sitze hinzu und konnte mit knapp 5.000 Stimmen ihren Anteil mehr als verdoppeln.

Betriebsratswahlergebnis:

Arbeiter:	Sept. 1978	April 1978 (ungültig)	1975	
IGM	6601	7649	knapp 11.000	Stimmen
	51	65		Prozent
	15	19	22	Sitze
Plakat	4952	3204	ca. 2.200	Stimmen
	39,8	27		Prozent
	12	8	5	Sitze
CMV	1070	923		Stimmen
	9,2			Prozent
	2	2	1	Sitze
Angestellte				
IGM	3283	2873		Stimmen
	9	10		Sitze
DAG	1376	1016		Stimmen
	3	3		Sitze
CDA	942	315		Stimmen
	2	2		Sitze
Ruth-Liste	871	1265		Stimmen
	2	4		Sitze
Unabh. Angest. Gruppe	842	–		Stimmen
	2	–		Sitze

Die „Plakat"-Gruppe hatte nach den Betriebsrätewahlen im April dieses Jahres die Fälschung der Wahlen zugunsten der IG Metall-Liste aufgedeckt. Mehr als 1.500 gefälschte Stimmzettel waren für die IG Metall abgegeben worden. Die IGM-Betriebsrats- und Gewerkschaftsführung hatte sich zunächst massiv gegen die Aufdeckung dieser Fälschung gewehrt und erst, nachdem vor dem Arbeitsgericht die Wahlen für ungültig erklärt wurden, schwenkten die Gewerkschaftsführer um. Auf einmal erklärten sie, die von der Fälschung profitiert hatten und diese abzudekken versuchten, damit sei der IG Metall schwerer Schaden zugefügt worden, um den Verdacht von sich zu lenken. Im Betrieb hatten die IGM-Führer der starken Kritik an ihrer Politik Rechnung tragen wollen, indem sie bei den Neuwahlen zur Kandidatenaufstellung Urwahlen in den Abteilungen durchführen ließen. Allerdings durfte die „Plakat"-Gruppe wiederum nicht auf der IGM-Liste kandidieren. Die Neuwahlen und der Erfolg der Hoss/Mühleisengruppe sind eine verdiente Quittung für die undemokratische Politik der IGM-Führung (wir werden im nächsten AK ausführlich über die Wahlen berichten).

Kommentar

DAS LETZTE VOM ERSTEN

Mythologisches aus der DDR

Was immer schon zu befürchten war, nun ist es eingetreten: Ein Deutscher hat den Weltraum erobert. Er heißt Siegmund Jähn und stammt aus der DDR. Soweit müßte der Sachverhalt eigentlich klar sein und ein Kommentar erübrigte sich,... wenn nicht-, ja, wenn nicht Siegmund Jähn in seiner Heimat etwas ausgelöst hätte, was der unfreiwillig satirischen Komponente des „realen Sozialismus" in der DDR zu einer bislang kaum geahnten Blüte verholfen hat.

Siegmund Jähn hat in einer sowjetischen Raumstation einige Experimente durchgeführt, die auch auf der Erde, unter simulierten Weltraumbedingungen, zum Forschungsalltag gehören. Immerhin haben sich vor Jähn beachtliche 142 Menschen ins All gewagt und bemannte Weltraumflüge reißen in Ost und West deshalb spontan kaum einen von den Sitzen. Das einzig Sensationelle an Siegmund Jähn besteht also offensichtlich in der Tatsache, daß es sich bei ihm unstreitig um einen Bürger der DDR handelt. Wer meint, das allein sei ein bißchen dünn, hat seine Rechnung ohne die SED-Führung gemacht.

ohne die SED-Führung gemacht.

Beginnen wir mit Siegmunds Ankunft in der sowjetischen Orbitalstation „Saljut 6". Mit einem doppeldeutigen „Hallo, ich bin der Erste" kriecht er vor (!) seinem sowjetischen Mitflieger Bykovskij der Besatzung von „Saljut 6" entgegen und entledigt sich schnell seines Reisegepäcks: Glitzernde Medaillen mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Thälmann und Pieck. (...) Neben den Medaillen nehmen sich die Kleinstausgaben des „Kommunistischen Manifests" und von J.W. Goethes „Faust", die Jähn mitgebracht hat, denn auch eher bescheiden aus. Dem Fäustchen folgt eine Figur des DDR-„Sandmännchens", das, glaubt man dem abendlichen Kinderprogramm des DDR-Fernsehens, schon Jahre vor Siegmunds Flug als erster deutscher Kosmonaut beschäftigt wurde; allerdings in umgekehrter Richtung, nämlich aus dem All kommend auf das Territorium der DDR schwebend. Besonders originell natürlich die unvermeidlichen Portraits von Honekker und Breschnjew, die Siegmund mit sich führt. Und für die Besatzung von Saljut 6, die anscheinend unter Schlafstörungen zu leiden hat, gibt es brandaktuelle Ausgaben des „Neuen Deutschland" und der „Prawda".

Nachdem Siegmund das Interieur der Orbitalstation dem Standard der Wohnung eines mittleren SED-Funktionärs angeglichen und dies stolz nach unten vermeldet hat, testet er im wissenschaftlichen Teil des Unternehmens eine Handstoppuhr und einen elektronischen Schallpegelmesser.

Derweil wird unten das Spektakel gebührend gewürdigt. „Der erste Deutsche im All ein Bürger der DDR", triumphiert das „Neue Deutschland". Die Vermutung, daß so bedenkenlos chauvinistische Gefühle angeheizt werden, damit auch der bornierteste Kleinbürger seine Freude an Siegmunds Abenteuer hat, ist natürlich eine infame Unterstellung. Für die geschichtsbewußten Exemplare der kleinbürgerlichen Spezies wird Jähn flugs in eine Reihe mit Kepler, v. Humboldt, Einstein gestellt, deren Forscher- und Entdeckertraditionen er dort oben, „im sozialistischen Außenposten der Erde", bruchlos fortsetzte.

Der unverschämte Diebstahl dieser Traditionen durch die DDR wird sicher das Seine dazu beitragen, daß unsere westdeutsche Journaille den BRD-Kosmonauten, der 1980 fällig ist, leichteren Herzens einreihen kann in die Tradition kühner Eroberer wie Heinrich der Löwe, Friedrich der Große, Bismarck und der größte Feldherr aller Z-..., äh, na, der vielleicht noch nicht wieder. Womit der kleine Unterschied zwischen hüben und drüben wieder mal offensichtlich wäre.

Die Kurzmeldung auf der letzten Seite des „Neuen Deutschland" könnte 1980 lauten: „Durchsichtiges Prestigeunternehmen, Westdeutscher Pseudokosmonaut im Schlepptau der USA ins All gehievt. Womit das „Neue Deutschland" ohne Zweifel recht hätte...nur wir schreiben das Jahr 1978 und Jähn ist, wie gesagt, Bürger der DDR.

Die stärksten Erschütterungen hat Siegmund unter den in der DDR verbliebenen Dichtern ausgelöst. Ein Beispiel:

„Ikarus
Dädalus nicht mehr Rivale
Nur Freund noch, Bruder, Genosse.
So steigt der erste Mann
Deutscher Zunge
Mit rotem Herzen
Ins All
Und kommt
Von uns hier
Aus der
Deutschen Demokratischen
Republik".

Verursacher dieser lyrischen Ausdünstung ist Helmut Baierl, Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR. Die Schwierigkeit, das eher profane Ereignis literarisch zu verwursten, ist verständlich, darum kann ein mythologischer Zusatz nicht schaden. Doch leider scheitert der Gebrauchslyriker Baierl an der Tücke des Objekts. Dädalus und Ikarus waren zwar Vater und Sohn, aber deshalb lange noch keine Rivalen, Siegmund (!) Freud zum Trotze. Ein Rivale des Dädalus war sein Schwestersohn Talos, wie Dädalus Bildhauer und Erfinder. Als der Ruhm des Talos den des Dädalus zu überflügeln drohte, brach-

Als der Ruhm des Talos den des Dädalus zu überflügeln drohte, brach-

te Dädalus den Talos auf unsanfte Weise unter den Torf. In der griechischen Sage wird Ikarus' Sturz ins Meer, nachdem seine künstlichen Flügel in der Sonnenhitze zu schmelzen begannen, als späte Rache der Götter für den Mord an Talos dargestellt. Dies kann auch in der DDR jeder, wenn er nicht gerade Baierl heißt und ein Dichter ist, in Gustav Schwabs Sammlung griechischer Heldensagen nachlesen. Aber auch wenn die beiden wirklich Rivalen gewesen wären, Baierl also recht hätte: Will Baierl etwa andeuten, daß sich Dädalus (UDSSR) und Ikarus (DDR) v o r Jähns Flug nicht ganz grün waren und e r s t j e t z t „Freunde, Brüder" usw. geworden sind? Nicht auszudenken! Oder vergleicht Baierl Siegmund mit dem unglücklichen Ikarus? Wünscht er (vielleicht ein gut getarnter „Regimegegner") dem DDR-Siegmund insgeheim das tragische Ende des Ikarus? Fragen über Fragen. Also, Baierl, bitte setzen und Hände weg von der Mythologie!

Aber schließlich gibts noch andere Dichter, die dem welthistorischen Ereignis wesentlich unverblümter ihren Tribut zollen:

„Als Offizier der Volksarmee,
sein Herz ist ganz dabei,
erfüllt er auch im Weltenall
den Auftrag der Partei".

Angesichts dieser Knittelverse ist jeder mythologische Rekurs wohl fehl am Platze.

Inzwischen ist Jähn mit seinem sowjetischen Kommandanten in der DDR eingetroffen. Pressemeldungen zufolge wurde er in Berlin von Hunderttausenden bejubelt, an ihrer Spitze die Partei- und Staatsführung der DDR. Es spricht für Jähn, daß er angesichts einer Jähn-Büste im „Hain der Kosmonauten", an dessen Erstellung auch Mythologen wie Baierl mitgearbeitet haben dürften, nicht die Fassung verlor. Aber spricht es nicht auch Bände über die geistige Verfassung der politischen Führung der DDR, wenn die gewiß vorhandene Freude und die verständliche Genugtuung, es der BRD einmal gezeigt zu haben, in die alten Schläuche eines krampfigen und stupiden Popaganda-Rummels gegossen werden, dessen einziger Zweck es ist, über die Lobpreisung der Segnungen des „realen Sozialismus" im Weltall die Blamage auf Erden vergessen zu machen? Selbst die VR Polen und die CSSR, die inzwischen ebenfalls Kosmonauten aufweisen können, haben es nicht so arg getrieben und wer die Kritik für überzogen hält, mache sich bitte die Mühe, das Radio- und Fernsehprogramm der DDR über sich ergehen zu lassen: Alles jähnt!

Siegmund Jähn hat nach seiner Rückkehr die Bereitschaft bekräftigt, „jeden beliebigen Auftrag des sozialistischen Staates zu erfüllen." Der Auftrag sollte lauten: Flieg noch mal hoch, aber in Begleitung von Herrn Baierl nebst einigen anderen Komödianten! Damit ihnen, hoffentlich, wenigstens zwei Tage lang die Spucke wegbleibt und die Worte fehlen. Ein schöner Traum, oder?

Ein Mitglied des Kosmo-Ontologischen-Traum-Zentrums (K.O.T.Z.) Göttingen

Keine Auslieferung von Astrid Proll!

Am 15.9. wurde das ehemalige Mitglied der „RAF", Astrid Proll, in London verhaftet. Seitdem befindet sie sich in Auslieferungshaft.

Für Organe wie „Bild" und „Hamburger Morgenpost" (SPD-nahe) war dies wieder einmal ein Anlaß, ihr schmutziges Geschäft der Hetze gegen eine Frau zu betreiben, die Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse geleistet hat.

Die "Hamburger Morgenpost" (Mopo) unternahm den wohl dreistesten Versuch, Astrid Proll ihrer menschlichen und politischen Identität zu berauben: „**Über drei Dinge habe sie nie gesprochen: Sex, Religion und Politik**". Ferner weiß der Leiter der Autowerkstatt, in der Astrid Proll (unter dem Namen Anna Puttick) arbeitslose Jugendliche ausbildete, angeblich zu berichten: „*Die Astrid hat sich sogar einen Wahlsieg der Konservativen gewünscht, damit Margret Thatcher Premierminister wird*" (Mopo, 16.9.)

Große Sorgen machen sich verschiedene Blätter über das Sexualleben von Astrid Proll. Sozusagen exklusiv brachte die „Bild am Sonntag" (BamS) am 17.9. die Schlagzeile „**Verhaftete Astrid Proll war die Freundin des Superterroristen ‚Carlos'** ". (Andere Medien hatten das nicht herausgefunden!). Einen Tag später stand in der „Bild": „*Astrid Proll ... hatte Sex-Affären mit Frauen. ‚Sie machte nie ein Geheimnis daraus, daß sie lesbisch ist', enthüllte ein Mechaniker ... ‚Auf einer Party spannte sie mir ein Mädchen aus und trieb es mit ihr'* " („Bild", 18.9.).

Am 21.9. machte „Bild" dann noch einmal den Versuch einer ausgewogenen Berichterstattung: „**Terror: Proll heiratete Guru-Jünger**", lautete die Schlagzeile auf der ersten Seite! „*Die in England verhaftete Astrid Proll hat vor drei Jahren heimlich geheiratet: einen englischen Hippie, der heute wahrscheinlich beim Sex-Guru in Indien lebt*". Und weiter unten: „*Die lesbische Geliebte der Puttick, die rothaarige Deutsche Karin Monte (38), meldete sich inzwischen bei der Polizei*". Auch der „Stern" (21.9.) interessierte sich für Astrids Sexualleben: „*Lesbische Neigungen bestimmten das Privatleben von Anna Puttick alias Astrid Proll ... ‚Sie lebte mit einem deutschen Mädchen zusammen, mit dem sie auch herübergekommen war, erinnert sich Malcolm Walker*".

Astrid Proll konservativ, mit religiösem Tick und nach Feierabend ausschließlich mit ihrer Sexualität beschäftigt, so hätten sie sie gerne. Wer schon nicht mehr zur „RAF" gehört, bei dem ist eben Schluß mit Politik.

Selbst die „Welt" (16.9.) kann allerdings nicht umhin, ihre gute Arbeit als Ausbilderin für arbeitslose – meist farbige – Jugendliche zu würdigen: „*Als einzige weiße Frau machte sie das phantastisch*", wird der Werkstattleiter zitiert. Der liberale englische „Guardian" hat sich offensichtlich etwas genauer umgehört und sich dabei nicht von dem Interesse leiten lassen, ihre Identität zu zerstören: „*Fräulein Proll wurde von ihren Ausbilderkollegen als eine ‚Linke mit gut duchdachten Ansichten' beschrieben. Mr. Wilcocks* (der Werkstattleiter, Anm. AK) *sagte ‚Sie machte ihre Arbeit sehr gut, und alle Jungen mochten sie ... sie war eine gutaussehende Frau, die stark Ansichten der Frauenbewegung vertrat.*" (16.9.).

Und am 18.9.: „ ... *Als engagierte Frauenrechtlerin schloß sie schnell Freundschaft mit Mitgliedern der Frauenbewegung im Osten von London, wo sie in mehreren leerstehenden Wohnungen wohnte. ...Dann machte sie einen von der Regierung geförderten Kurs als Mechanikerin – ein Interesse, das durch ihre Liebe zu Autos geweckt war und dadurch, daß sie einige ihrer Freundinnen an Motoren hatte arbeiten sehen. ‚Sie war sehr beeindruckt, daß Frauen solche Arbeit tun konnten und sie beschäftigte sich dann stark damit' ... Gleichzeitig nahm sie an einem Abendkurs in Schweißen und Automechanik dreimal die Woche teil. Erst kürzlich hatte sie einen Abendkursus für Frauen zur Autoreparatur eingerichtet*".

Aber auch in Großbritannien wird die Verhaftung Astrid Prolls zur Terroristenhetze genutzt. So wurde das Fahndungsfoto Susanne Albrechts im englischen Fernsehen ausgestrahlt und Astrid Prolls Freundin so nachhaltig verunsichert, daß sie sich im Beisein ihres Anwalts freiwillig der Polizei stellte. Dazu der „Guardian" vom 20.9.: „*Eine deutsche Freundin von Astrid Proll stellte sich gestern der Polizei, wegen eines Vorgangs, den sie selber beispiellose Verfolgung in der Presse nannte. Karin Monte, 38, ging gestern zur Polizeistation Paddington Green, nachdem die ‚Daily Mail' sie in Verbindung mit der Fahndung nach Susanne Albrecht gebracht hatte. Sie sagte der Polizei, daß sie im November 1974 nach England gekommen sei und Astrid Proll unter dem Namen Anna Puttick kennengelernt habe. Sie wurden bald enge Freunde ... ‚Ich wußte auch, daß sie im Gefängnis fast gestorben wäre, und ich war froh, sie hier in London relativ wohl und lebendig zu finden.' ... ‚Astrid bat mich nie, irgendwelche alten Kontakte oder neue zu knüpfen, wenn ich nach Deutschland reiste. Sie war an so viel Informationen wie möglich über Westdeutschland interessiert, besonders über die RAF-Gefangenen, um deren Leben sie mit gutem Grund fürchtete' ... Es wurde ein Foto von ihr* (Karin Monte, Anm. AK) *gemacht und es wurden Fingerabdrücke von ihr genommen, und die Polizei versprach, ihr die Originale am nächsten Montag wiederzugeben. Scotland Yard sagte gestern abend: ‚Wir haben kein Interesse an dieser Frau'* ".

Auf eine gemeinsame Version bezüglich der Zeit bis Anfang 1974 konnten sich die Redaktionsstäbe der Hamburger Tageszeitungen nicht einigen.

Die Mopo setzt all das, was sie nicht glauben will, in Tüttelchen: "... *weil sie in einem medizinischen Gutachten als ‚schwer krank' und ‚nicht verhandlungsfähig' bezeichnet wurde. ... Nach ihrer Haftentlassung tauchte sie sofort unter und wird seitdem von der Polizei gesucht*". (16.9.). Wer so schnell „untertauchen" kann, ist doch bestimmt nicht krank! ... Das "Hamburger Abendblatt" legt einen ähnlichen Schluß nahe: "*Der Prozeß wurde am 1.Februar 74 wegen einer lebensbedrohlichen Kreislauferkrankung der Angeklagten vorläufig eingestellt. Anstatt sich jedoch in ständige ärztliche Behandlung zu begeben, verschwindet Astrid Proll im Untergrund*".

Eine Abkehr von der Politik der "RAF" muß aber sogar das "Hamburger Abendblatt" zugeben:

„ ... *scheint aber nicht mehr der Terroristengeneration um Christian Klar und Willy Peter Stoll zuzurechnen zu sein ... Während ihrer ersten Vernehmung in London soll sie erklärt haben, sie sei desillusioniert über die Baader-Meinhof-Bande*" (16.9.).

Die „Welt" (16.9.) läßt zwischen Haftentlassung und Untertauchen noch das Sanatorium vorkommen, in dem Astrid sich nach einem Krankenhausaufenthalt weiter erholte,
in dem Astrid sich nach einem Krankenhausaufenthalt weiter erholte,
und berichtet eine ganz niedliche Geschichte über ihre geglückte Flucht: „*Das Kufenprofil des Schlittens, auf dem der bleichsüchtige Kurgast aus der Toreinfahrt des Schwarzwälder Sanatoriums ins Tal rodelte, war vor 4 1/2 Jahren die letzte Spur. Zurück blieben auf dem Hügel verdatterte 'Schatten' des verschwundenen Gastes*".

Zweifel über den Zweck des Untertauchens läßt die „Welt" aber nicht aufkommen: „ ... *gelang es ihr, unterzutauchen und die alten Verbindungen aufzunehmen, die am 6. Mai 1971 in Hamburg abgerissen waren*". Und damit es auch jeder glaubt: „ ... *Randfiguren der RAF, die vor der Polizei aussagten, schwärmten, ‚Rosy', so der Deckname in der Bande, schieße wie Django und rauche Hasch wie Charles Manson*". Wer sowas macht, ist keine richtige Frau, will uns die „Welt" weismachen – was wären die „Randfiguren" ohne die Schmierenjournalisten!

Englische Zeitungen, wie z.B. der „Guardian" oder „Sunday Times" berichten, wodurch Astrids bedrohlicher Gesundheitszustand verursacht war: „ ... *um sich von körperlichen und geistigen Strapazen zu erholen, die durch die lange Haftdauer in einer speziell entworfenen ‚stillen Zelle'* ..." („Sunday Times", 17.9.). Auch der „Guardian" nennt als Ursache ihrer Krankheit die Isolationshaft und erklärt weiter: „*Während ihrer Gefangenschaft im Ossendorf-Gefängnis in Köln war sie in eine der ‚stillen Zellen' eingeschlossen – schalldicht, weiß gestrichen und 24 Stunden am Tag mit brennendem Licht*".

Die „FR" (16.9.) führt Astrid Prolls damalige Haftentlassung nicht allein auf ihren Gesundheitszustand zurück, sondern auch auf Probleme der Justiz: „ ... *und zwei Jahre später in einem Mammutprozeß – die Staatsanwaltschaft hatte 396 Zeugen benannt – im Bürgerhaus Sindlingen bei Frankfurt des versuchten Polizistenmordes und der Beteiligung am Bandenraub angeklagt worden.*

Strafrechtlich am schwersten wog damals der Vorwurf des versuchten Mordes. Im Verlauf des Prozesses geriet die Staatsanwaltschaft beim Punkt des Mordversuches in Schwierigkeiten, weil es der Verteidigung gelang, die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen, eines Bonner Kriminalkommissars, auf den Astrid Proll angeblich geschossen haben soll, erfolgreich in Zweifel zu ziehen. Auch stellte sich heraus, daß den Ermittlungsbehörden bewußt weitere Tatzeugen – Beamten des Verfassungsschutzes – vorenthalten worden waren. Anfang 1974, nach 32 Verhandlungstagen, verschlechterte sich der Gesundheitszustand der Angeklagten so sehr, daß Sachverständige bei Fortsetzung der Untersuchungshaft akute Lebensgefahr befürchteten. Daraufhin beschloß das Gericht, Astrid Proll aus dem Gefängnis zu entlassen und das Strafverfahren gegen sie vorläufig einzustellen".

Der „Spiegel" (25.9.) spricht diesen Aspekt noch deutlicher aus: „*Als der Prozeß geplatzt war, sickerte durch, daß die Frankfurter Richter drauf und dran waren, Astrid Proll von der Mordanklage freizusprechen, weil die Exekutive die Beweisaufnahme und damit die richterlichen Erkenntnismöglichkeiten rechtsstaatswidrig beschnitten hatten. Bei einem etwaigen zweiten Prozeß dürfte die Qualität der Beweismittel – fünf Jahre später – kaum besser sein*".

Es wurde zwar in den ersten Tagen nach Astrid Prolls Verhaftung allgemein erwartet, die BRD-Behörden bräuchten nicht lange, um das Auslieferungsersuchen zu stellen: "*...so daß also die Behörden der Bundesrepublik Deutschland Anfang nächster Woche – aber dann mit einschlägigem Beweismaterial – hier vorstellig werden müssen*" (Kurier am Mittag, NDR II, 16.9.). Das „Hamburger Abendblatt" (16.9.) schnitzte sich eigens „einen Sprecher von Scotland Yard", der bestätigte: „*von den deutschen Behörden, mit denen wir eng zusammenarbeiten, liegt bereits ein Auslieferungsersuchen vor*".

Aber die BRD-Behörden bekamen dann (am 18.9.) 28 Tage Zeit, um sich zu entscheiden, was sie in ihren Auslieferungsantrag reinschreiben möchten (siehe "Guardian", 19.9.).

Die Presse hat inzwischen das Interesse an Astrid Proll erst einmal verloren. Einerseits eignet sich eine Frau, die es geschafft hat, einen durchaus erstrebenswerten Beruf zu erlangen (für eine Frau nicht gerade eine Leichtigkeit) und den auch noch
eine Leichtigkeit) und den auch noch
zur Zufriedenheit aller auszuführen, nicht besonders gut zur Terroristenhetze. Andererseits ist aus einer Frau, die in der Frauenbewegung aktiv ist und die sich im Gerichtssaal, so gut es geht, ihren Freunden zuwendet, anstatt zerknirscht an des Richters Lippen zu hängen, auch keine zu machen, die mit allem was Politik und Sich-Wehren heißt, gebrochen hat.

Und da die Bundesbehörden sich auch noch nicht entschieden haben, was sie nun eigentlich wollen, läßt man lieber die Finger davon.

Astrid Proll und ihr Anwalt Dean Sargeant haben mehrere Male erklärt, daß sie sich mit allen Mitteln gegen die Auslieferung wenden wollen, wenn nötig unter Ausnutzung aller nur denklichen Instanzen. „*Einem Auslieferungsersuchen stattzugeben, sagte der Anwalt, würde sie als Selbstmord betrachten, offenbar in Anspielung auf die Selbstmorde in Stuttgart-Stammheim*" (Kurier am Mittag, NDR II, 16.9.).

Inzwischen hat sich ein Astrid-Proll-Verteidigungskomitee gegründet, das sich für ihren Verbleib in Großbritannien einsetzt („FR" und „Guardian" vom 18.9.).

Gute Gründe gegen eine Auslieferung gibt es genug; nicht nur die Beweisnot im Mordverdacht, sondern auch die Qualität der Beweismittel in den restlichen Anklagepunkten: „*Auch ob sie hinreichen, Astrid Proll noch heute als Mittäterin bei Banküberfällen in Berlin und Kassel zu überführen, steht dahin. Und eine Strafe lediglich wegen Beihilfe dürfte kaum höher ausfallen, als durch dreijährige U-Haft inzwischen verbüßt*" („Spiegel", 25.9.).

Eine Genossin der AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Aus der liberalen (!) Wochenzeitung „Vrij Nederland" (8.10.77)

Wie kam man Astrid Proll wirklich auf die Spur?

Was die Hintergründe angeht, die zur Festnahme von Astrid Proll führten, steckt die britische wie auch die bundesrepublikanische Presse voller Merkwürdigkeiten. Ein Widerspruch jagt den anderen:

- „*Die Beamten von Scotland Yard waren Astrid Proll durch einen Tip des israelischen Geheimdienstes auf die Spur gekommen.*" („Bild am Sonntag", 17.9.).
- „*Eine andere Theorie sagt, sie sei verraten worden von der Terroristenscene selbst, weil sie nicht mehr mit den Aktivitäten der Baader-Meinhof-Terroristen einverstanden sei*" (NDR II, 16.9., 23.35 Uhr).
- „ ... *nach einer dritten Version hat Astrid Proll gar eine Postkarte an Stoll geschrieben, die von der deutschen Polizei gefunden wurde*" („SZ", 18.8.78).
- „*Adresse und Identität der Gesuchten seien durch das Notizbuch Willy Peter Stolls herausgefunden worden*" (dto).
- Die britische „News of the World" wußte zu berichten, daß Astrid Proll von einer lesbischen Freundin verraten worden sei (nach „Welt" vom 18.9.78).

Scotland Yard hat bisher jede Auskunft über die Hintergründe der Festnahme abgelehnt und alle Spekulationen in der englischen Presse dementiert. Nicht dementiert wurde lediglich die Version, Astrid Proll sei zufällig von zwei Polizisten nach vorliegenden westdeutschen Fahndungsplakaten auf einem Polizeirevier erkannt worden, auf das sie einen Jugendlichen aus ihrer Werkstatt begleitet hatte. Ein Polizist: „ ‚*Es war großartige Polizeiarbeit. Eine Routine-Untersuchung führte zu einer wichtigen Festnahme, weil zwei Beamte einfach ihre Arbeit machten. Das ist alles*' " („Tagesspiegel", 19.9.78).

Gegen diese Version sprechen allerdings folgende Meldungen:

- „*Polizisten der Anti-Terror-Abteilung, die am Freitag das mutmaßliche Baader-Meinhof-Mitglied Astrid Proll in einer Nordlondoner Autowerkstatt festgenommen haben, waren bereits seit mehreren Wochen in London auf ihrer Spur gewesen. Freunde in einer Wohnung in Hackney, wo Fräulein Proll bis vor drei Wochen gewohnt hatte, sagten gestern, daß die Polizei in dieser Gegend vor einigen Wochen Nachforschungen angestellt hatte*" ("Observer", 17.9.).
- „*Beamte der britischen Anti-Terror-Brigade hatten die Werkstatt lange beobachtet, ehe sie zugriffen*" („Stern" 39/78).
- „*In den Fall sei die Anti-Terror-Abteilung von Scotland Yard eingeschaltet*" („FR", 16.9.78).

Alles in allem also eine sehr undurchsichtige Angelegenheit? Warum verweigert Scotland Yard jede Auskunft? Was gibt es dort zu verbergen? Und woher kommen so schnell die detaillierten Informationen über Astrid Proll seit ihrem Aufenthalt in England, die man in jeder Zeitung lesen konnte? Auch durch Zufall?

Klar scheint auf jeden Fall, daß das westdeutsche BKA bei der ganzen Sache seine Finger im Spiel gehabt hat:

- „*Astrid Proll gehörte zu den mutmaßlichen Terroristen, nach denen das Bundeskriminalamt international fahndet.*" (Innenminister Baum in „BamS", 17.9.78).
- Baum zu „Bild": „*Die Zusammenarbeit mit Scotland Yard war hervorragend. Ich danke den englischen Kollegen*". (16.9.).
- „*Ihre Festnahme zeigt, daß die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung Schritt für Schritt zu Erfolgen führt*" (Baum in „BamS", 17.9.).

Wie sah denn die Zusammenarbeit konkret aus? Ja, darüber wird sich eben ausgeschwiegen. Und das ist es wohl auch, was nicht an die Öffentlichkeit kommen soll, nämlich wie der westdeutsche Polizeiapparat seine Fühler ins europäische Ausland ausstreckt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anklage gegen „Russell-Reihe 5":
Faschisierung erlaubt, Enthüllung verboten?

Die vorläufige Beschlagnahmung unseres Buches „Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" im Mai dieses Jahres, die inzwischen aus formalen Gründen aufgehoben werden mußte, und die jetzige Anklage nach § 90a (Staatsverleumdung) und § 185 (Beleidigung)sind von den „Staatsschutz"-Behörden offenbar als Präzedenzfall angelegt.

Die Staatsanwaltschaft hat sich bemüht, eine breite Staffelung der Ankläger zustande zu bringen. Es sind jetzt BKA-Chef Herold, das LKA Hamburg, das LKA West-Berlin und – Franz Josef Strauß (Er klagt wegen der Schreibung seines Namens mit „SS"). Mit Zusatz-Paragraphen ist in der Anklageschrift Vorsorge getroffen: erstens für die schwerstmögliche Bestrafung jeweiliger Einzelpunkte nach dem Satz der „Tateinheit"; zweitens für eine Veröffentlichung des Urteils auf unsere Kosten; drittens für die Einziehung aller im Handel befindlichen Bücher und ihre Vernichtung.

Gleichzeitig wurde dem Westberliner „Extra-Dienst" allein wegen des Abdrucks einer bezahlten Anzeige für das Buch ebenfalls ein Verfahren wegen §90a angehängt!

Angeklagt ist im Verfahren gegen das „Russell-Buch" Nr.5 die politische Gesamt - Einschätzung des KB von der „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" in der BRD, ja sogar die bloße W a r n u n g vor einem drohenden neuen Faschismus.

Darüberhinaus: der „Staatsschutz" schlägt gegen die Faschisierungs - Thesen des KB und meint die g e s a m t e wachsende linke, demokratische und antifaschistische Kritik an der immer offensichtlicher werdenden „Rechtsentwicklung", „Verpolizeilichung", Entwicklung zu einem „Überwachungsstaat", und wie immer die unterschiedlichen Kritiker es nennen.

In der Anklageschrift klingt das so: „*In dem Buch wird dem Leser durch die Wortwahl und die Art und Weise der Darstellung bezüglich der Bundesrepublik Deutschland das Bild eines Unrechtsstaates, der allgemeine Mißachtung verdient, vorgegaukelt, so insbesondere durch einen Vergleich der Verhältnisse in diesem Staat mit denen des nationalsozialistischen Regimes, durch die Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat, in dem planmäßig von der Regierung und von allen Parteien die Faschisierung vorangetrieben wird. Die Sicherheitsorgane werden mit Killerkommandos faschistischer Diktaturen gleichgesetzt. Es wird behauptet, es gebe faktisch eine GeStaPo und es würden politische Gegner von Polizeiorganen liquidiert und exekutiert. (...) Es wird behauptet, in der 'Hülle des demokratischen Rechtsstaats' seien deutlicher als je zuvor die Konturen eines faschistischen Machtapparats erkennbar. Nicht nur der Titel des Buches, sondern zahlreiche Textstellen enthalten die Behauptung, ein neuer faschistischer Staat sei im Entstehen begriffen. Es wird dabei aber nicht nur von einer m ö g l i c h e n Entwicklung gewarnt, sondern schon jetzt wird die Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat bezeichnet.*

Tatsachen, die verdeckt bleiben sollen

Im Einzelnen werden zwanzig angeblich „staatsverleumdenede" Stellen in der Anklage aufgeführt. Einschränkend heißt es dazu, diese Stellen seien nur „beispielhaft" hervorgehoben. In ihrem sachlichen Kern zielt die Anklage darauf, die in dem Buch dargelegten T a t s a c h e n zu unterdrücken, die Punkt für Punkt den B e l e g dafür bringen, daß in der BRD gegenwärtig eine neue „geheime Staatspolizei" im Entstehen begriffen ist. Diese Komplexe sind:Sonderpolizei mit Sonderrechten (MEK, GSG, u.a.m.), wird in der BRD neben dem allgemeinen Polizeiapparat aufgebaut. Sie ist jeder demokratischen, überhaupt öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen. Hier wird eine „Elite"-Truppe herangezüchtet, die gleichzeitig für den übrigen Polizei-Apparat Kader-Funktion hat. Diverse Sondergesetze begleiten diesen Prozeß. Diese „Sonderkommandos" sind vergleichbar mit den „Bandenbekämpfungseinheiten" der Nazi-Zeit, wenn auch erst in Keimform. Direkte Parallelen finden sie in anderen imperialistischen „Elite"-Truppen wie den US-Rangers, israelischen „Kommandos" u.a.m.

Die Tötungsrate der westdeutschen „Zielfahndungs"-Kommandos, ihre Tötungs-Praktiken und die „Anti-Terror"-Ausbildung. Die **Zentralisierung** des gesamten „Sicherheitsapparates" unter einheitlichem Kommando – außerparlamentarisch – beim Bundeskanzleramt unterläuft in zunehmendem Maße die in der Verfassung vorgeschriebene „Gewaltenteilung", insbesondere auch die Kontrolle durch die Presse. Am Beispiel der Krisenstabs-Politik während der Mogadishu-Aktion wurden diese Strukturen offen erkennbar. Das Buch vergleicht diese Entwicklung mit der des nazistischen „Reichssicherheitshauptamtes".

Die zunehmende **Verschmelzung von Geheimdiensten und Polizei** hebt in der Praxis die von den Alliierten nach 1945 verfügte Trennnung von „Exekutive" und „Observation" auf. Hinzu kommt die **unkontrollierbare Computergewalt der „Sicherheitsbehörden"** – die sämtliche Ämtergrenzen und damit zugleich – auf schleichendem Wege – demokratische Grundfreiheiten beseitigt. Hier gehen die heutigen technischen Möglichkeiten noch weit über die Nazi-Kapazitäten hinaus.

Die Entwicklung eines **„Offensiv-Konzepts"** zum weiteren Ausbau der „Sicherheitsorgane". Die wesentlichen Bestandteile des „Offensivkonzepts" sind: Übertragung des „operativen" Konzepts der „Sonderkommandos" als allgemeine Leitlinie auf die gesamten „Sicherheits"-Kräfte zum einen, zum anderen die Aktivierung der Bevölkerung im Sinne der „sicherheits"-politischen Vorstellungen und zur aktiven Unterstützung der „Sicherheits"-Organe.

Eine besondere Allergie scheinen die „Staatsschützer" gegenüber dem Nachweis der systematischen Restauration des „Sicherheitsapparates" auf den hinübergeretteten personellen und materiellen Fundamenten des Nazi-Apparates zu haben: Die bloße A u f z ä h l u n g von Alt-Nazis im heutigen Polizei-Apparat stellt einen Punkt der Anklageschrift dar! Ebenso besonders empfindsam sind sie gegenüber dem Nachweis, daß seit 1968/69 in zunehmendem Maße, und zwar planmäßig und syste-

dar! Ebenso besonders empfindsam sind sie gegenüber dem Nachweis, daß seit 1968/69 in zunehmendem Maße, und zwar planmäßig und syste-

matisch, innerhalb der demokratischen Hülle des „Rechtsstaats" Voraussetzungen für eine faschistische Entwicklung geschaffen wurden, daß der „Terrorismus" nur der willkommene Vorwand für die systematische Verhetzung der Bevölkerung und den präventiven Ausbau des Polizei-Apparats ist.

Der eigentliche Stein des Anstoßes scheint schließlich – über die systematische Sammlung und Dokumentation sonst verschwiegener oder verstreuter Fakten hinaus – zu sein, daß in dem Buch der N a c h w e i s der P l a n m ä ß i g k e i t , der A l l s e i t i g k e i t und des p r ä v e n t i v e n C h a r a k t e r s der in der BRD seit 1945, und besonders seit 68/69 betriebenen inneren Aufrüstung erbracht wird, und daß darüberhinaus auch vor der z u k ü n f t i g e n P l a n u n g an Hand der Enthüllung des „Offensivkonzepts" u.a.m. gewarnt und zur Wachsamkeit aufgerufen wird.

Erinnerung an die Nazi-Zeit auch bei Sozialdemokraten und Liberalen

Die besondere Empfindsamkeit der „Staatsschützer" muß auch vor dem Hintergrund einer allgemein wachsenden Kritik an der innenpolitischen Entwicklung der BRD aus linkssozialdemokratischen, linksliberalen und humanistischen Kreisen gesehen werden. Hervorragendste Beispiele der letzten Zeit sind die Kampagnen, die von der „Frankfurter Rundschau", dem „Stern" und der „konkret" gegen die Schnüffelpraktiken des Staates durchgeführt wurden: Die „Frankfurter Rundschau" enthüllte Fahndungsmethoden des BGS: Schwarze Listen „extremistischer" Zeitungen bis hin zu „konkret" und „Westberliner Extra-Dienst"; Bücher mit Fahndungsfotos von über 600 „leitenden Funktionären extremistischer Organisationen" und ähnliches.

„Konkret" enthüllte mit der Veröffentlichung eines vertraulichen Protokolls einer Sitzung des Bundestags-Innenausschusses zur „Terroristen-Fahndung" die Methoden der sog. „Beobachtenden Fahndung" (Befa 7). Bei der Gelegenheit schrieb die Zeitschrift : „Im Schutz einer desinteressierten Bürgerpresse und eines schlafenden Parlaments entsteht in der Bunderepbulik eine Geheime Staatspolizei (...). *Was Maihofer hier beginnt, ist die Schilderung, wie die Polizei zu einer geheimen Staatspolizei ausgebaut wird. Die Väter des Grundgesetzes hatten aus den Erfahrungen mit der GeStapo und dem Reichssicherheitshauptamt die Konsequenz gezogen: Dem Geheimdienst (Verfassungsschutz) wurde jede exekutive Möglichkeit vorenthalten,der Polizei jede geheimdienstliche Arbeit verwehrt. Unter dem Vorwand der Terroristenfahndung bauen das BKA und die Landeskriminalämter, unter Mithilfe von Bundesgrenzschutz und Zoll, einen geheimdienstlichen Apparat auf, für den jede Rechtsgrundlage fehlt*".

Eine Woche nach „konkret" stieß der „Stern" mit seiner Serie „Freiheit 78" nach (Inzwischen als Buch unter dem Titel „SOS – Freiheit in Deutschland" erschienen). Nach massiven Kritiken an der „*Perversion des Rechtsdenkens*" und der Begünstigung nazistischen Gedankenguts griff auch der „Stern" unter der Überschrift „*Der Überwachungsstaat*" den „Befa 7" – Komplex an. Damit werde „*gegen das 'Legalitätsprinzip', das die Polizei zwingt, einen erkannten Verbrecher sofort zu verhaften, verstoßen*". Und dann warnend: **„Die strikte Trennung von Schnüffelpraxis und Staatsmacht hat ihren Grund in der jüngsten deutschen Geschichte. Die Neubildung einer geheimen Staatspolizei (Gestapo), die in der Hand der Regierung zu einem jederzeit einsetzbaren Instrument gegen politisch unliebsame Personen werden kann, sollte auf jeden Fall verhindert werden".** Und zu den neuen „Amtshilfe"-Regelungen der verschiedenen Länder-VS-Gesetze schrieb der „Stern": „*Dagegen mutet selbst das Gestapo-Recht von 1933 vergleichsweise liberal an*".

Zu diesen Veröffentlichungen kommen zunehmend kritische Stimmen aus den Regierungsparteien. Insbesondere die Anwendung des „Radikalen-Erlasses" stößt in der linken Basis und in den Jugendorganisationen von SPD und FDP auf wachsenden Unmut. In vielen Fällen werden im Konkreten dieselben Erscheinungsformen kritisiert wie auch vom KB oder von anderen Linken, u.a. auch in dem „Russell Buch 5". Es

den im Konkreten dieselben Erscheinungsformen kritisiert wie auch vom KB oder von anderen Linken, u.a. auch in dem „Russell Buch 5". Es

wachsen auch die Stimmen, die vor einer „Wiederholung der unseligen Erfahrungen", vor einem „Rückfall in autoritäre Denkweise" u.a.m. warnen.

Generell unterscheiden sich die linksliberalen, linkssozialdemokratischen und auch humanistischen Stimmen allerdings in der Regel an einigen wichtigen Punkten von unserer Position.

... wenn auch mit kleinen Einschränkungen

Zum einen wird die grundsätzliche „Notwendigkeit" nicht bestritten, daß sich ein „demokratischer Staat" gegen den „Terrorismus" „zur Wehr setzen", „schützen" müsse. Diese Position wird am deutlichsten beim „Stern".

Unter der Überschrift „Damit wir uns nicht mißverstehen" schreibt Henry Nannen einleitend zu dem „Stern"-Buch: „ *Denn den Autoren Peter Koch und Reimar Oltmanns geht es um gar nichts anderes als um den Schutz unserer Freiheit vor jeglicher Gewalt ...Niemand wird der Polizei die Mittel versagen wollen, mit denen terroristische und andere Kriminalität wirksam bekämpft werden kann. Auch Fehlgriffe – wenn sie zumindest in die richtige Richtung zielen – wird man einkalkulieren müssen*".

Ähnlich ist es bei der „FR" und bei anderen liberalen oder linkssozialdemokratischen Stimmen. Grundtenor lautet: „Rettet das Grundgesetz!"

Zum zweiten wird der SPD in ihrer Politik der „Inneren Sicherheit" von diesen Kritikern keine Planmäßigkeit, sondern Dummheit und politische Haltlosigkeit unterstellt. So beim „Stern": „*Daß die Restauration in der Bundesrepublik ausgerechnet unter sozialdemokratischen Kanzlern voll durchschlagen konnte, liegt an dem gebrochenen Rückgrat dieser Partei*". Brandt wird als „Hexenmeister" dargestellt, der die „Geister, die er rief", nicht mehr bremsen kann. Das Märchen vom „kleineren Übel" der SPD (und FDP) gegenüber dem reaktionären Treiber CDU/CSU wird in unterschiedlichsten Schattierungen – bei aller z.T. sehr scharfen Kritik an der SPD/FDP – aufrechterhalten.

Zum dritten beschäftigt sich keine der kritischen Stimmen aus diesem Lager mit dem – schließlich unter SPD-Regierung entworfenen – „Offensivprogramm", also auch nicht mit der Planung, die „operative" Konzeption der Sonderkommandos zum allgemeinen Polizeiprinzip zu machen.

Die Kritiken aus dem bürgerlichen Lager beschränken sich auf eine Klage gegen den sich verselbständigenden Apparat, ohne die langfristigen Interessen dahinter sichtbar zu machen.

Trotzdem geht auch diese Kritik den „sicherheitspolitischen" Absichten der westdeutschen Bourgeoisie an den Nerv, weil sie Anknüpfungspunkte für eine breite öffentliche Aufklärungsarbeit der Linken liefert. Diese Kritik in bürgerlichen Massenmedien begünstigt die Auseinandersetzung um die weiteren Ziele des BRD-Imperialismus. Konkret ist sie ein Boden, der mit vertiefenden Enthüllungen über die Planmäßigkeit der hierzulande betriebenen Faschisierung beackert werden kann.

„Bewältigung " der NS-Vergangenheit durch 90a–Prozesse?

„Bewältigung " der NS-Vergangenheit durch 90a–Prozesse?

Offenbar hält es die SPD/FDP-Regierung (übrigens genauso wie die CDU/CSU) gegenwärtig für angebracht, jede warnende Erinnerung an die Nazi-Zeit und jede öffentliche Erörterung über die Gefahr eines neuerlichen Faschismus in der BRD mit allen Mitteln zu unterbinden. Es muß in diesem Zusammenhang dran erinnert werden, daß die BRD-Regierung auf dem Wege ist, die Bestrafung für Nazi-Verbrechen verjähren zu lassen.

Immerhin hielt es Kanzler Schmidt kürzlich für nötig, während der Steuerdebatte(!) im Bundestag darauf hinzuweisen, daß eine der Hauptschwierigkeiten der westdeutschen

Fortsetzung auf Seite 5

Russellbuch Nr. 1 ausgezeichnet

ALTERNATIVE BÜCHER DES QUARTALS NR. 1

Die „Arbeitsgemeinschaft alternativer Verleger und Autoren" (AGAV) will vor allem politisch und sozial wichtige Publikationen in die Öffentlichkeit bringen. Sie befindet sich damit im Gegensatz zu den vorherrschenden, rein kommerziellen Medien-Konzernen und deren verwandten Organisationen. Darum kann der Zweck der Arbeitsgemeinschaft nur durch den fortschreitenden Aufbau einer eigenen Vertriebsorganisation erreicht werden. Die Erfolge der AGAV haben bewiesen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Auf der letzten Tagung der AGAV wurde beschlossen, jedes Quartal Veröffentlichungen auszuzeichnen, die unseren Vorstellungen von alternativer Publikation am weitesten entgegenkommen, und zwar je eine politisch-sachliche und eine literarisch-belletristische Publikation. (Unser Wort „Publikation" kommt vom lateinischen *publicatio* = Enteignung. Eine Publikation ist also — zumindest ursprünglich — ein demokratischer Vorgang. Er bezweckt die Überführung von Privateigentum (z.B. an Wissen) in Gemeineigentum, richtet sich gegen akademische und ähnliche Privilegien und entspricht damit am weitesten unseren Vorstellungen von „Veröffentlichung")

Der zunehmenden Verfolgung aktiver Demokraten, die man als „Linke" von vornherein zu diskreditieren sucht, steht eine mehr als zaghafte Einstellung zu den anwachsenden reaktionären Aktivitäten gegenüber. Derartige Tendenzen sind so gefährlich, wie sie den Ereignissen der späten 20er und der frühen 30er Jahre verwandt sind. Gerade die Ähnlichkeit dieser Vorgänge hat das Russell-Tribunal auf den bundesdeutschen Plan gebracht. Die heftigen Reaktionen auf die Vorwürfe des Russell-Tribunals können als Beweis für die Berechtigung der Vorwürfe gelten. Es ist bezeichnend für unser derzeitiges politisches Klima, daß Nr. 5 der *Russell-Reihe* des J.Reents-Verlags, Hamburg, die den Aufbau einer neuen politischen Polizei in der BRD untersucht, beschlagnahmt wurde, bevor die Strafwürdigkeit dieser Veröffentlichung durch ein ordentliches Gericht nachgewiesen wurde.

Die *Russell-Reihe* verweist auf die politischen Parallelen zwischen den politischen Vorgängen heute und den Machenschaften jener rechtsradikalen Kreise, die wesentlich zum Entstehen des Dritten Reichs beigetragen haben.

Das besondere Verdienst von Nr. 1 der *Russell-Reihe* ist es, daß sie

den politischen Vorgängen heute und den Machenschaften jener rechtsradikalen Kreise, die wesentlich zum Entstehen des Dritten Reichs beigetragen haben.

Das besondere Verdienst von Nr. 1 der *Russell-Reihe* ist es, daß sie

die Forderungen der Alliierten an die erste Regierung unserer Republik wiederveröffentlicht, d.h. jene Gesetze, die den Bestand unserer Demokratie sicherstellen sollten. Der Geist jener Gesetze beweist, daß die Forderungen nach mehr Demokratie berechtigt sind. „Russell 1" erfüllt einen wichtigen demokratischen Auftrag.

Die Jury der AGAV wählte als
ALTERNATIVE BÜCHER DES QUARTALS NR. 1

Anti-faschistische *Russell-Reihe 1 Dokumentation* von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 — 1977
j.reents verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Die Jury: Jürgen Fiege, Fliegenpilz — Gerold Kunz, Doku-Koop — Michael Stühr, MS-Edition

aus „Fliegenpilz" Nr. 3



Fortsetzung von Seite 4

Weltpolitik in der Erinnerung an die Nazi-Zeit bestehe.

Es ist auffällig, daß in letzter Zeit Prozesse nach 90a bei westdeutschen Gerichten wieder in Mode zu kommen scheinen. Man tut gut daran, sich zu erinnern, daß die während der Schleyer-Entführung offifziell gebildete „Bund/Länder-Kommission zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus" (Abteilung „Psychologische Kriegsführung" gegen die Linke und demokratische Opposition) unter anderem den Auftrag bekam, geeignete Möglichkeiten zu entwikkeln, auch mit strafrechtlichen Mitteln der „Gewaltpropaganda" u.a.m. entgegenzuwirken. Gegenwärtig laufen mehrere große Verfahren wegen „Staatsverleumdung":

- Zum einen die verschiedenen Verfahren gegen die Unterzeichner des „Buback-Nachrufs", bzw. die Unterzeichner der Protesterklärung gegen diesen Prozeß.
- Ein Verfahren gegen den Chefredakteur der „UZ", Georg Politikeit. Die „UZ" hatte einen Artikel über psychologische Kriegsführung in der Oberharz-Kaserne Claustal-Zellerfeld veröffentlicht.
- Ein Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KB aufgrund der kritischen Berichterstattung des ARBEITER-KAMPF zu den „Stammheimer Wundern", in denen der Selbstmordlegende durch Enthüllung entgegentreten wurde.
- Bezeichnend für den Charakter dieser Prozesse ist die Begründung, die das Hannoveraner Verwaltungsgericht in dem Verleumdungsprozeß gegen Prof. Brückner kürzlich für dessen Verurteilung gab: „Der Vorwurf der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter Anspielung auf die nationalsozialistische Diktatur ist der schwerwiegendste Vorwurf, der gegen die Bundesrepublik und ihre verfassungsmäßige Ordnung erhoben werden kann. Deshalb ist er maßlos in dem Ausdruck seiner Mißachtung".

Die jetzt eingeleiteten Prozesse erinnern an die „Staatsverrats"- und „Hochverrats"-Prozesse, mit denen ab 1951 gegen die KPD, aber in der Folge mehr noch gegen kritische Demokraten vorgegangen wurde – vor allem nach dem Verbot der KPD. Die bloße Kritik an der aggressiven Außen- und Innenpolitik der BRD wurde in Hunderten von Fällen als „Hochverrat", „Landesverrat" u. ä. mit Gefängnis abgeurteilt. Bis 1962 hatte der BRD-Staatsapparat über 200.000 Verfahren durchgeführt; 642 Menschen waren eingekerkert – mancher nur, weil er/sie sich nicht damit abfinden mochte, daß alte Nazis wieder in Amt und Würden über die Geschicke der BRD zu bestimmen hatten!

Amt und Würden über die Geschicke der BRD zu bestimmen hatten!

Der Kriminalisierungswelle entgegentreten

Der Wiederholung einer solchen Entwicklung muß eine gemeinsame Front aller davon Bedrohten entgegengestellt werden, so wie es die Zeitschrift „blätter des iz3w" in ihrer August-Nummer geschrieben hat:

„Wir mögen zur Faschisierungsthese des Kommunistischen Bundes stehen wie wir wollen, ebenso wie etwa zur Theorie vom neuen Faschismus in den Schriften der RAF und der „Bewegung 2.Juni", die allesamt der öffentlichen Auseinandersetzung durch Verbot entzogen sind. Wer nicht auch gegen die Zensur von Schriften eintritt, mit deren Inhalt er in keiner Weise übereinstimmt, gibt sein Recht preis, sich aus allen Quellen zu informieren. Er wendet sich nicht gegen Zensur schlechthin, sondern unterscheidet – vermutlich ungewußt – zwischen 'berechtigter' und 'unberechtigter Zensur'. Eine solche Unterscheidung hat fatale Konsequenzen. Wer Zensur zumindest teilweise für berechtigt hält, wird nie kontrollieren können, ob eine Zensur seinen Vorstellungen nach 'berechtigt' oder 'unberechtigt' war, da das Zensuramt die zensierten Schriften in der Regel nicht im amtlichen Anzeiger veröffentlicht. *Das Prinzip der Zensur ist es ja gerade, das Verbotene der öffentlichen Diskussion zu entziehen. Zensur ist also prinzipiell unkonrollierbar und deswegen nie mit demokratischen Prinzipien vereinbar ...*

Unabhängig wie man zu den Inhalten zensierter Bücher stehen mag: Die offene Diskussion um den Charakter dieses 'freiheitlichsten Staates auf deutschem Boden', die Verbreitung eines unangenehmen Details aus dem Walten und Wirken seiner Exekutivorgane, dürfen wir uns nicht verbieten lassen".

Dem ist erst mal nichts mehr hinzuzufügen!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

NRW Meldungen

Köln. Vom 8.-10.9. fand auf Initiative des 'Kölner Volksblatt' ein Initiativenfest statt. Eingeleitet wurde das Fest mit einer Podiumsdiskussion zur Frage der Wahlbeteiligung. Auf dem Podium saßen: die Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BISA), ein GLU-Vertreter, FAU, Jusos, Schwule Aktion Köln (SAK), Bunte Liste Diskussionskreis Köln, Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) und Bunte Liste Hamburg. Das breite Spektrum auf dem Podium und 500 Teilnehmer auf der Veranstaltung zeigen ein breites Interesse an der Wahldiskussion in Köln, wenn auch mit unterschiedlichsten Vorstellungen. In 6-8 Wochen soll eine weitere Veranstaltung zu diesem Thema stattfinden. Die Kölner Stadtrevue (auflagenstärkstes Kölner Monatsmagazin) hat sich inzwischen als Forum für eine öffentliche Auseinandersetzung in der Wahlfrage angeboten.

* * *

Bonn. Am 14.9. fand auf Initiative der „Bürgerinitiative Umweltschutz Bonn" eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wählen wir uns doch selbst" statt. Neben Vertretern der GLH, der Wählergemeinschaft 'Atomkraft Nein Danke' aus Hameln und der Bunten Liste Hamburg nahmen Vertreter verschiedener Organisationen zur Frage der Wahlbeteiligung Stellung. Mit 400 Teilnehmern war dies eine der größten Veranstaltungen in Bonn seit Monaten.

* * *

Bielefeld. Der Bielefelder Wahldiskussionskreis organisierte am 21.9.78 eine Veranstaltung zu dem Thema „Grün, Bunt, Rot oder gar nicht wählen?". Auf dem Podium saßen Vertreter der Bunten Liste, der GLH und Rüdiger Jörß. Aus dem Kreis der 250 Teilnehmer wurden viele Fragen über die Erfahrungen alternativer Listen gestellt. 40 Teilnehmer haben sich als Interessenten zur weiteren Wahldiskussion gemeldet.

* * *

Dortmund. Zum 29.9. hatte der Arbeitskreis Dortmunder Initiativen — ein Zusammenschluß von 24 Mieter-, Umweltschutz- und anderen Initiativen — zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung ‚Alternative Wahlbeteiligung Ja oder Nein' eingeladen. Es kamen 250 Interessierte, was sicherlich als Erfolg zu werten ist. In der Diskussion gab es viele Stimmen für eine Wahlbeteiligung, aber andererseits ebenfalls Gegner einer Wahlbeteiligung.

„konkret":

Eigentlich sind wir Besseres gewohnt

Die Auseinandersetzungen mit den Grünen und Bunten Listen, und die Versuche, die Perspektiven für die Linke darin zu analysieren, sind vielfältig. Festzustellen ist dabei, daß dies häufig mit sehr geringer Sorgfalt und Ernsthaftigkeit geschieht — wobei nur allzu oft als schlichter Ablehnungsgrund der alternativen Wahllisten ihre angebliche „Schuld" für eine drohende „schwarze Mehrheit" der CDU/CSU herhalten muß: also die These vom „kleineren Übel", die die Linke weiterhin in Kauf nehmen solle. Zu diesem Zweck wird dann auch ein bizarres Bild von der „grünen Bewegung" gezeichnet, in der es rechts und links nur so drunter und drüber geht, so daß man sich besser aus dem ganzen Kram raushalten sollte. In dieser Weise eine Sinnlosigkeit des Engagements der Linken in alternativen Wahllisten „nachzuweisen", ist sicher auch für die Durchsetzung der These des „kleineren Übels" (oder ggf. auch für eine Empfehlung zur DKP-Wahl) fruchtbringender, als wenn offen dafür gestritten würde.

Die „konkret" hat in ihrer September-Ausgabe einen solchen Artikel ihres Redaktionsmitglieds Hartmut Schulze veröffentlicht. Hartmut Schulze rekapituliert darin eine Reihe

tember-Ausgabe einen solchen Artikel ihres Redaktionsmitglieds Hartmut Schulze veröffentlicht. Hartmut Schulze rekapituliert darin eine Reihe

von Fakten über die faschistoide Ideologie der GAZ, über ihre Funktion als „Testfall für die Vierte Partei" von Strauß, über den „Zwingt-rot-raus-Kurs" der GLU usw. Die „konkret"-Leserschaft mit diesen Tatsachen bekannt zu machen (und das umfaßt auch einen großen Teil des 4-Seiten-Artikels), ist eine gute Sache. Schulze mobilisiert mit diesen Tatsachen aber nicht gegen die Reaktionäre und Karrieristen i n der „grünen Bewegung", sondern nutzt sie als Argument gegen alternative Wahllisten ü b e r h a u p t. Er webt ständig rechte und linke Maschen ineinander und polemisiert dazu: die Grünen *„haben so ihre Probleme"*. Dabei bemüht Schulze sich auch redlich, den Einfluß der Linken überhaupt als sehr gering darzustellen: „*.... nur Phantasien können Schubarts grün-buntem Splitter* (gemeint ist die GLH, für die Alexander Schubart auf Platz 1 kandidiert, Anm. AK) *reale Wahlchancen einräumen. Frankfurt ist nicht Hessen, und hätte am 4. Juni in Niedersachsen, wie in Hamburg, neben der Grünen eine Bunte Liste kandidiert, hätten die Bunten im Flächenstaat sehr wahrscheinlich nur ein ähnlich mickriges Ergebnis erzielt wie die Grünen im Stadtstaat"* (womit die 1% der GLU-Hamburg gegenüber 3,5% der Bunten Liste gemeint sind).

Für diese Spekulation gibt es freilich keinen Beweis. Tatsache ist, daß das Potential eher rechtsdriftender Protestwähler sicher größer ist als die 3,9% der GLU-Niedersachsen (was, um nicht mißverstanden zu werden, aber keineswegs alles rechte Stimmen waren; Schulze stellt dies nur indirekt so dar). Tatsache ist aber auch, daß das Potential eher linker und radikaldemokratischer Protestwähler ebenfalls größer ist als die 3,5% der Bunten Liste — und zwar nicht nur in Hamburg.

Der „konkret"-Autor hält überhaupt nur *„eine Partei"* für *„mehrheitsfähig"*: mit *„Bernhard Grzimek als Parteivorsitzender, Inge Meysel — die ihre Sympathie für die Grünen ja auch schon bekundet hat — als Wahlkampfleiterin und als Kanzlerkandidat ein deutscher Schäferhund."* Das sagt indes mehr über die Unernsthaftigkeit des Autors aus, als daß es irgendetwas mit den *„Problemen"* zu tun hätte, die die Grünen *„so haben"*.

Man mag Hartmut Schulze nicht übelnehmen, daß er kein politischer Freund des KB ist und den KB ein bißchen anzupissen versucht (der KB würde sich *„etwas schwer"* tun *„mit dem Leugnen seiner Führungsrolle"* in der Bunten Liste; und: *„auch in Frankfurt ist der Diensleitungsbetrieb des KB mit organisatorischer Hilfestellung zugegen"*). Man mag ihm schon mehr übelnehmen, daß er nicht anders als ein Bourgeois-Kolumnist aus Strohms Ausstieg aus der Bunten Liste schlußfolgert, daß man *„schon gar nicht mehr sicher"* sein könne, ob es die Bunte Liste *„überhaupt noch gibt"*. Aber man m u ß ihm übelnehmen, daß er als Redakteur einer ihrem Selbstverständnis nach linken Monatszeitschrift sich über vier ganze Seiten lang derart unernsthaft mit denjenigen auseinandersetzt, die in der beileibe nicht einheitlichen (da hat Schulze völlig recht) „grünen Bewegung" g e g e n den Einfluß von Reaktionären und Karrieristen

nicht einheitlichen (da hat Schulze völlig recht) „grünen Bewegung" g e g e n den Einfluß von Reaktionären und Karrieristen

k ä m p f e n; die die Gefahr einer Ausnutzung des Protestwähler-Potentials für eine faschistoide Politik in grünem Gewand nicht nur sehen und beklagen, sondern auch durch eigenes Engagement und eigene Alternativen zu v e r r i n g e r n versuchen; die schließlich durch ihre Politik innerhalb der „grünen Bewegung" am Aufbau einer a n t i k a p i t a l i s t i s c h e n Alternative arbeiten, auf einer größeren Massenebene, als es die linken Organisationen und linken Publikationen a l l e i n können.

R e d e n tun diverse Linke schon lange um diese Frage; r e d e n tun sie sogar über ein sozialistisches Parteiprojekt. Und offenbar ist Hartmut Schulze der intellektuelle Streit (bzw. der Streit e i n i g e r Intellektueller) lieber als jeder p r a k t i s c h e Schritt in diese Richtung: *„Da bosseln nun Mitglieder des SB, linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und unzufriedene Kommunisten schon lange am Gedanken* (genau! Gedanken! — Anm. AK) *an eine neue sozialistische Partei; der „Spiegel" weiß von einem „ranghohen Kanzleramtsbeamten, der sofort die SPD verlassen würde, wenn er nur eine Linkspartei mit Aussicht auf Parlamentssitze vor sich sähe" — und nun machen sich Männer wie Alexander Schubart, der durchaus als Exponent einer solchen Partei hätte gelten können, gemein mit einer Bürgerinitiative Chaos und Sumpf* (so nennen sich ein paar Frankfurter Spontis, Anm. AK)*: nicht nur der Marburger Hartmut* (dessen Unverständnis Schulze vorher breit zitiert hat, Anm. AK) *ist wütend und enttäuscht..."*

Hartmut Schulze versteht die Welt nicht mehr — oder will er nicht, weil er DKP-Mitglied ist? Sein Artikel trägt die Überschrift *„Grünkohl"* — und das ist es denn wohl auch. Eigentlich sind wir durchaus Besseres von „konkret" gewohnt und hoffen, daß die Stellungnahme nicht der letzte Beitrag dieser Zeitschrift zu diesem Thema ist...

Grüne Liste Schleswig-Holstein: Rechte wollen in die GAZ

Am 24.9. fand in Wilster der 2.Kongreß der „Grünen Liste/Schleswig-Holstein" (GL/SH) statt. Der Kongreß war von vorneherein vom Vorstand so angelegt worden, daß dort in Wilster nur rechte Mitglieder bzw. mehrheitlich rechte Kreisverbände überhaupt Stimmkarten bekommen sollten. Schon vorher hatte der Vorstand Kreisverbände einfach nicht anerkannt, weil dort KB-Mitglieder aufgenommen worden seien. Das ganze war durch eine Pressekampagne gegen den KB untermauert worden. In Lübeck war einem Kreisverband gerichtlich untersagt worden, den Namen 'Grüne Liste' zu tragen. Für den Kongreß wurden dann einfach bekannte linke GL/SH-Mitglieder (darunter Gründungsmitglieder) einfach nicht eingeladen. Eingelassen werden sollte nur werden, wer vorher in einem Revers unterschrieben hatte, nicht Mitglied in einer K-Gruppe zu sein. In einem weiteren Revers mußte man sich für die Bildung einer Partei aussprechen, was auf dem 1.Kongreß mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Mit solch illegalen und bürokratischen Maßnahmen wollte der Vorstand von vorneherein den Ausschluß aller linken unliebsamen Kräfte erreichen. Die linken Kräfte bzw. Kreisverbände, die gegen solche Unvereinbarkeitspolitik eintraten, waren dennoch nach Wilster gereist, um dort noch einmal die Diskussion zu suchen, vor allem mit jenen Kräften, die einerseits zwar Unvereinbarkeits-Beschlüsse gegen Kommunisten hinzunehmen bereit waren, aber andererseits den rechtsbürokratischen Parteikurs des Vorstandes auch nicht wollten. Dort in Wilster wurden dann noch ein grösserer Teil linker GL-Mitglieder von einem Spalier von Ordnern abgefangen, unter den Ordnern bekannte Gesichter aus der angebräunten GLU Hamburg. Zusätzlich zu den Reversen wurden noch in Polizeimanier Ausweiskontrollen vorgenommen. Insgesamt 60 Mitglieder der GL/SH wurden nicht eingelassen. Allerdings war es den Rechten auch damit nicht gelungen, völlig unter sich ein Fraktionstreffen abzuhalten, eine größere Minderheit fortschrittlicher Kräfte hatte ebenfalls Stimmkarten bekommen. Allerdings verlieh dies leider der Versammlung in Wilster auch einen gewissen „legalen" Anschein, als ob es sich hier um so etwas Ähnliches wie eine offizielle Mitgliederversammlung gehandelt hätte.

Im bürokratischer Manier wurde dann auf dem Treffen jede inhaltliche Diskussion abgeblockt, ebensodie

hätte.
Im bürokratischer Manier wurde dann auf dem Treffen jede inhaltliche Diskussion abgeblockt, ebensodie

Zulassung aller GL-Mitglieder zu dem Treffen per Abstimmung abgebürstet. Dagegen konnte sich dort neben der GLU-Hamburg auch Boskamp (GAZ-Schatzmeister) ungeniert tummeln und Werbematerial des Gruhl-Vereins verteilen.

Mit 95:78 wurde dann der Vorstands-Unvereinbarkeitsbeschluß durchgezogen. In der Mittagspause trafen anschließend die 60 Nicht-eingelassenen mit 60 weiteren Stimmberechtigten zusammen und beschlossen, das rechte Fraktionstreffen zu verlassen. Die rechten Kräfte wollten *„linke und gesellschaftskritische Positionen ... mit allen Mitteln fernhalten... Wir sehen in der heutigen Versammlung keine Alternative zu den etalbierten Parteien. Diese Politik, die konsequent zur GAZ führen würde, können wir nicht länger mittragen, ohne uns vor allem gegenüber den Bürgerinitiativen und der Basisbewegung unglaubwürdig zu machen. Uns bleibt nichts anderes, als diese Versammlung zu verlassen, wobei wir uns juristische Schritte zur Feststellung der Rechtmäßigkeit ihres Zustandekommens vorbehalten".* Die rechte Fraktion versucht ja insgesamt , den Namen der Grünen Liste auch mit gerichtlichen Mitteln für sich zu okkupieren, obwohl sie insgesamt in der GL/SH eine Minderheit darstellt.

Die im weiteren Kongreßverlauf folgenden „Ereignisse" gaben auch noch für weitere Mitglieder, die noch irgenwelche Hoffnungen gehegt hatten, den Ausschlag zum gemeinsamen Auszug. Kaum war der Großteil linker Kräfte draußen, wurde ein Antrag auf „Verschmelzung" mit der GAZ nur noch mit knapper Mehrheit abgelehnt (64:57). Bei dieser Abstimmung zeigte sich, daß der Vorstand der GL im wesentlichen bereits zur GAZ übergewechselt war und den Verschmelzungs-Antrag vehement unterstützte.

Nach dieser Abstimmung wurden alle im Saal Anwesenden, die die neue Satzung und die UVB's nicht mittragen wollten, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Großmäulig wurde erklärt, sie seien sowieso nicht mehr Mitglied der GL/SH (Man erinnere den ganz knappen Abstimmungssieg der Rechten dazu!).

Als sich kurze Zeit später ein Mitglied aus Nordfriesland, das sich vorher gegen die UVB's ausgesprochen hatte, für die anstehenden Vorstandswahlen zur Verfügung stellte, wurde ihm kurzerhand mitgeteilt, er sei ohnehin nicht mehr Mitglied der GL/SH. Das Maß war voll: insgesamt zogen 90 stimmberechtigte Teilnehmer (das ist rund die Hälfte) aus!

Damit zeichnet sich für Schleswig-Holstein eine ähnliche Entwicklung wie in Hessen ab: Auf der einen Seite werden die Rechten nach den Hessen-Wahlen zur GAZ gehen. Neben dieser Fraktion stehen auf der anderen Seite starke Kräfte, die für eine „Grüne Liste" ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse und in enger Zusammenarbeit mit den Basisinitiativen eintreten. Zwischenkräfte, wie große Teile der Grünen Liste Nordfriesland, die zwar die Abgrenzung nach links wollen oder akzeptieren aber andererseits ein eindeutig rechtslastiges Parteichema der GAZ ablehnen, drohen sich auch hier in diesem Konflikt völlig zu zerreiben.

Bei den linken Kräften gibt es zum einen die Tendenz, jetzt nur noch „Basisarbeit" zu machen und auf eine eigenständige Wahlalternative zu verzichten. Zum anderen gibt es unter linkssozialistischen Kräften Vorstellungen, angesichts der Spaltung der „Grünen" doch noch einmal nolens volens der SPD die Stimme als dem „kleineren Übel" zu geben, da ein Sprung über die 5%-Hürde so kaum noch möglich erscheint. Dies geht von der Überlegung aus, daß die Grünen Listen unbedingt die 5%-Hürde bei der Wahlbeteiligung überspringen *müßten*, wenn sie auf die Politik Einfluß nehmen wollen, was durch die Spaltung selbstverständlich sehr schwer auf Anhieb möglich sein dürfte. Das verkennt, daß die „Grünen" und „Bunten" in Hamburg und Niedersachsen, obwohl sie dort die 5%-Hürde nicht überspringen konnten, indirekten Einfluß insofern nehmen konnten, als sie Druck auf das etablierte Parteiensystem ausüben konnten und gewisse taktische Zugeständnisse, häufig allerdings erst einmal bei der Schminke der etablierten Parteien erreichen konnten. Wichtiger noch war allerdings die allgemeine Ankurbelung der öffentlichen Diskussion wichtiger Probleme. Diese Wirkung ist gerade durch das eigenständige

allerdings die allgemeine Ankurbelung der öffentlichen Diskussion wichtiger Probleme. Diese Wirkung ist gerade durch das eigenständige

Auftreten zu den Wahlen der „Grünen "und „Bunten" erreicht worden, während etwa die Akzeptierung der SPD als „kleineres Übel" herzlich wenig erreicht hätte (und bisher hat). Außerdem muß gesehen werden, daß die geringen Erfahrungen bei den alternativen Wahllisten und die Auseinandersetzung mit Teilen der Wahlbewegung, die noch immer auf eine Einheit aller Grünen gehofft haben, obwohl längst klar ist, daß Gruhl sein rechtes Parteikonzept von oben durchziehen will, verhindert haben, daß die Wahllisten bisher viel getan haben, um breitere Protestpotentiale für sich gewinnen zu können.

Nach dem Kongreß trafen 120 (von insgesamt 150) oppostionellen GL/SH-Mitgleidern zusammen, um über die weitere Arbeit zu beraten. Beschlossen wurde:

1. *Wir begreifen uns als die Mehrheit der GL/SH. Unsere bestehenden Strukturen bleiben erhalten.*
2. *Der bestehende Koordinationsausschuß(Delegierte aus allen bisher nicht anerkannten Kreisverbänden und unabhängige Mitglieder) beruft in ca.4 Wochen einen Kongreß der Kreisverbände in Schleswig-Holsteiner Bürger- und Basisinitiativen ein, um die weiteren Schritte zu beraten.*
3. *In der kommenden Woche finden in allen Kreisen zur Auswertung der heutigen Geschehnisse Kreismitgliederversammlungen statt"*(aus der Presseerklärung).

Gefordert wurde außerdem, eine inhaltliche Zusammenarbeit der verschiedenen Basisinitiativen (z.B. Frauen, BI s, Schülergruppen) und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen.

Insgesamt bieten diese Beschlüsse eine gute Grundlage, um eine breitere Diskussion für eine eventuelle gemeinsame eigenständige Wahlbeteiligung aufzunehmen und dabei eine größtmögliche Einheit zu erzielen, die dazu vonnöten ist.

Landesleitung Schleswig-Holstein

Lars Hennings

LISTIGES ... und ein Vorschlag

Nun ist es passiert: die Einen haben die Mehrheit, die Anderen die Grüne Liste Schleswig-Holstein. Diesem 'Arm der Ökologiebewegung' (Selbsteinschätzung GL) kann ich nur empfehlen: Kiel Di an' Moors! In Wilster (24.9.78) hat eine kleine Gruppe grünlicher Macher die Mittel zum Ziel gemacht und die 'jenseits von links und rechts stehende reine Ökologie' als das entblättert, was sie ist: konservative Propaganda. Planvoll wurde die Ökologie ihrer geistigen Basis beraubt, der Demokratie als Ausgangspunkt für menschliches Zusammenarbeiten. Ob die Basis materieller Kraft nun noch reicht, werden wir sehen.

Nur ein kleiner Trost stellt sich ein: für Stoltenberg hätte der Tag besser enden können. Ihm blieb nun allenfalls die Einsicht, er hätte es nicht besser machen können, eine kritische Jugend zu diskreditieren. Ob sich so der Atomstaat überlisten lassen wird?

Wie immer jemand zu der Spaltung im Februar 1977 stehen mag, hier ist der Verursacher klar auszumachen, diese Spaltung war in Wort und Tat lange vorbereitet. Mit dem ganzen Instrumentarium bürgerlicher Gewalt war dieser Tag auf der langen antikommunistischen Welle in der BRD mit gezielter Hetze in der Presse, mit gezielt verweigerten Einladungen und zu guter Letzt mit Diskussionsverweigerung der Rechenschaftsberichte zu Bruch geschmiedet worden. Man wolle endlich 'positiv arbeiten' war zu hören, zersetzende Kritik wurde unterbunden. Und während die 'Väter' der Unvereinbarkeitsklausel noch die Wertfreiheit solcher Entscheidung beschworen, donnerten die anderen schon wider den Kommunismus, zeigten worum es wirklich ging. Kein inhaltliches Wort fiel, und als die Durchsetzung dieses Beschlusses die 'Extremisten' immer noch nicht vertrieb, wurde auch klar gemacht: Es ging bei der Abstimmung nicht um eine Vereinbarung für alle, das war die Abgrenzung. War es die List der eigenen Tücke, als danach eine Abstimmung angefochten wurde, weil immer noch mehr Leute mitstimmten, als den Unvereinbarkeitsbeschluß unterstützt hatten? Letztlich ging es genau darum: wer noch anders dachte, wurde zuletzt durch persönliche Diffamierung vertrieben!

Draußen standen nicht nur - wie es die reaktionäre Propaganda beschwor - die Kader, sondern z.B. auch die Vertreterin einer der aktivsten Bürgerinitiativen unseres Landes, Gründungsmitglied von Rendsburg, BBU-Mitglied, aber wie andere nicht bereit zu ideologischer Abgrenzung. Es sind ihrer noch viele, die eine alternative Lebendigkeit suchen.

Bei alledem sollte aber nicht vergessen werden: Es ist passiert, was passieren muß, wenn ohne ausreichende Basis in den Projektgruppen der Auseinandersetzung, um die es konkret geht, abstrakt die scheinbare Resignation überwunden werden soll. Keine der betroffenen Gruppierungen ist in jenem Sinn zur parlamentarischen Vertretung landesweiter Interessen fähig, der zuvor in den Bis als Bedingung diskutiert wurde, weil es eine solche landesweite oppositionelle Bewegung praktisch nicht gibt. Die Ursache dafür zu analysieren und Abhilfe zu schaffen, wäre gerade für jene besser, die der (gemeinten) Resignation (der anderen) mit Durchhalteparolen vom Sieg 'der Linken' begegnen. Die Hamburger bunte Situation läßt sich nicht übertragen. Mit solcher Agitation wird allzuleicht die Reflexion der Erfahrung verhindert, die erst zur fundierten antikapitalistischen Aktion führt, die über die unmittelbare Empörung hinausführen muß, um gesellschaftlich wirksam zu werden. Wer Zeit hat, nahezu eine Stunde darüber zu diskutieren, ob der ausgeschlossene Rest die Mehrheit des Kongesses, oder die der GLU, oder sonst was war, ist zum Kampf noch nicht bereit. Hier offenbart sich die Krise.

In der Auseinandersetzung um die GLU ist bemerkenswert, daß der vielgeschmähte, zu agitatorischen Zwecken der Diffamierung aufpolierte Kommunistische Bund (KB), tatsächlich neben den konservativen Listengründern der entschiedenste Befürworter ist, eine solche Liste zu machen. Gerade in der Situation der (selbst so genannten) eigenen Krise, in der der Aktionismus besonders gebrandmarkt wird, hätte mensch auf anderes als Durchhaltesprüche von einer linken, also emanzipatorischen(?) Gruppe gehofft.

In dieser Situation in Schleswig-Holstein eine zwangsläufig weitgehend isolierte andere Grüne Liste zu installieren, obwohl die ursprünglichen Bedingungen nicht mehr gegeben sind, kann eine solche Krise nur noch verstärken. Denn daß die gezielten Diffamierungen gegen den KB so weitgehend auf - wenn auch sachlich verbrämte - Akzeptierung gestoßen sind, insbesondere Angst vor der Fraktionierung, ist nicht ganz ohne Grundlage zu verstehen. Nur eine offene Darstellung als fortschrittliche Gruppierung, die das gute Beispiel vor den Drang nach Funktionsträgern stellt, wird hier lernend eine Veränderung schaffen können, denn über das Durchsetzen von Aktionen ist bislang noch kein kritisches Bewußtsein geschaffen worden. Dies gilt natürlich nicht nur für den KB, sondern zu einem guten Teil für den ganzen linken Flügel der versuchten GLU-SH, der jetzt über die eigene Kandidatur zu entscheiden hat.

Wer von der Basis her gesellschaftliche Veränderungen mit mehr Demokratie will, als sie die bestehenden Parteien zulassen, wer nicht nur gegen Atomanlagen, sondern gegen den sogenannten Atomstaat arbeiten will, weil die Ursache dieser Bedrohung der Widerspruch zwischen vergesellschaftlichem Arbeitsprozess und anarchischer Kontolle ist, muß kritischer nach dem Begriff 'Basis' fragen, als das vielfach nach der Spaltung geschah. Als Basis kann ja gewiß nicht verstanden werden der Kreisverein der GLU, der gerade zur Gründung installiert wurde. Wer die Mehrheit der Bewegung repräsentiert, ist keineswegs so klar und nicht an den Teilnehmerzahlen zu messen. Es genügt ganz sicher nicht der Blick auf solche Oberflächenerscheinungen. Dabei wird auch verkannt, daß ein großer Teil der aktivsten AKW-Gegner sich an der GLU von Anfang an nicht beteiligt hat. Sei es, weil sie in anderen Parteien arbeiten (wie ein guter Teil der 'Brokdorfer') sei es, weil sie aus den unterschiedlichsten Gründen kein Interesse an Parlamentsarbeit haben, bzw. darin keine sinnvolle Arbeit z.Zt. sehen. Andererseits wird dabei verkannt, daß ein großer Teil von 'liberalen' AKW-Gegnern die Maßnahmen gegen 'den KB' letztlich akzeptiert, die hier gegen alle GLU-Oppositionellen durchgepaukt wurden. Zu ihnen gehören z.B. etliche Mitglieder der Nordfriesen und des Steinburger Kreisverbandes, die eine gewisse Basis immerhin bewiesen haben, nimmt mensch einen unkritischen Basisbegriff.

Das Dilemma von Wilster hat der Anti-AKW-Bewegung gewiß keinen großen Sieg gebracht. Ob es gar eine Niederlage werden wird, wird in hohem Maß jetzt von den Bürgerinitiativen abhängen. Dazu ist gewiß der Vorschlag richtig, jetzt erst auf Kreisebene mit allen Interessierten der Bewegung zu beraten. Um die Basisnähe einmal kritisch zu beleuchten, sollte versucht werden, hier eine Dokumentation über die Arbeit der Bis und andere Basisgruppen zusammenzustellen. Damit mensch sich nichts vormacht! Denn wenn es wirklich um die emanzipative Veränderung unseres Lebens geht, nicht um zu kurz gefaßte Strategien, eilt es offensichtlich nicht so mit dem Einzug in die Parlamente.

Das Dilemma von Wilster bietet der Anti-AKW-Bewegung mit ihren vielfältigen Stömungen mit Sicherheit einen neuen umfassenden Anfang für eine sachorientierte Basisarbeit radikaldemokratischer und sozialistischer Zielsetzung in einer neuen Einigkeit, in der die Erfahrungen der letzten Jahre wirken können.

Wir brauchen keine Kreiswahlbüros! Wir könnten aber sehr gut Kontaktzentren in allen Kreisen gebrauchen, die verantwortlich betreut werden, wozu vor allem auch Kontinuität in der Arbeit gehörte. Solche Zentren sollten nicht nur der Agitation, sondern dringend auch der inhaltlichen Konsolidierung unserer Bewegung dienen, sie müßten also für alle Gruppierungen einen Anreiz zur Mitarbeit und zur Information bieten. Über solche Stützpunkte ließe sich die politische Diskussion in Schleswig-Holstein erheblich intensivieren, weil damit ein klarer und offener Organisationsrahmen entstünde, der das oft ohnmächtige Nebeneinanderherwursteln vieler Gruppen effektivieren könnte. Ein solches Netz von Kontaktzentren würde aber natürlich auch eine erheblich bessere Darstellung von Zielen und Forderungen ermöglichen. Und wenn daraus sich eines Tages nach lebendiger Basisarbeit auch Kreislistenbüros entwickeln sollten, um so besser!

Basisarbeit als Grundlage einer politischen Bewegung kann nicht nur heißen: Projektarbeit. Vor allem sagt der Begriff ja etwas über die Verbundenheit von Aktiven mit der Bevölkerungsbasis, mit ihrem Umfeld, ihren Nachbarn aus. Meist ist die Basis ja ein konservatives Element gegenüber dem kritischen Geist, das die Geduld des Akteurs verlangt, um die Problematik des Projekts zu erklären. Das gilt um so mehr, als die Arbeit die Akteure nur vermittelt betrifft, wie z.B. bei der Atomkraft. Andere Projektgruppen haben es in dieser Phase der Arbeit leichter, weil sie direkt eigene Probleme bearbeiten, wie z.B. Schwule. Gemeinsam ist solchen Projekten, daß Lösungen der Problematiken nur in den gemeinsamen gesellschaftlichen Aktion gelöst werden können. Das begreift der Kopf besser als der Bauch.

Um mit einem neuen Versuch gemeinsamer Kommunikation nicht wieder zu scheitern, wie mit den früheren Konferenzen, muß dabei gewiß auch dieser Aspekt unserer Arbeit besser berücksichtigt werden. Nicht nur zu den direkten Forderungen 'Nie wieder Krieg', 'Kein AKW in ...' wird dabei zu arbeiten sein, sondern gerade über das Zusammenarbeiten muß mehr reflektiert werden. Sonst wird es nicht gelingen, die letzten Erfahrungen wirksam zu machen. Sonst werden wir weiterhin von einer Spaltung zur nächsten trudeln. Um aus den vielen Selbstverständnissen von Einzelnen und Gruppen zu diesem Kampf zu mehr Gemeinsamkeit zu kommen, wird darum eine diesbezügliche linke 'Bildungsarbeit' von uns selbst notwendig . Anders werden wir nie eine Basisbewegung.

Anmerkungen zu LISTIGES ... und ein Vorschlag von Lars Hennings

Vorweg einiges zum Verständnis des AK-Lesers. Lars Hennings ist Mitbegründer und führende Persönlichkeit des Arbeitskreises Brokdorf, ehemaliges Juso-Mitglied, Mitträger der ersten Brokdorf-Aktionen. Bei der Spaltung Brokdorf-Itzehoe (Februar 77) propagierte er vehement die Itzehoe-Demonstration. Noch als Juso rief er zur Wahl der Bunten Liste auf und verfolgt seither interessiert die Gründung einer Grünen Liste in Schleswig-Holstein. Schon hieraus und im weiteren aus seiner abgedruckten Stellungnahme wird deutlich, daß er einer der politischen Vertreter der Ökologiebewegung ist, angesiedelt im linkssozialistischen Spektrum, das eine konkrete Alternative links von der SPD sucht. Von seiner „Herkunft'' her, als Mitbegründer der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke, ist seine Stellungnahme zur Auseinandersetzung innerhalb der „Grünen Liste'' für die gesamte Ökologiebewegung von großer Bedeutung. Für uns hat sie darüber hinaus besondere Bedeutung, weil er gewissermaßen Sprecher einer Strömung innerhalb der Ökologiebewegung ist, die diese als linke Alternative zu den bürgerlichen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, ausbauen will. Erklärtermaßen ist dies der Teil, den wir in unserer Bündnispolitik am ehesten ansprechen wollen.

Nun zu einigen, wenigen (da wir nicht den gesamten Beitrag kommentieren wollen) Aspekten seiner Sicht der Entwicklung der „Grünen Liste'' in Schleswig-Holstein.

1. Lars Hennings beklagt die Entwicklung der Ökologiebewegung, in der die konservativen und reaktionären Kräfte zunehmend zur Spaltung mittels der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber dem KB aufrufen. Er beklagt dies nur, ohne dabei politisch herauszuarbeiten, daß dies ein notwendiger Entwicklungsschritt innerhalb der Bewegung ist. Notwendig natürlich nur in dem Sinn, daß diese Strömungen auftreten müssen, nicht daß sie, wie in Schleswig-Holstein, die Oberhand gewinnen müssen. Von Anfang an sind von der Ökologiebewegung, insbesondere der Bewegung gegen die Atomkraftwerke, sowohl kleinbürgerlich reaktionäre und konservative als auch fortschrittliche Kräfte angezogen worden. Inhaltlich standen zwischen diesen Kräften von Anfang an politische Welten. Ihre Gemeinsamkeit fanden sie jedoch in den Aktionen.

Die gesamte Bewegung hat die Erfahrung machen müssen, daß die Aktionen gegen die Atomkraftwerke nicht die Erfolge gebracht haben, die sich viele erhofft hatten. Einer der wesentlichen Stränge der weiteren Perspektivdiskussion war im weiteren die Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen. Naturgemäß mußten hier die unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Differenzen am schärfsten zum Ausdruck kommen, denn es standen sich einerseits die kleinbürgerliche Orientierung auf das parlamentarische System und die Bindung an die bürgerliche Ideologie und andererseits die Orientierung auf eine linkssozialistische Alternative gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber. Diesen Widerspruch haben die reaktionären Kräfte um Beddermann, später um Gruhl, systematisch genutzt, um eine mögliche Einheit zu verhindern.

Bedauerlicherweise hat jedoch der linke Flügel der Ökologiebewegung niemals zu der Geschlossenheit gefunden, wie dies den Reaktionären in der Einigung der konservativen Elemente gelungen ist. Dies tippt Lars Hennings selbst an, wenn er davon spricht, daß der KB von den Liberalen (wie er sie nennt) innerhalb der Bewegung im Stich gelassen wurde.

2. Lars Hennings beklagt weiterhin, daß sich keine der zur Wahl stehenden Initiativen wirklich auf das Votum der vormals existierenden Anti-Atomkraftwerke-Bewegung stützen kann. Er konstatiert richtig, daß sich an der Wahldebatte nur ein Teil der Bewegung beteiligt. Dabei wird aber folgendes nicht berücksichtigt: Die Wahldebatte in der BI-Bewegung kam erst dann besonders in Schwung, als die Bundesregierung das Atomprogramm erneut forcierte (nach einer Phase des Baustops) und durch verschärfte Repressalien deutlich gemacht hatte, daß schnelle Erfolge der BI-Bewegung nicht zu erwarten seien, nachdem viele noch mit der Illusion bei den ersten Großdemonstrationen angetreten waren, man könne durch Bauplatzbesetzung schnelle Erfolge erzielen. Als dann in den BI's über eine Wahlbeteiligung diskutiert wurde als eine weitere Kampfform, geschah das in einer Situation des spontanen Abschwungs und teilweisen Resignation, was keineswegs der Wahldiskussion anzulasten ist.

3. Lars Hennings kritisiert den KB, er habe im gesamten Verlauf der Auseinandersetzung mehr darauf geachtet, Funktionen zu gewinnen, als die politisch inhaltliche Debatte voranzubringen. An dieser Kritik ist (vordergründig gesehen) viel Richtiges dran. Tatsächlich haben sich unsere Genossen stark darauf konzentriert, den organisatorischen Aufbau der Grünen Liste zu betreiben, um den rechten Kräften auf diesem Gebiet nicht allein das Feld zu überlassen. Es ist doch gerade nicht so, daß wir uns nach diesen Funktionen drängeln, wie uns dies die Rechten mit ihrem Fraktionierungsvorwurf unterstellen. Dies wird von jedem Kenner der Szene wohl bestätigt werden können. Vielmehr werden wir gerade durch die Inaktivität solcher „anerkannten'' Persönlichkeiten wie Lars Hennings geradezu dazu gezwungen, diesen Part zu übernehmen, um zumindest einige Bastionen der Linken gegenüber den Rechten zu sichern.

Wir haben immer betont, daß wir die Ökologiebewegung und die alternativen Listen nicht allein tragen können und wollen. Uns kommt es gerade darauf an, innerhalb dieser Bewegung das Bündnis zwischen den Kommunisten und den linkssozialistischen und linksliberalen Strömungen aufzubauen. Hierzu ist jedoch zuallererst auch das aktive Engagement dieser Strömungen gegenüber den konservativen und reaktionären Strömungen notwendig. Wie schon oben erwähnt hat es hieran gemangelt — „die'' Liberalen haben, wie Lars Hennings selbst sagt, den KB im Stich gelassen.

4. Die jetzige Stellungnahme von Lars Hennings sehen wir jedoch als ein Angebot an, diese Diskussion mit dem Ziel der inhaltichen Zusammenarbeit aufzunehmen. Wir können dabei nur von der Hoffnung ausgehen, daß dieses Angebot über die Person von Lars Hennings hinweg Kreise zieht.

Landesleitung Schleswig-Holstein

Leserbrief

Zu den umstrittenen Einladungen der provisorischen „Grünen Liste'' Schleswig-Holstein zum 24.9.78 in Wilster!

Ich möchte meine Erfahrungen schildern, die ich bei der Verteilung der Einladungen zum Kongreß der provisorischen GL/SH machte. Einige Wochen vor dem 24.9. schickte ich mit acht weiteren Dithmarschern Anträge für Einladungen ab. Acht dieser Anträge waren mit folgendem Zusatz vermerkt: Mit meiner Unterschrift befürworte ich keine Unvereinbarkeitsklausel. Ein Antrag wurde absichtlich ohne diesen Zusatz abgeschickt. Wir erhielten keine Antwort. Am 23.9. besuchte ich eine Veranstaltung der AGNU (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz) in Heide/Holstein, auf der u.a. das Vorstandsmitglied der GL/SH, Baldur Springmann, anwesend war. Er stellte sich einige Minuten für Fragen zur GL zur Verfügung. Meine Frage, ob ich zu dem Kongreß am 24.9. Zutritt haben könnte, beantwortete er so: „*Das geht leider nicht. Die Versammlung ist intern.*'' Am 24.9. stand ich nun mit sechs anderen Dithmarschern vor dem Collosseum in Wilster. Wir gaben dort wiederholt unseren Antrag auf Einlaß ab. Unerklärlich war mir, daß nur ich Einlaß mit Stimmkarte erhielt. Das sagte ich den Verantwortlichen. Die sagten, das sei nun mal so, erklären könnten sie es auch nicht. Damit wollte ich mich aber ganz und gar nicht zufrieden geben, ich forderte nochmals Aufklärung. Darauf holte man nun Thürnagel (Vorsitzender des Lübecker GL-Spalterverbandes, Anm. AK). Der schien verantwortlich zu sein! Ich sagte ihm, mit welcher Unlogik die Anträge auf Einlaß bearbeitet wurden und forderte sechs weitere Eintrittskarten. Er drehte völlig durch und meinte dann: „*Dieses Durcheinander mache ich nicht mehr mit, ich schmeiße den Kram hin und haue ab!*'' Das log er, denn er blieb! Nach weiterem Wortwechsel sagte er mir, daß die anderen sechs reinkönnten unter der Bedingung, daß den weiteren 70 Ausgeschlossenen davon nichts mitgeteilt würde. — Empört bin ich durch diese Angelegenheit nicht! Hat doch dieser provisorische Vorstand der GL schon vor einigen Wochen durch seinen Satzungsentwurf gezeigt, daß er das Wort DEMOKRATIE nicht kennt!

Eine AK-Leserin aus Heide

SPD versucht Stimmen aus der GL-Spaltung zu holen

Den desolaten Zustand in der Grünen Liste Schleswig-Holstein, der durch die Spaltung der Rechten hervorgerufen wurde, schlachtet die Sozialdemokratie weidlich aus. Dabei versucht die SPD, das Kunststück, die Grüne Liste gleich von „links'' und von rechts zu kritisieren. So weisen die Jusos auf die — auch von uns schon vielfach enthüllten — Umtriebe von Rechtsradikalen in der Grünen Liste hin: „*Wer für einen neuen Stil und mehr Demokratie in der politischen Auseinandersetzung eintrete ... dürfe sich nicht hinter verschlossenen Türen über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in kommunistischen bzw. neofaschistischen Organisationen und der Grünen Liste streiten. Die Jusos sehen in der von einer 'starken Gruppierung innerhalb der GL geforderten Vereinigung von GL und der GAZ ... eine stark rechtslastige Tendenz innerhalb der GL.' Die Jungsozialisten würden deshalb einen Wahlkampf auch gegen die GL führen. Für die SPD dürften die Grünen nach Juso-Darstellung kein geeigneter Koalitionspartner sein*'' („Kieler Nachrichten'', 28.9.).

Juso-Chef Schröder begrüßte eine Spaltung der Grünen, weil er dadurch stärkeren Zulauf für seine Organisation wittert: „*Die Jungsozialisten wollen unter den 'Grünen' und 'Bunten' Gruppierungen die 'Böcke von den Schafen' trennen und fortschrittliche Gruppen wieder in ihre Organisation zurückholen*''(„Husumer Nachrichten'', 13.9.78).

Der schleswig-holsteinische SPD-Vorstand kritisierte ebenfalls die 'Grüne Liste' als zu rechts und warnte davor, daß bei der Kandidatur von 'Grünen Listen' „*SPD und FDP im Endeffekt die Stimmen fehlen könnten, die sie zur Übernahme der Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein brauchten*'' („Husumer Nachrichten'', 12.9.78).

Aus der rechten Ecke meldete sich Atomfilz Schwalbach zu Wort und warnte vor den „Extremisten'' in der GL, vor allem vor dem KB: „*Es gibt jedoch keine Grundübereinstimmung mit den 'Grünen', solange hier Kräfte am Werk sind, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen... Es ist aber sehr wohl bekannt, daß grüne Gruppierungen Zielscheibe von Unterwanderungsbestrebungen von Extremisten waren und sind. ... Kräfte, die die Zerstörung unseres Staates versteckt und offen auf ihre Fahnen geschrieben haben, müssen nicht versteckt, sondern offen bekämpft werden. ... Ich wiederhole: Die SPD (auch andere Parteien) haben genug für den Umweltschutz getan*'' („Holsteiner Courier'', Neumünster, 18.9.78).

Landesleitung Schleswig-Holstein

„Grüner Filz" oder Sozialdemokratismus ?

„Dem Grünen Filz muß das Handwerk gelegt werden!" – das ist der Kampfruf von Lutz Mez und Ulf Wolter in einem Aufsatz in der Nr. 17 der „kritik" („Zeitschrift für sozialistische Diskussion", Verlag Olle & Wolter, Westberlin). Wer ist der *„Grüne Filz"*? Das ist eine *„sich herausbildende Machterwerbsgruppe, die sich aus verschiedenen Fraktionen zusammensetzt, aus gescheiterten Politikern (wie bei Teilen der GLU in Niedersachsen), karrieresüchtige Individuen und politischen Gruppierungen (KB und KPD in Hamburg), deren bisherige Politik gescheitert ist und die jetzt auf dieses Pferd setzen und versuchen, ihre Interessen nun auf anderem Wege zur Geltung zu bringen, um nicht ihre Mitglieder und den politischen Einfluß zu verlieren. . . . Das Gemeinsame* (dieser ‚verschiedenen Fraktionen'; Anm. AK) *besteht darin, die Protestbewegung in eine Richtung zu lenken, die den Machterwerb ermöglicht. . . . . Es muß völlige Klarheit darüber hergestellt werden, wer sich im Einzelfall hinter den ‚Grünen' oder ‚Bunten' verbirgt und welche Interessen und Forderungen die jeweiligen Personen und Gruppierungen vertreten. Dem Grünen Filz muß das Handwerk gelegt werden!"*

Tatsächlich, die Zeitschrift, in der dieser Aufsatz erschienen ist, und deren Herausgeber einer der Verfasser ist, nennt sich *„Zeitschrift für sozialistische Diskussion"*, auch wenn man ganz etwas anderes vermuten könnte, wer oder was sich *„im Einzelfall"* dahinter *„verbirgt"*. Die analytische Schärfe dieses Aufsatzes von Mez und Wolter ist jedenfalls umwerfend.

Der „Grüne Filz" von Gescheiterten und Karrieresüchtigen bis zu KB und KPD - wobei die Linken *„ein deutliches Übergewicht"* haben – rangelt sich um *„ein numerisch starkes und politisch schwaches Oppositionspotential"*, wie die Freier um die Jungfrau. *„Das Pro-*
Oppositionspotential", wie die Freier um die Jungfrau. *„Das Pro-*
blem ist nur, daß es bislang nicht gelungen ist, eine überzeugende sozialistische Alternative aufzubauen, so daß sich diese Linke (innerhalb des ‚Oppositionspotentials'; Anm. AK) *in erster Linie momentan auf die Ökologiefrage konzentriert. So wichtig diese Frage ist, so bleibt dennoch festzuhalten, daß dies zugleich auch ein Rückzug ist, eine Kapitulation vor den Schwierigkeiten, eine überzeugende und massenwirksame sozialistische Position für die BRD zu entwickeln, die natürlich auch die Ökologiefrage umfaßt, aber nicht nur diese, die nicht dem Rechtsdrall und der eigenen Perspektivlosigkeit dadurch Rechnung trägt, daß man sich unter dem Mantel des Umweltschützers verbirgt."*

Das ist gut gebrüllt! Mez und Wolter machen sich Sorgen um eine wirklich bestehende Gefahr innerhalb der Linken. Aber warum wollen sie dann gerade denjenigen in der Linken *„das Handwerk legen"*, die – wie der KB! – ihre politischen Anstrengungen darauf verwenden, daß die Linke sich nicht *„in erster (!) Linie auf die Ökologiefrage konzentriert"*; die eine *„massenwirksame sozialistische Position für die BRD zu entwickeln"* versuchen, die genau *„nicht nur"* die Ökologiefrage umfaßt?!

Mez und Wolter schreiben: *„Man muß sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob durch die Wahlorientierung die für die Linke existentiellen Diskussionen gefördert oder eher behindert werden"* – und ihre Antwort geht deutlich in letztere Richtung: daß *„die Basisarbeit und die kritische Gewerkschaftsarbeit . . . vernachlässigt und radikale selbstkritische Diskussionen praktisch verunmöglicht (?!)"* würden. Aber was sind denn *„die für die Linke existentiellen Diskussionen"*? Gehört dazu nicht an allererster Stelle, wie die radikale Linke es heute schafft, durch eine nicht-sektiererische aber gleichzeitig prinzipienfest an demokratischen und antifaschistischen Leitlinien orientierte Bündnispolitik die Ausdrucksmöglichkeiten und die politische Wirksamkeit des *„numerisch starken und politisch schwachen Oppositionspotentials"* zu vergrößern? Muß die radikale Linke an den Fronten, wo sich heute das „Oppositionspotential" greifbar manifestiert (und das ist u.a. die „Ökologiefrage" und ein alternatives Wahlauftreten), nicht durch eigene Mitarbeit überhaupt erst das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer *„überzeugenden sozialistischen (!) Alternative"* entwickeln helfen? Warum also dieser moralische Skrupel vor dem *„Machterwerb"* der radikalen Linken in diesem „Oppositionspotential" – oder soll die radikale Linke es etwa der Rechten, den „gescheiterten Politikern" und „karrieresüchtigen Individuen" überlassen, ihre „Macht" über dieses Oppositionspotential zu „erwerben"?!
Daß die *„Wahlorientierung"* die sitionspotential zu „erwerben"?!

Daß die *„Wahlorientierung"* die für die Linke existentiellen Diskussionen *„behindert"* hat, daß dadurch *„die Basisarbeit und die kritische Gewerkschaftsarbeit . . . vernachlässigt und radikale selbstkritische Diskussionen praktisch verunmöglicht"* worden seien, können Mez und Wolter doch wohl nicht ernsthaft da nachweisen wollen, wo der KB als eine *„Fraktion des Grünen Filzes"*, dem *„das Handwerk gelegt"* werden müsse, maßgeblichen Einfluß an der Politik gewinnen konnte – wie in der Hamburger Bunten Liste. Sie versuchen diesen Nachweis auch gar nicht, weil ihre tatsächlichen Sorgen nämlich ganz anderer Natur sind, als man unvoreingenommen aus einigen der zitierten Passagen schließen könnte.

Da in Hamburg von der Bunten Liste und in Niedersachsen von der GLU *„kein Mandat gewonnen wurde* (in Hamburg stimmt dies bekanntlich nicht: dort sind zwei Vertreterinnen der Bunten Liste immerhin in die Eimsbüttler Bezirksversammlung eingezogen; Anm. AK), *ist man elegant (!) an der Frage vorbeigekommen, was die Vertreter denn nun für eine Politik gemacht hätten. Darüber kann es nur Vermutungen geben, denn das derzeitige politische und programmatische Niveau hätte in beiden Fällen nicht ausgereicht, um Realpolitik* (Nachtigall ick hör dir trapsen! Anm.AK) *zu machen.* So habe man sich auch *„um die Frage der allgemeinpolitischen Verantwortung herumdrücken"* können. Aber in Hessen *„spitzt sich die Sache . . . schon zu, denn dort geht es darum, ob Dregger an die Regierung kommt und die CDU damit im Bundestag die Zwei-Drittel-Mehrheit erobert, die es ihr erlaubt, den Bundestag auf den Gebieten schachmatt zu setzen, die Länderinteressen tangieren. Damit wäre die sozialliberale Koalition praktisch regierungsunfähig (!). Man kann ja der Auffassung sein, daß einem das völlig egal ist, nur das würden wir gern einmal von denen hören, die sich da zur Wahl stellen."*

Was aus all den Sorgen schließlich herauskommt, ist die Argumentation des „kleineren Übels", mit der „linke" Sozialdemokraten penetrant das zu erschüttern versuchen, was Mez und Wolter so großspurig gegen den „Grünen Filz" ins Feld führen: die notwendige Entwicklung einer *„überzeugenden sozialistischen Alternative"*. Aber bitte schön; ob die Atomkraftwerke von Börner oder Dregger weiter ausgebaut werden, ob die hessische Polizei unter einer Börner- oder unter einer Dregger-Regierung auf Demonstranten einprügelt – das ist tatsächlich „egal". Nur jemand, der darin einen wesentlichen Unterschied sieht, kann überhaupt auf den Gedanken kommen, die Chance einer politischen Stärkung der radikalen Linken durch ein erfolgreiches Auftreten alternativer Wahllisten zu einem von der radikalen Linken gar nicht in dem Maße be-
reiches Auftreten alternativer Wahllisten zu einem von der radikalen Linken gar nicht in dem Maße be-
einflußbaren (und noch weniger von ihr verschuldeten!) mathematischen Problem der Stimmverteilung zwischen SPD und CDU herabzuwürdigen.

Mez und Wolter berufen sich in ihren „Warnungen" auf Heinz Brandt, der in der selben Ausgabe der „kritik" ebenfalls einen kleinen Aufsatz zur Hessenwahl geschrieben hat. Brandt fragt und antwortet dort: *„Was kann die schwache, zerklüftete . . . äußerst gefährdete Linke bestenfalls erreichen? Sie kann vielleicht noch. . . . die SPD als Regierungspartei retten. Mehr ist nicht drin, aber schon das wäre hochbedeutsam."* Brandt scheint wegen der alternativen Wahllisten mit sich im Hader zu sein; er weiß nicht, ob er ganz davon abraten soll, oder ob das nicht eh ein erfolgloser Versuch ist – und man stattdessen auf eine *„sozial-naturbunte Koalition"* als Fortsetzung der „sozialliberalen Koalition" orientieren soll. Das ist auch schon die ganze Spannweite der Argumente in dieser Zeitschrift für sozialdemokratische Diskussion.

„Viele kleine Lügen werden zum gigantischen Schwindel!"

Der SPD-Landtagsabgeordnete, ÖTV-Bezirksleiter und Atomfilz-Angehörige Hans Schwalbach hat wieder einmal den energiepolitischen Kurs seiner Landes - Partei aufs Korn genommen. Anlaß war die vom Landesvorsitzenden Günter Jansen am 8. Juli im Kreis Steinburg gemachte und im hessischen Wahlkampf wiederholte Aussage, die *„'vielen kleinen Lügen' der AKW-Befürworter potenzierten sich zum 'gigantischen Schwindel Kernenergie', 'für den ein verantwortungsbewußter Politiker jedenfalls nicht geradestehen könnte'"* (nach „Husumer Nachrichten", 6.9.78).

NWK-Aufsichtsrat Schwalbach ereiferte sich: *„Eine Ungeheuerlichkeit"! „Einen solchen Ausspruch kann man nicht ernst nehmen. Man sollte darüber zur Tagesordnung praktischer Arbeit übergehen,"* (ebenda). Trotzdem wollte er nicht darauf verzichten, den „Hintergrund" der öffentlichen Auseinandersetzung um die Atomenergie anzusprechen. Da geht es zum einen *„um die These, die in der SPD Schleswig-Holstein anscheinend eine Rolle spielt: Sollen wir unsere Gürtel enger schnallen?"* - auf *„überzogenem Zukunftspessimismus aufgebaut"* - und zum anderen um diejenigen, die *„die Energiefrage als Aufhänger einer Systemdiskussion benutzen."*

In Übereinstimmung mit dem SPD-Bundesparteitags-Beschluß forderte er *„Kernenergie als Restenergie"* und *„äußerte sich überzeugt, daß er mit seiner Haltung in der SPD-Landtagsfraktion keineswegs isoliert sei."* Wie gewohnt *„in aller Schärfe"* wiesen *„unabhängig voneinander"* Jansen und Matthiesen *„die Angriffe ihres Parteifreundes ... zurück."* Matthiesen verwehrte sich gegen „Unterstellungen, die schleswig-holsteinische SPD sei gegen jegliche Anwendung von Kernenergie". „Richtig sei vielmehr, daß die SPD dafür eintrete, daß die Kernenergie zugunsten der Kohle zurückgedrängt werde." So umschreibt bekanntlich ja auch die Bundesregierung ihr Atomenergieprogramm. Trotz der in der Sache kaum erkennbaren Differenzen behauptete Matthiesen, *„Schwalbach habe für seine Position in der Landespartei nicht nur keine Mehrheit, sondern nicht einmal eine Minderheit"*! Jansen dagegen gestand Schwalbach immerhin eine *„Minderheitenposition in der Landes-SPD"* zu („Kieler Nachrichten", 8.9.). In der Tat werden auch im kommenden Landtag – nach der Wahl im April 79 – mehrere. dem „Gewerkschaftsflügel" der SPD zugehörige Abgeordnete vertreten sein, die sich schon in der Vergangenheit gegen die Baustop-Forderung der Landes-SPD gewendet hatten. Denn da *„man bewußt der These entgegentreten wolle, die SPD entferne sich von den Gewerkschaften"*, haben Jansen und Matthiesen auf dem Landesparteitag vom 10./11. Juni dafür gesorgt, daß für die Landtagswahl die *„Plätze 11 bis 14 mit führenden Gewerkschaftern besetzt"* sind („Flensburger Tageblatt", 12.6.). Gemeint sind der IG Metaller und Afa-Landesvorsitzende Prezewowsky sowie Ramler und Möller, die gemeinsam mit Schwalbach und dem DGB-Bezirksvorsitzenden Jan Sierks seit dem Baubeginn des AKW Brokdorf im Oktober 1976 mehrfach in der Öffentlichkeit gegen den Kurs der Landes-SPD und für den weiteren Bau von Atomkraftwerken eingetreten waren.

Mit ihrer neuen Stellungnahme haben Jansen und Matthiesen einmal mehr deutlich gemacht, daß es sich zwischen der „linken" SPD-Spitze und der DGB-Mafia keineswegs um grundsätzliche Widersprüche zur Atomenergie handelt, sondern um ein Spiel mit verteilten Rollen.

KB-Landesleitung Schleswig-Holstein

Es schimmert braun aus der GAZ

Der Tag der Hessenwahl rückt näher und die GAZ-Wahlkämpfer werden immer illustrer.

Für den 26.9. hatte ein „Bundesverband der Rentner und Pensionäre Deutschlands e.V." (großer Name - wenig dahinter), mittels viertelseitiger Anzeigen in der „FAZ" und „ FR" zu einer Pro-GAZ-Veranstaltung aufgerufen.

Im gleichen Saale, der vor ca. drei Wochen etwa 600 Gruhl-Zuhörer aufgenommen hatte, mußten jetzt gerade 40 Leute sich etwas einsam fühlen. In dieser Zahl eingeschlossen sind die Herrschaften vom Podium, einige junge Leute, GAZ-Vertreter und Nazi-Schönborn mit einzelnen Anhängern.

Für den „Rentner-Verband" war es ein weiter Weg, bis er an die GAZ („Eine Partei, die wir eigentlich schon lange suchten"), kooperativ angeschlossen war. Jetzt sollen in jedem GAZ-Landesverband zwei Leute des „Rentner-Verbandes" Vorstandsmitglieder werden. Vorher waren verschiedene andere Gespräche wegen Wahlbündnissen geführt worden. Die rechtsradikale SDU (Ex-SPDler) brachte eine Wahlbeteiligung aber nicht zu Wege; die CDU-nahe Freie Wählergemeinschaft/FWG war mit zu vielen kommunalen Politikern durchsetzt; der 5% Block = Weißkopf wollte in die GLU; die GLU selbst erschien mit der Zeit zu „linkslastig", so daß gerade im rechten Moment die GAZ gegründet wurde, die angeblich das Rentenprogramm des „Rentner-Verbandes" übernahm.

Eine Vertreterin eines anderen Rentner- und Seniorenverbandes trat zuerst recht sozialdemagogisch, zuletzt aber für „Volk und Vaterland" auf. Neben einem „farblosen" GAZ-Vertreter trat vor allem deren Hessen-Erster Dr. Waldemar Hees auf, Marburger Rechtsanwalt. Auf Unterschiede zu anderen Grünen befragt, meinte er, sie wären die einzig Echten; die GLH sei „die Partei Cohn-Bendit's.

Von den Diskussionsrednern erhielt der Alt-Nazi Erwin Schönborn, (derzeit u.a. Berater der „Hansa"-Bande) den meisten Beifall, weil er sich mit einem Loblied auf die GAZ voll an sie ranschmiß. Er, der am 8. Oktober seinen Geburtstag feiere, hoffe auf eine 6%-Nachricht an jenem Abend. Schönborn, der noch 1976 die NPD als „Partei der Zukunft" empfahl, ist nun Stimmenmobilisierer für die GAZ.

Niemand aus der GAZ - und Schönborn hat dort hinein vielfältige Bekanntschaften! - grenzte sich von „NSdAP-Aktivisten ab, vielmehr hatte GAZ-Landesführer Hees sehr lobende Worte für ihn.

Wir sollten die GAZler zu Stellungnahmen über die Nazi-Beteiligung bei ihnen auffordern; ob das Aussicht auf Erfolg hat, ist allerdings fraglich: schon bei der Gruhl-Veranstaltung wurde eine dahingehende schriftliche Frage nicht beantwortet.

Ein alter Freund des AK aus Frankfurt

Wahlkampfkostenrückerstattung für die Bunte Liste wird verzögert

Während SPD, CDU und FDP bereits Anfang nächsten Jahres ihre *„erste Rate der Wahlhilfegelder für die Bürgerschaftswahlen 1982"* erhalten („Hamburger Morgenpost", 20.9.78), wartet die Bunte Liste immer noch darauf, ihre Wahlkampfkostenrückerstattung aus dem zurückliegenden Wahlkampf zu bekommen: rund 116.000 DM! Wir drucken dazu nachstehend eine Presseerklärung des Vorstands der Bunten Liste vom 13.9.78 ab.

Mittlerweile hat die Bunte Liste über ihren Rechtsanwalt den Bürgerschaftspräsidenten Peter Schulz mit Schreiben vom 22.9.78 aufgefordert, binnen acht Tagen zumindest einen angemessenen Vorschuß in Höhe von 90.000 DM auszuzahlen, da die Bunte Liste in dieser Höhe längst fällige Verbindlichkeiten hat und ihre „Gläubiger" nicht darauf warten können, *„daß der Präsident der Bürgerschaft in Aussicht gestellt hat, die Wahlkampfkostenerstattung im Laufe der nächsten Monate vornehmen zu wollen"*. Andernfalls soll Klage vor dem Hamburger Verwaltungsgericht eingereicht werden.

Nach dem „Gesetz über die Erstattung der Wahlkampfkosten von Bürgerschaftswahlen" vom 10.Juli 1972 haben Parteien Anspruch auf Erstattung ihrer Wahlkampfkosten, wenn sie mindestens 1,5 % der Stimmen erhalten haben. Im Pauschalverfahren werden DM 3,50 pro errungener Stimme gezahlt.

Die Bunte Liste kam bei der Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978 auf 3,5 % (=33.279 Stimmen). Während SPD, CDU und FDP bereits vor dem Wahlkampf riesige Kostenvorauszahlungen erhalten haben und die Endabrechnung ihrer Erstattungssätze bis Anfang August d.J. erfolgt ist, hat die Bunte Liste bis heute noch keinen Pfennig bekommen. Ein Termin, wann die Bunte Liste die ihr zustehende Rückerstattung erhalten soll, ist nicht bekannt.

Juristisch liegt dieser Verzögerung folgender Sachverhalt zugrunde: Das erwähnte Hamburger Gesetz von 1972 bestimmt die Wahlkampfkostenrückerstattung nur für Parteien im Sinne des Parteiengesetzes. Die Bunte Liste ist demgegenüber eine „freie Kandidatengruppe", eine Wählerinitiative. Bereits am 9.3.1976 hat das Bundesverfassungsgericht eine Vorenthaltung der Wahlkampfkostenrückerstattung für „Freie Kandidatengruppen" als verfassugswidrig erklärt (Beschlußzeichen 2 BvR 89/74). Die Hamburger Bürgerschaft und die in ihr vertretenen etablierten Parteien haben es aber mittlerweile zweieinhalb Jahre lang nicht für nötig gehalten, das 72er Gesetz entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu ändern.

Auf die Antragsstellung der Bunten Liste vom 13.7.1978 hin antwortete der Präsident der Bürgerschaft mit Schreiben vom 20.7.78 vertröstend, daß eine „Gesetzänderung ... beabsichtigt" sei. Weiter heißt es in diesem Schreiben dann: „Voraussichtlich wird die Gesetzesänderung nach den Parlamentsferien eingebracht. Dann wird vermutlich eine Überweisung zur Ausschußberatung beschlossen. Die Ausschußberatung wird demnach im Herbst stattfinden. Nach Vorlage des Ausschußberichtes wird die Bürgerschaft eine Gesetzesänderung beraten. Sollte die Gesetzesänderung beschlossen werden, wird anschließend die Festsetzung der Wahlkampfkostenerstattung erfolgen. Ich bitte Sie, dieses Schreiben als Zwischenbescheid zu verstehen."

Die Bunte Liste ist nicht bereit, sich mit einem „voraussichtlich" und „vermutlich" abspeisen zu lassen, geschweige denn, ihren Anspruch auf Wahlkampfkostenrückerstattung sogar in Frage stellen zu lassen („Sollte -!!- die Gesetzesänderung beschlossen werden ..."). Die Bunte Liste versteht sich auch nicht als Kreditinstitut für den Hamburger Senat. Wir fordern, daß die Bürgerschaft unmittelbar nach Ende der Parlamentsferien die sofortige Auszahlung der uns zustehenden Gelder beschließt.

Vorstand der Bunten Liste/Wehrt Euch

Nazi Schönborn gründet „Grüne Liste" Baden-Württemberg

Unter der Überschrift *„Auch im Südwesten Grüne Liste kontra Grüne Liste"* war in der „BNN" angekündigt, daß die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" am 23.9. in Karlsruhe eine „Grüne Liste Baden-Württemberg" gründen wolle. Rechtsanwalt Täger aus Lahr habe als Organisationsbeauftragter der GLU dagegen protestiert und angekündigt, daß der geplante Landesverband Baden-Württemberg der GLU gerichtlich dagegen vorgehen werde.

Die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" ist bereits im April '77 in Karlsruhe in Erscheinung getreten, und zwar hat sie damals einen „Europakongreß 1977" veranstaltet, auf dem u.a. ein Komitee „Neues Nationales Europa" (NNE) gewählt wurde. Das sind die Leute, die Rudolf Heß als Spitzenkandidat für die Europawahlen aufstellen wollen.

Chef der „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte (VKK)" ist Erwin Schönborn, auch Chef des Frankfurter „Kampfbund Deutscher Soldaten".

Schönborn, ehemaliger Nazi-Arbeitsdienstführer und seit '45 Gründer zahlreicher faschistischer Gruppierungen, hat außerdem gute Kontakte zur NPD.

Die VVK hatte zu ihrer „Grünen Liste"-Gründung nirgendwo öffentlich aufgerufen, sondern einen gezielten Personenkreis persönlich schriftlich eingeladen. Bei der Ankündigung in der Presse stand nicht dabei, wann und wo das Treffen sein soll.

So konnten sich die Schönborn-Faschisten ungestört in Karlsruhe-Neureut im „Löwen" (Neureuter Hauptstr. 243) treffen - allerdings nicht unbeobachtet: Wer kennt die Besitzer folgender Autos? (Sie gehören Leuten, die gesehen wurden, wie sie zu dem Treffen gegangen sind bzw. es verlassen haben):

VW-Käfer ER-A-857
Jeep BR-XP-6
KA-L-2845, MA-JW-334, MA-EX-495, KA-VM-820, LB-MU-88, KA-RY-884, KA-AL-247, LÖ-ZK-18, OG-HH-202, KA-TE-182.

»KPD« und alternative Wahlbündnisse

Peinlich berührt müssen GLH-Aktivisten dieser Tage zur Kenntnis nehmen, daß ihre Grüne Liste Hessen in ununterbrochener Folge die Titelseiten der „Rote Fahne“ ziert. Freilich: Niemand kann der „KPD“ den Versuch verwehren, auf diese Weise Interesse für ihr wenig gelesenes Blatt zu wecken. Andererseits ist die penetrant zur Schau getragene „Unterstützung der KPD für die GLH“ geeignet,ein falsches Bild über diese zu erzeugen. Die GLH ist keineswegs ein vaterländischer Verein, so sehr sich die „KPD“ auch bei ihr anbiedert. Zwar findet sich auch bedächtigt vorgetragene Kritik in den Zeilen der „RF“, verbunden mit dem schulterklopfenden Rat an die GLH, zukünftig „konsequenter“ zu sein. Allerdings verschweigt die „RF“ ihren Lesern, daß bisher a l l e Versuche der „KPD“, die GLH in ein vaterländisches Gewässer zu bringen, klar gescheitert sind.

Versuche dieser Art hat es zur Genüge gegeben. Nicht ein einziger Konflikt wurde jedoch von der „KPD“ ernsthaft durchgefochten. Merkt die „KPD“, daß der Wind von vorn weht, z.B. in der Auseinandersetzung um ein Exportverbot für Atomanlagen, tritt sie behend den Rückzug an. Und während man in der „Roten Fahne“ kein Sterbenswörtchen über solche fehlgeschlagenen Vorstöße erfährt, warten die Genossen auf bess're Zeiten und günstigere Gelegenheiten, um den „Antihegemonismus“ an den Mann zu bringen. Das überaus vorsichtige Taktieren der „KPD“ gibt so der Illusion Nahrung, als handle es sich bei dieser Gruppierung um einen akzeptablen Bündnispartner,der Mehrheitsbeschlüsse respektiert, und sich auch dann in die Aktionseinheit einfügt, wenn diese mit der eigenen Strategie so gut wie nichts zu tun hat. Allein: Der Widerspruch zwischen den Inhalten der sich in der BRD herausbildenden alternativen Wahllisten und der Strategie der „antihegemonistischen Volksbewegung“ läßt sich nicht taktisch lösen. Auf Dauer kommt die „KPD“ nicht um das Problem herum, daß zwischen dem demokratischen Selbstverständnis der grünen und bunten Listen und der Politik der Vaterlandsverteidiger Welten liegen.

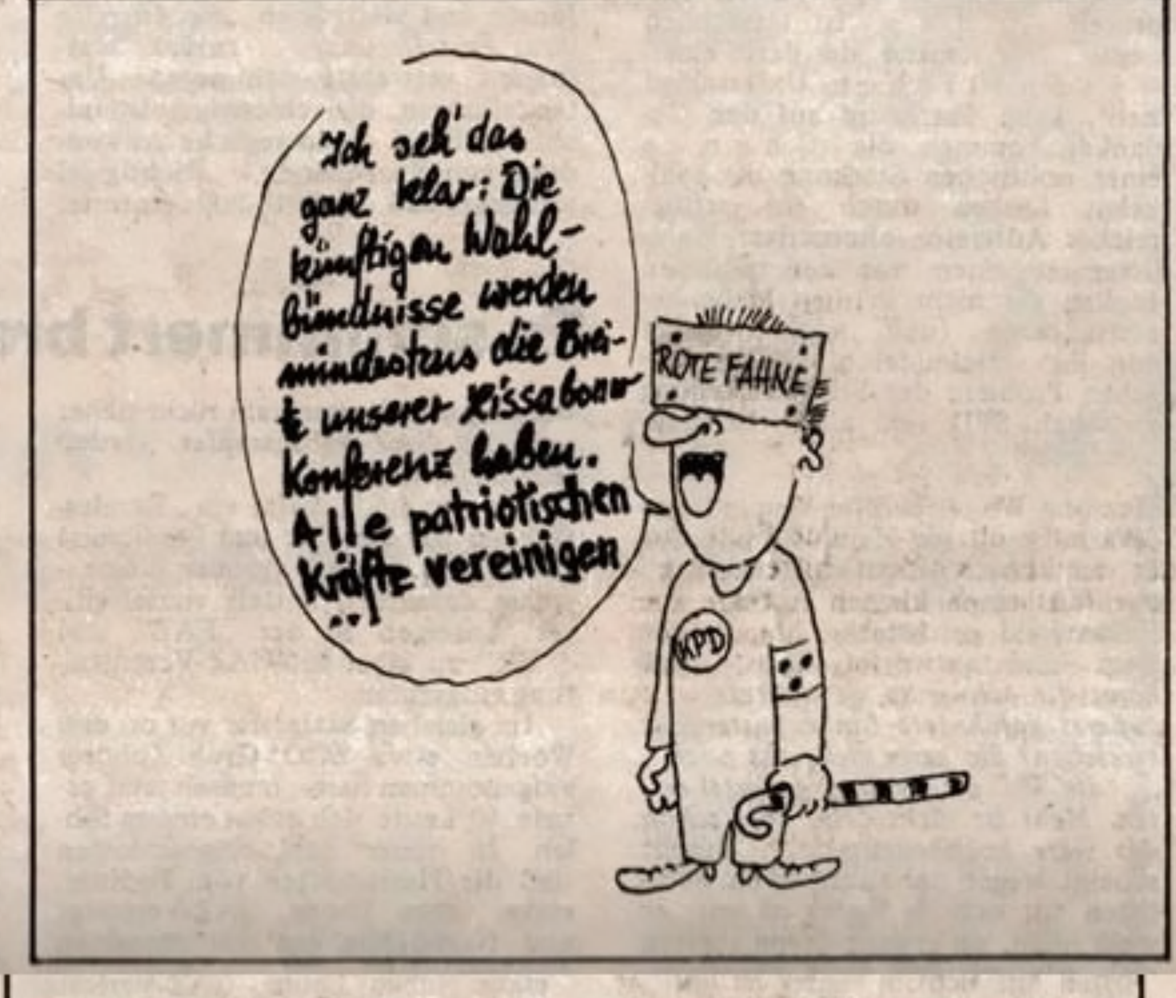
In der Grünen Liste Hessen (GLH), in der Mitglieder der „KPD“ mitarbeiten, ist diese Problematik schon in der Phase der Konstituierung (Plattform-Diskussion) zutage getreten. Während die „KPD“ in der Frage der sozialen Forderungen der GLH zu recht arbeiterfeindlichen Tendenzen entgegentrat, wie sie etwa von den Frankfurter Spontis vertreten werden, brachte sie in anderen Fragen offen reaktionäre Positionen ein, denen anfangs zuwenig Beachtung geschenkt wurde.

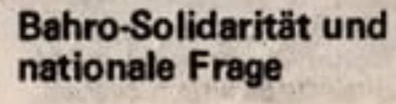
In der Diskussion um die „Grundsätze“ der GLH sträubten sich die „KPD“ler gegen die Formulierung: *„Menschen, die sich für die Todesstrafe in der BRD und anderswo aussprechen, haben in der GLH nichts zu suchen.“* Ihre Argumentation: In revolutionären Umwälzungen gäbe es nun einmal Gewalt. Außerdem: wenn jemand Hitler erschossen hätte, so wäre das schließlich positiv gewesen. Daß diese Beispiele mit einer gesetzlich verankerten Todesstrafe absolut nichts zu tun haben, ist freilich leicht zu durchschauen. Bei aller Rechtslastigkeit ihrer Politik wird auch die „KPD“ den Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und der Todesstrafe nicht leugnen wollen. Da wir ihr nicht unterstellen wollen, selbst für die Todesstrafe in irgendeinem Land der Welt einzutreten (oder etwa doch??!), bedeutet dies, daß sie das Bündnis offenhalten will auch für solche Kräfte, die die Todesstrafe befürworten. Diese Erklärung bietet sich an, wo doch auch der Schah zu den bevorzugten Partnern Chinas für die „antihegemonistische Front“ gehört.

Einwände erhoben die „KPD“ler auch gegen die Forderung: *„Vernichtung aller ABC-Waffen in der BRD und anderswo“*. Der spezielle Bezug auf die BRD sollte gestrichen werden – wohl weil eine atomare Bewaffnung der BRD zunächst einmal nützlich sein könnte, um das Atommonopol der Supermächte zu brechen...? Dies wäre jedenfalls im Sinne der chinesischen „Drei-Welten-Theorie“. Beide Passagen wurden jedoch mit großen Mehrheiten angenommen und von der „KPD“ daraufhin nicht mehr problematisiert. Auch in der „Roten Fahne“ findet sich darüber selbstverständlich kein Wort.

Eine weitere Auseinandersetzung ergab sich, als die GLH auf Vorschlag der Spontis beschloß, anläßlich des 10. Jahrestages des Einmarschs sowjetischer Truppen in die CSSR eine Demonstration in Frankfurt durchzuführen. Von KB-Genossen wurde in diesem Zusammenhang beantragt, daß von „KPD“-Vertretern auf den Kundgebungen keine Rede gehalten werden sollte. Begründung dafür war die Teilnahme der „KPD“ an der „Lissaboner Konferenz“ (siehe dazu etliche AK-Artikel). In der Solidarität mit verfolgten Demokraten in den RGW-Ländern, so wurde von uns argumentiert, könne es nicht im entferntesten Gemeinsamkeiten mit Kräften wie der CDU geben. Also könne die GLH auch nicht von Leuten repräsentiert werden, die eine Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen gegen den „Sozialimperialismus“ (siehe Lissaboner Konferenz!) für einen „positiven Ansatz“ halten.

Die Mehrheit der Frankfurter Stadtgruppe der GLH stimmte gegen diesen Antrag und schloß sich der Argumentation verschiedener Trotzkisten an, dies sei ein „Redeverbot“ gegen eine bestimmte Gruppe und damit Unvereinbarkeitspolitik. Zwar brachen die Spontis die Demonstration, an der nur 200 Menschen teilnahmen, dann doch ab, bevor ein „KPD“-Redner zum Zuge kommen konnte, dennoch liegt in d i e s e r Argumentation gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein gefährliches Mißverständnis: Die Ablehnung einer pauschalen Abgrenzungspolitik gegenüber Organisationen darf nicht bedeuten, daß notwendige eindeutige Abgrenzungen von bestimmten i n h a l t l i c h e n Positionen verhindert werden.





Die „KPD“ brach in lauten Jubel über diese Niederlage der KB-Genossen aus. In der „Roten Fahne“ wurde von einem *„Amoklauf des KB“* gegen die „Partei“ gefaselt, der gescheitert sei. Man übersah dabei geflissentlich, daß das besagte Abstimmungsergebnis in der GLH Frankfurt nicht gerade ein Votum für eine Politik a la „Lissaboner Konferenz“ war...

Die bisher umfassendste Auseinandersetzung mit der „KPD“ gab es auf der Delegiertenversammlung der GLH am 2./3.9. im nordhessischen Herfa-Neurode. In Herfa diskutierte und verabschiedete die GLH ihre Wahlplattform für den 8. Oktober. Ausgangspunkt dafür waren die bereits bei Gründung der GLH am 22./23.7. verabschiedeten „Grundsätze“, die für jedes Mitglied verbindlich sind.

Hier wandte sich die „KPD“ gegen einen Vorschlag der Programmkommission im Abschnitt „Energiesicherung und Atomprogramm“: „Wir fordern, daß der Export von Atomtechnik verboten wird.“ Erstaunlich war natürlich nicht, daß die „KPD“ bei dieser Forderung Magenschmerzen hat. Erstaunlich war, wie offen die „KPD“ versuchte, die (verbindlichen!) „Grundsätze“ der GLH über den Haufen zu werfen. Denn darin wird die Ablehnung von Atomkraftwerken in der ganzen Welt unmißverständlich festgehalten, was deren E x p o r t natürlich erst recht ausschließt.

Nichtsdestoweniger plädierte die „KPD“ auf die ersatzlose Streichung dieser Passage. Der gute Jens Scheer aus Bremen war eigens angereist, um seinen Genossen in dieser heiklen Frage hilfreich beizustehen. In einer schriftlichen Begründung versicherte die „KPD“ zunächst ihre Ablehnung des Atomvertrags zwischen der BRD und Brasilien, da dieser für Brasilien *„keine unabhängige, gegen imperialistische Einmischung gerichtete Entwicklung“* fördere, sondern der *„Ausplünderung und der akuten Gefährdung des Lebens des brasilianischen Volkes“* diene.- Immerhin kann die „KPD“ dem Brasilien-Vertrag auch Positives abgewinnen, nämlich daß er mit dem BRD-Imperialismus und nicht mit den USA oder der SU abgeschlossen wurde. Diese Argumentation legt nahe, daß die „KPD“ einen Export von Atomanlagen durch die BRD unter anderen Konditionen durchaus billigen würde. Deshalb heißt es in der Begründung auch: *„Gleichzeitig wenden wir uns aber gegen eine generelle Forderung nach Exportstopp für Kerntechnologie und -anlagen.“* Denn dies sichere nur den USA und der SU das Atommonopol. Als AKW-Gegner in der BRD könne man anderen Ländern nicht vorschreiben wollen, ob sie sich Atomanlagen zulegen oder nicht. Dies berühre das *„Selbstbestimmungsrecht der Nationen“*. Und schließlich: *„Die Entwicklungsländer pochen auf ihr Recht einer selbstbestimmten Entwicklung ihrer Energiewirtschaft und fordern Hilfe und nicht Schädigung für ihre Entwicklung“*.

ren, als daß der Export von Atomanlagen durch die BRD „Hilfe“ für die Dritte Welt, und ein Exportstopp „Schädigung“ wäre?!!

In dieser Auseinandersetzung freilich hatte sich die „KPD“ verschätzt. Sämtliche in der GLH vertretenen Strömungen wandten sich heftig gegen solche Thesen.

– Die Ablehnung der AKWs durch die „KPD“ sei unglaubwürdig.
– Die „Hilfe“ der BRD bei der atomaren Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt diene der Unterstützung faschistischer Regimes.
– In diesem Zusammenhang von „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ zu reden, sei ein Schlag gegen die Befreiungsbewegungen, die gegen diese Regimes kämpfen.
– Die von der „KPD“ gern benutzte Formel „Kampf gegen politische Unterdrückung in Ost und West“ sei bezeichnend, wenn gleichzeitig für das „Selbstbestimmungsrecht“ faschistischer Staaten eingetreten wird.
– Mit der chinesischen Drei-Welten-Theorie wolle man nichts zu tun haben. usw.

Eine Darmstädter AUD-Vertreterin forderte denjenigen „KPD“ler, der den Antrag auf Streichung der Forderung nach Exportstopp eingebracht und begründet hatte, auf, Konsequenzen zu ziehen und auszutreten. Andernfalls solle er ausgeschlossen werden. Dieser Antrag wurde schließlich auf Intervention des SBs nicht behandelt. Die SB-Genossen hatten zwar ebenfalls unterstrichen, daß solche Positionen mit der GLH unvereinbar seien, gaben sich aber mit der Erklärung der „KPD“ zufrieden, die mehrheitlich gefaßten Beschlüsse zu respektieren und nach außen zu vertreten. Erkennbar stand dahinter die Befüchtung, bei einem Ausschluß der „KPD“ durch den KB „majorisiert“ zu werden.

Interessant war der unmittelbare Rückzug der „KPD“ in dieser Auseinandersetzung, sobald man gewahr wurde, daß hier „der Wind von vorn weht“. Wurde in der schriftlichen Begründung noch klipp und klar ein „Exportstopp für Kerntechnologie und -anlagen“ a b g e l e h n t, so wurde in der Diskussion argumentiert, man sei auch gegen den Export von AKWs, wolle jedoch lediglich anderen „Nationen“ keine Vorschriften darüber machen. Am Ende wandte die „KPD“ nur noch ein, eine an den Staat gerichtete Verbotsforderung sei falsch. Jens Scheer brachte in einer Arbeitsgruppen-Diskussion den irren Vergleich, er sei als Kommunist auch gegen den Pazifismus, gestehe aber den Pazifisten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu. In demselben Sinn lehne er den Export von AKWs ab, sei aber gegen ein Verbot! Gestehen wir also den Imperialisten ihr „Recht auf Export“ zu, bis wir sie vom Besseren überzeugt haben!...

Von den „KPD“lern war auch zu erfahren, daß es zu dieser Frage Widersprüche in der „Partei“ gäbe, und daß ihre Position dem augenblicklichen Diskussionsstand entsprechen würden.

Auch habe Jens Scheer in China Kritik an den Positionen der KPCh vorgetragen, was dort „aufmerksam vermerkt“ worden sei. So sehr wir diese mutige Kritik von Jens Scheer bewundern, muß doch festgestellt werden, daß die „KPD“ im Grunde nichts anderes versucht, als U n v e r e i n b a r e s miteinander zusammenzubringen. Denn natürlich widerspricht eine Politik auf Grundlage der Drei-Welten-Theorie fundamental den Interessen und der Stoßrichtung der Anti-AKW-Bewegung.

Auch diese Auseinandersetzung bleibt in der „Roten Fahne“ natürlich unerwähnt. Wenn man dann in der „RF“ (20.9.) allerdings ganzseitige Artikel darüber liest, wie einige tapfere „GLH-Mitglieder“ (na - wer wohl?) auf DKP-Wahlveranstaltungen die Positionen der Revisionisten zu den AKWs auseinandernehmen, während die eigenen Dollpunkte behutsam mit dem Mantel des Schweigens umgeben werden, dann ist es wohl berechtigt, von H e u c h e l e i zu sprechen. Im übrigen wird dadurch der Anschein erweckt, als würde die GLH in der Bekämpfung der DKP irgendeine besondere Aufgabe sehen, was nicht stimmt und der realen Bedeutung der DKP in Hessen auch nicht entsprechen würde. An diesem Beispiel wird sehr plastisch deutlich, wie die „KPD“ das Bild der GLH in ihrer Zeitung verfälscht. „RF“-Lesern außerhalb Hessens dürfte die GLH wahrscheinlich als ideales Betätigungsfeld für Vaterlandsverteidiger erscheinen. Dem ist aber nicht so.

Bahro-Solidarität und nationale Frage

Ein paar billige Effekte verspricht sich die „KPD“ von der Behauptung, speziell der KB „boykottiere“ die Bahro-Solidarität. Daß es freilich um etwas ganz anderes geht, wird von der „Roten Fahne“ galant unter den Teppich gekehrt. Hintergrund der Angelegenheit ist die folgende Passage in der Wahlplattform der GLH: *„Die GLH wendet sich gegen jede politische Unterdrückung in der gesamten Welt. Wir unterstützen alle Völker, die für ihre Freiheit und demokratische Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft und koloniale Unterdrükkung eintreten.“* An dieser Stelle beantragte die „KPD“ als Zusatz die Erwähnung der Gesinnungsurteile gegen R. Bahro und N. Hübner, verbunden mit einer b e s o n d e r e n Hervorhebung des Kampfes um demokratische Rechte in der DDR. *„Insbesondere treten wir auch gegen die Unterdrückung demokratischer Kritik und Opposition in der DDR ein...“* (Antrag zweier „KPD“-Mitglieder). Dieser Zusatz wurde mit Mehrheit abgelehnt. Also: „Boykott der Bahro-Solidarität“...?

Man fragt sich aber doch, ob die GLH nicht auch die Solidarität mit P.P. Zahl oder K. Croissant boykottiert, da diese beiden ebenfalls nicht in der Plattform erwähnt werden?! Natürlich ist es kein Zufall, daß die „KPD“ an dieser Stelle auf eine Erwähnung der DDR drängt, aber auf den demokratischen Kampf in Chile, im Iran oder Südafrika keinen Gedanken verschwendet. So wird aus der scheinbar unangreifbaren Parole „Kampf gegen politische Unterdrükkung in Ost und West“ in der Praxis flugs ein „Kampf gegen politische Unterdrückung in der DDR“. Wer diese Einengung im Sinne der Behandlung der „nationalen Frage“ durch die „KPD“ nicht mitmacht, dem wird unterstellt, mit Bahro nicht solidarisch zu sein. Eine billige Tour!

Billig vor allem deshalb, weil sich die „KPD“ mit solchen Tricks in die eigene Tasche lügt. Anstatt die eigenen Auffassungen zur „Deutschland-Frage“ in der GLH zur Diskussion zu stellen, versucht die „KPD“, durch die Hintertür der Bahro-Solidarität ihre Linie einzumogeln. Allein die Tatsache jedoch, daß die „KPD“ es nicht einmal wagt, die „nationale Frage“, die in ihrer Strategie bekanntlich eine bedeutende Rolle einnimmt, in die GLH einzubringen,beweist am besten, wie weit diese von einer „antihegemonistischen Volksbewegung“ entfernt ist.

Mit dieser Tatsache will sich die „KPD“ freilich nicht abfinden. Was man bei einiger GLH-Öffentlichkeit nicht schafft, das wird in schwächeren Gruppen, wo es, wie der Zufall will, aktive „KPD“ler gibt, durchgezogen. So heißt es z.B. in einem Flugblatt der Hanauer Wahlkreisgruppe: *„Wir wollen keine amerikanischen Besatzungstruppen im Main-Kinzig-Kreis und auch nicht anderswo* (ob das noch mit der neuesten „KPD“-Linie übereinstimmt? — Anm. AK). *Und wir wollen auch keine russischen Besatzungstruppen, weder in der DDR noch anderswo. Es ist die NVA* (*Nationale Volksarmee*) *und die russische Besatzungsmacht, die Deutsche daran hindert, ihre Freunde und Verwandten zu besuchen. Sie sind letztlich verantwortlich dafür, daß Rudolf Bahro* (*Regime-Kritiker, acht Jahre Gefängnis*) *und Niko Hübner* (*Wehrdienstverweigerer, fünf Jahre Gefängnis*) *in Gefängnissen sitzen.“*

So also sieht die „Bahro-Solidarität“ aus, für die sich die „KPD“ voller moralischer Inbrunst einsetzt. Deshalb kann man nur davor warnen, scheinbar unverfänglichen Initiativen der „KPD“ zur Bahro-Solidarität oder zur Repression in Ost und West zuzustimmen: Man würde sich nur nationalen Mist damit einhandeln.

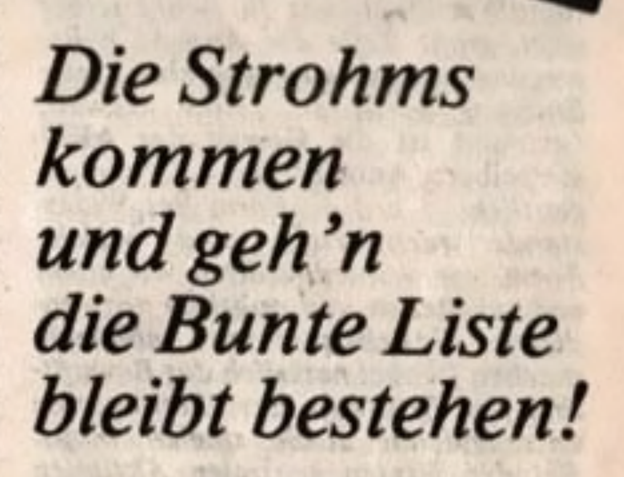
Überhaupt fragt man sich, ob nicht die Grüne Aktion Zukunft des Herrn Gruhl viel mehr Ansatzpunkte für die „antihegemonistische“ Strategie bietet. Wenn etwa GAZ-Vertreter vor Abrüstung warnen, weil dann *„die Russen im Land stehen“* (so wörtlich auf dem Plutoniumkongreß der BBU in Hanau), dann müßte einem rechten „KPD“-Genossen eigentlich das Herz höher schlagen. Und in der Tat wäre die „KPD“ einem Zusammengehen mit der GAZ sehr offen gegenübergestanden, hätte dies zur debatte gestanden. Als Ende Juli eine „grüne Einheitsliste“ noch realistisch schien, da schwärmte die „Rote Fahne“ stets vom „breiten Bündnis“, das auch „konservative Umweltschützer“ umfassen sollte. Und wenn es heute um die Abgrenzung der GLH von der GAZ geht, dann gehört — auch das kein Zufall! — die „KPD“ neben den Spontis zu den großen Abwieglern. Dies widerspreche dem Gedanken der „Aktionseinheit“.

Deshalb ist es wiederum nur als Heuchelei zu bezeichnen, daß die „RF“ an der GLH mangelnde Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien, vor allem der DKP, kritisiert. Die GAZ scheint in diesem Sinn wohl keine „bürgerliche Partei“ zu sein. Umso „radikaler“ machen die „KPD“ler in Abgrenzung, wenn es z.B. darum geht, die Jusos in eine gemeinsame Aktion gegen das AKW Biblis einzubinden. Lieber ein Gruhl als ein Bahr, nicht wahr?!

Leider ist die „KPD“ auch in dieser Frage zu feige, ihre wirklichen Vorstellungen und Ziele, die sie mit den alternativen Wahlbündnissen verbindet, auf den Tisch zu legen. Und so kam Parteivorsitzender Semler in Frankfurt arg in Verlegenheit (auf einer Veranstaltung am 16.9.), als er von der „MLD“ („Marxisten-Leninisten Deutschlands“) höhnisch nach den „antihegemonistischen Elementen“ in der GLH-Plattform befragt wurde. Die Mehrheit in der GLH seien eben Linke, die ihre Einschätzung noch aus einer Situation beziehen würden, als der US-Imperialismus der Hauptfeind war. Da müsse man halt Geduld haben, war die Argumentation der „KPD“.

Geduld und Zurückhaltung ist auch das, was die „KPD“-Führung ihren Mitgliedern predigt. „Dabeisein um jeden Preis“ — bis es günstigere Gelegenheiten gibt, den Kampf gegen „die drohende sozialimperialistische Gefahr“ in der GLH zu verankern. Währenddessen verkauft die „Rote Fahne“ ihren Lesern systematisch ein manipuliertes Bild der GLH, um in anderen Bundesländern „Stärke“ zu demonstrieren. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Linke dieses Spielchen mitspielen sollte. Die „KPD“ muß Farbe bekennen, und wenn sie nicht will, muß man eben nachhelfen. Die demokratischen Bewegungen in diesem Land (Anti-AKW-Bewegung, Russell-Tribunal usw.) entwickeln sich in genau entgegengesetzter Richtung, als es eine „antihegemonistische Volksbewegung“ im Sinne der chinesischen Drei-Welten-Theorie erfordern würde. Dies sollten die alternativen Wahlbündnisse gegenüber der „KPD“ klarstellen, damit das Trittbrettfahren dieser Gruppe mal ein Ende hat. Dabei ist es nicht einmal unwahrscheinlich, daß dies sogar Denkprozesse bei einzelnen „KPD“-Mitgliedern auslösen könnte.

Regionalleitung Hessen-Süd



Ein Strohm[ann] für Antikommunismus

Pressekampagne gegen Bunte Liste und KB

In der „Auseinandersetzung" Holger Strohms mit der Bunten Liste ist der zweite Akt eingeläutet worden. Strohm hatte bekanntlich einen Monat nach der Hamburger Bürgerschaftswahl (bei der er auf Platz 1 für die Bunte Liste kandidierte) seinen Ausstieg aus der Bunten Liste erklärt, weil diese vom KB *„majorisiert"* und *„für seine konspirative Arbeit vereinnahmt"* würde (s. AK 133, S.8). Er setzte eine Drei-Monats-Frist, während der die Bürger- und Basisinitiativen *„die Majorisierungsversuche des KB... stoppen"* sollten; anderenfalls sähe er sich *„außerstande, weiter in der Bunten Liste mitzuarbeiten"*.

Diese von irgendwelchen politischen Argumenten und Belegen völlig unbeschwerte Stimmungsmache wurde vom KB selbst und vom Vorstand der Bunten Liste zurückgewiesen. In den Initiativen fand Strohm gleichfalls keine Resonanz, auch wenn er sich öffentlich (z.B. Regionalfernsehen Nordschau-Magazin, 14.7.) als Anwalt einer „schweigenden Mehrheit" in der Bunten Liste auszugeben versuchte. Eine der wenigen Ausnahmen war lediglich die „KPD", die mit Strohms Vorwürfen reichhaltig hausieren ging (vor allem in Westberlin), weil sie sich wahrscheinlich eine Art Schicksalsgemeinschaft gegen den KB und zum Nutzen ihrer eigenen nicht mehrheitsfähigen Vorstellungen („Hauptfeind DKP" usw.) erhoffte. Daraus wurde freilich nichts (zumindest bislang), weil Strohm sich ganz anderer „Bündnispartner" bedient.

Jetzt, kurz vor Ablauf seines Ultimatums, hat Strohm eine zweite Erklärung verfaßt, in der er seine pauschalen Vorwürfe wiederholt, in etwas ausführlicherer Form und mit schlichten Lügen garniert (darauf wird gleich zurückzukommen sein). Diese zweite Erklärung Strohms enthält darüberhinaus zwei Neuerungen:

– zum einen versucht er sich mit ein paar Sätzen in die aktuelle, öffentlich ausgetragene Diskussion im

hält darüberhinaus zwei Neuerungen:
– zum einen versucht er sich mit ein paar Sätzen in die aktuelle, öffentlich ausgetragene Diskussion im

KB einzuklinken, um gegen das *„Leistungsprinzip"* und *„die zentralistische Organisationsform des KB"* zu wettern;

– zum zweiten trägt er einige seiner „Nullwachstum"-Thesen vor und kritisiert die „KB-Leitung", daß sie *„für unbegrenztes Wirtschaftswachstum"* sei: im Grunde der einzige Punkt, der dem Charakter einer inhaltlichen politischen Auseinandersetzung nahekommt.

Strohms zweite Erklärung hat nun weniger von ihrem Inhalt her Bedeutung (in der Bunten Liste sind seine Behauptungen hinlänglich bekannt), als von der Tatsache, daß sie nützlicher Auslöser einer neuen Pressekampagne gegen die Bunte Liste und speziell gegen den KB ist:

– Am 23.9. brachte Springers „Welt" einen vierspaltigen Artikel mit der Überschrift: *„Linksdruck und Schulden: Die ‚Bunten' in der Zange"*. Darin wird unter Bezugnahme auf Strohms Erklärung und auf ein zusätzliches Interview, das Strohm der „Welt" gegeben hat, über eine *„interne Politkrise der ‚Bunten', die allein mit einem Kollaps enden kann"* und über *„anstehende Diadochenkämpfe um den neuzubildenden Vorstand"* phantasiert. *„Um die Mitarbeit des Kommunistischen Bundes (wird es) zur Zerreißprobe kommen"*, weiß die Springer-Presse.

– Erst zwei Tage später, am 25.9., ist die Erklärung Strohms in den Briefkästen der Bunte-Liste-Initiativen. Strohm hielt es also für *„vordringlicher..., seine neue Erklärung zunächst der Springer-Presse und danach den Initiativen in der Bunten Liste zuzuleiten"*, wie es in der Presseerklärung des Vorstands der Bunten Liste heißt.

– Am 26.9. erscheint die Oktober-Ausgabe der „spontan": auf drei Seiten wird dort Strohms Erklärung *„exclusiv"*(?!) abgedruckt, mit geringfügigen Änderungen und reichlich Publicity-Fotos von Strohm. Titel: *„Weshalb ich gegen den KB bin"*, angekündigt gleich auf der Titelseite. Normalerweise hat „spontan" übrigens Redaktionsschluß 6 Wochen(!) vor Erscheinen des Heftes; nur in wichtigen Ausnahmefällen werden danach noch Texte aufgenommen. Man kann wohl davon ausgehen, daß der Strohm-Text mindestens 1-2 Wochen früher bei der „spontan"-Redaktion als bei den Bunte-Liste-Initiativen gewesen sein muß.

– „Die Zeit" bringt am 29.9. einen fast halbseitigen Artikel *„Vom roten Spaltpilz befallen"*. Es gäbe *„Fraktionskämpfe, die Kritiker der Bunten Liste stets vorhergesagt, die Bunten jedoch vehement abgeleugnet hatten. Als Spaltpilz entpuppte sich der Kommunistische Bund (KB)"*.

In diesem Artikel wird *„der klassische Fall einer Unterwanderung"* über Strohms Erklärung hinaus noch mit weiteren „Enthüllungen" angereichert, die Strohm sich zwischenzeitlich für derartige Interviews parat gelegt hat.

Es ist davon auszugehen, daß es nicht bei diesen Artikeln bleiben wird **(wir bitten bei dieser Gelegenheit alle Genossen und Freunde, uns weitere „Enthüllungsartikel" gegen die Bunte Liste, insbesondere auch aus der regionalen Presse, zuzuschicken).**

Der bürgerlichen Presse muß ein Mann wie Strohm, der sich freiwillig als Kronzeuge gegen „kommunistische Unterwanderung" in einer alternativen Wählerinitiative anbietet, zum gegenwärtigen Zeitpunkt geradezu willkommen sein: Strohm selbst ist auch keineswegs als so naiv anzusehen, daß er nicht die unmittelbaren Auswirkungen einer Pressekampagne, für die er die Munition liefert, z.B. auf die Hessenwahl einkalkulieren könnte. Dieses „Timing" ist möglicherweise sogar von ihm gewollt. Die „Zeit" knüpft Strohms „Enthüllungen" auch gleich zu einer allgemeinen Erwartung zusammen: *„Der Hamburger Streit findet Beachtung in der ganzen Bundesrepublik, weil er modellhaft eine überall wichtige Frage beantworten wird: Wie weit lassen sich Kommunisten in ein Bündnis der Umweltschützer einbinden? Kann man sich darauf verlassen, daß sie ihre Parteiziele den Entscheidungen der ‚Grünen' unterordnen?"*

Strohm lügt bewußt

Strohm lügt bewußt

In seiner ersten Erklärung (4.7.) hatte Strohm auch nicht den geringsten Versuch unternommen, seine Beschuldigungen gegenüber dem KB in der Bunten Liste auch nur in irgendeiner Weise zu belegen. In einem Südwestfunk-Interview am 8.7. fiel ihm auf bohrendes Nachfragen des Reporters noch nicht viel mehr ein, als daß der KB *„die Bunte Liste langsam unterwandert, und zwar durch seinen Arbeitseifer, indem er alle Arbeiten übernimmt, die andere nicht gerne machen"* (s. AK 133). Inzwischen hat Strohm sich Zugkräftigeres überlegt, das aber gar nicht mal alles in seiner zweiten Erklärung auftaucht, sondern „exclusiv" in der bürgerlichen Presse. Zum Beispiel: *„Bei einer kritischen Überprüfung aller Mitglieder* (?! - wer hat das denn gemacht??; Anm.AK) *- des immer locker gefügten - Wahlbündnisses stellten sich überraschende Merkwürdigkeiten heraus. In mindestens 26 Fällen sind Zweifel angebracht. Da entpuppte sich nachträglich eine Mieterinitiative aus Hamburg-Eppendorf als Ein-Mann-Unternehmen; Kontaktadressen für Initiativen eines Stadtteils lagen in ganz anderen Stadtvierteln. Unter einer Adresse (Bleichenallee 24) sind zwei verschiedene Frauengruppen und eine Bürgerinitiative zu erreichen; von den 26 Briefkastengruppen sind sieben unter einer Anschrift, vier unter einem Namen eingetragen. Für Strohm und seine Freunde besteht kein Zweifel, daß es sich bei diesen Schwindelunternehmen um KB-Ableger handelte, die daraus für die entscheidungsberechtigten Versammlungen wenigstens 70 zusätzliche Vertreter zogen"*.

Oder: *„Plötzlich erinnerte man sich, daß Mitglieder mancher Initiativen hartnäckig auf ganz bestimmten Tagungszeiten bestanden hatten – hier um 18 Uhr, dort um 21 Uhr, und bald waren 'Gruppen täglich Reisender' (Strohm) ausgemacht, die erst die eine, dann die andere Versammlung besuchten und in ihrem Sinne beeinflußten. Denn weil bis auf wenige Spitzenleute die KB-Mitglieder unbekannt sind, sie als geschulte, diskussionserprobte und fest zusammenhaltende Truppe den normalen Initiativen in jeder Debatte haushoch überlegen waren, bestimmten sie in hohem Maße die Entscheidungen und internen Wahlen"* (beides „Die Zeit").

Derartige „Enthüllungen" haben für Außenstehende natürlich zunächst mal einen ganz anderen Charakter von „Glaubwürdigkeit", weil sie den Schimmer der Konkretheit tragen. Und: im Gegensatz zu Strohm hat selbstverständlich der KB nicht die Möglichkeit, sie auf gleicher Ebene in der „Zeit" oder anderen bürgerlichen Zeitungen zu widerlegen. Wir wollen auch an dieser Stelle darauf verzichten und schlagen stattdessen vor, daß die Bunte Liste einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung dieser Behauptungen einrichtet.

Strohms „Enthüllung" über *„Gruppen täglich Reisender"* ist derart kindisch, daß sich darauf nicht einzugehen lohnt. Bezeichnend ist daran nur, daß eine bürgerliche Zeitung wirklich jeden Unsinn abzudrucken bereit ist, wenn daraus antikommunistische Stimmungsmache fabriziert werden kann.

Interessant für die Methode von Strohms „Enthüllungen" ist dagegen die Story mit den *„Briefkastengruppen"* und *„Schwindelunternehmen"*, die dem KB zur „Majorisierung" von „entscheidungsberechtigten Versammlungen" gedient hätten. Diese „Enthüllungen" erinnern unübersehbar an Methoden des Verfassungsschutzes und der Vorstand der Bunten Liste sollte mal nachhaken, was es mit der „kritischen Überprüfung aller Mitglieder" auf sich hat – und w o z u Strohm möglicherweise die offenbar in seinem Besitz befindliche Adressenliste der Bunten-Liste–Initiativen sonst noch benutzt. Zum Inhalt dieser „Enthüllung" ist zu sagen: es ist eine jedem politisch Erfahrenen bekannte Tatsache, daß viele Initiativgruppen sich aus durchaus verständlichen Gründen scheuen, Adressen von Gruppenmitgliedern als offizielle Kontaktadressen anzugeben – die politische Repression und Verfassungsschutzschnüffelei in unserem Land ist schließlich keine Erfindung der Linken, sondern bittere Realität mit allen persönlich zu tragenden Konsequenzen. Häufig suchen sich Initiativgruppen daher gemeinsame

tät mit allen persönlich zu tragenden Konsequenzen. Häufig suchen sich Initiativgruppen daher gemeinsame

Kontaktadressen, über die sie zu erreichen sind; oder z.B. bieten linke Buchhandlungen ihre Anschrift als Kontaktadresse an. Daraus zu schliessen, daß eine solche Gruppe dann identisch wäre z.B. mit der Buchhandlung selbst, oder daß es sich bei gleicher Adresse von mehreren Initiativen um *„Schwindelunternehmen"* handeln würde (wohinter natürlich der KB oder irgendeine andere „K-Gruppe" steht), ist absurd und zeugt entweder von Unkenntnis oder ist bewußte Demagogie. **Im Falle Strohms kann man allerdings von Unkenntnis nicht reden, denn Strohm weiß aus eigener Erfahrung des Wahlkampfes der Bunten Liste, daß dieser nicht von *„Schwindelunternehmen"* und *„Briefkastengruppen"* geführt wurde, sondern von sehr real existierenden Initiativen.** Oder wer soll eigentlich die 4.000 Stellschilder in Hamburg zusammengebastelt und aufgestellt, Tausende Plakate geklebt, 80.000 Exemplare von zwei Wahlkampfzeitungen verkauft haben usw. ??

Man kann feststellen, und darüber diskutieren, daß einige Initiativen mehr und andere weniger aktiv sind – im Wahlkampf und jetzt bei der Weiterarbeit nach der Wahl –, aber die Existenz dieser Initiativen oder eines großen Teils davon (*„mindestens 26"*, also mindestens ein Fünftel bis ein Viertel) generell zu leugnen, ist schlichte Stimmungsmache. **Im übrigen ist es gerade der KB gewesen, der sich im Wahlkampf mehrfach scharf dagegen gewandt hat, daß namentlich von Strohm mit lächerlich übertriebenen Zahlenangaben über die Bunte Liste hausieren gegangen wurde.** Strohm in der Mai-Ausgabe von DASDA-avanti: *„Am Anfang waren es 120 Bürgerinitiativen, mittlerweile sind wir 196. Ich hoffe, daß wir zur Wahl 300 zusammenkriegen"*. Strohm im NDR II am 25.3.78: *„Wir haben ungefähr 20.000 aktive Mitglieder und dann natürlich noch sehr viele, die mit uns sympathisieren und auch locker mitarbeiten"*.

Hemmungslose Übertreibungen aus Gründen der Effekthascherei oder der politischen Denunziation gehören auch jetzt noch zum Handwerkszeug solcher Leute wie Strohm. So wird in der „Zeit" ein *„Strohm-Mitarbeiter"*(?) mit folgendem Satz zitiert: *„Laut eigener Aussage hat der KB in Hamburg 3.000 Leute, in Wahrheit sind es wohl unter 1.000: eine Kerngruppe von 80 Mann, 300 enge Mitarbeiter und 600 Sympathisanten"*. – Nur: es gibt gar keine größenwahnsinnige *„eigene Aussage"* des KB, daß er *„in Hamburg 3.000 Leute"* hätte. Diese *„eigene Aussage"* ist eine reine Erfindung von Strohm oder seinem „Mitarbeiter", um dem KB Falschmünzerei ans Zeug zu flikken.

Manche „Enthüllungen" von Strohm sind derart dick aufgetragen, daß man ihn eigentlich schon fast bedauern müßte, wie lächerlich er sich selbst damit macht. In seinem neuen Papier schreibt er, daß die *„KB-Führung"* nach seiner ersten Erklärung *„eine massive Kampagne, Anschuldigungen, Gerüchteküche usw."* in Gang gesetzt hätte. *„So hieß es zum Beispiel: 'Strohm gibt Erläuterungen an die Presse'* (Überschrift eines Artikels in AK 133; Anm.AK), *obgleich ich bis dahin keinerlei (!) Erläuterungen an die Presse gegeben hatte. Während ich mein Telefon blockierte, um die Presse nicht an mich heran zu lassen, fütterte die KB-Leitung die Presse mit Falschmeldungen wie z.B., daß ich mich gekränkt zurückgezogen hätte, weil meine verschrobenen Ideen über Alternativen nicht angekommen wären"* („Stern", 20.7.78 – „Machtkampf").

Nun ist die Vorstellung, *„die KB-Leitung fütterte die Presse mit Falschmeldungen"*, schon lächerlich und absurd genug (oder hat der KB nach der Bunten Liste mittlerweile auch schon den „Stern" *„unterwandert"* und *„für seine konspirative Arbeit vereinnahmt"*??), aber voll ins Spinnen kommt Strohm über seine eigene Person. In dem angesprochenen Artikel in AK 133 haben wir aus einem Interview Strohms mit dem Südwestfunk am 8.7. z i t i e r t. War dieses Interview etwa eine Erfindung des KB??

Grotesk ist weiter Strohms Behauptung, daß der KB ihm *„mehrere Male versichert"* hätte, daß er *„sein politisches Programm für die nächsten 6 Jahre vergessen würde"*. Ebenso, *„daß die KB-Stellungnahmen und Rundschreiben selbstverständlich im Namen und auf Kosten der Bunten*

so, „daß die KB-Stellungnahmen und Rundschreiben selbstverständlich im Namen und auf Kosten der Bunten

Liste verschickt wurden, während ich (armer Strohm; Anm.AK) *diese Stellungnahme auf meine Kosten erstellen lassen mußte und auch selbst das Porto tragen mußte"*. Verschickt worden ist *„im Namen und auf Kosten der Bunten Liste"* in dieser Angelegenheit eine Material-Sammlung, in der neben der Vorstandserklärung, Strohms Ausstiegspapier und diversen Zeitungsartikeln und Interview-Abschriften a u c h die Antwort des KB auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe mit enthalten war. Abgesehen davon sei an dieser Stelle mal daran erinnert, daß der KB mit einem Kredit von über 50.000 DM bis heute noch überhaupt den entscheidenden Anteil daran hat, daß die Bunte Liste an der bisherigen Verzögerung der Wahlkampfkostenrückerstattung durch den Hamburger Senat noch nicht finanziell kaputt gegangen ist.

Strohm beteuert in seiner neuen Erklärung: *„Ich bin kein Kommunistenfeind!"* Seine Lügen und seine Andienerei als Kronzeuge gegen die „K-Gruppen" in der bürgerlichen Presse belegen die Scheinheiligkeit dieser Beteuerung. Springers „Welt" berichtet in indirekter Rede von Strohms Gespräch mit dem „Welt"-Journalisten: *„Auf keinen Fall käme ...eine Zusammenarbeit mit dem wortbrüchigen KB in Frage"*. Weder die Erfindungen von Strohm noch die Presse-Spekulationen über einen *„Kollaps"* der Bunten Liste werden diese jedoch in der Fortsetzung ihrer Arbeit und in ihrer Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Kommunisten behindern können – auch wenn Einzelne aus der Bunten Liste sich von derartigen Angriffen beeinflussen lassen sollten. Das intime Zusammenspiel von Holger Strohm mit der Springer-Presse und anderen bürgerlichen Zeitungen läßt uns dagegen endgültig zu der Überezugung kommen, daß sein Ausstieg aus der Bunten Liste kein Schaden für die Hamburger Bürger- und Basisinitiativen ist.

Wir müssen sogar selbstkritisch zugeben, daß es von vornherein ein Fehler gewesen ist, daß sich unsere Organisation für Strohm als „Spitzenkandidat" der Bunten Liste eingesetzt hat. Es gab seinerzeit durchaus Warnungen sowohl in unseren eigenen Reihen als auch aus Basisinitiativen außerhalb unserer Organisation, die Strohm als karrieresüchtigen Scharlatan und Märchenerzähler bezeichneten. Diese Warnungen sind jedoch von uns wenig ernst genommen worden, bzw. wir haben sie zurückgestellt hinter die trügerische Hoffnung, daß er als bekannter AKW-Gegner, der z.B. in der Auseinandersetzung um die dritte Brokdorf-Aktion gegen die Itzehoe-Spaltung und für die Demonstration „vor Ort" eingetreten ist, für weitere Lernprozesse und solidarische Zusammenarbeit im Rahmen eines breiten Basisbündnisses fähig ist.

Die „Strohm-Auseinandersetzung" sollte für andere alternative Wahlbündnisse nun eine zusätzliche Erfahrung sein, daß Märchenerzähler, die sich gern zum *„Gründungsvater"* („Welt", 23.9.) und *„Vorsitzenden"* („FAZ", 30.9.) erkären lassen, in solchen Bündnissen zumindest in exponierter Stellung fehl am Platz sind.

Die Strohms kommen und geh'n die Bunte Liste bleibt bestehen!

Bunte Liste Hamburg, 30.9.78
– Vorstand –
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 19

PRESSEERKLÄRUNG

Holger Strohm, ehemaliger Kandidat der Bunten Liste/Wehrt Euch zur Hamburger Bürgerschaftswahl, ist mit einer neuen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten. Darin wiederholt er seine gegen die Bunte Liste und insbesondere gegen den KB gerichteten Vorwürfe, mit denen er einen Monat nach der Bürgerschaftswahl seinen Ausstieg aus der Bunten Liste bekannt gegeben hat.

Der Vorstand der Bunten Liste hat bereits in seiner damaligen Stellungnahme zu holger Strohms Ausstieg die von ihm erhobenen Vorwürfe als in keiner Wiese belegt und als Stimmungsmache gegen die Bunte Liste zurückgewiesen. Gleichzeitig haben der Vorstand und der Arbeitsausschuß ihre Bereitschaft für ein klärendes Gespräch und eine sachliche Auseinandersetzung unterstrichen. Dies ist von Holger Strohm jedoch nicht wahrgenommen, sondern ausdrücklich abgelehnt worden.

Bezeichnend ist nun, daß Holger Strohm es für vordringlicher hielt, seine neue Erklärung zunächst der Springer-Presse und danach den Initiativen in der Bunten Liste zuzuleiten. Holger Strohm läßt sich von der Springer-Presse benutzen, um persönliche Vorstellungen, die in der Bunten Liste keine Mehrheit finden konnten, auf diesem Wege durchzusetzen. Die „Welt" vom 23.9. griff dankbar zu dieser von Strohm gelieferten Munition, um abermals einen „Kollaps" der Bunten Liste zu prophezeien: Angeblich würde es „um die Mitarbeit des Kommunistischen Bundes zur Zerreißprobe kommen" und es stünden „Diadochenkämpfe um den neuzubildenden Vorstand" an.

Das ist lediglich Wunschdenken. Wir erklären nochmals: Holger Strohm ist einer unter Hunderten in der Bunten Liste gewesen; sein Ausstieg hat nicht zum Auseinanderfallen der Bunten Liste geführt und wird nicht dazu führen.

Es ist selbstverständlich, daß in der Bunten Liste auch kontroverse Diskussionen ausgetragen werden. Die Ergebnisse dieser Diskussionen werden allerdings durch Mehrheitsbeschlüsse in der Bunten Liste bestimmt, nicht aber durch Einflußnahme über die Springer-Presse oder andere etablierte Zeitungen.

Der Vorstand der Bunten Liste

Fortsetzung der Gorleben-Debatte in den BI's

Während sich alle bisherigen Stellungnahmen zumindest teilweise positiv zum sogenannten „Drei-Phasen-Papier" äußerten, liegt jetzt eine Erklärung der **BI Osnabrück** vor, die das Konzept auf Grund des Zustandekommens ablehnt. Die BI schreibt, daß es den Iniatoren des Aufrufes anscheinend nicht um eine anzustrebende Einigung der Anti-AKW-Bewegung geht, *„sondern nur noch darum, sich Eurem Konzept anzuschließen."* Die BI verurteilt eine alleinige regionale Koordination und fordert z.B. eine bundesweite BI-Konferenz.

„Nun konkret zu Eurem Konzept: Die Grundlage „Gewaltfreier Widerstand" schließt, wie Ihr wohl selber wißt, große Teile der Anti-AKW-Bewegung aus und ist gegen eine breite Einigung gerichtet... Eine Gewalt, (gemeint ist die Gewalt der AKW-Betreiber; Anmerkung AK) *die eigentlich j e d e Form des Widerstands rechtfertigt, und welche Form wir wählen, sollten wir allein von taktischen und politisch notwendigen Gesichtspunkten abhängig machen (wobei natürlich das Bewußtsein der örtlichen Bevölkerung eine entscheidende Rolle spielen muß). Bei den letzten zentralen Aktionen (Brokdorf, Grohnde, Malville, Kalkar) war das übrigens immer eine Grundlage unserer Einheit.*
Zum Aktionskonzept: Wir müssen davon ausgehen, daß sich bei Beginn der Probebohrungen sofort das Interesse aller AKW-Gegner im Bundesgebiet und West-Berlin... auf Gorleben richten wird...Zumindest für alle Norddeutschen dürfte dann klar sein, daß man nach Gorleben fährt..."

Zu den Orten für dezentrale Aktionen: Hier wendet sich die BI gegen die ihrer Meinung nach schematische Festlegung der Orte, ohne die konkreten Bedingungen zu berücksichtigen. *„Meint Ihr, daß beim gegebenen Stand der Bewegung in Whyl oder Brokdorf zur Zeit eine Demonstration notwendig und sinnvoll ist? Tritt nicht andererseits in Brokdorf eine ganz andere Situation ein, wenn dort... weitergebaut wird?"* Fazit: wegen der vielen offenen Fragen lehnt die BI einen Anschluß an diese Konzeption ab. *„Wir haben den Eindruck, daß Ihr möglichst viele BI's unter moralischen Druck ('Wir repräsentieren die örtliche Bevölkerung'!) zum 'Anschluß' bewegen wollt, um das Konzept 'durchzuziehen'".*

Offenbacher BI gegen Atomkraftwerke:
In ihrer Stellungnahme vom 21.9.78 wird im Wesentlichen das Gorleben-Modell unterstützt. Die BI macht den Vorschlag, sofort mit der Aufklärungsarbeit zu beginnen, und nicht auf den „Tag X" zu warten. *„Wichtig wäre es, zentrales Material zu Gorleben zu erstellen, um endlich kleineren BI's, die in Gegenden arbeiten, wo die Bewegung noch nicht so stark ist, Material an die Hand zu geben..."* Zur 2. Phase stellt sie den Vorschlag zur Diskussion, in Offenbach, wo die KWU eine Verwaltungsstelle hat, eine Demonstration durchzuführen. Das Modellpapier sah dagegen für Hessen vor, in Biblis oder Borken zu demonstrieren.

Regionalkonferenz der BI's am 23./24.9. in Göttingen:
Anwesend waren 10 BI's. (Zwei aus Hannover, Hameln, Hildesheim, AK-Braunschweig, AK-Salzgitter, AK-Wolfsburg, AK-Osnabrück, Freundeskreis Göttingen). Vier BI's hatten Gorleben noch nicht diskutiert. Die BI Hameln erklärte, sie wollten ausschließlich zu Grohnde arbeiten; der AK-Wolfsburg sah die 3. Phase als die politisch Effektivste an; die BI Hannover Oststadt/List sprach sich gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit aus und lehnte die 2. Phase als unwirksam für eine Massenmobilisierung ab. Der Freundeskreis Göttingen vertrat die Ansicht, einzig allein die BI Lüchow-Dannenberg darf den „Tag X" ausrufen und bestand darauf, daß Aktionen im Kreis Lüchow-Dannenberg nur mit Zustimmung der örtlichen BI ablaufen dürfen. Die anderen Anwesenden wiesen diese Haltung zurück und kritisierten, daß die Freundeskreise und die BI Lüchow-Dannenberg sich nur an bestimmte gewaltfreie Kreise wenden. Um „Alleingänge" zu vermeiden und um die Verständigung zwischen den BI's zu verbessern, wurde der Vorschlag gemacht, die Voraussetzungen für eine Bundeskonferenz für Mitte Dezember zu prüfen. Außerdem beschloß die Regionalkonferenz, trotz Bedenken gegen das gewaltfreie Konzept, sich am zweiten Aktionstag/Wochenende am 28./29./30. Oktober zu beteiligen.

Landeskonferenz der BI's in NRW am 10.9.:
Von den 20 anwesenden BI's hat es Diskussionen zum „Drei-Phasen-Modell" gegeben in: Duisburg, Köln, Siegen, Bonn, Aachen, Bottrop, Dinslaken, Kleve, Coesfeld und Münster. Alle stimmten darin überein, Gorleben mehr in der BI-Arbeit zu beachten. Im Wesentlichen wurde von allen das Widerstandskonzept als richtig angesehen. Die Duisburger BI sprach sich gegen irgendwelche Beschränkung der Kampfformen aus. Die BI Siegen vertrat die Meinung, daß es falsch ist, an diesem Punkt die Konfrontation mit den Iniatoren des Modells zu suchen. Stattdessen kommt es darauf an, den Widerstand langfristig zu organisieren ("Bauzeit der WAA über 10 Jahre"). Unklarheiten bestanden, inwieweit Kalkar als dezentraler Demonstrationsort genommen werden soll oder eventuell Ahaus.

AKW-Kommission des KB/Gruppe Göttingen:
In der Stellungnahme, die im Göttinger „Atomexpress" veröffentlicht werden soll, wird darauf hingewiesen, daß die Anti-AKW-Bewegung trotz Unfälle etc. der Propagandaoffensive der bürgerlichen Parteien derzeit wenig entgegenzusetzen hat. (Es gibt kaum kontinuierlich arbeitende BI's, die Zahl der Aktivisten ist zusammengeschrumpft.) Weiter heißt es: *„...daß die politische Konzeption gegen das Atomprogramm auf die Massenarbeit ausgerichtet werden muß...Insofern sollten zentrale Großaktionen oder Bauplatzbesetzungsversuche immer nur als e i n Mittel des Kampfes gegen AKW's angesehen werden...Wir halten deshalb weder eine Strategie für richtig, die die 'Schlagkraft' einer politischen Bewegung von vornherein in bestimmte (gewaltfreie) Bahnen lenken, noch eine Strategie, die japanische Verhältnisse (Narita) auf die BRD unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen übertragen will.*
Konkret auf Gorleben bezogen bedeutet das, in erster Linie und möglichst sofort die Öffentlichkeitsarbeit wieder aufzunehmen... Jedes beliebige Atomprojekt muß und kann Gegenstand unserer Agitation werden. Die Auseinandersetzungen mit traditionellen Umweltschutzverbänden, mit bürgerlichen Parteien muß aufgenommen werden.
Wir müssen mit konkreten Enthüllungen, mit Aktionen vor Ort die Konfrontation mit den bürgerlichen Parteien suchen, wir müssen vor allem in Wahlkampfzeiten die 'Neigung' der Politiker nach Wahlgeschenken a u s n u t z e n ."
Die Kommission schlägt vor, mit der 1. Phase sofort zu beginnen, um dadurch die AKW-Bewegung wieder zu einer Bewegung zu machen. *„Dabei scheint uns die Fixierung auf nacheinanderfolgende Etappen... und vor allem die enge Kopplung an den Bohr-'beginn' eher hinderlich."*

Einschüchterung von Atomgegnern!

Weitere Atom-Planungen im Raum Ahaus

In Gronau an der holländischen Grenze wird bald der erste Spatenstich für eine Urananreicherungsanlage gemacht werden.
Am 24.9. konnte der Gronauer Bürgermeister zufrieden mitteilen, daß die Uranit einen Bauantrag für ein Zentrifugenmontagewerk überreicht hat. Bis 1982 sollen die Zentrifugen in Almelo und Capenhurst in den Urananreicherungsanlagen eingebaut werden, deren Erweiterungen jüngst beschlossen worden waren. Später soll in Gronau eine eigene Anlage entstehen.
Am 20.9. wurde der erste Spatenstich für die neue Autobahn A 31 getan, die an der Gronauer Urananreicherungsanlage, der Ochtruper Giftmülldeponie und dem geplanten Zwischenlager in Ahaus vorbeigehen soll. Dafür erhielt der Ausbau die „Höchste Dringlichkeitsstufe" („Ruhr Nachrichten" u. „Gronauer Nachrichten", 21.9.78).
In Ahaus wurde noch vor Beginn des Erörterungsverfahrens des geplanten Brennelemtezwischenlagers(BEZ) von der Stadt eine Erweiterung des Baugeländes beschlossen, angeblich soll dort dann eine Brennelemtefabrik gebaut werden, andere befürchten, daß dort auch noch das Zwischenlager erweitert werden könnte.
Noch vor dem Ende der Einspruchsfrist (am 2.10.78) hat die Stadt deutlich gemacht, daß sie dort ein Atomzentrum wünscht. Das bekam auch die dortige Bürgerinitiative zu spüren. Die BI hatte zwar seinerzeit 8000 Unterschriften gegen das BEZ gesammelt, stellte aber fest, daß viele sich scheuten, schriftlich Einsprüche gegen das BEZ zu erheben. Dahinter stehen keineswegs nur Behinderungen der Stadt für die BI, die BEZ-Pläne ausgehändigt zu bekommen (aus „Geheimhaltungsgründen"), sondern direkte Einschüchterungen seitens der Behörden.

Atomgegner soll nicht Lehrer werden

Mit fadenscheinigen Argumenten ver-
Mit fadenscheinigen Argumenten versucht die Stadt Ahaus die Anstellung auf Lebenszeit eines Lehrers zu verhindern, der auch aktiver BEZ-Gegner ist. Die Begründung, Lehrer L. habe „ungünstige Lehrbefähigungen" wurden von Lehrerkollegen, Schülern, der GEW und Jusos zurückgewiesen („RN", 16.9., 19.9.,22.9.). Einer Flugblattverteilerin wurde bei Androhung einer Geldstrafe von DM 10.000 verboten, weiterhin zu behaupten, daß die Nichteinstellung darauf zurückzuführen sei, daß L. aktiv in der BI mitarbeite.
Damit hat die Stadt zumindest erreicht, daß eine Reihe von Ärzten, die sich gegen das BEZ ausgesprochen haben, offenbar aus Angst um ihre Stellung sich scheut, schriftliche Einsprüche anzumelden. Da paßt es auch ins Bild, daß seit einiger Zeit die Polizeikräfte in Ahaus verstärkt werden, inzwischen gibt es dort ein Büro der politischen Polizei (14 K), Besuchern des Baugeländes wurden Hausfriedensbruchsanklagen angedroht und ihre Autonummern aufgeschrieben.

Was hat Albrecht mit den Gutachten für die WAA vor?

Nach dem Spitzengespräch von Strahlemann Albrecht und Innenminister Hauff ist nun endgültig klar, wann in Gorleben mit dem Bau, sprich Probebohrungen angefangen werden soll.
Anfang Januar 78 wird mit Flachbohrungen und Baugrunduntersuchungen begonnen und mit den ersten Tiefbohrungen ist ab Mitte Februar zu rechnen. Jetzt schon soll mit dem Bau von Polizeibaracken begonnen werden, um bei Probebohrungsbeginn ständig 500 Bullen vor Ort zu haben. Gleichzeitig wird aber noch eine große Schaumschlägerei mit verschiedenen Gutachten betrieben, um die Aufmerksamkeit von den mittlerweile sehr handfesten Bauvorbereitungen abzulenken.

Gutachten, Bestandteil des Bürgerdialogs

Zuerst hatte Albrecht bekanntlich versucht, für seine Bürgerdialogstaktik die Bürgeriniativen quasi in einer „konzertierten Aktion" in Form von kontinuierlichen Besprechungen mit der Landesregierung zu binden.
Gleichzeitig bot Albrecht den BI's ein Gutachten an, das die Auswirkungen der Anlage auf den Landkreis untersuchen sollte. Um den BI's die Einbindung in dieses Konzapt schmackhaft zu machen, bot er ihnen als „Bonbon" den „Sicherheitsbericht" der DWK an. Da aber die DWK sich weigerte, diesen Sicherheitsbericht vollständig herauszurücken, platzte die erste Version des Bürgerdialogs, wie Albrecht ihn geplant hatte.
Mittlerweile hat sich folgende Situation ergeben:
Seit Mai 77 wurde der Öffentlichkeit das sogenannte „Planco-Gutachten" vorgestellt, das bis Ende 1980 fertig werden soll. Bezeichnenderweise beschäftigt es sich im wesentlichen mit den Auswirkungen der WAA auf die Struktur- und Wirtschaft des Landkreises, also nicht damit, ob eine Wiederaufbereitung überhaupt möglich ist, sondern setzt deren Betrieb schon voraus.
Es werden alle möglichen Pflanzen und Tiere der Region Lüchow-Dannenberg untersucht und in einer gigantischen Bestansaufnahme zusammengefaßt, aber die Wirkung von radioaktiven Stoffen auf solche Tiere und Pflanzen werden größtenteils bloß abgeschätzt und von nur einigen „Gutachtern" tatsächlich untersucht.
Zudem erhebt sich für dieses Gutachten die Frage, welche Daten den einzelnen Gruppen gegeben werden, wie die Radioaktivitätsabgabe der WAA einmal aussehen wird. Bekanntlich ist durch eine Broschüre von BBU, BUU und der BI-Lüchow-Dannenberg bekannt geworden, daß der „Sicherheitsbericht" der DWK hinten und vorne zusammengeschustert ist und mehr Fragen offen lassen mußte als er beantworten konnte. Dies führte dazu, daß sogar der TÜV das Wiederaufbereitungskonzept der DWK ablehnte!
Doch scheinen beim Konkretisieren der Pläne für die WAA-Gorleben immer neue Probleme aufgetaucht zu sein. So hat Anfang dieses Jahres die Reaktorsicherheitskommission eine Broschüre herausgebracht, die auf 100 (!) Seiten die noch zu lösenden Probleme darstellt. Insofern ist klar, daß die Gutachter nur mit mehr oder weniger frisierten oder schlicht erdachten Daten über einen angenommenen Normalbetrieb der WAA, den es niemals geben wird, abgespeist werden. So gibt es z.B. bisher keinerlei Rückhaltemöglichkeiten für das radioaktive Krypton. Aber die Gutachter werden natürlich eine imaginäre perfekte Rückhaltevorrichtung zugrundegelegt bekommen und so völlig harmlose Belastungen abschätzen.

Darüberhinaus können die einzelnen Gutachter noch nicht einmal ihre Ergebnisse selbst uneingeschränkt veröffentlichen, sondern dies liegt im Belieben der DWK und der Landesregierung, die natürlich schon angekündigt hat, eine Zusammenfassung, die sicher genauso dickleibig wie nichtssagend sein wird, herauszugeben. Außerdem ist damit zu rechnen, daß sie zu 90% völlig unwesentliche Untersuchungen enthält und die entscheidenden Gutachten, wie das des TÜV nur als eins unter vielen auftaucht.
Unter diesen Aspekten hat die BI-Lüchow-Dannenberg dieses Gutachten auch in einer Presseerklärung eindeutig verurteilt und eine Teilnahme abgelehnt.

Nun sollten aber trotz allem auch einige Kritiker mit in den Bürgerdialog eingebunden sprich am Gutachten beteiligt werden.
So z.B. Ehrenstein von der Uni Bremen und eine Heidelberger Gruppe, die vor kurzem nachwies, daß das AKW-Wyhl tatsächlich zigmal mehr die badisch-elsässische Bevölkerung mit radioaktiven Stoffen belasten wird, als es die Behörden bisher zugegeben haben.
Doch trotz der Funktion dieses Gutachtens ist dies offenbar der Atomindustrie immer noch zuviel.
Die Atommafia schickte ihre Propagadafiliale „Arbeitskreis Energie der Betriebsräte" vor, die verkündeten, daß es nicht akzeptiert werden könne, daß zur Auswahl der Gutachter auch Bürgerinitiativen befragt würden („SZ", 22.9.78). Auch deutet der Vorstoß einiger SPD-Parlamentarier daraufhin, daß die Bundesregierung zusammen mit der DWK das Planco-Gutachten vollends zur Farce machen will. Laut MdB Überhorst *„verdächtigen sie die Bundesregierung, aus dem Gutachterkreis für Gorleben wissenschaftlich ausgewiesene Kernenergie-Kritiker auszuschalten"* („Spiegel", 39/78).
Doch auch mit den „Kritikern" ist die Tendenz des Planco Gutachtens eindeutig:
– Es läuft, wenn schon die ersten Baumaßnahmen in Form der Probebohrungen begonnen haben, hat auf den Baubeginn also keinen Einfluß.
– Es soll der Albrecht-Regierung die Legitimation für die 1. Teilerrichtungsgenehmigung liefern. Es ist deshalb wesentlich aufwendiger gestaltet als alle bisherigen Gutachten für AKW's und durchweg mit bisher unbekannten Gutachtern besetzt, die sich in bisherigen Genehmigungen für AKW's noch nicht kompromitiert haben.
– Es liefert die Grundlage für die Berechnung der Entschädigungszahlungen an den Bauernverband und die Gemeinden.
– Aktuell dient es der Beruhigung der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung der „Glaubwürdigkeit" von Albrecht, daß alle Aspekte der WAA gründlichst geprüft werden. Dementsprechend werden durch die Untersuchungslabors schon massenhaft Schulklassen, örtliche Politiker und Organisationen wie durch einen Informationspavillien durchgeschleust.

Um aber auch für die jetzt anstehenden Bohrungen einen Bürgerdialogsbonbon austeilen zu können, verkündete Albrecht vor ein paar Monaten lautstark, daß er zusätzlich noch die Stellungnahme rennomierter Kernernergiegegner aus dem In- und Ausland einholen wolle, deren Einwände dann Mitte Februar ähnlich wie im Windscale-Tribunal gehört werden sollten. Danach wollte Albrecht erst in die harte Konfrontation gehen in der Hoffnung, nur noch den harten Kern der Anti-AKW-Bewegung gegen sich zu haben.
Dieses Täuschungsmanöver ist ihm etwas durch das Drängen der Bundesregierung und der DWK verdorben worden, indem nun schon im Januar mit den ersten Bohrungen begonnen wird.
Trotz dieses verschärften Kurses besteht weiterhin die Gefahr der Einlullung des Widerstandes. Albrecht gibt sich weiterhin als derjenige, der alle Bedenken berücksichtigt.
– Einige der profiliertesten Wissenschaftlergruppen, die in der Lage sind, die Gefahren der WAA umfassend vor der BI-Bewegung zu entlarven und damit zu einer Mobilisierung für Aktionen gegen die WAA beizutragen, sind mittlerweile durch das „Planco-Gutachten" oder die „Hirsch-Gruppe" (die kritischen Wissenschaftler) gebunden.
– Durch die Darstellung in der bürgerlichen Presse, daß es sich bei den Bohrungen im Januar keineswegs um Bauvorbereitungen handle und im Februar das Tribunal ablaufen soll, besteht die Gefahr, daß die AKW-Bewegung bis zu diesem Zeitpunkt mit Aktionen wartet.
Zudem soll ja auch der Graf, dem der Großteil des noch nicht verkauften Geländes gehört, ggf. bewogen werden, sein Gelände nach dieser Prüfung zu verkaufen, da er öffentlich erklärt hat, nur dann zu verkaufen, wenn er von der Sicherheit der WAA überzeugt sei.
Die „kritischen Wissenschaftler" sollen von Albrecht lediglich Alibi-Funktion zugestanden bekommen - man hat sie gehört, ggf. einige kleinere Bedenken akzeptiert etc., da nützt auch nichts der gute Wille solcher Gutachter, die Öffentlichkeitsarbeit in der Presse wird weitgehend von der Atomindustrie beherrscht. Daher wird es wichtig werden, ob die BI's, vor allem die örtlichen BI's und traditionellen Umweltschutzverbände, ihre bisherige Zurückhaltung zu den Aktionsplanungen über kleine Aktionen hinaus aufgeben.

AKW-Nein-Kommission

Weiterer Grohnde-Prozeß eröffnet:

Am 22.9. begann in Hannover der Prozeß gegen Wolfgang Gießler. Gießler gab dazu folgende Erklärung ab:
„Ich werde hier keine juristische Verteidigung machen, keine Beweisanträge stellen, die Zeugen der Anklage nicht befragen. Was mir mit dem Spaten passierte (Anm.AK: Er soll einen Polizisten mit dem Spaten geschlagen haben) *war bei Rüdiger die Zwille, bei Eso der Knüppel, bei Norbert der Bolzenschneider usw. Natürlich haben die Leute in Grohnde Knüppel und Werkzeug gehabt und benutzt. Wie wären wir ohne Knüppel durch die Sperre gekommen, wie hätten wir ohne Werkzeug den Zaun an einigen Stellen umlegen können?*
Natürlich habe ich Angst vor diesem Gericht, weil es mit seinen Bullen die Macht über mich hat. Aber ich werde die Atmosphäre der Sachlichkeit und Freundlichkeit nicht entstehen lassen. Neben diesem Prozeß haben ich und siebzehn andere gerade Zahlungsaufforderungen über insgesamt DM 230.000 bekommen, womit wir die Schäden an den verlorengegangenen und beschädigten Polizeigeräten und verletzten Bullen zahlen sollen – eine Summe, die ich in meinem Leben nicht abbezahlen könnte. Ich bin auch nicht bereit dazu!"
Der Prozeß ist wegen Erkrankung des Richters vorerst ausgesetzt.

Neutronenbomben aus der WAA in Gorleben?

Daß die BRD eigene Cruise Missiles entwickelt und in Zaire über die Tarngesellschaft OTRAG ausprobiert, kann wohl mittlerweile als genügend gesichert gelten. Desweiteren schält sich aber zur Zeit heraus, daß mit diesen Cruise Missiles auch Neutronenbomben, transportiert werden könnten, da die BRD sich schon vor einigen Jahren alle Voraussetzungen geschaffen hat, um mit einer Produktion dieser Waffe zu beginnen!

Da in der Neutronenbombe nicht Uran oder Plutonium als Zünder verwendet werden kann (s.Kasten über die Funktionsweise der Neutronenbombe), ist für den Bau der Neutronenbombe zu anderen Stoffen übergegangen worden, wie z.B. eine Physikerzeitung schreibt: *»Denkbar wäre auch der Einsatz von Californium 252, oder von neutronenreichen Isotopen des Americiums oder Curiums mit einer kritischen Masse im Bereich von 2 bis 20 Gramm. Diese Elemente stehen jedoch noch nicht in genügender Menge zur Verfügung oder sind astronomisch teure«* (»Physik in unserer Zeit«, 1/78, S. 29). Diese besagten Stoffe sind künstliche radioaktive Elemente, sie entstehen erst in einem AKW und müssen durch eine Wiederaufbereitung aus den Brennstäben des AKW's abgetrennt werden. Um was für Mengen es sich dabei handelt, zeigen folgende Zahlen: (nach: »Entsorgung oder Kerntechnik«, Deutsches Atomforum, 1976, S. 231) Aus einem einzigen AKE wie Biblis kommt jährlich (!) ca. 4,5 kg Americium und 2 kg Curium. Durch die geplante WAA können somit in einem Jahr ungefähr 150 kg Americium und 70 kg Curium produziert werden. Von diesen Stoffen reichen wie gesagt 2 bis 20 Gramm (!) um eine Neutronenbombe herzustellen. Daß hiermit eine gigantische Neutronenbombenproduktion aufgebaut werden kann, ist wohl schwer zu leugnen!

Westdeutsche Kernforschungsstätten sind wieder führend dabei!

Wie auch schon anhand der Urananreicherung gezeigt (s. Almelo-Broschüre), sind die westdeutschen Atomforschungszentren insbesondere Karlsruhe und Jülich an den atomaren Bewaffnungsplänen der BRD führend beteiligt. So auch in diesem Fall. Obwohl das Verfahren der Abtrennung dieser Stoffe aus den Brennelementen offenbar nicht so einfach ist (immerhin brauchte man in den USA mehrere Jahrzehnte, um dieses Problem zumindest ansatzweise in den Griff zu bekommen), wird sowohl in Karlsruhe als auch in Jülich ebenfalls daran geforscht.

So heißt es im Jahresbericht der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) Karlsruhe von 1972: *»Die Arbeiten zur Abtrennung von Americium und Curium aus dem hochaktiven Waste* (Abfall -AK) [*HAW*] *von Wiederaufbereitungsanlagen wurden bisher unter dem Gesichtspunkt der Rohstoffgewinnung durchgeführt«*. Das kann wohl nur heißen, daß von Anfang an hinter diesem Forschungsprojekt der großtechnische Einsatz dieses Verfahrens - tja, wofür? - zur Herstellung von »Rohstoffen« geplant ist - »Rohstoffe« aber für was und wozu??! Zur Umschiffung der Beantwortung dieser Frage wird dann auch gleich ein anderer »edlerer« Beweggrund in den Vordergrund gestellt: *»Im Hinblick auf das langfristige Gefährdungspotential langlebiger Nuklide [insbesondere Transurane] erhalten diese Arbeiten jedoch auch im Hinblick auf die langfristige nukleare Sicherheit eine mögliche Bedeutung«* (Tätigkeitsbericht der GfK 1972, S. 177) — Nun, nach allem Anschein ist wohl eher das genaue Gegenteil geplant!

Im Jahresbericht 1973 wird dann über die Schwierigkeiten dieses Forschungsprojekts berichtet und gleichzeitig weitere Untersuchungen angekündigt: *»Eine Studie über das Gefahrenpotential langlebiger alpha-Strahler* (Actiniden oder Transurane - AK) *und Spaltprodukte in den radioaktiven Abfällen der Kernbrennstoffwiederaufbereitung wurde begonnen«* (Tätigkeitsbericht der GfK 1973, S. 189) und auch von direkten Vorbereitungen solcher Abtrennverfahren für Gorleben wird freimütig erzählt: *»Als letzte größere Entwicklungsarbeit wurde mit der Planung der Beschickungs- und Entsorgungseinrichtungen begonnen, wobei die Planungsarbeiten für die Entnahme des hochaktiven flüssigen Wastes* (Abfall, AK) *aus der Anlage inzwischen abgeschlossen werden konnten«* (ebd. S. 197) - das heißt im Klartext, daß bereits die technischen Einrichtungen zur Entnahme der Abfälle für die spezielle Abtrennung der Transurane bereits fertig sind, und eingebaut werden kann. Dies in der BRD wohl nur in der geplanten Anlage in Gorleben.

Und ebenso wird in Jülich an der elektrochemischen Bearbeitung der Transurane gearbeitet (s. Jahresbericht 1971, S. 84). So heißt es dort: *»Die Radionuklidabtrennung ist eng verknüpft mit der Wiederaufarbeitung bestrahlter Thorium-Uran-Brennelemente. Drei Gesichtspunkte bestimmen Ziel und Verlauf der Untersuchungen : 1. [...].*
2. Entfernung der langlebigen Aplha-Strahler aus hochradioaktiven Waste-Lösungen aus lagertechnischen Gründen.
3. Gewinnung einiger interessanter Radionuklide« (ebd. S. 91). Woraus sich das »Interesse an einigen Radionukliden« ergibt und was unter »lagertechnischen Gründen« zu verstehen ist, bleibt im Dunkeln - böswillige Zungen könnten allerdings behaupten, daß es durch Neutronenbomben ein Interesse an »bestimmten Radionukliden« gibt, und daß Neutronenbomben sich lagertechnisch gesehen natürlich besser handhaben lassen, als heiße Fässer mit radioaktiven Abfällen in einem Salzstock ...

Diese ganz konkreten Vorbereitungen der BRD für die Produktion eigener Neutronenbomben - für die man sogar noch nicht einmal auf die Fertigstellung der WAA in Gorleben warten muß, da es, wenn auch in sehr kleinerem Maßstab auch in der Versuchsanlage in Karlsruhe durchgeführt werden kann - sind für alle Antimilitaristen und damit für alle AKW-Gegner ein wesentlicher Grund mehr den Bau in Gorleben zu verhindern und die sofortige Beendigung derartiger Versuche zu fordern !!

AKW- Nein- Kommission

Der 'Schnelle Brüter' jetzt für den Umweltschutz?

Nach dem Wahldesaster der FDP in Hamburg und Niedersachsen, hat die FDP die Parole ausgegeben, sich als Umweltpartei Nr.1 herauszustellen. Die bisher größte Umweltleistung vollbrachte jüngst Wirtschaftsminister Riemer (FDP) in NRW. Riemer will jetzt den in Kalkar im Bau befindlichen „Schnellen Brüter" umfunktionieren. Der ‚Schnelle Brüter' - neben der geplanten WAA die gefährlichste Atomanlage in der BRD - soll laut Riemer zu einer Plutoniumsvernichtungsanlage umgebaut werden. Mit diesem Vorschlag will Riemer den Schritt der BRD in die überaus gefährliche Plutoniumwirtschaft „verhindern" und Plutonium *„so nach Möglichkeit als schädlichen Umweltfaktor ausschalten"* („WAZ", 28.9.78). Damit würden 2 Mrd. DM und weitere geplante 3 Mrd. DM statt für neue atomare Gefahren für einen *„Schritt für den Umweltschutz"* verwendet („WR",27.9.78). Auf den ersten Blick könnte man meinen, ein Milliardenschritt in Richtung Umweltschutz werde hier geleistet, der erste wirkliche Schritt der FDP in Richtung Umweltschutzpartei nach bisher doch mehr mißglückten Umweltschutzmanövern. So schimpfte dann auch der CSU-Ab-
glückten Umweltschutzmanövern. So schimpfte dann auch der CSU-Ab-
geornete Probst, daß Hirsch (NRW-Innenminister der FDP) und Riemer seit Monaten in Sachen Kalkar *„Rückzugsgefechte"* führten, *„um die FDP als Umweltpartei profilieren zu können. Hier offenbare sich das ganze Dilemma einer von Existenzsorgen geschüttelten Partei"*. Damit gefährde die FDP nicht nur *„eines der aussichtsreichsten Projekte deutscher Kernforschungstechnik"* , sondern auch den „Steinkohlebergbau" (wie das ??) und setzte *„kaltschnäuzig"* tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze aufs Spiel („FAZ", 26.9.78).

Umso mehr mußte es verwundern, daß die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH (SBK) erklärte, ihre und Riemers Vorstellungen lägen gar *„nicht weit auseinander"* („Rheinische Post", 28.9.78). Sie erklärten rundheraus, daß jeder Brüter im Grunde eine ‚‚Plutoniumsvernichtungsanlage" sei, es ginge ja gerade bei den Brütern darum, das Plutonium, daß in Leichtwasserreaktoren erzeugt wird, gewinnbringend einzusetzen. *„Demgemäß liege die beste Politik der Nichtverbreitung von Plutonium im Bau von Schnellen Brütern"*, betonte die SBK, außerdem könne man sich beruhigen, der Kalkar-Brüter solle sowieso mehr Plutonium verbrauchen, als er erzeuge (spätere Anlagen sollen gleichzeitig das Plutonium für weitere Brüter erzeugen).

Damit entlarvte sich Riemers großangelegtes Umweltschutzmanöver als großer Bluff. Besonders dankbar zeigte sich die SBK, daß Riemers mit diesem Manöver seine *„grundsätzliche Zustimmung"* zu den anstehenden Weiterbauten gegeben habe (die 3. Teilgenehmigung muß jetzt vom NRW-Kabinett gebilligt werden).

Doch wir wollen Riemer nicht total in den Boden stampfen, es wäre ja denkbar, daß er mit seiner Plutonium-Verbrennungsanlage immerhin gemeint hat, man solle dort im Brüter das Plutonium zu Uran 233 umbrüten lassen, was zwar ebenfalls hochradioaktiv, ebenso als Atombomben-Explosionsstoff verwendet werden könnte, aber immerhin chemisch nicht so hochgiftig wäre. Auch die Presse konnte es sich nicht verkneifen, zu erklären, daß Riemers *„jüngstes Ei. . .nicht allzu ernst zu nehmen"* sei („RP", s.o.), daß hier mit *„Blick auf die Wahlen in Hessen und Bayern . . .mit dem Wort Plutoniumvernichter nur ein neues Etikett erfunden"* wurde, um etwas Zeit und etwas Umweltglanz zu schinden („WAZ", 27.9.78).

Bei Riemers Umweltschutzschwindel wird vor allem auf die Dummheit der Umweltschützer gebaut, doch dabei hat sich die FDP schon immer verrechnet, so wird auch dieses Manöver kaum die weitere Talfahrt der FDP verhindern.

AKW-Nein-Kommission

Grohnde-Angeklagter freigesprochen!

Am 25.9. sprach die 8. Große Strafkammer des Landgerichts Hannover den AKW- Gegner Christian Matschkus von der Anklage des schweren Landfriedensbruchs, des schweren Widerstandes gegen Polizeibeamte und der gefährlichen Körperverletzung frei.

War schon in vergangenen Grohnde-Prozessen sichtbar, daß die Polizeizeugen eigens für die Grohnde - Prozesse präpariert waren, konnte dies im Fall von Christian im Gerichtssaal nachgewiesen werden. So hatte ein ziviler Polizeibeamter während des gesamten Verfahrens den Prozeßablauf mitgeschrieben. Als er entsprechend den Vorschriften der Strafprozeßordnung des Saales verwiesen wurde, übertrug er seine Aufgabe einem Polizeischüler. Bei dessen Vernehmung platzte die Sache.

Die Zeugenbetreuung

So waren die Polizisten durch eine Zeugenbetreuungsstelle anhand von »Anschauungsmaterials Grohnde-Prozesse« und Vorträgen vor mehreren hundert Polizeibeamten »über das Verhalten von Polizeibeamten vor Gericht« geschult worden.

P lizeioffizier Fischer rechtfertigte dies vor dem Gericht so, daß die Zeugen einen schlechten Eindruck vor Gericht gemacht hätten.

Gemeint hatte der Zeugenbetreuer, so laut einer Presseerklärung der Rechtsanwälte Mäffert und Scharmer, das Verhalten des Zeugen Lorke.

Er erklärte, Matschkus habe am 19.3.77 *»mit einer armdicken Holzlatte auf uns unentwegt eingeschlagen«*. Zum selben Vorgang sagte der Beamte im Mai 1977: *»Matschkus drohte der Polizeikette mehrfach mit einer Holzlatte«*. In der Hauptverhandlung war der Eiertanz dann perfekt. Hier erklärte er, daß er annehme, *»am Abend des 19.3.77 das Drohen mit der Latte als Schlagen bezeichnet zu haben.«*

Nach Vorstellung des Zeugenbetreuers Fischer wäre der »schlechte Eindruck« nicht entstanden, wenn Lorke im Mai 77 gewußt hätte, was er im März 77 Matschkus zu Unrecht vorgeworfen hatte und bei seiner ersten Darstellung geblieben wäre!

Hatte es schon eine »administrative Aussagegenehmigung« zu Ungunsten der Angeklagten gegeben, in der Polizeizeugen über Mannschaftsstärken, Einsatzmittel und dergleichen als »vertrauliche« Informationen gekennzeichnet und von der Aussagegenehmigung ausgenommen wurden, setzte dies dem Prozeß die Krone auf.

Verteidigung am Wendepunkt?

Selbst der Vorsitzende Kobold erklärte in seinem Urteil, daß es »unglaublich« sei, daß ein Konzept erarbeitet wird, bei dem Widersprüche vor Gericht nicht auftauchen sollen.

Und erklärt:

»Wir gehen davon aus, daß dieses Urteil nicht dazu ausreicht, das polizeiliche Konzept [Zeugenbetreuung] und damit Manipulation [!] des Strafprozesses wirksam zu durchkreuzen.«

Obwohl hier harte Töne gegen diese Praktiken der Polizei angeschlagen werden, ist gegen die seit Frühjahr 1977 bestehende Zeugenbetreuungsstelle, bisher von gerichtlicher Seite nichts unternommen worden.

Die Rechtsanwälte Mäffert und Scharmer schreiben in der Presseerklärung dazu:

»Mit einer Duldung des Zeugenbetreuers stünde man im Strafprozeß an einem bedeutsamen Wendepunkt: der Übergang zum schriftlichen Verfahren, sofern die Anklage auf Belastungen durch Polizeibeamte beruht. Kein Angeklagter könnte sich die Hoffnung machen, daß sich in einer Verhandlung die Vorwürfe als Irrtümer, Ungereimtheiten oder falsche Anschuldigungen erweisen. Eine Justiz, die diesen Wendepunkt mitvollziehen würde, setzt sich dem Verdacht aus, daß es ihr nicht um die Aufklärung der Wahrheit, sondern die reibungslose [!] Vollstreckung einer nur auf Polizeibeamte gestützten Anklage geht.«

Wie solche Fälle aussehen können, erläuterte der Rechtsanwalt Böddeling im Plädoyer für seinen Mandant: *»In solchen Prozessen wie diesem hier, in dem alle Beweise, Ermittlungen und Zeugen in den Händen von Polizei und Staatsanwaltschaft sind, kommen natürlich immer ‚dichte' Anklagen heraus. In solchen Fällen kann nur der Zufall helfen. Solche Zufälle hat es in anderen Prozessen gegeben: so in einem Verfahren wegen einer Fahrpreisdemonstration 1975 in Frankfurt [Bericht im Stern], wo der Angekla te aus einer Demonstration heraus verhaftet, zusammengeschlagen und mit chemischer Keule beschossen wurde. Er wurde angeklagt wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte. 10 Polizeizeugen bestätigten diesen Vorwurf. Durch Zufall stieß die Verteidigung auf einen Amateurfilmer, der die Szene gefilmt hatte: 10 Polizeibeamte hatten einen Meineid geschworen!...«*

(Zitiert nach Grohnde-Prozesse, Dokumentation des EA Hannovers S. 31)

AKW-Nein-Kommission

Solidaritätsfest für die Grohnde-Angeklagten

„Unser Widerstand läßt sich nicht brechen"

unter diesem Motto findet am 14.10. in der Mensa der Universität Hamburg (Schlüterstraße, Nähe Dammtor-Bahnhof) ein Solidaritätsfest statt, dessen Erlös den Grohnde-Angeklagten zugute kommen soll. Die Idee dieses Solidaritätsfestes wurde auf dem Kongreß der Bunten Liste vom 30.6.-2.7. geboren, ein Festausschuß, in dem ca. 20 Initiativen mitarbeiteten, hat sich an die praktische Umsetzung gemacht.

Das Solidaritätsfest wird mit einer Podiumsdiskussion eingeleitet (16- 19 Uhr), auf der Richter Ostermeyer, die Rechtsanwälte Groenewold und Mäffert, der Grohnde- Angeklagte Jörß, Jens Scheer und ein Vertreter der Hamburger Gefangenen Selbstinitiative über die Repression gegen AKW-Gegner und auf dem Justizsektor allgemein sprechen werden. Ab 19 Uhr beginnt das Fest, auf dem u.a. Octopus, Missus Beastly, Performance, Shaa Khan, Cesar Avillar, Check Point Charly und die Theatergruppe Brühwarm auftreten werden. Die Basisinitiativen werden über ihre Arbeit durch Infostände, Sketche etc. informieren.

Der Eintrittspreis beträgt eine Mindest-Solidaritätsspende von DM 5,-, mehr ist natürlich besser - allein die Prozeßkosten betragen für jeden Grohnde-Angeklagten 10 - 20.000 DM!!!



Das Uran-Geheimnis von Menzenschwand

Die Uran„fundstelle" in Menzenschwand (Schwarzwald) scheint in ihren Stollen, Sohlen und Gängen doch mehr Geheimnisse zu bergen, als die sie betreibende „Gewerkschaft Brunhilde" und die Hinterzartener Firma Unruh zugeben wollen. Ins öffentliche Gerede ist die „bedeutendste Uranfundstelle der Bundesrepublik" gekommen durch einen Zwischenfall mit Freiburger AKW-Gegnern, die auf dem Gelände fotografieren wollten und von aufgehetzten Arbeitern angegriffen wurden, wofür ein AKW-Gegner jetzt wegen Mordverdacht in U-Haft sitzt (siehe AK 138).

Hinweise auf die Geheimnisse des Bergwerks im Krunkelbachtal lieferte unfreiwillig die „Frankfurter Rundschau". In seinem pseudogrünen, zu Wahlkampfdiensten der hessischen SPD gedachtem Eifer, alles zu verharmlosen, hat der emsige Journalist mehr ausgeplaudert, als den Betreiberfirmen vielleicht lieb sein mag (siehe „FR", 29.9., gilt für alle Angaben und Zitate).

Uranabbau – wo denn?

Nach Auskunft von Betriebsleiter Egner ist der Begriff „Bergwerk" für diese Anlage falsch, es handele sich um einen „Uranaufsuchungsbetrieb", dessen Aufgabe nur die E r k u n d u n g von Uranerz-Lagerstätten sei und nicht der A b b a u von Uranerz. Für den Bergbau im eigentlichen Sinn gebe es keine Genehmigung, weshalb auch kein Abbau betrieben werde.

Nach einer gerichtlich verfügten Einstellung der Arbeiten in der Grube (die Anlage steht auf Naturschutzgebiet) wurde in einem „Kompromiß" zwischen Gemeinde und dem Unternehmen der weitere Abbau von 20.000 Tonnen Uranerz erlaubt. Für einen Kompromiß eine großzügige Menge, wo selbst Experten die Lagerstätten auf eine Menge zwischen 2.000 und 10.000 Tonnen hochwertigen Uranerzes schätzen. Bei einer momentanen Tagesförderung von 50 Tonnen Gestein hätte die Firma immerhin 800 Tage lang weiterbuddeln dürfen. Nun, 1976 erhielt sie neue Schürfrechte, und wie man sieht, es lohnt sich: Aus dem Menzenschwandner Uranerz wird in der Aufbereitungsanlage Ellweiler (Pfalz) hochwertiges Uranoxid (sog. „yellow cake") gewonnen, das zur Herstellung von Reaktorbrennstäben benutzt wird. Aus einer Tagesförderung der Grube werden ca. 250 kg gewonnen; der Preis: 200 - 220 DM je kg, also im Schnitt 50.000 Mark Einnehman täglich; die Grube arbeitet mit Gewinn.

Es strahlt so friedlich im stillen Tal ...

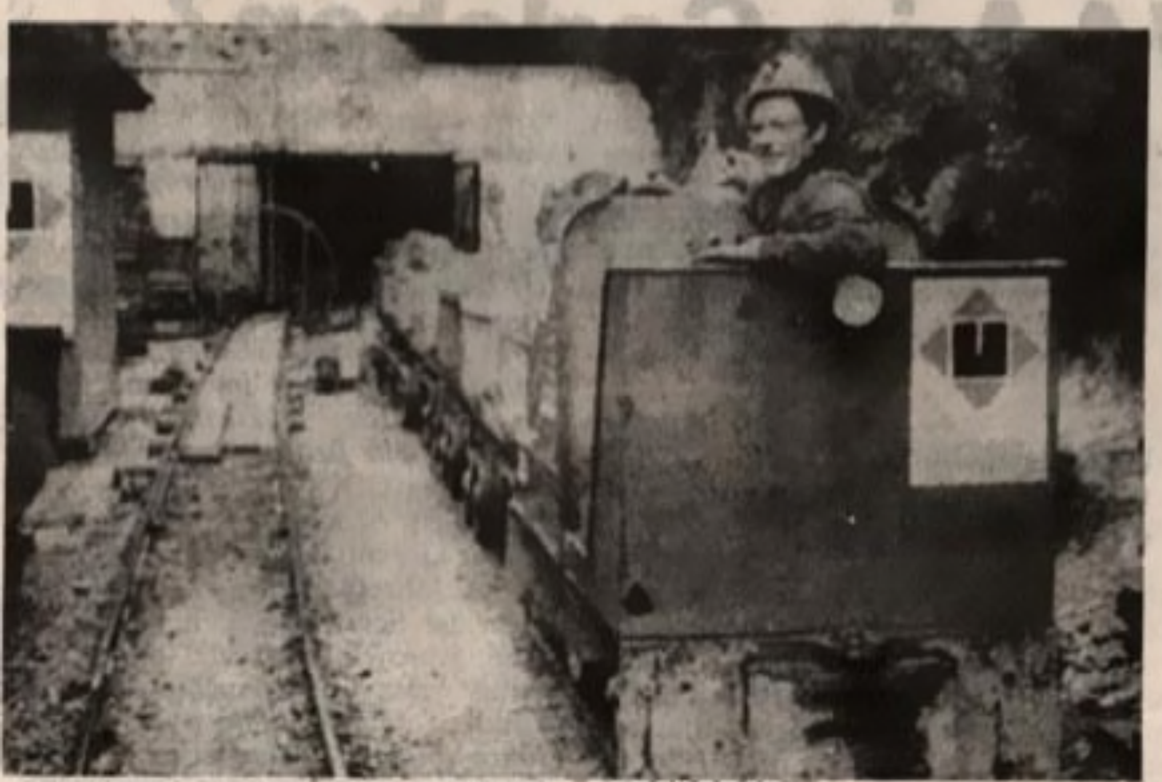
Seit Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission sowie verschiedene Gerichte die Ungefährlichkeit der Atomindustrie bescheinigt haben (einschließlich eines vernachlässigbaren „Restrisikos", das ist das Risiko, das uns allen den Rest geben kann), sind natürlich alle Anlagen als sicher zu betrachten, ebenso die Grube im Krunkelbachtal.

Strahlensicherer Abbau ...

Die Bergarbeiter tragen keinerlei Schutzkleidung, sie stehen „dem strahlenden Erz sozusagen Auge in Auge gegenüber". Gegen die strahlenden, und wenn sie sich erstmal in der Lunge festgesetzt haben, krebserzeugenden Elemente des gasförmigen Uran-Zerfallproduktes Radon seien die Arbeiter durch ein Ventilationssystem gesichert. Als Jahreshöchstwert wurden folglich bei ihnen bisher „nur" 2,2 rem festgestellt, zulässig sind 5 rem. Wie groß die Höchstbelastung der Kollegen ist, geht aus diesen Durchschnittswerten natürlich nicht hervor.

Aber keine Sorge, Betriebsleiter Egner versichert, daß die direkte Strahlung mit vier Dosimetern gemessen wird, welche die Bergleute immer bei sich trugen. Wie dieses Kunststück bei vier vorhandenen Meßgeräten und 21 Arbeiter möglich ist, hat Egner nicht verraten.

Nun denn, nach Egners Angaben kontrolliert das Freiburger Bergamt die Meßdaten und die Arbeiter fahren alle zwei Monate nach Karlsruhe ins Kernforschungszentrum zur Untersuchung. Und wer kontrolliert das?



...und „strahlend" kommt der Arbeiter aus der Grube

Strahlensicherer Transport ...

Der „Uranaufsuchungsbetrieb" bringt seine strahlenden Funde mit Lastwagen - offensichtlich ganz normalen - nach Seeburg und von da per Bahn zur Aufbereitung nach Ellweiler. Weil es mit der strahlenden Fuhre doch nicht so geheuer ist, und um Proteste zu vermeiden, fahren die LKWs angeblich zur Vermeidung von Lärmbelästigung im Sommer nur zu bestimmten Zeiten durch Menzenschwand.

Strahlensichere Umgebung ...

Ganz besondere Sorge macht man sich um die Strahlenbelastung für Mensch und Tier in der Umgebung. Seit 20 (!) Jahren hat die „Brunhilde" die Konzessionen für den Bergbau und eben erst wird vom Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Untersuchung der vom Bergwerk ausgehenden Strahlung vorgenommen; so eilig hat man's.

Verglichen mit der zulässigen Jahresdosis haben die kontrollierenden Behörden keiner überhöhten Werte festgestellt.

Nun, die Ruhe ist vorüber, seit jene eingangs erwähnten AKW-Gegner (Mitglieder des Arbeitskreises Strahlenschutz, Freiburg) überhöhte Strahlung auf einem Parkplatz feststellen konnten, der mit „taubem Gestein" aus der Grube aufgefüllt worden war. Wie gefährlich muß dann erst das uranhaltige Gestein sein?

Dagegen wird natürlich gehetzt: die Arbeitskreismitglieder hätten das radioaktive Gestein im Bergwerk geklaut und selbst auf dem Parkplatz eingebuddelt. Ganz traut Betriebsleiter Egner dieser Hetze nicht. Er befürchtet, daß sich die Stimmung im Ort wieder gegen „Brunhilde" wendet, wenn die Bevölkerung die Ursachen nicht mehr im Wirken des „Arbeitskreises" sieht, sondern in der Gefahr, die von der Grube selbst ausgeht. In diesem Punkt hat er ausnahmsweise recht!

Schluß mit der Geheimniskrämerei um den Uranabbau!
Beseitigung der Grubenanlagen im Krunkelbachtal!

Ein schwarzwälder Genosse im KB/KHB Göttingen

Gundremmingen:

Gundremmingen: Gefährliche Strahlenbelastung

Inzwischen liegt ein Gutachten für das AKW-Gundremmingen vor, das nachweist, daß in Gundremmingen 4.700-fach höhere Radioaktivität als gesetzlich zulässig durch den Schornstein geblasen werden soll.

Das Gutachten dient als Unterlage in dem Prozeß gegen die Erweiterung des AKW-Gundremmingen durch zwei weitere 1.300 MW-Blöcke.

Schon vorher war ein Gutachten für das geplante AKW in Whyl zu ähnlich hohen Strahlendosen gekommen.

In seinem Gutachten stellt der Dipl.-Physiker Krüger fest, daß selbst die amtlich beantragten Werte für die Emission von radioaktiven Stoffen 200- bis 2.800-fach über den Werten anderer AKWs in der BRD lägen.

Weiterhin wird nachgewiesen, daß das TÜV-Gutachten einfach unterschlägt, daß am selben Ort schon seit 1966 ein AKW strahlt.

Das Umweltministerium reagierte dann prompt auf die Vorlage dieses Gutachtens, zwar bescheinigte es Krüger *„grundsätzliche richtige Berechnungen"* („NN", 19.9.78), versuchte dann aber neuen Nebel über die wirkliche Strahlenbelastung für die Bevölkerung abzulassen: *„Das Umweltministerium sieht keine Strahlengefahr für die Bevölkerung im Umkreis des Atommeilers von Gundremmingen ..."* (ebenda). *„Krüger sei, so Dr. Vogel vom Umweltministerium, bei seinen Berechnungen vom jeweils ungünstigsten Wert ausgegangen, was aber nicht der statistischen Realität entspreche"* („SZ", 19.9.). Es handelt sich bei dieser Behauptung um den beliebten Trick der Atombetreiber, die tatsächliche Bedrohung statistisch runterzurechnen. So wird bekanntlich die Belastung von AKWs nicht nur dort gemessen, wo gerade der Wind die radioaktiven Stoffe hintreibt, sondern auch auf der anderen Seite des AKWs, wo keine sind und schon hat man ja nur noch die Hälfte der Belastung, der Wind bläst ja auch mal anders herum usw.

Mit diesen Tricks wird auch gegen die offizielle Strahlenschutzordnung (vom 13.10.76) verstoßen, in der es heißt: *„Diese Strahlenexposition muß für die u n g ü n s t i g s t e n Einwirkungsstellen unter Berücksichtigung sämtlicher relevanter Belastungspfade einschließlich der Ernährungsketten berechnet werden ..."*.

Ja, dann müßten selbst dem Gesetze nach die AKWs stillgelegt werden.

KB/Gruppe Nürnberg

Volksabstimmung über AKW in Österreich

Am 5. November soll die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das seit langem fertiggestellte AKW Zwentendorf (bei Wien) in Betrieb gehen soll oder nicht.

Damit tritt die regierende SPÖ die Flucht nach vorne an, nachdem die Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ aus taktischen — nicht aus Überzeugungs- — Gründen der SPÖ die Verantwortung über die Inbetriebnah-
verantwortung über die Inbetriebnah-
me des AKW allein in die Schuhe schieben wollten.

Die Furcht der SPÖ vor Alleinverantwortung ist verständlich: Das AKW Zwentendorf macht schon seit langem negative Schlagzeilen:

— Es steht in Österreichs stärkster Erdbebenregion, in der bereits verheerende Beben stattgefunden haben.

— Das Reaktorgefäß hat gerade in der größten Gefahrenzone Schweißnähte. Darüber hinaus ist es aus einem Stahl, der wegen Rißanfälligkeit von internationalen Forschergruppen als denkbar ungeeignet für Reaktoren eingestuft worden ist (Profil, Nr. 27/78).

— Die Frage der Zwischen- und Endlagerung des Atommülls ist ungelöst wegen breiten Widerstands in der Bevölkerung.

Dazu existiert eine breite Anti-AKW-Bewegung, die quer durch alle Parteien geht. Gerade die SPÖ ist in der Atomfrage gespalten.

Der Gesetzentwurf, über den abgestimmt werden soll, ist mit Bedacht so abgefaßt, daß uninformierte Teile der Bevölkerung und sogar Kritiker der praktizierten Atompolitik verwirrt werden könnten:

Punkt 1 legt zur Abstimmung den Vorschlag vor, für die Inbetriebnahme jedes weiteren AKWs ein eigenes Bundesgesetz zu schaffen, das Sicherheit und volkswirtschaftliche »Notwendigkeit« bestätigt. Faktisch müßte danach künftig über jedes AKW im Parlament abgestimmt werden.

Punkt 2 — der eigentliche Kern — stellt die Betriebserlaubnis für das AKW Zwentendorf fest.

Punkt 3 versichert, daß bei der Erfüllung der ersten beiden Punkte sorgsam vorgegangen und »vorrangig auf die Gesundheit und Sicherheit von
auf die Gesundheit und Sicherheit von
Personen sowie auf den Schutz der Umwelt« geachtet werden soll.

Die staatliche Verbundgesellschaft für E-Wirtschaft wendet nach eigenen Angaben ca. 5 Mio. DM für eine Kampagne zur »Information« der Öffentlichkeit für Atomenergie auf.

Was mit »Information« gemeint ist, verdeutlicht die inzwischen gegründete Initiative Pro-Zwentendorf, der vor allem Kapitalisten, u.a. auch der Nationalbankdirektor — übrigens SPÖ-Mitglied — angehören. Der Nationalbankchef hetzt gegen die AKW-Gegner: *»Volksverblödungsaktion«*, *»Irreführung der Bevölkerung durch die Sensationspresse«*, und als Gipfel: Der Widerstand gegen AKWs habe *»jedenfalls mehr Tote und Verletzte gefordert (...) als der Betrieb der Kernkraftwerke«*! Der Atomkraft gegenüber kritisch eingestellte Zeitungen wie den »Vorarlberger Nachrichten« wird von diesen Kapitalisten kurzerhand unterstellt, es ginge ihnen nur *»um das Geld und um höhere Umsätze«*. Die österreichische Industrie wird aufgefordert: *»Tragen Sie das Ihre dazu bei, daß Zeitungen, die sie finanzieren, endlich auf den richtigen Weg kommen«* (Extrablatt, Nr. 9/78).

Die AKW-Gegner haben dagegen kaum Möglichkeiten, sich öffentlich zu äußern: Rundfunk und Fernsehen sowie die von der SPÖ beherrschten Zeitungen erlauben bis zur Volksabstimmung keine Kritik an AKWs.

Trotz der Versuche der SPÖ, die Partei auf Pro-AKW-Linie zu trimmen, gibt es innerhalb der SPÖ eine starke Fraktion der Atomgegner. Unter Beteiligung des ehemaligen Chefredakteurs der Parteizeitung »AZ«, Blau, und des Kreisky-Sohnes Peter Kreisky entstand eine Initiative »Sozialisten
entstand eine Initiative »Sozialisten
gegen Atomenergie«, der auch führende Vertreter der SP-Jugendorganisationen angehören. In ihrem Aufruf heißt es u.a.: *»Wir stellen mit Besorgnis fest, daß mächtige Institutionen wie die Industriellenvereinigung, die Bundeswirtschaftskammer, der Österreichische Gewerkschaftsbund und vor allem die E-Wirtschaft ungeheure Summen aus öffentlichen Mitteln für die einseitige Propaganda zugunsten des nicht mehr benötigten Atomstroms verschwenden. Unserer Meinung nach widerspricht es auch dem Sinn der Volksabstimmung in dieser Frage, wenn führende Funktionäre des ÖGB, ebenso wie Spitzenfunktionäre anderer politischer Parteien diese zu einem rein parteipolitischen Kräftemessen benützen...«* (rotfront, Nr. 9/78).

Der Interessenverband Arbeitsgemeinschaft »Nein zu Zwentendorf« bittet um Spenden, um die notwendigen Mittel für Material usw. aufbringen zu können:

Österreichische Postsparkasse,
Krisenkonto Volksabstimmung,
Konto-Nr. 704 23 91

Österreich-Kommission

Unsere Salzstöcke sind totsicher

So mögen die Angehörigen der 5 Lüneburger Ratsherrn und Behördenvertreter gedacht haben, die am 28.9. in einem Salzbergwerk in Hännigsten/Niedersachsen von einem 100 t schweren Felsbrocken erschlagen wurden.

Der Fachmann wundert sich — wie war dies möglich, wo doch unsere Salzbergwerke dafür bekannt sind, daß sie »Millionen Jahre« unbeweglich unter der Erde schlummern.

Nichts kann ihnen doch was anhaben, kein Erdbeben bringt sie aus dem Gleichgewicht, Wasser ist ihnen unbekannt, selbst Gesteinsbewegungen prallen an ihrem salzigen Rücken ab. Was für ein Glück für uns und unser Uran, denn hier kann es nach mühseliger Arbeit im Atomkraftwerk seine verdiente Ruhe finden, ungestört vom munteren Treiben an der Oberfläche.

Wir stehen vor einem Rätsel — wie war dies Unglück möglich. Sollte etwa einer der anwesenden Ratsherren in einem Tobsuchtsanfall übermenschliche Kräfte entwickelt haben - oder war da wieder einer der bombenbestückten Polit-Terroristen am Werk - oder sollte es etwa göttliche Fügung gewesen sein?

Wir wissen keinen Rat, selbst der Bergwerksbesitzer beteuert, sowas sei ihm noch nie untergekommen!

Wir erwarten, daß sich die gesamte Atomlobby an Ort und Stelle von der Sicherheit überzeugen und hoffentlich zu einer Erklärung kommen wird.

Übrigens errechneten vor kurzem Geologen, daß der Salzstock in Asse, wo seit Jahren radioaktive Abfälle deponiert werden, rein theoretisch schon längst zusammengestürzt sein müßte.

Ihre Empfehlung war, die Stollen schleunigst zu verlassen ... (»Stern«, 37/78)

Ein »besorgtes« Mitglied der AKW-Nein-Kommission

Gösgener-Prozesse in der Schweiz

Gegen sechs AKW-Gegner, Mitglieder der „Schweizerischen Aktionsgemeinschaft gegen das AKW Gösgen" (SAG), findet am 28.9. in Olten ein Prozeß statt. Sie sind angeklagt wegen *„Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte"*. Ebenfalls in Olten findet am 1o.1o. ein Prozeß gegen zwei Mitarbeiter des Senders „Radio-aktiv-freies Gösgen" statt. Ihnen wird Verstoß gegen das Telegraphen- und Telephongesetz vorgeworfen. In einem Verfahren der Post sind sie bereits zu 16.ooo Franken Bußgeld und Fahndungskosten (entspricht gleicher Menge DM) verurteilt worden.

Die Prozesse sind die staatliche Antwort auf die Besetzungsaktionen der Schweizer AKW-Gegner gegen das AKW Gösgen am 25./26. Juni 1977 (25oo Demonstranten) und am 2./3. Juli (über 6ooo Demonstranten). Damals hatte die Polizei brutal die ausdrücklich als „gewaltfrei" angekündigte Aktion überfallen. Mit diesen Prozessen sollen jetzt - ähnlich dem Muster der Grohnde-Prozesse - einzelne exemplarisch und abschreckend für die Bewegung verurteilt werden. Auch die Bezeichnung der Demonstranten als *„zusammengerotteter Haufen"* in der Anklageschrift sind uns wohlbekannte Töne. Die SAG und die „Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst" (GAGAK) haben zu verschiedenen Solidaritätsaktivitäten gegen die Prozesse aufgerufen, unter anderem zu einer Selbstbezichtigungskampagne der an der Aktionen Beteiligten. In dieser Erklärung heißt es:

„Hiermit erkläre ich, daß ich bei den gewaltfreien Besetzungsaktionen auf den Zufahrtswegen zum AKW Gösgen vom 25./26. Juni und vom 2./3. Juli 1977 zusammen mit tausenden von AKW-Gegnern in gleicher Absicht gleich gehandelt habe.

Die Koordinationsgruppe der SAG, ca. 15 Leute, hat in diesem Zusammenhang von den Vollversammlungen klar formulierte Aufgaben übernommen - sie hat auch in meinem Auftrag gehandelt.

Für die Handlung jedes einzelnen Mitgliedes der Koordinationsgruppe übernehme ich zusammen mit allen Besetzern die volle Verantwortung. Ich bitte die zuständigen Behörden, dies zur Kenntnis zu nehmen. Weiter fordere ich die zuständigen Behörden auf, gegen mich die gleichen rechtlichen Schritte zu unternehmen, wie gegen alle Besetzer, die sich an die Beschlüsse der Vollversammlungen gehalten haben."
Unterschrift...

SAG und GAGAK fordern:
- Freispruch für die Angeklagten!
- Volles Demonstrations- und Besetzungsrecht!
- Schluß mit jeder Repression gegen die Anti-AKW-Bewegung und alle Oppositionellen!
- Nein zur Bundessicherheitspolizei!

Wir fordern zur Solidarität mit den Angeklagten auf:

Adresse: SAG-Sekretariat
Postfach 55o
CH 48oo Zofingen

SAG und GAGAK haben zum Preis von 3,5o DM, eine Broschüre zu den Gösgener Prozessen herausgegeben.

Schweiz-Kommission



frauen



Das alte Unrecht ist geblieben . . . Zwei Jahre „reformierter" § 218

Anläßlich des zweiten Jahrestages des Inkrafttretens des „reformierten" § 218 sahen sich viele Zeitschriften und Zeitungen genötigt, auf der Grundlage der jüngst veröffentlichten Statistik des zuständigen Bundesamtes in Wiesbaden Bilanz zu ziehen über die bisherige Praxis mit dem Paragraphen. ASF-(SPD-Frauenvereinigung)-Frauen haben auf einer Tagung hierzu ihre (meist schlechten) Erfahrungen aus den einzelnen Bundesländern zusammengetragen. Von Regierungsseite ist zusammenfassend zu hören, daß sich „die Reform des § 218 bewährt" habe („Welt", 25.8.78). Wir wollen in diesem Artikel diesen Worten etwas auf den Zahn fühlen und anhand von statistischem Material und neueren Veröffentlichungen zum Thema § 218 zeigen, wie es tatsächlich in der BRD heute aussieht, wenn eine Frau eine Abtreibung vornehmen lassen will.

Wir wollen in einem zweiten Teil dieses Artikels im nächsten AK auf die enge Verzahnung der Praxis des § 218 mit der zur Zeit in der BRD stark propagierten Bevölkerungspolitik von den „aussterbenden Deutschen" eingehen. Wird doch hier vor allem den Frauen die Schuld am sogenannten „Geburtenschwund" zugeschoben, die nicht mehr bereit sind, ihre „wahren Pflichten und Aufgaben im Haus" wahrzunehmen und nur nach Bequemlichkeit und Wohlstand streben ...

Abtreibung in der BRD — ein Kinderspiel??

Schon allein die Überschriften der Artikel von verschiedenen Zeitungen sind eindeutig: *„Terror gegen Frauen"* („konkret", Juli 78), *„alles beim alten"* („Stern", ohne Datum), und sogar die „Welt" zitiert Antje Huber als Schlagzeile *„Die Flucht nach Holland scheint vielen Frauen immer noch problemloser"* (25.8.78). In der Tat ist die Dunkelziffer der bundesdeutschen Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, sehr hoch, ganz abgesehen von der Zahl der Frauen, die nach Holland fahren:

deutschen Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, sehr hoch, ganz abgesehen von der Zahl der Frauen, die nach Holland fahren:

Von Westberlin wird z.B. angegeben, *„daß 60 % der dort dem Senat angezeigten Schwangerschaftsabbrüche dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden nicht gemeldet wurden"* („Sexualmedizin" 9/78, S. 721). Das heißt, noch nicht einmal die Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind vollständig, sondern auch auf diese veröffentlichten Zahlen kommt noch eine erhebliche Dunkelziffer von legalen Abtreibungen, die nicht gemeldet werden. Die Absoluten Zahlen der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche liegen nach offiziellen Angaben zwischen Juli 1976 und Dezember 1977 folgendermaßen:

Juli–Sept. 1976 – 3.406
Okt.–Dez. 1976 – 9.638
Jan.–März 1977 – 11.587
April–Juni 1977 – 12.743
Juli–Sept. 1977 – 13.811
Okt.–Dez. 1977 – 16.168

(Zahlen nach „Sexualmedizin" 9/78, S. 721, Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden).

Dies ergibt für 1977 eine Gesamtzahl von 54.309 legalen Abtreibungen in der Bundesrepublik im Jahr 1977. Demgegenüber steht eine Schätzung des Landesvorsitzenden der Pro Familia in Westberlin, Wolff, der angibt, daß jährlich ca. 200.000 Frauen der BRD abtreiben.

„Wolff legt seiner Schätzung die Zahl der Abtreibungen in Berlin, 'wo doch die Dinge recht liberal gehandhabt werden', zugrunde. Die Wiesbadener Statistik weise z.B. in Berlin im ersten vollen Jahr nach dem Inkrafttreten der Reform 4.511 Abtreibungen aus", tatsächlich seien *„1977 aber nahezu doppelt so viel, nämlich 8.091 Abtreibungen vorgenommen worden"* („Welt", 23.8.78). **Also sind — so schlußfolgert Wolff — auch die Gesamtzahlen der ausgewiesenen Statistik zu verdoppeln, außerdem noch die Dunkelziffer von 40.000 nicht legalen Abtreibungen und die Zahl von 60.000 Frauen, die nach Holland fahren, hinzuzurechnen — damit wäre eine realistische Zahl von 200.000 Abtreibungen im Jahr anzusetzen.**

Für einige sind derlei Angaben allerdings völlig aus der Luft gegriffen oder doch zumindestmit dem Ruch eines Verbrechens behaftet. So meint z.B. Helmut Walther, seines Zeichens Vorsitzender des Deutschen Kassenarztverbandes, zum Problem der hohen Anzahl von westdeutschen Frauen, die nach Holland zur Abtreibung fahren: „*.... daß in einem Rechtsstaat schon immer genügend Möglichkeiten vorhanden waren, sein Recht zu erhalten. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß 65.000 Frauen nach Holland fahren, um einen Eingriff vornehmen zu lassen, den sie selbst bezahlen müssen, obwohl in der Bundesrepublik mit einem Gesetz Regelungen vorliegen, die in äußerst liberaler Form die Eingriffsmöglichkeiten regeln. Mit Sicherheit muß angenommen werden, daß bei den 65.000 Frauen Eingriffe vorgenommen werden, die selbst bei unserer liberalen Gesetzesregelung als nicht legal angesehen werden müssen ..."* („Welt", 29.8.78).

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die absolute Zahl der legalen Abtreibungen durchaus gestiegen ist, so wird sie doch von den tatsächlich durchgeführten Abtreibungen einschließlich der nicht exakt faßbaren Dunkelziffer weit übertroffen. Angesichts dieser Zahlen ist es schon mehr als vermessen, wenn Gesundheitsministerin Antje Huber (SPD) davon spricht, daß der „reformierte" § 218 sich „bewährt" habe ...

Das alles ist aber wohl kein Wunder, wenn frau sich die demütigende Situation in der BRD vor Augen hält, in der sich die Frauen nach wie vor befinden, wenn sie abtreiben wollen, und zwar nicht nur im „schwarzen" Süden: Wir möchten stellvertretend für viele andere hier den Bericht einer Frau aus Hannover zitieren, die dann doch nach Holland gefahren ist. Dabei sollte man berücksichtigen, daß Hannover immerhin nicht ein Dorf im Bayrischen Wald und außerdem die Hauptstadt von Niedersachsen ist, von dem immerhin zwischen Januar und März 1977 5.494 Abbrüche gemeldet wurden, und das damit innerhalb der Bundesländer an fünfter Stelle liegt, was die Häufigkeit eines Abbruchs betrifft (nach „Sexualmedizin" 9/78, S. 725).

„Mein Gynäkologe bescheinigte mir einen 2 cm broßen Embryo in der 8. Woche und eine soziale Indikation zum Abbruch. Da ich wegen der großen Verletzungsgefahr der Gebärmutterwand und der Gefahr des Durchstoßens die Ausschabmethode mit einem scharfen Löffel ablehne, wollte ich mir selbst eine Klinik suchen, die absaugt. Gleichzeitig gab er mir das Horrorblatt zur „Aufklärung" über Abbruchskomplikationen. Was da als Aufklärung bezeichnet wird, hat lediglich die Funktion, die nicht entschlossene Frau zu verunsichern.

... Aber das Horrorblatt verfehlte seine Wirkung. Ich telefonierte mit Neustadt, wo abgesaugt werden sollte und hoffte, schnell ein Klinikbett zu bekommen. Als das Leitungsende mir jedoch mitteilte, daß für die nächsten zwei Wochen kein Bett frei sei, brach ich zusammen. Ich war inzwischen in der 9.Woche und hatte nur noch den Wunsch, von diesem 2 cm Leben befreit zu werden. Völlig unfähig zu weiteren Gedanken, machte P. den Vorschlag, mit mir nach Neustadt zu fahren, um mit dem Arzt zu reden. Zusätzlich fiel einer Frau ein, daß in Gehrden wohl auch abgesaugt wird.

Also fuhr ich erstmal mit P. nach Neustadt. Gespräch mit dem zuständigen Arzt, dessen Freundlichkeit sich rasch änderte, als er erfuhr, daß ich bereits eine telefonische Absage erhalten hatte. Plötzlich hatte die Klinik schon ihre Anzahl an Abbrüchen überschritten (seit wann gibt es da überhaupt eine Grenze ??? - Anm. d.Red.). ...

Am nächsten Tag in Gehrden war man sehr nett zu mir, aber der Herr Professor wollte eine medizinische Indikation. Meine chronische Hepatitis war zwar in dem Brief vom Gynäkologen aufgeführt, aber eben nicht als Indikation. Man versprach mir, Rücksprache wegen einer Änderung zu halten. Es werde bestimmt klappen . Froh darüber, daß mich wohl doch noch jemand aufnehmen wollte, fragte ich schon nicht mehr danach, ob dort nach dem Saugen auch noch geschabt wird. Anschliessend Sozialberatung der Arbeiterwohlfahrt. ... Auch als ich unter laufender Nummer in eine schwarze Liste eingetragen wurde, ließ ich es bei völlig unzureichenden Antworten auf meine Fragen nach dem Sinn dieses Buches beruhen, obwohl ich anschließend mitderselben Nummer(!!) einen „anonoymen" Fragebogen für die Statistik ausfüllen mußte. Einen Tag später teilte Gehrden mir mit, daß mein Hynäkologe die soziale Indikation nicht ändert, aber ich könnte mir wegen der Hepatitis vom Hausarzt doch eine medizinische ausstellen lassen. Und wenn alle Stricke reissen, sollte ich zum Nervenarzt gehen und ihm die mir aufgezwungene Notwendigkeit einer medizinischen Indikation klarmachen. Als ich damit endlich eingesehen hatte, daß ich zwar berechtigt war, einen Abbruch vornehmen zu lassen, es aber letztlich der Klinik überlassen war, ob und wann sie einen macht, ich auch nicht mehr bereit war, wegen einem formalen Scheiß noch weitere Nervereien auf mich zu nehmen, sagte ich in Gehrden ab. Meine Ohnmacht verwandelte sich am nächsten Tag in Wut um, als ich Telefongespräche mit norddeutschen Kliniken führte, und meine Fragen, ob Abbruch mit sozialer Indikation gemacht wird und mit welcher Methode, immer wieder runterleierte.

Da wäre zunächst Dr. Bach in Westberlin. Der saugt zwar ab, aber nicht auf Krankenschein, obwohl er die Genehmigung hat (!!!), aber das bringt eben nicht soviel, sondern für 300,– DM. In Salzgitter besaß der Chefarzt tatsächlich die Frechheit, mir zu sagen, daß die Methode uninteressant sei. Ich war dabei, ihn vom Gegenteil überzeugen zu wollen, brach das Gespräch dann aber ab, als ich erfuhr, daß dort ausgeschabt wird. In Bremen, links der Weser, ebenfalls. In Göttingen bekam ich gar keine Auskunft, weil kein Arzt erreichbar war und die Schwestern nicht bereit waren, mir das Geheimnis der Abbruchmethode anzuvertrauen. In Hamburg-Eppendorf (und in fast al-

Auskunft, weil kein Arzt erreichbar war und die Schwestern nicht bereit waren, mir das Geheimnis der Abbruchmethode anzuvertrauen. In Hamburg-Eppendorf (und in fast al-

len Hamburger Kliniken mit zwei Ausnahmen - Anm. d. Red.) *und in Braunschweig schließlich wird das umstrittene Forschungspräparat Prostaglandin gespritzt und anschließend ausgeschabt, d.h. die Frau hat erstmal stundenlang Wehen und wird dann noch unter Narkose ausgeschabt. Wobei sich der Arzt in Braunschweig sogar rühmte, damit die beste Methode anzuwenden. Hamburg erklärte mir das so: „Da wird etwas auf die Gebärmutter gespritzt, dann bekommen Sie Wehen, und am nächsten Tag wird ausgeschabt." ... Da ich nicht bereit war, mich diesen geschilderten Bedingungen und Möglichkeiten zu unterwerfen und ich mein „Recht auf gute medizinische Behandlung" (§ 218), nach meinen Vorstellungen absaugen ohne Narkose, nicht wahrnehmen konnte, machte ich in Holland einen Termin aus."*

Terror und Schikane gegen die Frauen

Unserer Meinung nach zeigt sich an diesem Bericht mehreres:

Zum einen ist die Stellung der Indikation doch nicht immer so leicht zu erhalten, wie sie hier geschildert wird: **„Dem jeweiligen Wunsch nach Indikationsstellung wurde von (nur) 26 % der Ärzte für Allgemeinmedizin, von (schon) 48 % der niedergelassenen Gynäkologen und von 90 % der klinisch tätigen Ärzte n i c h t entsprochen.** *Je weiter also der Arzt von der aktiven Tat des Schwangerschaftsabbruches entfernt ist, umso eher ist er geneigt, eine Indikation zu stellen. 90 % der Kliniken, die einen Abbruch selbst durchführen müssen, lehnen eine Indikationsstellung ab"* („Sexualmedizin" 9/78, S. 728, Hervorhebung von uns).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13



Zum Beispiel gibt es in dem Bezirk Mittelschwaben Ärzte, „'die mit Stolz von sich behaupten, daß weder Röteln noch Karzinom (Krebsgeschwür, Anm. AK) am Muttermund für sie ein Grund sei, einen Abbruch vorzunehmen.' In einem Fall wurde die Schwangere bestrahlt, so daß später bei dem Baby 'eine kleine haarlose Stelle' am Kopf daran erinnerte, wo die Strahlen hintrafen" (R. Rupp, SPD, im „Spiegel" 36/78).

Vom Regen in die Traufe kommen die Frauen, wenn sie den Beratungsschein haben wollen: „Die Beratung dient vorrangig dem Schutz des ungeborenen Lebens" - so die gesetzliche Vorschrift für die 53 kirchlichen und fünf (!!) nichtkirchlichen Beratungsstellen des Landes Rheinland-Pfalz! Und für den Caritas-Verband steht sowieso fest: „daß es in dieser Gesellschaft praktisch keine ernste Notlage gäbe, die eine soziale Indikation nach § 218 rechtfertigen könnte" („Spiegel" 36/78). Eine SPD-Frau hat diese Situation einmal so ausgedrückt: *„Man muß mindestens sieben Kinder haben, geschieden sein, blau geschlagen und hochverschuldet - dann ist das eine Notlagen-Indikation"* - und das im Lande Nordrhein-Westfalen. SPD-regiert (nach „Spiegel" 36/78)! Und im erzkatholischen Paderborn wird einer Frau geraten, die schon unter ihren vier Kindern ein geistig behindertes hat, *„das behinderte Kind in ein Heim zu stecken und dafür das fünfte auszutragen - vielleicht sei es ja gesund. Und einer 23jährigen Pädagogikstudentin ... (wird empfohlen), zu heiraten und beim Kind zu Hause zu bleiben, Lehrerinnen gäbe es ja genug"* („Spiegel" 36/78).

An dem vorliegenden Bericht zeigt sich darüber hinaus aber auch die völlige Willkür der Ärzte, der die Frauen hilflos ausgeliefert sind - können sie doch einfach, ohne weitere Angabe von Gründen, eine Indikation als für sie unwichtig, nicht maßgeblich, sprich nicht vorhanden ansehen, die von einem Kollegen gleichen Standes schon ausgesprochen und anerkannt wurde. Rein juristisch ist es tatsächlich legal, daß z.B. ein Chefarzt in allen medizinischen Belangen ein „Weisungsrecht" zusteht. Damit wird schon bei diesen zuerst zu überwindenden Hürden, nämlich den Bitt- und Bettelgängen zu den Ärzten, die ganze Praxis dieser „Reform" ad absurdum geführt.

Was die verschiedenen Indikationen selbst betrifft, so zeigt sich hier im Laufe der Praxis mit den „neuen" § 218 die Tendenz, daß die medizinische Indikation (bei den statistisch gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen) gleich nach Inkrafttreten des Gesetzes einen sprunghaften Anstieg auf fast das Doppelte nahm; die „Notlagen"-Indikation nahm innerhalb von sechs Monaten um das Dreifache zu. Bei beiden hat sich die Zunahme heute auf einem wesentlich geringeren Level eingependelt, deutlich ist allerdings, daß die „Notlagen"-Indikation am meisten ausgestellt wird: 1976 bei rund 45 %, 1977 bei 58 % aller gemeldeten Abbrüche (nach „Sexualmedizin" 9/78, S. 722).

Der nächste Stolperstein für die Frauen liegt dann bekannterweise in der Suche nach einer Klinik, die den Abbruch vornimmt, und das noch möglichst menschlich. Hier ist zwar nach der Statistik eine Zunahme in der Anwendung der Absaubmethode festzustellen: so ging die Kürette (Ausschabung) im I. Quartal 1977 von 51 % der Abtreibungen auf 39 % im IV. Quartal zurück, während die Absaugmethode im I. Quartal 1977 bei 40,9 % und im IV. Quartal bei 52,7 % der aufgeführten Abtreibungen zur Anwendung kam (nach „Sexualmedizin" 9/78, S. 722).

Auf der Suche nach einem Bett jedoch sind die Frauen damals wie heute vielfachen Demütigungen und Zwängen ausgesetzt. Das reicht von nervenzehrenden Sprüchen wie *„eine so hübsche Frau wie Sie, dazu noch so sportlich, kann doch ein vielleicht geschädigtes Kind spielend verkraften"* („konkret", Juli 78) oder *„viele Mütter, die er hier schon nach Hause geschickt hätte, wären ihm heute dankbar. Auch wäre ich doch kein häßliches Entlein und hätte einen Mann gefunden"* (ebenda), um letztlich den Frauen die Abtreibung doch noch auszureden, bis hin zu gleichzeitiger zwangsweiser Einsetzung einer Spirale oder Zwangssterilisation.

Einer der berüchtigsten und bekanntesten Klinikärzte, die eine Abtreibung fast immer mit einer Zwangssterilisation verbinden, ist der Chefarzt der Frauenklinik am Allgemeinen Krankenhaus Altona (Hamburg), Prof. Hans Muth. Er selbst drückt seine Unmenschlichkeit gegenüber den Frauen allerdings sehr dezent aus: *„Wir legen den Patientinnen stets nahe, Abbruch und Sterilisation in einem vorzunehmen. Wir machen das immer zusammen, wenn's geht. ... Von den Patientinnen (...) werden zwei Drittel sterilisiert."* („konkret", Juli 78). Aber Muth steht nicht allein: „Im nordrhein-westfälischen Gerresheim schockt ein Klinikarzt die Patientinnen gar mit der Forderung, sich zwecks weiterer Schwangerschaftsverhütung die Gebärmutter entfernen zu lassen" („Spiegel" 36/78)!!

Die ungewollte Sterilisation ist in Verbindung mit einer Abtreibung aber nur der allerschlimmste Ausdruck der Schikane gegen die Frauen. In Klinik und Praxis ist die Palette der zusätzlichen und unnötigen Torturen und letztlich auch der finanziellen Ausschlachtung der Not der Frauen noch viel umfangreicher: *„.... damit sich das alles rentiert, behandeln die meisten Ärzte mit Vollnarkose und erzählen den Frauen, sie könnten dies nicht über die Krankenkassen abrechnen, was völliger Unsinn ist. Nur: bei den Krankenkassen gibt's für eine Vollnarkose etwa hundert Mark, von den Frauen verlangen die Gynäkologen bis zu vierhundert"* (Gerhard Amendt von Pro Familia Bremen, in „konkret", Juli 78). Und weiter: *„In den Praxen werden die Frauen gezwungen, sich eine Spirale einsetzen zu lassen. ... Es hat schon Ärzte gegeben, die es beim Einsatz der Spirale auf bis zu 35o DM gebracht haben, weil sie sich alle möglichen Komplikationen dabei ausgedacht haben. All das verrechnen die über ihre Positionsliste bei den Krankenkassen. In Holland macht man das für fünf oder zehn Mark nebenbei."* (Ebenda).

Speziell bei der ambulanten Behandlung in den Arztpraxen treibt der Profit seine Blüten: **Honorare zwischen 400 und 700 DM z u s ä t z l i c h zum Krankenschein sind heute keine Seltenheit** (nach „Spiegel", 36/78). Und gerade berufstätige Frauen sind auf die schnellere ambulante Behandlung oft angewiesen.

Eine gängige Praxis in vielen Kliniken ist es auch, die Frauen mit strahlenden werdenden Müttern in einem Zimmer zusammenzulegen, möglichst nahe am Babyzimmer der Entbindungsstation.

Und nach wie vor sind Frauen, die in den bundesdeutschen Kliniken abtreiben, menschliche Versuchskaninchen für das geburtseinleitende Wehenmittel **Prostaglandin, ein Mittel, das durch die Frauenbewegung in den USA schon längst verboten ist!** Eine Mutter *„fand ihre Tochter ‚völlig apathisch' im Krankenbett vor, gekrümmt von den Schmerzen der acht Stunden andauernden Wehen. Amendt: ‚Nach dem Motto: wer bumst, hat gefälligst auch die Folgen zu tragen'."* („konkret", Juli 78). Gefragt, ob sie mit der Anwendung dieses Mittels einverstanden sind, werden diese Frauen natürlich nicht. Und in den „Informationen der Pro Familia", Juli 78, ist über dieses Teufelszeug zu lesen, daß es „im Verdacht (steht), an der gefürchteten Metastasenbildung (von einem Herd ausgehende Streuung, d.Red.) bösartiger Tumoren beteiligt zu sein. Gewebsproben aus Mammakarzinomen (Brustkrebs, d.Red.) so berichtet der Londoner Chirurg Dr. A. Bennett, **enthalten bis zu 42fach höhere Prostaglandinkonzentrationen als gesundes Brustgewebe."** Und dieses Mittel wird heute tagtäglich und zigtausendfach an den Frauen noch ausprobiert!!!

Bekannt für Schikanen gegen Frauen nicht nur bei der Indikationengebung und Bettensuche, sondern in der Handhabung des gesamten „reformierten" § 218 sind Bundesländer wie Baden-Württemberg oder speziell Bayern. *„Gemeinsam mit Baden-Württemberg weigert sich Bayern, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die es ermöglichen, genügend Betten für legale Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung zu stellen. ... In Bayern darf bis heute eine Schwangerschaft ausschließlich in Krankenhäusern abgebrochen werden. ... 36 % der Frauen, die ein Indikationsattest der Gesundheitsbehörde erhalten haben, (müssen) bis zu zwei Wochen auf den Eingriff warten. 15 % sogar noch länger. ... Unmittelbar bevor er sich in die Ferien begab, lehnte der bayerische Landtag mit den Stimmen der CSU den Gesetzesantrag* (der SPD, Anm. AK) *ab, mit dem das Monopol der Kliniken gebrochen werden sollte."* („Stern", 3.8.78).

Selbst in dem angeblich so liberalen Hamburg fanden bei einer Umfrage an einer Frauenklinik 56 % der Befragten erst nach der 10. Schwangerschaftswoche ein Klinikbett (nach „Stern", 30.3.78)!!

Im Klartext heißt das, daß die in anderen Bundesländern oft ausgeübte Praxis, Abtreibungen auch in Arztpraxen vornehmen lassen zu können, in Bayern schlichtweg unmöglich ist! Darüber hinaus sind in einigen Kliniken in Süddeutschland g e n e r e l l Schwangerschaftsabbrüche nach der „sozialen" Indikation v e r b o t e n. Auch in dem etwas weiter nördlich gelegenen Rheinland-Pfalz ist es nicht viel besser: *„Nach Angaben des DGB gibt es in Rheinland-Pfalz nur eine einzige Klinik, in der Schwangerschaften bei der sozialen Indikation unterbrochen werden"* („FR", 9.9.78). Es gibt in diesem Sinne eine ganze Reihe von Kreistagsbeschlüssen (zehn in Bayern und sechs in Baden-Württemberg), die es den ihnen unterstellten Kliniken untersagen, Frauen mit diesen Indikationen aufzunehmen! Diese Beschlüsse sind streng juristisch gesehen ungesetzlich, da *„sonst Entscheidungen, die der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers unterliegen, im Bereich der Gebietskörperschaften außer Kraft gesetzt werden"* („Sexualmedizin", 9/78, S. 731).

Gerade an der hier aufgezeigten Praxis der Handhabung des „reformierten" § 218 wird deutlich, daß es heute wirklich nicht die wesentliche Frage ist, ob dieses Gesetz nach Indikationen oder nach einer Frist die Abtreibung gestattet. Selbst bei einer Fristenregelung hätten wir es hier mit ähnlichen Schikanen und Drangsalierungen gegen die Frauen zu tun. Deshalb ist unsere Forderung noch entschiedener:

FÜR DIE VÖLLIGE LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG!
WEG MIT DEM § 218!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauenfestival in Amsterdam

vrouwenfestival

INTERNATIONALES FRAUENFESTIVAL IM MELKWEG
VOM 20. BIS ZUM 24. SEPTEMBER 1978.

Mit einigen Frauen aus Bremerhaven besuchten wir für drei Tage das Internationale Frauenfestival, das vom 20. bis 24. September unter dem Schwerpunkt „Frauenkultur" in Amsterdam stattfand.

Eingeladen hatten dazu die „Melkweg"-Frauen, eine Frauengruppe des Kultur- und Jugendtreffs „Melkweg" in Amsterdam. In ihrer Einladung schrieben die „Melkweg"-Frauen: *„Das Festival soll zeigen, was Frauen machen und es soll die Möglichkeit geben, den Feminismus und die internationale Frauenbewegung kennenzulernen. Vor allem in Kunst und Medien ist die Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen sehr deutlich! Meistens haben die Männer die schöpfende, komponierende und die Frauen die ausführende, assistierende Funktion. Die Vereinigung aller Funktionen in diesem Festival bedeutet, daß wir uns selbst und unsere Möglichkeiten entdecken können"*.

Wir waren überrascht über das große Interesse, das das Festival in der Frauenbewegung fand. Jeden Abend waren 1.600 Frauen und mehr aus den Niederlanden, Italien, Frankreich, England, Belgien und der BRD anwesend. Sehr stark war nach Aussagen einer Frau aus der „Melkweg"-Gruppe die Beteiligung aus der BRD.

Es fiel uns schwer – auch aufgrund von Sprachschwierigkeiten – einen Überblick über das breite Kulturangebot zu bekommen. Jeden Abend wurden neben einem reichhaltigen Filmprogramm (Filme von Frauen und für Frauen zu allen Themen) Theater, Kabarett, Jazz, Pop, Musik-Theatershow, Media-Show und am frühen Abend verschiedene Workshops angeboten.

Wir möchten kurz zwei Beiträge schildern, die uns gefallen haben und sehr starken Anklang bei allen Frauen fanden: „Gay Sweatshop", ein professionelles Theater lesbischer Frauen aus England mit ihrem Stück „Was zum Teufel macht sie hier?". Ihr Theaterstück repräsentiert das Leben und die Erfahrungen der Spielerinnen; die Diktatur der Normalität – die ganze Problematik der Homosexualität – die Angst vor der Umwelt – das Verstecken und auch die Probleme in ihren eigenen Beziehungen, geprägt durch die Umwelt, wie Eifersucht, Besitzanspruch. Das Stück propagiert den gemeinsamen Kampf aller homosexuellen Männer und Frauen. Der Schlußrefrain „Steh' auf und zähl dich dazu" wurde von den Frauen mit Begeisterung aufgenommen.

„Muriel", eine professionelle Solo-Kabarettistin aus New York, arbeitete in ihrer Solo-Show mit viel Improvisation in ausgezeichneter schauspielerischer Leistung Erfahrungen aus ihrer Erziehung und Beziehungen zu Männern – die allgemeine Erfahrungen sind – heraus. Ihr Bekenntnis „Mein Freund ist eine Frau" fand stürmischen Beifall.

Wir haben diese Beiträge verstanden als Kampfansage gegen die „Diktatur der Normalität", als Aufforderung zum organisierten Kampf; das hat uns gefallen.

In einem sogenannten Markt-Raum hatten während des gesamten Festivals alle Gruppen die Möglichkeit, über ihre Arbeit zu informieren. Neben Kultur-Gruppen fand man hier im Wesentlichen die verschiedensten niederländischen Frauen-Aktonsgruppen, die über ihre Arbeit zu Themen wie: berufstätige Frauen, Frauenarbeitslosigkeit, Abtreibung, Verhütungsmittel u.a. informierten. Hier bot sich auch die Möglichkeit zu Gesprächen mit einzelnen Frauen. Insgesamt war dies nämlich ein Problem, das wir und auch viele andere Frauen hatten. Es bot sich während des Festivals kaum die Möglichkeit für die Frauen, sich selbst einzubringen, Diskussionen mit anderen Frauen zu haben und Erfahrungen auszutauschen. Zwar sagte uns eine der „Melkweg"-Frauen, daß sie da ganz offen seien, daß Frauen, die den Wunsch nach Diskussion hätten, dies jederzeit im Rahmen des Festivals machen könnten; uns schien es jedoch ziemlich unmöglich aufgrund der großen Anzahl der Frauen, der Sprachprobleme und des sehr kompakten Abendprogramms daß sich so etwas spontan entwickeln könnte. Wir hätten uns gewünscht, daß z.B. nachmittags organisierte Diskussionen zu zentralen Themen angeboten worden wären, sahen uns aber nicht in der Lage, das selbst in die Hand zu nehmen.

Insgesamt hat das Festival trotzdem unser Bewußtsein gestärkt, was Frauen – gerade auch auf dem Kultursektor – leisten können und auch bereits heute tun!

Wir Bremerhavener Frauen haben diese Tage in Amsterdam zu vielen gemeinsamen Gesprächen genutzt, und haben beschlossen, in Zukunft öfter gemeinsame Wochenenden mit Frauen zu organisieren, wo wir unsere Freizeit gestalten und an für uns wichtigen Fragen arbeiten können.

Genossinnen der
KB-Gruppe Bremerhaven



Die Organisatorinnen des Festivals – die Melkweg-Frauen



Kinder



Die Sexualität der Kinder muß die Sache der Kinder sein!

In den beiden letzten Ausgaben des AK sind einige kritische Leserbriefe zum Artikel „Wüstlingshatz gegen Kinderschutz" (AK 134) abgedruckt worden. Vorgeworfen wird dem Artikel, er würde selbst „Wüstlingshatz" betreiben, die kindliche Sexualität leugnen oder zumindest eine kinderfeindliche Haltung dazu einnehmen. Sehr wortreich wird demgegenüber die Behauptung aufgestellt, sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern seien für die Kinder nicht von Schaden, ja sie könnten sogar einen Beitrag zur „Befreiung der Sexualität des Kindes" leisten.

Wir halten diese Kritiken für reichlich kinderfeindlich. Nicht nur deswegen, weil in ihnen das real vorhandene Problem des sexuellen Mißbrauchs an Kindern kühl und zynisch heruntergespielt wird (worauf Kt. in den betreffenden AKs schon eingegangen ist). Sondern darüber hinaus auch deswegen, weil dort vom Standpunkt des Erwachsenen geschrieben wird, der meint, einem Kind — theoretisch oder praktisch — den „richtigen Umgang" mit seiner Sexualität lehren zu können. Vergessen wird dabei schlichtweg die wesentliche Seite: **Wie sieht die Sexualität von Kindern aus und wie wird sie in dieser Gesellschaft behandelt? Mit einigen Antworten auf diese Frage wollen wir die Debatte fortsetzen.**

Kinder haben eine eigene Sexualität!

Diese Tatsache kann niemand leugnen, der einmal über längere Zeit mit einem Kind zu tun gehabt hat. Sexualität bei Kindern unterscheidet sich allerdings um einiges von dem, was Erwachsene gemeinhein für Sexualität halten und als solche praktizieren.

wachsene gemeinhein für Sexualität halten und als solche praktizieren.

Sie beginnt unmittelbar nach der Geburt und umfaßt zunächst das Kennenlernen des eigenen Körpers, die Erfahrung, daß das Spaß macht und daß man diesem Spaß ausdruck verleihen kann: *„Bereits in der dritten Lebenswoche sind bei dem ausschließlich mit der Brust ernährten Jungen neben dem ‚Hungersaugen' Ansätze zu einem ganz anderen ‚lustvollen', mit einem besonderen Grunzen begleiteten Saugen zu beobachten, so wenn er am Finger lutscht, oder wenn er bei der Stuhlentleerung hartnäckig und gierig an seiner Faust saugt... Ganz deutlich werden die Unterschiede ab der sechsten Woche: Vor den Mahlzeiten werden die Finger unruhig und mit ungewöhnlicher Gier gelutscht — nach dem Essen wird zwar eifrig am Finger gesaugt, aber der Junge liegt jetzt fast unbeweglich, die Augen weit offen, und er läßt das charakteristische ‚Vergnügungsgrunzen' hören"* (Wera Schmidt im Bericht über ihr „antiautoritäres" Erziehungsexperiment in der UdSSR Anfang der 20er Jahre, zit. nach: „Zeig mal", S. 8). Sicherlich ist es bei Mädchen nicht anders.

Auch wenn sich — dem Aufbau des menschlichen Körpers entsprechend — die Geschlechtsorgane zum Mittelpunkt des sexuellen Interesses entwickeln, zeigt sich bei Kindern ein sehr großer Einfallsreichtum bei der „Bearbeitung" der Genitalien:

„Die üblichste Form früher Onanie bei Mädchen scheint das Spielen mit den Fingern an der Klitoris ... zu sein. Die zweithäufigste Form war die, daß das Kind bäuchlings, die Knie etwas angezogen, im Bett lag, mit dem Gesäß rhythmische Bewegungen ausführte und dadurch in einen ... Spannungszustand geriet... In vielen Fällen wurden die Genitalien an einem Spielzeug, dem Bett, der Decke oder irgendeinem anderen Gegenstand gerieben, auf dem das Kind bäuchlings lag" (Kinsey, Das sexuelle Verhalten der Frau, S. 107 f.).

Diese und ähnliche Beschäftigung mit dem eigenen Körper stellt den wesentlichen Teil von Sexualität bei Kindern dar. So ergab der Kinsex-Report Mitte der 50er Jahre: *„Von 689 Frauen unserer Auslese, die schon vor der Pubertät Orgasmus gehabt hatten* (bzw. dies Kinsey gegenüber angaben, Anm. der Verf.) *hatten 86 Prozent ihre erste Erfahrung beim Onanieren, etwa 7 Prozent in Kontakten mit anderen Mädchen, 2 Prozent im Liebesspiel, 1 Prozent beim Koitus mit Knaben oder Männern gewonnen"* (Kinsey, Das sexuelle Verhalten der Frau, S. 107).

Hier liegt sicherlich die wesentliche Unterscheidung zwischen der Sexualität von Kindern und Erwachsenen. Bei Großen ist Sexualität in der Regel Sexualität mit einem Partner, bei Kindern Sexualität durch Beschäftigung mit dem eigenen Körper — was (wieder nach Kinsey) aber nicht weniger Spaß macht: *„Der Orgasmus wurde bei Knaben jeder Altersstufe von fünf Monaten bis zur Pubertät beobachtet. Wir haben einen Bericht über ein vier Monate altes weibliches Kleinkind, das Orgasmus hatte. Der Orgasmus bei einem Kleinkind oder sonst einem jungen männlichen Individuum entspricht bis auf das Ausbleiben der Ejakulation* (Ausstoßen des Samens, Anm. d. Verf.) *in erstaunlicher Weise dem Orgasmus eines älteren Erwachsenen völlig"* (Kinsey, Das sexuelle Verhalten des Mannes, S. 155).

Sexualität von Kinder ist also anders als Sexualität bei Erwachsenen — sie ist aber für die Kinder genauso wichtig, wenn nicht wichtiger. Die Erfahrungen, die ein Kind beim Umgang mit seinem Körper macht, sind entscheidend für die Entwicklung des Selbstbewußtseins: Findet es seinen Körper schön? Lehnt es den Körper ab? Genauso ist Sexualität ein Gebiet, auf dem Kinder unheimlich viel Kreativität entwickeln — sofern man sie läßt. Selbstbewußtsein und Kreativität sind wiederum Eigenschaften, die sehr entscheidend für die Haltung gegenüber der Umwelt, gegenüber der Gesellschaft sind. Und andersherum bietet sich die Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität von Kindern als Mittel zur Einengung dieser Eigenschaften und zum Zurechtstutzen von Kindern an. Entsprechend hat sich die bürgerliche Erziehung zur Sexualität von Kindern verhalten und verhält sich heute noch.

Bürgerliche „Erziehung": Früher leugnen, heute lenken

Fast 200 Jahre lang (bis in die 60er Jahre) hat die bürgerliche Gesellschaft die Sexualität von Kindern schlichtweg geleugnet und entsprechend waren die Methoden der Erziehung: Schweigen und brutale Unterdrükkung!

Diese Haltung stand im Einklang mit der bis in die Mitte dieses Jahrhunderts gültigen bürgerlichen Sexualmoral: Sexualität ist ausschließlich das, was sich in der Ehe zum Zweck der Fortpflanzung (und Befriedigung des Mannes, sofern es sich in Grenzen hielt) abspielte. Diese diskriminierende Sexualmoral traf besonders nicht nur Kinder, sondern auch die Sexualität alter Menschen, Nichtverheirateter usw. Für die Bourgeoisie und ihre treuesten Diener gab es die Doppelmoral: Salbungsvoller Einsatz für die Unterdrückung der Sexualität der Beherrschten einerseits — und andererseits die Möglichkeit, sich in Puffs, durch Vergewaltigung von Dienstmädchen oder Chorknaben usw. zu unterhalten. Funktionieren konnte die strikt repressive Sexualmoral, solange sexuelles Verhalten in die Abgeschlossenheit von Zweierbeziehungen (Ehe) verbannt werden konnte, über die man den Schleier des „Darüber spricht-man-nicht" legte. In dem Maße, in dem „gesellschaftliches Leben" als Markt erschlossen wurde, d.h. Filmindustrie, Fernsehen, Werbung etc. sich entwickelten, wurde Sexualität zu einem Thema „öffentlichen Interesses", das sich, als etwas, was so ziemlich jeden Menschen packt, zur Vermarktung geradezu anbot — was zaghaft in den 50er Jahren begann und mit den „Sexwellen" Ende der 60er Jahre einen rasanten Aufschwung nahm.

Verbunden damit wurde ein entscheidender Schlag gegen den Zwangs-Zusammenhang von Sexualität und Fortpflanzung durch die Massen-Fabrikation der Anti-Baby-Pille geführt.

Entsprechend änderte sich die Sexualmoral: Fortpflanzung in der Ehe als Perspektive — aber davor und daneben wurde sexuelle Praxis, soweit sie heterosexuell war, erlaubt.

Dies zog auch eine veränderte Haltung zur „Sexualerziehung" von Kindern und Jugendlichen nach sich. Diese wurden mit Sexualität und deren Vermarktung stärker konfrontiert, die gegen „voreheliche" Kontakte aufgebaute Barriere wurde niedriger.

Einerseits wirft eine Generation, die „unaufgeklärt" trotzdem Sexualität betreibt, massive Probleme auf (nichteheliche Kinder minderjähriger Mütter, psychische Schädigung in Form von Schuldgefühlen etc.). Andererseits mußten Kinder und Jugendliche jetzt, wo Sexualität nicht mehr verschwiegen wurde, in die gewandelte bürgerliche Sexualmoral eingeübt werden. Und zum Dritten: Die Jugendlichen forderten selbst Klarheit. Die antiautoritäre Bewegung Ende der 60er Jahre stellte Information über Sexualität und auch sexuelle Praxis ziemlich weit nach oben. Die Jugendlichen waren massenhaft sauer, daß ihnen die Sache, die so viel Spaß machen kann, durch ihre bisherige Erziehung vermiest wurde. Nicht umsonst erreichte Wilhelm Reich mit seinen Schriften über Sexualität Auflagen, die er 1930 wohl nicht für möglich gehalten hatte.

Staatliche „Sexualerziehung"

Diesen Umständen Rechnung tragend, verordneten in der BRD 1968 die Kultusminister den Schülern „Sexualerziehung". Dabei war ihre oberste Sorge, daß die Kirche im Dorf und die Sexualität im Ehebett bleibt. Der Unterricht sollte — so die Vorrede zu den neuen Richtlinien — *„dazu beitragen, daß die jungen Menschen ihre Aufgabe als Mann oder Frau erkennen, ihr Wertempfinden und Gewissen entwikkeln und die Notwendigkeit der sittlichen Entscheidung einsehen"* (zit. nach „Spiegel" 9/78).

Um dieses Lernziel zu erreichen, sollten im Unterricht diejenigen Informationen gegeben werden, die notwendig sind, um später Kinder zu zeugen, auf sexistische Werbung anzusprechen und sich vorher halbwegs vorsichtig zu verhalten. Als erstes soll den Kindern — bis zum Ende des ersten Schuljahres — der Unterschied der Geschlechter beigebracht werden und die *„Tatsache der Mutterschaft"*. Bis zur sechsten Klasse folgen dann: biologische Fakten menschlicher Fortpflanzung, Pubertät, Menstruation, Pollution (Samenergüsse) — und immer wieder die von „Wüstlingen" drohende Gefahr. Bis zum Ende der Schulzeit stehen dann auf dem Plan: „vorehelicher Geschlechtsverkehr", Ehe und Familie, „abweichendes Sexualverhalten" (Homosexualität), Abtreibung, Vergewaltigung, Geschlechtskrankheiten und „Triebverbrechen". Der prüde Faden, der dieses Programm durchziet, ist sehr deutlich: soviel Information wie nötig, um mit der eigenen Sexualität halbwegs fertig zu werden — und viel Indoktrination für Fortpflanzung, Ehe, Familie und gegen alles, was „außerehelichen" Spaß macht.

Wie sich die Kultusminister das im einzelnen vorstellen, machte der „Sexualkundeatlas" klar, der 1969 von der „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung" im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums herausgegeben wurde und an den Schulen unter die Schüler gebracht wurde. Ganze 32 Zeilen (von 48 Seiten) lassen anklingen, daß Sexualität auch dazu da ist, Spaß zu machen: *„Die geschlechtliche Vereinigung von Mann und Frau"*. Andere Formen sexueller Betätigung werden überhaupt nicht erwähnt, insbesondere nicht solche, die im Leben der Schüler eine Rolle spielen, wie Masturbation, Petting etc. Dafür sind 47 Seiten und 122 Zeilen gefüllt mit allerlei buntbebilderten „biologischen Tatsachen". „Sexfront" von Günther Amendt schreibt dazu: *„Wo es um Lust geht, hat die ausführliche Darstellung biologischer Grundlagen und chemischer Vorgänge eine Ablenkungsaufgabe. Nicht umsonst sind die traditionellen Sexualaufklärungsbücher mit solchen Informationen geradezu überschwemmt. Die naturwissenschaftliche Sachlichkeit, mit der da aufgeklärt wird, hat keine andere Aufgabe, als Unsachlichkeit und Vorurteile gegenüber sexuellen Lustmöglichkeiten zu verschleiern"* („Sexfront", S. 19).

Mit diesen „traditionellen Büchern" wird bis heute „Sexualkunde" betrieben. Menschenwürdige Bücher wie „Zu Zweit", „Sexfront", „Sexualinformation für Jugendliche" usw. sind an den Schulen tabu.

Trotzdem wurde von fortschrittlichen Lehrern der Sexualkundeunterricht durchaus genutzt, den Kindern Nützliches zum Umgang mit ihrer Sexualität zu vermitteln, was bald zu Disziplinierungen führte. Schon Anfang 1972, also kurz nach bundesweiter Einführung der Berufsverbote, flog in Niedersachsen ein Lehrer aus dem Schuldienst, der ein Arbeitspapier u.a. mit folgendem Inhalt im Unterricht verbreitet hatte: *„Wenn wir nicht mehr zusammenleben wollen, zieht einer von uns aus der Wohngemeinschaft aus, und jeder sucht sich dann einen neuen Freund... Wir ficken zwar oft miteinander, wie es uns Spaß macht, aber meine Freundin nimmt die Pille ... Wenn einer von uns mit einem anderen ficken will, dann tut er das. Wir tun das beide und fühlen uns wohl dabei"*.

Mit Hinblick auf die nach dem ersten Aufschwung der „Sexualkunde" einsetzende engere Beschränkung der Unterrichtsmöglichkeiten wurden zugelassene Bücher „entschärft": *„Um in Bayern Fuß zu fassen, entschlossen sich die Braunschweiger* (Westermann-Verleger), *Garms ‚Lebendige Welt, Biologie I'* (ab fünftem Schuljahr) *für die süddeutschen Bundesländer abzuschwächen. Zum Opfer fiel ein gezeichneter Koitus mit einem Längsschnitt vom Eindringen des männlichen Gliedes in die Scheide der Frau. Von elf Paarungsbildern verschiedener Tierarten blieben nur drei: selbst diese Ausgabe wurde südlich des*

Von elf Paarungsbildern verschiedener Tierarten blieben nur drei: selbst diese Ausgabe wurde südlich des

Mains nicht genehmigt" („Spiegel", 9/78). In engem Rahmen gehalten wird die „Sexualerziehung" durch weitere Fußangeln:

— Die Lehrpläne enthalten keine vorgeschriebene Stundenzahl — und so fällt das Thema bisweilen ganz weg. 1975 ermittelte die GEW in Hamburg, daß trotz Lehrplanrichtlinien nur jeder zweite Hamburger Schüler sexualkundlichen Unterricht hat.

— Die Möglichkeit, sich für einen sexualkundlichen Unterricht ausbilden zu lassen, besteht in der Lehrerausbildung nur in geringem Umfang.

Kinder unter dem Druck der Reaktion

Neben der staatlichen Indoktrination für die gegenwärtig herrschende Sexualmoral sind Kinder und Jugendliche dem zunehmenden Druck der Verfechter einer weit schärferen Sexualunterdrückung ausgesetzt. Diese Kräfte sammeln sich unter dem Hilferuf: „Linksradikale Lehrer erziehen unsere Kinder durch ‚Freie Liebe' zu Terroristen!" und pochen auf ihr Elternrecht. Vorreiter sind dabei selbstverständlich CDU-Politiker:

— Der Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Dieter Hauke versuchte, den Sexualkundeunterricht durch das Bundesverfassungsgericht für „verfassungswidrig" erklären zu lassen. (Bei solchen Klagen berufen sich die Reaktionäre immer auf das grundgesetzlich abgesicherte Elternrecht, demzufolge die Erziehung der Kinder zu allererst Recht und Pflicht der Eltern ist). Die Klage wurde abgewiesen.

— In Hamburg versuchte die CDU, die Vorführung des Klecks-Theaters mit „Was heißt hier Liebe" vor Schülerinnen und Schülern zu verhindern, in Frankfrut erging es dem Theater am Turm mit „Darüber spricht man nicht" nicht anders. Der CDU-Vorsitzende von Langenselbold (nahe Frankfurt) geiferte über Lehrer, die mit Schülern das TAT-Stück besucht hatten: *„Man sollte Lüstlinge, die mit den ihnen anvertrauten Kindern solcherart Schindluder treiben, in eine Fabrik versetzen und sie von morgens bis abends hart arbeiten lassen. Sie*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 15

kämen dann sicher auf ganz andere Gedanken" („ran", 1/78).

Begleitet werden solche Angriffe seit Jahren von einigen kleineren Grüppchen, die auf den ersten Blick völlig bescheuert wirken. Am bekanntesten davon ist wohl der „Freundeskreis Maria Goretti", dessen Anhänger zeitweise mit Gebeten vorm bayerischen Kultusministerium gegen „sozialistisch-neuheidnische Sexual‚erziehung' " protestierten. Mit Zahlen über schwindelerregend steigende Abtreibungsraten, Schwangerschaften und „Homosexualitätsdelikte" malen sie den totalen „Untergang des Abendlandes" durch die Sexualerziehung an die Wand. Objektiv dienen diese Grüppchen dazu, mit ihrer extremen Propaganda den CDU-Kampagnen vergleichsweise den Hauch des „Gemäßigten" zu verleihen.

Die Probleme von Kindern und Jugendlichen bleiben

Kinder und Jugendliche erhalten also in der BRD, sofern sie nicht unter dem Druck reaktionärer Eltern stehen und entsprechend noch mieser dran sind, eine Sexualerziehung, die wie jede andere bürgerliche Erziehung Fähigkeiten, Fertigkeiten und Ideologie vermittelt, die der Mensch im Kapitalismus besitzen soll. Abfallprodukt ist dabei, daß ihnen einige der unsinnigsten Ängste genommen werden. Aber Probleme bleiben genug:

1. Die Beschäftigung mit dem eigenen Körper — wie oben gezeigt von besonderer Wichtigkeit für die Entwicklung von Selbstbewußtsein und Kreativität! — wird höchstens toleriert. In der Regel wird den Kindern vermittelt, sie betrieben eine weniger „wertvolle" Sexualität — weil anders als Erwachsene — und hätten entsprechend noch viel zu lernen. Und dieses Lernen läuft auf ein späteres „partnerschaftliches Sexualleben" mit schreienden Ergebnissen hinaus. Die notwendige Förderung seiner Sexualität erfährt ein Kind in den wenigsten Fällen.
2. Früher verbreitete Greuelmärchen („Onanie führt zu Rückenmarksschwindsucht") sind zwar aufgegeben worden. Den veränderten Realitäten angepaßt entstanden jedoch neue. So z.B. ein britisches Ärzteteam zur Entstehung von Gebärmutterkrebs: *„Das ist eine Folge von zu frühem und zu häufigen Sex mit zu vielen Partnern"* („Morgenpost", 19.8.77).
3. Wird schon sexuelle Betätigung am eigenen Körper bei Kindern erschwert, ist die Diskriminierung sexueller Kontakte von Kindern untereinander noch erheblich stärker. So ist es nach Aussagen von Erziehern in manchen Hamburger städtischen Kindergärten nicht erlaubt, „Höhlen" zu bauen, weil die Kleinen sich dort ja verkriechen könnten und dann... Andernorts sieht die Diskriminierung nicht geringer aus, für „Doktorspiele" oder gar den Vergleich des eigenen Schwanzes mit dem des Freundes, verkriecht kind sich am besten an einen möglichst sicheren Ort, um vor Repressionen sicher zu sein. Eltern mit „offenem Ohr" für die Sexualität ihrer Kinder sind sicherlich so weit „aufgeklärt", daß sie durchaus akzeptieren, wenn ihr Kind abends im Bett (!) sich selbst und seine Bettdecke befriedigt. Aber selbst solche Eltern schlagen häufig die Hände über den Kopf zusammen, wenn sich ihre Kinder am Wettbewerb „Jugend forscht" (an einem anderen Körper) beteiligen, erst recht, wenn es sich um Kinder gleichen Geschlechtes handelt, weil das „ja zur Homosexualität führen kann".
4. Im Gegensatz zu Kindern wird von Jugendlichen quasi erwartet, die Beschäftigung mit dem eigenen Körper zurückstellen und sich auf die Eroberung von Partnern zu konzentrieren. Den Startschuß, den sie dafür geben, nennen die Erwachsenen Pubertät. Nach jahrelanger Indoktrination für die „partnerschaftliche" Mann-liegt-auf-Frau-Sexualität dürfen sie jetzt zeigen, was sie gelernt haben. Andererseits sind gerade Jugendliche der massiven Verarbeitung von Sexualität in den Medien ausgesetzt, was sich in hohen Ansprüchen an die eigene sexuelle „Leistung" niederschlägt. So sind mittlerweile sexuelle Schwierigkeiten, insbesondere Mißerfolge bei der Partnersuche, zur zweithäufigsten Selbstmordursache bei Jugendlichen geworden. Mädchen sind betroffen vom bescheuerten weiblichen Schönheitsideal der Bourgeoisie, dem sie nachhungern (im engsten Sinne des Wortes).
5. Die Mädchenfrage. Die gesamte sexuelle Propaganda, die rollenspezifische bürgerliche „Sexualerziehung" vermitteln den Jugendlichen, daß die „Unterwürfigkeit" der Frau in der Sexualität irgendetwas „natürliches" sei, und sie versuchen, die Mädchen auf das Leben als (mehr oder weniger) Sexualobjekt vorzubereiten. Selbst fortschrittliche Sexualkundebücher propagieren z.B. noch das Schwanzficken als höchste Stufe der Sexualität — ohne zu erwähnen, daß das nicht unbedingt den Interessen der Mädchen/Frauen entsprechen muß.

6. Wenn es dann tatsächlich ans Ficken geht, wird von den Jugendlichen gebremster Schaum erwartet. Die Suche nach einer ruhigen Möglichkeit für diese Form der Sexualität gestaltet sich im Regelfall noch schwierig, zumal das sonst gängige Verhütungsmittel Anti-Baby-Pille seltener verschrieben wird und andere, unschädliche Mittel nicht entwickelt worden sind. **In den letzten Jahren ist offenbar sogar das Ausmaß sexueller Kontakte bei Jugendlichen geringer geworden.**

Aus einer Umfrage unter über 22.000 Jugendlichen ergab sich, daß der erste heterosexuelle Geschlechtsverkehr später liegt als bei den Jugendlichen vor neun Jahren, also auf der Höhe der APO. Weiter wurde ermittelt, wieviel Jugendliche in welchem Alter heterosexuellen Geschlechtsverkehr (Koitus = K.) oder nur „Petting" (= P.) betreiben (d.h. intensive Beschäftigung mit dem Körper des Partners ohne Koitus).

	K:	P:
12jährige Jungen	1,8 %	5,9 %
12jährige Mädchen	1,9 %	4,3 %
13jährige Jungen	2,6 %	9,7 %
13jährige Mädchen	2,0 %	9,2 %
14jährige Jungen	3,1 %	13,4 %
14jährige Mädchen	4,8 %	21,4 %
15jährige Jungen	5,8 %	19,7 %
15jährige Mädchen	12,0 %	36,3 %
16jährige Jungen	12,5 %	34,3 %
16jährige Mädchen	28,5 %	52,6 %

(„Hamburger Morgenpost", 7.9.78).

Es liegt uns fern, „Petting" als minderwertige Form der Sexualität abzutun. Aber angesichts der herrschenden, auf die Kinder und Jugendlichen einwirkenden Propaganda, „wahre" Sexualität sei eben nur das Ficken, zeigen diese Zahlen, daß Jugendliche massiv mit der davor liegenden Barriere mangelnder Möglichkeiten, mangelnden Mutes und Selbstbewußtseins und fehlender Sicherheit kämpfen müssen.

Diese Probleme können natürlich im staatlich verordneten „Sexualkundeunterricht" ihren Niederschlag nicht finden, denn ihre Bewältigung würde ja bedeuten, ein Druckmittel aus der Hand zu geben, das Kinder und Jugendliche unter Streß setzt und anpaßt.

Das hält allerdings die bürgerliche Presse — abgebrüht wie sie ist — genausowenig wie die Sexindustrie (s. AK 134) nicht ab, ihrerseits, die „sexuell verruchte" westdeutsche Jugend in ihren Spalten zu vermarkten.

Bekannt sind frei erfundene Aufgeil-stories über Teenager, die sich durch Sex ihr Taschengeld aufbessern. Oder in der Serie „Thema Nummer 1": *„Jugend von heute: Keine Scheu vor Sex", „Die Mutter besorgte sogar die Pille", „Auch Elfjährige sind schon aktiv", „Ich wollte nicht länger warten, ich wollte es einfach hinter mich bringen und suchte mir irgendeinen Jungen"* („Bild", 14.1.78).

Für eine fortschrittliche „Sexualerziehung"

Die bisher gegebenen Antworten auf die Fragen „Wie sieht die Sexualität von Kindern aus und wie wird sie in dieser Gesellschaft behandelt?" sollen vorerst genügen als Basis für die Fortsetzung der Debatte um das Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen in Sachen Sexualität (und nicht nur da). Unserer Meinung nach ergibt sich folgendes:

1. Wir müssen das eben auch bei Erwachsenen, die an einer linken Kindererziehung interessiert sind, im Kopf und Genital steckende Vorurteil, Sexualität von Kindern sei „weniger entwickelt" als Sexualität von Erwachsenen, bekämpfen. Das macht den Weg frei zu begreifen, daß Sexualität für Kinder genauso wichtig ist wie für uns. Nur wer das halbwegs begriffen hat, wird darauf achten, Kindern jede Möglichkeit zu geben, ihre Sexualität zu entwickeln. Unter dem Dogma der Minderwertigkeit des sexuellen Umgangs mit dem eigenen Körper leiden letztendlich nicht nur die Kinder, sondern auch die Erwachsenen, die schon um ihre „sexuelle Potenz" fürchten, wenn sie sich mal selbst befriedigen (obwohl das seeehr befriedigend sein kann). Es ist doch schlichtweg verrückt und sexualfeindlich, daß einerseits den Kindern die partnerschaftliche Sexualität tabuisiert wird und andererseits den Erwachsenen die Sexualität mit dem eigenen Körper!

2. Wir müssen den größenwahnsinnigen Anspruch aufgeben, unsere Kinder zur Sexualität zu „erziehen". *„Kann man überhaupt ‚Sexualerziehung' machen? Wenn Sexualität genauso eine menschliche Äußerungsform ist wie Essen und Trinken, wohl kaum. Denn betreiben wir ‚Es- und Trinkerziehung'? Wenn Erwachsene ‚Sexualerziehung' betreiben, wollen sie den Kindern beibringen, was sie sich unter Sexualität vorstellen. Nur: Unsere Kinder haben ihre eigene Sexualität und äußern sie tagtäglich — dazu braucht man sie nicht zu ‚erziehen'. Was unsere Kinder (wie so mancher Erwachsene) noch nicht bringen, ist es, sich in der Sexualität solidarisch zu verhalten, nicht auf den Unsinn der Rollenverteilung hereinzufallen"* („Kinderhaus-Nachrichten" Nr. 12). Dieser Beitrag des Kinderhauses Heinrichstraße (Hamburg) gibt unserer Meinung nach richtig den Inhalt an, mit dem eine linke Erziehung sich in die Sexualität der Kinder „einmischen" sollte.
3. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen konkret unterstützen, wo ihnen Grenzen gesetzt sind, sexuelle Erfahrungen zu machen, z.B. wenn ein ruhiger Raum gesucht wird, kein Verhütungsmittel zur Hand ist bzw. keine Ahnung darüber im Kopf. Wenn die Jugendlichen heute später anfangen, miteinander zu ficken, ist das ein Erfolg der Reaktion — und das wollen wir doch nicht.
4. Die Einübung in die herrschende Sexualmoral, wie sie an den Schulen vor sich geht, erzieht zur Diskriminierung all dessen, was diese Sexualmoral für „unnormal" erklärt: Schwule, Lesben, Menschen, die Masturbation Schöner finden. Dem müssen wir bei den Kindern entgegenwirken.
5. Diese Unterstützung der Kinder und Jugendlichen darin, ihre Sexualität zu ihrer eigenen Sache zu machen, erfordert mühsame Überzeugungsarbeit unter den Eltern — gegen die Sexualkundegegner aus CDU u.a. auf Elternabenden; gegenüber der Kollegin, die angesichts der Wünsche ihrer 13jährigen Tochter die Hände über den Kopf zusammenschlägt und fürchtet, uneheliche Oma zu werden. Gerade diese Frage ist nicht umsonst ein Feld gewesen, das fortschrittliche Kindererziehung von Anbeginn an in der BRD hartnäckig bearbeitet hat — Diskussionen, an die man/frau anknüpfen kann!

Genossin und Genosse
der AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Heimskandal zieht Kreise

Bis zum 1. Oktober muß die Inhaberin des privaten „Agnes-Kinderheims" in Wernberg, Landkreis Schwandorf (Bayern), die ihr schon im Mai von der Regierung der Oberpfalz gestellten Auflagen erfüllen. Andernfalls soll das Heim für behinderte Kinder geschlossen werden.

Die Auflagen sehen vor, einen „pädagogisch geschulten" Heimleiter und heilpädagogische Fachkräfte einzustellen. Bisher leitet die 43jährige Inhaberin, die nur eine kaufmännische Ausbildung hat, das Behindertenheim selbst. Sie beschäftigt Kinderpflegerinnen und Krankenschwestern, aber kein Fachpersonal. Außerdem muß die Zahl der in Wernberg untergebrachten Kinder von gegenwärtig 80 auf 60 reduziert werden.

Das Sozialministerium räumte ein, daß wegen Personalmangels bei den Bezirksregierungen das „Agnes-Heim", wie die meisten Heime in Bayern, nur einmal im Jahr mit vorheriger Anmeldung überprüft worden ist. Dabei habe man festgestellt, daß die bereits 1973 gemachten baulichen und personellen Auflagen nicht erfüllt wurden. Die Leiterin habe gegen die Weisung der Bezirksregierung Einspruch eingelegt und so die geforderten Maßnahmen immer wieder hinausgezögert.

Sogar die FDP interessiert sich mittlerweile für diesen Fall. Die FDP-Abgeordnete Ursel Redepenning richtete eine neunteilige Anfrage an die Staatsregierung wegen der „schauerlichen Zustände" in diesem Heim.

Ihrer Meinung nach glichen die Zustände im Agnes-Heim weit mehr denen in einer mittelalterlichen Bewahranstalt als in einer modernen Fördereinrichtung. So hätten nach den ihr vorliegenden Aussagen 13 von 18 Kindern starken Brechdurchfall bekommen, nachdem sie Brote mit Streichwurst essen mußten, die verdorben war. Für den Umgang mit den Kindern habe die Heimleiterin empfohlen: „Einfach eine in die Schnauze rein, dann spuren diese Burschen schon". Ein Amtsarzt sei daneben gestanden und habe „wohlwollend und zustimmend genickt" (Information aus „SZ" und „Nürnberger Nachrichten", 12.9., „Münchner Merkur", 23.9.78).

KB/Nürnberg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Norderstelnstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 E

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Werftarbeiter im Kampf gegen Massenentlassungen

Fortsetzung von Seite 1

Daß es sich bei HDW nicht um eine Krise des Unternehmens, sondern um Konzentrations- und Umstrukturierungsvorgänge zu Lasten der Belegschaft handelt, verdeutlichen auch die nachfolgenden Fakten:

— 1973 — nach der Stillegung von Finkenwerder — betrugen die Überschüsse 30 Mio. DM
— 1976 waren es bereits 120 Mio. DM
— und für das laufende Geschäftsjahr gibt HDW lapidar an, daß man *„keine Verluste machen“* werde („Hamburger Abendblatt“, 23.8.).

Während auf der einen Seite entlassen und rationalisiert wird, wird auf der anderen neu investiert:

— in die Mützelfeldt-Werft Cuxhaven, wohin zwei der Docks vom Werk Reiherstieg gehen
— in das Kieler Werk (Investition: 35 Mio. DM) speziell für Kriegsschiffbau.

Daß es sich um gezielte Unternehmenspolitik handelt, machte Vorstandssprecher Henke deutlich, als er in der „Nordschau“ am 20.9. erklärte: *„das ist eine Entwicklung, die schon seit Mitte der 50er Jahre im Gange ist, die auch in der Struktur der Regionen von Hamburg und Kiel begründet liegt. Kiel ist einer der modernsten Schiffbaubetriebe in Europa, seit Mitte der 50er Jahre planmäßig ausgebaut. Hamburg hat als Schwerpunkt immer Schiffsreparatur gehabt. Schiffsneubau war nur Ergänzungsfertigung. Auch die Hamburger Anlagen weisen nicht den Modernisierungsgrad auf wie die Kieler, insofern eine logische Entwicklung“.* Logisch natürlich nur für so ein Kapitalistenhirn, das gezielte Unternehmenspolitik zu Lasten der Werktätigen als schicksalhaften „Gang der Dinge“ darstellen möchte.

Die Folgen für die Belegschaft der HDW: von 1970 — 1979 Entlassungen von 8.000 Beschäftigten!

Beschäftigtenstärke HDW:

1970: 19.000
1973: 16.000
1977: 13.000
1979: 11.000*

*Vorstandsplanung

Daneben nutzt die Unternehmensleitung jede Möglichkeit, Lohnkosten zu sparen. Als im Frühjahr kurzgearbeitet wurde, hieß es als Begründung dazu: „um Schlimmeres zu verhindern“. Ein halbes Jahr später sollen 2.000 Kollegen entlassen werden! Und da eh alles von Werftenkrise redet, hat der Vorstand gleich erneut Kurzarbeit ab Oktober für verschiedene Gewerke beantragt. Dauer: Sechs Monate, in denen pro Beschäftigen bis zu zwei Wochen Lohn eingespart werden soll.

Entlassungspolitik von bürgerlichen Politikern unterstützt

Die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die Bundesregierung sind zu 25% an der HDW beteiligt. Natürlich warfen sich Politiker von SPD und CDU gleich in die Bresche, „besorgt“ um das Wohl der Beschäftigten, wie sie versicherten. Hamburgs SPD-Bürgermeister Klose zog eine Schau ab, indem er einen Appell an seinen Parteikollegen Bundeskanzler Schmidt richtete, aktiv zu werden, daß *„Entscheidungen des HDW-Vorstands in dieser Sache allenfalls erst dann vollzogen werden, wenn zuvor ernsthaft mit allen Beteiligten gesprochen wird, die Stillegung zu vermeiden“* (Staatliche Pressestelle Hamburg, 22.9.78).

Dabei war es der damalige SPD-Bürgermeister Hamburgs, Kern (SPD), der 1972 im Auftrag des Senats die HDW aufforderte, nur solche Investitionen zu tätigen, die eine Fusion mit der zweiten Hamburger Großwerft Blohm + Voss ermöglichen. Dieses Projekt, das durch die neuerlichen HDW-Maßnahmen möglicherweise begünstigt wird, würde allerdings nach Angaben von HDW-Vorstandssprechern bedeuten, daß nicht „nur“ 2.000, sondern 4.000 Beschäftigte entlassen werden müßten! Sieht man dann noch, daß maßgeblich für den HDW-Vorstandsplan Personalchef Scholz — seines Zeichens ehemaliger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und Bezirksleiter der IG Metall! — mit verantwortlich ist, dürfte deutlich werden, daß von Seiten der bürgerlichen Politiker keine Hilfe zu erwarten ist. Wirtschaftssenator Steinert schränkte denn auch gleich ein, wie weit die SPD-Regierung nur gehen wolle: *„Selbst bei Anerkennung der Anpassungsnotwendigkeiten bei HDW muß eine Lösung gefunden werden, die die Hamburger Belange stärker berücksichtigt“.*

Allerdings bleibt festzuhalten: Für den Hamburger Senat bedeutet das Vorstandskonzept eine echte Zwickmühle, läuft es doch darauf hinaus, die Hamburger Werftindustrie und Zulieferer auszubluten. Dies engt den Spielraum sozialdemokratischer Politiker und Gewerkschaftsführer ein und zwingt sie, stärker auf die Belange der Belegschaft Rücksicht zu nehmen.



IGM-Führer orientieren auf SPD-Regierung

Die Hamburger IG Metall-Führung, eng mit der SPD-Führung verfilzt, orientierte von Beginn an darauf, über „zähe“ Verhandlungen mit dem HDW-Vorstand Schlimmeres zu verhüten. Dabei versuchte sie, ihre Parteifreunde in der Regierung als Mittler zu empfehlen. Als Personalchef Scholz auf der Sitzung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute am 13.9.78 das Vorstandsvorgehen zum Belegschaftsabbau erläuterte, erhielt er sogar von einem Teil der Vertrauensleute und Betriebsräte Beifall für einige „soziale“ Sprüche. In der folgenden Diskussion ging es diesen Leuten auch vordringlich darum, ihre Position der Verhandlungen gegenüber den Kollegen abzusichern. Ihre Hauptsorge war, die Vertrauensleute dazu zu ermuntern, aufzupassen, daß nicht „kleine Gruppen“ oder „Chaoten“ die Belegschaft aufwiegeln. Solche Beobachtungen sollten sofort gemeldet werden. Entsprechend dieser sozialpartnerschaftlichen Linie hieß es denn auch in der Resolution der IGM-Vertrauensleute vom 13.9.:

1. Gesprächskontakte zu den verantwortlichen Politikern aufnehmen
2. Der Hamburger Senat solle Druck auf HDW ausüben
3. Verhandlungen mit dem Vorstand der HDW aufnehmen
4. *„Sollten alle Versuche zur Erhaltung der Arbeitsplätze scheitern, muß die IG Metall in Hamburg unverzüglich die notwendigen Aktionen einleiten“* (IGM-Flugblatt vom 14.9.).

In einem zweiten Flugblatt schildert die IGM-Führung die bisher gelaufenen Aktivitäten:

• Bürgermeister Klose und Wirtschaftssenator Steinert informiert
• Belegschaft und Öffentlichkeit informiert
• Klose habe an Kanzler Schmidt appelliert
• Schmidt habe ein Eingreifen der Bundesregierung gefordert
• Steinert habe sich mit den Zielen der IGM „identifiziert“ (!)
• Steiner und Vertreter von IGM, Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung hätten gemeinsam *„erste Schritte zur Abwendung“* der Entlassungen beraten
• Ab 20.9. werde man eine *„ständige Beratungsrunde“* einrichten
• Steinert werde am 21.9. mit dem HDW-Vorstand verhandeln
• der Betriebsrat verhandele mit dem Vorstand
• und schließlich wieder die Floskel, man werde *„durch geeignete Maßnahmen und Aktionen den Protest der Belegschaft unterstützen“.*

Hier wird also ausschließlich darauf orientiert, die Verantwortung in die Hände von bürgerlichen Politikern zu legen. Bei all den vielen Beratungen war eines bis dahin nicht gelaufen: Die Beratung mit der Belegschaft, diese hatte nicht einmal eine Ahnung, mit welchem Auftrag die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertreter beraten, noch wurden sie über die Inhalte auf dem laufenden gehalten. Stattdessen verbreitete die IGM-Führung seitenweise Stellungnahmen von SPD-Politikern.

Auf dieser Grundlage ist es auch kein Wunder, daß in Hamburg eine Entschließung der „HDW-Belegschaft“ kursierte, die von IGM-Betriebsräten erstellt wurde, in der diese sich beschwerten, die Unternehmermaßnahmen gingen „einseitig“ zu Lasten der Hamburger Belegschaft, sprich: schmeißt doch ein paar mehr Kollegen in Kiel raus. Ähnliche Vorstellungen vertritt die Kieler Betriebsratsführung unter anderen Vorzeichen.

Statt auf Einheit und Aktionen der Belegschaft beider Werke wird also auf Entsolidarisierung, Spaltung und Vertrauen in Politiker gesetzt.

Die Rolle der Linken im Betrieb

Zunächst sah es so aus, als ginge alles seinen auf den Hamburger Werften „gewohnten Gang“. Die Gewerkschaftsorgane fest in der Hand der Sozialdemokratie, ein schwach entwickeltes Kampfbewußtsein der Belegschaft, eine betriebliche Linke, die in den letzten Jahren weitgehend resigniert hat im Kampf gegen das sozialdemokratische Bewußtsein; dies schien die beste Gewähr dafür, daß auch dieser erneute harte Schlag gegen die Belegschaft relativ ohne große Reibunsverluste abgeht.

Innerhalb der Linken auf der HDW sieht es folgendermaßen aus:

— eine Betriebszelle der DKP, die sich dadurch auszeichnet, daß sie in jeder Situation den Kampf der Belegschaft in die IGM-Führungsetagen verlagern möchte, und auch jetzt wieder jedes Wort der Kritik an der Gewerkschaftsführung ausspart, stattdessen fordert: schließt euch den IGM-Forderungen an.

— eine „Kollegengruppe HDW“, die überraschend bei den Betriebsrätewahlen im Frühjahr 15 % der Stimmen und drei Sitze erhielt. Diese Gruppe, die der „KPD/ML“ nahesteht, zeichnet sich dadurch aus, daß sie nur bedingt die bekannten Auswüchse der „RGO“-Politik mitmacht, stattdessen auf eine solide betriebliche Basisarbeit baut. So verzichtete sie seit einiger Zeit beispielsweise darauf, die üblichen pauschalen Breitseiten gegen die Gewerkschaft generell zu starten. U.a. forderte die „Kollegengruppe HDW“ beispielsweise vom Vertrauenskörper der IGM, eine Demonstration zu organisieren, offensichtlich in der richtigen Einschätzung, daß dieses Organ in den Augen der Masse der Kollegen nach wie vor als ihr Vertretungsorgan angesehen wird.

— Die Betriebszelle des KB, die nach wie vor erhebliche Einflußmöglichkeiten besitzt, obwohl es durch Rationalisierungsentlassungen und Entlassungen von Lehrlingsgenossen nach ihrer Ausbildung auch personelle Schwächungen gegeben hat. Bei den Mitgliedern der Zelle handelt es sich größtenteils um langjährige HDW-Arbeiter und Angestellte.

In der KB-Zelle hatte sich in den letzten Jahren eine weitgehende Anpassung an „betriebliche Gegebenheiten“ vollzogen. Genossen hatten sich mehr und mehr aus der aktiven Arbeit im Betrieb zurückgezogen und engagierten sich politisch außerhalb des Betriebes, die Tätigkeiten bei HDW reduzierte sich auf die Erwirtschaftung der Kosten zur Reproduktion der Arbeitskraft (sprich: Geld verdienen, um leben zu können). Die Sicht für die Möglichkeit, auf der Basis kontinuierlicher Kleinarbeit und Verankerung, Veränderung im kleinen zu bewirken, war praktisch versperrt. Tiefpunkt dieser Entwicklung war das Herangehen an die diesjährigen Betriebsrätewahlen: Auf der Basis der oben beschriebenen Herangehensweise scheiterte die Zelle beim Versuch, eine eigene Liste aufzustellen (an eine linke Kandidatur auf der IGM-Liste war nicht zu denken). Tenor der Zelle beim Anpacken dieser Aufgabe: Bei HDW ist das eh nicht drin. Demgegenüber machte die unter ungünstigeren Voraussetzungen (weniger Mitglieder, nicht so lange im Betrieb) angetretene „Kollegengruppe HDW“ durch ein schwungvolles unerschrockenes Herangehen deutlich: daß bei HDW eben doch einiges drin ist, wie ihr Abschneiden zeigte. Und daß, obwohl diese Gruppe sich bis dahin mehr durch eine oberflächliche radikale Phraseologie ausgezeichnet hatte.

Angesichts der neuerlichen Massenentlassungen setzte unter den KB-Mitgliedern eine Auseinandersetzung um das Eingreifen ein, in der ein scharfer Kampf gegen Anpassung und Resignation geführt werden mußte, um ein organisiertes Eingreifen in die anwachsende spontane Bereitschaft der HDW-Kollegen zur Diskussion und Aktion zu ermöglichen. Andererseits besteht jetzt die Tendenz, angesichts anwachsender Spontanietät sinnlos „auf die Kacke zu hauen“. Die Konsequenz kann dabei nur sein, daß bei Abflauen der spontanen Bewegung die Resignation um so stärker sich ausbreitet.

Der erste Werften-„Metallarbeiter“ (Betriebszeitung des KB) seit langer Zeit wurde wieder erstellt. Er beschränkte sich noch weitgehend darauf, die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Entwicklung bei HDW aufzuzeigen und einige „Tips“ zum möglichen Eingreifen anzugeben.

Der Widerstand regt sich: Die Betriebsversammlung

5.000 Werftarbeiter drängten sich in der Halle, als die Betriebsversammlung





HDW-Kollegen in Hamburg marschieren übers Werftgelände



Hamburg, den 30. August 76

Gerüchte über Werk Reiherstieg sind unwahr

Seit einigen Tagen wird in Hamburg das Gerücht verbreitet, daß unser Werk Reiherstieg verkauft werden soll, Verhandlungen hierüber geführt worden seien, ebenso Besprechungen mit Vertretern des Landes Hamburg stattgefunden hätten.

Der Vorstand der Howaldtswerke Deutsche Werft AG erklärt dazu:

ALLE DIESE GERÜCHTE SIND UNWAHR.

Weder mit irgendeiner Firma, noch mit dem Bundesfinanzminister, noch mit dem Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, noch mit sonstigen Personen oder Institutionen hat der Vorstand Gespräche dieser Art geführt. Im übrigen gibt es für solche Gespräche keine Veranlassung.

Der Vorstand

am 19.9. begann. So viele wie nie zuvor. Vorstandsmitglied Henke mußte den gewohnten Beifall missen, es gab Zwischenrufe und Erregung im Saal. Betriebsratsvorsitzender Werner Peters („Der Lump von Finkenwerder") mußte sich Pfiffe und Zwischenrufe gefallen lassen. Ganz anders dann, als Kollegen nach vorne gingen: fast 40 Wortmeldungen — so viel wie noch nie auf einer Betriebsversammlung — die meisten kämpferisch und empört — erhielten zum Teil großen Beifall. Scharfe Angriffe gab es auf die Verhandlungtaktik der betrieblichen und gewerkschaftlichen Führer. Die Forderungen: Allein unser Handeln und Kämpfen kann bestimmen, was in Verhandlungen rauskommt. Umfassende Information der Belegschaft über den Verhandlungsstand, entweder schriftlich, gegebenenfalls bei wichtigen Ereignissen Durchführung einer Betriebsversamlung. Unverzügliche Vorbereitung einer Demonstration in Hamburg,
eignissen Durchführung einer Betriebs-
versamlung. Unverzügliche Vorbereitung einer Demonstration in Hamburg,
Durchführung einer IGM-Mitgliederversammlung zur Beratung von Kampfmaßnahmen. Mehrfach wurden sofortige Kampfaktionen gefordert. Ein Erfolg des massiven Auftretens oppositioneller Kollegen war, daß die Betriebsversammlung am nächsten Tag fortgesetzt werden mußte, ein einmaliges Ereignis bei HDW.

Der Druck, der hier gemacht wurde, veranlaßte die Gewerkschaftsführer, ihre Taktik zu ändern, nachdem sie noch am Anfang abzuwiegeln versuchten, setzten sie sich dann verbalradikal an die Spitze der Kritik der Kollegen. Auf einmal war von Kämpfen und unnachgiebiger Ablehnung der Entlassungen die Rede.

Erste Kampfaktionen

Am 20.9. fand eine Branchenversammlung der Arbeiter in der Bordmontage auf dem Reiherstieg statt. Einstimmig wurde von den Kollegen gefordert: Unverzügliche Durchführung eines achtstündigen Warnstreiks. Am 21.9. ging die erste Kampfaktion vom Reiherstieg aus. Nahezu geschlossen fuhren die Kollegen dieses Werks zum Werk Ross. Dort beteiligten sich schließlich etwa 4.000 Beschäftigte an der Demonstration und dem zweistündigen Warnstreik. Der Unmut über die begrenzte Aktion war ziemlich deutlich, wenn es den Gewerkschaftsführern auch ohne großen Widerstand gelang, die Aktion abzubrechen. Als Erfolg ist es aber anzusehen, daß auf Initiative der Linken im Betrieb eine Reihe von Kollegen initiativ sich am Erstellen von Transparenten und Schildern beteiligten.

Am gleichen Tag führten 500 Arbeiter im Kieler Werk Diedrichsdorf einen zweistündigen Warnstreik durch. Diese Aktion wurde allerdings nicht von der Gewerkschaftsführung mitgetragen, die bisher vor allem durch völlige Tatenlosikeit glänzte.

In Hamburg versucht der Vorstand nun erste Angriffe gegen die Linken. Die drei Betriebsräte der „Kollegengruppe HDW" sind mit Entlassungen bedroht, weil sie angeblich gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen haben, indem sie zu Kampfmaßnahmen aufgerufen haben sollen. Die drei hatten ein Flugblatt der „Kollegengruppe" namentlich gezeichnet. Wenige Tage später erschien ein weiteres Flugblatt, in dem zum Streik aufgerufen wurde, allerdings hatten die drei
ge Tage später erschien ein weiteres
Flugblatt, in dem zum Streik aufgerufen wurde, allerdings hatten die drei
nicht unterschrieben. Diese Disziplinierungsdrohungen müssen solidarisch zurückgewiesen werden.

Sicher sind die geschilderten Veränderungen auf der Werft erst kleine Schritte. Das Vertrauen in die Aktivitäten der betrieblichen und gewerkschaftlichen Führer ist nach wie vor fest, wenn es auch gegenüber einigen Führern Mißtrauen gibt und die kritische Diskussion der Aktivitäten zunimmt. Immerhin haben die bisherigen Ereignisse Widersprüche in der Taktik der Gewerkschaftsführer deutlich gemacht. Die Tatsache, daß die Hamburger SPD gezwungen ist, trotz ihrer vorbehaltlosen Unterstützung unternehmerischer Aktivitäten Kritik daran anzumelden, daß die Werftindustrie in Hamburg abgebaut wird, begünstigt die Verschärfung dieser Widersprüche. Begreift die Linke, daß dies die Bedingungen für ihr betriebliches Eingreifen verbessert, die Widersprüche aufzureißen und hat sie nicht die Illusion, gewaltige Veränderungen und riesige Kampfaktionen initiieren zu müssen — dazu bedarf es der spontanen Bereitschaft der Kollegen, nicht des „auf die Kacke-Hauen" der Linken — kann dies ein wichtiger Schritt vorwärts bei der Verankerung fortschrittlicher Positionen in die Betriebe sein.

Nach Berichten der HDW-Betriebszellen

Der Arbeiter heißt Arbeiter,
weil er arbeitet.
Der Unternehmer heißt
Unternehmer, weil er was unternimmt.
Würde der Arbeiter was unternehmen, müßte der Unternehmer arbeiten!!!

Massenentlassungen im Schiffbau geplant

Auf der HDW in Hamburg und Kiel sollen innerhalb der nächsten drei Jahre zwei Werke geschlossen werden und 2.030 Kollegen rausfliegen.

Auf der AG-Weser in Bremen sind zur Zeit 1.700 Beschäftigte auf Kurzarbeit gesetzt. 500 weitere Kurzarbeiter sind für Oktober beantragt. In einigen Bereichen soll zu 95 % kurzgearbeitet werden, das heißt: Die Kollegen arbeiten einen Tag im Monat.

Das sind die ersten Zeichen einer neuen größeren Welle von Stillegungen und Entlassungen in der Werftindustrie. Schon in den sechziger Jahren hat der Konzentrationsprozeß der Werften begonnen. Und seit 1976/77, mit Beginn der Schiffbaukrise, nimmt dieser Prozeß immer größere Dimensionen an.

Die weiteren Planzahlen zum Abbau der Kapazitäten der Werften hat der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie (VDS) am 19. September vorgelegt.

Dieser „*Bericht über Struktur und Entwicklung des deutschen Seeschiffbaus*" enthält neben den Planzahlen im wesentlichen die Forderung nach zusätzlichen Staatszuschüssen für die „notleidende" Schiffbauindustrie. Ohne Milliarden Subventionen hält der VDS die „gesunden deutschen Werftstrukturen" für gefährdet.

Grundlage des VDS-Strukturberichts ist der weltweite Auftragsmangel der Werften, der im rigorosen Ausbau der Schiffbaukapazitäten während des Tankerbooms seine Ursache hat. Dieser Boom sicherte den Werften kurzfristig große Extraprofite, längerfristig führte der allein am Streben nach riesigen Profiten orientierte Ausbau der Kapazitäten zu einer weltweiten Überproduktion (die bundesdeutschen Seeschiffswerften haben allesamt in den Jahren 1976 und 1977 ihre bisher höchsten Umsätze und Profite sichern können).

Eine weitere Auswirkung des Tankerbooms war, daß die Schiffe immer größer, immer billiger und schneller gebaut und immer tiefer beladen wurden. Riesige Tanks, ohne Zwischenwände und ohne Doppelböden. Dazu noch die Sondergenehmigung auch in winterlichen Gewässern (Kap-Route) die Tanker randvoll bis zu Sommerfreibord zu beladen. Die Auswirkungen sieht man überall an den Küsten an den schmierigen, dicken, schwarzen Ölbrocken.

Zur Sanierung der Werften (sprich: Sicherung der Profite) ist jetzt eine Anpassung der Kapazitäten an die Nachfrage vorgesehen. Das heißt in erster Linie einen Abbau der Beschäftigten (Tabelle 1) und damit Massenentlassungen. Insgesamt 8.000 Entlassungen sollen nach VDS-Vorstellungen vorgenommen werden, um die „sehr kritischen Jahre von 1979 bis 1981 zu bewältigen" („FR", 20.9.). Der VDS hat berechnet, daß damit von 1975 bis 1980 die Zahl der Werftentlassungen von 71.000 Beschäftigten bei zunächst etwa 50.000 enden soll („FR", 20.9.78). Zu den geplanten „Freisetzungen" im Schiffbau direkt kommen die Auswirkungen auf die Zulieferindustrie.

Dort arbeiten rund 80.000 Kollegen, hinzu kommen die indirekt vom Schiffbau abhängigen Bereiche, die an den Vorprodukten beteiligt sind. Das betrifft noch einmal rund 100.000 Kollegen, von denen der größte Teil in Norddeutschland arbeitet.

Der VDS errechnet dazu, daß „*...in der deutschen Schiffbauzulieferindustrie, in den nächsten Jahren 30.000 bis maximal 35.000 Arbeitsplätze zur Disposition stehen, ... unter Einbeziehung der durch Vorproduktion indirekt abhängigen Arbeitsplätze könnte sich die Zahl um weitere 40.000 erhöhen*" (VDS, Die Auswirkungen der Schiffbaukrise auf die Schiffbauzulieferindustrie).

Diese Zahlen, die in der bürgerlichen Presse weitgehend unterschlagen wurden, werden noch erdrückender, wenn man bedenkt, daß Kollegen aus schiffbauspezifischen Berufen überhaupt keine Chance mehr haben, neue gleichwertige Arbeitsplätze zu finden.

Umstrukturierung und Subventionen

Neben dem direkten Kapazitätsabbau versuchen die Werften auch ihre Produktion umzustrukturieren:

	1975	1980
Handelsschiffneubau und Reparatur	80 %	66 %
Marine	8 %	17 %
Nebenfertigung	12 %	17 %

Die Fertigungsstunden im Handelsschiffbau sollen von 54,7 Millionen 1975 auf 23,4 Millionen 1980 reduziert werden, ein Rückgang von 57 %. „*Man habe die Investitionen so gesteuert, daß der Schwerpunkt der Neubauproduktion künftig beim Bau hochwertiger Spezialschiffe und komplexer Transportsysteme mit hohem Konstruktions-Know-how liegen werde*" („FR", 20.9.78). Um diese vorliegenden Planungen realisieren zu können, fordert der VDS „Hilfsmaßnahmen". „*Die deutsche Schiffbauindustrie erwartet, daß die Bundesregierung die Anpassungsantrengungen der Werften zur Existenzsicherung mit zusätzlichen Hilfsmaßnahmen unterstützt*" (VDS, Vorschläge zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit).

Konkret fordert der VDS:

- „*Der VDS plädiert dafür, auch den deutschen Werften Baukostensubventionen in Höhe von 20 % der Vertragspreise mit dem Ziel der Erleichterung der Anpassung und des teilweisen Ausgleichs der in den Konkurrenzländern gezahlten Subventionen zu gewähren*" (VDS, a.a.O.).
- Steuererleichterungen für Reeder, als „nachfragewirksame Maßnahmen", außerdem die Initiativen zur Schiffssicherheit zu unterstützen (kleinere Schiffe, mehr Zwischenwände, Doppelböden usw., alles was schiffbaulich den Werften Aufträge sichern könnte!)
- Indirekte Zuschüsse für Umstrukturierungsmaßnahmen usw.

Und wie reagierten die „verantwortlichen" Politiker
Und wie reagierten die „verantwortlichen" Politiker
auf den Forderungskatalog der Werftindustrie?

Der Hamburger Wirtschaftssenator Steinert: „*Angesichts der heraufziehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die verantwortlichen politischen Stellen in unserer Stadt nichts unversucht gelassen, den Umstrukturierungsprozeß im Schiffbau zu fördern*" (Täglicher Hafenbericht, 26. September 78) und „*zu berücksichtigen ist ferner, daß der notwendige Anpassungsprozeß zwischen den bedeutenden Stätten der Werftindustrie ausgewogen vollzogen werden muß.*"

Im Grunde laufen alle Stellungnahmen „verantwortlicher" Politiker auf diese Thesen hinaus:

1. Umstrukturierungsprozeß fördern: Subventionen für Schiffbau, Förderung von Umstrukturierungsmaßnahmen (Nebenfertigung, z.B. Rüstungsaufträge für die Werften) und regionale Maßnahmen (neue Arbeitsplätze in Norddeutschland schaffen).
2. Der Kapazitätsabbau soll möglichst gleichmäßig auf alle Schiffbauplätze verteilt werden, um „Härten" zu vermeiden.

Bereits jetzt hat die Bundesregierung der Werftindustrie 250 Mio. DM Subvention für 1979 versprochen. Im vergangenen Jahr waren es 450 Mio. DM („FR", 27.9.78). Schaut man sich die reale Entwicklung an, so haben diese Gelder nicht der Schaffung von Arbeitsplätzen gedient, sondern wurden von den Unternehmen gezielt zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen eingesetzt. Die neuen Programme des VDS sind nichts weiter, als der Ruf nach einer Forcierung dieses Kurses und der VDS kann sicher sein, bei der Bundesregierung auf offene Ohren zu treffen.

Es sind in den Hamburger Auseinandersetzungen um die Entlassungen bei HDW die IGM-Führer, die die Belegschaft auf Verhandlungen mit Regierungspolitikern vertrösten wollen, statt auf Abwehr der Rationalisierungsmaßnahmen durch Aktionen der Betroffenen. Demgegenüber heißt unser „Werftenprogramm":

— Keine Entlassungen
— sofortige Abschaffung der Überstunden
— Abschaffung der Schichtarbeit
— 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Betriebszelle HDW
KB/Gruppe Hamburg

Planung des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie
(Aus dem Strukturbericht September 78)

	1975	1978	1979	1980
Beschäftigte	71.222	55.556	52.029	49.994
davon Handelsschiffneubau	46.839	32.391	26.851	23.507
Fertigungsstunden (Mio.)	54,71	32,81	26,47	23,37
davon durch Aufträge abgedeckt		27,23	8,7	–

(Diese Zahlen des VDS enthalten 45 der 49 BRD-Werften mit ca 98 % der dort Beschäftigten)

Konzentration der Schiffbauindustrie (Am Beispiel Hamburgs)

Schlieker-Werft	1962 von Blohm + Voss übernommen
H.C. Stülcken Sohn	1966 von Blohm + Voss gekauft
Deutsche Werft Werk Finkenwerder Werk Reiherstieg Howaldtswerke Hamburg	1968 Fusion zur HDW
Holst Ranke Norderwerft	Übernommen von der Sietas-Werft

1970 Werftenquete der Bundesregierung
Sieht die Fusion von Blohm + Voss und HDW vor und die Aufgabe des Schiffsneubaus in Hamburg

1972 Werk Finkenwerder der HDW wird stillgelegt

1978 Salzgitter-Chef Birnbaum gibt Ende September auf einer Aufsichtsratssitzung bekannt, daß aus wirtschaftlichen Gründen eine Fusion HDW und Blohm + Voss anzustreben wäre.
HDW-Vorstand plant:
– Werk Reiherstieg soll stillgelegt werden
– Der Handelsschiffsneubau in Hamburg soll eingestellt werden
– 1.500 Entlassungen in Hamburg
– Blohm + Voss wird den Handelsschiffsneubau bis 1980 weitgehend einstellen

Abbau der Werften in der BRD insgesamt:

1960: 64 Seeschiffswerften mit 86.749 Beschäftigten
1978: 49 Seeschiffswerften mit 58.341 Beschäftigten

Protestdemonstration der Klöckner-Arbeiter

Bremen. Etwa 800 Arbeiter der Bremer Klöckner-Hütte demonstrierten am 20.9. durch die Bremer Innenstadt. Der spontane Demonstrationszug formierte sich nach einer Betriebsversammlung in der Stadthalle.

Anlaß ist die Ankündigung, weitere 700 der derzeit noch 6.800 Beschäftigten zu entlassen. Bereits im vergangenen Jahr wurden auf kaltem Wege 400 Kollegen eingespart (durch Nichtersetzen ausscheidender Kollegen und vorzeitiger Pensionierungen). Unmittelbarer Anlaß für die Protestaktion war die Ankündigung, die vierte Schicht im Rahmen der Konti-Schicht zu streichen. Dies hätte zur Folge, daß unmittelbar 70 Kollegen entlassen werden müßten und die übrigen durch Wegfall von Zulagen zwischen 250 DM und 400 DM weniger Lohn im Monat gehabt hätten. Die Arbeiter im Warmwalzwerk protestierten auf einer Branchenversammlung gegen diese Maßnahme, die der Werksvorstand zunächst zurückgezogen hat.

Krise in der westdeutschen Reifenindustrie – Streik bei Michelin, Massen-Entlassungen bei Metzeler

Vom 29.8. bis 4.9.78 streikten im Karlsruher Michelin-Werk ca. 1.400 Arbeiter (s.AK 138). Auslösend für den Streik war die Erhöhung des Fahrpreises für die Werksbusse von DM 25 auf DM 40. Weitere Forderungen der Kollegen waren Erholzeiten, die Wiedereinstellung eines 52jährigen Kollegen, Pulsmessungen zur Feststellung der Arbeitsbelastung. Bei Michelin herrscht ein so starker Leistungsdruck, daß die Reifenwickler bereits mit 30 - 35 Jahren so ausgelaugt sind, daß sie die geforderte Leistung nicht mehr bringen.

Bei Michelin in Karlsruhe arbeiten 2.200 Beschäftigte, davon 1.500 Arbeiter in Dreier-Wechselschicht. Ca. 80 % der Arbeiter kommen aus dem benachbarten Elsass (Frankreich) und sind von Michelin dort angeworben worden, weil viele Deutsche nicht bereit waren, sich dem mörderischen Leistungsdruck bei Michelin zu unterwerfen. Die Elsässer sind in besonderem Maße auf die Werksbusse angewiesen.

Nachfolgend schildert ein Betriebsrat von Michelin, der wegen seines solidarischen Verhaltens im Streik fristlos gekündigt wurde (ebenso wie vier weitere gewerkschaftlich aktive Kollegen), den für die Michelin-Arbeiter niederschmetternden Verlauf des Streiks. Den Hauptanteil der Verantwortung für die Niederlage nicht nur im materiellen Sinn, sondern insbesondere was das Brechen des Rückgrats, des Selbstbewußtseins der Arbeiter anbetrifft, trägt der Hauptvorstand der IG Chemie, der stellvertretend für die Michelin-Kapitalisten die Kollegen wieder zur Arbeit „prügelte". (Der nachfolgende – gekürzte – Bericht ist dem „Informationsdienst" vom 23.9.78 entnommen.)

Wir wollen heut endlich mal wissen, woran wir sind

„Also am 29. August wurde ich nach dem Frühstück, um 9 Uhr 30, angerufen – ich war grad bei einer Besprechung –, vorher waren zwei Betriebsversammlungen gewesen. Die Kollegen wären nicht bereit, an die Arbeit zu gehen, hieß es da, sie wollten ihren Betriebsratsvorsitzenden sprechen... Dann bin ich zur Kantine gegangen. Der Eingang war blockiert von rund 80 Kollegen aus der Reifenwickelei, und es war auch gleich einer von der Geschäftsleitung dabei, der die Kollegen aufgefordert hat an die Arbeit zu gehen. Die haben sich geweigert. Dann hab ich den Vorschlag gemacht, erstmal in die Kantine zu

von der Geschäftsleitung dabei, der die Kollegen aufgefordert hat an die Arbeit zu gehen. Die haben sich geweigert. Dann hab ich den Vorschlag gemacht, erstmal in die Kantine zu

gehen, um zunächst mal – nach dem Beschwerderecht vom Betriebsverfassungsgesetz – die Kollegen anzuhören. Wir sind reingegangen und dann haben die Kollegen ihre Forderungen gestellt: Erholzeiten, Wiedereinstellung eines 52jährigen Kollegen, die Kosten der Werksbuslinien sollen bleiben, Pulsmessungen sollen durchgeführt werden.

Und sie haben also dann von der Geschäftsleitung verlangt, daß umgehend über alle Punkte Verhandlungen mit dem Betriebsrat aufgenommen werden. Die Geschäftsführung hat nur geantwortet, sie würde auf keinen Fall unter Druck verhandeln. Ich hab dann versucht, trotzdem ein Gespräch zu bekommen: Das hat auch geklappt, aber nur, um uns zu sagen, daß unter Druck eben nicht verhandelt wird. Ich sollte rausgehen, und die Leute an die Arbeit bringen: Ich bin raus, hab das erzählt. Natürlich hab ich nicht gesagt, so, ihr müßt jetzt." (...)

„Gegen eins kam der Jurist Rosenberg, Doktor von Rosenberg, legt sehr großen Wert auf sein ‚von'. Der hat gleich angefangen und gesagt: Ich möcht sie aufklären über die widerrechtliche Situation und ich weise sie gleich darauf hin, daß sie auf Schadenersatz verklagt werden. Dann hat er ein Betriebsratsmitglied, den Manfred Grether, der nicht freigestellt ist, aufgefordert, an die Arbeit zu gehen. Der hat gesagt, wir sind arbeitsbereit, wenn unsere Fragen beantwortet werden. Rosenberg hat Grether gleich darauf gesagt, wenn Sie nicht sofort an die Arbeit gehen, müssen wir Ihnen fristlos kündigen. Verlassen Sie sofort das Werksgelände, Sie begehen Hausfriedensbruch"

Ich kann ja nicht Polizei spielen

„Da war natürlich Stimmung drin. Dann hat der Rosenberg also allen – das waren 83, die ganze Abteilung bis auf zwei – die Kündigung angedroht, woraufhin alle gesagt haben: Wenn einer das Werksgelände verlassen muß, dann gehen wir auch. Und ich bin dann also auch mitmarschiert. Sind wir hinten raus auf den Parkplatz. Es kam die Mittagsschicht, die kam um 14 Uhr, hab ich dann aufgeklärt, um was es ging. Ich bin in die Busse reingegangen und hab gesagt, daß den 83 Reifenwicklern die Entlassung angedroht wurde. Da haben die Kollegen gesagt, wenn das so ist, gehen wir erst gar nicht rein, nicht nur die Reifenwickler, alle. Das waren dann rund 300 Leute." (...)

„Von Rosenberg kam auch raus – mit einem Megafon, und hat alle aufgefordert, an die Arbeit zu gehen, hat dann mich bedrängt, ich soll auch auffordern, an die Arbeit zu gehen. Ich hab lediglich meine Pflicht getan – hab auf das Betriebsverfassungsgesetz hingewiesen, auf die rechtlichen Konsequenzen. Ich kann ja nicht Polizei spielen, ich bin ja nicht dafür da, die Kollegen an die Arbeit zu prügeln, sondern ich hab mich hingestellt und gesagt, nach dem Betriebsverfassungsgesetz handele es sich hier um eine illegale Arbeitsniederlegung. Fertig. Ich glaub, ein anderer Betriebsrat könnte nicht anders handeln, sonst würd er seine Kollegen verraten.

Gut – kam die Nachtschicht: das gleiche Spiel, dann standen alle draußen. Und dann gings ja nicht mehr um die Forderungen allein, sondern am nächsten Tag wurden die fünf Kündigungen ausgesprochen, gegen mich, gegen zwei weitere Betriebsräte und zwei Vertrauensleute. Alle Gekündigten sind IG Chemie-Mitglieder, drei sind Elsässer.

Ja und dann: Dann sind die Kollegen hin und haben gesagt, zunächst müssen die Kündigungen vom Tisch, sonst läuft hier gar nichts mehr. Zur Zurücknahme war die Geschäftsleitung nicht bereit. In der Zwischenzeit haben wir immer wieder versucht, Gespräche mit der Geschäftsleitung zu erreichen. Kam also dann am Freitag eins zustande. Wir haben vorgeschlagen, um die Situation zu beenden, machen wir erstmal eine außerordentliche Betriebsversammlung. Auch das wurde von der Geschäftsleitung abgelehnt." (...)

Das kat keiner begriffen, daß sowas sein kann

„Sonntag ist dann also ein Hauptvorstandsmitglied der IG-Chemie angereist, der Werner Vitt, und hat gleich in Absprache mit dem Generaldirektor Renier gesagt: Okay, wir werden die Leute an die Arbeit schicken. Das war zwischen den Beiden so verabredet, daß die Kollegen erst ins Gewerkschaftshaus geholt wurden, um

tor Renier gesagt: Okay, wir werden die Leute an die Arbeit schicken. Das war zwischen den Beiden so verabredet, daß die Kollegen erst ins Gewerkschaftshaus geholt wurden, um

sie „aufzuklären" und sie dann an die Arbeit zu schicken. Die Kollegen wollten zuerst nicht, haben gesagt: Zuerst müssen die Fünf wieder drin sein.

Der Vitt hat uns klargemacht, daß der Hauptvorstand diesen Streik nicht legalisieren will und nicht kann... vor allem nicht will! Ich sags mal hier ganz offen, und ich weiß nicht, ob ich zu weit gehe: Ich will also sagen – die Verwaltungsstelle hat sich sehr korrekt verhalten, sehr korrekt gegenüber den Kollegen, aber der Hauptvorstand... Jetzt ist die Stimmung dermaßen mies im Betrieb gegen den Hauptvorstand. Und wenn noch nicht alle Mitgliedsbücher bei uns auf'm Tisch liegen, dann verdanken wir das nur dem korrekten Verhalten des Kollegen Esswein.

Ja, der Vitt und der Renier haben das ausgemacht, einfach so: Daß am Montag die Arbeit wieder aufgemen wird. Es war sehr deprimierend für mich zu sehen, wie die Kollegen an die Arbeit geschickt worden sind. Das war ein Schauspiel, das ich nie mehr erleben möchte. Der hat die Leute so bekniet: Kollegen geht an die Arbeit, ich steh im Wort beim Herrn Renier, daß ihr heute die Arbeit aufnehmt und ich hab mit dem Herrn Renier abgemacht, daß eine Belegschaftsversammlung stattfindet. Wobei aber keine Gewerkschaftsvertreter zugelassen sind und die Betriebsräte sich zurückhalten müssen. Die ist geleitet worden vom Generaldirektor. Die Kollegen im Gewerkschaftshaus waren aber sehr bitterböse und haben nach wie vor gesagt, daß sie erst an die Arbeit gehen, wenn die fünf Entlassungen weg sind. Der Vitt hat das alles dann immer wieder gesagt: Ich stehe im Wort – Kollegen geht – hat fast gebettelt, daß die Kollegen wieder arbeiten. Das kam alles auch, weil der Hauptvorstand die Befürchtung hatte, in Regreß genommen zu werden ... Aber wenn ich bei der nächsten Betriebsversammlung noch dabei bin, dann werd ich verlangen, daß Werner Vitt dazu Stellung nimmt – wie er sich das wohl gedacht hat. Denn ich seh nicht ein, daß wir unten den Kopf hinhalten sollen für Entscheidungen vom Hauptvorstand. Und das war schon ne miese Entscheidung.

Dabei hat er die Kollegen noch an den Arbeitsplatz geschickt und verlangt, sie sollten sich zuerst umziehen, bei ihrem Meister zurückmelden, und dann erst dürften sie in die Kantine zu der sogenannten Belegschaftsversammlung durch die Werksleitung. Die Kollegen waren sauer, echt sauer. Die Schicht, wo alles angefangen hat, ist rein und wieder raus aus der Versammlung, unverändert, aber die anderen waren schon am Boden zerstört. Das hat keiner begriffen, daß sowas sein kann.

In der Zwischenzeit sind ja auch Vorgesetzte ins Elsaß gefahren und Briefe sind hingeschickt worden, mit der Androhung der Entlassung und der Auflistung der Verluste, die das für die Kollegen bedeuten würde. Zum Beispiel Baudarlehen: Läuft bei uns so: ein Kollege kriegt ein Baudarlehen in Form eines Wechsels in Höhe von 5.000 Mark. Und da haben sie ihn dann in der Hand, denn wenn er fliegt und der Wechsel platzt... Oder sie streichen das Weihnachtsgeld. Trotzdem, die Kollegen haben trotzdem noch lange gestanden. Und dann hat ja Michelin auch noch ein System von Personalbetreuern – das soll einen Gegenpol zum Betriebsrat bilden, die gehen dann zu den Leuten, einzeln. Man muß also Michelin kennen: militant, autoritär und militant. Da gehts um nix anderes, als wieder zu zeigen, wer der Herr im Haus ist.

Und meine Frau wurde zu Hause angerufen mit Morddrohungen: Man muß sich vorstellen, ich bin zwanzig Stunden auf den Beinen und da ruft schon morgens einer an und sagt: Ihr Mann ist umgelegt worden. Und das immer wieder!"

Im Regen gestanden

„Aber ich hab dann doch am Samstag noch eine schriftliche Erklärung gekriegt, daß es keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen für die am Streik Beteiligten geben wird. Außer den Fünf. Das ist klar – das nehmen die nicht mehr zurück. Die Betriebsräte müssen sie ja erstmal rausklagen, aber die Vertrauensleute sind schon jetzt weg. Bekommen zwar Notlagenunterstützung von der IG-Chemie und wir alle haben Rechtsschutz, aber dann heißt es, das betriebliche Vertrauensverhältnis sei gestört und von einer Wiedereinstellung müsse man absehen. Und die Betriebsräte... man kennt ja unsere Rechtsprechung, speziell Arbeitsrecht, ich mach mir da nicht viel Hoffnung. Ich bin zwar

trauensverhältnis sei gestört und von einer Wiedereinstellung müsse man absehen. Und die Betriebsräte... man kennt ja unsere Rechtsprechung, speziell Arbeitsrecht, ich mach mir da nicht viel Hoffnung. Ich bin zwar

kein Jurist, aber: Normalerweise müßte man den Doktor von Rosenberg verklagen wegen Störung des Betriebsfriedens. Warum sollen immer nur Arbeitnehmer verklagt werden?"

„Ich würd zunächst mal wünschen, daß die Kollegen wenigstens eine finanzielle Unterstützung kriegen, und da wärs angebracht, daß man den Hauptvorstand von allen Seiten her bombardiert. Denn ich sag nur: die Kollegen haben fünf Tage im Regen gestanden. Wenn sie das nicht machen, mit der Unterstützung, dann können wir alles vergessen, was die IG-Chemie auf Schulungen erzählt, da können sie ihre ganzen Sprüche einpacken. Auch den mit dem Regreßanspruch, da haben sie immer solche Angst......"

Solidarität mit den Michelin-Arbeitern

Der Streik hat mehrere Solidaritätsaktionen hervorgerufen. Am Samstag, 2.9.78, fand in Karlsruhe eine Solidaritätskundgebung des DGB statt, an der 1.200 Menschen teilnahmen. Hauptlosungen waren *„Alle Reifen stehen still, wenn es der Micheliner will!"*, *„Michelin verdient sich dumm – Arbeiter schaffen sich krumm!"*, *„Reifen lange Lebensdauer – Arbeiter kurze Lebensdauer!"*. Von Mitgliedern mehrerer Gewerkschaften wurde ein Solidaritätskomitee gegründet, bei dem bereits am ersten Streiktag mehrere tausend DM Spenden eingingen, u.a. DM 1.000 von Siemens-Arbeitern in Bruchsal, DM 1.000 von Ludwigsburger Metallarbeitern, weitere Spenden kamen von Heidenheimer Metallern und von der Uni Karlsruhe. Solidaritätstelegramme schickten der Weltrat der Michelin-Arbeiter, der IG-Metall Bezirksleiter Steinkühler und die „Internationale Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiter". (nach „UZ" v. 5.9.78 und „KVZ" v. 4.9.78).

Die unnachgiebige Haltung der Michelin-Kapitalisten gegenüber ihren Arbeitern ist schon länger bekannt. Bereits Anfang 1976 streikten die



Streikende Michelin-Kollegen

spanischen Michelin-Arbeiter mehrere Monate, um eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Dieser Streik rief bei den Arbeitern des Michelin-Konzerns eine weltweite Solidaritätswelle hervor, wobei Geld gespendet wurde und z.B. in den fünf deutschen Werken die Überstunden verweigert wurden („Gewerkschaftspost" 5/78).

Die Michelin-Kapitalisten reagierten mit der Entlassung von 300 spanischen Kollegen. Dieser harte Stil gegenüber den Arbeitern wird den Michelin-Managern in der französischen Zentrale im Ausbildungsseminaren eingepaukt, die nach Aussagen eines IG Chemie-Funktionärs in der Art der amerikanischen Ranger (!) – Ausbildung ablaufen sollen („Extra-Dienst" v. 5.9.78).

Hintergrund dieser massiven Methoden sowie des ungeheuren Leistungsdrucks auf die Michelin-Arbeiter ist die Konkurrenz-Situation auf dem internationalen Reifenmarkt.

Mit Rationalisierungen und Massenentlassungen den Profit sichern

Mit Rationalisierungen und Massenentlassungen den Profit sichern

Durch die Erfindung des Gürtelreifens konnte Michelin seine Profite und Marktanteile gegenüber den anderen Reifenkonzernen weit ausbauen und ist heute zum drittgrößten Reifenproduzenten der Welt aufgestiegen. In Europa beherrscht Michelin 50% des Reifenmarktes, in Frankreich allein 80%. 1977 machte Michelin einen Umsatz von 18 Milliarden Francs (ca. 9 Mrd. DM) und einen „Nettogewinn" von 675 Mio. Franc („Spiegel" 38/78). Weiterer Grund für den „Erfolg" ist die rücksichtslose Ausbeutung der Beschäftigten (s. oben). Inzwischen haben die anderen Konzerne den Angriff aufgenommen und mit entsprechenden Maßnahmen reagiert. Vor allem der größte Konzern der Branche, Good Year, reagiert mit Preisunterbietungen auf dem europäischen Markt. Die Good-Year Tochter in der BRD, Gummiwerke Fulda, konnte in den ersten 8 Monaten 1978 bereits ihre Verkaufszahlen um 19,7% steigern. Die Folge für die Belegschaft: Vier Sonderschichten im Juli 1978 und jetzt nochmal zwei weitere Sonderschichten („Frankfurter Allgemeine" v. 11.9.78). Die drei westdeutschen Reifenproduzenten Phoenix (Hamburg), Conti (Hannover) und Metzeler (München) haben schon längst mit entsprechenden Maßnahmen reagiert. An diesen drei Betrieben sind wesentlich die Bayer AG, die Deutsche Bank und die Münchner Rückversicherung beteiligt. Bisher sind zwei Versuche „gescheitert" diese drei Betriebe zu einem nationalen Kautschukkonzern zusammenzuschweißen. (Der letzte war Ende 1977). Trotzdem werden die Interessen aus dem Hintergrund gesteuert, und Rationalisierungen vorbereitet.

2.400 Entlassungen bei Metzeler

1974 kaufte Bayer Metzeler auf. Damit hat Bayer die gesamte Kautschuk-Palette in einer Hand: vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt. Die erste Maßnahme ist die „Straffung der Belegschaft" bei Metzeler, das hieß, daß die Belegschaft von 3.800 auf 2.500 im Münchener Werk reduziert wurde. Jetzt hat der Aufsichtsrat die gesamte Stillegung der Reifenproduktion (bis auf Zweirad-Reifen) beschlossen. Diese Maßnahme ist sofort wirksam und es sind zunächst 750 Kollegen betroffen. Aber der Bayer-Konzern plant die Stillegung des gesamten Münchener Werkes für 1979, mit anderen Worten alle 2.400 Kollegen sollen auf die Straße gesetzt werden.

Dieser Beschluß ist zwar noch nicht endgültig, aber der Standort München gilt als „ungünstig", so daß die „FAZ" erwartet, daß die Rest-Produktion (Freizeitartikel und techn. Gummiwaren) in das Odenwalder Metzeler-Werk verlegt wird, wo derzeit 800 Beschäftigte arbeiten („FAZ" und „UZ" v. 11.9.78).

Für die Reifenarbeiter sieht es in München düster aus: Es gibt keinen weiteren Reifenbetrieb in München, außerdem sowieso schon 25.000 Arbeitslose. Der nächste Reifenbetrieb liegt 200 km entfernt in Bamberg und gehört Michelin...

Auch die anderen westdeutschen Reifenkonzerne rationalisieren. Bei Phoenix, zu je 20% im Besitz von Bayer, Deutscher Bank und Münchener Rückversicherung, ist in den letz-

Auch die anderen westdeutschen Reifenkonzerne rationalisieren. Bei Phoenix, zu je 20% im Besitz von Bayer, Deutscher Bank und Münchener Rückversicherung, ist in den letzten Jahren die Belegschaft um 11% auf 7.141 Kolleginnen und Kollegen geschrumpft. Nachdem es nun den Anschein hat, daß Bayer sich ganz aus dem Reifenmarkt zurückziehen will, ist auch die Zukunft der Phoenix äußerst gefährdet. Bereits bei den vorerst gescheiterten Fusionsverhandlungen zwischen Conti und Phoenix Ende letzten Jahres wurde gemunkelt, daß die Reifenproduktion bei Phoenix zugunsten von Conti ganz aufgehoben werden soll.

Schundproduktion als Folge des Konkurrenzkampfes

Im Zuge der immer hektischeren Produktion der Reifenmonopole, wird auch immer mehr Schund produziert. Bekannt geworden sind in den letzten Jahren mehrere spektakuläre „Rückrufaktionen" von Reifen verschiedener Konzerne, die derart defekt waren, daß sie bei schneller Fahrt zerplatzten; u.a. mußte auch der Monza-Reifen von Metzeler zurückgerufen werden. Der ehemalige Entwicklungschef für Reifen bei Metzeler wurde wegen der fahrlässigen Tötung von sieben Menschen (infolge des Zerplatzens der Reifen) sogar zu einem Jahr Gefängnis verurteilt („Frankfurter Rundschau" v. 22.4.78).

Der größte Skandal ist allerdings jetzt mit dem Reifen „Firestone 500" in den USA aufgedeckt worden. Tausende von Unfällen, hunderte von Verletzten und 34 Tote hat der Firestone-Konzern bis jetzt auf dem Gewissen. Ein amerikanischer Kongress-Ausschuß hat jetzt festgestellt, daß alle bisher produzierten Reifen vom Typ "500", und das sind 13 Millionen Stück, zurückgerufen werden müßten. Der Konzern zögert diese Rückrufaktion hinaus und will erst einen Bericht über die Mängel vorlegen. Nach Angaben des amerikanischen Verbraucheranwalts Ralph Nader spart der Konzern jede Woche, die er die Rückrufaktion hinauszögert 1,25 Mio. Dollar ein („UZ" v. 5.9.78).

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Fortsetzung von Seite 1

GEW-Westberlin zurück in den DGB?

Was war das Ziel?

Erstmals konnte man im "Tagesspiegel" (26.9.) lesen: **"Chancen für Einheits-GEW in Berlin"**. Der Vorsitzende der GEW im DGB, Stange, hatte auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, es sei in Verhandlungen zwischen der GEW/Bund, der GEW Westberlin und der GEW im DGB folgende Kompromißlösung gefunden worden: *"Die ausgeschlossene GEW Berlin ändert ihre Satzung so, daß der Hauptvorstand der Bundes-GEW die Kündigung zurücknehmen kann"* (ebenda). Weiterhin wußte er zu berichten, daß die Bundes-GEW bereit sei, die eigenständige Vermögensverwaltung und Organbestellung der GEW Westberlin anzuerkennen. Der noch verbleibende Streitpunkt, die Wahrung der Mitgliederrechte – bisher durch eine Doppelmitgliedschaft gedacht – soll wie folgt gelöst werden: **"Nach diesem Kompromiß würde formal, nicht aber materiell eine Doppelmitgliedschaft weiterbestehen"** (ebenda). Doch schon einen Tag später erhielt Stange einen gehörigen Dämpfer. Der Vorsitzende der GEW Westberlin und Mitglied der Verhandlungskommission, Gerhard Schmidt, stellte fest, daß von "Absprachen" keine Rede sein könne, da *"Absprachen und Vereinbarungen nur von den jeweils zuständigen Gremien getroffen werden können"* (im Fall der GEW Westberlin die LVV), daß es falsch sei, von einer **"formalen Mitgliedschaft"** zu sprechen, da die Regelung über die Mitgliedschaft *"essentielle Bedeutung"* habe, *"da sie Voraussetzung für die Fortexistenz der GEW Berlin als Verein ist"* (aus einem Brief an die GEW Bund). Weiterhin griff er die *"isolierte Information der Presse seitens der GEW im DGB"* an, da Stillschweigen vereinbart worden sei. Auch die Bundes-GEW reagierte prompt und sprach von **"verfrühten Spekulationen"**, um abschließend festzustellen, *"daß die Verhandlungen ausschließlich zwischen Delegationen des GEW-Hauptvorstandes in Frankfurt und des Landesvorstandes der GEW-Berlin (BVL) geführt werden"* – womit Stange auf das ihm gebührende Maß zurechtgestutzt worden war.

Allerdings hatte diese vorschnelle Information Stanges den großen Vorteil, daß die Öffentlichkeit und vor allem die Mitglieder der GEW Westberlin e r s t m a l s etwas über die Inhalte der gemeinsamen Verhandlungen erfuhren.

Zuerst: Was will Frister?

Nach dem harten Kurs der vergangenen zwei Jahre kam die scheinbare Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft Fristers überraschend. Hierin drückt sich wohl zuallererst die gewachsene Stärke der GEW Westberlin aus. Blauäugig wäre es jedoch, zu glauben, daß Frister von der Gewerkschaftsarbeit der GEW Westberlin so begeistert ist, daß er die Kollegen aus d i e s e m Grund wieder zurück in den Schoß des DGB holen will, nach dem Motto: "Ich hab mich so nach dir gesehnt".

Etwas hat sich jedoch allem Anschein nach geändert: Frister verzichtet heute auf einen demonstrativen Kniefall der GEW Westberlin, wie er ihn noch 1976 gefordert hatte. Heute ist er sogar bereit, gleichberechtigte Verhandlungen zu führen. Auch dies ist in erster Linie dem selbstbewußten Auftreten der GEW Westberlin zu verdanken, mit der Frister eben nicht so umspringen kann, wie er es ansonsten in der GEW gewohnt ist.

Um aber seine Ziele beurteilen zu können, sollen zunächst die "Kompromisse", die er der GEW Westberlin anbietet, untersucht werden. Da ist zunächst die Bereitschaft, die Selbständigkeit der GEW Westberlin in der Verwaltung des Vermögens und der Beiträge sowie die eigenständige Organbestimmung anzuerkennen. Dies ist ein Teil des Novemberkompromisses. Diese Rechte sind jedoch auch vorher schon den Landesverbänden in Hamburg und Baden-Württemberg eingeräumt worden, sind also keine Besonderheit in der GEW. Weiterhin sollen die Westberliner Mitglieder neben der Mitgliedschaft in der GEW/Bund eine zweite in der GEW Westberlin behalten. Eingeschränkt wird dies jedoch dadurch, daß letztere allein durch die Mitgliedschaft in der Bundes-GEW erreicht werden kann. Dies wäre zwar ein Novum in der GEW, hat jedoch materiell keine Auswirkungen, da auch in diesem Fall die Mitgliedschaft in der Bundes-GEW die e n t s c h e i d e n d e ist.

Klar und deutlich hat die Bundes-GEW zu verstehen gegeben, "daß die UVB (Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen "K-Gruppen") nicht verhandlungsfähig" sind. Als Kompromiß wird eine Regelung angeboten, nach der die Landesgremien bei Ausschlüssen b e f r a g t werden (siehe Entschließung des HV). Insgesamt würde also die Bundes-GEW satzungsmäßig keinen Schritt weitergehen, als dies auch schon bei anderen Landesverbänden der Fall ist.

Wenn man nun nicht der Illusion nachhängt, daß dem Frister plötzlich die GEW Westberlin lieb geworden ist, so kann man wohl nur schlußfolgern, daß er die alten Ziele mit anderen Mitteln verfolgt.

Auch wenn er der GEW Westberlin im gewissen Rahmen eine Eigenständigkeit "erlaubt", behält er das e n t s c h e i d e n d e Mittel in der Hand: wer darf Mitglied der GEW werden und wer darf ausgeschlossen werden.

Selbst wenn dem Landesverband ein Mitspracherecht eingerichtet wird, zeigen doch alle Erfahrungen der vergangenen Jahre, daß der Hauptvorstand im entscheidenden Moment über Leichen geht. Hierfür spricht zum einen der Westberliner Fall selbst, zum anderen haben doch die Ausschlüsse in Bochum in aller Deutlichkeit klar gemacht, wie weit GEW-Mitglieder gehen dürfen. Selbst wenn h e u t e dem Landesverband dieses Mitspracherecht eingeräumt wird, wer garantiert denn, daß es nach dem Eintritt der GEW Westberlin noch gilt? Immerhin ist Frister nur bereit, über dieses Mitspracherecht eine Vorstandsentschließung anzufertigen, die satzungsrechtlich k e i n e r l e i Relevanz hat. Mit einfacher Mehrheit kann diese durch den HV wieder zunichte gemacht werden. Wer würde Frister diese Schweinerei nicht zutrauen?

Geradezu lächerlich ist es, wenn der GEW-Bundesvorstand von *"weitgehenden Zugeständnissen"* spricht. Dies gilt doch offensichtlich mehr der Propaganda, um die Mitglieder der GEW Westberlin gefügug zu machen. Zu fragen bleibt noch, was den Taktikwechsel Fristers ausgemacht hat und was er sich davon verspricht. Schon oben ist gesagt worden, daß dies in erster Linie auf die Stärke der GEW Westberlin zu-
worden, daß dies in erster Linie auf die Stärke der GEW Westberlin zu-
rückzuführen ist. Selbst in den höchsten DGB-Stuben wird nicht verborgen geblieben sein, daß hier eine Gewerkschaft u n a b h ä n g i g vom DGB existiert und an Stärke gewinnt. Auch wenn sie dem Monopol DGB heute kaum das Wasser reichen kann, so ist diesem Monopol doch jede Konkurrenz lästig. Zumal damit ein lebendiges Beispiel besteht, daß Gewerkschaftsarbeit auch ohne DGB möglich ist. Mit dem vorliegenden "Kompromiß" soll wiederum ein Keil in die Mitgliedschaft getrieben werden. Denn auch Frister wird klar sein, daß hieran wiederum die Auseinandersetzung ausbrechen wird, wieweit die Mitgliederrechte gegenüber der Bundes-GEW zu sichern sind. Er spekuliert darauf, daß einem Teil der Mitglieder der "Kompromiß" genügt und ihnen die Mitgliedschaft im DGB wichtiger ist, als der Schutz der Mitglieder vor den UVBs des DGB. Schon heute spekuliert der Vorsitzende der GEW im DGB darauf, daß bei einer Ablehnung des "Kompromisses" ein Teil des Vorstandes die Mitglieder zum Übertritt in den DGB auffordern wird (in einem Brief an seine Vorstandskollegen über die Verhandlungen vom 6.9.78). Er spricht sogar davon, daß Vorstandsmitglieder der GEW Westberlin dies in den Verhandlungen geäußert hätten, was von diesen allerdings dementiert wird.

Stimmt die GEW Westberlin jedoch dem "Kompromiß" zu, hat Frister alle Mittel in der Hand, durch Ausschlüsse seine Politik durchzusetzen.

In jedem Fall bleibt bei diesem "Kompromiß" zumindest die Spaltung der GEW Westberlin das Ergebnis.

Der Weg der GEW Westberlin

Im März 1975 hatte die außerordentliche Bundesvertreterversammlung der GEW in Köln beschlossen, daß alle Landesverbände der GEW in ihrer Satzung den Vorrang der Bundessatzung mit den antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu verankern haben. In Hamburg und Westberlin stieß dieser Beschluß auf entschiedenen Widerstand. In Hamburg wurde ein Kompromiß ausgehandelt; in Westberlin übernahm der Landesverband im Herbst 1975 die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit einer 2/3-Mehrheit. Durch eine Klage einiger Westberliner GEW-Mitglieder wurde erstmals gerichtlich festgestellt, daß eine Übernahme der Bundessatzung gleichbedeutend ist mit einer Auflösung der Landesverbände und nur mit einer 3/4-Mehrheit der Delegierten beschlossen werden kann. Nachdem trotz massiver Stimmungmache für die Auflösung des Berliner Landesverbandes die notwendige Mehrheit auf der LVV im August 76 nicht zustande gekommen war, schloß Frister den Westberliner Landesverband kurzerhand aus und gründete in Westberlin eine neue, "GEW im DGB".

Der ausgeschlossene Westberliner Landesverband unternahm noch einen Versuch, Mitglied des DGB zu bleiben und bot auf der LVV im November 76 einen sehr weitreichenden Kompromiß an, den sogenannten Novemberkompromiß.

Frister ging es nicht im mindesten darum, eine Kompromißlösung zu finden; er wollte ein Exempel statuieren und den aufmüpfigen Landesverband Berlin ein für alle Mal zerschlagen.

Das beweisen die Spandauer Geheimverhandlungen, in denen auf Anweisung Fristers mit den rechten Delegierten abgesprochen wurde, den Kompromiß durch ihre Ablehnung zum Scheitern zu bringen und damit den Ausschluß festzuschreiben.

Durch Anerkennung der GEW im DGB durch den Hauptvorstand im Februar 77 sollte der LV Westberlin endgültig in die Knie gezwungen werden (der Gerichtsbeschluß war zwischenzeitlich aufgehoben worden). Offensichtlich rechnete sich Frister aus, daß ein großer Teil der GEW-Kollegen in Westberlin in die Spalter-GEW eintreten würde.

Diese Rechnung ging nicht auf. Die LVV vom 23.2.77 sprach sich gleichzeitig gegen die Auflösung des Landesverbandes und gegen den Austritt aus dem DGB aus.

Während heute 8000 Mitglieder in der GEW Westberlin sind, mit steigender Tendenz, konnte die GEW im DGB nur 4000 Mitglieder an sich
gender Tendenz, konnte die GEW im DGB nur 4000 Mitglieder an sich
binden.

Einige Punkte der Politik der GEW Westberlin:

– 1. Mai 1977: Unter der Parole, "Gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung, für internationale Solidarität" gingen 25.000 Kollegen mit der GEW Westberlin gemeinsam auf die Straße. Es ist die größte nicht vom DGB organisierte Mai-Demonstration in der Bundesrepublik und Westberlin.
– Unterstützung des Russell-Tribunals, nicht zuletzt durch Bereitstellung von finanziellen und räumlichen Mitteln.
– Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung.
– Kämpfe gegen Ausbildungsverschlechterungen und die Diskriminierung ausländischer Schüler.
– Organisierung des Widerstandes gegen die Berufsverbote und gegen die Zensur kritischer Unterrichtsinhalte.
– Unterstützung und Zusammenarbeit mit aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossenen Kollegen (z.B. mit den ausgeschlossenen Bochumer GEW-Kollegen),
– Durchführung von Veranstaltungen über fortschrittliche pädagogische Zielvorstellungen, die Geschichte der Gewerkschaften und die politische Unterdrückung in diesem Staat.
– Die Herausgabe der "Berliner Lehrerzeitung" (BLZ) mit einer Reihe von fortschrittlichen gewerkschafts- und bildungspolitischen Artikeln, die auch unter westdeutschen Kollegen immer mehr Anklang findet.
– Unterstützung der studentischen Kämpfe und Demonstrationen gegen das Hochschulrahmengesetz.
– Und nicht zuletzt die Solidarität mit den Agitdruckern und die Übernahme des Rechtsschutzes für die Westberliner "Buback-Professoren".

Die Verhandlungen

Am 6. 7. 1978 wurde vor dem Landgericht Frankfurt die Klage der GEW Westberlin gegen die Unrechtmäßigkeit ihres Ausschlusses und die Klage der GEW Bund zwecks Aberkennung des Namens der GEW Westberlin verhandelt. Ergebnis: das Gericht schlug eine Eingigung der beiden Gewerkschaften am Verhandlungstisch vor. Zweimal trafen sich die Verhandlungsdelegationen bisher, am 20.7. und am 23. 9. Die Delegation der GEW Westberlin war vom Landesvorstand mit folgenden Richtlinien ausgestattet worden:

1. Grundlage ist die Satzung vom 23. 11. 76, der sogenannte Novemberkompromiß.

Dort heißt es sinngemäß: Die Regelungen der Bundessatzung gehen entgegenstehenden Regelungen der Landessatzung vor (Generalklausel). Davon unberührt bleiben die Bestimmungen über die Vermögensverwaltung, die Organbestellung, die Auflösung – nur durch Landesvertreterversammlung (LVV) mit 3/4-Mehrheit möglich – und über die Mitgliedschaft: **"Bestimmungen der Satzung der GEW Berlin über die Mitgliedschaft bleiben in ihrem Wesensgehalt bestehen".**

schaft bleiben in ihrem Wesensgehalt bestehen".

2. Grundlage ist der Beschluß der außerordentlichen LVV vom 2.3.78, in dessen entscheidenden Passagen es heißt: **"Wir halten an den bisherigen politischen Stellungnahmen der GEW Berlin zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen fest und 'verurteilen die Existenz und die Anwendung dieser Beschlüsse in den DGB-Gewerkschaften. Dazu gehört – wie im Fall der ausgeschlossenen Kollegen in Bochum bereits geschehen – praktische Solidarität mit allen von den UVBs betroffenen Kollegen in allen DGB Gewerkschaften zu üben".**

3. Die Auflösung der GEW Westberlin darf nicht Voraussetzung oder Bedingung für die Eingliederung sein.

4. Die einheitliche Übernahme der gesamten GEW Westberlin hat so zu erfolgen, daß es zu keiner besonderen Überprüfung oder Aussonderung von Mitgliedern kommt.

5. Die GEW Westberlin muß die Möglichkeit erhalten, alle eingegangenen Verpflichtungen oder Zusagen einzuhalten (z. B. Sicherung des Rechtsschutzes für die Herausgeber des Buback-Nachrufes).

Was wurde bisher ausgehandelt?

Am 23.9. fand in Stuttgart die zweite Sitzung der gemeinsamen Verhandlungskommission GEW/GEW Westberlin statt. Dort wurde ein Arbeitspapier formuliert, *"wie die Satzung der GEW Berlin so an die Bundessatzung angepaßt werden kann, daß die Bundesorganisation dies noch als tragbares Zugeständnis erachtet"*. (nach einem Kurzbericht an den Landesvorstand der GEW Westberlin). Dieses Arbeitspapier enthält folgende Vorschläge:

1. Unverändert bleiben die Rechte der GEW Westberlin über eigene Vermögensverwaltung und über die Verwaltung des eigenen Beitragsanteils sowie über Organbestellung und Auflösung.
2. Bestimmungen über den Erwerb der Mitgliedschaft können weder einseitig von der GEW Bund noch von der GEW Westberlin geändert werden.
3. Die Aufnahme in die GEW Westberlin (BVL) wird durch die Aufnahme in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vollzogen (früher: die Mitgliedschaft in der GEW Westberlin beinhaltet gleichzeitig die Mitgliedschaft in der GEW Bund).

Das bedeutet: Es gibt keine e i g e n s t ä n d i g e Mitgliedschaft in der GEW Westberlin, so daß ein Schutz für die Mitglieder vor Willkürmaßnahmen durch den Bundesvorstand nicht besteht. Das genau war jedoch die Intention des Novemberkompromisses (siehe Kasten).

4. Weiterhin wurde ein Entwurf für eine Entschließung des Hauptvorstandes bezüglich der UVBs ausgearbeitet, der folgenden Wortlaut hat: **"Bei Ausschlußverfahren nach § 8, 4 d (Ausschluß nach den UVBs, Anm. AK) der Satzung der GEW wird der Hauptvorstand bei seiner Entscheidungsfindung Stellungnahmen des zuständigen Landesvorstan-**
Entscheidungsfindung Stellungnahmen des zuständigen Landesvorstan-
des oder eines nach Landesrecht geschaffenen Gremiums berücksichtigen. Zu diesem Zweck wird das jeweils zuständige Gremium vor der Verhandlung im Hauptvorstand über Ausschlußanträge informiert, das dann seine Stellungnahme in angemessener Frist abzugeben hat" (ebenda).

Festzuhalten ist dabei, daß es sich hierbei in jedem Fall nur um eine Entschließung des HV handelt, jedoch nicht um eine Satzungsänderung, so daß diese jeweils mit Mehrheit des HV wieder aufgehoben werden kann.

Druck

Druckkapitalisten drohen schon wieder mit der Aussperrung

Wie schon im AK berichtet, hat die DruPa termingerecht zum 31.12.78 den Manteltarif sowie die Anhänge zu den einzelnen Sparten (Buch- und Offsetdruck usw.) gegenüber dem Kapitalistenverband gekündigt. Zentrale Forderungen der DruPa sind die Festlegung von Facharbeiterpositionen, Kündigungsschutz für Vertrauensleute und die von den Kapitalisten am meisten angegriffene Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die DruPa nimmt eine Art Vorreiterrolle mit dieser Forderung ein, sie ist die erste größere Gewerkschaft, die diese Forderung ins Verhandlungspaket genommen hat.

Die Druckkapitalisten lehnten in ihrer Antwort erst einmal alle Forderungen der DruPa rundheraus ab.

Kein Wunder, aus dem Mitte September vorgelegten Geschäftsbericht der Druckindustrie geht hervor, daß sie sich *„erstaunlich schnell von den Folgen des heftigen Arbeitskampfes im Frühjahr erholt"* hat („FR", 20.9.78). Die Umsätze erreichten mit 7,7 Mrd. DM ein Plus von 6,9 %, für das ganze Jahr erwartet man eine „überdurchschnittliche reale Steigerung" („SZ", 20.9.78). Bei den Investitionen sollen statt 760 Mio. DM 1976 in diesem Jahr sogar 970 Mio. DM ausgegeben werden (+ 28 %)! Diese Investitionen kosteten schon in den letzten Jahren etlichen 10.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz, z.B. soll das für 300 Mio. DM in den nächsten zwei Jahren geplante neue Druckzentrum Axel Cäsar Springers in Hamburg rund 1.000 Kollegen den Arbeitsplatz kosten. Von der DruPa ist die 35-Stunden-Woche ja auch als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit propagiert worden.

Dagegen erklärte der Sprecher der Druckindustrie, Mack, es stimme überhaupt nicht, daß die Druckindustrie in den letzten sechs Jahren 30.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert habe, eine Verkürzung der Arbeitszeit könnten die Kapitalisten nur durch verschärfte Rationalisierungen ausgleichen. Auch die 5-Tage-Woche im Zeitungsdruck „lasse sich kaum realisieren", das einzige, was Mack anbot, war die Kollegen etwas früher in Rente zu schicken, das kostet den Kapitalisten kein Geld.

Insgesamt warnte Mack *„mit Blick auf den IG Druck-Vorsitzenden Mahlein davor, die Atmosphäre von vornherein unzweckmäßig mit Drohungen und Kriegsgeschrei zu belasten, ... die Aussperrungsbereitschaft der Arbeitgeber der Druckindustrie ist in diesem Jahr nicht geringer als im vorigen"* („SZ", 20.9.78). Damit sind die Weichen von vorneherein klar gestellt, alle Forderungen der DruPa sollen abgebürstet werden, Kampfmaßnahmen würden in jedem Falle durch größere Aussperrungen beantwortet.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Führer setzen Mobilisierung gegen Besoldungskürzungen aus

Endete schon die Auseinandersetzung um die Rückstufung der Referendarbesoldung im vergangenen Jahr mit dem Abwürgen eines in Hamburg geplanten Warnstreiks durch den Hauptvorstand, so ist aus der diesjährigen Besoldungsrunde ähnliches zu vermelden. Eine für den 25.9. in Bonn geplante Großkundgebung der GEW, zu der bundesweit mobilisiert wurde, wurde nur wenige Tage zuvor abgesagt. Pflichtgemäß setzte auch die schleswig-holsteinische GEW-Führung ihre in Kiel geplante Veranstaltung ab und verschickte hektisch Demobilisierungsschreiben. Lediglich in Hamburg fanden die geplanten GEW-Aktivitäten statt, was aber den Landesvorstand zu einem wahren Eiertanz veranlaßte.

Die Kundgebung in der Bonner Stadthalle sollte nach den Ankündigungen der GEW-Führung d i e zentrale Aktivität gegen die beabsichtigte Senkung der Anwärterbezüge sein. In der „Erziehung und Wissenschaft" wurden *„alle landes-, Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Ortsverbände (...) aufgerufen, gemeinsame Fahrten für GEW-Mitglieder zur zentralen Kundgebung in der Stadthalle, Bonn Bad-Godesberg, am 25. Sept. zu organisieren"*. Am Donnerstag wurde bekannt, daß die für Montag geplante Kundgebung abgesetzt sei, viele Lehrer erfuhren davon wohl erst aus der Freitagsausgabe der „Frankfurter Rundschau". Wieviele Mitgliedsbeiträge mögen hie wohl für schon gebuchte Fahrten, Raummiete etc. sinnlos verpulvert worden sein?

Ebenso kriminell wie die Umstände der Absetzung der Großkundgebung ist ihre Begründung. Die Grundlage der Protestkundgebung sei *„im Augenblick entfallen"*, da sich Frister in Gesprächen mit dem SPD-Innenausschuß darauf geeinigt habe, die Kürzung der Referendarbesoldung aus dem vorliegenden 7. Besoldungsgesetz zu streichen. Weder hat hier die Bundesregierung eine konkrete Zusage gemacht, noch hat der SPD-Innenausschuß erklärt, daß er grundsätzlich gegen eine Rückstufung der Referendare ist. Wenn also Herr Frister den Eindruck hat, die Politiker hätten eingesehen, daß die Kürzungen *„finanz-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch Unsinn"* seien (unter dieser Stoßrichtung wurde zur Kundgebung mobilisiert), dann haben die Mitglieder gefälligst nicht mehr zu protestieren!

Noch kurioser trieb es die schleswig-holsteinische GEW-Führung, die in einem eilends verbreiteten „GEW-aktuell" Siegesmeldungen verbreiten ließ: *„Erfolg der GEW-Anwärterbezüge werden nicht gekürzt"*, obwohl selbst die GEW-Bund erklärt hatte, daß die Grundlage des Protests *„i m A u g e n b l i c k entfallen"* sei. Weiter heißt es in dem GEW-aktuell: *„Die bisherigen intensiven Protest- und Abwehrmaßnahmen haben ein sozial-politisches Unrecht verhindert und damit sozialen Sprengstoff entschärft. Aufgrund dieses Erfolges sieht die GEW keinen Anlaß mehr, eine Protestkundgebung durchzuführen. Der Landesvorstand der GEW-Schleswig-Holstein dankt allen Mitgliedern, die durch ihr engagiertes Eintreten zu dem Erfolg beigetragen haben"*.

Lediglich in Hamburg gab es am 25.9. gewerkschaftliche Aktionen. Am Vormittag fand eine vom Referendarvorstand initierte Protestversammlung der Studienreferendare statt, zu der auch die GEW aufgerufen hatte und an der sich dann 320 Kollegen beteiligten. Dies ist ein besonders schöner Erfolg, wenn manbedenkt, daß die Behörde es abgelehnt hatte, für die Veranstaltung Dienstbefreiung zu genehmigen und einige Seminarleiter angekündigt hatten, die Anwesenheit der Kollegen an den Schulen zu kontrollieren.

An der Veranstaltung nahm auch der GEW-Vorsitzende Lemke teil, der betonte, daß es keinen Grund gäbe, den Protest gegen die Besoldungskürzungen einzustellen und der dazu aufrief, wachsam zu sein. Trotzdem wehrte er sich mit Händen und Füssen dagegen, daß die Versammlung eine Resolution beschloß, in der gegen die Absage der Kundgebungen in Bonn und Kiel protestiert wurde, womit er sich aber nicht durchsetzen konnte. Vielmehr beauftragte die Versammlung ein Mitglied des Referendarvorstandes, die Resolution auch auf der Abendveranstaltung der GEW einzubringen.

Wohlwissend, daß diese Resolution auch auf der Abendveranstaltung eine Mehrheit finden würde, wollte Lemke die Sprecher der Referendare darauf verpflichten, die Resolution dort nicht einzubringen und kein Sterbenswörtchen zum Verhalten des DGB zu verlieren. Damit setzte sich Lemke nicht nur über den Mehrheitsbeschluß der Referendarversammlung hinweg, sondern verhöhnte auch das GEW-Motto „Gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit" (wozu noch vor wenigen Monaten eine große Veranstaltung gemacht worden war). Auf der abendlichen Versammlung im überfüllten Curio-Haus kam denn auch die Absage der DGB-Kundgebungen nur am Rande zur Sprache und die Resolution wurde dort lediglich von Kollegen verteilt, nicht jedoch zur Abstimmung zugelassen.

Lemkes Verhalten wird ihm schwerlich Anerkennung beim DGB und bei der GEW-Bund eingetragen haben, mußten doch diese schon die Durchführung der Hamburger Veranstaltungen als Kritik an der Absage der Kundgebungen in Bonn und Kiel auffassen. In der Zwickmühle, den DGB nicht vergrätzen zu wollen und andererseits sein fortschrittliches Image nicht zu verlieren, versuchte Lemke, Widersprüche zu verschleiern, indem er den Mitgliedern den Mund verbot. So wurde nach bester Vorstandsmanier ohne Diskussionsmöglichkeit eine Resolution „verabschiedet", die in penetranter Weise sich bis in den Wortlaut der GEW-Bund-Argumentation anzugleichen versucht: (...)

„Die Protestversammlung der GEW-Hamburg hält die Kürzung der Anwärterbzüge für sozialpolitisch ungerecht, für arbeitsmarktpolitisch unwirksam, für konjunkturpolitisch unsinnig, für gesellschaftspolitisch unverantwortlich".

Lemkes Verhalten ist besonders schädlich, wenn man sich den Hintergrund der Absage der GEW-Veranstaltungen vergegenwärtigt. Schließlich wäre es für Frister kein Problem gewesen, die Protestversammlungen stattfinden zu lassen und erst d a n a c h mit der Mitteilung rauszurücken, die SPD habe ihre Absicht, die Besoldung zu kürzen, vorerst fallengelassen. So hätte man einen „Kampferfolg" der GEW vorzuweisen gehabt und außerdem die Einsicht der SPD loben können. Vielmehr ging es der GEW-Führung aber darum, überhaupt jede gewerkschaftliche Mobilisierung zu verhindern. Gerade dies deutet darauf hin, daß der Angriff auf die Referendarbesoldung, der nur die Vorstufe für allgemeine Besoldungskürzungen der Lehrer sein wird, nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Kritische Schulbücher - wie lange noch?

Die zum Bertelsmann-Konzern gehörenden Schulbuchverlage „Pro Schule" und „Vieweg" sollen faktisch aufgelöst und das Verlagsprogramm in den Bertelsmann-Verlag integriert werden. Die Belegschaft der beiden Verlage verliert damit ihre Arbeitsplätze, nur ein Teil soll von anderen Teilen des Konzerns übernommen werden. Begründet wird diese Veränderung mit einer *„unumgänglich gewordenen Anpassung an die veränderten Marktgegebenheiten."*

Die „Marktgegebenheiten" sahen Anfang der siebziger Jahre so aus, daß von den in der Studentenbewegung anpolitisierten Lehrern und Teilen der Fachwissenschaft die *„konservative bis reaktionäre Engstirnigkeit"* (Prof. W. Schulz) damaliger Schulbücher kritisiert und Neuansätze gefordert wurden. Vor allem sollten diese Bücher die Realität der Schüler und gesellschaftliche Zusammenhänge nicht aussparen und zur kritischen Auseinandersetzung statt zur Identifikation mit Texten erziehen.

In dieser Situation sah die größte westdeutsche Verlagsgruppe, der Bertelsmann-Konzern, eine Chance, ihre Tätigkeit auf den Schulbuch- Markt auszuweiten, wo einige wenige alteingesessene Verlage (Klett, Schrödel , Diesterweg) ca. 50% des Marktes beherrschten. Als Bertelsmann-Tochter wurde der „Pro Schule" - Verlag gegründet, der mit einer verhältnismäßig fortschrittlichen Konzeption an die Öffentlichkeit trat:

„Unsere Bücher sollten offen angelegt sein, anknüpfen an die Ausgangssituation der Schüler, deren unmittelbares Interessensfeld erreichen und das Bemühen, Schüler optimaler als bisher mitarbeiten zu lassen und dadurch den Wissenserwerb zu begünstigen" (ein Vertreter des Verlags in „betrifft:erziehung" 12/75).

Ausdruck dieser Konzeption war dann u.a. das Lesebuch „drucksachen", das von der CDU/CSU und rechten Elternverbänden schon bald zum Paradebeispiel für den *„Mißbrauch der Schule durch linke Systemveränderer"* hochstilisiert wurde.

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (1974) und NRW (1975) wurde von der CDU mit diesem Buch Propaganda gegen die SPD-Bürokratie betrieben, die dieses Buch zum Gebrauch an den Schulen zugelassen hatte.

Und die rechte Presse mischte kräftig mit: *„Skandal um deutsches Lesebuch - 215 Schimpfwörter"* („Bild"); *„Roter Schmutz auf Schulkinder"* („Bayernkurier") ; *„Gefährdung von Ehe und Familie"* („Rheinischer Merkur"). In der „FAZ" vom 5.8.77 gelang es Friedrich Karl Fromme gar, das Lesewerk mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen.

Der Pro - Schule - Verlag reagierte auf diese Kampagne einerseits mit der Herausgabe zweier Dokumentationen (*„Das hätte Alfred Tetzlaff nicht besser gekonnt"*, 1974 und *„Aus Lesebüchern lernen"*, 1977), andererseits legte er als *„Beitrag zur Versachlichung der Diskussion"* (Verlagswerbung) eine zweite, um den größten Teil der inkriminierten Texte „bereinigte". (sprich zensierte), Auflage vor. Aber der restriktiveren Handhabung der Schulbuch-Genehmigungen, wo vor wenigen Jahren noch Ablehnungsquoten von 20% üblich waren, während sich z.B. schleswig-holsteinische Politiker heute rühmen, daß bei ihnen jedes zweite Schulbuch abgelehnt wird, konnte der Verlag so auch nicht begegnen.

Hinzu kommt, daß selbst in Ländern, wo „drucksachen"ministeriell genehmigt ist (z.B. Niedersachsen), eine zweite Hürde übersprungen werden muß, bevor ein Lehrer es in der Klasse verwenden kann: Nach einem Erlaß des Kultusministers Remmers kann dort der Schulelternrat die Verwendung eines grundsätzlich zugelassenen Buches ablehnen.

So sieht denn auch der Bertelsmann-Konzern den Hintergrund des Scheiterns seiner Schulbuch- Konzeption im *„Mißfallen von konservativen Eltern, von Parteien und Verbänden"* und in den schulpolitischen Wahlkampfauseinandersetzungen. *„Dieses Lesebuchkonzept sei daher heute 'fast tot' "* („FAZ", 21.9.78).

Was für den Bertelsmann - Konzern allerdings Ausdruck *„veränderter Marktgegebenheiten"* ist, denen mit einigen Entlassungen, einem neuen Management und einer veränderten Konzeption leicht begegnet werdan kann, ist für die Lehrer Ausdruck der zunehmenden Unmöglichkeit, kritische Inhalte in den Unterricht einzubringen. Denn die Zurückdrängung fortschrittlicher Ansätze in den Schulbüchern geht einher mit der verstärkten Kontrolle sog. freier Unterrichtsmaterialien (Dokumentationen, Zeitungsartikel, Buchausschnitte), die – wie die CDU in Baden-Württemberg fordert – vor Gebrauch dem Schulleiter vorgelegt werden sollen („FR" , 5.11.77) .

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

ausländische Arbeiter in der BRD

CGB und Neofaschisten (MSI)

Offene Zusammenarbeit in Vorbereitung

Am 22.9. hat die „Frankfurter Rundschau" Kontakte zwischen CDU/CSU-Kreisen und italienischen Neofaschisten enthüllt, die - nach allen Maßstäben bürgerlicher Demokratie - einen Skandal auslösen müßten. In der BRD freilich langt's dazu nicht einmal!

Die Fakten: Der CDU/CSU-nahe „Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands" (CGB) steht in intensiven Verhandlungen mit der italienischen „Gewerkschaft" CISNAL, eine von der neofaschistischen MSI gesteuerte Organisation. Mindestens seit 1972 versucht die CISNAL sich in der BRD offiziell einzurichten. Als Tarnunternehmungen der Faschisten dienen dabei die „soziale Betreuungsorganisation" ENAS (mit, laut VS, 16 Büros in der BRD) und „Trikolore-Komitees für die Italiener in der Welt" (CTIM), von denen es - wieder laut VS - 25 in der BRD gibt. Von den CTIM wird seit 1969 eine Zeitung, „Oltreconfino", herausgegeben.

Bei den Verhandlungen zwischen CGB und CISNAL ist laut „FR" die Einigkeit inzwischen so weit, daß bereits Entwürfe für einen Kooperationsvertrag ausgetauscht sind. Ziel der Kooperation soll u.a. sein:

- Bei Betriebsratswahlen sollen gemeinsame CGB/CISNAL Kandidaten aufgestellt werden.
- Von CGB-Funktionären sollen Informationen über italienische „Gastarbeiter" in der BRD der ENAS zugeleitet werden, damit diese „ihre Landsleute" besser „betreuen" kann.
- Der CGB soll der ENAS beim Bundesarbeitsministerium zur Anerkennung als „seriöse", „soziale" Organisation verhelfen; auf diese Weise erhofft sich die ENAS auch, Rundfunk-Sendezeit zu bekommen.

Die Interessen der Faschisten sind klar: Es geht der MSI darum, ihre Propaganda unter den Italienern in der BRD unter noch günstigeren Voraussetzungen betreiben zu können. Die bereits seit Jahren von MSI/CISNAL betriebene Propaganda setzt wesentlich auf nationalistische Parolen („die Italienität") und ist u.a. gegen die Integration von „Gastarbeitern" - und besonders von deren Kindern - in die BRD-Gesellschaft, in das westdeutsche Schulsystem usw. gerichtet.

Gleichfalls seit Jahren gibt es, zumeist im stillen, gelegentlich aber auch ganz offen Kontakte zwischen MSI und CDU/CSU.

- Die von Filbinger geführten CDU-Minister in Baden-Württemberg, Hahn und Schieß, steuerten 1975 für die MSI/CTIM-Zeitung „Oltreconfino" lobende Grußworte bei (was damals zu erheblichen Protesten, auch von der SPD, führte).
- CSU-Chef Strauß gab, ebenfalls schon vor einigen Jahren, der MSI-Zeitschrift „Il Borghese" ein freundliches Interview.
- Kein Wunder: Straussens Buch „Entwurf für Europa" wird in Italien von dem MSI-nahen Verlag Giovanni Volpe herausgebracht. „Oltreconfino" bekennt denn auch: Franz Josef sei „der Mann, dem man folgen sollte".

Auffallend ist, daß CGB und CISNAL ihr gutes Einvernehmen offensichtlich in aller größter Ruhe und Ungestörtheit entwickeln können. CGB-Geschäftsführer Bernhard Koch sah sich, von der FR wegen der christ-faschistischen Kungelei befragt, noch nicht einmal genötigt, solche Kontakte zu dementieren.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

TBC-kranker Türke soll ausgewiesen werden!

Türken sind für Bayerns Behörden Menschen zweiter Klasse. Das mußte jetzt ein türkischer Jugendlicher erfahren, als er seine Eltern in der BRD besuchen wollte.

Am 20. Juni reiste Hasan Suicmez in die BRD ein, um seine Ferien bei seinen Eltern zu verbringen. Drei Tage nach seiner Ankunft stellte ein Arzt eine offene Tbc bei ihm fest, und wies ihn in ein Krankenhaus in Zusmarshausen ein. Dort wurde er jedoch nach 55tägiger Behandlung von der Polizei abgeholt und in die Justizvollzugsanstalt Bayreuth gebracht.

Das Landratsamt Augsburg hatte gegen den jungen Türken „mit sofortiger Wirkung Vorbeugehaft zur Abschiebung" angeordnet. Der Jugendliche sei illegal eingereist. Durch die illegale Einreise und den unerlaubten Aufenthalt sei es erwiesen, daß der junge Ausländer nicht gewillt sei, die deutschen Gesetzesvorschriften zu beachten noch freiwillig auszureisen. So die Begründung des Amtsgerichts Augsburg.

Daß Hasan jedoch als Besucher jederzeit drei Monate in der BRD ohne Aufenthaltserlaubnis wohnen kann, daß er nachweislich seine Eltern besuchen wollte und somit über einen festen Wohnsitz verfügte, daß er nach Ablauf seiner Ferien wieder in die Türkei an seine Schule zurückkehren wollte — all das ist den Unterlagen, die sowohl dem Landratsamt als auch dem Gericht vorlagen, zu entnehmen. Doch der Richter schloß fest die Augen und entschied: „Ohne Inhaftierung ist die Vereitelung der Abschiebung zu befürchten." Also „Schutz der Bevölkerung vor einer unkontrollierten Gefährdung", wie der Sachbearbeiter im Landratsamt meinte. Weiter wurde behauptet, „die Krankheit sei schon früher aufgetreten, und er wollte sich nur in der BRD behandeln lassen." Wofür erstens keine Beweise vorlagen, und zweitens Hasan sowieso als Schüler bei seinem Vater mitversichert ist, d.h. die Krankenkasse muß sowohl in der Türkei wie in Bayern für die Kosten aufkommen.

Der Fall kam erst durch zwei SPD-Abgeordnete Bayerl und Amling an die Öffentlichkeit, die ein Schreiben an Innenminister Seidl richteten, in dem sie das Vorgehen des Landratsamtes als „einen unglaublichen, inhumanen und rechtswidrigen Vorgang" bezeichneten. Seidl, so versicherte sein Pressesprecher habe erst durch die beiden SPDler von der Sache erfahren, daraufhin aber „blitzschnell gehandelt" und die Aufhebung des Haftbefehls angeordnet.

Für Hasan Suicmez bedeutet dies nicht nur einen langen Aufenthalt im Krankenhaus — umso länger jetzt, da die Einlieferung in die Justizsvollzugsanstalt die ersten Heilerfolge abrupt unterbrochen hat — sondern auch, daß er sein Abitur, auf das er sich vorbereitet, auf einige Zeit aufschieben muß. Bayern wird er wohl sicherlich in guter Erinnerung behalten („SZ", 22.9.78, „Münchner Merkur", 22.9., „Augsburger Allgemeine", 22.9.).

KB/Gruppe Nürnberg



Was Fernsehen nicht sein soll: „Unterhaltung mit Sozialkritik“

Seit zwei Jahren kämpft die ehemalige Ressortleiterin Kinderfernsehen im Hessischen Rundfunk, Carola Benninghoven, gegen ihren Rausschmiß durch die Rundfunkanstalt. Im Oktober geht diese Auseinandersetzung vor dem Landesarbeitsgericht in die nächste Runde. In bisher allen Instanzen erklärten die Gerichte die Kündigung für unwirksam, jedesmal legte die Anstalt Berufung ein.

Um was geht es:

Die Redakteurin war für die Kinderserien „Familie Zisch macht reinen Tisch" und „Die Sendung mit der Maus" verantwortlich. Und eben gerade diese war den leitenden Herren des Hessischen Rundfunks zu *„indoktrinär und zu einseitig."* Vor allem ihr unmittelbarer Vorgesetzter, der Leiter der Hauptabteilung Fernsehen (Unterhaltung, Bildung und Erziehung), Hannes Bressler, gab vor Gericht schon zum Besten, warum er seinem Job alle Ehre macht: Die Sendungen sollten „neue Akzente" enthalten, wie etwa „Wissensvermittlung" (!!) und „Erläuterung der Umwelt" (!). *„Was darunter zu verstehen war, deckte sich aber in der Vorstellung der Klägerin nicht mit den unseren. Die Klägerin bevorzugte gesellschaftskritische Sendungen, was unserer Auffassung nach für Kinder nicht geeignet war."* Und weiter: *„Ich habe der Klägerin oft gesagt, daß im Kinderprogramm keine Formen von Unterhaltung vorkommen sollen, die auf Sozialkritik hinauslaufen"* („FR", 3.8.78). Bressler beklagte sich auch darüber, daß die Beiträge der Frau Benninghoven *„Thesen-Beiträge"* gewesen seien, sogar nach dem unglaublichen Motto *„Kinder haben auch Rechte"* oder gar *„Die Gesellschaft ist zu verändern."*

Die lieben Kleinen sollen *Unterhaltung und Entspannung"* haben, dagegen sind *„Feindbilder"* und *„ideologische Verkündung"* unerwünscht, sagt Herr Bressler (Zitate aus „FR", 3.8.78). Leute dieser Geisteshaltung sind nicht nur reaktionär, sondern auch noch kinderfeindlich dazu. Angesichts solcher „Unterhalter, Bilder und Erzieher" gilt erst recht:

Rebellion ist gerechtfertigt!

Beim nächsten Gerichtstermin sind zahlreich anwesende Kinder bestimmt nötig, da soll Herr Bressler weiter vernommen werden...

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Journalist gewinnt gegen „Kölner Stadt-Anzeiger“!

Nach einem über 30 Monate andauernden Rechtsstreit entschied jetzt die 13. Kammer des Landesarbeitsgerichts in Düsseldorf in zweiter Instanz: Die Kündigung des Redakteurs Peter Kleinert durch den Verleger des "Kölner Stadt-Anzeiger", Alfred Neven DuMont, im Februar 1976 ist unwirksam.

In einem für den WDR erstellten Fernseh-Film zeigte Kleinert, daß der PVC-Skandal in Troisdorf, bei dem über 100 Arbeiter bei Dynamit-Nobel

Lokalpresse nicht berichtet wurde, obwohl den Redakteuren die Umstände bekannt gewesen seien.

Zur gleichen Zeit habe aber eine DKP Zeitung laufend Einzelheiten über die Affäire berichtet. Ein befragter Arzt bestätigte dann auch noch, daß die lokalen Blätter nicht auf Seiten der Opfer standen.

Erst als der "Spiegel" die Sache aufgegriffen habe, sei auch in den Zeitungen des Kölner Raums darüber berichtet worden.

genug erscheine, um dessen Ruf zu gefährden"(FR 23.9.78). Selbst die in den Film aufgenommenen Behauptungen einer Exredakteurin des Blattes über eine Behinderung der Berichterstattung haben nach Meinung des Gerichts den Ruf des "Kölner Stadt-Anzeigers" nicht beeinträchtigt,*"weil für die Fernsehzuschauer nicht erkennbar gewesen sei, daß diese Journalistin beim 'Stadt-Anzeiger' gearbeitet habe"* (FR 23.9.78).

Hätte Kleinert also Roß und Reiter

Journalist gewinnt gegen „Kölner Stadt-Anzeiger“!

Nach einem über 30 Monate andauernden Rechtsstreit entschied jetzt die 13. Kammer des Landesarbeitsgerichts in Düsseldorf in zweiter Instanz: Die Kündigung des Redakteurs Peter Kleinert durch den Verleger des "Kölner Stadt-Anzeiger", Alfred Neven DuMont, im Februar 1976 ist unwirksam.

In einem für den WDR erstellten Fernseh-Film zeigte Kleinert, daß der PVC-Skandal in Troisdorf, bei dem über 100 Arbeiter bei Dynamit-Nobel erkrankten und einige auch an Krebs starben, von der Presse systematisch totgeschwiegen wurde. Ohne den Namen der Zeitung zu nennen, berichtete eine ehemalige Lokalredakteurin des "Kölner Stadt-Anzeiger", welchen Behinderungen die Berichterstattung ausgeliefert war. Kleinert kritisierte in dem Filmbericht, daß aus Rücksicht auf Anzeigenkunden über die Bedrohung der Arbeiter durch die "PVC-Krankheit" in der Lokalpresse nicht berichtet wurde, obwohl den Redakteuren die Umstände bekannt gewesen seien.

Zur gleichen Zeit habe aber eine DKP Zeitung laufend Einzelheiten über die Affäire berichtet. Ein befragter Arzt bestätigte dann auch noch, daß die lokalen Blätter nicht auf Seiten der Opfer standen.

Erst als der "Spiegel" die Sache aufgegriffen habe, sei auch in den Zeitungen des Kölner Raums darüber berichtet worden.

Für Verleger Neven DuMont war dieser Filmbericht nun das Paradebeispiel dafür, wie *"privatwirtschaftliche Presse und ihre Verleger verunglimpft"* werden.

Das Gericht mochte dieser Auffassung DuMonts nicht ganz folgen und stellte fest, *"daß der 'Kölner Stadt-Anzeiger'-Redakteur Kleinert zwar durchaus eine gewisse Kritik auch am 'Kölner Stadt-Anzeiger' geübt (habe), diese Kritik aber nicht stark genug erscheine, um dessen Ruf zu gefährden"*(FR 23.9.78). Selbst die in den Film aufgenommenen Behauptungen einer Exredakteurin des Blattes über eine Behinderung der Berichterstattung haben nach Meinung des Gerichts den Ruf des "Kölner Stadt-Anzeigers" nicht beeinträchtigt,*"weil für die Fernsehzuschauer nicht erkennbar gewesen sei, daß diese Journalistin beim 'Stadt-Anzeiger' gearbeitet habe"* (FR 23.9.78).

Hätte Kleinert also Roß und Reiter genannt, dann – so muß nach dieser Logik geschlossen werden – dann wäre die Kündigung wegen "Geschäfts- und rufschädigenden Äußerungen" gerechtfertigt gewesen.

Verleger Neven DuMont hat gegen dieses sicherlich "liberale" Urteil sofort Revision eingelegt.

Auf in die nächste Runde!

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

(C)DF-Intendant v. Hase voll im Dienste seiner Herren!

In der Juli-Ausgabe der "Evangelischen Kommentare" antwortete ZDF-Intendant v.Hase auf die Frage, ob das ZDF gemessen an der ARD nicht etwas "CDU-freundlicher" sei:

"Was die politische Einordnung des ZDF angeht, könnte man sagen, daß das ZDF – auch bei einem Teil der Unterhaltungs- und Bildungssendungen – nicht nur im politischen, sondern im staatserhaltenden (!) Sinne einen mehr konservativen Charakter hat."

Und im Sinne dieser "Staatserhaltung" fordert er:

"Fernsehen soll Lebens- und Orientierungshilfe in einer für viele Mitbürger heillosen Welt bieten, Fernsehen soll das soziale Bindegewebe in unserem Volk stärken." Entsprechend soll die ständige reaktionäre Berieselung von Millionen Werktätigen durch das ZDF, *"..das Gefühl unserer Mitbürger in Bezug auf die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland verstärken "(v.Hase in einer Antrittsrede Sept.77 nach "Vorwärts"14.9.78).*

Seiner Meinung nach beinhalten die ZDF-Programme noch zuviel gesellschaftliche Konflikte (!), deshalb soll *"..stärker auch der oft vorhandene Konsens betont werden,"* (ebenda).

Gemäß dieser Leitlinien wurde die Redaktionsleitung der bis dahin fortschrittlichen Jugendreihe "Direkt" ausgewechselt. An die Spitze der Redaktion des "Länderspiegel" soll nun nach dem Willen v.Hases ein CDU-Mann rücken. Als offizielle Begründung muß dafür nun ausgerechnet der Parteien-Proporz (der doch selbst von der CDU bemängelt wird) herhalten: Diese Sendereihe müsse sich nach den Mehrheitsverhältnissen der Länder richten, die ja eben bei der CDU/CSU liege.

Am 11.Mai dieses Jahres machte v.Hase bei einem Hearing vor dem Hauptausschuß des nordrhein-Westfälischen Landtages deutlich, daß ihm die redaktionellen Spielräume innerhalb der Fernsehanstalten immer noch zu groß sind. Angeblich würden diese Spielräume nicht so hohe Anforderungen an die Redakteure stellen, letztendlich *"..gibt es eine Reihe von Kollegen, die...meinen, daß es sich etwas leichter bei Funk und Fernsehen leben läßt als in der scharfen Zucht (!) einer guten Zeitung."* (FR,22.8.78).

Die so gelobte "scharfe Zucht" in den bürgerlichen Zeitungen hat in der BRD eine so weitgehend gleichgeschaltete Regimepresse hervorgebracht, wie sie in Westeuropa ihresgleichen nicht findet.

Nach den Vorstellungen v.Hases sollen das ZDF, und darüber hinaus a l l e elektronischen Medien, denselben Weg gehen.

Der Redakteursausschuß des ZDF hat gegen die Äußerungen v.Hases vor dem Landtag öffentlich protestiert. Der Protest beschränkt sich aber lediglich darauf, daß den Fernsehjournalisten *"unterstellt wird, daß sie nicht nur schlechter, sondern auch weniger verantwortungsbewußt als ihre Zeitungskollegen arbeiten "* (FR,22.8.78).

"Als Intendant sind Sie dazu verpflichtet, das öffentlich-rechtliche System und seine Mitarbeiter zu verteidigen. Statt dessen haben Sie mit pauschalen Diffamierungen allen Gegnern des öffentlich-rechtlichen Systems hervorragende Schützenhilfe geleistet" (FR,22.8.78).

Das stimmt schon, nur argumentieren die Redakteure nicht an der Kernfrage vorbei? In erster Linie reiht sich von Hases Äußerung doch ein in die Strategie zur Durchsetzung einer rechten Medienpolitik, deren Zielsetzung doch dem Redakteursausschuß als auch dem DGB und der RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB) bekannt sein dürfte.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

ZDF: Nicht Zensur, „Anpassung“...

Programmdirektor Dieter Stolte (CDU) setzte kurz vor der Ausstrahlung den in Auftrag gegebenen Fernsehfilm "Der ganz faire Prozeß des Marcel G." ab. Regisseur des Films ist der Münchner Filmemacher Hans Peter Meier. Kurz zum Inhalt:

Marcel G. ist mit der Justiz *"in Konflikt geraten: Die ständige Observierung, Verdächtigung und häufige Sistierung und ein ungerechtes Gerichtsurteil haben ihn stark beschädigt. Der Film handelt von der Beeinträchtigung eines Menschen"*(FR,4.9.78).

In einem Gespräch mit der Zeitschrift "Filmreport" schildert Meier den Ablauf der Absetzung dieses Films. Dabei liefert er ein differenziertes Bild von dem, was mit "Zensur und Selbstzensur" nur sehr grob umrissen werden kann, nämlich dem subtilen Unterordnungsprozeß, bei dem Zensur nur die offene Form der Unterdrückung von Meinungen darstellt. Im folgenden geben wir die uns am wichtigsten erscheinenden Passagen des Gesprächs wieder, das in der Frankfurter Rundschau vom 4.9.78 nachgedruckt wurde:

(Auf die Frage nach den Gründen der Absetzung antwortet Meier):*"Ich nehme an, daß die Tendenz immer stärker wird, ein bestimmtes Image unserer staatlichen Organe wieder aufzubauen, das in der Vergangenheit gelitten hat. Das wird mit einer bestimmten Konsequenz in den Medien verfolgt.*

Frage: Läuft das auf eine Verharmlosung der Realität im Fernsehen hinaus?

Meier: Ich glaube gar nicht an eine Verharmlosung, eher daran, eine selektive Wirklichkeit zu produzieren. Das heißt, die Perspektive des Ferseh-apparats immer mehr an die Stelle der realen Erfahrung und auch der dokumentarischen Erfahrung zu stellen, d.h. die Thematik der konfliktgeladenen Wirklichkeit immer mehr in Freizeitbereiche, in übertrieben fiktive Bereiche (Krimis etc.) oder in utopische Bereiche zu verlagern, wo sie mit Hilfe der Dramaturgie in Klamauk, Action oder Tragik überhöht werden kann. Das hat dann mit der Gegenwart nichts mehr zu tun.

...Ich glaube, daß wir mit dem Rücken an der Wand stehen, was die selbstverständliche Freiheit betrifft, Stoffe eigenwillig kritisch zu sehen – Stoffe, die mit der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik zu tun haben. Das Ausland hat sich engagiert über Mißstände in der Bundesrepublik geäußert. Es ist deutsche Tradition, am Bild zu polieren, indem man eliminiert und nicht dadurch, daß man Kritik fördert oder wenigstens gewähren läßt. *Das Beklemmendste an der Geschichte ist, daß der Programmdirektor, der die Verantwortung für die Ausgewogenheit und die Liberalität des Programms hat, sagt, durch Kritik an seiner Absetzungsmaßnahme werde das gegenseitige Klima verdorben. Für mich läge Programmverantwortung darin, solche Filme zu ermöglichen, wie sie einen Großteil unserer Bevölkerung betreffen, und nicht darin, die permanente Verblödung per Krimi zu betreiben...*

...Im Falle des Films 'Marcel G.' finde ich den Begriff 'Zensur' zu einengend verwendet. Gegen Zensur ist ja jeder. Die Gefahr, die tendenziell besteht, ist die der schrittweisen Anpassung an gewünschte Inhalte, und ein unheimlicher Opportunismus, weil man ja wenigstens rudimentär in diesem immerhin wichtigen Medium Fernsehen arbeiten will. Da muß man ja oder nein sagen können. Deswegen ist mir ein Programmdirektor lieber, der sagt: diese oder jene Szenen passen mir nicht, als jemand, der vage daherredet und z.B. argumentiert:

Wollen wir doch das Projekt als Ganzes retten. Immerhin vermitteln wir doch das Grundsätzliche, da können wir doch am Rande Abstriche machen, der Kern bleibt ja erhalten.

Bis am Ende nur noch gestalterische Probleme für den Regisseur übrigbleiben, von dem, was er sagen will, aber nichts mehr. Diese dramaturgischen Scheindiskussionen finde ich viel schlimmer...

Das Wichtigste an dieser Erfahrung erschöpft sich nicht in der Frage für und wider die Zensur,...sondern in der nach der Anpassung. Für mich ist in der Tendenz Dramaturgie und Zensur ein Synonym geworden.. Man ist zur Leistung gedrängt: Die Chance, beim Fernsehen anzukommen. Da drängt sich für den jungen Filmemacher der deutsche Begriff der Oberlehrerzensuren in den Vordergrund:

Noten, Qualifikationen erwerben. Dabei handelt es sich aber immer um die Noten der Abnehmer. Da muß man sich verweigern, sonst paßt man sich innerlich an."

Sicherlich treffen diese Erfahrungen auch auf all jene Journalisten zu, die sich einer "objektiven" Berichterstattung verpflichtet sehen und damit gegen den Programmauftrag der Herrschenden verstoßen.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

dokumentarischen Erfahrung zu stellen, d.h. die Thematik der konfliktgeladenen Wirklichkeit immer mehr in Freizeitbereiche, in übertrieben fiktive Bereiche (Krimis etc.) oder in utopische Bereiche zu verlagern, wo sie mit Hilfe der Dramaturgie in Klamauk, Action oder Tragik überhöht werden kann. Das hat dann mit der Gegenwart nichts mehr zu tun.

...Ich glaube, daß wir mit dem Rücken an der Wand stehen, was die selbstverständliche Freiheit betrifft, Stoffe eigenwillig kritisch zu sehen – Stoffe, die mit der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik zu tun haben. Das Ausland hat sich engagiert über Mißstände in der Bundesrepublik geäußert. Es ist deutsche Tradition, am Bild zu polieren, indem man eliminiert und nicht da-

Zensur ein Synonym geworden.. Man ist zur Leistung gedrängt: Die Chance, beim Fernsehen anzukommen. Da drängt sich für den jungen Filmemacher der deutsche Begriff der Oberlehrerzensuren in den Vordergrund:

Noten, Qualifikationen erwerben. Dabei handelt es sich aber immer um die Noten der Abnehmer. Da muß man sich verweigern, sonst paßt man sich innerlich an."

Sicherlich treffen diese Erfahrungen auch auf all jene Journalisten zu, die sich einer "objektiven" Berichterstattung verpflichtet sehen und damit gegen den Programmauftrag der Herrschenden verstoßen.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

IMPF meldet:

Presseerklärung (7.9.1978):

„Die Initiative Meinungs- und Pressefreiheit (IMPF) wehrt sich entschieden gegen den zunehmenden Druck auf unabhängige Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten...

Der Hauptabteilungsleiter Kultur beim ZDF, Karl Schnelting, recherchierte schon zum wiederholten Mal heimlich hinter ZDF-Mitarbeitern her, die engagierte Beiträge gemacht hatten – offenbar mit dem Ziel, sie einzuschüchtern. Diesmal traf es „Aspekte"-Mitarbeiter Werner Hildenbrandt, dessen Beitrag über Zensur, Selbstzensur und Gesinnungsschnüffelei an öffentlichen Bibliotheken Schneltings Aufmerksamkeit erregt hatte. Wegen angeblicher Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht in sieben (!) Fällen erhielt Hildenbrandt eine Mißbilligung in die Personalakten. Ohne daß von außen eine Beschwerde an das ZDF herangetragen worden wäre, hat der Hauptabteilungsleiter Schnelting

– in der ganzen BRD herumtelefoniert, um irgendein Haar in Hildenbrandts „Aspekte"-Suppe zu finden;

– einen der Interviewpartner aus der Sendung abends zu Hause „überfallen", um ihn als Kronzeugen gegen seinen Untergebenen Hildenbrandt zu gewinnen;

– seinen Untergebenen Hildenbrandt nach außen als einen Redakteur dargestellt, dessen „schlechte Recherchen kein Einzelfall" seien;

– einen anderen Interviewpartner (und Informanten) Hildenbrandts bei dessen Vorgesetzten und politischen Gegner denunziert!!

Der Hauptabteilungsleiter Schnelting hat nicht zum erstenmal gegen die Fürsorgepflicht des Vorgesetzten und vor allem gegen elementare journalistische Grundsätze verstoßen!"

Im Anhang an diese Presseerklärung wird dieser neue Zensur- und Schnüffel-Fall beim ZDF detailliert geschildert. So hat Schnelting in dem Bemühen, den „Aspekte"-Beitrag zu diskreditieren, einen Informanten des Beitrags, einen Büchereileiter in Burgdorf bei Hannover versucht, dazu zu bewegen, gegen den Beitrag Stellung zu beziehen. Als dieser die Absicht durchschaute, *daß seine schnell hingeworfene Telefonbemerkung gegen den Autoren verwandt werden sollte, schrieb er an das ZDF, protestierte gegen das Vorgehen von Karl Schnelting und stellte richtig, daß er die Sendung und die Wiedergabe seiner eigenen Aussage für richtig halte. Schnelting, um den Konflikt wissend zwischen dem Büchereileiter und dessen (vorgesetzten) Stadtdirektor (CDU), schickte (diesem) eine Kopie des Protestschreibens. Ein eklatanter Fall von Denunziation, die nunmehr dem Informanten zum Schaden gereichen soll"* (Anhang zur Presseerklärung).

Die IMPF kommt in der Presseerklärung zu dem Schluß:

„Die Rundfunkfreiheit wird in ihrem Bestand nicht gefährdet durch gelegentliche kleine Fehler von Journalisten, sondern durch den permanenten Druck mächtiger Interessengruppen (?) auf den Rundfunk und die kriecherische Anpassung von Hierachien im Rundfunk, die diesen Druck nach unten weitergeben, noch bevor er überhaupt ausgeübt wurde."

„IMPF fordert die Aufsichtgremien des ZDF auf, solch ungesetzlichem Treiben Einhalt zu gebieten, wozu Intendant und Programmdirektor des ZDF offensichtlich nicht in der Lage sind."

Medienkommission
KB/Gruppe HH



Noch einmal: Katholikentag Freiburg

Im letzten AK haben wir schon kurz auf den Katholikentag vom 13.-17.9. seinem Hauptreferat bei der Abschlußkundgebung deutlich zu verste-

Im letzten AK haben wir schon kurz auf den Katholikentag vom 13.-17.9. in Freiburg hingewiesen. Es scheint uns ganz nützlich zu sein, in Form einer kleinen Nachlese einen Eindruck über eine solche kirchliche Großveranstaltung zu vermitteln. Offenbar waren selbst die Veranstalter über den großen Besucherstrom erstaunt — beim letzten Katholikentag in Mönchen-Gladbach kamen 5.000 — diesmal sollen es 30.000 Dauergäste und insgesamt 100.000 Besucher gewesen sein. Spekulationen über das ungewöhnliche Interesse können wir uns nicht hingeben. Keineswegs handelt es sich allein um eine rapide Zunahme tiefer Religiosität und Weltabgewandheit, denn es war eine große Zahl kritisch eingestellter, vor allem auch junger Christen, anwesend.

Kirche und CSU/CDU

Ohne Frage ist die Leitung, Programmgestaltung und Durchführung des Katholikentages fest in der Hand reaktionärer Kräfte — Klerus und Laien. Verantwortlich für die Durchführung zeichnet das „Zentralkomitee deutscher Katholiken" (ZdK), das ein von der deutschen Bischofskonferenz anerkanntes „Organ der Laien" sein soll. Allerdings handelt es sich dabei nicht um ein demokratisches, von der gemeindlichen Basis bestimmtes Gegenüber zur katholischen strengen Kirchenhierarchie, sondern ist eher ein Hebel für die gute Zusammenarbeit von Kirche, Staat und Kapital. Präsidenten des ZdK sind Politiker aus CSU oder auch mal aus der CDU. Zur Zeit ist es der bayerische Kultusminister Hans Maier, CSU.

Die Katholikentage scheinen eine gewisse demokratische staats- und kirchenkritische Tradition zu haben. Die „Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands" 1848 ist als erster Katholikentag anzusehen, von daher hätten die Katholikentage *„etwas Widerständiges, um nicht gleich zu sagen etwas Revolutionäres behalten"* („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" — „DAS" — 17.9.78). *„Das hat sich gelegentlich in aktuellem Widerstand gegen den Staat verdichtet, so daß dann auch von den damaligen Obrigkeiten die Katholikentage 1872 im Zusammenhang mit dem Kulturkampf und 1933 wegen Verweigerung der 'Treueerklärung zu Führer und Reich' aufgelöst, bzw. verboten wurden"* („DAS", 17.9.78).

Heute fest in der Hand der CSU, rückt der Katholikentag allein durch die Initiative von Basisgruppen, kirchenkritischen und oppositionellen Christen in ein anderes als nur reaktionäres Licht. Hans Maier gab in seinem Hauptreferat bei der Abschlußkundgebung deutlich zu verstehen, wofür Religion und Kirche heute von der herrschenden Klasse gebraucht und genutzt wird. Gegen die Unsicherheiten, in denen der Mensch heute lebe, sei es notwendig die verlorengegangenen Grundwerte wieder zu beleben. Für den Verlust dieser Werte seien vor allem die derzeitig Regierenden verantwortlich, die insbesondere in Fragen des Schutzes ungeborenen Lebens, der Ehe und Familie und des Elternrechtes *„Sicherheit und Zukunft für den Bürger"* vernichten. Deswegen lobte Maier die Menschen, *„die vertrauensvoll aus Gottes Zusage hin ein Ja zum Leben: ein Ja zu ehelichen Treue, ein Ja zum Kind, ein Ja zum Priestertum, zum Ordensstand zu einem Leben der Einsamkeit und Selbstverleugnung, der Krankheit und des Verzichts"* („FR", 27.9.78). Dafür wird die Religion gebraucht, die Menschen f r e i w i l l i g in Unfreiheit, Demut, Gehorsam und Schicksalsgläubigkeit zu versetzen. So hat die CSU offenbar einen direkten Draht zu Gott selbst, denn Maier weiß: *„Gott braucht Menschen ... bei aller Verschiedenheit der Interessenlagen* (zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten — Anm. AK) *... bedarf es eines Minimums an Solidarität zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den Generationen"* (ebenda). *„Gott braucht uns in der Politik. Spätestens die Herausforderung bewaffneter Anarchie hat uns klargemacht, daß wir diesen Staat im täglichen Leben geduldig und offensiv vertreten müssen". „Gott braucht uns in Europa. ... Wir wollen mithelfen, daß die ersten Direktwahlen zu einem europäischen Parlament in ihrer Bedeutung in unserem Land recht verstanden werden". „Gott braucht uns in der dritten Welt. ... Europa muß mithelfen, daß diese Länder sich nicht durch zerstörerische innere Kämpfe selbst vernichten, daß sie nicht von einem marxistischen Neokolonialismus ins Schlepptau genommen werden"* (alle Zitate „FR", 27.9.). Reaktionäre Theologieprofessoren verhelfen zudem zu einem ideologischen Gebäude, das den jeweiligen Notwendigkeiten der Zeit angepaßt ist. Franz Böckle (Moraltheologe aus Bonn) meinte in seinem Vortrag auf dem Katholikentag, daß der Mensch nur frei sei, wenn er sich nach *„vernünftigen Regeln und Normen richtet"* (ebenda); wobei nicht die Vernünftigkeit problematisiert zu werden braucht, denn *„letztlich ist es nur der ganz andere, der freilassende Gott, der unsere Freiheit garantiert"*. Auf dieser Grundlage entwickelte Böckle dann relativ mühelos Rechtfertigungen für den Todesschuß, das Leistungsprinzip (verschärfte Ausbeutung), den Kriegsdienst. *„Berufung ist nicht eigenmächtige Leistung* (Wer beruft? Gott-Fink, Gott-Strauß, Gott-Schmidt, Gott-Maier, Gott-Kapitalismus oder wer? — Frage d. Verf.). *Ein Jeder von uns hat seine Berufung in Demut zu leben"* (ebenda).

Andere Stimmen des Katholikentages

Beachtenswert war die Teilnahme des anfangs zunächst ausgeladenen Theologen J.B. Metz aus Münster am Katholikentag. Metz ist bekannt wegen seiner kritischen Haltung gegenüber der katholischen Kirche und für sein Eintreten für die Befreiung in Lateinamerika. Er setzt sich kritisch mit der „bürgerlichen Religion" und „bürgerlichen Theologie" auseinander und stellte angesichts des Kirchentagmottos — „Ich will euch Hoffnung und Zukunft geben" — fest: *„Die messianische Zukunft wird so vielfach zur feierlichen Überhöhung und Verklärung vorgefaßter bürgerlicher Zukunft und — angesichts des Todes — zur Verlängerung dieser bürgerlichen Zukunft und des in ihr mächtigen Ich ins Transzendent-Ewige"* („FR", 21.9.). Metz macht an vielen Beispielen deutlich, daß die

bürgerlichen Zukunft und des in ihr mächtigen Ich ins Transzendent-Ewige" („FR", 21.9.). Metz macht an vielen Beispielen deutlich, daß die

„bürgerliche Religion" eine totale Entstellung der Aussagen der Bibel sei und eine völlige Nutzbarmachung für die bürgerliche Ideologie. So wandte er sich gegen die religiöse Absicherung von Herrschaftsordnung und Hierarchie und meinte, die einzig Privilegierten seien bei Jesus die Unterprivilegierten gewesen. Er wandte sich gegen die „rigorose" Haltung der Kirche in den Fragen der Ehescheidung, der Sexualmoral und des Pflichtzölibats für Priester (es wurden übrigens 5.000 Unterschriften gegen das Zölibat — Ehelosigkeit für katholische Priester — auf dem Kirchentag gesammelt).



Dies ist eine Aufnahme der Gruppe, kurz bevor der Polizeiüberfall stattfand.

Besonders lobend hob er die Entwicklung der Kirche in Lateinamerika hervor, wo es in den letzten zehn Jahren *„einen Aufbruch, der sich als Umbruch von einer 'Kirche gegen das Volk' zu einer 'Kirche mit dem Volk'"* gebe. Metz ist der Meinung, daß Christentum, das sich an der Bibel orientiere, *„in Zeiten der himmelschreienden sozialen Gegensätze in der Welt den Verdacht des Klassenverrats an den vermeintlich plausiblen Interessen der Besitzenden"* auf sich ziehe. *„War Jesus nicht selbst in den Geruch des Verräters geraten? ... . Wurde er nicht als Verräter an allen scheinbar plausiblen Werten gekreuzigt? Müssen wir uns deshalb nicht darauf gefaßt machen, ... als Verräter an der bürgerlichen Religion angesehen zu werden?"* („FR", 21.9.78).

Christen gegen AKW

Daß sich unter den Katholikentag - besuchern eine Menge AKW-Gegner befanden, zeigte sich schon bei der Eröffnungskundgebung. Als AKW-Gegner am Turm des Freiburger Münsters eine riesige weiße Anti-AKW-Fahne hißten, stieß dies auf große Zustimmung. Zu einem offiziellen Forum — „Atomzeitalter, Fortschritt oder Bedrohung" — waren über 3.000 Besucher gekommen. Das Podium bestand aus sechs AKW-Befürwortern und zwei Skeptikern (FDP-Landtagsabgeordneter Schöttle und Freiburger Moraltheologe Stöckle), das wirft ein besonderes Licht auf die immer beschworene „Ausgewogenheit" kirchlicher Veranstaltungen. Es war unübersehbar, daß die AKW-Skeptiker des Podiums und vor allem die AKW-Gegner aus dem Plenum, die zu Worte kamen, tosenden Beifall erhielten. Anti-AKW-Material, Broschüren etc. stieß auf großes Interesse bei den Katholikentagbesuchern.

Auch bei anderen Forumsveranstaltungen ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Viele Antimilitaristen und Todesschußgegner meldeten sich bei dem Thema „Gewalt" zu Wort. Besonders angegriffen wurde die herrschende Praxis der Menschenjagd mit Todesfolge im Zusammenhang der „Terroristenfahndung".

Alternatives Programm

Bereits Monate vor dem Katholikentag hatten sich fortschrittliche kirchliche Initiativen mit dem Ziel zusammengeschlossen, geplant in die offiziellen Veranstaltungen einzugreifen und ein alternatives Programm auf die Beine zu stellen. Im Haus der Evangelischen Studentengemeinde und im Jugendzentrum konnten die Initiativen auf Infotischen und Stellwänden ihre Arbeit vorstellen. Hier erstellte eine Gruppe eine alternative Katholikentagszeitung, in der kritische Artikel zum offiziellen Programm und weitergehende Informationen veröffentlicht wurden. Die Gruppe „Christen für den Sozialismus" lud zu einer Veranstaltung „Christen in der Massengesellschaft" ein, dazu hatten sie eine Gruppe von Arbeiterpriestern und Laien zu einem Bericht über ihre Arbeit gebeten. Ein Aufruf von Ernesto Cardenal an Gemeinden und

eine Gruppe von Arbeiterpriestern und Laien zu einem Bericht über ihre Arbeit gebeten. Ein Aufruf von Ernesto Cardenal an Gemeinden und

Pfarrer in Deutschland, für den Freiheitskampf in Nicaragua zu spenden, wurde in Freiburg zusammen mit einem Info-Blatt über die Situation in Nicaragua verbreitet. DM 10.000 kamen daraufhin zusammen. Die „action 365" — eine Gemeinschaft von christlichen Basisgruppen beider Konfessionen (*„wollen sich für andere engagieren* (action) *und ihr Tun jeden Tag im Jahr* (365) *am Evangelium ausrichten"*) — lud zu einer Veranstaltung mit der Fragestellung „Brauchen wir einen neuen Lebensstil?" ein. Als Star war Herbert Gruhl aufgefordert worden, über das Thema „Unser Leben in den Grenzen der Schöpfung" zu sprechen. Ca. 1.500 Besucher kamen zu diesem Vortrag. Da von vornherein die Diskussion im Plenum ausgeschlossen war, stellten Freiburger AKW-Gegner in aller Eile ein Flugblatt her, auf dem sie kritische Fragen an Gruhl und die GAZ stellten. Die Ordner der Basisgruppen versuchten mit z.T. unsanften — sicher nicht evangeliumstreuen — Mitteln, die Flugblattverteiler aus dem Saal zu befördern; dabei gab es nicht unerheblichen Protest von Seiten der Veranstaltungsteilnehmer.

Antiklerikale Front

Die „Claude Helvetius Gesellschaft" eine Gruppe der „Marxistisch-Reichistischen Initiative" (MRI) hielt zum Katholikentag eine antiklerikale Kampagne für angezeigt. In zwei Flugblättern stellten sie den reaktionären Charakter der Kirche dar — ihre Verbindung zum Faschismus, die Kriegshetze einiger Kirchenfürsten, die Sexualunterdrückung der Kirche bis in die heutige Zeit usw. Sie folgern daraus als Konsequenz, aus der Kirche auszutreten. Unter dem Aufruf „Treten Sie aus der Kirche aus!" fand eine Demo in Freiburg statt, an der außer den MRIlern einzelne Vertreter der Freiburger Linken beteiligt waren. Angesichts der vielen fortschrittlichen Aktivitäten auf dem Katholikentag mag diese Aktion sektiererische Züge getragen haben. Es ist nicht bekannt, wieviele Menschen zum gemeinsamen Kirchenaustritt am 14.9.78 um 10.00 Uhr am Rathaus gekommen sind.

Bullenüberfall auf Antiklerikale

Eine weitere Aktion der MRI sollte eine Kundgebung sein, bei der mit schauspielerischen Mitteln über die Verbrechen der Kirche in ihrer 2000-jährigen Geschichte aufgeklärt werden sollte. Für die Veranstaltung war der Gruppe ein Platz weitab vom Katholikentagsgeschehen zur Verfügung gestellt worden. Entsprechend kamen nur ganz wenige Besucher zu diesem sicher sehr einfallsreichen Schauspiel. Nach ca. 20 Minuten *„sahen sich Passanten in ihren religösen Gefühlen verletzt"* („Badische Zeitung") und alarmierten die Polizei. Was die „Badische" nicht erwähnt, ist, daß es sich bei diesen Passanten um zwei Uniformierte handelte, die von Anfang an dabei waren und über Sprechfunk Verstärkung anforderten. Binnen kurzer Zeit umzingelten 60 Bullen die kleine Gruppe, beschlagnahmten die Requisiten und nahmen eine Darsteller fest. Nach einigem Hin und Her legte sich der Einsatzleiter darauf fest, es habe „Verunglimpfung religiöser Gefühle vorgelegen", festgemacht daran, daß ein Darsteller eine Bischofsmütze und andere Kreuze trugen (nach dem Flugblatt der Veranstalter). Dieser brutalen Unterdrükkung der Meinungsäußerung stellte die „Claude Helvetius Gesellschaft" einen Spruch von Maier aus seiner Eröffnungsrede gegenüber und zeigte damit die Verlogenheit auf: *„Da wir deutschen Katholiken wissen, was es heißt, frei reden, frei sich versammeln zu können, denken wir in dieser Eröffnungsstunde auch an die Kirche in vielen Ländern der Welt, die zum Schweigen verurteilt ist"* (aus dem Flugblatt der „Claude Helvetius Gesellschaft").

DKP grüßt die Teilnehmer des Katholikentages

Mit einer „Sonderbeilage" ihrer Freiburger Zeitung „Unsere Stadt" war die DKP bemüht, ihre Gesprächsbereitschaft mit den Christen zu betonen. *„Wir stellen uns freimütig der Diskussion über alle Fragen, die das Verhältnis von Christen und Kommunisten betreffen. Nehmen Sie unser Angebot wahr — zu unser aller Nutzen"* („Unsere Stadt"). Diese Freimütigkeit zu beweisen, veranstaltete die Freiburger DKP eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Christen und Marxisten — Möglichkeiten gemeinsamer Zukunftsbewältigung". Ca. 100 Personen besuchten diese Veranstaltung, darunter offenbar auch eine ganze Reihe DKP-Kritiker von links. Den eher etwas

wältigung". Ca. 100 Personen besuchten diese Veranstaltung, darunter offenbar auch eine ganze Reihe DKP-Kritiker von links. Den eher etwas

tristen Ausführungen des DKP-, SDAJ-, CAJ- („Christliche Arbeiterjugend", örtlich oft SDAJ-nahe) Podiums über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten folgte eine belebende Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staat, die Ausweisungen von Biermann und Bahro aus der DDR und die Unvereinbarkeitspolitik der DKP gegenüber Linken. Nach „Unsere Stadt" scheint es im Verhältnis von Kirche, Christen und Staat in der DDR überhaupt keine Probleme zu geben oder gegeben zu haben. — Wahrscheinlich hat die DKP es gar nicht wahrgenommen, daß sich in den Kirchen der DDR ein großer Teil der Reaktionäre und Antikommunisten gesammelt hatte und massives Bollwerk gegen die DDR war und auch noch ist — vergleiche Brüsewitz.

Kirchliche Massenveranstaltungen bieten also offensichtlich eine ganze Menge Möglichkeiten, fortschrittliche Aktivitäten zu entfalten. Dies ist in Freiburg von den linken politischen Gruppen nicht besonders stark ausgenutzt worden. Für den evangelischen Kirchentag im Sommer 1979 in Nürnberg sollten daraus Lehren gezogen werden.

Kirchenkommission

Anmerkung zur

Jesus-Debatte

Der Kirchenkommission liegen weitere Zuschriften vor, die wir demnächst veröffentlichen wollen.

Kirchenkommission

Stellenanzeige

Alleinstehender, seriöser älterer Herr mit Bibelgrundkenntnissen gesucht, zwecks sofortiger Amtsübernahme als Aushilfspapst. Tadelloser Gesundheitszustand erwünscht. Interessenten halten sich bitte reisefertig für Abflug nach Rom. Möbliertes Zimmer mit heiligem Stuhl wird gestellt, Berufskleidung ist ebenfalls vorhanden.

Bezahlung nach Tarif (momentan noch unklar, da die Tarifverhandlungen vor den Schlichtungsausschuß nach Wolke 61 verlegt wurden).

Interessenten im Raum Hamburg melden sich bitte am Heiligengeistfeld, Luftschutzbunker, Dachgeschoß.



Mannheim

Trotz massiver Proteste großer Teile der Bevölkerung und unter dem Schutz von zwölf Hundertschaften der Polizei fand am 17. September 1978 in Mannheim der 17. Landesparteitag der NPD Baden-Württembergs statt.

Bereits im Juli 78 hatte sich in Mannheim eine Antifaschistische Aktionseinheit gebildet, der sich nach und nach über 25 Organisationen anschlossen. Erklärtes Ziel war es, den NPD-Parteitag zu verhindern.

Auch der DGB konnte da nicht abseits stehen, zumal der Druck von der Basis her sehr groß war. Zur direkten Konfrontation, also Aktionen am 17. September, konnte man sich beim DGB aber nicht entschließen. So rief der DGB und mit ihm die SPD, CDU, DKP, VVN, die Kirchenverbände und der Stadtjugendring zu einer Kundgebung, „Gegen alte und neue Nazis" auf. Trotz massiver Propaganda in den letzten Tagen vor dem 16. September, brachte man es schließlich auf ganze 2.000 Teilnehmer bei der gemeinsamen Kundgebung.

Am 16. September kam es zur Festnahme von 42 KBW-Mitgliedern. 35 wurden bereits morgens festgenommen, als sie im Anschluß an ihre Demonstration durch die Innenstadt mit der Polizei zusammenstießen. Sieben weitere KBWler wurden am Nachmittag in der Fußgängerzone festgenommen, als sie über die Ereignisse des Vortages berichten wollten.

Zum KBW muß noch gesagt werden, daß er sich nicht an den Aktionen der Antifaschistischen AE beteiligt hat. Für den 17. September rief der KBW zu einem „Sternmarsch" auf. Am 17. fiel den KBWlern schließlich außer zu Zimbabwe nichts mehr ein.

Die Teilnehmer der Antifa-AE waren sich von Anfang an darüber im klaren, daß man mit markigen Reden am Vortag des NPD-Parteitags (DGB) oder mit einer Verzettelung der Kräfte (KBW), den NPD-Parteitag nicht verhindern konnte. Sie rief deshalb für den 17. September zu einer Demonstration direkt vor den Rosengarten (Versammlungsort der Nazis) auf. Am 14. September verbot das Mannheimer Ordnungsamt diese Route, um „die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht zu gefährden". Erlaubt wurde eine Route weit ab vom Schuß, durch menschenleere Viertel. Als Auflagen wurden genannt: Die Demonstranten haben in Dreier-Reihen zu gehen, die Lautsprecher dürfen nur in der niedrigsten Frequenz senden (65 Dezibel). Besonders bemerkenswert ist folgender Satz aus der Ablehnungsbegründung des Ordnungsamtes: „Das Versammlungs-
merkenswert ist folgender Satz aus der Ablehnungsbegründung des Ordnungsamtes: „Das Versammlungs-recht der NPD ist höher zu bewerten, als das Demonstrationsrecht der Anti-Faschisten".

Trotz der zu erwartenden Auseinandersetzungen waren am frühen Morgen des 17. September 2.000 Menschen gewillt, der NPD ihre Parteitagssuppe gründlich zu versalzen.

Die Demonstration wich, um das Demonstrationsrecht und um ihr Ziel, (Verhinderung des NPD-Parteitages) durchzusetzen, sehr schnell von der erlaubten Route ab und es gelang der gut geführten 2.000-köpfigen Demonstration bis etwa 200 Meter vor den Rosengarten vorzustoßen. Ohne jegliche Vorwarnung und mit größter Brutalität wurde die Demonstration plötzlich von einer Reiterstaffel und zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei angegriffen. Bei der unter den unbewaffneten Demonstranten einsetzenden Panik gelang es den Bullen, mehr als 50 Demonstranten festzunehmen; weitere 50 Menschen wurden durch den brutalen Knüppeleinsatz und das rücksichtslose Niederreiten der Bullen verletzt, drei davon schwer. Es gelang schließlich, den Zug erneut zu formieren und ihn nun auf der durch das Ordnungsamt genehmigten Route zum ebenfalls genehmigten Kundgebungsplatz zu führen.

Nach einer erneuten Kundgebung der Antifaschistischen Aktionseinheit um 14.30 Uhr, gelang es den Teilnehmern, in kleinen Gruppen zum Rosengarten zu ziehen, wo zu diesem Zeitpunkt schon etwa 500 empörte Mannheimer versammelt waren. Die Menschenmenge schwoll innerhalb kurzer Zeit auf etwa 5.000 Menschen an. Immer wieder hallte der Ruf „Nazis raus aus Mannheim" über den Vorplatz des Rosengartens, der von einigen hundert Bullen und der Reiterstaffel bewacht wurde. Auf Anraten des Polizeipräsidenten Menz verbot der Mannheimer OB Ratzel (SPD) schließlich die geplante Kundgebung der Faschisten vor dem Rosengarten. (Eine bereits genehmigte Demonstration hatten die Nazis selbst abgesagt.)

Rosengarten. (Eine bereits genehmigte Demonstration hatten die Nazis selbst abgesagt.)

In dieser Situation forderte die Antifa-AE die Polizeiführung und den OB Ratzel auf, die am 16. und 17. festgenommenen Antifaschisten unverzüglich auf freien Fuß zu setzen. Ferner forderten wir den sofortigen Abzug der Faschisten und das Einholen ihrer Fahne vor dem Rosengarten.

Gegen 18 Uhr war auch die letzte Forderung erfüllt. Die Faschisten hatten sich inzwischen durch die Hinterausgänge verpißt.

Die Nazis „rächten" sich, indem sie in der Nacht zum 18. September die Scheiben eines linken Buchladens einschlugen und in ganz Mannheim NSDAP-AO-Aufkleber klebten.

Die Regionalpresse begrüßte am 18. recht einhellig den Bulleneinsatz gegen „Rechte und Linke", besonders natürlich gegen die „linken Chaoten".

Auf dem Plenum der Aktionseinheit am 18. September wurde die Demonstrationsleitung teilweise scharf kritisiert. Man warf ihr vor, es versäumt zu haben, insbesondere die auswärtigen Genossen darüber aufzuklären, daß wir uns von der genehmigten Route entfernt hatten. Viele Genossen waren beim Bullenüberfall völlig überrascht und wußten auch nicht, daß uns nur noch etwa 200 Meter vom Rosengarten trennten. Ferner wurde der Demo-Leitung zum Vorwurf gemacht, sich von plötzlich dastehenden und angreifenden Bullen überrascht haben zu lassen. Die Demo-Leitung stimmte diesem Kritikpunkt uneingeschränkt zu; sie hatte es tatsächlich versäumt, das Vorgehen bei einer Polizeisperre vorab zu besprechen.

Auf dem Plenum wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Antifaschistische Aktionseinheit wird weiterarbeiten.
2. Es soll eine Veranstaltung zum Bullenterror vom 17. September stattfinden.
3. Es soll eine Dokumentation zum 17. September erstellt werden.
4. Ein Ermittlungsausschuß hat sich gebildet und bereits die Arbeit aufgenommen.

4. Ein Ermittlungsausschuß hat sich gebildet und bereits die Arbeit aufgenommen.

KB-Genossen aus Mannheim und Heidelberg



Mannheim, 17. September: Neben Chemical-Mace-Pistolen hatte berittene Polizei die größte „Wirkung" – zahlreiche Antifaschisten wurden verletzt

Bünde

Bünde (Ostwestfalen). Wie bereits in einer kurzen Meldung des letzten AK berichtet, fand am 17.9. in Bünde ein Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD statt.

Bünde war für den 17.9. zur Polizeifestung ausgebaut worden: Der „Schützenhof" – Tagungslokal der Nazis – war durch Sperrgitter, NATO-Draht und Stacheldrahtverhaue gesichert. Größere Baustellen hatte man in gleicher Weise befestigt; dahinter jeweils Bullen, z.T. auch mit scharfen Hunden. Die Zufahrtsstraßen zum „Schützenhof" (wo der Parteitag stattfinden sollte) waren bereits um 10 Uhr unter Kontrolle – sie durften nur noch von Anliegern befahren werden. Später konnten sie auch von Fußgängern nicht mehr passiert werden. Auf dem Vorplatz des „Schützenhofes" waren ca. acht bis zehn Mannschaftswagen-Besatzungen aufgefahren, einträchtig neben den Nazi-Ordnern.

Die öffentliche Mobilisierung und Aufklärungsarbeit zu Bünde hatte vor allem der DGB getragen. Die ostwestfälische Linke mit Bielefeld als Zentrum war dagegen erst sehr spät und mit schwachen Kräften in die Vorbereitungen eingestiegen. Eine antifaschistische Aktionseinheit oder wenigstens Überlegungen zu einem eigenständigen Auftreten in Bünde kamen nicht mehr zustande. Trotzdem waren die Linken auf der DGB-Kundgebung in Bünde, die um ca. 11 Uhr begann, in der Mehrheit. Insgesamt hatten sich zu diesem Anlaß etwa 700 Menschen eingefunden.

Anlaß etwa 700 Menschen eingefunden.

Am Kundgebungsplatz waren die Bullen ebenfalls in großer Zahl präsent. Es sprachen der Herforder DGB-Kreisvorsitzende Kurt Heidhölter, danach der SPD-Landtagsabgeordnete Erhard Mahne (SPD). Anschließend ergriff der NRW-Landesvorsitzende der „Gewerkschaft der Polizei", Schröder, das Wort. Er warb in seinem Beitrag um „Verständnis" für den bürgerkriegsmäßigen Aufmarsch seiner „Kollegen".

Nach Kundgebungsschluß riefen Bielefelder Antifaschisten, darunter Mitglieder des KB und der „KPD", zu einer spontanen Demonstration durch die Bünder Innenstadt auf. Die Polizei wurde von den Initiatoren dieser Demo dahingehend verständigt, daß keinerlei „Angriffe" auf die Bullen o.ä. zu erwarten seien; Ziel dieses f r i e d l i c h e n Umzuges sei vielmehr, den antifaschistischen Protest nicht kilometerweit vom Veranstaltungsort der Nazis stattfinden zu lassen, sondern direkt am „Schützenhof".

Dem Aufruf folgten 4- bis 500 Kundgebungsteilnehmer, darunter auch vom DGB mobilisierte Antifaschisten, deren Busse direkt nach der DGB-Kundgebung – und somit z.T. leer – in die Heimatorte zurückfuhren.

„Nach etwa 500 Metern sehr diszipliniert verlaufener Demo in Bombenstimmung griffen die nebenherlaufenden Bullen zur Notbremse. Sie überfielen den hinteren Teil der Demo, griffen sich zuerst einen neben der Demo herlaufenden Fotografen heraus und verhafteten dann willkürlich sieben weitere Demonstranten. Hierbei wurden Demonstranten an den Haaren weggeschleift und geschlagen. Die Festgenommenen wurden in die Grundschule Ennigloh transportiert – in der Nähe des Faschistentreffs. Diese Schule war offensichtlich für Massenverhaftungen präpariert: Die Turnhalle wies mehrere Verhörkabinen und Labors für ED-Behandlung auf, insgesamt für mehr als 50 Demonstranten. Als die Festgenommenen in die Schule kamen, wurden sie von Bullen mit den Worten begrüßt: ‚Aha, da sind ja schon die ersten 20!'. Ihnen wurde ein vorher verfaßtes Formular vorgelegt, das einheitlich als Verhaftungsgrund ‚Beschädigung von Autos' enthielt! Kontaktaufnahme mit einem Rechtsanwalt wurde ihnen verweigert. Ihnen wurde mitgeteilt, daß sie erst wieder freikommen würden, wenn die Demo aufgelöst sei" (aus dem Bericht eines Demo-Teilnehmers).

Ein anderer Augenzeuge berichtet: *„Der Zug hatte sich gerade 3- bis 400 Meter vorwärts bewegt, als der Überfall der Bullen erfolgte. Ca. 100 Bullen in voller Montur trennten etwa 100 Antifaschisten vom Demozug ab. Anlaß zu dieser Knüppelorgie soll nach Verlautbarung der Bullen der Umstand gewesen sein, daß jemand einen Rückspiegel von einem Mannschaftswagen abgebrochen hätte, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach. ... ein Mädchen, das gegen den Bulleneinsatz protestierte, wurde dann von sechs Bullen auch noch zusammengeprügelt und verhaftet. Einem Mitglied der Demoleitung wurde das Megaphon förmlich aus der Hand geprügelt. Unter den Antifaschisten herrschte zunächst Ratlosigkeit und Empörung. Nach vorne hin riegelten die Bullen den Weg zum DGB-Kundgebungsplatz, also in die Innenstadt hin, ab, womit der Weg in die Stadt zurück unmöglich gemacht wurde,*
hin, ab, womit der Weg in die Stadt zurück unmöglich gemacht wurde,
nach hinten waren alle Straßen in Richtung „Schützenhof" hermetisch abgeriegelt".

So blieb den Demonstranten nichts anderes übrig, als auf der Stelle zu verharren. Die Demo löste sich nach ca. anderthalb Stunden auf, nachdem von der Polizei zugesichert worden war, daß die Festgenommenen wieder freigelassen würden.

Das Bild über Bünde bliebe unvollständig, wenn nicht noch die überaus spärliche und dazu stockreaktionäre Berichterstattung der hiesigen Medien Erwähnung finden würde: Der überregionalen wie regionalen Presse waren die Ereignisse in Bünde in der Regel nur Kleinstmeldungen wert (und oft noch nicht einmal das). In der Bünder Lokalausgabe des „Westfalenblattes" erschien am darauffolgenden Tag dafür ein extrem schweinischer Artikel, der das von den Demonstranten gesungene antifaschistische Lied *„Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor"* mit dem faschistischen Spruch kommentierte: *„Daran sollte man sie nicht hindern"*! Kaum besser war auch die Reportage in „Hier und Heute" (ARD-Regionalfernsehen, 18.9.). Dort wurde der „vorbildliche Einsatz" der Polizei gegen die „Polit-Chaoten" gefeiert. Bleibt abschließend noch anzumerken, daß die revisionistische Presse sich ebenfalls treu blieb: In der „tat" vom 22.9. beschränkte man sich auf beifälliges Gemurmel über die zynischen Äußerungen des Polizei(staats)gewerkschafters, der hervorgekehrt hatte, wie u n g e r n seine „Kollegen" ihren Dienst bei derartigen Anlässen verrichten würden. Und da somit nicht sein konnte, was nicht sein darf, wurden die antifaschistische Demo und der gegen sie gerichtete Polizeiterror glattweg t o t g e s c h w i e g e n.

KB/Gruppe Bielefeld und Antifa-Kommission NRW

Antifaschisten aufgepaßt! JN plant Kundgebung in Münster

Am 7. Oktober plant die JN/NPD eine Kundgebung in Münster.

Aus Gewerkschaftskreisen wurde bekannt, daß eine Gegenkundgebung des DGB geplant ist. Die VVN hat in einem Flugblatt das Verbot der neonazistischen Umtriebe und Versammlungen gefordert.

Einzelne Genossen des Antifa-Arbeitskreises Münster haben mit einer Unterschriftensammlung begonnen, in der vom Stadtrat gefordert wird, das zur Zeit bestehende Verbot von Infoständen für Neofaschisten aufrecht zu erhalten, keine Zusammenkunft der Neofaschisten zu dulden und die geplante Nazi-Kundgebung am 7. Oktober zu verbieten.

Von Seiten der Linken in Münster hat es bisher keine Bestrebungen gegeben, ein einheitliches Vorgehen am 7. Oktober zustande zu kriegen.

Treffpunkt des Antifa-Arbeitskreises, wo ein Vorgehen zum 7. Oktober geplant wird, ist Mittwochs, 19 Uhr in der „Kronenburg", Hammerstraße.

B., Münster

●

Mit NPD-Faschisten diskutieren?

Am 14.9. wollte der NPD-Ortsverband Gammertingen eine Veranstaltung unter dem Thema „Recht durch Sicherheit und Ordnung" mit dem baden-württembergischen NPD-Landesvorsitzenden, Polizeimeister Schützinger durchführen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten (so wurde z.B. auf Intervention der NPD ein uns bereits zugesagter Raum wieder abgesagt) konnte dann doch am 13.9. eine antifaschistische Gegen-Veranstaltung in Gammert stattfinden.

Diese Veranstaltung war mit ca. 60 Menschen ein unerwarteter Erfolg. Nach der Diskussion über die gehaltenen Referate kam man recht schnell zu der Frage, wie man der NPD-Veranstaltung entgegentreten könne. Dabei setzte sich die Position durch, die NPD-Veranstaltung nicht verhindern zu wollen und auch die NPD-Rede nicht zu stören, sondern danach dazu Stellung zu nehmen.

Als dann am 14.9. der Versammlungsraum der NPD von über 100 Antifaschisten belegt wurde, mußten sie erstaunt feststellen, daß nur vier bis fünf NPDler anwesend waren. Angesichts dieses Kräfteverhältnisses hörte man sich nicht Schützingers Rede an, sondern sang die „Moorsoldaten". Es wurde dann so lange mit den NPDlern „diskutiert", bis diese den Saal verließen.

Insgesamt war die Aktion (beteiligt waren: Gewerkschafter/innen aus ÖTV und DGB-Jugend, Zivildienstler, KB, KABD und einige Einzelpersonen) ein Erfolg. Dafür spricht: 1. Die hohe Anzahl der mobilisierten Antifaschisten; 2. daß sich die Mehrzahl der Antifaschisten für eine weitere Zusammenarbeit aussprachen.

KB-Sympathisanten Siegmaringen

●

NPD-Bundesparteitag in Nordhessen geplant

Am 18. und 19. November will die NPD im nordhessischen Arolsen ihren Bundesparteitag durchführen. Auch gegen diese Nazi-Provokation gibt es bereits Widerstand. Die Stadt hat sich geweigert, den Nazis die Stadthalle zu überlassen. Das Verwaltungsgericht Kassel hat jetzt die Stadt Arolsen verurteilt, die Durchführung des Parteitages zu ermöglichen.Die Stadt legte gegen dieses Urteil Beschwerde ein. Da sollten alle Antifaschisten ein bischen Dampf machen und der Stadt unter die Arme greifen!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

●

Polizei kontra Jusos: Gerangel um die Verteidigung des ‚Rechtsstaates'

Der am 17. September '78 in Bünde stattgefundene NRW-NPD-Landesparteitag sollte ursprünglich in Höxter stattfinden. Die Jusos hatten vor, eine Gegenkundgebung durchzuführen. Soweit so gut. Doch erklärten die Höxteraner Jusos, daß sie militanten Demonstranten Waffen und Transparente (!) abnehmen wollten. (Was sie mit Waffen meinten, sei dahingestellt). Daraufhin erklärte die Polizei: *„Wir werden eine Ordnertruppe, die Demonstranten Waffen und Transparente abnehmen soll, keineswegs dulden, da in unserem Rechtsstaat die Polizei zum Schutz der Bürger da ist"* („Westfalen-Blatt" vom 12.9.78).

Preisfrage: Wer sind die besseren Ordnungshüter? Jusos oder Bullen? Wer die Frage richtig löst, bekommt einen Stamokap-Pokal. Auflösung der Preisfrage im nächsten AK. Um zahlreiche Leserzuschriften wird gebeten.

B., Münster

Jetzt wird's aber Zeit: Die NPD muß weg!

Morddrohungen bereits vor den Überfall

Bereits eine Stunde vor Kundgebungsbeginn trieben sich Trupps von Nazi- Schlägern in der Innenstadt herum und stießen Drohungen aus wie: „Rotes Pack, verschwindet!", „Wehe, wenn wir euch noch mal begegnen, wir machen euch kalt!" und ähnliches. Der NPDler **Sarkowski** prügelte in mindestens einem Fall schon zu diesem Zeitpunkt auf einen Antifaschisten los.

Trotzdem „schützte" die Polizei die NPD/JN- Kundgebung.

Geplanter „Rachefeldzug" der NPD/JN

Für die „Kundgebung" war eigens die zentrale Schlägergarde der norddeutschen JN aufgeboten worden – unter Führung bekannter NPD/JN- Funktionäre: **Fritz Ulrich Bundt**, Student in Hamburg und JN-Vorsitzender in Niedersachsen; **Heinrich Gerlach**, NPD- und JN- Vorstandsmitglied in NRW; **Bernd Dröse**, ebenfalls NPD- und JN- Vorstand in NRW. Alle drei sind Mitglieder des Bundesvorstands der NPD- Jugendorganisation JN. Droese und Gerlach sind außerdem beteiligt an der paramilitärischen Ausbildung der JN in dem Nazi- Ausbildungslager **„Gut Barenbräuker"** in Kamen, von dem aus u.a. der Überfall auf eine Dichterlesung des jüdischen Schriftstellers Edgar Hisenrath im Februar organisiert worden war.

Nachdem diese Schlägerbande in den vergangenen Monaten in Osnabrück, Delmenhorst, Hannover, Göttingen und vielen anderen Städten Norddeutschlands ihre Nazi- Propaganda „schlagkräftig" unter die Bevölkerung zu bringen versucht hatte, hielt die NPD/JN nun den Zeitpunkt für gekommen, auch in Hamburg so vorzugehen – zugleich als „Rache" für zahlreiche Schlappen, die die Nazis bisher in Hamburg gegen die Antifaschisten einstecken mußten.

Mittlerweile sind in mehreren Fällen Anzeigen gegen diese NPD/JN-Schlägertruppen gestellt worden; in einem Fall ist sogar Anklage erhoben wegen „Verwendung nationalsozialistischer Symbole"; mehrere Stadtverwaltungen haben vorerst weitere JN- „Kundgebungen" verboten.

...In Hamburg — von Senat und Polizei gedeckt!

Polizei gedeckt!

Ihre „Strafexpedition" gegen Hamburger Antifaschisten am 23.9. konnten sich NPD/JN erlauben, weil der Hamburger Senat und die Polizei alles getan haben, den Nazis den Rücken frei zu halten:



Der zerstörte BUU-Stand — 600.- DM Sachschaden

- Zu keinem Zeitpunkt wurde vom Senat ein Verbot der Kundgebung erwogen.
- Die Kundgebung wurde von ca. 100 Polizisten geschützt, weitere waren in Einsatzbereitschaft. Dabei bediente sich die Polizei einer neuen Taktik: Die Beamten verteilten sich – ähnlich wie auch schon in Frankfurt – in der Menge (jeweils in Gruppen von 10 Mann), um gleich jeden militanten antifaschistischen Widerstand im Keim ersticken zu können.
- Die Kundgebung wurde auch dann nicht verboten, als der Nazi Sarkowski, der später am JN- Infostand stand, wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Antifaschisten festgenommen worden war.
- Die Polizei ermöglichte nicht nur die Durchführung der NPD/JN-Kundgebung: im Schutz der Einsatzgruppen der Polizei konnte die mit 5 Aktivisten und ca. 25 Sympathisanten angetretene „Hansa"-Bande unbehelligt ihre Povokationen abziehen (Horst-Wessel-Lied, Hitler-Gruß!).
- Nach der Kundgebung konnten die Nazi-Schläger längere Zeit ungestört ihren Terror ausüben, obwohl die Polizei anscheinend vorher w u ß t e , daß der BUU-Stand überfallen werden sollte: Es wurde gleich nach der Nazi-Kundgebung eine Äußerung eines führenden Polizisten belauscht, der die Postierung von Einsatzfahrzeugen in der Nähe des Standes verlangte.

Stattdessen — und das zeigt das wahre Interesse des Senats wieder

Stattdessen — und das zeigt das wahre Interesse des Senats wieder

einmal sehr deutlich — wurde eine spontane antifaschistische Kundgebung nach den Überfällen s o f o r t und unter Androhung von Gewalt von der Polizei aufgelöst!



JN-Vorsitzender NRW, Heinrich Gerlach in Aktion

Antifaschisten: besser aufgepaßt!

Die Antifaschisten Hamburgs waren nicht ausreichend auf die Nazi-Überfälle vorbereitet. Obwohl bekannt war, daß die norddeutsche JN-Bande antreten würde, hat niemand damit gerechnet,"daß die es in Hamburg wagen" würden. Von seiten unserer Organisation wurde sich lediglich auf eine bezirkliche Standard - Aktion nach dem Motto „NPD versucht Info- Stand" vorbereitet. Von seiten anderer politischer Kräfte geschah überhaupt nichts. In der „UZ" und der „tat" beispielsweise wird nicht einem a n s c h l i e ß e n d über die Vorfälle berichtet!

Konkret sah es so aus, daß die ca. 250 Antifaschisten gegenüber dem offensiven und planmäßigen Vorgehen der Nazis und gegenüber ihrer Brutalität überrascht, desorganisiert und hilflos waren. Es gelang auch nicht, eine aktive Propaganda unter der umstehenden Bevölkerung zu entfalten, und zwar schon aus technischen Schwierigkeiten (kein Megaphon), – wesentlich aber deswegen, weil man sich politisch nicht darauf eingestellt hatte, die Menschen für eine evtl. Verhinderung der Nazi-Provokation gewinnen zu m ü s e n, sondern davon ausging, mit den paar „Spinnern" schon selbst fertig werden zu können. Darin kommt eindeutig eine Überschätzung der bisherigen Erfolge – besonders in Hamburg – gegen die Faschisten zum Ausdruck, zum andern eine gefährliche Blauäugigkeit gegenüber den

Ausdruck, zum andern eine gefährliche Blauäugigkeit gegenüber den

militanten Nazis.

Zum zweiten zeigte sich, daß der unorganisierte und unvorbereitete Haufen dem gezielten und offensichtlich t r a i n i e r t e n Angriff der Nazis in keiner Weise standhalten konnte, daß nicht einmal einfachste Selbstverteidigung möglich war.

Das liegt zum einen ganz sicher an dem p a z i f i s t i s c h e n Verständnis, mit dem die Linke auch den Nazis gegenübertritt, so daß ein guter Schlag zur rechten Zeit einfach nicht angesetzt wird, selbst wo Genossen/innen sich trauen würden oder eine gute Gelegenheit hätten. Darüber hinaus aber ist es schlichtweg A n g s t , die z.T. sogar soweit geht, daß man sich lieber verdrückt, wenn die Auseinandersetzung droht. Es ist einmal Angst, Leute a n z u s p r e c h e n und gegen die Faschisten zu agitieren, zum andern Angst, g e s c h l a g e n zu werden und sich nicht wehren zu können, allein den Faschisten gegenüberzustehen usw. Dieser Angst kann nur dadurch begegnet werden, daß solche Aktionen zukünftig politisch und organisatorisch besser vorbereitet werden.

Aus den Erfahrungen am Samstag in Hamburg (sowie aus ähnlichen Erfahrungen in anderen Städten zuvor) ist die Schlußfolgerung zu ziehen:

- o Es muß eine gründlichere Auseinandersetzung mit der Gefahr dieser Nazi-Banden erfolgen (u.a. auch mitArgumenten, die ihre Bedeutungslosigkeit behaupten), um sich darüber mit Menschen auseinandersetzen zu können.
- o In Agitation und Propaganda muß die Forderung nach NPD/JN- Verbot massiv entwickelt werden.
- o **Mit Blick auf Aktionen gegen Nazis wird es gut tun, sich in dieser oder jener Weise körperlich ein wenig fit für Selbstverteidigung zu machen und innerhalb der Aktionen für festere Gruppenstrukturen zu sorgen.**

Sie kommandierten die NPD/JN-Provokation

Fritz-Ulrich Bundt

Halter des grünen VW STD-JN 81, Jurastudent in Hamburg;

JN-Landesvorsitzender in Niedersachsen und Mitglied des JN-Bundesvorstands.

Im Rahmen des 1975er Wahlkampfes in NRW wurde auf „Gut Barenbräucker" eine NPD-Schlägertruppe aufgestellt, an der Bundt beteiligt war.

Am 11.9.76 überfielen in Lüneburg NPD-Schläger, unter ihnen Bundt, Antifaschisten in Lüneburg.

Bund zeichnet verantwortlich für Flugblätter der JN, u.a.:„*Vor 30 Jahren wurde die rechtmäßige Reichsregierung durch einen einmaligen Banditenstreich abgesetzt*".

Speziell in Hamburg gehört Bundt zu den Aktivisten – sein VW trägt regelmäßig die Lautsprecheranlage;
so auch jetzt am 23.9.78.

Heinrich Gerlach

Landesvorsitzender der JN-Nordrheinwestfalen und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD/NRW. 1974 war Gerlach als Jurastudent mit dem Aufbau eines „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) in Bochum beschäftigt. Seit mindestens 1976 ist Gerlach Mitglied im Bundesvorstand der JN.

Gerlach gehört zu den Chef-Einpeitschern auf vielen JN-Kundgebungen. Wegen seiner Äußerungen vom 15.4.78 in Göttingen ist Anzeige gegen ihn gestellt: „*Viermal standen die Türken vor Wien, viermal hat sich das deutsche Volk gegen diesen Türkensturm gewehrt. Heute sind sie mitten unter uns. Deutschland, speziell Westdeutschland, soll zersetzt werden von negriden und asiatischen Menschentypen und Menschenrassen*".

Bernd Droese

Dortmund 1, Magdeburger Strasse 6.

Seit einigen Jahren Mitglied der JN-Bundesleitung, dort zuständig für das Presse-Referat. Mitglied im NPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen.
1975 „Bundesgemeinschaftsleiter" der „Nationaldemokratischen Schülergemeinschaft".

Wie Gerlach ist auch Dröse ständig „im Einsatz" als JN- Agitator. Von ihm stammen Aussprüche wie:„*Wir Nationaldemokraten versprechen hier...wenn wir...die Macht übernommen haben, hat das letzte Stündchen für den Kommunismus ein für alle Mal geschlagen...Wir werden allen Kommunisten die Gelegenheit geben, in ihr Paradies zu verschwinden, ins Sowjet-KZ DDR. Und das Volk wird fordern, zuerst einmal müssen sie über die eigenen Minenfelder gehen*" (15.4.78 Göttingen).

Längere Zeit gab Dröse auf Flugblättern, für die er verantwortlich zeichnete, den JN-Ausbildungshof „Barenbräucker" als Adresse an.

Engere Beziehungen unterhält Dröse zur Faschisten-Jugendzeitung „MUT", mit deren Herausgeber Bernhard C.Wintzek er am 25.8.77 in Soltau eine Jubelfeier für Kappler inszenierte.

Daß anläßlich dieser Jubelfeier die „Hansa"-Bande ihre berüchtigte „Ehrenwache" inszenierte, ist kein Zufall: Kühnen und Dröse kennen sich zumindest von einem gemeinsamen JN-Infostand in Celle vom Frühsommer 77.



Wer kann Angaben über diese Typen machen?

Wer kann Angaben über diese Typen machen?



Wer kennt ihn?



Georg Wilhelm Klaus Rohde, Münsterland/Westfalen — er sprang auf den BUU-Tisch



li: Sakowski, mi: Jürgen Döhrr, re: wer kennt ihn?

Hans - J. Sakowski

Tischler; Sakowsky war schon am 11.2.78 in Göttingen einer der übelsten JN-Schläger; damals war er schon einmal an Überfällen auf Antifaschisten n a c h einer verhinderten JN-Kundgebung beteiligt. Am 23.9.78 schlug er schon vor der NPD/JN-Kundgebung einen Antifaschisten blutig und war an allen Überfällen beteiligt.

Jürgen Döhr

Hameln/Rinteln, Sudetenweg 2
Ehemals führendes Mitglied der „Schüler-Union" in der Bückeburger Gegend. Dörr gehört wie Sakowsky zum zentralen Schlägertrupp der JN und war wie dieser an den Überfällen auf Passanten am 11.2.78 in Göttingen beteiligt. Er war am 23.9.78 einer der führenden Schläger.

Hansa-Nazis kriegten Schläge

Nachdem Schlägertrupps der NPD/JN und der „Hansa"-Bande am vorhergehenden Samstag den Info-Tisch der BUU in der Hamburger Innenstadt zerstört und mehrere AKW-Gegner zusammengeschlagen hatten, waren am Sonnabend, dem 30.9., zahlreiche BUU-Mitglieder zum Schutz des Standes gekommen. Auch die „Hansa"-Bande war wieder erschienen: Christian Worch, Tibor Schwarz, Michael David und ein Vierter verteilten am Mönkebrunnen ein Blatt der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft", den „Deutsch-Völkischen Beobachter".

AKW-Gegner und andere Antifaschisten kreisten die Nazis ein und verteilten ein Flugblatt der BUU über den Nazi-Überfall vom vorigen Wochenende. Mit einem Megaphon wurden zusätzlich die Passanten über diese Typen aufgeklärt. Als sich dichte Diskussionsgruppen bildeten, wurden die Nazis nervös und zogen ihre langen Ketten mit Eisengewichten oder Schlagstöcke aus der Tasche. Dieser Anblick war für viele Passanten ein Grund mehr, sich auf die Seite der Antifaschisten zu stellen. Die Situation wurde den Nazis dann offensichtlich doch etwas zu mulmig, sodaß sie abzogen. Die ganze Mönkebergstraße, bis kurz vor dem Hauptbahnhof, wurden sie von den Antifaschisten mit Parolen wie „Nazis raus aus unserer Stadt, wir haben den Faschismus satt" begleitet. Plötzlich drehte sich einer der Nazis um und schlug mit einer langen Kette wild um sich. Damit war die Geduld der Antifaschisten allerdings endgültig zu Ende. Die „Hansa"-Banditen versuchten, in einem Linienbus Zuflucht zu finden. Noch aus dem Bus heraus versuchten sie immer wieder, mit ihren Ketten und Knüppeln auf die Antifaschisten einzuprügeln. Der Bus wurde aber umstellt, und der Fahrer aufgefordert, die Polizei zu rufen. Als die Nazis immer noch aus dem Bus heraus zu prügeln versuchten, stürmten einige beherzte Antifaschisten, mit mitgebrachten oder geborgten Motorradhelmen gegen die Schlagwaffen geschützt, in den Bus und machten dem ganzen Spuk ein Ende. Jeder der vier Nazis hat dann seine verdiente Prügel bezogen. Einer stand erst gar nicht wieder auf und mußte später mit einem Krankenwagen weggeschafft werden. Das unheimlich brutale Vorgehen der Faschisten – zusammen mit dem Bemühen um Aufklärung der Passanten in der reichlich belebten Innenstadt – hat dazu geführt, daß sich sehr viele Leute über die Abreibung für die Faschisten gefreut oder zumindest keinen Protest geäußert haben.

Die Polizei, die dann sehr zahlreich aufkreuzte, führte T. Schwarz und M. David in Handschellen aus dem Bus ab. Ch. Worch (zur Zeit Chef der „Hansa"-Bande) wurde offenbar nicht festgenommen, sondern stand mit anderen Nazis schimpfend herum.



Hansa-Bandit Tibor Schwarz wickelt sich einen Schlagring – diesmal hat es ihm nichts genutzt...



Hansa-Bandit Tibor Schwarz wickelt sich einen Schlagring – diesmal hat es ihm nichts genutzt...

Morddrohung gegen Antifaschisten

Der presserechtlich Verantwortliche der „KPD/ML"-nahen „Front gegen Reaktion und Faschismus", der gleichzeitig einer der Angeklagten im Hamburger Antifaschistenprozeß ist, erhielt vor einigen Tagen einen Drohbrief der „Hansa"-Bande. Tatsächlich wohnt in der unmittelbaren Nachbarschaft des Antifaschisten ein Mitglied der Bande, **Mario Schwarz** (nicht zu verwechseln mit Tibor Schwarz).

Antifaschistenprozeß ist, erhielt vor einigen Tagen einen Drohbrief der „Hansa"-Bande. Tatsächlich wohnt in der unmittelbaren Nachbarschaft des Antifaschisten ein Mitglied der Bande, Mario Schwarz (nicht zu verwechseln mit Tibor Schwarz).

„Gut Barendräuker" – Neofaschistisches Ausbildungslager

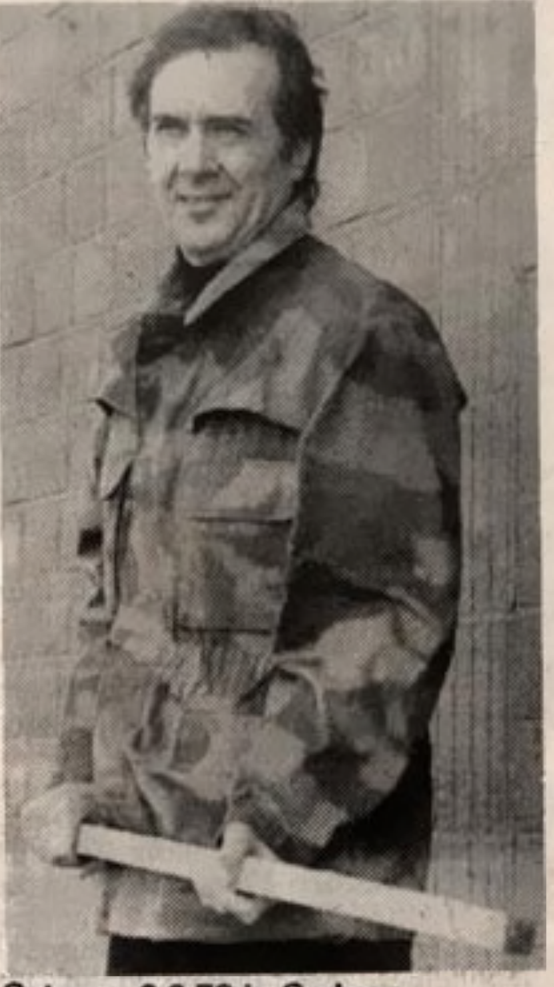
Seit 1969 unterhält die JN in Kamen, In der Bredde 69, ein Ausbildungslager auf dem „Gut Barendräuker". Leiter des Hofs ist **Karl-Hein Harting**, der selbst schon des öfteren als Nazi-Schläger in Erscheinung getreten ist, so u.a. bei der Terrorisierung der Dichterlesung von Edgar Hilsenrath in Kamen.

1973 – so eine gewerkschaftliche Veröffentlichung – wurden im „Barendräuker" ca. 600 (!!) Jugendliche ausgebildet. Auf dem Hof können 50-70 Personen untergebracht werden. Eine Erweiterung ist geplant. 1975 war der Hof die „Kaserne" des JN-Einsatztrupps im Wahlkampf in NRW. Auch der Trupp, der seit Monaten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen als zentrale Schlägergarde der JN umherreist und jetzt nach Hamburg kam, hat seinen Stützpunkt in Kamen.

Außer der JN steht der Hof u.a. der HIAG (Waffen-SS) zur Verfügung, die dort größere Treffen abhält (z.B. im Herbst 77 mit 300 Teilnehmern).

Bisher haben die Behörden nichts gegen das Nazi-Treiben unternommen, im Gegenteil: „*Das ... Verhalten der beiden großen demokratischen Parteien im Rat, auf die ‚Tiraden der Neofaschisten' nicht einzugehen, habe sich bewährt*" – dies erklärte der Kamener SPD-Bürgermeister Ketteler auf dementsprechende Fragen.

Das „Gut Barendräuker" muß geschlossen werden!



Geiss am 9.9.78 in Garbsen

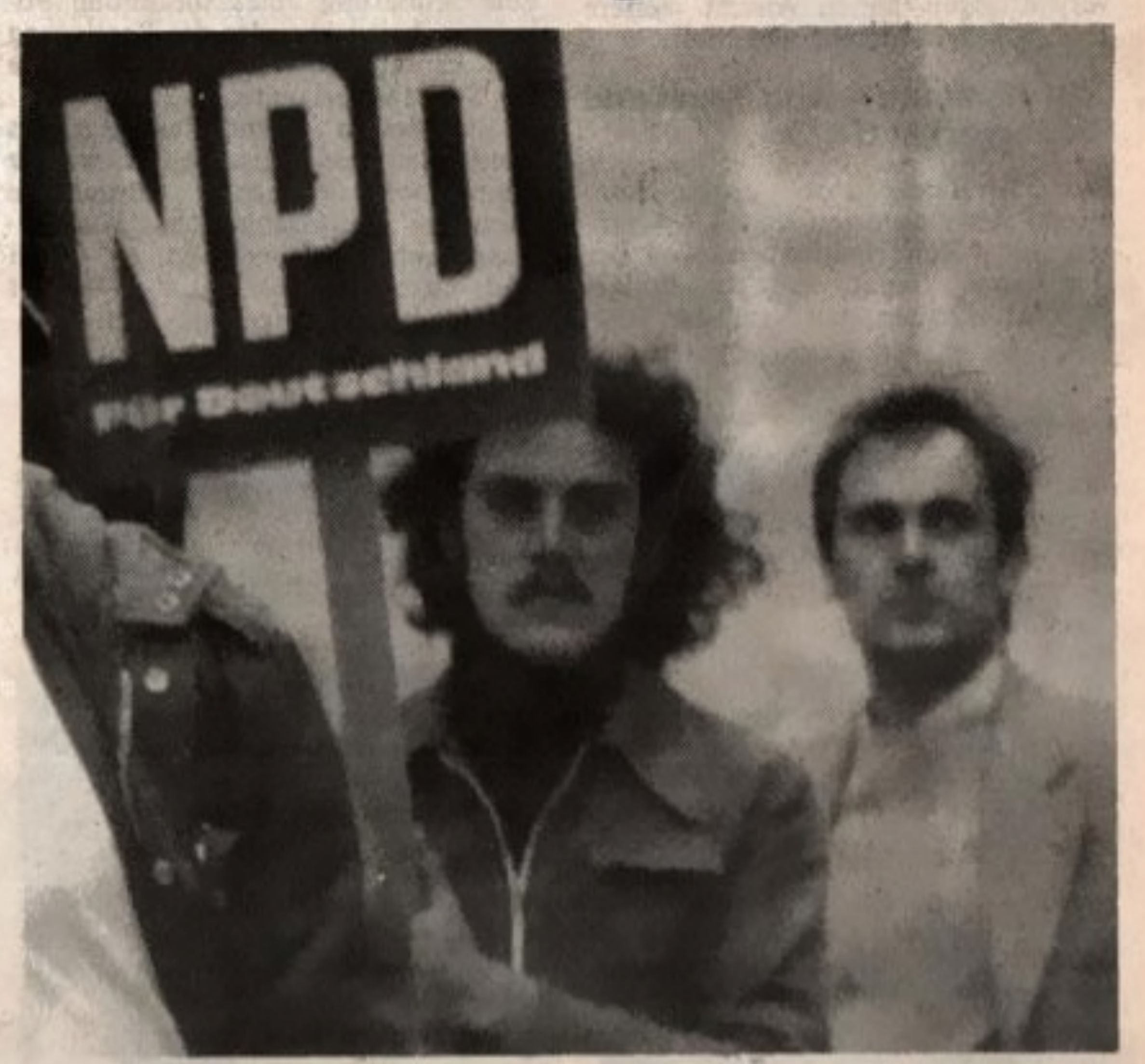
Nazi-Überfall in Hannover

In Hannover-Garbsen wurde am 9.9. eine SDAJ-Gruppe von Neonazis überfallen. Anführer war Edgar Geiß, „Pressesprecher" der Hansa-Bande (siehe Foto). In seinem PKW hatte er Schlagringe, Knüppel, Ketten, Gaspistolen usw. schon mitgebracht und sie an die Bande verteilt. Aber auch er selbst mischte kräftig mit. Die Polizei nahm ihn (natürlich nur kurzfristig) fest. Dieser Überfall war wohl eine Art Racheakt: Morgens hatte die Polizei eine Kundgebung der „Antikominternjugend" in der Innenstadt von Hannover, zu der auch diverse Hamburger „Hansa"-Bandenmitglieder angereist waren, aufgelöst.

(Nach Berichten von Genossen)

NRW: Dringender Ermittlungsaufruf

NRW: Dringender Ermittlungsaufruf



Um Mithilfe unserer Leser und Leserinnen bitten wir bei der Ermittlung des oben abgelichteten N A Z I - S C H L Ä G E R S (gemeint ist der Typ mit dem NPD-Schild; hinter ihm übrigens der JN-Landesvorsitzende Heinrich Gerlach). Der Bursche hat sich insbesondere bei der JN/NPD-Kundgebung am 2.9. in Oberhausen durch brutale Schlägerpraktiken hervorgetan. Einer Mülheimer Antifaschistin rammte er eine Latte in den Bauch, einem Antifaschisten zog er das NPD-Schild mit voller Wucht über den Kopf. Zwar wurde er nach letzterer Aktion vorübergehend festgenommen; doch ob die Bullen Anzeige gegen ihn erstattet haben, bleibt zumindest unklar. Fakt ist allerdings, daß sich die Polizei geweigert hat, eine diesbezügliche Anzeige der verletzten Antifaschistin entgegenzunehmen. Als „Begründung" wurde u.a. angeführt, daß der Name des Schlägers der Polizei u n b e k a n n t sei!

Es handelt sich bei diesem Nazi-Schläger – soviel können wir bereits sagen – um eines der aktivsten JN/NPD-Mitglieder in NRW. Er wurde auch in anderen Städten bei JN/NPD-Kundgebungen beobachtet. Am 2.9. war er Teilnehmer der vorherigen Nazi-Kundgebung in Essen, am 1.7. trat er in Gütersloh und Detmold in Aktion, am 15.4. war er in Göttingen mit dabei. Wir bitten um Hinweise, die uns über Namen und weitere Aktivitäten dieses Schlägers Aufschluß geben könnten.

Antifa-Kommission NRW

Fahndungserfolg: Nazi im DGB aufgespürt

Unna/Kamen. Der neue Steckbrief unserer Antifa-Kommission NRW zur neofaschistischen „Harting-Bande" (siehe auch AK 134) brachte es ans Licht: Mindestens ein JN/NPD-Mitglied ist zugleich auch Angehöriger einer DGB-Gewerkschaft im Kreis Unna. Identifiziert wurde – auf unsere Bildfahndung hin – ein gewisser **Hans Patztutzka** aus Unna-Königsborn. Er arbeitet auf der Zeche „Königsborn", wo ein DGB-Jugendvertreter mitlerweile bestätigte, daß gegen Patztutzka wegen seiner neofaschistischen Umtriebe ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden sei. Bei einem zweiten JN-Aktivisten ist noch unklar, ob er n o c h Gewerkschaftsmitglied ist: Es handelt sich dabei um **Wilfried Atorf**, Vorsitzender des JN-Kreisverbandes Unna. Atorf ist auf der Kamener Zeche „Monopol" als Betriebsschlosser beschäftigt. Er nahm 1973 sogar an einer gewerkschaftlichen Schulung teil. Am 1. Mai dieses Jahres wurde Atorf zusammen mit anderen Neonazis beim Filmen der gewerkschaftlichen Demonstration in Bergkamen beobachtet.

Die DGB-Kreisjugendkonferenz Unna hat anläßlich der nun bekanntgewordenen Mitgliedschaft von Neonazis im DGB zu verstärkter Wachsamkeit gegenüber dem Neofaschismus aufgerufen: „*Vor allem an die älteren Kollegen richtete die Kreisjugendkonferenz in diesem Zusammenhang die Aufforderung, aktiv am Kampf gegen die Neonazis und für die Erhaltung der Demokratie mitzuarbeiten. Viel zu wenig ältere Arbeitnehmer nähmen am Antifaschistischen Arbeitskreis Kamen/Bönen teil. Die Gefahr, die von den neuen Nazis ausgehe, sei vielen Kollegen wohl nicht ganz bewußt*" („WAZ"-Kamen vom 26.9.).

Antifa-Kommission NRW

Kurzmeldungen

180facher Ehrenbürger Adolf Hitler

Das überrascht denn doch: Wie das Presseamt der Stadt Hameln herausgefunden hat, wird Adolf Hitler in 180 bundesdeutschen Städten immer noch als Ehrenbürger geführt!

Die Auflistung diente übrigens der Stadt Hameln nicht etwa zu antifaschistischen Zwecken, sondern zur Begründung, warum sie selbst Hitler die Ehrenbürgerschaft nicht aberkennen könne. Mit dem Hinweis auf die anderen Städte erklärte das Presseamt, daß eine Aberkennung „nicht möglich" sei. („tat", 29.9.78).

Nazi als Kronzeuge im Antifa-Prozeß

Am 4. Oktober findet im Amtsgericht Rheine ein Prozeß gegen Antifaschisten aus Emsdetten statt, die am 11. März 1978 bei einer Protestkundgebung gegen die NPD/JN Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, gefährliche Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begangen haben sollen.

Der Nazi Harting, der am 11. März in Emsdetten dabei war und angeblich ein Farbei an den Kopf bekam, ist jetzt neben Polizisten der Haupt-Belastungszeuge gegen die Antifaschisten.

Das wird ein interessanter Prozeß!

Amtsgericht Rheine, Zimmer 9, 4. Oktober, 9 Uhr.

Taktik-Wechsel der Hoffmann-Bande

Karl-Heinz Hoffmann, Führer einer bayrischen „Wehrsportgruppe", hat sich jetzt erstmals zur politischen „Erziehung" seiner Bande bekannt. Auf einer „Dorfveranstaltung" bei Erlangen gab er in seiner dreistündigen Rede vor ca. 170 Besuchern bekannt: „Wir werden jetzt eine gemeinsame politische Gesinnung in unseren Reihen züchten". Auf die Verwendung einer Uniform in der Ö f f e n t l i c h k e i t werde künftig verzichtet; „das Festhalten an unseren Übungen und das Tragen einer Uniform auf p r i v a t e m Grund bleibt davon selbstverständlich unberührt" („NN" v. 25.9.78).

Hoffmann selbst bezeichnete dies als „Taktikwechsel". Hintergrund der Sache: Hoffmanns Bande war bisher öffentlich oft in Uniform aufgetreten. Das hatte zu Anzeigen und einem Prozeß geführt. Denn das Tragen von Uniformen „als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung" ist in der BRD verboten. (Dies Gesetz sollte sich gegen ein Wiederaufkommen des Nazismus richten.) Hoffmann hatte dagegen argumentiert, von gemeinsamer politischer Gesinnung könne in seiner Bande gar keine Rede sein und überhaupt sei die „Wehrsportgruppe" ganz unpolitisch. Da diese Ausrede des bundesweit berüchtigten Nazi Hoffmann selbst der willigste Richter nicht akzeptieren konnte, wurde Hoffmann verknackt (selbstverständlich zur „Bewährung").

Nunmehr soll auf die Uniformen verzichtet werden, um umso ungehemmter die politische „Schulung" der meist sehr jugendlichen Banden-Mitglieder betreiben zu können.

Neues vom Ziesel („Deutschland-Stiftung")

Im Prozeß ARBEITERKAMPF kontra Ziesel ist eine überraschende Wende eingetreten – Ziesel entpuppt sich als Antifaschist!

Zur Erinnerung: Wir hatten berichtet, daß Ziesel zusammen mit einschlägigen Alt-Nazis die rechtsradikale „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) gegründet habe. Zugleich hatten wir Ziesels Nazi-Vergangenheit aus seinen eigenen alten Schriften belegt, wo er sich rühmte, er sei in den 30er Jahren Schriftleiter des Hauptblatts der NSDAP in Österreich gewesen und habe aus Österreich wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens flüchten müssen. Ziesel verlangte von uns eine Unterlassung dieser „Behauptungen". Bei seinen Hausrichtern in München bekam er „Recht". Einen Parallelprozess in Hamburg verlor Ziesel.

In seiner Berufungs-Schrift gegen das Urteil in Hamburg wird es nun geradezu tollkühn! Auf einmal will Ziesel n i c h t mehr Schriftleiter des Wiener NSDAP-Organs gewesen sein; auf einmal will er n i c h t wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens geflohen sein. Dies seien nur „Schutzbehauptungen" gewesen, die er in der Nazi-Zeit habe aufstellen müssen, um einer drohenden „Existenzvernichtung" durch die GeStaPo zu entgehen. Wir sollen ihm glauben, daß er lediglich **„unter dem Druck des damaligen Regimes auf Grund seiner persönlichen Verfolgung derartige Behauptungen aufgestellt hat".**

Wie bei Ziesel üblich, wartet er mit einer neuerlichen „eidesstattlichen Erklärung" auf (die x-te in diesem Verfahren!). An Eides statt versichert Ziesel dieses Mal, daß er in der Nazi-Zeit die Unwahrheit geschrieben habe. Gelogen hat er also, fragt sich bloß: Wann?!

„Im Jahre 1931 begann so mit zwanzig Jahren meine Tätigkeit als Schriftleiter am damaligen Hauptblatt der NSDAP in Wien und führte mich dann im Jahre 1933 auf der Flucht vor Hochverratsverfahren des Dollflußsystems nach München...". Ähnlich lautende Angaben über seinen Lebenslauf machte Ziesel in einem Brief an den „Parteigenossen Rudolf Hess" vom 23.11.34 und in einem Brief an das Oberste Parteigericht der NSDAP vom November 1936.

Auf eben diese Angaben stützten wir auch unseren Ziesel-Artikel in AK 123, S. 29.

War das gelogen? Ziesel selbst behauptet jedenfalls 1958: **„Ich möchte hier mit Nachdruck feststellen, daß niemals irgendwer im Dritten Reich gezwungen werden konnte oder gezwungen wurde, irgend etwas zu schreiben oder öffentlich zu verkünden, was nicht seiner Meinung war"** (Kurt Ziesel: Das verlorene Gewissen; 2. Aufl., München 1958,S. 34).

Es liegt bei den offensichtlich unvereinbaren Widersprüchen in Ziesels eigenen Schriften nahe, zu glauben,

Es liegt bei den offensichtlich unvereinbaren Widersprüchen in Ziesels eigenen Schriften nahe, zu glauben, daß für Ziesel immer gerade d a s „wahr" ist, was ihm im Moment nützt.

Viele Dokumente – keine Gegenbeweise!

Zur „Beweisführung" in der Berufungsverhandlung scheint Ziesel sehr tief in seine anscheinend recht umfangreiche Akte im „document center" in Westberlin gegriffen zu haben, in dem sämtliche ehemaligen NSDAP-Mitglieder mit ihren Parteiakten und Ähnlichem gespeichert sind.

Allerdings beweisen die Dokumente rein gar nichts für den Prozeß, um so mehr hingegen über Ziesels Nazi-Vergangenheit. Zum Beispiel: Die „Erklärung" – keine eidesstattliche – eines Rechtsanwaltes Dr. jur. Ed. Eble vom 17.9. 1945 „bescheinigt" Ziesel – wohl für sein Entnazifizierungsverfahren – gewisse Differenzen zu einigen Nazi-Vorgesetzten; sie erwähnt auch einen (nach kurzer Zeit wieder aufgehobenen) Parteiausschluß und eine kurze Haft. Schließlich erwirkten „Freunde" (welche?) Ziesels Freilassung aus der Haft.

Diese Erklärung könnte zwar – betrachtet man sie wohlwollend – eine „Notsituation" von Ziesel nahelegen. Sie beweist aber keineswegs, daß Ziesel deshalb damals – wie er jetzt behauptet – seinen Lebenslauf gefälscht hat. Folglich ist dies Dokument für den Prozeß belanglos!

Eine weitere Lücke in der Verteidigung von Ziesel besteht in der Tatsache, daß er noch im Jahre 1940 seinen angeblich falschen Lebenslauf in dem Buch „Krieg und Dichtung" publiziert hat. Kein bisher vorgelegtes Dokument aber „beweist", daß er auch zu dieser Zeit „Bedrohungen seiner Existenz" durch die Nazis ausgesetzt gewesen wäre und deshalb zu „Schutzbehauptungen" greifen mußte.

Im Gegenteil! Trotz der angeblichen Repressalien, die Ziesel heute von den Nazis erfahren haben will, durfte er während des gesamten Faschismus für die Nazis Propaganda treiben. Noch 1943 sind Schriften von ihm erschienen!

Weiter: Während der Polizeihaft wurde mit Sicherheit auch Ziesels Lebenslauf überprüft. Spätestens da hätten die angeblichen Fälschungen seines Lebenslaufs herauskommen müssen. Er wurde jedoch nicht bestraft, sondern sogar wieder in die NSDAP aufgenommen. Den dazugehörigen Untersuchungsbericht legt Ziesel in seiner „Verteidigungsschrift" allerdings nicht vor. Lag der Bericht nicht bei den Akten, oder?...

Die Nazis hatten anscheinend damals einen guten Grund, Ziesel wieder aufzubauen. Er erfüllte ja schließlich seinen Teil der Nazi-Propaganda: **Von einem Nazi geprüft und für gut befunden!**

Gründungsversammlung der „Gesellschaft für freie Publizistik"

Auch dieser Teilbereich des Prozesses verspricht, interessant zu werden.

Es ist geradezu grotesk, daß ein Alt-Nazi wie Ziesel sich heute schon beleidigt fühlt, wenn die unbestrittene Tatsache bekanntgegeben wird, daß Gründungsmitglieder der GfP u.a. Nazis wie Kleist, Sündermann, Böhme, Kernmayr, Vorwinkel und Holle Grimm waren. Es spricht für sich, daß Ziesel – mit anderen zusammen – die Idee für die Gründung der GfP hatte und daß diese Idee von den oben genannten Nazi-Propagandisten begierig aufgegriffen wurde. Das Landgericht Hamburg hatte sehr richtig festgestellt, daß nicht das Z u s a m m e n w i r k e n zwischen Ziesel und den genannten Personen zur Debatte steht, sondern nur die T e i l n a h m e dieser Leute bei der GfP-Gründung.

Zu diesem Punkt brachte Ziesel in seiner Berufungsschrift ebenfalls keine Argumente.

Wir werden uns nicht nehmen lassen, einen Nazi einen Nazi zu nennen, besonders wenn sie die Vergan-

Wir werden uns nicht nehmen lassen, einen Nazi einen Nazi zu nennen, besonders wenn sie die Vergan-genheit eines Ziesel haben. Man höre sich noch einmal seinen Originalton an:

„Denn am Abend, als wir in der Hütte saßen, erzählten uns die Münchner Kameraden das erstemal vom Führer. Sie taten es mit jener Inbrunst, die unsere jungen Herzen zum Glühen brachte, und sie gewannen unsere Seele mit der Macht eines Glaubens, der über alle Entweihungen und Enttäuschungen des Alltages hinweg nicht nur für mein späteres Leben, sondern auch für meine dichterische Arbeit entscheidend wurde". Klar doch, alles „Schutzbehauptung"!...

Wir bitten noch einmal alle Ziesel-„Freunde", unsere Prozeßführung finanziell und materiell zu unterstützen, sowie für ein breiteres Bekanntwerden des Prozesses zu sorgen.

Zahlungen bitte auf das Konto:
Initiativkomitee Arbeiterhilfe,
BfG Hamburg, Kto: 12443653,
Stichwort: „ARBEITERKAMPF gegen Deutschlandstiftung".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Buch über die „Deutschland-Stiftung"

In diesen Tagen ist Hans-Dieter Bambergs Buch **„Deutschland-Stiftung e.V.„Studien über Kräfte der 'demokratischen Mitte' und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland"** im Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, erschienen.

Schon eine kurze Durchsicht des Buches bestätigt, daß H.-D. Bambergs peinlich genaue, wissenschaftliche Untersuchungsarbeit für alle Ziesel-Gegner von großem Wert ist.

Themengebiete sind u.a.: Gründung der „Deutschland-Stiftung" (DS), Finanzierung, Personen- und Symphatisantenkreis, innerorganisatorische Konflikte in der DS 1968/69, Zielsetzung der DS, das „Deutschland-Magazin" als Organ des Vereins, sowie im Anhang Personenlisten, Lebensläufe und eine Kurzbiographie von Kurt Ziesel.

Auseinandersetzung um VVN-Ausschlüsse in Nürnberg

Der Kreisvorstand der VVN/BdA Nürnberg hatte am 30.5.78 drei aktive Antifaschisten mit dem Vorwurf des „Antisowjetismus", der „Entspannungsfeindlichkeit" sowie der Mitarbeit in der Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die „Wehrsportgruppe Hoffmann" (AAE) aus der VVN ausgeschlossen (siehe Artikel in AK 133, S. 60).

Die schriftliche Begründung für diesen Ausschluß und die vollständigen Namen der drei Betroffenen wurde allen demokratischen Organisationen und mindestens einer städtischen Stelle in Nürnberg zugeschickt.

Mit diesem Vorgehen ist die VVN unter den Antifaschisten in Nürnberg allerdings auf den Bauch gefallen: Neben einem „Offenen Brief" der drei betroffenen Antifaschisten liegen inzwischen Protesterklärungen der DFG/VK, der Jusos und der Falken vor; auch die Antifaschistische Aktionseinheit hat eine öffentliche Stellungnahme angekündigt.

Wir wollen aus den bisher veröffentlichten Papieren die wesentlichen Passagen im folgenden dokumentieren, da sie deutlich machen, daß es möglich ist, eine breitere Auseinandersetzung über die Unvereinbarkeitspolitik und die Spalterpolitik der DKP und ihres Umfelds zu führen.

Offener Brief der drei Ausgeschlossenen

In einem „Offenen Brief" an den Kreisvorstand der VVN-BdA gehen die drei Ausgeschlossenen auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe ein:

„...*‚Als erstes wird uns ‚Antisowjetismus' unterstellt. Als Beleg dafür wird ein Zitat von einem von uns aus einer Diskussionsveranstaltung angeführt. Dieser Kamerad soll gesagt haben: ‚Zwischen den beiden Supermächten gibt es eine abgesprochene Aufrüstung'. Im Zusammenhang mit dem SALT I-Abkommen hat dieser Kamerad gesagt: ‚Zwischen den beiden Großmächten gibt es eine abgesprochene Aufrüstung'. Jeder, der sich den Inhalt dieses Vertrags näher anschaut, wird ehrlicherweise zustimmen müssen, daß es eine abgesprochene Aufrüstung beinhaltet (z.B. bei den ABM-Startrampen von 0 auf 200 für jeden Vertragspartner). An keiner Stelle dieses Vertrages wird eine Reduzierung einer Waffengattung vereinbart, an keiner Stelle wird auch nur die Einfrierung der Zahl der vorhandenen Waffen beschlossen ... Wir können nicht akzeptieren, daß eine kritische und realistische Einschätzung eines Vertrages, getragen von einem großen Engagement für Abrüstung, belegt zudem durch ein falsch wiedergegebenes und aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat, sich nach Eurer Meinung nach nicht mit der Mitgliedschaft in der VVN/BdA vereinbaren lassen soll...*

Eure Begründung geht jedoch erheblich weiter. Ihr behauptet: ‚Die genannten Mitglieder arbeiten seit längerem in der sogenannten Antifaschistischen Aktionseinheit mit. In dieser Gruppierung arbeiten maoistische Gruppen mit, die in Theorie und Praxis antisowjetische Positionen vertreten, sondern wenn er irgendwo mit Kräften zusammengearbeitet, denen Ihr ‚Antisowjetismus' unterstellt. Ihr unterlaßt es sogar, den Begriff ‚Antisowjetismus' mit Inhalt zu füllen, so daß seine Anwendung willkürlich bleibt, es willkürlich ist, gegen wen ihr euch abgrenzen wollt... Ihr könnt der Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann auch nicht unterstellen, und schon gar nicht uns, daß die historischen Verdienste der Sowjetunion im 2. Weltkrieg geleugnet werden. Was dann nur noch denkbar ist zur Untermauerung Eures ‚Antisowjetismus'-Vorwurfs, *dienste der Sowjetunion im 2. Weltkrieg geleugnet werden. Was dann nur noch denkbar ist zur Untermauerung Eures ‚Antisowjetismus'-Vorwurfs,* *ist, daß es in der Antifaschistischen Aktionseinheit Kräfte gibt, die eine mehr oder weniger deutliche Kritik an den Verhältnissen in der Sowjetunion haben".*

Wie wenig Interesse die VVN an einer Aktionseinheit aller antifaschistischen Kräfte hat, wird auch an ihrer Praxis gegenüber der Antifaschistischen Aktionseinheit in Nürnberg aufgezeigt: „...*Ihr habt bisher jedoch diese Zusammenarbeit abgelehnt. Einzelne von Euch haben uns sogar aufgefordert, uns in der Antifaschistischen Aktionseinheit dafür einzusetzen, daß die VVN/BdA zu Bündnisbesprechungen nicht mehr eingeladen wird. Ihr seht sogar bei der bei einzelnen Kräften der Antifaschistischen Aktionseinheit bestehenden Kritik an der Sowjetunion eine Parallele zum Hitler-Faschismus und rückt uns ‚objektiv' ‚in die Nähe jener reaktionären Kräfte, wie Strauß, die weiter Aufrüstung fordern und die Gefahr des Faschismus und Neonazismus verharmlosen'. Erwähnt sei noch — und diese Meinung haben wir schon mehrfach Euch gegenüber vertreten —, daß wir es sehr bedauern, daß die VVN nicht in der Antifaschistischen Aktionseinheit mitarbeitet, daß die Verantwortlichen der VVN ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden sind und die notwendigen Aktivitäten gegen faschistische Provokationen wie dem ‚Auschwitzkonkreß' oder der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' nicht initiiert haben...*"

Zum Schluß wird der Vorwurf der Entspannungsfeindlichkeit zurückgewiesen: „...*Wenn Ihr auch diese Position nicht teilen könnt, woher nehmt Ihr vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrung die Berechtigung, Menschen, die die Kriegsgefahr brennender sehen als Ihr, aus den Reihen der Antifaschisten auszuschließen? ... Ihr bringt also das Kunststück fertig, ... gerade dadurch, daß wir die Kriegsgefahr ernster nehmen und entsprechend engagierter gegen die Kriegstreiber, (z.B. Strauß) in diesem Land vorgehen wollen, uns ‚objektiv' in die gleiche Ecke zu stellen, in der sich die reaktionärsten Kräfte befinden, z.B. Strauß ... Wenn Ihr dem antifaschistischen Kampf mindestens in Nürnberg nicht empfindlichen Schaden zufügen wollt, dann müßt Ihr diese Position korrigieren... Es darf nicht Wirklichkeit werden, daß eine realistische Einschätzung der Kriegsgefahr in der VVN/BdA keinen Platz mehr haben darf, nicht einmal über einzelne Mitglieder*".

Sehr scharf haben Jusos, Falken („Sozialistische Jugend Deutschlands") und DFG/VK (Kriegsdienstgegner) diese Unvereinbarkeitspolitik verurteilt. Alle drei Organisationen sind von den Diffamierungen der VVN direkt betroffen, da sie in der Antifaschistischen Aktionseinheit mitarbeiten und sich an dem „Friedensbündnis" beteiligt haben, das unter eigenen Parolen zu der Abrüstungsdemonstration des KOFAZ im Mai mobilisiert hatte.

Offener Brief der Falken

„*Wir haben von Ihrem Beschluß zum Ausschluß dreier Ihrer Mitglieder Kenntnis erhalten und möchten dazu kurz Stellung beziehen, da unser Verband als sozialistischer Jugend- und Erziehungsverband mit betroffen ist und außerdem einer der Betroffenen Mitglied unseres Verbandes ist.*

1. Ihre Organisation hat nach unserem Wissen in der Vergangenheit mehrfach gegen den Radikalenerlaß Stellung bezogen. Umso unverständlicher finden wir es, daß Sie Ihren Ausschlußbescheid, versehen mit den Namen der Betroffenen, an zahlreiche Organisationen — sogar an eine städtische Dienststelle — verstandt haben.

Damit arbeiten Sie dem Verfassungsschutz direkt in die Hände! Geht es Ihnen um die existentielle Vernichtung kritischer und unbequemer Mitglieder?

2. Mit allerlei Verbalakrobatik versuchen Sie in Ihrer Ausschlußbegründung zum Thema Abrüstung den drei Personen ‚Antisowjetismus' vorzuwerfen. Sie stützen sich vor allem auf ein Papier, das auch von uns mitunterzeichnet ist und auf die Äußerungen während einer Veranstaltung, die von uns mitgetragen wurde. Sie scheuen auch nicht davor zurück, *unterzeichnet ist und auf die Äußerungen während einer Veranstaltung, die von uns mitgetragen wurde. Sie scheuen auch nicht davor zurück,* *Aussagen falsch wiederzugeben.*

Wir wollen es uns schenken, auf Ihre Begründung näher einzugehen, da sie nicht nur falsch ist, sonder Sie offensichtlich auch mit der Logik nicht so klargekommen sind; wir wollen lediglich betonen, daß die meisten inhaltlichen Aussagen der drei Personen auch die Position der Falken und der Jungsozialisten ist.

‚Antisowjetismus' und ‚Antikommunismus' kommt nicht durch unsere Postion zu den Fragen des Friedens und der Abrüstung — ‚Antikommunismus' ist auch eine Folge des Verhaltens Ihrer Organisation gegenüber diesen drei Personen! ...

3. (...) Der Vorwurf gegenüber den drei Personen wegen ihrer Mitarbeit in der AAE steht in krassem Widerspruch zu der von Ihnen ständig proklamierten Forderung nach Zusammenarbeit gegen Faschismus. Wir verstehen nicht, daß gerade von Ihrer Organisation — deren meisten Mitglieder die faschistische Gewaltherrschaft am eigenen Leibe haben ertragen müssen, — eine so engstirnige Politik gemacht wird. Insgesamt macht sich Ihre Organisation _ auch als evtl. Bündnispartner _ mehr als unglaubwürdig. Abschließend sei noch festgestellt, daß wir mit Besorgnis in letzter Zeit feststellen müssen, daß von Ihrer Organisation in fast schon militanter Weise gegen unbequeme Positionen angetreten wird. Ein Verfahren, das nach unserem Kenntnisstand im Widerspruch zu Ihrem eigenen Anspruch steht. Durch Ihr Verhalten haben Sie allen, die engagiert gegen Faschismus kämpfen, schweren Schaden zugefügt. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie sich öffentlich entschuldigen und Ihre Fehler eingestehen. Ansonsten sehen wir keine Möglichkeit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten! In tiefer Sorge..."

Stellungnahme der Jusos

Die Jusos gehen in ihrer Stellungnahme zunächst auch auf die Veröffentlichung der Namen der drei Ausgeschlossenen durch die VVN ein und ziehen den Schluß: „*Daß Sie gleich auch noch die Namen der Betroffenen mitliefern, und für eine möglichst breite Verbreiterung Ihres Schreibens sorgten, macht Ihre Haltung zum ‚Radikalenerlaß' besonders ‚glaubwürdig'!*"

Weiter schreiben die Jusos: „*Die von Ihnen ausgeschlossene Kollegin ist nie Mitglied der AAE gewesen, lediglich ihr Ehemann. Üben Sie neuerdings eine Praxis der Sippenhaftung aus oder warum beziehen Sie ihren Ausschlußbeschluß pauschal auf alle drei Betroffenen, ohne zu differenzieren?*

Die inhaltlichen Punkte zum Thema Abrüstung, die Sie ansprechen, werden in den meisten Punkten von den Jungsozialisten und den Falken geteilt. Ihre Interpretation erscheint uns abenteuerlich und Ihre Ableitung des Antisowjetismus geradezu absurd. Sie schaden Ihrer Position und Organisation, wenn Sie eine Seite auf einen Sockel setzen, an der Kritik nicht erlaubt sei. Ihr Mangel an Kritik und Selbstkritik berührt aber auch uns, da er der Friedensbewegung insgesamt schweren Schaden zufügt. Sie können auf Dauer nicht den Verweis auf die reale Repression als Alibi dafür benutzen, daß Sie sich als unfähig erweisen, z.B. kritisch zur Rolle der UdSSR im Konflikt ums Horn von Afrika oder zu ihrer Rolle in den atomaren Abrüstungsgesprächen Stellung zu beziehen!

Auch wir sehen keine Alternative zu einer auf Frieden und Entspannung gerichteten Politik. Gerade deshalb halten wir es für unsere Pflicht, auf die Ineffektivität bisheriger Abrüstungsverhandlungen hinzuweisen und auf die ständig steigenden Rüstungsanstrengungen, wie sie durch das schwedische Friedensforschungsinstitut belegt werden. ... Positionen, die das Thema Frieden und Entspannung in diesem Sinn problematisieren, als Handlangerdienst der Reaktion zu diffamieren, ist eine schlichte Unverschämtheit, die ihre Parallele äußerstenfalls in der Sozialfaschismusthese findet ... Abschließend stellen wir fest, daß wir Schwierigkeiten haben, die Logik einer Haltung zu verstehen, die an uns immer wieder Appelle zur Mitarbeit richtet, aber durch Ausschlußverfahren den umgekehrten Weg der Mitarbeit Ihrer Mitglieder bei *die an uns immer wieder Appelle zur Mitarbeit richtet, aber durch Ausschlußverfahren den umgekehrten Weg der Mitarbeit Ihrer Mitglieder bei* *uns unterbindet...*".

Stellungnahme der DFG/VK

Die DFG/VK greift zunächst die gleichen Punkte wie Jusos und Falken auf und geht außerdem ausführlicher auf den Vorwurf des „Antisowjetismus" ein: „*‚Konsequenter Antifaschismus kann auf unterschiedlichen Weltanschauungen bei Anerkennung historischer Erfahrungen und Lehren beruhen'. Dieser Ihrer Aussage können wir nur zustimmen. Für alle Beteiligten an der Antifaschistischen Aktionseinheit ist es eine historische Lehre, daß die Sowjetunion unter größten Opfern die Hauptlast bei der Niederringung des Hitlerfaschismus trug. Verstehen Sie das unter Antisowjetismus? Oder meinen Sie damit etwa jedwede Kritik an den herrschenden Zuständen in der Sowjetunion? ... Diese Haltung muß die Reihen der Antifaschisten erheblich einengen. Sie schließt Sozialdemokraten und viele andere, die Kritik an den Verhältnissen in der UdSSR haben, sei diese Kritik nun berechtigt oder unberechtigt, als Bündnispartner aus. Diese Haltung schwächt den antifaschistischen Kampf empfindlich... Auch die DFG/VK kann als antimilitaristische Bündnisorganisation nicht auf die Kritik an den Staaten der Warschauer Vertragsorganisationen verzichten, wo diese sich in Widerspruch zu unserer Programmatik befinden. (Z.B. Kriegsdienstverweigerung, Militärpolitik)*".

VVN: Noch nichts dazugelernt!

Diese Stellungnahmen zeigen, daß unter den „traditionellen" Bündnispartnern der VVN (und DKP) in der letzten Zeit ein Differenzierungsprozeß angefangen hat, wo nicht nur bestimmte inhaltliche Positionen (z.B. Entspannungsschwindel, Kritik am Rüstungswettlauf der Großmächte) kritisiert werden, sondern auch deren spalterische Unvereinbarkeitspolitik zunehmend unter Beschuß gerät. Die Grundlage für diesen fruchtbaren Klärungsprozeß unter den antifaschistischen und antimilitaristischen Kräften bildet die praktische Zusammenarbeit.

In einer Gegenstellungnahme weist die VVN zunächst mit Hinweis auf die antifaschistische Vergangenheit vieler ihrer Mitglieder jede Kritik an ihrer Politik zurück: „*Der Vorwurf, die VVN habe mit den Ausschlüssen die Antifaschisten in Nürnberg gespalten, ist absurd. In den Reihen der VVN wirken ältere Kameraden und Kameradinnen mit, die aus jahrzehntelanger Erfahrung im antifaschistischen Kampf durchaus in der Lage sind, zu beurteilen, was Spaltung bedeutet und von wem sie ausgeht. Im Unterschied zu Personen, die pausenlos das Etikett ‚ehrliche Antifaschisten' sich anheften und sich anmaßen, dem gewählten Vorstand der VVN in Schulmeistermanier seine antifaschistische Legitimität abzusprechen, verfügen gerade die älteren Mitglieder der VVN über einen Erfahrungsreichtum, der in die Politik, Ziele und Satzung der VVN als Erbe vor allem des antifaschistischen Kampfes während der Hitler-Zeit eingegangen ist. Aufgrund dieses inhaltlich-politisch und satzungsmäßig verankerten Erbes sind die drei Mitglieder ausgeschlossen worden.*"

Soll heißen: der VVN, im Alleinbesitz der antifaschistischen Erfahrung und allerhöchsten Weisheit, unterlaufen keine Fehler. Wer das bezweifelt, ist ein grüner Schnösel, der keine Ahnung hat! ...

Zur Frage des „Antisowjetismus" wird zwar behauptet, daß innerhalb der VVN unterschiedliche politische und weltanschauliche Positionen ihren Platz haben, und sogar, „*daß jedermann das Recht hat, sich kritisch mit gesellschaftlichen Verhältnissen in anderen Ländern, einschließlich der Sowjetunion, auseinanderzusetzen*". Wie weit dieses großzügig gewährte demokratische Recht allerdings geht, bestimmt immer noch der Vorstand der VVN: „*Etwas anderes aber ist die blinde Verteufelung der Sowjetunion als ‚Kriegstreiber', die ‚Stellvertreterkriege' in der dritten Welt führen und eine ‚Politik der Aufrüstung' in Europa betreiben würde. Wer auf diese Weise gegen die Sowjetunion in bekannter antikommunistischer Manier giftet, bläst, ob er will oder nicht, —* *Weise gegen die Sowjetunion in bekannter antikommunistischer Manier giftet, bläst, ob er will oder nicht, —* *mit in das Horn der reaktionärsten Kreise in diesem Land...*".

Die VVN hat letzendlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder gibt sie diesen schädlichen Kurs auf und beginnt mit einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit allen anderen antifaschistischen Kräften — was leider im Augenblick nicht zu erwarten ist — oder sie macht sich vor der demokratischen Bewegung vollständig unglaubwürdig. Beides kann für die Entwicklung eines wirkungsvollen antifaschistischen Kampfes nur nützlich sein.

KB/Nürnberg

Stimmen aus dem Jahre 1964 gegen eine Verjährung von Nazi-Verbrechen — wieder aktuell!

Nach dem deutschen Strafgesetzbuch von 1871, das in weiten Teilen heute noch gültig ist, bot sich am 8. Mai 1965 die „Chance“, endgültig alle Nazi-Verbrechen „verjähren“ zu lassen: Die Verjährungsfrist für alle Morde aus der NS-Zeit begann am 8. Mai 1945 und dauerte 20 Jahre.

Am 25. März 1965 verabschiedete der Bundestag ein „Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen“, durch das der Beginn der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen, die mit lebenslangem Zuchthaus bedroht sind, um viereinhalb Jahre auf den 1. Januar 1950 hinausgeschoben wurde.

Als dann 1969 erneut das Problem der Verjährung anstand, fiel es der Bundesregierung relativ leicht, die Verjährungsfrist auf 30 Jahre zu verlängern, da bereits am 1. Okt. 68 auf kaltem Wege der § 50,2 StGB neugefaßt wurde, wodurch nur noch die sogenannten „Exzeßtäter“ verfolgt wurden, während Nazi-Mörder höchsten Ranges, denen diese Tätermerkmale nicht nachgewiesen werden konnten, straffrei blieben. (Siehe antifaschistische Russell-Reihe 1 — Kapitel Verjährungsdebatten). Obwohl in den 60er Jahren die antifaschistischen Kräfte im Inland und Ausland mehrfach breite Protestaktionen gegen die Verjährungsbemühungen der Bundesregierung durchführten, gelang es nicht, die Forderung nach Unterzeichnung, Ratifizierung und Anwendung der *Konvention der UNO vom 20. November 1968 über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit* durchzusetzen.

Diese Forderung vertrat (und vertritt) auch Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien. Am 2. Nov. 64 schrieb er einen Brief an 200 Persönlichkeiten in der BRD und Österreich, in dem er sie um eine Stellungnahme zur Verjährung von Naziverbrechern bat. Die Antworten veröffentlichte er 1965 in seinem Buch aus der Europäischen Verlagsanstalt: „Verjährung? 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sagen NEIN!“. Die Antworten, die dort gegeben werden, sind heute wieder sehr aktuell. Hier einige Auszüge: Carsten Colpe, Professor für Religionsgeschichte, Göttingen: „*Die eigentlich zwingende These scheint mir zu sein, daß jene Mitschuldigen an den Judenmorden sich, wenn sie nichts mehr zu befürcheten haben, überall in der Welt mit den Feinden der Demokratie öffentlich verbinden werden, ungehindert Propaganda unter der Jugend entfalten und unermeßlichen Schaden anrichten können*“, Falk Harnack, Theater- und Filmdirektor: „*Und nun also sollen die Urheber und Vollstrecker dieser Taten, die national-sozialistischen Mörder, ungestraft neben uns leben — nur weil sie es verstanden haben, bisher unterzutauchen?*

Welch ungeheuerlicher Gedanke! Welch politische Gefahr! Wer das will, verhöhnt im Letzten die Opfer. Da wird geschwätzt, man solle 'das eigene Nest nicht beschmutzen'. Welche Verlogenheit! Wie kann 'ein Nest beschmutzt werden' das noch nicht gereinigt wurde? Und seit wann wird - einen Verbrecher der gerechten Strafe zuführen, 'beschmutzen' genannt? Da wird geredet, man solle unter die Vergangenheit endlich einen Schlußstrich ziehen und vergeben und vergessen. Wer hat das Recht zu vergessen? Wer hat das Recht zu vergeben?

Die Mörder? Diejenigen, die in stumpfem Kadavergehorsam die unmenschlichen Verbrechen ausführten? Diejenigen, die schweigend wegsahen, als die ungeheurlichen Bestialitiäten geschahen? Die Verbrecher, die Mitwisser, die Feigen verzeihen sich selbst?

Das hieße wahrhaftig, das gesamte Recht auf den Kopf stellen. Da würde 'Recht' zu Unrecht! Verjährung? Jeder, der von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und den das Schicksal errettet hat, wird jetzt gerade an die Ermordeten denken und sich deshalb mit ganzer Kraft gegen die Absicht wenden, die nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Verjährung anheimzugeben. Nicht Rache, aber Bestrafung auf der Basis des Völkerrechts fordern wir im Namen der Opfer. Es darf für diese Taten, die den Rahmen jedes Strafgesetzbuches sprengen, keine Verjährung geben!“

Heinz Diekmann, Schriftsteller, Redakteur des „Kulturellen Europa“, Radio Saarbrücken :„*Die braunen Ratten verschwanden 1945 in wohl vorbereiteten Löchern. Seitdem sind fast 20 Jahre vergangen, in denen sie, wenn sie auch nur eine Spur von Ehre, Anstand und Gerechtigkeitssinn gehabt hätten, Einkehr hätten halten können, aus der allein eine Konsequenz zu ziehen wäre: sich der irdischen Gerechtigkeit zur Sühne zur Verfügung zu stellen. Ich kenne kein einziges Beispiel dafür. Sehr im Gegenteil wühlen die Ratten weiter und warten auf den Tag, an dem ihnen nun auch der Staat, in dem sie leben, Straflosigkeit zubilligt. Übrigens sind ja auch die bisher verhängten Strafen oft genug lächerlich. Mord zahlt sich aus, wenn er nur in gehöriger Zahl vorgenommen wird*“.

Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Mitglied des Pen-Zentrums der BRD, stellvertretende Vorsitzende des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller: „*Die nazistische Vergangenheit kann und darf nicht durch Buchstabentreue zum Strafgesetz, das sich eben durch die Nazizeit, als unzeitgemäß, genauer: als dem staatlich organisierten Verbrechen nicht gewachsen eriwesen hat, aus der politischen Realität ausgeklammert und den Historikern überantwortet werden zu einem Zeitpunkt, an dem überall in der Welt noch Tendenzen lebendig sind, die den moralischen Zusammenbruch bewirkt haben*“.

Rudolf Frank, Schriftsteller: „*....Am 26. Jahrestag der NS-Kristallnacht, dem 9. November (64) meldete Bukarest: ‚Die Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen wurde aufgehoben‘. A u f g e h o b e n, nicht nur v e r l ä n g e r t. Ein Vorbild für alle Staaten, die Anspruch darauf erheben, zivilisiert zu sein.*“

Stimmen aus Israel: Gegen Neonazismus und Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Am 14. März 78 fand in der Knesset, dem israelischen Parlament, eine Debatte über das Wiederaufleben des Nazismus/Antiseminismus und die (Nicht-)Verfolgungspraxis gegenüber Nazi-Mördern in der BRD statt. Die Beiträge verschiedener Abgeordneter und der Text eingebrachter Anträge liegt inzwischen gedruckt vor. („Neo-Nazismus und Majdanek-Prozeß“, ... bearbeitet und herausgegeben im Auftrag des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V. von Dr. Reiner Bernstein, Hermann Hermes Verlag, Warburg 1978). Insbesondere im Zusammenhang mit der Ende 1979 in der BRD drohenden Verjährung aller Nazi-Verbrechen gewinnt diese Debatte aktuelle Bedeutung. Im folgenden werden die verschiedenen Standpunkte, die während der Parlamentssitzung vorgebracht wurden, dargestellt.

Stellungnahme der zionistischen Parteien

Grundlage für die Kensset-Debatte waren ein Antrag zu dem Thema „Die Ausbreitung antisemitischer Erscheinungen und der Vertrieb von Literatur und Filmen, die die Katastrophe leugnen“, gestellt von der Mapam-Abgeordneten Chaika Grossmann. (Die Mapam, mit 31 Sitzen im Parlament vertreten, ist eine Art linkssozialdemokratische Partei) und ein Antrag mit dem Titel „Die Beschleunigung des Majdanek-Prozesses und die Aburteilung von NS-Verbrechen“ vom Abgeordneten Hillel Seidel vom Likud, der rechten Regierungspartei Menachem Begins.

Besondere Besorgnis drückten die Abgeordneten vor allem über die Verschleppung des Majdanek-Prozesses aus, sowie über die Versuche in der BRD, die Verbrechen der Nazis am jüdischen Volk herunterzuspielen. In dem Zusammenhang erwähnte die Abgeordnete Chaika Grossmann die Verbreitung faschistischer Presse in der BRD in einer Viertelmillion Exemplaren und zitierte eine Schlagzeile der „National-Zeitung“: „Israel wendet sich wieder erpresserisch an unsere Kasse mit der Lüge von den 6 Millionen“; den Fest-Film über Hitler kriti-
Kasse mit der Lüge von den 6 Millionen“; den Fest-Film über Hitler kriti-
sierte sie als einen Film, der „*Hitler nur als einen einfachen Menschen (zeigt), der höhere Absicht dem deutschen Volk gegenüber hatte*“. „*Dies ist der Kern der Sache: Wenn man Hitler und die Katastrophe nicht aus dem erzieherischen und mahnenden Blickwinkel sieht, wird der väterliche Hitler, der Hundezüchter, der nur Gutes für sein Volk wollte, verewigt*“.

Der Abgeordnete Hillel Seidel bezeichnete den Majdanek-Prozeß als einen „*Schandfleck für die Justiz in Deutschland und deren Bundesbehörden*“. Er kritisierte die unglaubliche Verzögerung des Prozesses bereits seit rund drei Jahren; ferner, daß lediglich ein Prozent aller Majdanek-Schergen — nämlich von 1 300 lediglich 14 — vor Gericht stehen: daß die 14 Angeklagten von 30 „pfiffigen Rechtsanwälten“ verteidigt werden, „*an ihrer Spitze der Nazi Ludwig Bock, der auch heute Mitglied einer neonazistischen Partei ist*“.

Hillel Seidel beklagte die völlige Umkehrung zwischen Schuldigem und Opfer in diesem Prozeß und zitiert dazu einen Zeugen: „*Meine gesamte Familie ist von diesen Menschen ermordet worden, und heute verhalten sie sich so, als sei ich der Mörder und als ob sich alles in das Gegenteil verkehrt hätte — ich sei der Angeklagte und sie die Ankläger*“.

Justizminister Tamir zu dem angeblichen „Sachzwang“, daß Prozesse wie der Majdanek-Prozeß und ihre Vorbereitung so lange dauern müssen: „*Es ist aber eine Tatsache, daß die Zeugenaussagen im Eichmann-Prozeß beispielsweise — der sicherlich sehr viele Einzelheiten aufgedeckt und die Festnahme, die Vertreibung und die Vernichtung von Juden aus j e d e m Land Europas geschildert hat — in ungefähr drei Monaten abgeschlossen waren; und dieser Eichmann-Prozeß dauerte nicht Jahr um Jahr wie der Majdanek-Prozeß in Deutschland*“.

Pinchas Scheinmann von der Nationalreligiösen Partei hob hervor, daß — gerade um neonazistischen und antisemitischen Tendenzen vor allem auch unter Jugendlichen entgegenzuwirken — solche NS-Prozesse heute gebraucht werden: „*Durch die Zeugenaussagen, die im Gerichtssaal gehört werden, durch die Vernehmungen seitens der Staatsanwälte und der Verteidiger werden Abschnitte aus der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie offengelegt. Keine Geschichten mehr, keine Hirngespinste mehr. Die Zeugen erzählen, was sie am eigenen Leibe verspürt, was sie mit eigenen Augen gesehen haben*“. „*Die Prozesse, die den Nazi-Verbrechern gemacht werden, wirken als ständiges Mahnmal für diejenigen, die die Vergangenheit ausradieren wollen... Die Verschleppung dieses Prozesses (des Majdanek-Prozesses) zielt darauf ab, die Schuld an dieser Tragödie zu verkleinern und die Mörder zu decken*“.

Und ein Abgeordneter der Agudat Israel (einer streng religiösen Partei) versteht die Verschleppungstaktik im Majdanek-Prozeß „*lediglich (als) ein Symptom*“. „*Unter der Spitze des Eisberges wird eine Politik betrieben, mit der den ehemaligen Mitgliedern von Mord-Organisationen Stellungen beschafft werden, mit der ehemalige Amtsträger ins heutige diplomatische Korps aufgenommen werden und mit der die Erinnerung an die Verbrechen an uns ausgelöscht werden soll*“.

Er forderte deshalb von allen Parlamenten der Welt dafür zu sorgen, daß „*alle noch in Freiheit befindlichen Mörder vor Gericht zu stellen*“ sind.

Stellungnahme der nicht zionistischen Linken

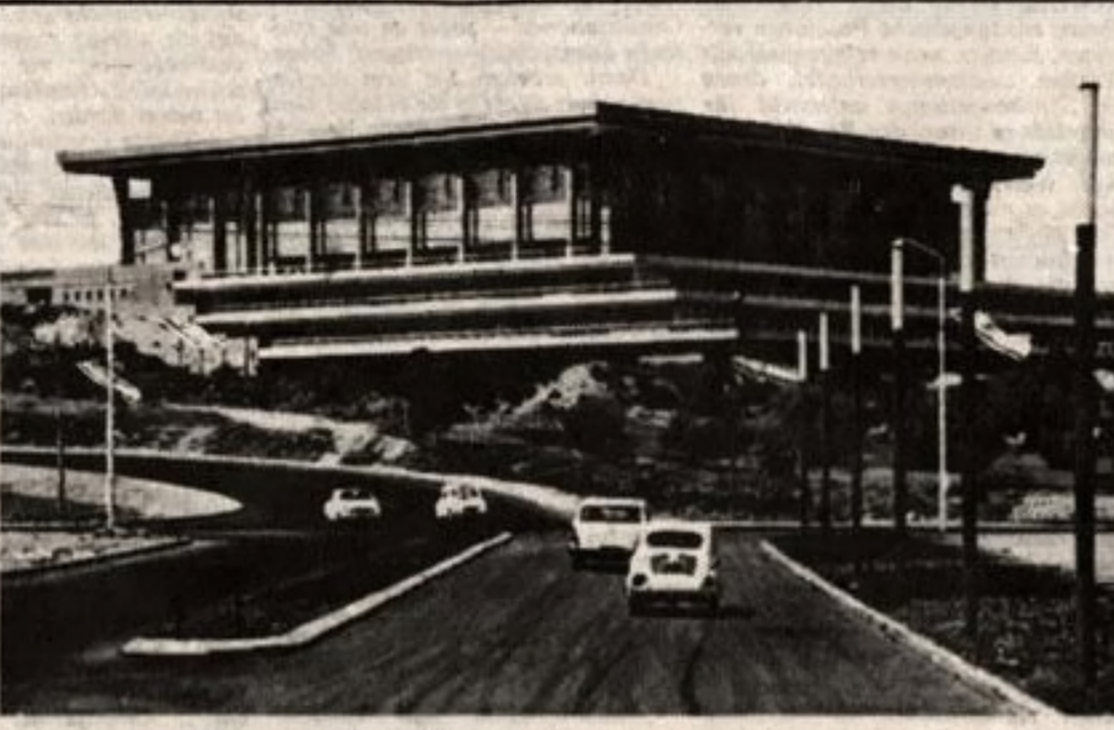
Alle bislang genannten Parteien und Fraktionen der Knesset vertreten im wesentlichen einheitlich die Auffassung, Nazismus und Faschismus seien vor allem als a n t i j ü d i s c h e r Terrorismus zu bekämpfen. Ihre antifaschistischen Forderungen sind verbunden mit zionistischen und antikommunistischen Positionen. Demgegenüber stellten nur Vertreter der „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit“ (Zusammenschluß aus der prosowjetischen „Rakach“, den „Schwarzen Panthern“, einer Protestpartei orientalischer Juden, und einigen Unabhängigen; fünf Sitze) fest, daß der Nazismus, wie Faschismus ja überhaupt, nicht nur Propaganda gegen die Juden betrieben hat, nicht nur Juden verfolgt und ermordet hat, sondern z.B. auch die Kommunisten. Meir Wilner, Abgeordneter der „Demokratischen Front“,
Kommunisten. Meir Wilner, Abgeordneter der „Demokratischen Front“,
nannte auch den Grund, warum dieser Zusammenhang in der gesamten Debatte der Knesset unerwähnt blieb: kurz gesagt, Antikommunismus in seinen verschiedensten Schattierungen und Abstufungen! Ausdruck davon ist zum einen die völlige Verkennung und Leugnung der Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen Faschismus und zum andern das Ausklammern von Bündnissen im Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus. Wilner sagte:

„*Die Verbrecher, die im Majdanek-Prozeß vor Gericht stehen, sind frei. Sie befinden sich nicht in Haft bis zur Beendigung des Verfahrens, sondern sind völlig frei. Sie gehen zum Gericht wie zu einer Vorstellung und kehren nach Hause zurück... Darüber hinaus gibt es in diesen Ländern meist leichte Strafen. Es gibt Länder, in denen über Nazis und ihre Helfershelfer die Todesstrafe verhängt wird, in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern werden noch heute Nazis und ihre Helfershelfer hingerichtet.*

Ich möchte damit sagen, daß wir im Kampf gegen die nazistischen Aktivitäten gewaltige Verbündete haben könnten, wenn wir die Dinge richtigstellten. Erstens, im Potsdamer Abkommen ... ist die Existenz von Nazi-Organisationen und die Nazi-Propagande durch internationales Gesetz verboten worden. Dies ist auch in den Gesetzen der Vereinten Nationen verankert. Deshalb verstoßen diejenigen Länder, die solche Aktivitäten gestatten, gegen das Potsdamer Abkommen.

Ich möchte hier eine Tatsache rügen, und zwar, daß in der heutigen Diskussion in der Knesset nicht die Zusammenfassung aller Kräfte im Kampf gegen das Aufleben des Neo-Nazismus gefordert, sondern der Versuch unternommen wird, den Kampf gegen die erneute Aktivität der Nazis mit dem Kampf gegen den Kommunismus und die Sowjetunion zu verbinden“.

Dem Antrag für eine Resolution, der von Meir Wilner gestellt wurde und der als wesentliche Punkte die genaue Benennung der „Heimatländer“ nazistischer Umtriebe und die Forderung nach Einhaltung der Potsdamer Verträge enthielt, stand ein „allgemeiner“ Antrag gegenüber, der mit der großen Mehrheit der Stimmen von der Knesset verabschiedet wurde.



Gebäude der Knesset in Jerusalem

Angenommene Resolution der Knesset-Mehrheit:

1. Die Knesset drückt ihr Befremden über das Hinausziehen des Majdanek-Prozesses in Düsseldorf in der Bundesrepublik Deutschland aus und drängt das deutsche Rechtssystem, sich für eine rasche und gerechte Beendigung der Verfahren mit angemessener Rechtsprechung einzusetzen. Die Knesset fordert außerdem die Beendigung der schlechten Behandlung von Zeugen, die Opfer des Nazismus sind, während der Zeugenvernehmungen.
2. Die Knesset wiederholt ihre Forderung, daß die deutschen Behörden alle Kriegsverbrecher und Beteiligten an den Massenmorden an Juden, derer sie habhaft werden können, vor Gericht bringen.
3. Die Knesset drückt ihre tiefe Sorge angesichts der weltweiten Zunahme neonazistischer und antisemitischer Strömungen aus und fordert die öffentliche Meinung in der freien Welt auf, ihre Stimme energisch gegen die gefährlichen Tendenzen zu erheben, die die Katastrophe verdrehen oder vergessen machen wollen.
4. Die Knesset appelliert an die israelische Regierung und an die nationalen Körperschaften, jene Institutionen zu fördern und zu erweitern, die die Ausbreitung des Antisemitismus, des Antizionismus und des Rassismus erforschen und bekämpfen. Außerdem empfiehlt die Knesset die Gründung eines nationalen Rats, der sich mit diesen Themen beschäftigt.

Abgelehnter Antrag der Linksopposition „Demokratische Front“

1. Die Knesset stellt mit Besorgnis fest, daß in Westdeutschland, in den Vereinigten Staaten und in anderen westlichen Ländern nazistische und neonazistische Organisationen aktiv sind; diese Organisationen treten erneut mit Hitler-Parolen gegen die Juden und andere Minderheiten und gegen den Kommunismus auf.
2. Die Knesset fordert alle Regierungen und Parlamente auf, das Potsdamer Abkommen, das die Aktivität von nazistischen und neonazistischen Organisationen verbietet, einzuhalten.
3. Die Knesset beschließt, folgendes Thema als einen Punkt vor den Weltsicherheitsrat zu bringen: Die Gefahren der erneuten und verstärkten NS-Aktivitäten in den Vereinigten Staaten, in Westdeutschland und in anderen westlichen Ländern.

Fragen zu Leserbrief von Ingo zur „Verjährungsdebatte“

Lieber Ingo, deinen Apell, „alles Menschenmögliche gegen die beabsichtigte Verjährung der Nazi-Verbrechen zu tun, finde ich zunächst mal sehr sympathisch. Immerhin haben wir ja eine Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“ und intensive Propaganda gegen die Verjährungsabsichten gemacht, u.a. im Sommer 1977 den AK-Artikel „Gegen den Strom“. Die Absicht dabei war ja, eine breitere Diskussion über diese Frage in der antifaschistisch-demokratischen Öffentlichkeit, in der Linken, wenigstens aber im KB zu entfalten.

Ich muß dir gestehen, ich weiß allerdings bezüglich unserer Organisation bis heute nicht, was für Standpunkte in der Frage vertreten werden. Und für die Standpunkte, die von Menschen außerhalb unserer Reihen vertreten werden, sieht es da bei mir nicht viel besser aus, abgesehen von der sogenannten „veröffentlichten Meinung“. Auf ein erstes Rundschreiben, das von der Kommission an einschlägig Interessierte geschickt wurde, ist bisher auch nicht soviel Antwort erfolgt, daß man daraus irgendwelche Schlüsse ziehen könnte. Nur eins ist bisher deutlich: die Meinungen darüber, was erreichbar ist, sind geteilt. Angesichts der wenigen Stimmen, die zu der Sache bisher zu vernehmen waren, würde ich es gut finden, wenn du deine Einschätzung mit Fakten und konkreten Erfahrungen zu belegen versuchst, nach der die „Massenbasis“ (für eine Kampagne gegen die Verjährung) breiter sei, als die gegen das Atomprogramm. Ohne solche konkreten Fakten vorliegen zu haben, ist es natürlich allemal etwas schwierig, eine Kampagne zu entfalten. Möglicherweise treffen ja auch noch weitere Erfahrungsberichte zu dem Thema ein. In diesem Sinne: laßt uns unser Möglichstes tun!

Ein Genosse der Antifa-Kommission, Hamburg

„Heim ins Reich!"

Zur Entlarvung niederländischer Kriegsverbrecher in der BRD und der Selbstentlarvung der westdeutschen Justiz

Der weitaus größte Teil der niederländischen Bevölkerung stand den faschistischen Besatzern ihres Landes im Zweiten Weltkrieg, wenn auch nicht im aktiven Widerstand, so doch mit eindeutiger Ablehnung gegenüber. Im Februar 1941 legten 300.000 Niederländer aus Protest gegen Judenverfolgungen und Arbeitsdienst in Deutschland das Land still. Auch in den folgenden Jahren gelang den Besatzern eine Korrumpierung und nazistische Verseuchung größerer Teile der Bevölkerung nicht.

Demgegenüber steht die nur schwer verständliche Tatsache, daß das größte Kontingent freiwilliger Waffen-SS-Angehöriger des Auslandes aus den Niederlanden stammt – nach Wiesenthals Angaben 25.000 Mann. Weitere rund 150.000 Niederländer hatten sich zur Zeit der Besetzung der Kollaboration und des Verrats schuldig gemacht, hatten teilweise direkt in deutschem Dienst gestanden, waren Mitglieder der niederländischen Faschistenpartei NSB gewesen. Diese Niederländer verbrachten die ersten Monate, teilweise Jahre nach dem Krieg in Internierungslagern.

Mit ein Grund, daß diese nicht gerade kleine Anzahl von Niederländern gemeinsame Sache mit den deutschen Faschisten machte, liegt darin, daß die Besatzer gegenüber dem „germanischen Brudervolk" anfangs eine eher „weiche Linie" vertraten, 1941 alle niederländischen Kriegsgefangenen entließen etc. Mit zunehmendem Widerstand aus der Bevölkerung fanden jedoch auch die Besatzer zu der ihnen gemäßeren Linie von Terror, Mord und Folter. Die Bereitschaft der niederländischen SS-Freiwilligen, sich im „Kampf gegen den Bolschewismus an der Ostfront für die Faschisten blutige Köpfe zu holen, ließ jedoch nicht merklich nach. Ein nicht geringer Teil dieser Waffen-SSler und anderer Kollaborateure setzte sich direkt nach dem Kriege nach Deutschland ab bzw. versuchte, wenn in niederländische Gefangenschaft geraten, schnellstmöglich „heim ins Reich" zu kehren. Aus diesem Umkreis stammen auch die in den letzten Wochen in der BRD aufgestöberten niederländischen Kriegsverbrecher.

Wir werden im folgenden auf diese Kriegsverbrecher näher eingehen, die Begründungen der westdeutschen Justiz für die Nicht-Auslieferung dieser Elemente an die Niederlande darlegen und abschließend – im Zusammenhang der Verjährung der Nazi-Verbrechen in der BRD – weitere Belege für die Verschleppungstaktik der westdeutschen Justiz anführen. Die Praxis der Strafverfolgung der niederländischen Justiz gegenüber Nazi- und Kriegsverbrechern sparen wir in dieser Abhandlung aus.

Die Bestie von Appingedam

Am 5.7. und den Tagen danach waren die ersten Seiten der niederländischen Zeitungen von der Meldung beherrscht, daß der niederländische Kriegsverbrecher **Siert Bruins** in der BRD entdeckt und festgenommen wurde.

Siert Bruins stammt aus einer Groninger Kleinbauern-Familie, deren Mitglieder sich zum Teil, in der wahnwitzigen Hoffnung hierin eine Lösung ihres Elends zu finden, den Siert Bruins stammt aus einer Groninger Kleinbauern-Familie, deren Mitglieder sich zum Teil, in der wahnwitzigen Hoffnung hierin eine Lösung ihres Elends zu finden, den niederländischen Faschisten anschlossen und im Dienst des Dritten Reiches an der Ostfront kämpften. Bruins Bruder Derk, im Krieg Freiwilliger der Waffen-SS an der Ostfront, ist einer der beiden Niederländer, die die höchste Auszeichnung von den Faschisten erhielten. Ein niederländisches Gericht zeichnete ihn dann nach dem Krieg mit 15 Jahren Gefängnis aus, nach deren Verbüßung **Derk Bruins** offensichtlich von heftiger Sehnsucht nach „Deutschland" gepackt wurde und sich im sauerländischen **Radevormland** niederließ (da wohnt er auch heute noch!). Dazugelernt hat er nichts: Er ist Mitglied eines Soldatenverbandes, stellt sein Ritterkreuz in seiner Wohnung zur Schau und verbreitet über seine SS-Vergangenheit: „*Wir kämpften gegen den Kommunismus, das war eine gute Sache*" („Haagse Post").

Zurück zu dem kürzlich festgenommenen Siert Bruins: Auch er meldete sich zur Waffen-SS, seine Verbrechen sind jedoch erst vom Jahre '44 an bekannt, als er zum (deutschen) Sicherheitsdienst (SD) in Delf- nommenen Siert Bruins: Auch er meldete sich zur Waffen-SS, seine Verbrechen sind jedoch erst vom Jahre '44 an bekannt, als er zum (deutschen) Sicherheitsdienst (SD) in Delf- zijl überstellt wurde.

Zusammen mit dem Oberscharführer August Neuhäuser erschoß er Albert Klaas Dijkema, der bei der Zerschlagung der Widerstandsgruppe Zwaantje (Schwan) im Jahr zuvor den Faschisten noch hatte entkommen können, von Bruins aber später aufgespürt wurde. Ansonsten tat er „*die 'normale' SD-Arbeit ... : Menschen aus dem Bett holen, verhören, manchmal Hinrichtungskommando*" („Haagse Post").

Seine Menschenjagd trug Siert Bruins die Bezeichnung „Bestie von Appingedam" ein (der Wohnort des erschossenen Dijkema), das Foltern seiner verhafteten Landsleute aus dem Widerstand gehörte für Bruins ebenfalls zu dieser „ ‚normalen' SD-Arbeit".

Eine Woche vor Ende des Krieges, die gesamten Niederlande waren bis auf einen kleinen Streifen um Delfzijl herum bereits befreit und nur noch der Hafen von Delfzijl wurde gegen den Beschuß der kanadischen Truppen von niederländischen und deutschen Faschisten gehalten, – eine Woche vor dem Ende des Krieges also verhaftete Siert Bruins noch die jüdischen Brüder Lazarus und Meijer Sleutelberg. **Er zwang die beiden ihr eigenes Grab zu schaufeln, erschoß den ersten der Brüder, ließ ihn von seinem überlebenden Bruder eingraben und ermordete dann auch diesen.**

Dann verschwand Siert Bruins aus den Niederlanden. Am 25. April 1949, genau vier Jahre nach dem Mord an den Brüdern Sleutelberg, wurde er von einem Gericht in Groningen in Abwesenheit zum Tode verurteilt (da die Strafe innerhalb von fünf Jahren nicht vollstreckt werden konnte wurde sie in lebenslängliches Gefängnis umgewandelt – diese Strafe steht Bruins auch heute noch zu, in die Berufung kann er nicht gehen, da er bei seiner Festnahme am 4.7. in Hagen zugab, das Urteil gegen ihn gekannt zu haben).

Seit Anfang letzten Jahres ging in Groningen das Gerücht herum, daß Bruins des öfteren in seinem alten Wohnort gesehen worden sei. Ein niederländischer Antifaschist, der – im Schutze einer von ihm unbedingt gewahrten Anonymität – seit Jahren versucht, entkommene Kriegsverbrecher aufzuspüren und der Journalist Klaas van Wier setzten sich auf die Spur von Bruins.

Nach anfänglich vergeblicher Suche schalteten sie das Büro von Wiesenthal (Vorsitzender des jüdischen Dokumentationszentrums) ein. Mit seiner Hilfe wurde aufgedeckt, daß Siert Bruins Bruder Derk in Radevormwald lebt und Siert selber im näheren Umkreis wohnen müsse. Im Verlauf von zwei Monaten wurde das gesamte Gebiet um Radevormwald in einem Umkreis von 20 km durchkämmt und Siert Bruins in Breckerfeld bei Hagen aufgestöbert.

Siert Bruins, wie sich herausstellte gleich nach dem Kriege mit freundlicher Hilfe deutscher Behörden zu durchkämmt und Siert Bruins in Breckerfeld bei Hagen aufgestöbert. Siert Bruins, wie sich herausstellte gleich nach dem Kriege mit freundlicher Hilfe deutscher Behörden zu Siegfried Bruns geworden, war in Breckerfeld Besitzer einer Fabrik für Jägerzäune. Angesehener Bürger seines Wohnorts, Mitglied des Schützenvereins (der sich an seiner von ihm selbst berichteten SS-Vergangenheit auch nicht zum geringsten stieß) und des örtlichen Kegelclubs nahm er „*jeden Sonntag seinen reservierten Platz in der Kirche ein.*"

Auf Antrag des Groninger Staatsanwaltes Van Mierop, dem die Anschrift Bruins mitgeteilt worden war, wurde Bruins am 4.7. in Anwesenheit eines niederländischen Kriminalbeamten in Hagen in Auslieferungshaft genommen. Das niederländische Justizministerium stellte in Bonn Antrag auf Auslieferung.

Ausgerechnet ein SPD-Mitglied des Gemeinderats, Erich Buhren, von Breckerfeld zettelte daraufhin eine Unterschriftensammlung gegen die Auslieferung des Kriegsverbrechers Bruins an!

Menschenjäger Bos

Knapp drei Wochen später, am 23.7., wurde der nächste in die BRD geflüchtete niederländische Kriegsverbrecher aufgespürt – wiederum von Journalisten.

Wilhelm Bos (heute 74 Jahre), Mitglied der niederländischen Faschistenpartei wurde zu Beginn des Krieges von den deutschen Besatzern als Landwächter eingesetzt. Nach seiner Beförderung zum Chef des „Arbeitskontroll-Dienstes" wurde er Oberwachtmeister mit Verhaftungsbefug-



Eine niederländische Widerstandskämpferin, von einem Kollaborateur verraten und noch am Vorabend der Befreiung von den Faschisten ermordet (aus einer der ersten „legal" erscheinenden Ausgaben der vormaligen Widerstandszeitung „Vrij Nederland" vom 5.Mai 1945

Eine niederländische Widerstandskämpferin, von einem Kollaborateur verraten und noch am Vorabend der Befreiung von den Faschisten ermordet (aus einer der ersten „legal" erscheinenden Ausgaben der vormaligen Widerstandszeitung „Vrij Nederland" vom 5.Mai 1945

nis. Binnen kurzer Zeit war er als „Jäger" der Menschen berüchtigt, die sich dem Arbeitseinsatz für die deutschen Besatzer entzogen. Unter seiner Führung wurden Dutzende Untergetauchter verhaftet. Eine zeitlang war er Wächter im Lager „Erica" bei Ommen. Während eines Gefangenentransportes erschoß Bos einen Gefangenen.

Bos entkam am Ende des Krieges nach Westdeutschland, wurde jedoch durch einen Zufall einige Monate später im Grenzgebiet erwischt und in das Internierungslager für die Angehörigen der niederländischen Faschistenpartei gebracht. In offensichtlich unbändiger Sehnsucht nach Deutschland flüchtete er. Später ließ er sich in Hattingen (Ruhrgebiet) nieder, wo er dieser Tage aufgestöbert wurde. Nach dem „Extra-Dienst" kann „*kein Zweifel daran bestehen, daß die HIAG ihm beim Untertauchen ... behilflich war.*"

Bos wurde 1949 in Abwesenheit wegen Dienstes beim Feind und seiner Teilnahme an der Verhaftung von Niederländern zum Tode verurteilt (diese Strafe wurde, wie bei Bruins, später in lebenslang umgewandelt) – der Ankläger bezeichnete Bos als „*einen der größten Verbrecher, aus dessen Dossier das Blut trieft.*"

Zum besonderen Skandal wurde die Entdeckung von Bos noch dadurch, als sich herausstellte, daß er, obwohl auf der Fahndungsliste des niederländischen Justizministeriums, seit 1958 eine Invalidenunterstützung und seit 1965 Rente von niederländischen Instanzen bezieht, die ihm das Geld über die westdeutsche Landesversicherungsanstalt zukommen ließen. Bei Beantragung der Rente, dies mußte Justizminister Ruiter in einer Anfrage in der Zweiten Kammer zugeben, war es zu einem Schriftwechsel der niederländischen Versicherungsgesellschaft mit dem Justizministerium gekommen, „*warum das bei dieser Gelegenheit Bekanntwerden des Aufenthaltsortes des Betroffenen nicht zu weiteren juristischen Aktionen geführt hat*", das „konnte" Ruiter jedoch nicht beantworten.

Daß sich auch die niederländischen Behörden bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern nicht gerade ein Bein ausreißen, daß teilweise sogar eher verdeckt als aufgedeckt wird, das war (spätestens) deutlich geworden, als zur Zeit der Justizministerschaft Van Agts (heutiger Premier) der Kriegsverbrecher Pieter Menten kurz vor seiner Verhaftung entkommen konnte. Van Agt konnte sich damals nur mühsam gegen den Vorwurf schwerster Pflichtverletzung wehren. Indes scheint sich Van Agt nach wie vor der Liebedienerei gegenüber Bonn sehr verpflichtet: Bei der erwähnten Kammeranfrage nämlich stellte sich heraus, daß er schon im Jahre 1976 einen schriftlichen Hinweis erhalten hatte, daß der Kriegsverbrecher Bos in der BRD eine Rente aus den Niederlanden bezieht. Van Agt unternahm – „mangels weiterer Hinweise" – nichts. Kurze Zeit später, im Januar 1977, wurde Van Agt telefonisch informiert, daß Wilhelm Bos regelmäßig seine Familie in Groningen besuche. Van Agt informiert die Justizbehörden in Groningen und ließ die Sache ansonsten auf sich beruhen!

Am 24.7. stellte der Assener Staatsanwalt an die Dortmunder Staatsanwaltschaft den Antrag, Bos in Auslieferungshaft zu nehmen.

Schlag auf Schlag

Zwei Tage, nachdem der Aufentsort von Bos öffentlich bekanntgegeben worden war, war es wieder soweit: Der niederländische Nazi und Kriegsverbrecher **Jan Hajo Klomp** (heute 68 Jahre) wird – na wo wohl!?! – in der BRD, in Völlen bei Papenburg entdeckt.

Klomp war schon 1933 Mitglied der niederländischen Faschistenpartei. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde er in die Ukraine gesandt, wo er sich als "Ostland-Bauer" niederließ. als die Lage für die faschistische Armee in der SU heikel wurde, verkroch er sich zurück in die heimischen Niederlande, wo er im Dienste der Besatzer im Drenter Landwachtkorps tätig wurde. Klomp lieferte die von ihm Verhafteten an die "Norger Blut-Gruppe" aus. Diese faschistische Bande unter Führung von Dr. Philippa folterte die Arretierten in einer Villa in Norge mit besonderer Grausamkeit, um sie zu Aussagen zu zwingen.

Klomp verdrückte sich nach Ende des Krieges nach Westdeutschland. In Abwesenheit wurde er von einem niederländischen Gericht zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. 1949 wurde Klomp auf Ersuchen der Nieder-



„Es dauert nur noch ein paar Tage" – an der Wand hängt eine Zeitungsnotiz vom. 10.1.54: "Kanzler Adenauer hat die westlichen Großen Drei ersucht, auf der Berliner Konferenz das Los der sieben Nazi-Führer, die in Spandau gefangen sind, zur Sprache zu bringen und auf eine Erleichterung ihrer Strafe zu dringen" (Karikatur von Opland aus der Wochenzeitung „De Groene Amsterdammer" vom 16.1.54).

lande in der BRD festgenommen und ausgeliefert. In dem neuerlichen Prozeß bekam er elf Jahre Gefängnis. Nach vier Jahren entkam Klomp erneut und verschwand wieder in der BRD. Die Niederlande ersuchten die BRD noch zweimal um Festnahme und Auslieferung Klomp's – vergeblich!

Am 28.7. ersuchte der Assener Staatsanwalt über Interpol die BRD-Behörden, Klomp in Auslieferungshaft zu nehmen.

Am23.8. wurde, wiederum war ein Journalist der Informant, der niederländische ehemalige SSler Jan Kruyer (62 Jahre) beim Grenzübertritt in die Niederlande in Venlo festgenommen.

Kruyer war im Krieg zuerst Mitglied der Waffen-SS, dann Landwächter in der Abteilung Groningen. 1949 wurde er wegen Mordes und Mordversuchs (1944 begangen) zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, 1952 entkam er aus dem Gefangenenlager des Bergwerks, in dem er arbeiten mußte und hielt sich seither – wo auch sonst! – in der BRD auf.

Kruyer wird, dies teilte jedenfalls ein Sprecher des niederländischen Justizministeriums mit, seine Reststrafe von zwölf Jahren absitzen müssen.

Devise der BRD-Justiz: „Unsere Ehre heißt Treue!"

Die Verhaftung des Kriegsverbrechers Kruyer in den Niederlanden selbst und die gute Aussicht, daß er seine Strafe wird abbüßen müssen wird jedoch allem Anschein nach der einzige Fall bleiben, wo einer der in den letzten Wochen aufgespürten Ex-SSler und Nazis der Vergeltung nicht entkommen kann.

Die niederländischen Behörden hatten die BRD ersucht, Bruins, Bos und Klomp in Auslieferungshaft zu nehmen.

Am 16.8. wurde vom Oberlandesgericht Hamm die vorläufige Auslieferungshaft von Siert Bruins alias Siegfried Bruns wieder aufgehoben. Die nächsthöhere Instanz focht dieses Urteil zwar an und die " Süddeutsche Zeitung" vermutet in ihrer Ausgabe vom 18.8., daß Bruins jetzt von westdeutscher Seite aus in Untersuchungshaft genommen würde – bisher ist aber von der Realisierung dieser Absichten nichts bekanntgeworden. Die westdeutsche Staatspresse schweigt sich (verständlicherweise) über den Fortgang der Dinge aus und auch die niederländische Presse meldet (unverständlicherweise) nichts mehr zur Sache.

Das OLG Hamm verweigerte eine Auslieferung von Bruins, weil dieser die deutsche Staatsangehörigkeit besäße und die BRD Angehörige deutscher Nationalität nicht ausliefere. Das OLG stützte sich mit dieser Entscheidung auf den Führererlaß (RGBl I, 315) vom 19.Mai 1943:

"Deutschstämmige Ausländer, die der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS, der deutschen Polizei oder der Organisation Todt angehören, erwerben mit der Verkündigung dieses Erlasses die deutsche Staatsangehörigkeit." Dieser Erlaß Hitlers wurde 1944 von Himmler dahingehend ergänzt, daß für den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft zusätzlich ein "Feststellungsbescheid der Einwandererbehörde" vorliegen müsse.

Der antifaschistische Journalist Martin van Amerongen stellt hierzu in der liberalen Wochenzeitung "Vrij Nederland" fest: "Also jemand, der freiwillig in die Waffen-SS eingetreten ist, eine Organisation, die in Nürnberg als 'verbrecherisch' qualifiziert wurde, bekommt als B e l o h n u n g den Paß, womit er sich der rächenden Gerechtigkeit entziehen kann."

Es dürfte wohl wenige bundesdeutsche Gerichtsurteile geben, die mit solcher Offenheit ihre Urteilsbegründung aus der "Rechts"sprechung des national-sozialistischen Staates beziehen und damit die ungebrochene Kontinuität von faschistischer und freiheitlich-demokratischer Rechtsprechung deutlich machen.

Das OLG Hamm war indes nicht der Erfinder dieser Schmutzerei, die diese Deutschen von Hitlers Gnaden vor der Vergeltung in den Ländern, in denen sie ihre Verbrechen verübt haben, bewahren soll.

1952 brachen sieben niederländische Kriegsverbrecher aus dem Gefängnis in Breda aus, wurden nach ihrem illegalen Grenzübertritt im westdeutschen Kleve festgenommen und nach der zahlung von jeweils zehn Mark Buße eben wegen dieses illegalen Grenzwechsels in die Freiheit entlassen!(Für Liebhaber hier die Namen und derzeitigen Wohnorte der sechs noch Lebenden:

- **Hubertus Bikker, Hagen,** war den Faschisten beim Auffinden jüdischer Kinder dienstbar, auch als "Henker von Ommen" (KZ) bekannt
- **Willem van der Neut, Uslar,** drückte Gefangenen auf dem Körper Zigaretten aus und zündete jüdischen Männern den Bart an. Machte sich einen Namen als "Henker von Amersfoort" (KZ). Ob da nicht mal einer vorbeigehen will und fragen, ob er heute auch noch Raucher ist...?!
- **Antoine Touseuil, Aachen,** terrorisierte den Landstich Veluwe
- **Sander Borgers, Leer**
- **Willem Polak, Hannover**
- **Klaus Karl Faber, Wohnort?.)**

Der niederländische Staat verlangte die Auslieferung, der Bundesgerichtshof entschied jedoch in höchster Instanz, daß die sieben Geflüchteten durch den Führer-Erlaß Deutsche geworden seien und somit als Angehörige des eigenen Staates nicht ausgeliefert werden könnten (eine mögliche Strafverbüßung in der BRD wurde natürlich vom BGH erst gar nicht in Erwägung gezogen). – Einige Zeit später befaßte sich das Bundesverfassungsgericht mit derselben Frage, jetzt in dem Zusammenhang ob der bereits zugestandene automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch den Führererlaß auch den automatischen Erwerb der



Der Kriegsverbrecher Siert Bruins kurz vor seiner Festnahme beim Angriff auf den Fotografen

Rechte eines deutschen Staatsbürgers (wir wissen es nicht, vermutlich ging es um Pensionszahlungen etc.) beinhalte. Das BVG entschied, daß hierzu die Himmler'sche Ergänzung, der „Feststellungsbescheid der Einwanderungsbehörde" vorliegen müsse - deutsche Gründlichkeit ist eben unschlagbar...

1955 befaßte sich der Bundestag mit der Frage und fällte den sybillinischen Spruch, daß für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit der Dienst beim deutschen Militär alleine nicht ausreiche, es müsse überdies "*g l a u b h a f t*" gemacht werden können, daß man seinerzeit (1944) den besagten "Feststellungsbescheid" erhalten habe.

Im Zusammenhang mit der Frage der Auslieferung von Bruins bezeichnete der Amsterdamer Strafrechtslehrer Rüter es für unwahrscheinlich, daß viele Niederländer diesen Bescheid erhalten hätten; das niederländische Reichsinstitut für Kriegsdokumentation führte aus:
"Der vom Gericht in Hamm angeführte Beschluß von Hitler wurde nicht auf die SS-Freiwilligen in den Niederlanden angewendet" und Staatsanwalt Van Mierop bezweifelt, daß Bruins über den "Feststellungsbescheid" verfüge , und selbst wenn, besage das noch nichts über die Echtheit des Dokuments! Bruins ist nach Meinung Van Mierops staatenlos, da jeder Niederländer, der in deutschen Diensten stand, automatisch seine niederländische Staatsangehörigkeit verloren hat.

Zwei Tage nachdem das Hammer OLG den Weg geebnet hatte, teilte das Bonner Justizministerium mit, daß Bos nicht in Auslieferungshaft genommen würde, da die ihm zur Last gelegten Taten (Hilfe für den Dienst beim Feind) in der BRD nicht strafbar sind (bei dem im niederländischen Strafgesetz als "Feind" bezeichneten Staat handelt es sich um das "Dritte Reich", als dessen "Rechtsnachfolger" sich ja die BRD – mit "gesamtdeutschem Anspruch– bezeichnet).

Nachdem die BRD sowohl die Auslieferung von Bruins wie auch von Bos abgelehnt hat, kann – auch ohne daß uns darüber nähere Informationen vorliegen – als sicher angenommen werden, daß die Bonner Justiz in dem dritten Fall, Klomp, ebenso entscheiden wird.

Morddrohungen gegen niederländische Antifaschisten

Während die BRD-Justiz das ihre tat, die Deutschen von Hitlers Gnaden vor ihrer Bestrafung zu schützen, wurden – sozusagen als flankierende Maßnahme – westdeutsche Nazis in den Niederlanden selbst aktiv.

"Eine Familie in Ost-Groningen und ein Journalist des 'Winschoter Courant' ", meldet die sozialdemokratische Tageszeitung "de Volkskrant" am 9.8., "sind in den vergangenen Tagen wiederholt von Nazi-Sympathisanten aus Westdeutschland bedroht worden." Der Journalist hatte Bos aufgespürt und die Nazis verdächtigten die Familie, hieran beteiligt gewesen zu sein. "Bei einem Besuch der Familie drohten sie, die Frau und die Kinder zu töten, wenn der Mann den Zeitungen Informationen über Bos geben würde". Die niederländischen Behörden ordneten für den Journalisten und die Familie Polizeischutz an.

Der Journalist ist, wie er berichtet, bei seinen Recherchen über Bos systematisch von HIAG-Leuten verfolgt worden. Er wurde sogar in den Niederlanden selbst observiert. Die Dortmunder "Westfälische Rundschau" schreibt, daß der Journalist in einem niederländischen Dorf von Unbekannten "in einem weißen Mercedes mit einer Nummer des Kreises Ennepe-Ruhr (EN)" beobachtet worden sei. Die Unbekannten seien "erstaunlich gut" über die Niederländer informiert gewesen, die Informationen über Bos besitzen. In einem Fall hätten sie sogar "die Wohnorte der fünf Kinder" einer Familie gekannt,von denen einige in der BRD leben. Den Niederländern wurde gedroht: "Es bekommt Ihnen schlecht, wenn sie mit Erkelens (dem Journalisten – Anm.AK) sprechen." **Der Journalist berichtete, daß er seit der Aufspürung des Kriegsverbrechers Bos auch telefonisch bedroht werde.**

Für keinen besonderen Eifer mancher niederländischer Behörden spricht hierbei allerdings, daß die Faschisten, die sich ja mehrfach in den Niederlanden aufgehalten haben müssen, jedesmal wieder unbehelligt in die BRD zurückkehren konnten...

658 schwere Fälle von Nazi– und Kriegsverbrechen

Die Entdeckung von vier niederländischen Kriegsverbrechern in Westdeutschland innerhalb weniger Wochen hat die Aufmerksamkeit der niederländischen Öffentlichkeit und Presse erneut und verstärkt auf die (Nicht–)Verurteilungspraxis der BRD-Justiz bei Nazi- und Kriegsverbrechen sowie auf die von der BRD beabsichtigte Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen sowie auf die von der BRD beabsichtigte Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen am 31.12.79 gelenkt. Martin van Amerongen schreibt in „Vrij Nederland", als noch eine Hoffnung auf Auslieferung bestand: *„Die Festnahme von Wagner (in Brasilien – Anm. AK) sowie Bruins kommt noch gerade rechtzeitig. Denn in kurzer Zeit, 1979, werden in Westdeutschland Kriegsverbrechen als v e r j ä h r t angesehen "* und zitiert anschließend Wiesenthal, der fragt: *„Denn was ist eine Zahl wert? Ist jemand nach 25 Jahren ein größerer oder ein weniger großer Verbrecher als nach 24 oder 26 Jahren? Was tut man, wenn man jemand 25 Jahre nach dem Krieg begnadigt?* Dann gibt man ihm in Wirklichkeit eine Prämie für den Umstand, daß er sich ein Vierteljahrhundert so gut zu verstecken wußte, daß er seiner verdienten Strafe entkommen konnte."

Eine erste praktisch wirksame Folge der wiederaufgelebten bzw. verstärkten Diskussion war, daß die für 1985 beabsichtigte Auflösung des Reichsinstituts für Kriegsdokumentation entgegen der Empfehlung einer hierzu eingesetzten Kommission vom Unterrichtsminister Pais öffentlich zurückgewiesen wurde. Ein wichtiger Grund sei gewesen, nach Auffassung „politischer Kreise", daß er die Schließung des Instituts in einem Moment, in dem einige Kriegsverbrecher entdeckt worden sind, schlecht verkaufen könne.

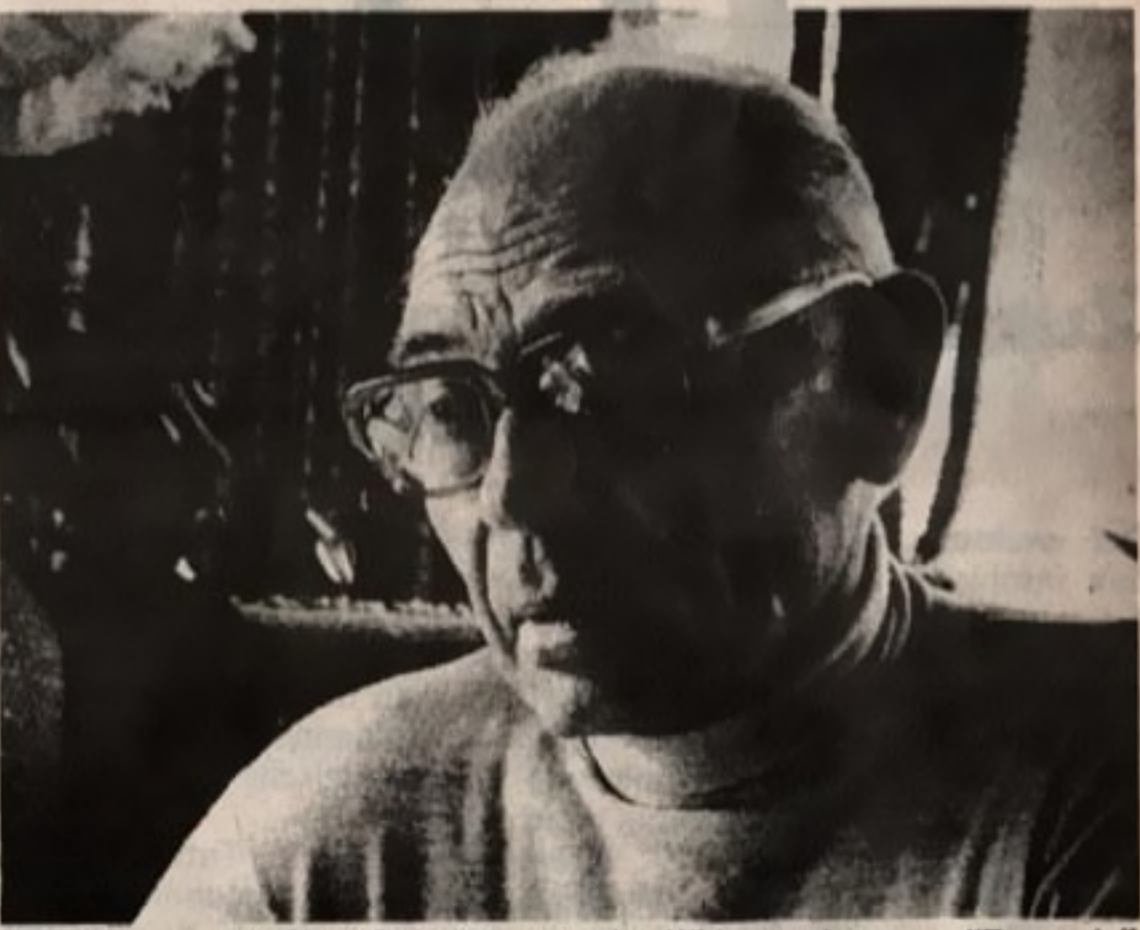
Die Arbeit dieses Reichsinstituts spielt für die Beurteilung der (Nicht-) Verurteilungspraxis der westdeutschen Justiz sowie für die Frage der Verjährung eine wichtige Rolle.

Ende 1964 wandte sich die BRD-Regierung an die Niederlande, ihr Dokumente über die von Deutschen verübten „nationalsozialistischen Verbrechen" zu übermitteln. Den Haag antwortete am 1.2.65 in einer Note, daß alle Unterstützung zugesichert werde – wie es übrigens schon in den Jahren zuvor in vielen Fällen geschehen war.

Das mit der Zusammenstellung des Materials beauftragte Reichsinstitut für Kriegsdokumentation (im folgenden: Institut) mußte sich bei der Auswahl der Fälle bereits beschränken. da Bonn nur Auskünfte über Personen angefordert hatte, die des Mordes oder der Mittäterschaft an Morden verdächtigt waren.

Die Liste wurde am 26. Mai 1967 abgeschlossen und den BRD-Behörden übergeben. Sie umfaßte insgesamt 658 „schwere Fälle", davon bezogen sich 310 meist auf SSler (Liste A) und 348 auf Richter, Staatsanwälte und Beisitzer von Militärgerichten, die für Zivilisten Todesurteile forderten oder aussprachen (Liste B).

Elf Jahre nach Übergabe der Materialien ist es auch nicht zu e i n e r Strafverfolgung in der BRD aufgrund dieser Materialien gekommen. Zwar sind Dutzende westdeutscher Kriminalbeamter im Institut gewesen, um noch mehr Material zu holen und es sind zehntausende Fotokopien von den Dokumenten gemacht worden,



Der Tierarzt Jan Siert Reinders, von der Widerstandsgruppe "Zwaantje", deren Mitglied A. K. Dijkema von Siert Bruins ermordet wurde. Reinders: "Aber wenn sie nicht bald jemand finden können, um den Mann (Bruins) noch zu erschießen, dann tue ich es selbst" (nach "Vrij Nederland",15.7.78)

dies war aber nur wilde Geschäftigkeit, um die eigentliche Untätigkeit zu vertuschen.

Neunzig Prozent der in den Listen aufgeführten Fälle beziehen sich auf die Zeit nach dem „Dolle Dinsdag", dem 4. September 1944, als die Alliierten landeten und der Tag der Befreiung der Niederlande bereits gekommen schien. Die Terrormaßnahmen und Todesurteile der deutschen Faschisten gegen den verstärkten Widerstand der niederländischen Bevölkerung werden von der bundesdeutschen Justiz als „Vergeltungsmaßnahmen für Terror" angesehen, was ihrem Begriffsapparat zufolge „nur" Totschlag ist, nicht Mord – Totschlag aber ist schon 1969 der Verjährung anheim gefallen.

Zumindest wird derzeit noch an einigen Fällen der Liste A (SS-Verbrechen) „gearbeitet", die Liste B (Richter usw.) ist hingegen von vornherein von den BRD-Behörden zur Seite geschoben worden. – **Alleine aufgrund des im Institut lagernden Materials ist jedoch belegt, daß von deutschen Richtern 650 Todesurteile in den Niederlanden ausgesprochen wurden.** Zweihundert Verurteilte wurden begnadigt, das Los von 60 der Verurteilten ist nicht bekannt. *„Von 360 Niederländern ist bekannt, daß sie nach einem solchen Urteil erschossen wurden. Keiner dieser Richter ist wegen dem, was er in den Niederlanden getan hat, verfolgt worden; viele waren nach dem Krieg wieder bei den Justizbehörden beschäftigt. In Westdeutschland natürlich",* schreibt der antifaschistische Journalist Igor Cornelissen in „Vrij Nederland".

Vor diesem Hintergrund muß man sich noch einmal die abgrundtiefe Demagogie eines Windelen (CDU) vor Augen führen, der im Süddeutschen Rundfunk behauptete, manche Länder des „Ostblocks" hielten Material über NS–Verbrechen absichtlich zurück, um es nach Ablauf der Verjährungsfrist zu präsentieren (vergl. AK 137, S.1)!

So völlig reibungslos, wie sich Windelen und Konsorten die Verjährung wünschen, wird die Sache für die BRD wohl doch nicht abgehen: Neben einer Konferenz europäischer Widerstandskämpfer in Kopenhagen, die von der BRD-Regierung eine Verlängerung forderten und der Vorbereitung einer Kampagne gegen die Verjährung in den USA, soll diese Frage jetzt auch im Rahmen des Europa-Rates debattiert werden. Stoffelen, sozialdemokratisches Mitglied des niederländischen Parlaments, wird dem Ministerrat und der Vollversammlung des Europa-Rats die alsbaldige Unterzeichnung der Europäischen Konvention von 1974 empfehlen . In dieser, bisher nur von Frankreich unterzeichneten Konvention, ist festgelegt, daß Kriegsverbrechen nicht verjähren. Stoffelen ist, auch in Hinblick auf die von der BRD geplante Verjährung, der Auffassung, daß schnell eine Regelung getroffen werden muß, die die weitere strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern ermöglicht.

(Der Artikel stützt sich auf: „Vrij Nederland", 15.7. und 5.8.; „Haagse Post", 6.5. und 16.7.; „de Volkskrant", div. Ausg. vom 5.7. bis 1.9.; „Bevrijding", Zs. der PSP, Nr. 14, 26.8.; „Extra-Dienst", 15.8.).

Niederlande-Kommission



Aus "De Zwarte Soldaat" (Der Schwarze Soldat), Zeitung der "Kampforganisation" der niederländischen Faschisten, vom 31. 7. 1942: " 'Zu den Waffen!' Für Europas Zivilisation. Auch ihr müßt einsehen, daß der Bolschewismus eine Bedrohung für ganz Europa bedeutet und daß seine Bekämpfung eine gemeinsame europäische Pflicht ist. Tausende Eurer Kameraden kämpfen bereits an der Ostfront gegen die bolschewistischen Horden. Aber noch viele tausende Niederländer zögern, ob sie den großen Schritt tun und aktiv an dem Kampf der Vertilgung von Europas Bedroher teilnehmen sollen. Erweist euch als ein wahrer Niederländer, auf den das Vaterland stolz sein kann. Meldet euch noch heute bei der Freiwilligen-Legion Niederlande ..."

Verbrechen des Faschismus: Die Fälschungswelle rollt!

Seit den Hitler-Büchern von Joachim Fest und neuerdings von Sebastian Haffner ist die „Nazi-Nostalgie"-Welle auf eine pseudo-wissenschaftliche Ebene gehoben worden. Als jüngstes Beispiel dieser Bemühungen, die Zeit des Faschismus „neu", „unvoreingenommen" etc. zu beschreiben und umzuschreiben, druckt der „Spiegel" eine Serie des englischen „Historikers" Irving über den Nazi-General Rommel ab. Die Irving zugebilligte „Wissenschaftlichkeit" trägt entscheidend dazu bei, daß die von ihm betriebene Propaganda Fuß fassen kann. Wer Irving ist und in welcher Tradition er steht, wird in diesem Artikel aufgezeigt.

Parole: Untertauchen, Fälschen, Rehabilitieren!

Als sich, etwa seit dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad, zunehmend abzeichnete, daß der faschistische Raubkrieg verloren gehen würde, fingen die SS- und NSDAP-Mörder das große Händewaschen an: Der Rückzug wurde begleitet durch die Verlagerung oder Auflösung der Blutstätten: KZ-Anlagen wurden gesprengt, Vergasungsanlagen abgebaut, Rasenflächen über Massengräbern angelegt; Akten und Unterlagen, die zuvor buchhalterisch genau zur Auskunft über die Technologie des Massenmords angelegt worden waren, wurden vernichtet.

Jetzt zahlte sich aus, daß von Anfang an die Ausrottungsstrategie gegenüber Juden, Polen, politischen Häftlingen u.a.m. nur in kleinstem Kreis, soweit möglich ohne schriftliche Befehle und durchgehend unter Tarnbezeichnungen festgelegt worden war. Das schönfärberische Vokabular („Aktion Reinhard" für Vernichtungsaktionen in extra gebauten KZs, „Endlösung" für Ausrottung

den war. Das schönfärberische Vokabular („Aktion Reinhard" für Vernichtungsaktionen in extra gebauten KZs, „Endlösung" für Ausrottung
usw.) sollte später die planmäßige Vertuschung dieser Verbrechen unterstützen. Bereits einige Zeit vor Kriegsende fanden trotz der aktuellen „Durchhalteparolen" geheimzusammenkünfte von SS-Kadern statt, wo die Parole ausgegeben wurde: Untertauchen und die langfristige Rehabilitierung des Faschismus vorbereiten. (Siehe Chairoff, „Dossier Nazi", 1978).

Hauptlinien: Keine Kriegsschuld, keine KZ-Morde!

Die nach 45 gegründeten Nazi-Verbände (wie HIAG, DKEG, SRP, DRP, NPD), die umfangreichen publizistischen Anstrengungen dieser Kräfte betrieben die Rehabilitierungsarbeit vor allem an zwei Punkten: Die „Widerlegung der Kriegsschuldlüge" und die Leugnung nazistischer Verbrechen, insbesondere der Massenmord-Aktionen. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene varianten in dieser Strategie des Abstreitens, Lügens und Fälschens entwickelt, die verschiedene, unterschiedlich offene Stufen der Rehabilitierung bilden: So wurde sehr bald die Alleinschuld des Hitler-Regimes am Zweiten Weltkrieg bestritten – „um der geschichtlichen Wahrheit willen". Bereits bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen 1946 operierte die Nazi-Verteidigung mit dem weiteren „Argument", eine Bestrafung von Nazi-Verbrechern sei schon deshalb juristisch und moralisch ungerecht, weil schließlich andere Staaten während des Krieges mindestens ebensolche Verbrechen begangen hätten. Inzwischen wird der gesamte faschistische Krieg als „aufgezwungen" (Hoggan, Walendy) und insbesondere der Überfall auf die Sowjetunion als „Präventivkrieg", d.h. als Verteidigungsakt, dargestellt (Helmdach, 1978).

Das Verharmlosen und Abstreiten der Mordaktionen in KZs usw. setzt zum Teil an den von den NS-Henkern planmäßig herbeigeführten und durch die Kriegs- und Nachkriegssituation vergrößerten Schwierigkeiten der Dokumentation an. So wurde sehr früh versucht, die Zahl der durch SS, Gestapo, in KZs usw. Ermordeten anzuzweifeln und, in der Folge, immer mehr zu reduzieren. Mittlerweile geht es einigen Faschisten längst nicht mehr um die „Widerlegung", daß sechs Millionen Juden in den Nazi-KZs starben, sondern höchstenfalls wird von 200.000 „gestorbenen" Juden (Roth) gesprochen.

Trotz Lücken in der Dokumentation ergeben die vorhandenen Akten, Zeugenaussagen, Erlebnisberichte über die Massenmord-Aktionen jedoch ein erdrückendes Beweismaterial. Dieses Material, z.B. auch beeidete Zeugenaussagen und Fotografien, wird von den Nazis und ihren „wissenschaftlichen" Hilfstruppen als zweifelhaft oder erlogen, als Meineid, als Fälschung deklariert. Bekanntestes Beispiel dafür dürfte die Behauptung sein, das Tagebuch der von den Nazis ermordeten Anne Frank sei eine Fälschung.



David Irving

Das letzte Glied in der Kette bildet die Behauptung, daß es überhaupt keine Mord-KZs gegeben hätte.

„Experten" der Fälschung

Das einschlägige „Schrifttum", das zwecks Rehabilitierung der Nazi-Verbrechen seit Jahrzehnten gehandelt wird, stellt ein dichtes Netz von gegenseitigen Zitaten, wechselseitiger Lobpreisung und, alles in allem, herzlicher Übereinstimmung dar. Einige – keineswegs alle – der „Hauptvertreter":

Lobpreisung und, alles in allem, herzlicher Übereinstimmung dar. Einige – keineswegs alle – der „Hauptvertreter":

– Bereits 1950 veröffentlichte der Franzose **Paul Rassinier**, ehemals Sozialist und Widerstandskämpfer(!), ein Buch über das KZ Buchenwald, in dem er zwei Jahre gefangen war. In dem 1959 auf deutsch erschienenen Buch („Die Lügen des Odysseus") behauptet er, daß nicht die SS, sondern Mitgefangene für den KZ-Terror verantwortlich waren; daß alle antifaschistischen KZ-Berichte von Kommunisten verfaßt seien; daß es keinen Beweis für Gaskammer-Morde in den KZs gebe; daß die Gesamtzahl der „umgekommenen" Juden zwischen 350.000 und höchstens 500.000 liege. Rassiniers Buch (das ihm in Frankreich jahrelange Prozesse und den Ausschluß aus der Sozialistischen Partei eintrug) wurde und wird von verschiedenen neofaschistischen Verlagen in der BRD verbreitet.

– Mindestens seit 1969 hat der Faschist **Heinz Roth** (Odenhausen/Lumda) in zahlreichen Broschüren alles an Zitaten aus anderen Machwerken (Rassinier, Walendy etc. pp.) zusammengetragen, was nur irgendwie verwertbar war. Ergebnis: „*Die deutschen Konzentrationslager waren Arbeitslager*", die „*dort vorgekommenen Verbrechen sind zu 99 % nicht von der SS verübt worden*"; „*die jüdischen Verluste liegen mit absoluter Sicherheit weit unter 500.000*".

–Im Herbst 1973 brachte der ehemalige SS-Mann **Thies Christophersen** die Broschüre „Die Auschwitz-Lüge" heraus, versehen mit einem Vorwort des einschlägig aktiven **Manfred Roeder**. Wieder einmal werden hier – diesmal als „Augenzeugenbericht" – die Judenmorde bestritten, die Existenz von Gaskammern in Auschwitz geleugnet und der KZ-Terror als eine Art Sanatoriumsaufenthalt dargestellt. Roeder im Vorwort: „*Es gibt kein ernstzunehmendes Dokument, das die Gesamtverluste der jüdischen Bevölkerung im letzten Krieg höher als mit 200.000 beziffert. ... Hitler wollte gar nicht die Juden umbringen und hat niemals einen Befehl zur Ausrottung gegeben. ... Es gab keine Vergasungsanlagen. Das sind alles Erfindungen krankhafter Hirne*". Zu Roeder und Christophersen gehört als Dritter im Bunde der Altnazi **Erwin Schönborn**, der seit den 50er Jahren ähnliche Propaganda verbreitet. Eins der seit Jahren von seinem „Kampfbund deutscher Soldaten" herausgebrachten Flugblätter: „*10.000 DM Belohnung zahlen wir für jede einwandfrei nachgewiesene ‚Vergasung' in einer ‚Gas-Kammer' eines deutschen KZs. Wir akzeptieren keine KZ-Zeugen aus Polen, Israel oder den USA, die wie in den NS-Prozessen, Meineide geschworen haben, ohne dafür belangt werden zu können*".

– Eine weitere Quelle pro-nazistischer Geschichtslügen sind verschiedene Schriften der englischen „Historical Review Press", vor allem das aus verschiedenen älteren Artikeln zusammengeschriebene, in deutsch mindestens seit 1975 verbreitete Pamphlet **„Starben wirklich sechs Millionen?"**. Darin wird bestritten, daß sechs Millionen Juden ermordet wurden; es wird behauptet, daß überhaupt der KZ-Terror der Nazis eine Erfindung sei. Hinter dem Verfassernamen **Richard Harwood** verbirgt sich (nach Untersuchungen der englischen antifaschistischen Zeitschrift „searchlight") einer der Spitzenideologen der britischen „Nationalen Front", Richard Verral. „Harwoods" Schrift wird u.a. von Roeder, Christophersen und Roth wärmstens empfohlen. Die „Historical Review Press" ist einem weiteren der Lügen-Experten, dem NPD-„Historiker" Walendy, engstens verbunden: ist sie doch der Verlag seiner Schriften „Der Verrat an Osteuropa" und „Die Methode der Umerziehung" (lt. „searchlight" 33/78). Die Flut solcher und ähnlicher Broschüren, Aufsätze (z.B. auch in „Nation Europa" - siehe AK 137 - und in der „National-Zeitung" Freys) usw. konnte allerdings nicht den Makel offensichtlicher Fälschungen, Verdrehungen usw., in ebenso offensichtlich nazistischem Interesse, beseitigen. Die Rehabilitations-Propaganda bedurfte der „wissenschaftlichen" Rückenstärkung, um außerhalb nazistischer Kreise an Boden gewinnen zu können.

schen" Rückenstärkung, um außerhalb nazistischer Kreise an Boden gewinnen zu können.

„Wissenschaftliche" Tarnung

So bemühte sich seit 1953 eine Gruppierung rechtsradikaler Hochschullehrer um die Zurückweisung der „Kriegsschuldlüge" etc. . Dazu dienten u.a. ein **„Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte"**, ein Verlag und eine „wissenschaftliche" Zeitschrift. Diese von dem erst jüngst gestorbenen Nazi-Dozenten **Grabert** geleitete, langfristig angelegte Arbeit stützte sich mit Vorliebe auf ausländische „Wissenschaftler".

Vor allem der USA-Historiker **David Hoggan** mit seinem Buch „Der erzwungene Krieg" (1961) wurde, ausgehend von der Gruppe um Grabert, im gesamten rechtsradikalen und rechten Lager (bis hin zu Springers „Welt") als „wissenschaftliches" Werk gepriesen. Hitler wird darin der Wille zum Frieden bescheinigt; Schuld am Zweiten Weltkrieg hätten England und Polen gehabt. Das war – übrigens in wörtlichem Anklang an einen Aufsatz von 1944, geschrieben von dem stellvertretenden Nazi-Reichspressechef **Sündermann** (später Teilhaber von „Nation Europa" und Mitbegründer der **„Gesellschaft für freie Publizistik"/GfP**) – so recht nach Nazi-Geschmack: Hoggan wurde erster Träger des „Ulrich von Hutten-Preises" der GfP (1961), was ihm 5.000 Mark einbrachte. 1964 erhielt er dann als „Leopold von Ranke-Preis" weitere 10.000 Mark von einer **„Gesellschaft zur Förderung geschichtswissenschaftlicher Forschung"**. Dahinter steckte ein Kreis von Altnazis und Industriellen. Natürlich sprach auch das rechtsradikale **„Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes"** Hoggan eine Auszeichnung zu. Kontakte zum industriellen „Rhein-Ruhr-Club", wo Hoggan sprechen sollte, wurden wegen zu großer Publizität eingefroren.

Hoggan zählt zu den „wissenschaftlichen" Standardwerken der Rehabilitationsliteratur. Bürgerliche Historiker haben ihm zahlreiche Verdrehungen und Fälschungen nachgewiesen, nicht ohne allerdings vorher in wissenschaftlichen Zeitschriften, in der Tagespresse usw. eine Hoggan-Diskussion geführt zu haben, wie sie vorher noch keinem Nazi-Fälscher in dieser Breite und Ernsthaftigkeit zuteil geworden war.

Der NPD-„Historiker" **Udo Walendy** versucht seit 1970 („Wahrheit für Deutschland: Die Schuldfrage des Zweiten Weltkriegs"), Hoggans Thesen aufzuwärmen und hat sich seitdem zunehmend als Spezialist in Sachen Nazi-Rehabilitation aufgebaut. In seinem Buch „Europa in Flammen 1939 - 1945", und später in Einzelschriften, u.a. auch in der „National-Zeitung", behauptet Walendy u.a., zahlreiche bekannte Foto-Dokumente von SS-Verbrechen, KZ-Terror usw. seien „Fälschungen". Kein Wunder, daß gerade dieser Walendy von den Verteidigern der Majdanek-Angeklagten als „wissenschaftlicher Experte" benannt wurde!

1977 wurde der US-Professor **Arthur Butz** als weitere „wissenschaftliche Autorität" im Dienst der Rehabilitations-Propaganda publiziert: In den USA von verschiedenen offenen nazistisch-antisemitischen Gruppen, in England von der „Historical Review Press" und in der BRD vor allem von Freys „National-Zeitung" wurde Butz' Buch „Der Jahrhundertbetrug" als Sensation angekündigt. Butzsche Kernsätze: „*Es gab kein Vernichtungsprogramm*"; „*Auschwitz war ein großes Konzentrationslager, mit einer zufällig hohen Todesrate. Aber niemand wurde in Auschwitz ermordet. Die Todesfälle in Auschwitz hatten natürliche Ursachen*".

David Irving: Der neue Star

Verglichen mit den Butzschen Lügen sind die Bücher des neuen Stars am Nazi-Himmel „seriöser". David Irving, Verfasser einer ganzen Reihe von dicken Büchern über die Nazi-Zeit, gehört mittlerweile in England und neuerdings auch in der BRD zu den publikumsträchtigsten Hitler- und Nazi-Historikern. Wie weit seine Aufnahme in den Kreis anerkannter bürgerlicher Wissenschaft und Geschichtsschreibung gediehen ist, läßt sich an seinem Auftreten bei einem am 1./2. Juli durchgeführten „Hitler-Kongreß" in Aschaffenburg ablesen. Neben Irving diskutierten dort u.a. Iring Fetscher, Eberhard Jäckel, Werner Maser, Sebastian Haffner – allesamt bekannte Gestalten der bürgerlichen „Faschismus-Forschung". Die derzeit laufende Irving-Serie im „Spiegel" verhilft diesem „Historiker" vollends zum Ruf eines womöglich gar kritisch-aufklärerischen Autors.

Es lohnt sich, Themen und Thesen der Werke dieses Autors zusammenzustellen: 1963 erschien „Der Untergang Dresdens" – eine Anklage gegen britische Bomberflüge 1944/45, die ob ihrer Darstellung „alliierter Verbrechen" (denen gegenüber der Naziterror geradezu bläßlich erscheint) auf breites Wohlwollen in allen rechtsradikalen Blättern stieß.

Neben Darstellungen von Nazi-Errungenschaften wie „Die Geheimwaffe des Dritten Reichs" und einer „Tragödie der Luftwaffe" (laut NPD-naher „Deutschen Wochenzeitung" „*kühne Bücher*", „DWZ", 14.6.78) gaben vor allem seine Bücher über Hitler („Hitler und seine Feldherren" und, als neustes, „The War Path: Hitler's Germany 1933 - 39") Stoff für neonazistische Lobpreisungen. In seinem ersten Hitler-Buch sind unter anderem folgende Passagen enthalten, die zum festen Bestandteil der seit 1945 entwickelten Rehabilitierungsstrategie gehören:

1. Das Tagebuch der Anne Frank sei eine Fälschung! Gegenüber dem Springer-Verlag Ullstein, der das Buch herausbrachte, bestand Irving auf dieser sowie zahlreichen anderen, selbst dem Verlag als „historisch unhaltbar" erscheinenden Stellen.
2. Kern von Irvings Hitler-Forschung ist die Behauptung, daß Hitler nicht die Ausrottung der Juden befohlen hat, ja, daß er lange Zeit von Programm und Durchführung der Judenmorde überhaupt nichts gewußt habe. Als „Beweis" dient Irving allein die Tatsache, daß es keinen schriftlichen Beleg für eine entsprechende Hitler-Anordnung gibt. Alle sonstigen Hinweise auf das Massenmord-Programm der Nazis, sei es in Hitler-Reden und Schriften, sei es in Reden, Aufzeichnungen usw. anderer Nazi-Führer, wischt Irving schlichtweg beiseite. Inzwischen geht er, im gleichen Stil wie der BRD-Nazi Schönborn, mit dem Angebot hausieren, er zahle jedem 1.000 Pfund, „*der ihm einen schriftlichen Befehl Hitlers zur Ermordung der ‚europäischen' Juden vorzeigen kann*" („Zeit", 7.7.78).

Fortsetzung nächste Seite

Da schmunzelt

Da schmunzelt der antifaschistische Fußballer

1936, als die Nazis ihr militärisches Eingreifen auf Seiten der Franco-Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg zu rechtfertigen versuchten, brachte der NSDAP-Verlag Eher eine Hetzbroschüre heraus: „Moskau – der Henker Spaniens". Seite um Seite wird darin der „bolschewistische Terror" in Spanien in Bild und Wort „dokumentiert". So wird auf Seite 32 Ricardo Zamora, damals wegen seiner phantastischen Torwartleistungen weltweit berühmter spanischer Fußball-Nationalspieler, abgebildet. **„Der weltbekannte spanische Fußballtorwart"**, so der Nazi-Text 1936, **„der von roten Banditen ermordet wurde"**.

Aber wie die „Vorsehung" so spielt: Anfang September dieses Jahres wurde in der Presse gemeldet, daß der Fußballstar Ricardo Zamora, seit 1936 aus dem aktiven Sportleben ausgeschieden, inzwischen als Kaufmann Millionär geworden, im Alter von 77 Jahren am 7. September 1978 in Barcelona gestorben ist. (Siehe z.B. „SZ", 9./10.9.78).

nach seiner [illegible]ngennahme e[illegible] [illegible]
Romano" gibt aus Genua den Bericht eines dem spanischen Blutbad entronnenen spanischen Priesters. Neben den Trümmern der Kirchen,



Der weltbekannte spanische Fußballtorwart Zamorra, der von roten Banditen ermordet wurde

(Weltbild)

(aus: „Moskau – der Henker Spaniens", herausgegeben 1936)

Kurzmeldungen

Polizisten und Detektive Hand in Hand

Ein „offenes Geheimnis" - die Zusammenarbeit zwischen Bullen und Privatdetektiven - hat im Kohlenpott einigen Staub aufgewirbelt.

In einem vor der Großen Strafkammer des Duisburger Landgerichtes stattfindenden Prozeß ging man dem „kriminalistischen Alltag" von vier Polizeibeamten und der **Detektei Kocks** nach. Die vier Beamten schnüffelten für Kocks gegen Stundenlohn in Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Dinslaken und weiteren Städten des Ruhrgebietes.

Detailliertes Material über Personen und deren Lebensweise war ihnen jederzeit zugänglich. Nachdem der Innenminister die Aussagegenehmigung erteilt hatte, konnten die Bullen über innerbetriebliche Angelegenheiten auspacken:

- Die Kriminalakte steht demnach j e d e m Kripobeamten offen.
- Computeranfragen werden nicht einmal registriert.
- Ohne Prüfung der Person werden telephonische Auskünfte gegeben, sofern man sich glaubhaft als Kriminalbeamter zu erkennen gibt.

Über diesen Weg gingen die Informationen an das Detektivbüro. Überdies fühlte sich Kriminalhauptkommissar Karl-Heinz F. (ehemals Chef der gesamten Fahndung in Essen) bemüßigt - wohl in Anbetracht seiner ehemaligen Tätigkeit als Lehrer an der Höheren Polizeischule Münster - den Kockschen Detektiven Nachhilfeunterricht in Theorie und Praxis zu geben. Nun sitzen Bullen und Hilfssheriffs gemeinsam auf der Anklagebank. Zur Verhandlung steht jedoch lediglich „passive und aktive Bestechung", d.h. es geht um den Stundenlohn der Polizisten und nicht um den Austausch von Informationen bzw. Daten. Der Urteilsspruch wird voraussichtlich am 29. September gefällt.

Antifa-Kommission NRW

Westberlin: „Grüne" statt „Schwarze Sheriffs"

Was für die Münchner U-Bahn die „Schwarzen Sheriffs" sind, das ist in Westberlin immer offener die „normale" Polizei!

Ist es schon seit der Kampagne gegen „illegal einreisende Pakistani" üblich, daß Zivilbullen in der U-Bahn kontrollieren, so hat das 'Getümmel' von Bullen in U-Bahnhöfen und U-Bahnen in der vorletzten Woche einen neuen Höhepunkt erlebt:

30.000 Fahrgäste wurden in einer Woche in einer gemeinsamen Großaktion von BVG (Berliner Verkehrs-Gesellschaft) und Polizei kontrolliert - angeblich, um Stadtstreicher und Drogenabhängige aus den U-Bahnhöfen zu vertreiben. Angeblich war das Erwischen von Schwarzfahrern nur ein Nebenprodukt - allein am ersten Tag wurden als „Nebenprodukt" über 200 Anzeigen aufgenommen. Bislang erstreckte sich dieses „Sauberkeit und Ordnung - Programm" nur auf den City-Bereich. In Zukunft wollen das Nahverkehrsunternehmen und die Polizei auch auf anderen U-Bahn-Linien derart umfassende Kontrollen anordnen, um die U-Bahn „sicherer" zu machen.

Antifa-Kommission/ KB-Gruppe Hamburg

Für den „Normalverbraucher"?

„Nicht für den Normalverbraucher, sondern für die Polizei gedacht" zeigte die „Sicherheits-Fachmesse" in Essen einen Panzerwagen der Stahlfirma Thyssen.

Was dagegen der Normalverbraucher benötigt, stand direkt daneben: ein Mercedes, von der Jestettener Firma „Tig-Garant" zur bombensicheren Festung umgebaut. Kosten je nach Typ zwischen 80.000 und 100.000 Mark. Dafür liefert „Tig" dem Normalverbraucher einen explosionssicheren Tank, eine automatische Löschanlage, unsichtbare Schießscharten und noch mehr.

Für den Normalverbraucher heutzutage ebenfalls nicht mehr wegzudenken ist ein Roboter zum ferngesteuerten Bombenentschärfen, der auch Türen aufschießt und Wohnungen mittels aufmontierter Kamera durchsucht.

Daneben das Nachtsichtgerät, zur Montage auf Präzisionsgewehren hervorragend geeignet; ein „Lügendetektor"; unheimlich widerstandsfähige Glasscheiben; kugelsichere Westen, die auch schwersten Kalibern widerstehen sollen und vieles andere mehr - lauter Dinge, die aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken sind! In diesem Sinne sind auch die Worte des Messe-Schirmherren, Bundesinnenminister Baum, zu verstehen: *„Der auf dem Gebiet der Sicherheitstechnik und -einrichtung tätige private Unternehmer leistet einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwohl".*

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 31

3. In seinem neuesten Hitler-Buch finden sich Passagen wie die folgenden: Hitler *„schuf ein Deutschland mit gleichen Chancen für Hand- und Kopfarbeiter, für Reich und Arm. ... (Er) stellte das Vertrauen der Nation in die Zukunft wieder her. ... Die Arbeiter waren nicht länger sozial Ausgestoßene. Alle Krebssymptome des industriellen Kampfes – Streiks, Blaumachen, Krankfeiern – wurden zu Phantomen der Vergangenheit. ... (Die ‚Deutsche Arbeits-Front' war) die größte Gewerkschaft der Welt – und eine der erfolgreichsten".* Die KZs *„waren unverzichtbar für die politische Erziehung"* und auch notwendig für Alkohol-Entziehungskuren ... (Zitate nach „searchlight" 39/78).

Dies ist der Kontext auch für seine derzeit vom „Spiegel" gedruckte (und im Herbst als Buch erscheinende) Rommel-Darstellung: Irving geht es darum, den „genialen" Nazi-General Rommel von dem Geruch zu befreien, etwas mit den Hitler-Attentätern vom Juli 1944 zu tun gehabt zu haben.

Irving – heimisch in der Neonazi-Szene

Irving – heimisch in der Neonazi-Szene

Das alles kommt nicht von ungefähr. Der in der BRD als emsiger Fakten-Beschaffer gewürdigte Irving (der bürgerliche Geschichtsprofessor Hans Mommsen über das Rommel-Buch: Es sei *„ein Glück, daß es Leute wie Irving gibt, die dem Historiker zumindest zu einem neuen Ausgangspunkt verhelfen"*, laut „Guardian", 23.8.78) kann sich auf eine langjährige Vertrautheit mit neonazistischen Kreisen und Übung in gleichgestimmten Aktivitäten stützen. 1959 übernahm er den Herausgeberposten der Londoner Studentenzeitschrift „Carnival Times". Für die Mai-Nummer hatte Irving Aufsätze geschrieben, die Hitler und das Dritte Reich priesen und die Apartheid lobten; auch eine von der südafrikanischen Botschaft bezahlte Anzeige sollte erscheinen. *„Angriffe auf Juden und Schwarze waren in den Zeilen ... (Irvings) enthalten, der als seine Quellen die ‚Action' , die Zeitung Mosleys* (englischer Nazi-Führer – Anm. AK) *und die obskure Publikation der damals winzigen British National Party, ‚Combat', (später Teil der National Front) zitierte".* Irving knüpfte in den folgenden Jahren Kontakte u.a. zu Francoise Dior, Frau des britischen Nazi-Führers Jordan; 1962 wurden in Irvings Wohnung zwei Männer verhaftet, die zwischen ihm und Alt-Nazis in Madrid Verbindungen herstellen sollten.

Danach hielt Irving sich ein Jahr in der BRD auf, wo er angeblich als Arbeiter bei Krupp beschäftigt war – gleichzeitig jedoch drei seiner „wissenschaftlichen" Bücher verfaßte (Angaben nach „searchlight" 26/77).

Irvings Vertrautheit mit der Altnazi-Szenerie ist eines seiner Erfolgsrezepte: *„Keiner der ehemaligen Untergebenen Hitlers, an den ich herantrat, hat mir ein Gespräch verweigert"* (Vorwort zu „The War Path", zitiert in „searchlight" 39/78).

Inzwischen ist die Sympathie von Alt- und Neonazis in der BRD für Irving auch über solche Buch-Kontakte hinaus handgreiflich nachvollziehbar: Irving gehörte zu den Referenten des Kasseler Mai-Kongresses der rechtsradikalen **„Gesellschaft für freie Publizistik"**. Irvings Beitrag zum Kongreßthema „Verrat und Widerstand im Dritten Reich" bestand darin, die Beteiligten am Attentat auf Hitler ins Licht des Verrats zu rücken und sich ausdrücklich mit der Nazi-Durchhalteparole „Eid bleibt Eid" (also: auch der auf Hitler geleistete!) zu identifizieren. Diese Kumpanei Irvings mit der GfP geht weiter: Für den 20.10.78 ist eine neue GfP-Veranstaltung in Frankfurt angekündigt: Redner – Irving!

Fest, Haffner usw.: Der „seriöse" Hintergrund

Irving ist deshalb ein besonderer Fall, weil es bislang keinem Autor der Rehabilitierungs-Szene gelungen ist, so weit wie er in den Kreis der „Seriösen" und „Respektablen" vorzudringen. D i e s e r Erfolg Irvings beruht sicher weniger auf der Originalität dessen, was er zu sagen hat, als auf der ideologischen Vorarbeit der Nazi-Nostalgie, „Hitler-Welle" usw. . Das in diesem Rahmen von „Hitler-Forschern" wie **Fest** oder **Haffner** („Anmerkungen zu Hitler") aufbereitete Klima begünstigt die Akzeptabilität eines Propagandisten wie Irving.

Fests Beitrag – in seinem Buch „Hitler" wie in dem Hitler-Film – besteht gerade darin, Hitler und den Faschismus „ohne antifaschistische Scheuklappen" zu beschreiben: Mit dem Erfolg, daß lang und breit über Hitlers „geschichtliche Größe" fabuliert wird. Fest: *„....der revolutionäre Gedanke auf ‚Erneuerung', auf Umwandlung von Staat und Gesellschaft in eine konfliktfreie, militant geschlossene ‚Volksgemeinschaft' blieb immer vorherrschend. ... Wer ihn (Hitler) am Bild des Personals der Weimarer Zeit mißt, an Hugenberg, Brüning, Papen, Breitscheid und sicherlich auch am Kommunistenfüh-*
ihn (Hitler) am Bild des Personals der Weimarer Zeit mißt, an Hugenberg, Brüning, Papen, Breitscheid und sicherlich auch am Kommunistenfüh-
rer Thälmann, kann überdies nicht umhin, ihn die gewiß modernere Erscheinung zu nennen". „Der Riesenschatten, den die Vernichtungslager warfen, verdunkelten die Erkenntnis, in welchem Maße die Erscheinungen, um die es geht, mit epochenbestimmenden oder gar allgemeineren Bedürfnissen der Menschen zusammenhängen".

Sebastian Haffner, früher eher als liberaler Journalist bekannt, bringt es immerhin fertig, zwei von sieben Kapiteln seines Hitler-Buches den „Leistungen" und „Erfolgen" des Faschismus zu widmen (wozu er bei spielsweise die „Frauenemanzipation" zählt, die unter Hitler *„große Sprünge"* gemacht habe). Schließlich war Hitler, so jedenfalls Haffner, **„unzweifelhaft Sozialist – ein sehr leistungsstarker Sozialist sogar."**

Antifaschistische Aufklärung verstärken!

Solche Faschismus- Behandlung bildet den konkreten Boden für die Irvingsche Propaganda.

Das mindeste, was auf diese Weise bewirkt wird, ist Verwirrung. War der Faschismus am Ende doch nicht so schrecklich? Diente er den Interessen des Kapitals - oder nicht, wie Fest behauptet? War Hitler etwa unschuldig an den Juden- Morden – wie Irving nahelegt – oder nicht? Sollte etwa doch etwas daran sein, daß keine Juden ermordet wurden – wie die Faschisten seit Jahr und Tag behaupten?

Denjenigen, die ein unmittelbares Interesse an der Verjährung oder Amnestie der Nazi- Verbrechen haben, dient diese Verwirrungsstrategie allemal. Sie arbeitet aber auch denen in die Hände, die nur allzu gern nach jedem „Zweifel" an den Verbrechen greifen, um ihr eigenes Mitmarschieren von damals heute, im Nachhinein, zu rechtfertigen.

Das systematische Ausstreuen von Zweifeln und Lügen spekuliert auf Uninformiertheit. Zunehmend fehlt die konkrete Erfahrung dessen, was Faschismus bedeutet – und durch Schulen, Medien etc. wird der Information und Aufklärung systematisch entgegengearbeitet.

Das Gebaude der Fest, Irving, Walendy, Harwood u. Co. wird d a n n in sich zusammenstürzen, wenn es mit gründlichem, systematischem Wissen über die faschistische Wirklichkeit konfrontiert wird. **Daß dieses Wissen verbreitet wird, ist eine der folgenreichsten und dringendsten Aufgaben für Antifaschisten heute.**

Antifa- Kommission KB/ Gruppe Hamburg

„Neues Offensivkonzept" der Polizei wird in Baden-Württemberg erprobt

Nach Meldung von „Die Polizei" (9/78) wurde in Baden-Württemberg das Landespolizeipräsidium neu strukturiert. Damit werde das baden-württembergische Polizeipräsidium zu *„einer echten polizeilichen Führungsstelle auf Landesebene ausgebaut".* Neuer „Leiter des Landespolizeipräsidiums" ist seit dem 1.8. Ministerialdirigent Dr. Alfred Stümper.
le auf Landesebene ausgebaut". Neuer „Leiter des Landespolizeipräsidiums" ist seit dem 1.8. Ministerialdirigent Dr. Alfred Stümper.

Um keinen Zweifel zu lassen, wer Stümper ist: Stümper gilt in Polizeifachkreisen als der „Vater des MEK". Baden-Württembergs Landesregierung propagierte als erste öffentlich diese „Sonderkommandos" („Quick", 42/1972). Stümper ist derjenige, der schon seit langem eine „kriminalpolitische Strategie aus einem Guß" fordert, nach der das herkömmliche Bild des an „Recht und Gesetz" zumindest per geltendem Recht gebundenen Polizeibeamten überwunden werden soll.

Nach Stümpers Worten liegen die Schwerpunkte des zu entwickelnden Konzepts *„in der Störung von Aufbau und Aktionen meist verdeckt arbeitender größerer Banden und krimineller Organisationen im logistischen Bereich, im Betätigungsfeld und in den Querverbindungen sowie Beobachtungen des Vorfelds auch mit Mitteln der verdeckten Verbrechensbekämpfung und unter einer vielfach in die Breite ausgelegten informatorischen Ausleuchtung mit dem Ziel der totalen Unterbindung jeder Entfaltungsmöglichkeit von vornherein oder – wenn jenes nicht mehr möglich ist – einer nachfolgenden radikalen Aushebung unter bewußter Zurückstellung vorzeitiger Einzelerfolge. Die Aufgabenstellung ist somit zwar sowohl teils repressiv und strafprozessual als auch präventiv und somit vorbeugend polizeirechtlich, im Grunde ist sie jedoch übergreifend operativ"* („Kriminalist", 4/77).

Bei einem solchen Verständnis von Polizeiarbeit bleibt für das Legalitätsprinzip (siehe AK 137) , für die rechtlich festgelegte Trennung zwischen Agent und Polizist , für eine Kontrolle der „Amtshilfe" zwischen z.B. Einwohnermelde-Ämtern und
schen Agent und Polizist , für eine Kontrolle der „Amtshilfe" zwischen z.B. Einwohnermelde-Ämtern und
VS/BKL/LKA/ kein Raum mehr.

Stümper selbst hat das im Klartext geäußert:
Dem Polizisten müsse gesagt werden, *„in welcher Form er die verschiedenen deliktgebundenen 'Keuschheitsproben' ablegen darf, inwieweit das Legalitätsprinzip ... modifiziert werden kann"* (ebenda).

Stümper war auch Sprecher des „Planungsstabs am Krisenstab" während der Mogadischu-Aktion, der u.a. auch folgende Möglichkeit durch„spielte": *Die Häftlinge könnten, wie von den Entführern gewünscht, ausgeflogen werden. Anschließend würden sich befreundete Nachrichtendienste – gedacht ist an CIA und den Mossad Israels – an ihre Fersen heften und sie entweder wieder festnehmen oder sie liquidieren"* („Stern", 49/77). Stümper ist außerdem Sprecher der seit der Mogadischu- Aktion offiziell bekanntgewordenen „Bund-Länder-Kommission", die die psychologische Kriegführung gegen „Terroristen" und „Extremisten" leitet. Was Stümper sonst noch alles tut oder bereits getan hat, dürfte für die demokratische Öffentlickeit von größtem Interesse sein.

In Baden - Württemberg ist die Reorganisation des Polizeipräsidiums offensichtlich ganz den Vorschlägen Stümpers entsprechend vorgenommen worden. Es wurden zwei Organisationseinheiten gebildet, die sich folgende „Schwerpunkte" gesetzt haben:

„Organisationseinheit 1":
„Verstärkung des Lagezentrums"; „Ausbau der EDV für Einsatz und Führungszwecke" und *„Beauftragung eines Planungsstabs"* mit *„ersten wichtigen Aufgaben"*, nämlich *„Kon-*
zeption der Organisation zur Verstär- eines Planungsstabs" mit *„ersten wichtigen Aufgaben"*, nämlich *„Kon-*
zeption der Organisation zur Verstärkung polizeilicher Präsenz" („ Kontaktbereichsbeamte").

„Organisationseinheit 2":
„Erarbeitung eines Konzepts über vordringliche praxisbezogene Bedarfsforschung. Umsetzung der umfangreichen und wissenschaftlich dargestellten Forschungsergebnisse in konkrete praxisnahe Konsequenzen, Strategien, Taktiken, Konzeptionen, Richtlinien, Empfehlungen für Verbrechensbekämpfung, Einsatz, Organisation, Ausbildung und Technik der Polizei".

Darüberhinaus: *„Erarbeitung einer Gesamtkonzeption zur Verbesserung und Intensivierung der regionalen und örtlichen Vorbeugungsarbeit".*

Auch das Computer-System soll (natürlich) ausgebaut werden, u.a. auch „im Bereich der Schutzpolizei". Anders ausgedrückt: Das Netz wird noch breiter ausgelegt!

In Ex-Filbingers Musterländle macht Stümpers „operatives Offensivkonzept" jetzt offenbar seinen praktischen Probelauf. Was dort an „praxisnahen Konsequenzen" gezogen und an weiteren „Richtlinien" etc. ausgearbeitet wird, muß von der demokratischen Öffentlichkeit wachsam beobachtet und bekämpft werden.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg





Der Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni"

Drohbriefe an Zeugen — eine Staatsschutzprovokation!

Um die ohnehin schon stark eingeschränkte und ständig von Kriminalisierungsversuchen bedrohte „Öffentlichkeit" im Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni" noch weiter einzuschüchtern (Prozeßbesucher wurden von Anfang an in der bürgerlichen Presse als „Sympathisanten" bezeichnet, für Beifalls- oder Mißfallensäußerungen werden Ordnungsstrafen von drei Tagen verhängt etc.), ließ man sich jetzt etwas ganz „Besonderes" einfallen, um die Prozeßbeobachter zu potentiellen Attentätern zu machen:

„Nach den Verfassern eines anonymen Pamphlets, mit dem Zeugen des „2. Juni"-Prozesses bedroht werden, fahndet der Staatsschutz. Es handelt sich um einen zweiseitigen „Offenen Brief", der von einer „Gruppe kollektiver Zorn" unterschrieben ist und den Adressaten „Hinweise" auf das „Verhalten vor Gericht" gibt" („Welt", 23.9.78).

Weiter soll es heißen:

„Wer Gericht und Bullen und Bundesanwaltschaft – wie die Zwangsverteidiger – in den Arsch kriecht, hat selbst bald einen wunden Arsch."

Die Zeugen hätten die Möglichkeit, die Angeklagten des Prozesses als „Sozialrevolutionäre" zu unterstützen (??), sie hätten aber nicht die Möglichkeit, das Gericht in seinen Zielen zu unterstützen. Die Zeugen wurden aufgefordert, nichts auszusagen, was sie nicht hundertprozentig wüßten, bei der Polizei gemachte Aussagen zu widerrufen und die „Vernehmungspraxis" der Polizei anzuprangern.

„In diesem Sinne würden die Verfasser dieses Briefes das Zeugenverhalten beobachten, wurde in dem Brief gedroht." (!!) („Tagesspiegel", 23.9.78).

Weiter fordert der Staatsschutz über Springer's „Welt" alle Empfänger derartiger Briefe auf, sich an die Nummern: 699 25 37 oder 699 25 10/11 zu wenden!

Nach der jahrelang systematisch betriebenen Volksverdummung und „Terroristenhysterie" soll durch diese neuerliche Provokation – die eindeutig BKA-Handschrift trägt – abgelenkt werden von den Praktiken des Gerichts, der Bundesanwaltschaft und der Staatsschutzorgane, die sich nicht einmal mehr die Mühe machen, wenigstens den Schein der Rechtsstaatlichkeit in diesem Prozeß aufrecht zu erhalten. (Wir berichteten bereits in mehreren Nummern des AK ausführlich über diesen Prozeß, vergl. besonders AK 127, 131)

Andererseits muß diese Provokation dazu herhalten, propagandistische Vorbereitungen zu treffen, um diesen Prozeß letztendlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die Bühne ziehen zu können. Nachdem die Daten der Prozeßbesucher sowieso in der Befa (Beobachtenden Fahndung) gespeichert sind, dürfte es für die Staatsschutz-Organe ein Leichtes sein bei einem eventuellen (Staatsschutz)-„Attentat" auf einen Schlag sämtliche Prozeßbesucher zu kriminalisieren.

Der psychologische Nutzeffekt zeigte sich auch prompt: Im „Tagesspiegel" vom 27.9. war dann auch schon in fetten Lettern zu lesen: *„Wegen Drohbriefes Erscheinen im Drenkmann-Prozeß verweigert."*

„Die Ehefrau eines Tatzeugen, der zur Zeit des Mordes an dem Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann am 10. November 1974 im selben Haus wohnte, weigerte sich auf Grund eines Drohbriefes, zur Vernehmung zu erscheinen, da sie Angst habe" („Tagesspiegel", 27.9.78).

Im gleichen Artikel wird zwar kurz erwähnt, daß Till Meyer zu Beginn der Verhandlung eine Erklärung verlas, in der sich die Angeklagten von jenen Drohbriefen distanzierten – dennoch, die Wirkung bleibt.

In der Erklärung der Angeklagten heißt es u.a.: ***„Die Bedrohung von Zeugen ist eine Provokation... Eine „Gruppe kollektiver Zorn" gibt es nicht; sie ist keine Organisation innerhalb der bewaffneten Linken...***

Wir k ö n n t e n das Bedrohen *der Zeugen als Ausdruck der Empörung über die Situation der Gefangenen aus der Guerilla begreifen, als Empörung über die Vernichtungshaft seit acht Jahren, den ermordeten Gefangenen, dem permanenten Terror hier, als Empörung über die Prozesse gegen uns, die vom Staatsschutz voll durchstrukturiert sind durch den Einsatz illegaler Richter, der Ausschaltung der politischen Verteidigung (...), dem Einsatz der Zwangsverteidiger (...) und Anwendung der zahlreichen Sondergesetze...*

Wir meinen allerdings, daß die Bedrohung von Zeugen kein Ausdruck von Empörung und Solidarität ist, im Gegenteil: es ist eine Unterstützung der Farce hier; eine Aussage zur Funktion und Praxis in diesem Prozeß wird nicht gemacht und der Prozeß, als Versuch uns politisch-ideologisch und physisch zu vernichten, wird nicht begriffen (...) Die Bedrohung der Zeugen richtet sich deshalb gegen die Gefangenen.

Nur um die Behauptung eines „normalen Strafverfahrens" aufrechtzuhalten und den tatsächlichen Charakter dieses Prozesses als Kriegsgerichtsverfahren verschleiern zu können, wird hier noch nicht, wie sie es am liebsten wollen, „kurzer Prozeß" gemacht; werden noch nicht alle Zuschauer rausgeprügelt (...)

Das Bedrohen von Zeugen entspricht so genau der Konzeption der Bundesanwaltschaft in diesem Prozeß: der Prozeß wird auf eine kriminalistisch-juristische Ebene gedrückt (..) Die Drohung der ominösen „Gruppe kollektiver Zorn" hilft, indem das Augenmerk auf die Zeugen gelenkt und von den Schweinereien der Staatsschutzorgane in diesem Prozeß weggelenkt wird, nicht uns, sondern nur den Bullen (...)"

Weiter heißt es in der Erklärung, daß diese Provokation dazu dient *„unsere Politik zu diskreditieren und das Volk gegen uns aufzuhetzen"*.

Es könne durchaus davon ausgegangen werden, daß der Staatsschutz und seine Geheim-Kommandos bald dazu übergehen könnten, einzelne Zeugen im Namen von Guerilla-Gruppen anzugreifen und zu verletzen.

„Der Staatsschutz hat gezeigt, daß er sich nicht lange bei Drohungen aufhält: 1972 wurde mit der Drohung versteckter Bomben in Stuttgart eine ganze Stadt terrorisiert; ab 1974 detonierten in den Bahnhöfen von Bremen, Hamburg, Köln, Nürnberg, München.. Schließfachbomben, bei denen stets Stadtguerilla-Gruppen oder einzelne Genossen aus ihnen, als Täter von Staatsschutz und Medien genannt wurden. Es waren Staatsschutzbomben, Urheber und Hintermänner sind bekannt, Ermittlungen gegen die bewaffnete Linke brauchten nicht mal zum Schein geführt werden – in keiner Ermittlungsakte von uns befindet sich auch nur ein einziger Hinweis und alle Verfahren (...) sind eingestellt worden" (Zitate aus der Erklärung, verlesen von Till Meyer am 26.9.78).

IKAH, Westberlin

Westberlin:

Westberlin:

Der § 129 in Aktion

Am 17.9. wurden in Westberlin in einer großangelegten Durchsuchungsaktion mehrere Wohnungen, die Druckerei „Contrast" sowie der Laden Mehringsdamm 99, wo neben der „roten hilfe" und dem „Agit-Komitee" verschiedene Gruppen tagen, in einer Staatsschutz-Aktion durchkämmt.

Die Aktion galt angeblich den *„Herstellern und Verbreitern des Anarchisten-Blattes „Bug-Info". ... Der Personenkreis soll eine terroristische Vereinigung unterstützt haben."* („Welt", 18.9.78)

Was geschah wirklich?

18 Personen wurden bei dieser Staatsschutz-Aktion vorübergehend festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, darunter mehrere, die sich presserechtlich verantwortlich für das BUG-Info erklärt hatten. Bei der Druckerei Contrast wurden Druckplatten, Rechnungen und Filme beschlagnahmt. Die Vorgehensweise erinnerte an die Beschlagnahme-Aktion der Agit-Druckerei vor einem Jahr.

Als die Staatsschützer die Tür im Laden Mehringdamm aufbrachen, stürmte eine Fotografin herein und fotografierte alles, was sich bewegte. Sechs Personen wurden im Laden verhaftet, drei Personen auf dem Weg dorthin von Zivilbullen mit Maschinenpistolen „überrascht". Es durfte bei dieser Nacht- und Nebelaktion nicht einmal ein Rechtsanwalt informiert werden.

Interessant dabei ist, daß für diese Aktion ein gewisser Staatsanwalt Fillipiak verantwortlich zeichnet, der gleiche, der auch für den Agit-Prozeß zuständig ist. Die Durchsuchungsbefehle wurden vom altbekannten „Terroristenspezi" Richter Bräutigam ausgestellt, der unter dem Pseudonym „Riedel" in der Berliner Morgenpost „richtungsweisende" Artikel in punkto „Umgang mit Terroristen" und Verteidigerausschlüsse veröffentlichte. Er war u.a. wesentlich am Berufsverbot gegen RA Spangenberg beteiligt.

In der Durchsuchungsbegründung von Richter Bräutigam heißt es u.a.:

„Die Gesamtheit der Beiträge (gemeint ist das BUG-Info, Anm. d. Verf.) *war jeweils darauf ausgerichtet, im Wege der Öffentlichkeitsarbeit im Leserkreis bestehende psychologische Hemmungen (!!) gegen terroristische Vereinigungen ... abzubauen, Sympathien für deren Gewaltaktionen zu wecken, aber auch neue Mitglieder für deren Ziele im Kampf um die gewaltsame Veränderung der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung zu werben. Dadurch wurde im Sinne des Straftatbestandes des § 129a StGB zur Stärkung und zum inneren Zusammenhalt terroristischer Vereinigungen beigetragen."*

Damit ist nichts anderes gemeint als: wer sich nicht distanziert – wird kriminalisiert. Oder, wie es in einem Flugblatt heißt, das anläßlich dieser Durchsuchungsaktion herausgegeben wurde:

„Werben auf deutsch heißt, daß jede Zeitung, die die Hetze gegen die verschiedenen Gruppen und Organisationen, die vom Staat bekämpft werden, nicht mitmacht, indem sie z.B. die Umstände der gewaltsamen Erschiessung des Willy Peter Stoll untersucht, bereits „psychologische Hemmschwellen" abbaut, Unterstützungsarbeit leistet.

„Wurde der Unterstützerbegriff vor zwei Jahren noch auf den Kauf von Autos bzw. das Anmieten von Wohnungen angewendet, reicht heute Druck und Vertrieb von kritischen Beiträgen zu polizeilichen Vorgehensweisen aus."

Allerspätestens seit den Stammheimer „Selbstmorden" sind wir daran gewöhnt worden, daß jeder, der auch nur Zweifel an den vielen wundersamen Todesumständen von Genoss(inn)en hegt und/oder äußert, mit Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" bombardiert wird. So sollen im Zusammenhang mit dieser letzten Durchsuchungsaktion ca. 24 Ermittlungsverfahren (!) wegen § 129a laufen!

Das Kriminalisierungs-Strickmuster des Staatsschutzes beabsichtigt folgendes:
Agit-Druck – BUG-info – rote hilfe = „Unterstützer einer kriminellen Vereinigung". Nicht umsonst werden die wenigen „roten hilfen", die noch nicht zerschlagen worden sind, in der Presse erneut quasi als „Vorzimmer zur RAF" dargestellt, um diese Organisationen umso leichter illegalisieren zu können.

Wir sollten wachsam sein und derartige Vorgänge sofort einem breiten Publikum bekannt machen!

IKAH, Westberlin

Presseerklärung

6 Monate Beugehaft für Zeugin im Agit-Prozeß

Gericht bestreitet Recht der Verlobten auf Zeugnisverweigerung

Der 4. Strafsenat des Kammergerichts Berlin unter Vorsitz des Richters Zelle hat heute, am 25.9.78 für die Zeugin Annette Wilmes Beugehaft mit einer Dauer von längstens 6 Monaten verhängt. Die Zeugin wurde sofort abgeführt und in der Lehrter Straße im Frauengefängnis in Haft genommen.

Bemerkenswert an dieser Entscheidung ist, daß die Zeugin die Verlobte des Angeklagten Foß ist, die nach § 52 StPO ein Zeugnisverweigerungsrecht hat.

Annette Wilmes war vom Gericht geladen, um mit ihrer Aussage zu bestätigen, daß ein anderer Angeklagter dieses Prozesses, Heinrich Weyer, mit dem sie in einer Wohngemeinschaft zusammen lebt, zum Zeitpunkt einer Artikelschwärzung Urlaub hatte. Als der Staatsanwalt dann weitere Fragen außerhalb des Beweisthemas stellte, weigerte sich Frau Wilmes, diese Fragen zu beantworten unter Berufung auf § 55 StPO, nach der sie die Aussage verweigern kann, um sich nicht selbst zu belasten. Daß diese Gefahr bestand, ergibt sich daraus, daß gegen Annette Wilmes ein Ermittlungsverfahren in der gleichen Sache anhängig war. Das Gericht verwarf jedoch diesen Grund als unberechtigt, da inzwischen Verjährung eingetreten sei (trotz Anklage nach 129a).

Zwischenzeitlich hatte sich Annette Wilmes mit Gerhard Foß verlobt. Daraus ergibt sich ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 StPO. Und obwohl Annette Wilmes als auch Gerhard Foß bereit waren, das Verlöbnis zu beeiden (§ 56 StPO) verwarf das Gericht einen entsprechenden Antrag Gerhard Foß'. Aus dem Zeitpunkt der Verlobung und der Tatsache, daß auch den Richtern die Verlobungskarten zugesandt worden waren, entnahm das Gericht Indizien dafür, daß ein ernsthaftes Verlöbnis nicht vorläge.

So belegten sie Annette Wilmes bereits am Donnerstag, den 21.9. mit DM 300,– Zwangsgeld.

Und nachdem sie sich auch heute weiterhin weigerte auszusagen, unter Berufung auf ihr Aussageverweigerungsrecht, wurde auf Antrag der Staatsanwälte Feißl und Filipiak die Beugehaft verhängt, obwohl die Verteidigung zuvor auf die offensichtliche Unverhältnismäßigkeit dieser Maßnahme hingewiesen hat: Eine Vollstreckung der Beugehaft sei in keiner Weise dem Wert der zu erwartenden Aussagen für die Wahrheitsfindung angemessen.

Ein weiterer Antrag der Verteidigung auf zeitweise Aussetzung des Verfahrens unter Hinweis auf die psychische Belastung des Angeklagten Foß, dessen Verlobte nun in Haft genommen würde, wurde ebenfalls abgelehnt.

Komitee zur Verteidigung der AGIT-Drucker

Genauere Umstände der medizinischen Versorgung von Angelika Speitel nach ihrer Schußverletzung

Angelika wurde, nachdem sie einen Schußbruch am Oberschenkel erlitten hatte, zunächst in ein nahe gelegenes Krankenhaus gebracht, wo ihr das Projektil operativ entfernt wurde. Der dort behandelnde Arzt empfahl die Weiterbehandlung in einer Spezialklinik, dem berufsgenossenschaftlichen Krankenhaus „Bergmannsheil" in Bochum. Der dort diensttuende Chirurg soll jedoch die Weiterbehandlung mit dem Argument abgelehnt haben, auf der Spezialabteilung sei kein Bett frei. Daraufhin wurde A. offensichtlich in das absolut unzureichende Strafanstaltskrankenhaus „Krümmede" verlegt. Dieses Haus, verantwortlicher Leiter Dr. Schaaf, hat nur eine Innere Abteilung, die Leute haben dort von Unfallchirurgie keine Ahnung — für A. wäre das quasi ein Todesurteil gewesen (nach „WAZ" vom 26.9.78, S. 2). Nachdem wohl auch der Polizeiführung dieses Vorgehen zu riskant erschien, wurde am späten Sonntagabend des 24.9.78 der diensthabende Chirurg des Elisabeth-Hospitals in Bochum in voller Hektik angerufen, er müsse sofort A. stationär aufnehmen. Dieser Arzt wollte das zunächt mit seinem Oberarzt besprechen, da sein Krankenhaus für Schußbrüche, bei denen sich der Knochen entzünden und das Blut durch Bakterien vergiftet werden kann, nicht gerüstet ist. Bevor er das tun konnte, wurde er erneut angerufen und sollte ein sogenanntes Streckenbett in das Knastkrankenhaus schicken (in einem Streckenbett können über ein kompliziertes Rollensystem Gewichte an Knochen angehängt werden, um eine gute Stellung der Bruchenden zu erreichen). Es hätte also absolute Lebensgefahr für A. bedeutet, in dem Knastkrankenhaus zu verschwinden, wo nicht mal der Chefarzt mit einem derartigen Spezialbett umgehen kann.

Der Oberarzt des Elisabeth-Hospitals versuchte, die Verlegung von A. in das „Bergmannsheil" durchzusetzen, da selbst er, ohne damit unbedingt ein fortschrittlicher Menschenfreund zu sein, sein Haus für die Behandlung für zu unzureichend hielt. Der „Kollege" im Bergmannsheil ließ sich jedoch erst zur Behandlung herab, als ihm mit der Einschaltung von Innenminister Hirsch gedroht wurde.

Es liegt auf der Hand, daß hier durch einen ständigen Hin- und Hertransport versucht wurde, Angelika in zusätzliche Lebensgefahr zu bringen, ähnlich wie Karl-Heinz Roth durch ständige Verlegung zwischen den Knastkrankenhäusern Düsseldorf und Bochum zermürbt und gefährdet werden sollte. Das soll natürlich nicht heißen, daß A. nun ausgerechnet im „Bergmannsheil" medizinisch ausreichend versorgt werden kann, wenn sich nicht viele intensiv um sie kümmern. Versuche, sie psychisch und physisch fertigzumachen, gibt es schon genug.

Die „WAZ" wußte zu berichten, daß *„das schärfstens bewachte Bochumer Krankenhaus ‚Bergmannsheil' ... am Montag zum Treffpunkt der Fahnder und Ermittler"* wurde („WAZ', 26.9.), zusätzlich Ermittlungsrichter und Bundesanwalt aus Karlsruhe. Man und frau können sich vorstellen, was dieser „Besucheransturm" für eine Schwerverletzte bedeutet.

Demokratische Anwaltsorganisation in Vorbereitung

Der etablierte „Deutsche Anwaltsverein" (DAV) bekommt *„Gegenwind aus eigenen Reihen"*. Der Hannoveraner Anwalt Dr. Werner Holtfort, der u.a. durch seine öffentliche Kritik am „Kontaktsperregesetz" und durch seinen Protest gegen die kapitalistenfreundlichen Abstimmungen zum Arbeitsrecht auf dem letzten „Deutschen Juristentag" (siehe an anderer Stelle in diesem AK) bekannt wurde, hat jetzt die baldige Gründung einer demokratischen Anwaltsorganisation angekündigt. Dies sei notwendig geworden wegen der *„undemokratischen innerverbandlichen Organisation des DAV"* und dessen *„selbstmörderische Beflissenheit, jedem Abbau von Schutz- und Menschenrechten in staatsanwaltlichen und gerichtlichen Verfahren zuzustimmen"*. Die demokratische Anwaltsorganisation soll sich für den *„Schutz des Staatsbürgers gegen die übermächtige Staatsgewalt"* und für eine *„angstfreie Strafverteidigung"* einsetzen, die heute durch wachsende staatliche Repression wie Verteidigerausschlüsse, Verbot der Mehrfachverteidigung, Kontaktsperregesetz, Trennscheiben in den Gefängnissen, Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Verteidiger und Mandant usw. in immer bedrohlicherem Maße eingeschränkt ist.

Die Gründungsvorbereitungen für die demokratische Anwaltsorganisation werden bereits von rund 300 Anwälten unterstützt. Holtfort rechnet längerfristig mit 3.000 Mitgliedern (der DAV gehören ca. 29.000 Anwälte an): *„Wir werden eine Minderheit bleiben, aber eine qualifizierte; die kritischen und nachdenklichen Anwälte werden bei uns sein."*

Die Gründung einer demokratischen Anwaltsorganisation in der BRD ist längst überfällig. Vergleichbar mit ähnlichen Vereinigungen in anderen westeuropäischen Ländern (z.B. der MAJ und dem Syndicat de la Magistratur in Frankreich und der Haldane Society in England) kann sie zu einem wichtigen Instrument und Bündnispartner im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte im Justizbereich und zur Wachsamkeit gegenüber der polizeistaatlichen Entwicklung in unserem Land werden.

Es ist zu hoffen, daß sich möglichst viele demokratische Juristen in diesem Sinne einer solchen Organisation anschließen werden.
(Zitate nach „Neue Westfälische", 27.9.78)

Ermittlungsverfahren wegen Bücherkauf

Buchhandlungen und Einzelpersonen, die ein in Schweden herausgegebenes Buch mit dokumentarischen Texten der RAF bestellen, werden bepitzelt und mit Ermittlungsverfahren bedroht; ihre bestellten Bücher werden beschlagnahmt. Zu diesem Fall verschärfter Pressezensur und eingeschnürter Informationsfreiheit drucken wir nachstehend einen Auszug aus einer Presseerklärung des betreffenden schwedischen Verlags (Bo Cavefors Bokförlag, Box 1047, S-22104) sowie die Presseerklärung einer Göttinger „Initiative für die Pressefreiheit" ab.

Der Schwedische ‚BOKFÖRLAG BO CAVEFORS' hat im Dezember 1977 das Buch ‚Texte der RAF' in deutscher Sprache verlegt, nachdem Verlage in der BRD und West-Berlin es nach längerer Diskussion abgelehnt haben, das Buch wegen möglicher politischer, juristischer und finanzieller Repressalien in der BRD herauszugeben und zu vertreiben.

Deshalb erfolgt auch der Vertrieb in die BRD über Frankreich und Dänemark aber auch teilweise direkt aus Schweden.

Ab März 1978 sind die meisten der aus Schweden kommenden Sendungen in die BRD und West-Berlin beschlagnahmt worden.

Die Zeit von Dezember 1977 bis Februar 1978 hat offenbar der Staatsschutz dazu genutzt, um den Personenkreis der Leser und Verteiler im BKA-Computer zu erfassen.

Klar wird, daß in allen Fällen, wo Sendungen festgehalten bzw. beschlagnahmt werden, Zoll, Post, Bundeskriminalamt, Bundesanwaltschaft, Bundesgerichtshof in einer ‚konzertierten Aktion' vorgehen; was durch die einheitlichen Beschlüsse der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe auch deutlich wird. Gleichzeitig mit den Beschlüssen wurden jedem Besteller zwei Fragen gestellt:

„1) Haben Sie, gegebenenfalls wann, das an sie abgesandte Exemplar bestellt, gekauft und bezahlt, und können Sie dies belegen?

2) Zu welchem Zweck haben sie das Buch bestellt oder gekauft?

Nach Fristablauf gehe ich davon aus, daß Sie von Ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen und daß sie im übrigen nicht empfangsberechtigt sind und gegebenenfalls auf eine Entschädigung verzichten wollen."

Einige Bezieher wurden sofort mit einem Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen § 88a und 129a bedroht. Durch die Koppelung der beiden Paragraphen wird konstruiert, daß eine Auseinandersetzung gleichzeitig mit einer politischen Organisierung verbunden ist.

Auszug aus § 88a:
Wer eine Schrift die sich gegen den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik einsetzt, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt, herstellt, bezieht, liefert, anbietet, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

Auszug aus § 129a:
Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck darauf gerichtet ist, Mord, Totschlag, oder Völkermord zu begehen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

Die Konstruktionen gehen noch weiter und werden immer halsbrecherischer dadurch, daß die Beschlagnahmungen mit den Ermittlungsverfahren gegen die seit Oktober 77 bzw. August 77 verhafteten Rechtsanwälte: Arndt Müller und Armin Newerla direkt verbunden werden.

Die von der Beschlagnahme Betroffenen wie jeder an den „Texten" Interessierte, sollen vom Kampf um die Freigabe des Buches ausgeschlossen werden dadurch, daß das Verfahren nicht um die Texte selbst geht, also seinen Inhalt, sondern zum Verfahren gegen Arndt Müller und Armin Newerla gemacht und somit personalisiert wird.

Eine Auseinandersetzung mit der Politik der RAF fehlt und wird verhindert, weshalb auch bisher die Reaktion auf die Beschlagnahme in bürgerlichen wie linken Zeitungen gleich null war. Seit Jahren herrscht eine beispiellose Hetze und Vorurteile ohne genaue Kenntnis der Politik der RAF.

In diesem Buch sind alle wichtigen Erklärungen und Analysen der RAF zusammengafaßt. Deshalb haben Betroffene aus verschiedenen Städten sich zusammengetan, um Öffentlichkeit herzustellen, um der zunehmenden Unterdrückung jeglicher Opposition und freier Meinungsäußerung durch die Staatsgewalt entgegenzutreten und ihren politischen Zusammenhang aufzuzeigen.

Für unser eigenes Verhältnis zu diesem Staat, der politischen Situation in der BRD, ist die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF unverzichtbar. Auf der alternativen Gegenbuchmesse in Frankfurt vom 16. bis 22. Oktober erscheint eine ausführliche Dokumentation über den politischen Hintergrund.

Initiative für die Pressefreiheit

Kontaktadresse:
Buchladen Rote Straße
s/w „Texte"
Rote Straße 10 , 3400 Göttingen

„...Seit der Erscheinung im Dezember 1977 bis zum Februar 1978 ist der Vertrieb an die Buchhändler in der BRD reibungslos und ohne polizeiliches Eingreifen abgelaufen. Doch seit März 1978 sind eine Anzahl polizeilicher Maßnahmen gegen Buchhandlungen, welche die „Texte der RAF" auf ihre Bestelliste hatten, vorgekommen. Exemplare dieses Buches sind auf Beschluß des Generalbundesanwalts in Karlsruhe in Städten wie Berlin, Göttingen, Essen und Hamburg beschlagnahmt worden.

Als Herausgeber der Dokumentation „Texte der RAF" erachten wir es als wichtig, Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Polizei nur Beschlagnahmen bei den sogenannten linken Buchhandlungen vollzieht, nicht jedoch bei allgemeinen Buchhandlungen oder bei privaten Käufern wie der Hochschulbibliothek der Bundeswehr oder dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten...."

Werner Hoppes Zustand unvermindert ernst

Dem Antrag auf Haftverschonung hat das Gericht noch immer nicht stattgegeben, obwohl das nach vorliegenden Informationen das einzige ist, was Werners Zustand entscheidend verbessern kann, und bisher alles dafür spricht, daß allein die Dauer und Umstände der Haft dazu geführt haben.

Nachdem Werner zunächst intravenös ernährt worden war, hatte er einige Pfunde zugenommen. Wie sich herausstellte, jedoch meist Wasser. (Er hatte Wasser in den Beinen bekommen). Die intravenöse Ernährung wurde abgesetzt und Werner versuchte wieder, sich normal zu ernähren, wobei die Gewichtszunahme wieder zurückging. Trotz seiner Entlassung aus dem Knast in ein normales Krankenhaus — allerdings unter schärfster Bewachung — hat sich sein Zustand nur wenig verbessert. Er leidet nach wie vor unter Appetitlosigkeit – an einer psychisch bedingten Magersucht. Seine Konzentrationsschwäche ist so schlimm, daß er morgens ca. zwei Stunden braucht, um sich zu orientieren. Er kann grundsätzlich nur eine Sache zur Zeit machen und braucht ungefähr eine Stunde, um eine Scheibe Fleisch zu essen

Werner Hoppe ist lebensbedrohlich erkrankt!
Werner Hoppe muß freigelassen werden!

Wurden „Volksschädlinge" unschädlich gemacht?

Mit einer Beschwerde hat sich der Frankfurter Rechtsanwalt K.H. Weidenhammer gegen die Einstellungsverfügung im Ermittlungsverfahren wegen des Todes von Jan-Carl Raspe gewandt.

Weidenhammer vertritt die Mutter von Raspe, der am 18.10.77 zusammen mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin nach staatlicher Version im Stammheimer Knast mit einer eingeschmuggelten Pistole »Selbstmord« begangen haben soll.

In der Beschwerde wird bezweifelt, daß *»Ermittlungstätigkeiten, insbesondere Spuren aufgenommen worden sind, die eine strafrechtlich relevante Beteiligung Dritter am Tode von Jan-Carl Raspe ausschließen.«*

Bemängelt wird in der Beschwerde, daß Hinweise von den drei Genossen vor ihrem Tod wie auch eine Verwertung von Mitteilungen der Angehörigen wie der damaligen Verteidiger nicht erfolgt ist.

Aussagen des Gerichtsmediziners Holczabek, die dieser als Gutachter vor den beauftragten Ermittlungsbehörden gemacht habe, seien nicht berücksichtigt.

Angeführt wird eine Meldung des »Spiegel« 44/77, nach der »eine kleine Gruppe hoher Beamter« einen Plan durchgespielt haben soll, nachdem die Genossen exekutiert werden sollten.

Weidenhammer wies auf eine Meldung der »Bild« vom 29.5.72 hin, nach der Ministerpräsident Filbinger in Hinblick auf die Zukunft der Stammheimer Gefangenen geäußert hatte, daß *»diese Kriminellen ... im Interesse unserer Gesellschaft rasch unschädlich gemacht werden«* müßten. Bereits in ersten Aufsätzen hatte Hitlers furchtbarer Jurist Filbinger propagiert *»Volksschädlinge werden unschädlich gemacht«*.

Die Linie zu den Filbingerschen Todesurteilen ist unverkennbar. Weidenhammer regte an, Filbinger als »sach- und fach-kundigen Zeugen« zu vernehmen

KB/ Gruppe Frankfurt

Haag/Mayer/Schmitz: Prozeßbeginn mit Mißhandlungen

Am 25.9. begann in Stammheim ein neuer „Terroristen-Prozeß'. Verhandelt wird gegen Siegfried Haag, Roland Mayer und Sabine Schmitz. Den Vorsitz beim 5. Strafsenat des OLG Stuttgart führt der „erfahrene" Wolfgang Fischer, der erst kürzlich Günther Sonnenberg und Verena Becker zu lebenslanger Haft verurteilt hatte.

Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, die sogenannte „Haag-Mayer-Bande". Haag und Mayer sind als „Rädelsführer", Sabine Schmitz ist als Beteiligte angeklagt.

Siegfried Haag wird vor allem vorgeworfen, den Überfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm vorbereitet zu haben (Mittäterschaft an gemeinschaftlichem Mord mit Geiselnahme und versuchter Nötigung der BRD).

Siegfried Haag soll bei seiner Verhaftung weiterhin Pläne für die später erfolgten Anschläge gegen Buback, Ponto und Schleyer bei sich gehabt haben. Diese Pläne seien dann nach Verhaftung des „Kopfes der Bande" unkoordiniert von den verbliebenen Mitgliedern durchgeführt worden.

Zu Beginn des Prozesses gab es gleich Ärger an mehreren Punkten. Einerseits mußten sich die Verteidiger darüber beklagen, daß die Verteidigerakten durchgeschnüffelt wurden („aus Sicherheitsgründen", damit sie keine Waffen einschmuggeln!).

Desweiteren verweigerte Richter Fischer den Tonbandmitschnitt der Ausführungen der Angeklagten und der Verteidigung. Der Antrag entsprang einem Schutzbedürfnis der Verteidigung, daß man ihr nämlich nicht die einmal gemachten Äußerungen im Mund herumdrehen kann. Ein Protokoll der gesamten Verhandlung lehnte das Gericht ebenfalls ab, wobei es behauptete, die Aussagen von Belastungszeugen könnten sich dann auf dem Umweg über die Verteidiger „sonstwo" wiederfinden. Man kann daraus schließen, daß öffentlich nicht nachvollzogen werden darf, wie in diesem Prozeß die „Wahrheitsfindung" abläuft.

Roland Mayer verprügelt

Die größte Provokation leisteten sich die „Sicherheitskräfte" aber nach den Gesprächen der Angeklagten mit ihren Verteidigern. Diese Gespräche finden mittels Trennscheibe statt, bieten also nicht die geringste Möglichkeit der körperlichen Berührung oder des unkontrollierten Austausches von irgendwelchen Gegenständen. Trotzdem wurden die Angeklagten nach den Gesprächen vollständig umgezogen und durchsucht. Da reicht der Begriff „Schikane" bei weitem nicht mehr aus! Verständlich, daß diese „Zwangsmaßnahmen" den Betroffenen die nackte Wut hochkommen ließ und sie sich sträubten und wehrten. Dabei wurde Roland Mayer verprügelt. Er kam am zweiten Verhandlungstag mit verbundenem Arm und geschwollenem Gesicht in den Gerichtssaal! Das Gericht gab dem Antrag auf Unterbrechung statt, damit Roland von einem Arzt auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht werden konnte.

KURZMELDUNG

Frankenthal: Stefan Wisniewski wurde am vergangenen Mittwoch zu acht Monaten Knast verurteilt wegen Angriff auf den Ermittlungsrichter. Stefan Wisniewski war am 11. Mai auf dem Pariser Flughafen festgenommen und sofort in die BRD abgeschoben worden. Nach ihm wurde wegen angeblicher Beteiligung an der Lorenz-Entführung gefahndet. Bei Eröffnung des Haftbefehls hatte er den Ermittlungsrichter angesprungen und „beleidigt". Dieses Verfahren war vom eigentlichen Prozeß abgetrennt worden. Die Verhandlung wurde gleich nach Beginn wieder unterbrochen: Die Verteidiger hatten beantragt, die „Sicherheitsmaßnahmen" zu lockern, da dadurch die Prozeßöffentlichkeit behindert werde. Wahrscheinlich wurde ihr Antrag abgeschmettert, denn letzten Informationen zufolge nahmen sie später nicht mehr teil, um diesem „faschistischen" Verfahren (zitiert nach „Süddeutsche Zeitung", 28.9.) nicht den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu verleihen.

Spenden

Nachdem wir im letzten AK von zwei Spenden zur Unterstützung unserer Prozesse gegen Ziesel/ „Deutschland-Stiftung e.V." berichten konnten (einmal 100 DM und einmal 1.000 DM), hat sich eine weitere Spende bei uns eingefunden. Diesmal DM 50,– von P. aus Hamburg.
Vielen Dank!

ÖTV verteidigt Chemische Keule im Knast

... wegen der *„Sicherheit des Beamten"* und wegen *„einer Humanisierung in möglichst vielen Bereichen des unmittelbaren Zwanges"*, wie es der ÖTV-Geschäftsführer Rudi Schnabel aus Neumünster ausdrückt.

(Wie in AK 138 berichtet, war der Einsatz der Chemischen Keule im schleswig-holsteinischen Strafvollzug nach Schließung der „Text-Werkstatt" in der JVA Neumünster bekannt geworden. Gefangene sprechen von bisher drei Fällen – allein seit April '78).

Chemische Keule – Errungenschaft des humanen Strafvollzugs?!

Nach Auffassung des sauberen Herrn Schnabel ist die Chemische Keule *„das zur Zeit einzige Mittel, um einen Angreifer ohne Anwendung von Gewalt* (!) *unter Kontrolle zu bringen."*

Und weiter – ganz im Stil seines berüchtigten Gewerkschaftskollegen und „Atomfilz" Hans Schwalbach –: *„Durch oft unsachgemäße und stark übertriebene Berichterstattung in der Presse, insbesondere seit den Brokdorf-Einsätzen, wird die Wirkung der Chemischen Keule stark überschätzt."*

Na also, alles halb so schlimm und wohl nur von „Berufsdemonstranten hochgespielt. Denn – so Rudi Schnabel – *„alle drei betroffenen Angreifer* (?) *seien nur für sehr kurze Zeit und auch nur bedingt angriffsunfähig gewesen. Von irgendwelchen Schäden an Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit könne keine Rede sein."* Natürlich nicht, das Wundermittel Chemische Keule machts möglich!

Selbst die geringste Kritik an den Giftgaseinsätzen weist der ÖTV-Geschäftsführer als *„naiv und von geringer Sachkenntnis"* zurück.

Die Äußerungen des Dekans des Fachbereichs Rechtswissenschaften an der Uni Kiel, Prof. Samson, daß *„randalierende Gefangene früher doch auch durch Anwendung körperlicher Mittel zur Ruhe gebracht werden konnten"* kontert Schnabel mit dem Hinweis, daß diese Äußerungen geeignet seien, *„den bisher erreichten humaneren* (!) *Strafvollzug um Jahre zurückzuwerfen"* (Zitate bislang nach „Kieler Nachrichten", 13.9.78).

Das ist doch wohl der Gipfel – statt Schlagstock und Fäusten, nun die „Alternative" Chemische Keule als humanen Strafvollzug auszugeben!

Aber, wie heißt es doch im „Holsteinischen Courier" vom 22.9. anläßlich der Verleihung des Verdienstkreuzes am Band für den ÖTV-Geschäftsführer Rudi Schnabel: *„Seine Uneigennützigkeit und sein beispielhaftes Pflichtbewußtsein, getragen von hohem Verantwortungsgefühl, ließen ihn immer dort tätig werden, wo es darum ging, Menschen zu hel-*
ließen ihn immer dort tätig werden, wo es darum ging, Menschen zu hel-
fen."

Allein seine Äußerungen zur Chemischen Keule strafen dieser Lobhudelei Lügen. Doch das oben Geschilderte ist bei weitem nicht die einzige Schnabelei, sprich Sauerei:

Schon 1976: Gefangene üben Kritik an den Gewerkschaften!

Schon im Jahre 1976 wußte der „uneigennützige" und „pflichtbewußte" Schnabel mit den Gefangenen umzuspringen.

Die Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Neumünster hatten die Gewerkschaften dahingehend kritisiert, daß von ihnen *„keinerlei Anstaltsbetreuung ausgehe, obgleich zahlreiche Gefangene gewerkschaftlich organisiert seien und vor der Haft jahrelang Beiträge gezahlt hätten"* („HC", 15.10.76).

Auch haben es die Gewerkschaften nicht verstanden, *„bei der Festschreibung der Arbeitsbedingungen für das neue Strafvollzugsgesetz auch nur annähernd annehmbare Bedingungen vorzuschlagen"* (ebenda).

ÖTV-Geschäftsführer Rudi Schnabel, der zugleich auch Vorsitzender des vom Justizministerium einberufenen Anstaltsbeirates war – und immer noch ist – wies die Kritik zurück.

Er stufte die Aktionen der Gefangenen als *„polemische Operationen"* ein, *„mit denen man den Gefangenen einen sehr schlechten Dienst erwiesen habe. Da Strafgefangene aus dem Arbeitsvertragsrecht herausgenommen seien, könnten die Gewerkschaften kaum Einfluß ausüben. Die Gewerkschaft sei im übrigen kein Ersatzfürsorger"* („HC", 15.10.76).

Aber was die Verteidigung des Justizministeriums beim Einsatz der Chemischen Keule angeht, da läßt der Schnabel sich nicht lumpen und leistet gerne Hilfestellung!

Ein Genosse aus Neumünster

Hamburg wieder vorn: Berufsverbote werden effektiviert

Hamburg lockert den Extremistenbeschluß - das ist die einheitliche Propagandaaussage der bürgerlichen Presse zur „Neuregelung" des Radikalenerlasses durch den Hamburger Senat. Glauben soll dabei gemacht werden, daß es hierbei tatsächlich um „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis geht, daß der Kritik nachgegeben wird und daß es in Zukunft w e n i g e r Berufsverbote geben wird. Der rechtssozialdemokratische Bürgermeister Klose, in der Partei sogar als Juso-Fresser bekannt, äußerte sogar: *„Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als daß ich 200.000 junge Menschen verunsichere"* („Hamburger Morgenpost", 27.9.78).

Daß diese „entscheidende " Wende in der Frage des Radikalenerlasses ausgerechnet aus der rechtssozialdemokratischen Hochburg der SPD, aus dem Erfinderland dieses Erlasses, kommen soll, ist schon allein sehr überraschend und sollten jeden Demokraten veranlassen, die „neuen Vorschläge" sehr genau zu untersuchen.



Weniger Überprüfungen - weniger Überwachung?

„Gegen pauschale Überprüfungen" meldete schon am 22. 9. die „Zeit". Die „FR" konkretisiert dies dahingehend: *„Ausgangspunkt der geplanten Einstellpraxis ist die ‚positive Vermutung', daß ein Bewerber auf dem Boden der Verfassung steht. Eine pauschale Überprüfung der Verfassungstreue aller Bewerber findet deshalb nicht mehr statt"* (27.9.).

Bisher mußte die Einstellungsbehörde über jeden Bewerber mit einem Formblatt beim Verfassungsschutz anfragen, ob „Erkenntnisse" vorlägen, unabhängig davon, ob der Einstellungsbehörde Informationen bekannt waren. Nach der neuen Regelung sollen der *„Grund für die Überprüfung eines Bewerbers ... nur noch Informationen der Einstellungsbehörde über mögliche mangelnde Verfas-*
der Einstellungsbehörde über mögliche mangelnde Verfas-
sungstreue des Bewerbers sein" (ebenda).

Gehen wir einmal davon aus, daß dies in der Praxis tatsächlich eingehalten wird (was bei der rechtsbrechenden Praxis der westdeutschen Behörden nicht selbstverständlich ist), wird es in Zukunft weniger Anfragen beim Verfassungsschutz geben. Doch das besagt wenig, denn auch bisher ist der weitaus größte Teil der Anfragen vom VS mit dem Vermerk „keine Erkenntnisse" zurückgeschickt worden.

Anfragen sollen jetzt „nur" noch gestellt werden, wenn der Bewerber in seiner bisherigen Dienstzeit (z.B. Vorbereitungsdienst als Lehrer) a u f g e f a l l e n ist. Damit die Einstellungsbehörde (z.B. bei Lehrern die Schulbehörde) hiervon Kenntnis erhält, muß das politische Verhalten von zukünftigen Lehrern also Bestandteil der Berichte von Schulleitern, Seminarleitern usw. an die Behörde sein.

Damit wird jedoch die Überwachung nicht eingeengt, sondern a u s g e w e i t e t. Es wird der Teil zur Überwachung eingesetzt, der die Tätigkeit seiner Bewerber am genauesten beobachten kann.

Weiterhin soll „nur" *„aktives Handeln gegen die Verfassung ... Ermittlungen rechtfertigen"* (ebenda). Auch diese scheinbare Eingrenzung der Überprüfungskriterien ist nichts weiter als Augenwischerei, wenn man sich einmal ins Gedächtnis ruft, was in der Vergangenheit von Behörden und Gerichten alles als „verfassungsfeindliches Handeln" erkannt worden ist: angefangen bei der Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen" Partei, über die Zusammenarbeit mit Kommunisten, die angebliche Unterstützung selbiger durch Teilnahme an ihren Veranstaltungen bis hin zur Kritik an Behörden und Staatsorganen.

Gerade Hamburg hat in diesem Sinne neue Fakten geschaffen: zum einen das Berufsverbot für Karl-Heinz Kuke, dem nicht einmal Mitgliedschaft in einer oder Unterstützung einer kommunistischen Organisation vorgeworfen wird, sondern lediglich seine grundsätzliche Kritik am herrschenden System in seiner Funktion als Verantwortlicher einer Referendarzeitung (siehe AK 138) und zum anderen das Berufsverbot für Sabine D., der mangelnde Zusammenarbeit mit der Schulleitung zur Last gelegt wird (siehe Artikel in diesem AK).

Diese und alle anderen Anzeichen der vergangenen Monate deuten darauf hin, daß die Grenzen der „Verfassungstreue" e n g e r gezogen werden. Das wiederum bedeutet, daß es in Zukunft m e h r Ermittlungen mit dem direkten Ziel der Entlassung oder der Nichteinstellung geben wird. W e n i g e r Überwachung wird es nach dieser Regelung keinesfalls geben. Dem eigentlichen Grund, die p a u s c h a l e Nachfrage beim Verfassungsschutz einzustellen, kommt man wohl durch folgen-
p a u s c h a l e Nachfrage beim Verfassungsschutz einzustellen,
de Aussage Kloses näher: *„Klose sagte, daß er sich von einer Neuregelung ... eine Entlastung der Verfassungsschutzämter erhoffe, die durch die bisherige Regelung in ihren eigentlichen Aufgaben nachhaltig behindert würden"* („FAZ", 27.9.). D.h., der Verfassungsschutz soll sich mehr der Überwachung zuwenden und seine Zeit nicht durch bürokratischen Schreibkram vertun, der nur in wenigen Fällen tatsächlich „von Nutzen" war.

Zentralisierung der Berufsverbote

Eine weitere Neuregelung besagt, daß das *„Ersuchen, in einem solchen Fall den Bewerber vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen ... nur der fachlich zuständige Senator oder sein Staatsrat stellen"* darf („Welt", 26.9.). Offensichtlich soll hiermit der Eindruck erweckt werden, daß damit w e n i g e r Überprüfungen und Berufsverbote angeordnet werden. Worauf sollte sich dies jedoch stützen? Etwa auf eine Vermutung, daß die höchsten Staatsbürokraten l i b e r a l e r handeln als niedriger gestellte? Das wäre wohl die größte Illusion, die sich gemacht werden könnte. Denn beschlossen wurden die Berufsverbote auf höchster Ebene. Die gesamte Bürokratie war immer nur Ausführungsorgan. Wenn jetzt die Entscheidung über Berufsverbote in die alleinige Verfügungsgewalt des Senators (vergleichbar den Länderregierungen) gezogen werden soll, so ist auch hiervon eine politische Verschärfung zu erwarten. Festzustellen ist, daß sich untere Bürokraten sehr eng an die Frage der Mitgliedschaft geklammert haben (ein Grund dafür, daß die DKP die meisten Berufsverboteopfer zu verzeichnen hat), während von der SPD-Führung in den vergangenen Wochen massiv die Frage des Verhaltens der Lehrer insgesamt in die Debatte geworfen wurde. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag Koschnicks zu verstehen, die Probezeit auf zehn Jahre auszuweiten.

Gerade wenn von sozialdemokratischen Politikern betont wird, daß die Mitgliedschaft a l l e i n nicht zum Berufsverbot führen soll, sondern daß das „aktive Verhalten gegen die Verfassung" und das „konkrete Verhalten am Arbeitsplatz" („FAZ", 27.9.) stärker berücksichtigt werden soll, so deutet auch dies auf eine A u s w e i t u n g der Berufsverbote hin. Auch diejenigen, die n i c h t Mitglied in einer „verfassungswidrigen Partei" sind (vielleicht eben nur, weil sie die Gefahr erkannt haben), sollen sich nicht mehr sicher fühlen können. **Um diese politische Verschärfung der Auslegung der „Verfassungstreue" durchzusetzen, müssen erneut z e n t r a l die Weichen gestellt werden.**

Viel Gerede, um Nebel zu verbreiten

Während die sozialliberale Presse die Hamburger Regelung als „Lockerung" und „Entschärfung" feiert, mit der *„dem allgemeinen Unbehagen gegenüber den angeblichen ‚Berufsverboten' Rechnung"* getragen wird (Conrad Ahlers in der „Hamburger Morgenpost", 28.9.) prophezeit die Springerpresse „Freie Bahn für Staatsfeinde". Nur einmal hat es seit Verabschiedung des Radikalenerlasses eine derart breite Pressekampagne gegeben wie augenblicklich. Und zwar 1976, als Wlly Brandt, durch die internationale Kampagne angetrieben, von einem „Irrtum" sprach und „Besserung" gelobte. Damals mußte die demokratische Bewegung die bittere Erfahrung machen, daß in der Folgezeit nicht etwa w e n i g e r Berufsverbote ausgesprochen wurden, sondern daß im Gegenteil die politischen Kriterien weiter verschärft wurden. Hieran muß erinnert werden, wenn heute wiederum Illusionen geschürt werden, daß die Berufsverbotepraxis eingeengt werden soll.

Wenn heute diese Debatte wiederum entfacht wird, so vor allem, weil in großen Teilen der Jugend das von Conrad Ahlers genannte „Unbehagen" gegenüber dieser Gesellschaft gewachsen ist. Hieraus jedoch den Schluß zu ziehen, daß die Sozialdemokratie ihre Praxis ändern würde, wäre ein Trugschluß.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Kampagne gegen die Remilitarisierung Anfang der 50er Jahre, an deren Spitze sich die SPD stellte, um letzlich doch dem Aufbau der Bundeswehr zuzustimmen (und heute durchaus „respektable" Kriegsminister stellt); an die Kampagne gegen die Atombewaffnung, gegen die die SPD ebenso vehement „kämpfte", um heute gerade das Gegenteil zu fordern; an dieAntinotstandskampagne, an den Kampf gegen den § 218 usw. usw. In all diesen Bewegungen hat es die SPD verstanden, den Protest aufzunehmen, um letztlich doch den Interessen des westdeutschen Imperialismus zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn heute von der SPD der Protest gegen die Berufsverbote aufgenommen wird, so mit dem Ziel, diesen zu kanalisieren und damit abzuschwächen. Die angezettelte Debatte dient somit dem Ziel, den demokratischen Kräften die SPD als Interessenvertreter zu verkaufen, um im Nebel dieses Geredes den Abbau der demokratischen Rechte weiter voranzutreiben. Oder wie ist es zu verstehen, wenn ausgerechnet zum Zeitpunkt dieser Debatte vom Westberliner SPD/FDP-Senat ein SEW-Mitglied nach zehnjähriger Beamtenzeit allein aufgrund seiner SEW-Mitgliedschaft entlassen wird?

Von keinem der führenden SPD-Politiker ist in der Debatte
Von keinem der führenden SPD-Politiker ist in der Debatte
der Begriff der „Verfassungstreue" in Frage gestellt worden. Weiterhin sollen Bewerber daraufhin überprüft und überwacht werden. Weiterhin bleibt die politische Gesinnung Kriterium für die Einstellung in den Öffentlichen Dienst. Wer das liberal nennen kann, muß schon ein sehr verdrehtes Verhältnis zur Demokratie haben.

Vor diesem Hintergrund erfüllt die gesamte hochgeputschte Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD keinen anderen Zweck, als den Kritikern der Berufsverbote vorzugaukeln, es gäbe tatsächlich zwischen diesen beiden Parteien eine Wahl für sie, als sei die SPD die Partei der demokratischen Interessen in diesem Land. Die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen tausendfach das Gegenteil.

Scharfer Linksdrall im Senat:

In Hamburg können Kommunisten Lehrer werden

● Klose sagte zur Begründung: Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als daß ich 200 000 junge Menschen verunsichere ● CDU-Chef Echternach: Verantwortungslos gegenüber den Kindern! Verstoß gegen das Beamtenrecht

aus "BILD"-Hamburg

Vorbeugeurteil sichert Berufsverbot

Westberlin: Der Disziplinarsenat des OVG entschied am 12.9., daß der Lehrer Hans Apel aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden solle, weil er aktives SEW-Mitglied ist. *„Der bloße Tatbestand des Habens einer Überzeugung, der nach der Rechtsprechung des BVG keine Verletzung der Treuepflicht darstellt, ist nach Ansicht des Disziplinarsenates des OVG durch diese Aktivitäten [siehe unten] überschritten, denn Apel habe aus seiner Überzeugung Folgerungen für seine politischen Aktivitäten gezogen. Da die SEW eine verfassungswidrige Partei sei, habe Apel gegen die Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes verstoßen"* („Tagesspiegel", 13.9.78).

Der Lehrer Hans Apel, der seit zehn Jahren Beamter auf Lebenszeit ist, hatte auf dem vierten Parteitag der SEW eine Rede gehalten, für den Kreisvorstand Charlottenburg der SEW kandidiert und war Delegierter für den fünften Parteitag der SEW.

In einem vom Bezirksamt Charlottenburg einberufenen ersten Verfahren hatte die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichtes Westberlin die SEW zwar als eine Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen bezeichnet, dem Lehrer A. jedoch einen *„entschuldbaren Verbotsirrtum"* zugebilligt und ihn damit im öffentlichen Dienst belassen; denn A., *„der sich im Dienst korrekt verhalten und seine Schüler nicht agitiert hatte, sei (nach einer dienstlichen Beurteilung) ein pflichtbewußter Lehrer, der stets bereit sei, über das eigentliche Arbeitspensum hinaus für die Schule tätig zu werden"* („Tsp", 13.9.78).

Der Disziplinarsenat des OVG hob nun dieses Urteil auf und schloß sich damit der Argumentation des Schulsenats an, Apel *„stehe in einem unauflösbaren Konflikt, wenn er zugleich aktives Mitglied in einer verfassungsfeindlichen Partei sei. Diese Pflichtenkollision sei der Anlaß zu dem Disziplinarverfahren gewesen und könne nur durch die Entfernung des Lehrers A. aus dem öffentlichen Dienst gelöst werden"* („Tsp", 13.9.)

Nach Ansicht von Schulsenator W. Rasch (FDP) hat das Urteil des OVG eine bisher bestehende Rechtsunsicherheit beendet (!!): „Wir werden jetzt zwar nicht in den Schulen nach entsprechenden Lehrern schnüffeln, doch wenn ein vom Gericht in unsicherheit beendet (!!): „Wir werden jetzt zwar nicht in den Schulen nach entsprechenden Lehrern schnüffeln, doch wenn ein vom Gericht in der Urteilsbegründung aufgezeigtes Verhalten von Lehrern bekannt wird, werde er sich die notwendigen Schritte vorbehalten" („Tsp", 16.9.).

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Klaus-Peter Wolf, kritisierte das OVG-Urteil, denn es stehe im „völligen Gegensatz" zu den Bemühungen Willy Brandts um eine „weitreichende Liberalisierung der Berufsverbotepraxis". Gerade weil das OVG sich nicht an nachprüfbaren Tatsachen orientiert habe, sondern ein künftiges Fehlverhalten vermutete, muß nach Ansicht der Jusos von einem „VORBEUGE-URTEIL" gesprochen werden, das „einem QUASI-VERBOT der SEW" gleiche. („Tsp", 16.9.)

Der Kreisvorstand der Kreuzberger SPD forderte von den SPD-Senatsmitgliedern, für eine Abmilderung des Urteils zu sorgen.

In einer Erklärung des Landesvorstandes der FDP, bei der sich der Schulsenator Rasch der Stimme enthielt, wird bedauert, daß durch das Urteil eine *„Verschärfung der Auseinandersetzung um die Behandlung sogenannter Radikaler im öffentlichen Dienst"* entstanden sei. Die FDP werde sich deshalb weiterhin (?!) entschieden für eine grundlegende Liberalisierung der gegenwärtigen Praxis und der Beschränkung der Überprüfung im sicherheitsempfindlichen Bereich einsetzen.

Weitere ähnliche Stellungnahmen kamen von der Internationalen Liga für Menschenrechte, Sektion Westberlin, die auch für eine Tätigkeit außerhalb des Beamtenverhältnisses plädierte.

Dagegen relativ schwache Stellungnahmen kamen von der SEW, die sich nicht einmal an der Demonstration der Schüler und der GEW Westberlin beteiligte. Anscheinend sah die SEW in dem Urteil hauptsächlich (?) eine Behinderung ihrer Wahlbeteiligung: *„Ein halbes Jahr vor der Wahlen will man durch Behinderung und Diskriminierung der SEW die Artikulierung einer wirklichen Alternative, einer an Arbeiterinteressen orientierten Wahlprogrammatik in eine verfassungsfeindliche Ecke abdrängen"* (Flugblatt SEW-Hochschulgruppe FU).

Auch die GEW im DGB sah sich nicht in der Lage, die Demonstration zu unterstützen.

Die GEW im DGB bzw. der Vorsitzende H. Stange kritisierte, daß die Behörde dem Lehrer Apel unterstellen würde, daß er in Zukunft in eine unauflösbare Pflichtenkollision kommen könnte, das Urteil könnte ein Meilenstein auf dem Weg einer politisch motivierten „Säuberung" des öffentlichen Dienstes werden. Außerdem entdeckte H. Stange in dem ganzen Verfahren des OVG einen Formfehler, denn A. sei Schwerbeschädigter und es seien die dafür entsprechenden Stellen nicht angehört worden („Tsp", 26.9.)

An der von den Schülern der Pommernschule durchgeführten Demonstration beteiligten sich rund 1500 Personen, lediglich die GEW Berlin unterstützte die Schüler. Vorausgegangen war der Demonstration ein Schulstreik, an dem sich 300 von 420 Schülern beteiligten; etwa 100 von ihnen gingen auch zu einem benachbarten Gymnasium, um dort weitere Solidaritätsaktionen in Gang zu bringen. („Tsp", 15.9.)

Eine bemerkenswerte Stellungnahme gab die „KPD" in einem Flugblatt zum Fall Apel ab: *„Dieses Urteil ist ein Schritt zu einem Vorverbot politischer Organisationen, die von der herrschenden Klasse als „verfassungsfeindlich" angesehen werden."* Und: *„Wir sind gegen j e d e s Berufsverbot, weil Berufsverbote eine staatliche Maßnahme der herrschenden Klasse darstellen, die Kritik und Widerstand gegen ihre Herrschaft unterdrücken soll."*

KB/Gruppe Westberlin

Vorbeuge-Urteil

Allein aufgrund seiner „aktiven" Mitgliedschaft in der SEW wurde der Lehrer und stellvertretende Schulleiter Hans Apel, seit 10 Jahren Beamter auf Lebenszeit, vom Westberliner Oberverwaltungsgericht mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entfernt. Obwohl dem Lehrer keinerlei Vorwürfe bezüglich seines dienstlichen Verhaltens gemacht wurden, ihm sogar besonders hohe pädagogische Qualifikationen, auch in den offiziellen dienstlichen Beurteilungen, bescheinigt werden, konstruierte das Gericht einen m

einen m ö g l i c h e n „Interessenkonflikt" zwischen seiner Mitgliedschaft in der SEW und seinen Pflich- einen m ö g l i c h e n „Interessenkonflikt" zwischen seiner Mitgliedschaft in der SEW und seinen Pflich- ten als Lehrer und Beamter f ü r d i e Z u k u n f t.

Zu Recht haben die Westberliner Jusos dieses, auf künftiges Fehlverhalten spekulierende Urteil als „Vorbeuge-Urteil" gekennzeichnet.

Vorausgegangen war diesem letztinstanzlichen Urteil — Verfassungsbeschwerde ist wegen des Westberlin-Status nicht möglich — ein Freispruch Apels in erster Instanz. Die Berufung gegen diesen Freispruch hat Schulsenator Walter Rasch, FDP, zu verantworten, dem zu dem skandalösen Urteil denn auch nichts besseres einfiel als die lapidare Feststellung, damit sei eine „Rechtsunsicherheit" beseitigt!

fiel als die lapidare Feststellung, damit sei eine „Rechtsunsicherheit" beseitigt!



Aus unserem Abnormitätenkabinett: Die Arme der Gerechtigkeit. Die deutsche Justitia ist ein Musterbeispiel für stark entwickelte Linkshändigkeit

Schöne Worte, schlimme Taten

Während von einigen SPD-Landesregierungen unterstützt durch eine breite Pressekampagne der Eindruck erweckt wird, als wolle man die pauschale Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst „lockern" (so z.B. in Hamburg), werden in anderen Bundesländern schon neue Tatsachen in Richtung auf eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis geschaffen:

Für die Verwaltungsbehörde des bayrischen Regierungsbezirks Schwaben ist selbst die Ansicht des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Zeit des Vorbereitungsdienstes besonders geeignet sei, die Verfassungstreue eines Bewerbers zu beurteilen, nur noch Makulatur. Dies zeigt sich am Fall der Lehrerin Christina L.-A.. Ihr wird vom Regierungspräsidium zwar bescheinigt, daß sie während ihres dreijährigen Vorbereitungsdienstes ihre „Treuepflicht" nicht verletzt habe. Diese Tatsache ist jedoch für die bayrische Verwaltungsbehörde nur dann von Bedeutung, *„wenn der Bewerber völlig unvoreingenommen und ohne Kenntnis darüber, daß aufgrund seiner bisherigen politischen Aktivitäten Zweifel an seiner Verfassungstreue im Raum stehen könnten, seine Vorbereireitungsdienst abgeleistet hat."*

Darüber hinaus wird Christina L.-A. von der Behörde vorgeworfen, daß sie in der „Augsburger Initiative gegen Berufsverbote" mitarbeite und daß sie sich an einer Podiumsdiskussion der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) beteiligt habe. Solche Argumente reichen dem Regierungspräsidium, um ihr eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis zu verweigern.

Dabei hatte Christina L.-A. schon ihre Einstellung in den Vorbereitungsdienst über mehrere Verwaltungsgerichtsinstanzen gegen den Willen der Behörde durchsetzen müssen. Damals war ihr die Kandidatur für die „Demokratische Front" an der Uni München Anfang der 70er Jahre zum Verhängnis geworden, denn diese Liste wurde auch von Kommunisten unterstützt.

Ein so politisch „vorbelasteter" Mensch ist für die bayrische Behörde während seines Vorbereitungsdienstes natürlich nicht mehr „völlig unvoreingenommen". (Wen wunderts) Und für einen solchen Menschen, der angesichts der politischen Wirklichkeit in der BRD seine „Unvoreingenommenheit" verloren hat, können natürlich Gerichtsurteile keine Gültigkeit haben. Für diese „Sorte Mensch" muß wohl ein besonderes „bayrisches Landrecht" nach dem Zuschnitt der Behörde her.

Die hier geschilderten Vorgänge machen deutlich, wie das Spiel mit verteilten Rollen um die „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis ausgehen kann:

Die SPD/FDP redet von „Lockerung" und die CDU/CSU schafft neue Fakten. Dann macht man einen schönen Kompromiß, der bestenfalls alles beim Alten läßt, und die Sozialliberalen haben wieder einmal „das Schlimmste verhindert".

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU inszeniert Skandal um Grolle

Hamburg: Nur weil der neue Hamburger Schulsenator Grolle die Öffentlichkeitsarbeit der Schülerkammer e i n m a l nicht (wie bei seinem Vorgänger Apel mehrfach geschehen) zensiert hat, hat jetzt die CDU einen großangelegten Skandal inszeniert, der – wie in solchen Fällen üblich – seinen Gang aus den Redaktionsstuben von Springers „Welt" bis in die Bürgerscahaft gegangen ist.

Die Schülerkammer hatte in ihrem Flugblatt gefordert, *„der Praxis von Tausenden Überprüfungen, Anhörungen und Berufsverboten endlich ein* Die Schülerkammer hatte in ihrem Flugblatt gefordert, „der Praxis von Tausenden Überprüfungen, Anhörungen und Berufsverboten endlich ein *Ende zu setzen"*, über das gegen die Kollegin Mayer-Hauth eingeleitete Berufsverbot informiert und eine Unterschriftenaktion gestartet.

Nun hat die Schülerkammer die Pflicht, über schulbezogene Fragen zu informieren und die Behörde ist verpflichtet, diese Öffentlichkeitsarbeit zu finanzieren, aber das scherte die CDUler wenig: *„Zähneknirschend"*, schrieb die „Welt", mußten die Beamten der Schulbehörde zusehen, wie *„ihnen in den Schulen die diffamierende Propagandaformel von den ‚Berufsverboten' um die Ohren gehauen wird, und das von aufgeregten Pennälern"*. Weiter hieß es, Grolle würde die eigene Behörde in die Pfanne hauen und verletzte gröblich seine Amtspflichten.

Es kennzeichnet das Demokratieverständnis der CDU, daß hier ein Senator kritisiert und der Fall bis vor die Bürgerschaft gezerrt wird, nur weil dieser sich an die Bestimmungen des Schulgesetzes gehalten hat, das ja der Schülerkammer eine Kritik an Entscheidungen der Behörde (noch) nicht verbietet.

Nun paßte der ganze ‚Skandal' Grolle und der SPD gut in das Liberalisierungstheater, das gegenwärtig in Hamburg zur Frage der Berufs- Nun paßte der ganze ‚Skandal' Grolle und der SPD gut in das Liberalisierungstheater, das gegenwärtig in Hamburg zur Frage der Berufs- verbote aufgeführt wird. Schließlich hätte eine nüchterne Ankündigung des SPD-Senats, daß man in Zukunft auf die r o u t i n e m ä s s i g e Anfrage bei a l l e n Bewerbern im Öffentlichen Dienst beim Verfassungsschutz verzichten wolle, um die Verfassungsschutzämter zu entlasten, das Image der SPD allein nicht sonderlich gebessert. Und so wird aus einer Selbstverständlichkeit für die SPD ein angeblicher Beweis für ihren Eintritt für Freiheit und „Rechtsstaatlichkeit".

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Erste Opfer der SPD-Kampagne

Kannten wir den Westberliner „extradienst" bisher gerade in der Frage der Berufsverbote als durchaus realistische Zeitung, überraschte er uns jetzt mit einem gewagten Sprung ins Land der Träume. In einem ersten Kommentar zur Hamburger Neuregelung heißt es unter dem in der Überschrift noch fragenden Satz: *„Keine Berufsverbote mehr in Hamburg?"* dann jedoch: „In Hamburg gibt es erste Anzeichen dafür, daß der SPD-Senat von der Praxis der Berufsverbote herunter will und den Schönwetterreden jetzt doch Taten folgen läßt." Belegt wird dies damit, daß in Hamburg seit den Wahlen (die allerdings erst drei Monate her sind) *„keine neuen Berufsverbote mehr eingeleitet"* worden seien. Nun allein das stimmt schon nicht, denn im Fall von Sabine D. wurde das Berufsverbot erst nach den Sommerferien eingeleitet (siehe diesen AK), was dem „ed" zu seiner Entschuldigung aber nicht unbedingt bekannt sein muß. Weiterhin wurde auch ganz „vergessen", daß entgegen den Versprechen auch nicht alle laufenden Verfahren eingestellt wurden (siehe hierzu den Fall Karl-Heinz Kuke, in dem das Verfahren noch läuft). Lediglich in zwei Fällen wurden die Verfahren eingestellt; in beiden Fällen geht es um Disziplinarverfahren gegen schon auf Lebenszeit verbeamtete Lehrer, denen die Mitgliedschaft in der DKP zur Last gelegt wird. Doch noch ein weiterer Beweis wird für die These aufgestellt. Die Lehrerin Elke L. habe einen Vergleich mit der Behörde erreicht. Aber ob da man nicht zu früh gejubelt wird, denn der Teufel liegt hierbei mit Sicherheit im Detail, sprich was im „ed" verschämt nur in Klammern erwähnt wird: Nämlich, daß die Lehrerin sich nochmals einer Anhörung unterziehen soll.

Was wollen die Hamburger Berufsverbieter wohl von einer Lehrerin noch wissen, die sie seit fünf Jahren in der Mangel haben? Es wäre jedenfalls nicht das erste Mal, daß bei einer solchen Anhörung von ihr die Abschwörung von der DKP gefordert wird (siehe Bahn und Post).

Noch stärkerer Tobak ist von Gerhard Schröder, Juso-Bundesvorsitzender, zu hören. In der Null-Nummer der „Neuen" (Tageszeitungsprojekt des „ed") kann man tatsächlich lesen: „Man kann davon ausgehen, daß die Vorstöße der SPD-Spitze kein Theaterdonner sind. Die Bedrohung der politischen Demokratie durch Berufsverbote ist mehr und mehr erkannt worden (von wem? Anm. AK). Die Bereitschaft, dagegen zu arbeiten, wächst (bei wem? Anm. AK). Sie ist ehrlich gemeint, also kein taktischer Winkelzug mit Rücksicht auf bevorstehende Landtagswahlen".

Da muß sich Gerhard Schröder doch fragen lassen, woher er den Glauben nimmt, daß es professionelle Demokratiezerstörer wie Schmidt plötzlich „ehrlich" meinen. Albern wird es, wenn Schröder zu den Koschnick-Vorschlägen die klassische Frage „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück?" stellt, um darauf zu antworten: *„Wohl nicht! Es ist festzustellen, daß die Abschaffung der Überprüfungspraxis eine wichtige Forderung ist, die von den Jungsozialisten immer erhoben wurde. Sie wird aufgegriffen. Das ist ein Teilerfolg."* Irgendwas scheint er da in den falschen Hals bekommen zu haben: N i c h t d i e Ü b e r p r ü f u n g der Gesinnung soll abgeschafft werden, sondern lediglich die pauschale A n f r a g e beim Verfassungsschutz. Überprüft und überwacht wird weiterhin, und zwar nicht w e n i g e r sondern m e h r , wenn der VS durch diese Neuregelung erstmal wieder zu seinen „eigentlichen Aufgaben" (Klose) kommt.

Den ersten scheint der Blick schon arg vernebelt worden zu sein. Wir können nur raten: Seht euch die Praxis an, bevor ihr zur nächsten Lobhudelei der SPD anhebt. Anderenfalls kann man nur zu dem Schluß kommen, ihr stellt euer Interesse, die SPD zu tätscheln, vor die Interessen der demokratischen Bewegung.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Erstes Berufsverbot unter Senator Grolle

„Alle laufenden Extremisten-Verfahren sind, wie gestern in der SPD-Zentrale bekannt wurde, bis zur Neuregelung der Einstellungspraxis zurückgestellt worden" („HA" vom 26.9.78).

Schauen wir jedoch den hohen Herren, wie schon Lenin riet, nicht aufs Maul, sondern auf die Finger, dann entblößt sich alles als ein grosser Betrug.

Zum 30.9.78 wurde Sabine D. aus dem Schuldienst entlassen. Ihr Kündigungsschreiben erhielt sie in den Sommerferien, und das Kündigungsverfahren wurde vor dem Arbeitsgericht im Eiltempo durchgezogen. Am 28.9.78 entschied das Hamburger Arbeitsgericht, daß die Kündigung rechtens sei. Dieses Verfahren läuft unter der vollen Verantwortung von Senator Grolle und zeigt, daß die SPD in keiner Weise vorhat, die Praxis zu liberalisieren.

Vorgeworfen wird Sabine D. u.a. das Verteilen eines KBW-Flugblattes, Störung des Betriebsfriedens und mangelnde Dienstloyalität.

Die mangelnde Dienstloyalität bewies Sabine D. laut Vorwurf der Behörde dadurch, daß sie Schüler und Eltern über ihre Kündigung informierte und dazu einen Elternabend veranstalten wollte. Den Betriebsfrieden störte sie, indem sie gewerkschaftlich aktiv wurde. Sabine D. ist Vertrauensfrau und Schulkreissprecherin der GEW. In einem detaillierten Tagebuch, das der Schulleiter über die „Aktionen der Kollegin in der Schule" anlegte und das er der Behörde zuschickte, heißt es am 27.4.78 u.a.: *„Frau D. beruft die GEW-Kollegen für Freitag, den 28.4.78, zu einer Dienststellenkonferenz nach dem Unterricht ein, mit dem Thema ihres Entlassungsverfahrens".* Ihre Kollegen hatten in der Folge einen Brief an den GEW-Landesvorstand mit der Bitte um solidarische Unterstützung geschrieben und ein Schreiben an den Personalrat geschickt, indem sie um nähere Informationen über das Kündigungsverfahren bitten. Beide Briefe befinden sich jetzt zusammen mit dem Denunziantenbericht des Schulleiters in der Gerichtsakte, als Beleg der Störung des Betriebsfriedens.

In dem Kündigungsverfahren ging es dann auch nicht mehr hauptsächlich um die Vorwürfe im Zusammenhang mit der Flugblattverteilung, sondern um die angebliche Verletzung der Loyalitätspflicht und des Betriebsfriedens.

Hier wird also schon jetzt die angekündigte verschärfte Dienstaufsicht praktiziert, die durch die Denunziationen des Schulleiters (übrigens Mitglied der Alternative und der SPD) glänzend durchgesetzt werden konnte.

Dieser Fall zeigt erneut, Hamburg läßt sich nicht abschlagen,
– Hamburger Sozialdemokraten immer vorn.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



Militarismus Antimilitarismus



DFG/VK — Bundeskongreß 1978

Unter dem Motto „Aktiv für den Frieden, Für Kriegsdienstverweigerung, Demokratie und Abrüstung" fand am 16./17.9. der zweite Bundeskongress der DFG/VK nach der Vereinigung der beiden Verbände „Deutsche Friedensgesellschaft/IDK" und „Vereinigte Kriegsdienstgegner" (VK) statt. Anwesend waren ca. 600 Delegierte und Beobachter; die ca. 20.000 Mitglieder des Verbandes wurden durch ungefähr 200 abstimmungsberechtigte Delegierte vertreten. Der Kongreß fand statt zu einem Zeitpunkt, an dem kontroverse Standpunkte innerhalb des Verbandes offensichtlich geworden waren, die sich im wesentlichen auf folgende Themen bezogen: Einschätzung der „Abrüstungsverhandlungen", Verhältnis zu den Staaten des „realen Sozialismus", Unterstützung des Russell-Tribunals, Verhältnis zur SOdZDL (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) sowie die Frage der innerverbandlichen Demokratie und Diskussion (siehe hierzu ausführlicher AK 123, 124, 126 und 129). Eigentlich selbstverständlich, daß die wesentliche Diskussion auf dem Kongreß diese grundsätzlichen Fragen des antimilitaristischen Kampfes hätte behandeln müssen. Hierzu kam es allerdings kaum: endlose Geschäftsordnungsdebatten, haufenweise Abstimmungen über formale Fragen ließen von Anfang an nur sehr wenig Raum für die inhaltliche Diskussion der vorliegenden 85 inhaltlichen Anträge.

Darüberhinaus aber wurden einige gute Ansatzpunkte für eine inhaltliche Diskussion sehr schnell durch oberflächliche Antworten einiger Bundesvorstandsmitglieder und Geschäftsordnungsparagraphen vom Tisch gewischt. Lebhaft wurde es nur, als von einigen DFG-Gruppen massive demagogische Angriffe gegen

Geschäftsordnungsparagraphen vom Tisch gewischt. Lebhaft wurde es nur, als von einigen DFG-Gruppen massive demagogische Angriffe gegen

die beiden oppositionellen BV-Mitglieder W. Trachtmann und E.M. Bannach gefahren wurden; zu einer Verbesserung der inhaltlichen Diskussion trug dies jedoch nicht bei, da das Ziel vor allem darin lag, sie vor dem Verband lächerlich und unglaubwürdig zu machen und für den Rausschmiß aus dem Vorstand reif zu machen.

Außer der Neuwahl des Bundesvorstandes konnte nur über eine wichtige Frage, den Leitantrag zum Zivildienst, abgestimmt werden; alle anderen Anträge wurden vertagt und sollen auf einer erweiterten Bundesausschußsitzung Ende des Jahres diskutiert und verabschiedet werden. Einige Aussagen über die künftige DFG/VK-Politik lassen sich bereits jetzt anhand der vorgelegten Anträge und der Auseinandersetzung auf dem Bundeskongreß machen: die Bundesvorstands-Mehrheit versucht in wesentlichen Fragen die Verbandspolitik stärker als bisher auf eine eindeutige DKP-dominierte Linie festzuschreiben. (Dies wird besonders offensichtlich an dem vom Bundesvorstand vorgelegten Leitfaden zur Abrüstungsfrage). Im Bereich der Zivildienstarbeit tritt die Zusammenarbeit und Stärkung der SOdZDL von Seiten der DFG/VK immer stärker in den Hintergrund zugunsten einer e i g e n e n Zivildienstarbeit; schließlich wird auch personell versucht, die Minderheitsfraktion aus wichtigen Positionen und Gremien immer weiter herauszudrängen.

Diejenigen Gruppen und Kräfte, die eine zur Bundesvorstandsmehrheit oppositionelle Politik vertreten, wurden in ihrer Einflußmöglichkeit auf den Gesamtverband geschwächt; die Gefahr einer Spaltung ist nach diesem Kongreß größer als vorher, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder sich durch die dort gefaßten Beschlüsse und den neugewählten Bundesvorstand nicht mehr repräsentiert sieht.

Rede des Bundesvorsitzenden Mannhardt: „Kaum Inhalte, nur Schlagworte, Mangel an inhaltlicher Substanz!"

Zu einer ersten Kontroverse kam es nach der Rede des Bundesvorsitzenden: einige DFG/VK-Gruppen aus Baden-Württemberg formulierten grundsätzliche Kritik an der augenblicklichen Verbandspolitik: 1. Ein Grundprinzip der DFG/VK, die Ablehnung von Aufrüstung überall in der Welt (wie es in der Grundsatzerklärung verankert ist), würde in der konkreten Arbeit immer mehr angekratzt, z.B. durch die Billigung der Aufrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten als „Mittel zur Friedenssicherung".

2. Die noch vorhandene Pluralität im Verband werde nicht zu einer lebendigen innerverbandlichen Auseinandersetzung genutzt, z.B, in der „Zivilcourage". Vielmehr würden Diskussionsansätze eher untergebuttert.

3. Ein „unpolitischer Pazifismus" würde immer mehr verfestigt.

4. Schließlich sei das Problem der großem Mitgliederfluktuation nicht so simpel zu erklären wie Mannhardt es versucht habe. (Er hatte das Problem, daß neben etwa 3.000 neuen Mitgliedern, die gewonnen werden konnten, ungefähr ebensoviele die DFG/VK wieder verlassen hatten, mit einem mangelnden Bewußtsein in den Gruppen über die Notwendigkeit der Mitgliederwerbung erklärt und als Lösung eine Mitgliederwerbekampagne vorgeschlagen.)

Die Baden-Württemberger stellten hierzu fest, daß die Mitgliederentwicklung in keinem Verhältnis zur steigenden Zahl der Kriegsdienstverweigerer stehe; im Gegensatz zu Mannhardt vertraten sie die These, daß wesentlich die politische Linie des Verbandes, die mangelnde politische Substanz, und die fehlende innerverbandliche Demokratie viele Menschen davon abhalten würde, Mitglied zu werden.

Die folgende Auseinandersetzung kennzeichnet exemplarisch das politische Niveau und das Klima des gesam-

würde, Mitglied zu werden.

Die folgende Auseinandersetzung kennzeichnet exemplarisch das politische Niveau und das Klima des gesam-

ten Kongresses. Anstatt die wichtige Frage der Mitgliederfluktuation wie auch die anderen Kritikpunkte ernsthaft und fundiert zu diskutieren, wurden die „Kritiker" aus Baden-Württemberg angeschossen: sie würden das politisch schlechte Klima in der BRD, den vorherrschenden Antikommunismus, die Angst vor Repression, welches die Ursachen für die Schwierigkeiten innerhalb der DFG/VK seien, dem Bundesvorstand in die Schuhe schieben wollen; sie wollten aus „Opportunität" gegenüber den herrschenden reaktionären Kräften die Kritik an den „sozialistischen Staaten" verschärfen. Bezeichnend ist hierzu der Kommentar in der DKP-nahen „DVZ": „*Zum anderen wurde jedoch von einigen Kräften im Verband auch versucht, Debatten auszulösen, die der Dringlichkeit einer nach vorne gerichteten offensiven Verbandsarbeit objektiv nicht entsprechen. Daß solche Diskussionen Leuten in die Hände spielen würden, die sich sonst bestenfalls halbherzig für die Interessen der Kriegsdienstverweigerer und die Abrüstung einsetzen, mag der Bericht des hessischen DFG/VK-Vorsitzenden Tobias Thomas belegen. Auf die Frage eines Verbandsmitglieds, ob die Einstellung der DFG/VK zu den sozialistischen Ländern nicht der Opportunität entspräche, entgegnete er: 'Mir hat ein Bundestagsabgeordneter im privaten Gespräch gesagt 'Wir würden euch ja gern mehr unterstützen, wenn ihr ein bißchen mehr gegen die da drüben einträtet, in Presseerklärungen und so', darauf einzugehen, genau das wäre opportunistisch!*" („DVZ", 21.9.78).

Dies ist die Art der Auseinandersetzung, die seit jeher von der DKP praktiziert wird: Kritikern wird zunächst einmal global unterstellt, daß sie kein ernsthaftes Interesse am anitmilitaristischen Kampf haben; dann wird eine oberflächlich scheinbar gleiche Stellungnahme von reaktionären Kräften herangezogen, um den Eindruck zu erwecken, daß die Kritiker doch eher auf der „anderen Seite der Barrikade" angesiedelt sind, und schon ist man geschickt einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen!

Offensive gegen die oppositionellen BV-Mitglieder!

Eine solche Taktik, die jeden Kritiker pauschal als „unglaubwürdig und unehrlich" diffamiert, erleichterte es gewissen Kräften, nun von sich aus einen Gegenangriff gegen die Opposition innerhalb des Verbandes zu starten. Daß sich dieser Angriff in erster Linie gegen Wilfried Twachtmann (Referat Jugendpolitik) und Eva-Maria Bannach-Epple (Referat Friedensforschung) richtete, erklärt sich aus den bisherigen Auseinandersetzungen innerhalb der DFG/VK: beide waren, als Mitglieder des Bundesvorstandes, bisher die profiliertesten Vertreter einer politischen Linie, die sich in wesentlichen Fragen gegen die Vorstandsmehrheit richtete. Als Vertreter dieser Linie waren sie auf dem letzten Bundeskongreß auch in den BV gewählt worden — Eva-Maria Bannach nach einer „Befragung", die bei einigen DFG/VK-Mitgliedern düstere Erinnerungen an Berufsverbot-Verhöre wachgerufen hatte! Beide hatten in ihrem Rechenschaftsbericht neben ihrer Referatsarbeit auch ihre Tätigkeit als „DFG/VK-Opposition" dargelegt.

So schreibt Wilfried Twachtmann in seinem Bericht über den Plan, eine neue Zeitschrift mit dem Titel „Mehr Zivilcourage" herauszubringen: „*Die Probleme der Dritten Welt, des ökologischen Zersetzungsprozesses und der notwendigen Kritik des expandierenden Industrialismus, sowie das Fehlen einer Kapitalismuskritik aus pazifistischer Sicht ist in der DFG/VK-Zivilcourage durch die Redaktion bisher nicht entsprechend der Wichtigkeit aufgenommen worden. Unsere Initiative* (gemeinsam mit E.M.Bannach, Anm. AK) *sollte hier ein konstruktiver Ansatz sein.*" Wegen dieses Ver-

tive (gemeinsam mit E.M.Bannach, Anm. AK) *sollte hier ein konstruktiver Ansatz sein.*" Wegen dieses Ver-

suches waren beide zum Rücktritt aufgefordert worden. Weiterhin betont Twachtmann die Notwendigkeit des Russell-Tribunals auch für politisch verfolgte Kriegsdienstverweigerer und kritisiert, daß sich die DFG/VK bei der Diskussion um das Russell-Tribunal „*scheinbar davon leiten*" ließ, „*welche Organisationen das Russell-Tribunal unterstützt und welche nicht. Das widerspricht m.E. dem Prinzip der Unabhängigkeit.*" Außerdem hebt er seine Unterstützung der SOdZDL hervor und wehrt sich gegen den Vorwurf der „*Fraktionsbildung*" wegen der Unterstützung der Initiative „Sozialisten in der DFG/VK". „*Unterbindet man Kritik und Gruppenbildung, führt dies zu Resignation der politisch interessierten Mitglieder... Das sollte ein Organisationsprinzip sein, das Artikulationsrecht der Minderheiten*". Auch Eva-Maria Bannach hebt in ihrem Rechenschaftsbericht neben der „referatsspezifischen" Arbeit insbesondere ihre Unterstützung des Russell-Tribunals hervor.

Es war — bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen im Verband und im Vorstand — eigentlich zu erwarten, daß diese Positionen schärfsten Angriffen ausgesetzt sein werden. Tatsächlich wurde in einer Art gegen Twachtmann und Bannach zu Felde gezogen, die mit solidarischer Auseinandersetzung oder Kritik nicht im entferntesten etwas zu tun hatte. Beiden wurde vorgeworfen, sie hätten in ihrer zweijährigen Vorstandstätigkeit n i c h t s für den Verband und die Friedensarbeit geleistet; „belegt" wurde dies mit Beschlüssen, die angeblich nicht eingehalten worden seien; anstelle sich um ihre Referate zu kümmern, hätten sie den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf „referatsübergreifende" Tätigkeiten gelegt und damit ihren Ressorts — Jugendarbeit und Friedensforschung — mehr Schaden als Nutzen zugefügt. Der Bundesvorstand, so wurde argumentiert, sei kein „politisches Proporzgremium", wie Twachtmann und Bannach anscheinend meinen würden, sondern ein Arbeitsgremium, wo die anliegende Arbeit bewältigt werden müsse.

Die absurden Anschuldigungen, z.B. E.M. Bannach habe keine Zensur im Westberliner Verband ausgeübt und keine „pluralistische" Friedensforschung betrieben, wurde soweit gesteigert, daß beiden nahegelegt wurde, von sich aus zurückzutreten. Ein Delegierter (DKP-Mitglied natürlich) verstieg sich sogar zu der Behauptung, ihm sei ein unbesetztes Referat „Jugendpolitik" lieber, als daß Twachtmann es weiterführt. Danach wird nur allzu deutlich, daß es ausschließlich um Diffamierung und Ausschaltung politisch unbequemer Kritiker ging.

Ulli Thiel — bisher Mitglied des Bundesvorstands aus Baden-Württemberg — sprach den Konflikt offen an: man solle sich nichts vormachen, im Vorstand gebe es eine Minderheits- und eine Mehrheitsposition. Twachtmann und Bannach seien die stärksten Vertreter der Minderheitsposition, wobei er selbst sich in den meisten Positionen zu dieser Fraktion zähle. Es ginge dabei um die stärkere Betonung des Pazifismus, der stärkeren Gewichtung von gewaltfreien Aktionen, sowie der Ausweitung der beschränkten Bündnispolitik — wie etwa beim Russell-Tribunal. Die Vorwürfe gegen Twachtmann und Bannach seien nur vorgeschoben, wegen der Referatsarbeit könnte man einer ganzen Reihe von Vorstandsmitgliedern ähnliche Vorwürfe machen. Thiel sah die Gefahr der Spaltung, „wenn sich der Bundesvorstand immer einig" sei, wenn im Vorstand bestimmte Positionen des Verbandes nicht mehr vertreten seien. Er charakterisierte schließlich die Angriffe gegen die beiden BV-Mitglieder als eindeutigen Versuch, die Minderheitsposition herauszudrängen. Er selbst trat ebenfalls von seinem Vorstandsposten zurück.

„Abrüstung" und „Bündnispolitik" — in der DFG/VK weiter heftig umstritten!

Auch wenn es den oppositionellen Kräften insgesamt nicht gelang, in der Auseinandersetzung um die Arbeit der beiden Vorstandsmitglieder ihre Positionen deutlich zu machen, so gab es — trotz allem Mangel an inhaltlicher Diskussion — einige Ansätze, wo kontroverse Standpunkte formuliert wurden.



Zum 1. September erschien die „diskofo", Zeitung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden mit neuer Konzeption. Schwerpunkt bildet anläßlich des Antikriegstags ein Artikel zur Wiederaufrüstung der BRD. Eine Reihe von antimilitaristischen Artikeln und zur Lage der Zivildienstleistenden und über die Arbeit der SO machen die Zeitung insbesondere für fortschrittliche Jugendliche lesenswert.
Zu beziehen über:
Hennar Schmude , Schoppenshofstr. 22, 8500 Nürnberg
Kosten 1,– DM + Porto

Bubenzer (Referat „Kontakte zu anderen Organisationen") wurde nach den Standpunkten gefragt, die die DFG/VK bei den Weltjugendfestspielen in Havanna vertreten hatte; konkret ging es darum, inwieweit die DFG/VK dort die demokratische Initiative zu Bahro und Hübner unterstützt habe und die Problematik des inhaftierten Kriegsdienstverweigerers Hübner angesprochen habe. Bubenzer wußte darauf eine wirklich überzeugende Antwort: angesichts der Vielzahl der dort anwesenden Befreiungsbewegungen schien es den DFG/VK-Vertretern nicht angemessen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in jedem Land zu fordern; außerdem habe man es nicht für sinnvoll gehalten, das Freundschaftstreffen mit der FDJ an einer Frage wie Hübner oder Bahro platzen zu lassen! Noch deutlicher wurde dieses taktische Verhältnis zu den demokratischen Rechten bei der Forderung, der DFG/VK-Bundesvorstand müsse nach den Schlägereien

auf der KOFAZ-Demonstration letztes Jahr in München und dieses Jahr in Nürnberg endlich an diesem Vorgehen scharf Kritik äußern und stärker als bisher die Positionen und Forderungen der DFG/VK in das Bündnis einbringen: das einzige, was den Vorstandsmitgliedern hierzu einfiel, war, daß die DFG/VK doch im KOFAZ mitarbeiten könne und auch auf jeder Kundgebung ein Vertreter der DFG/VK habe sprechen können — und dies sei schließlich das entscheidende!

Zu seinem Standpunkt zur Unterstützung der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals wurde Bubenzer leider nicht befragt!

Auch an den „Abrüstungsreferenten", Rolf Breuch, gab es eine ganze Reihe kritischer Fragen. An der bisherigen Arbeit wurde kritisiert, daß zuwenig die verschiedenen Positionen innerhalb des Verbandes deutlich geworden seien. Es würde, gerade in dieser Frage, kein pluralistisches Bild der Meinungsvielfalt dargestellt. Insbesondere sei in der Arbeit von Breuch die Kritik an der Aufrüstung des Warschauer Pakts nicht aufgetaucht.

In diesem Zusammenhang wurde auch scharf angegriffen, daß die Diskussionsergebnisse des Vorbereitungsseminars für diesen Bundeskongreß im vorliegenden Leitantrag zur Abrüstung vom Bundesvorstand überhaupt nicht berücksichtigt worden waren. Dies scheint eine übliche Praxis innerhalb der DFG/VK zu sein: auf Seminaren dürfen sich die Oppositionellen gerne einmal „austoben"; dies hat aber keinerlei Einfluß auf die Ergebnisse dieser Seminare — veröffentlicht wird in aller Regel die Position der Bundesvorstandsmehrheit. Von daher war es schon fast eine kleine Sensation, daß für die in den nächsten zwei Jahren geplante Programmdiskussion beschlossen wurde, daß hierbei Minderheitenpositionen berücksichtigt werden sollen! Wie weit es aber her ist mit dem Demokratieverständnis, zeigte das Abstimmungsergebnis: dieser Antrag wurde mit 100 zu 98 ganz knapp angenommen!

Wahl des Bundesvorstands: Die Opposition ist geschwächt!

Die Opposition ist geschwächt!

Zur Wahl des Bundesvorstands

Zur Wahl des Bundesvorstands kandidierten die alten BV-Mitglieder, mit zwei Ausnahmen: Ulli Thiel ließ sich nicht mehr aufstellen, in erster Linie, wie er sagte, wegen der Verpflichtungen im Landesverband Baden-Württemberg und aufgrund familiärer Belastungen; er bestätigte allerdings auch, daß es eine sehr ermüdende Arbeit sei, im Bundesvorstand ständig gegen eine feste Mehrheitsfraktion kämpfen zu müssen! Leider entschloß sich auch Wilfried Twachtmann nach den massiven Angriffen gegen seine Arbeit, nicht ein weiteres Mal zu kandidieren und trat zurück.

Die Kandidatenbefragung verlief hauptsächlich formal und inhaltsleer — von kaum einem Kandidaten wurde verlangt, die Konzeption für seine weitere Referatsarbeit überhaupt vorzustellen! Nur Eva-Maria Bannach mußte sich die unverschämte Frage gefallen lassen, ob ihre Kandidatur denn überhaupt vom Westberliner Landesverband befürwortet würde — bei keinem anderen BV-Mitglied wurde dies überhaupt in Frage gestellt! Gewählt wurden schließlich — außer den alteingesessenen Vorstandsmitgliedern — für Ulli Thiel Heinrich Häberlein (dessen Stimme sich die Vorstandsmehrheit absolut sicher sein kann und der in „seiner" DFG/VK-Gruppe Nürnberg vollständig isoliert ist!) und für Twachtmann Joachim Sensebusch aus NRW.

Neu besetzt wurde auch das Referat „Bildung und Schulung" mit Helmut Erwer aus Bonn. Schließlich wurde noch ein neues Referat „Kommunikation und Information" geschaffen mit dem Ziel, die innerverbandliche Auseinandersetzung und Diskussion zu fördern, z.B. durch die Herausgabe eines DFG/VK-intern. Auf diesen Posten wurde Gregor Witt, einer der Regionalsprecher der SOdZDL West und DKP-Mitglied gehievt. Eva-Maria Bannach, die wohl einzige Oppositionelle im neuen Bundesvorstand, wurde mit knapper Mehrheit wiedergewählt — unverschämterweise stimmten fast alle BV-Mitglieder gegen sie! Geradezu zynisch der Kommentar der „DVZ" zu ihrer Wiederwahl: „*Der Verband muß seine Position bestimmen und verteidigen. Die Probleme widerspiegelten sich auch in den Wahlen des neuen Bundesvorstandes. So gab es um die Bundesreferenten einzelner Bereiche rege Auseinandersetzungen, etwa im Bereich Abrüstung, in der Jugendarbeit... und Friedensforschung, den Eva-Maria Bannach-Epple aus Westberlin weiterführen will, obwohl ihr die Mehrheit der Delegierten nicht ihre Stimme gaben; die bevorstehende Amtsperiode wird erweisen, ob dort nun konstruktive, sachbezogene Arbeit geleistet wird.*" („DVZ", 21.9.78). So ganz nach dem Motto: lieber wäre es uns natürlich gewesen, wenn sie jetzt auch schon gekippt worden wäre; nun müssen es die nächsten zwei Jahre erweisen, ob sie kleinzukriegen ist oder ob sie dann abgeschossen werden muß.

Es muß Eva-Maria Bannach hoch angerechnet werden, daß sie trotz der massiven Angriffe gegen ihre Person und ihre Arbeit den Mut besaß, wieder zu kandidieren — denn es war bei dieser Konstellation klar, daß sie als Einzelkämpferin im neuen Bundesvorstand wird streiten müssen!

Die inhaltliche Arbeit des Kongresses: der „pluralistische" Verband soll auf DKP-Linie festgelegt werden!

Abgesehen vom generellen Mangel des Kongresses, bei der Erarbeitung und Diskussion inhaltlicher Fragen gab es zwei interessante Punkte, an denen deutlich wurde, in welche Richtung die Mehrheit des Verbandes in Zukunft gehen will. Mit großer Mehrheit wurde zunächst der Leitantrag zur KDV- und Zivildienstarbeit verabschiedet. Dieser Leitantrag war auf der Grundlage einer Diskussion auf einem bundesweiten Vorbereitungsseminar vom Bundesvorstand vorgelegt worden.

Zwei Dinge sind hieran besonders interessant: zum einen die Einschätzung des Zivildienstes nach der Verabschiedung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, zum anderen die Definition des Verhältnisses zur SOdZDL! Erstaunlich ist zunächst, daß sich die Einschätzung der Entwicklung des Zivildienstes eindeutig in Richtung „Realismus" verschoben hat. Im Antrag ist die Rede vom „*Strafcharakter des Dienstes*", von der „*Abhängigkeit des Zivildienstes von militärischen Interessen*". Der Zivildienst sei in ein „*umfassendes militärisches Sicherheitskonzept*" eingeordnet und ein „*Wurmfortsatz militärischer Politik*". Das sind deutliche Annäherungen an die Positionen, wie sie mehrheitlich in der SOdZDL vertreten werden. Die SO hatte ihre Aktionen gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hauptsächlich unter die Parolen gestellt: Weg mit dem Gewissens-TÜV, gegen Kasernie-

desverfassungsgerichts hauptsächlich unter die Parolen gestellt: Weg mit dem Gewissens-TÜV, gegen Kasernie-

rung und Arbeitsdienst. Demgegenüber war die DFG/VK mit der Hauptparole für „einen sinnvollen Friedensdienst" angetreten und hatte diese Differenz sogar zu einem Hindernis für gemeinsame Aktionen mit der SOdZDL erklärt, ohne jemals erklären zu können, was eigentlich „Friedensdienst" sei. Gerade durch das BVG-Urteil war deutlich gemacht worden, daß der Kriegsdienstverweigerer ebenso wie der Soldat zum Kriegsdienst herangezogen werden könne, mit dem einzigen Unterschied, daß ein KDV'ler keine Waffe in die Hand nehmen muß. Ansonsten müsse - so das BVG - der Zivildienst praktisch zu einer „lästigen Alternative" gegenüber dem Militärdienst entwickelt werden, damit nicht aus „Bequemlichkeit" verweigert würde. Angesichts dieser Entwicklung war mit der Parole vom „sinnvollen Friedensdienst" kaum noch Boden zu gewinnen, das hatte die DFG/VK auch handfest zu spüren bekommen.

In diesem Sinne erklärt es die DFG/VK jetzt auch zu ihren Aufgaben, Totalverweigerer zu unterstützen, was sie bisher scharf abgelehnt hatte. Doch durch die Hintertür werden die Illusionen wieder eingeführt.

Jetzt wird die Parole eines „*sinnvollen Zivildienstes*" für „*durchsetzbar*" erklärt. Da wird angesichts drohender Kasernierung von „*Ausbaumöglichkeiten zur Schaffung einer friedenspolitisch relevanten Alternative*" phantasiert. Angesetzt wird dabei an der Tatsache, daß Zivildienstleistende nach wie vor im Sozialbereich tätig sind, und dies von Konservativen (natürlich auch von der SPD, muß man hinzufügen) angegriffen wird. Selbstverständlich müssen die Zivildienstleistenden gegen jede Verschlechterung ihrer Lage ankämpfen, das hat aber nichts mit Illusionen zu tun, daß die Kriegsdienstgegner „*mittels des Zivildienstes eine ökonomisch relevante sozialpolitische 'Waffe' in die Hand bekommen*" könnten oder der Zivildienst gar ein „*eigenständiges Arbeitsfeld*" erhalten könnte, das „*von Kriegsdienstgegnerorganisationen und Gewerkschaften kontrolliert*" werden könnte.

Angesichts der Tatsache, daß der Zivildienst praktisch als Nebenzweig des Militärdienstes behandelt wird, mit entsprechenden Disziplinierungsmöglichkeiten und aktuell deren Verschärfung festgeschrieben worden ist, sind Mitbestimmungsvorstellungen reichlich abgehobene Phantastereien. Das läuft letztlich darauf hinaus, den Zivildienst doch so zu akzeptieren, indem man denkbare aber völlig unrealistische Möglichkeiten für einen „sinnvollen Zivildienst" an die Wand malt. In neuem Gewande ist das ein neuer Aufguß des „Friedensdienstes", den man bisher propagiert hatte.

Der Zivildienstreferent der DFG/VK, Knebel, brachte in seinem Rechenschaftsbericht diese illusionäre Perspektive noch klarer auf den Punkt: „*Ein Teil der Zivildienstleistenden* (gemeint ist die SOdZDL) *neigt dazu, bereits den gegenwärtigen Zivildienst unter der Forderung 'Kampf dem Arbeitsdienst' als 'Übel an sich' oder als 'Zuvieldienst' zu bekämpfen. Sie sprechen zweifellos dem mit gravierenden Mängeln behafteten Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer jede friedenspolitische Bedeutung ab. Da sie aber keine politischen Alternativen aufzeigen können, läuft ihr beachtliches Engagement gegen die Repression im Zivildienst Gefahr, wirkungslos im politischen Raum zu verpuffen. Auch deshalb hat sich die Diskussion darüber verstärkt, ob nicht durch positive Forderungen nach einem „sinnvollen Zivildienst", als Alternative zu den Arbeitsdienstplänen, die Entwicklung zu einem Arbeitsdienst wirkungsvoll bekämpft werden kann.*"

Bezeichnend für das Verständnis von Auseinandersetzung der DFG/VK, daß hier die Vorstellungen der SOdZDL-Mehrheit kurz mit dürren Worten als wohl „wirkungslos" abgekanzelt werden, obwohl man selbst sehr viele Zugeständnisse an deren Positionen machen mußte. Die SO erscheint hier auch nur als „ein Teil der Zivildienstleistenden", obwohl bisher die DFG/VK die SO als d i e Interessenvertretung der Zivildienstleistenden anerkannt hatte!

Inzwischen heißt es dazu, daß sowohl die SO als auch die DFG/VK Träger dieses Kampfes seien, wobei die DFG/VK ihre Zivildienstleistenden auffordert, Mitglied der SO zu werden. Dort sollen sie offenbar die Forderung eines „sinnvollen Zivildienstes" durchsetzen helfen. D.h. die DFG/VK möchte innerhalb der SO einen neuen Anlauf unternehmen, nachdem sie bei den Frühjahrsaktionen durch undemokratisches Verhalten und Pochen auf illusionären Forderungen sich reichlich unbeliebt gemacht hatte.

Offener DKP-Kurs in der Abrüstungsfrage

Offener DKP-Kurs in der Abrüstungsfrage

Während bei der Frage des Zivildienstes noch gewisse Rücksichten auf die Vorstellungen in der SO genommen wurden, legt der Antrag des Bundesvorstands der DFG/VK zur Abrüstungsarbeit jede Rücksichtnahme auf irgendwelche Bündnispartner beiseite. Die bisher verbindliche Aussage zu diesem Punkt im DFG/VK-Programm bezeichnet zwar die „Abrüstungsverhandlungen" als einen „*wichtigen Beitrag zur Entspannung*" allerdings hieß es dazu: „*Nur konkrete Abrüstungsverhandlungen und Abkommen können den eingeleiteten Entspannungsprozeß weiterführen. Abrüstungsverträge müssen direkte Schritte zur Abrüstung sein. Sie dürfen nicht nur Umrüstungsmaßnahmen oder sogar kontrollierte „Aufrüstung" darstellen. Quantitative Begrenzung bei gleichzeitiger qualitativer Weiterentwicklung von Waffensystemen sind keinesfalls Abrüstungsmaßnahmen.*" Während diese Aussage den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb des Verbandes die Möglichkeit gab, ihre Einschätzungen und die daraus abgeleiteten Forderungen auf der Grundlage des Programms innerhalb und außerhalb der DFG/VK zu propagieren, bedeutet der neue Leitantrag eine Festschreibung auf sämtliche DKP-Positionen, die auch nicht ein einziger Juso unterschreiben kann, wenn er nicht direkt DKP-Sympathisant ist. So sollen von nun an alle Mitglieder vertreten, daß sich „*in den politischen Beziehungen ... über vielerlei Hemmnisse und starke gegenläufige Bestrebungen in den westlichen Ländern hinweg eine Wende vom kalten Krieg zur Enspannung vollzogen hat*"; die KSZE muß als „*Erfolg*" angesehen werden; daß die „sozialistischen Staaten" neben ihrer Beteiligung am Wettrüsten, „*mit großem Nachdruck die Ergänzung und Stabilisierung der politischen Entspannung durch Maßnahmen der militärischen Entspannung, durch Rüstungsbegrenzung und erste Abrüstungsschritte*" gefordert haben.

Die Entspannung, die nach „*langjährigen Forderungen der DFG/VK*" durch Verträge der BRD mit der UdSSR, DDR, CSSR und Polen eingeleitet worden sei, sei die „*politische Voraussetzung für die Abrüstung*". In diesem Sinne wird auch das Helsinki-Abkommen und alle weiteren Abrüstungsverhandlungen gesehen. Da mißt sogar die DFG/VK „*dem baldigen Abschluß des SALT-II-Abkommens zwischen den USA und der UdSSR große Bedeutung im Rahmen einer weiteren Begrenzung des Wettrüstens bei*", obwohl schon heute klar ist, daß die bisherigen Vereinbarungen für SALT II eine gigantische atomare Aufrüstung durch Mehrfachsprengkörper inzwischen von beiden Seiten erlaubt. Doch das ist noch relativ „harmlos". In der DFG/VK gilt in Zukunft als „Entspannungsgegner", wer Menschenrechtsverletzungen in Ländern des ‚realen Sozialismus' kritisiert.

Da wird die Menschenrechtskampagne Carters nicht nur als „*Gegenstrategie*" zur „Entspannung" bezeichnet, sondern rundheraus auch als „Antikommunismus". Da wird zwar zugegeben, daß sich Carter auf „*eines der zehn Prinzipien aus der Schlußakte von Helsinki*" berufen kann,

zugegeben, daß sich Carter auf „eines der zehn Prinzipien aus der Schlußakte von Helsinki" berufen kann,

allerdings sei dieser Punkt „*willkürlich*" herausgegriffen, die Entspannung würde auf „*einen Teilaspekt aus dem Bereich humanitärer Fragen*" reduziert, das verstoße gegen das Prinzip der »*Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten*« anderer Staaten; wie die UdSSR mit Menschenrechten im »humanitären Bereich« umgehe, müsse ihr schon selbst überlassen bleiben! »*Um der Menschenrechte selbst sowie um der Substanz der Entspannungspolitik willen tritt die DFG/VK allen Versuchen entgegen, die Frage der Menschenrechte zur Waffe im ideologischen Kampf zu machen. Wer wirklich ernsthaft um die Verwirklichung der Menschenrechte bemüht ist, muß im eigenen Land damit beginnen. Er kann gleichzeitig nicht wollen, daß die Entspannung behindert, das Wettrüsten weiter gesteigert und Europa erneut zu einem Schauplatz des Kalten Krieges gemacht wird. Wer dagegen Menschenrechtsdiskussionen mit solcher Zielsetzung betreibt, mißachtet das elementare Menschenrecht auf Frieden; er macht sich selbst unglaubwürdig*«.

In diesem Sinne wird das Menschenrecht auf Frieden als das g r u n d l e g e n d e Menschenrecht erklärt und nur durch dessen Verwirklichung könnten andere Menschenrechte, wenn auch »nicht automatisch«, verwirklicht werden. Erst nach erfolgter Abrüstung darf man für die Sowjetunion andere Menschenrechte fordern.

Bezeichnend für die DFG/VK, daß diese totale Einschränkung auf dem Bundeskongreß nicht diskutiert wurde, sondern der Beschluß wird jetzt dem Bundesausschuß überlassen, wo die DKP-Linie ohne weiteres eine Mehrheit finden kann. Damit werden nicht nur alle Bündnispartner in nächster Zeit aus der DFG/VK herausgegrault werden, sondern damit wird gleichzeitig die DFG/VK als Friedensorganisation unglaubwürdig gemacht.

Wie geht es weiter?

Diesem klaren und eindeutigen Kurs — Ausschaltung der Minderheitsfraktion aus dem Vorstand, Festschreibung der revisionistischen Linie — konnte die Opposition auf dem Kongreß nur wenig entgegensetzen.

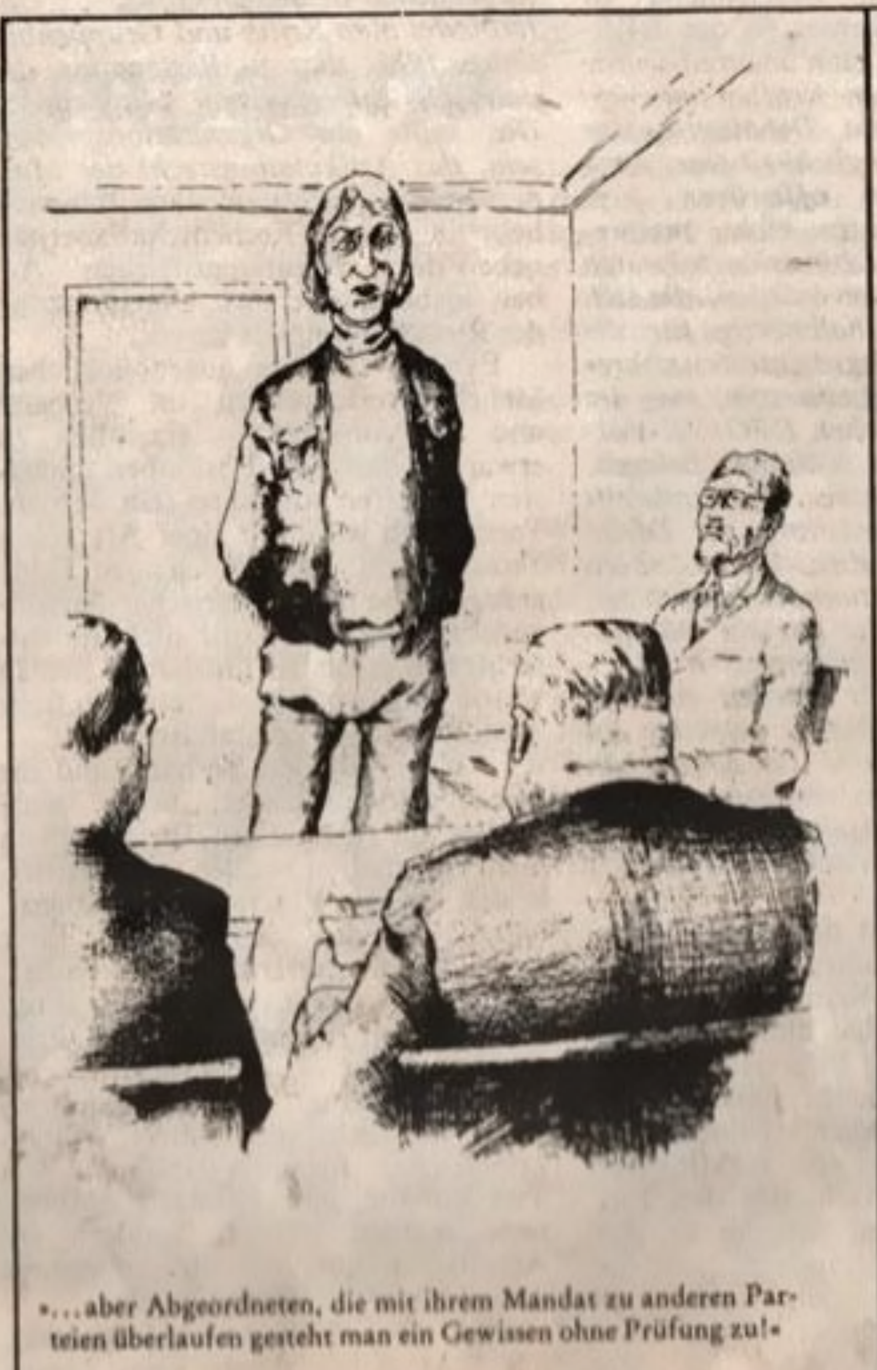
Hierfür gibt es verschiedene Ursachen: die Opposition gegen die DKP-orientierte Politik der Verbandsmehrheit umfaßt die unterschiedlichsten politischen Strömungen, insbesondere Pazifisten, Jungsozialisten und Kommunisten, die deswegen aus völlig unterschiedlichen Erwägungen und mit unterschiedlicher Zielsetzung zu einer Ablehnung dieses politischen Kurses kommen.

Zum zweiten — und dies wurde bei den Auseinandersetzungen auf dem Kongreß deutlich — hat es bisher noch keine Versuche zur Koordination dieser Opposition gegeben. Auf dem Kongreß traten die verschiedenen Kräfte eigentlich nur als »Einzelkämpfer« auf, die ohne Unterstützung der anderen dann sehr rasch untergebügelt werden konnten. Dies ist um so bedauerlicher, als es schon heute — trotz Differenzen in grundsätzlichen Fragen — eine ganze Reihe gemeinsamer Positionen gibt, zu denen ein ein-

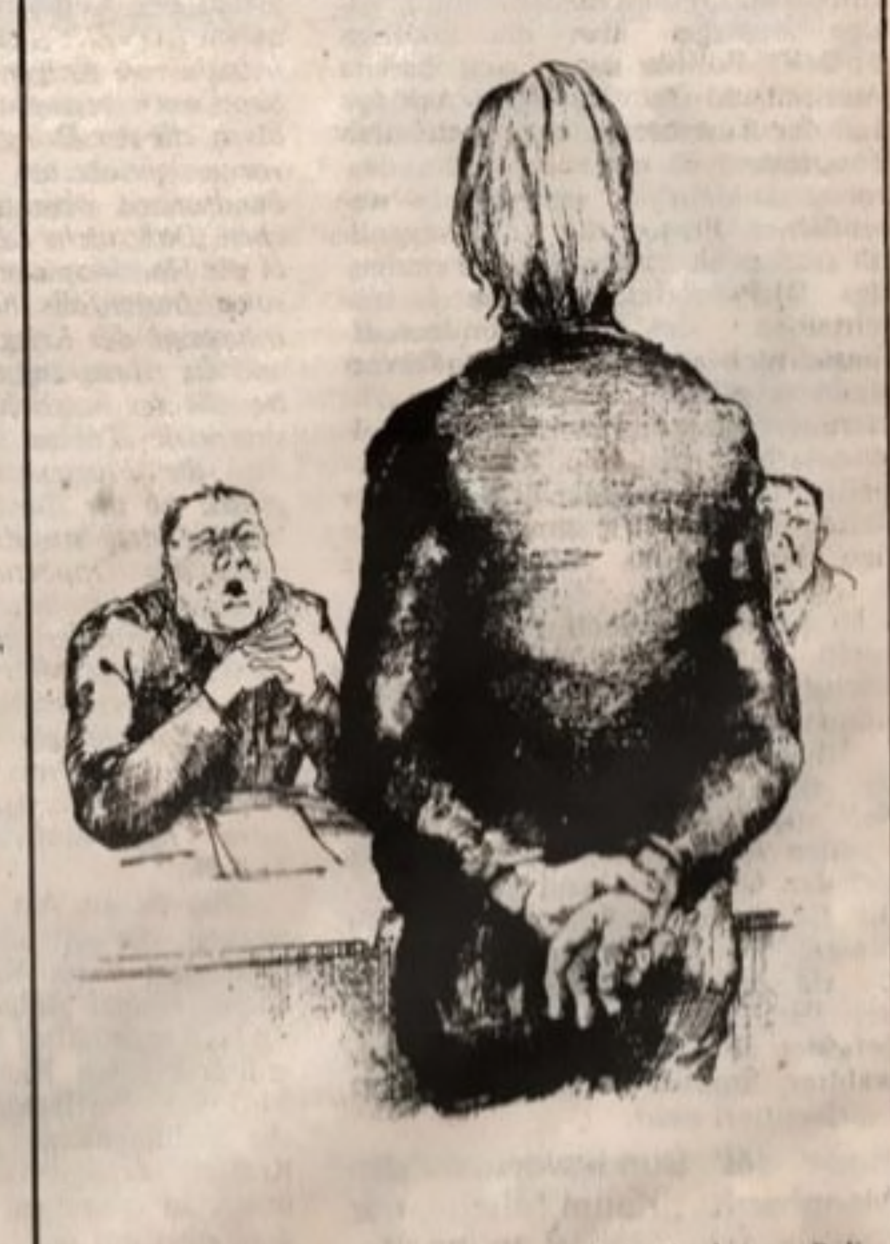
trotz Differenzen in grundsätzlichen Fragen — eine ganze Reihe gemeinsamer Positionen gibt, zu denen ein ein-

heitliches Auftreten möglich gewesen wäre. Dies betrifft insbesondere die Kritik an den Zuständen in den Staaten des »realen Sozialismus«, die Einschätzung der »Abrüstungsverhandlungen« und die Bündnispolitik. Deutlich wurde dies beispielsweise an einer Reihe von Resolutionen, die sich gegen die Verurteilung von Bahro und Hübner, gegen die Einführung der Wehrkunde in der DDR und für die Unterstützung des Russell-Tribunals aussprachen. Ein gemeinsames Vorgehen wäre weiter bei den Angriffen gegen die oppositionellen BV-Mitglieder möglich gewesen.

Es ist allerdings zu bezweifeln, daß durch ein offensiveres und geschlossenes Vorgehen der oppositionellen Kräfte die augenblickliche Entwicklung hätte auf dem Kongreß verhindert werden können. Mit dem notwendigen längerfristigen Aufbau einer wirkungsvollen Opposition sollte trotz der Schlappe auf dem Kongreß möglichst rasch begonnen werden.



»... aber Abgeordneten, die mit ihrem Mandat zu anderen Parteien überlaufen gesteht man ein Gewissen ohne Prüfung zu!«



»Ich sehe darin einen Widerspruch, daß Sie keiner Religionsgemeinschaft angehören und dennoch von Gewissensnot sprechen.«

KULTUR

100 000 beim antifaschistischen Carnival in London

Am 24.September 78 beteiligten sich ca. 100.000 Leute an einer Demonstration und einer Musikgroßveranstaltung der Anti-Nazi-League (ANL) und der Musikvereinigung „Rock against Racism" (RAR) in London. Die beiden Initiativen hatten zu diesem zweiten „Carnival" (eine Art Festival, wie wir es in Hamburg von der Bunten Liste kennen) aufgerufen, weil die Hezte gegen die Ausländer in England immer stärker wird. Die Ausländer werden z.B. für die hohe Zahl der Arbeitslosen verantwortlich gemacht. Vor allem die „National Front" (NF) ist mit ausländerfeindlicher Hetze hervorgetreten. Die NF ist die größte faschistische Organisation in England.

Die antifaschistische Aktion

Bereits am 23.September organisierten die Eisenbahnergruppe der ANL sowie RAR mehrere kleinere Veranstaltungen. Die Kundgebung am 24.9. wurde dann bereits von 30.000 Leuten besucht. Zu diesem Anlass sprachen Tony Benn als Mitglied der ANL, Bill Keys vom Generalsekretariat der Druckergewerkschaft und Arthur Scargill, Präsident der Grubenarbeiter in Yorkshire sowie Tom Robinson als bekannter Vertreter der RAR. Die Zusammensetzung der Redner zeigt das breite Bündnis auf, das die ANL darstellt. Während die ersten Redner die Nazis verurteilten und ein Verbot forderten, meinte Tom Robinson, daß es die Sache jedes einzelnen der 30.000 Anwesenden sei, überall gegen die Nazis und den Rassismus zu kämpfen, auch bei Kollegen und Freunden. Im weiteren wies er darauf hin, daß auch in der Labour Party, deren Mitglieder die vorangegangenen Redner waren, rassistische Politik betrieben wird. Diese Worte von Tom Robinson wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der Kundgebung folgte eine Demonstration durch London in den Brockwell Park im Ausländerviertel Brixton. Schon während der Demonstration war die Zahl der Teilnehmer auf 100.000 angestiegen. Häufig waren kämpferische Parolen zu hören wie:

„Black and white
unite we fight,
smash the National Front!"
oder
„We are black
we are white
we are dynamite!"

In Brixton wurden die Parolen teilweise von Ausländern, die an den Fenstern oder vor der Tür standen, mitgerufen. Begleitet wurde der Demozug weiterhin von ca. zehn Reggae- und Punk-Gruppen, die auf LKWs Musik machten. Dieses hatte eine Bombenstimmung zur Folge. Im Brockwell Park spielten dann noch bis in den Abend hinein zwei Reggae Gruppen (Aswad und Misty) sowie Elvis Castello und die Attractions.

Das Auftreten der NF

Als Provokation hatte die NF für den 24.9. in Ost London zu einer Demonstration in die Brick-Lane aufgerufen. Die Brick-Lane ist eine Straße im Ausländerviertel der Bengalen, wo schon öfters Provokationen der NF gestartet wurden. Als Antwort hatte die ANL ihre Mitglieder aus Ost-London aufgerufen, die Brick Lane zu verteidigen und die Nazis dort würdig zu empfangen. Über 3000 Antifaschisten sind diesem Aufruf gefolgt und erwarteten die ca. 1200 aufmarschierenden Nazis. Etliche Zeit bevor die Nazis auftraten, wurden 25 Antifaschisten in der Nähe des NF-Hauptquartiers festgenommen. Obwohl die Polizei die Nazis mit Pferden schützten, wurde ihnen verboten, in die Brick Lane zu marschieren. Die NF konnte dann in einer Seitenstraße ihre Abschlußkundgebung halten. Von dem Carnival in Brixton waren noch einmal 3000 Leute aufgebrochen, um die Antifaschisten zu unterstützen.

Die Veranstalter bewerteten den Carnival als einen großen Erfolg. Die beiden gesetzten Ziele waren erreicht worden: Der Carnival ein Riesenerfolg und die Brick-Lane war verteidigt worden.

Bei Demonstration und Carnival — immer wieder Losungen und Symbole der RAR und ANL.

Wolfgang, Druckerbereich
KB/Gruppe Hamburg

„Rock (and Roll) against Racism"

Aus England erreicht uns die gute Nachricht, daß die antifaschistische Bewegung „Rock against Racism" Zuwachs bekommen hat. Erfreulicherweise hat der Londoner Skate-Board-Verband noch rechtzeitig die Linkskurve gekriegt und sich der Anti-Nazi-League angeschlossen.

Es wäre nun an der Zeit, daß sich die Bewegung in „Rock and R o l l against Racism" umbenennt!

Übrigens: Die Tom-Robinson-Band, aktive Unterstützerin der Anti-Nazi-League, hat ihr Debut-Album herausgebracht: „Power in the Darkness" ist eine Mischung aus fetzendem Stree-Rock und Texten zum antifaschistischen Kampf, zur Homosexualität und allgemeinen Problemen Jugendlicher. Die Scheibe gehört in den linken Plattenschrank.



Georg Danzer in schlechter Gesellschaft

Spätestens nach der Veröffentlichung seines Liedes „Morgenrot" war der Wiener Georg Danzer auch in linken Kulturkreisen ein Begriff.

Überzeugend und scheinbar selbst überzeugt fordert er in diesem Song alle diejenigen auf, sich zu ihrer Einstellung zu bekennen, die noch nicht in die Mühlen der Anpassung und Distanzierung geraten sind. Und da war auch gleich wieder ein Funken Hoffnung bei all denen, die sich mit Recht über jeden linken Poeten und Sänger freuen, der auch in bürgerlichen Medien zu hören ist.

Diese Hoffnung hat jedoch im Fall Danzer getrogen! In den letzten Tagen veröffentlichten Presse und Rundfunk eine interessante Meldung, wonach das Bundeskriminalamt Anfang Oktober eine Kampagne in Pop-Zeitschriften und Rundfunk mit dem Titel „Gegen Gewalt" einleiten will. Eine Werbeangentur erhielt den Auftrag, mit poppig-dynmischen Mitteln einen Feldzug gegen „wachsende Jugenkriminalität und -gewalt" zu starten. Den poppigen Teil übernimmt dabei bereitwillig kein geringerer als besagter Georg Danzer! Auf seiner letzten LP „Ein wenig Hoffnung" (noch zu viel, wie sich nun herausstellt!) singt Danzer bissig: „Ich verachte Euch, die Ihr für die Todesstrafe seid ..." und kriecht nun mit diesen Verachtenswerten unter eine Decke, die gerade ihre „Fahndungspanne" mit ein paar gezielten Todesschüssen „ausgebügelt" haben. Er versichert vorsichtshalber in seinem BKA-Song, er sei kein Vater, kein Lehrer und schon gar kein Polizist, aber wer will ihm das schon angesichts folgender Textzeilen glauben:

„Mit einer Waffe in den Händen führt dein Weg dich nicht ans Ziel. Du wirst durch eine Waffe enden, und das ist kein Kinderspiel. Mach dich nicht mit Gewalt kaputt!" Hier wird doch der sich ausdehnenden Todesschußpraxis und den zunehmenden „Selbstmorden" in BRD-Knästen im voraus Absolution erteilt, — denn was für eine Waffe ist es denn, mit der hier gedroht wird!?

Zu seiner Entschuldigung beteuert Danzer in einem „Club"-Interview (NDR II) am 18.9., er wisse natürlich sehr gut, daß das BKA einen entscheidenden Anteil an der Kriminalisierung der AKW-Gegner habe. Er wisse auch, daß die wachsende Jugendkriminalität eine Antwort auf die alltägliche staatliche Gewalt sei. Und trotzdem! Gerade weil er so ein überzeugter „Gewaltgegener" ist, trällert er fürs BKA. Ist das Dummheit oder Kaltschnäuzigkeit? ...

Im „stern" 40/78 sagt Georg Danzer: *„Diese ganze Aktion kann natürlich nicht heilen, sondern im besten Fall dazu führen, daß einige wenige sich ihrer Krankheit bewußt werden".* Daß in Wahrheit die Gesellschaft krank ist, das System Arbeitslosigkeit, Armut, geistiges und körperliches Elend produziert — und so gesetzmäßig Widerstand, auch gewalttätigen hervorbringt — verdrängt Georg Danzer. Sein Engagement an der Seite des BKA dient — ob er das will oder nicht! — der Legitimierung staatlicher Gewalt gegen politischen Widerstand.

Und wenn dann einige Freunde Danzers nicht die „Gewalttätigen" sondern i h n als „deppert" bezeichnen, hat der Vorsänger der „Herold-Combo" gleich die „rechte" Antwort parat: *„Diese modernen Schubladendenker, von denen es hier in Österreich Gott sei Dank noch nicht so viele gibt wie in Deutschland ..."*

Daß er ein stattliches Festhonorar vom BKA bekommen habe, bestreitet Danzer natürlich energisch. Keinen Schilling habe er gesehen, er erhalte „nur" das übliche Honorar aus jeder verkauften Platte. Das grenzt ja fast an Idealismus! So nicht,Georg!

Ein Mitglied der Rockgrupppe „Schraubstock"

Frauen — die ungeliebten Wesen

„Heinz empfindet eine Lust und schreit laut auf. Brigitte würde ihm am liebsten den ganzen Lurch unter dem Sofa ins Maul stopfen, daß es ihm bei den Ohren wieder herausquillt. Heinz schreit nochmals laut auf, daß man merkt, er hat Spaß bei der Behandlung und Handlung ... Brigitte muß sich beinahe erbrechen, so schlimm war es schon lange nicht".

Der Titel des Buches *„Die Liebhaberinnen"* hört sich an wie aus einem Kitsch-Roman über Frauen auf der Sonnenseite des Lebens. Frauen, die Millionen anderer Frauen als Vorbild und anzustrebendes Ideal „verkauft" werden. Mit dem w i r k l i c h e n Leben der Millionen Hausfrauen und Arbeiterinnen würde sich kein Kitschroman befassen. Dieses Buch befaßt sich damit. Es handelt von zwei Frauen, die genau das Gegenteil dessen sind, was der Titel verspricht. Weder haben sie jemanden wirklich lieb, noch haben sie irgendwelche sexuell befriedigenden Beziehungen, was frau/man dem Ausdruck „Liebhaberinnen" vielleicht entnehmen könnte.

Brigitte ist Näherin in einer Miederwaren-Fabrik einer Großstadt. *„Viele Näherinnen scheiden aus durch Heirat, Kindesgeburt oder Tod. Brigitte hofft, daß sie einmal durch Heirat und Kindesgeburt ausscheiden wird".* Brigittes einziges Streben ist es, einen „Mann fürs Leben" zu finden, der ihrem inhaltsleeren Leben wenigstens einen gesicherten Rahmen gibt. Auf die große Liebe wartet Brigitte nicht. Daß d i e nicht kommen wird, daß weiß sie. Aber sie hat gelernt, daß nur ein Mann ihr eine — wie auch immer geartete — Zukunft geben kann. *„Wenn man keine Gegenwart hat, muß man für die Zukunft sorgen".*
Brigitte lernt Heinz kennen, Lehrling im Elektrogeschäft seines Vaters. Also ein Mann mit Zukunft, der einmal das Geschäft seines Vaters erben wird und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 39

der eine Frau versorgen kann. „*Eines Tages beschloß Brigitte, daß sie nun mehr Frau sein wollte, ganz Frau für einen Typ, der Heinz heißt. Sie glaubt, daß von nun an ihre Schwächen liebenswert und ihre Stärken sehr verborgen sein würden. Heinz findet aber nichts Liebenswertes an Brigitte, auch ihre Schwächen findet er nur ekelhaft*“.

Ja, Brigitte hat es schwer, als wenig bedeutende Arbeiterin die gute Partie Heinz einzufangen. — Das geht natürlich nur durch die totale Aufgabe der eigenen Persönlichkeit. Sie versucht, sich bei Heinz' Eltern anzuschleimen, was aber aufgrund ihres niedrigen „Marktwertes“ ziemlich mißlingt. Der einzige Ausweg, der bleibt, ist Erpressung durch Schwangerschaft. Also muß sie zum x-ten Mal ihren Ekel vor Heinz' „*fettem, weißen Körper*“ überwinden, damit es endlich klappt. „*Brigitte muß sich beinahe erbrechen, so schlimm war es lange nicht*“. Doch endlich ist es soweit. Und Heinz als Ehrenmann heiratet Brigitte. „*Oft heiraten diese Frauen, oder sie gehen sonstwie zugrunde*“.

Bei der zweiten Frau, der 15jährigen Paula vom Lande, sieht das armselige Frauenleben noch trübsinniger aus. „*Sie ist 15 Jahre alt. Sie ist alt genug, um sich überlegen zu dürfen, was sie einmal werden möchte: Hausfrau oder Verkäuferin*“. Auch Paula hat natürlich nicht die geringste Lust zum miesen Arbeiterinnendasein. Auch Paula hofft, durch einen Mann ihr Leben wenigstens etwas erträglicher gestalten zu können. Doch ist dies für das Mädchen vom Land noch schwerer als für die Stadtbewohnerin. Aufgrund der strengen Moralvorstellungen ist es sehr schwierig, einen Freund zu finden; und diesen durch eine sexuelle Beziehung halten zu wollen, ist direkt lebensgefährlich. „*Gebrauchte Frauen werden selten, und wenn, dann vom Erstbraucher, genommen*“.

gefährlich. „*Gebrauchte Frauen werden selten, und wenn, dann vom Erstbraucher, genommen*“.

Doch auch Paula wagt und „gewinnt“ — zumindest vorläufig. Sie wird geheiratet. „*Manchmal ergänzen Paula und Erich auch in Zukunft einander, zum Beispiel, wenn Erich prügelt und Paula geprügelt wird, oder wenn Erich krank ist und Paula ihn pflegt, oder wenn beide zusammen Holz sägen, oder wenn Paula kocht und Erich ißt*“.

Paulas Mann Erich, ein notorischer Trinker, fängt an, Paula brutal zu schlagen, bis in Paula auch der letzte Rest Hoffnung zerbrochen wird. „*Es ist keineswegs Liebe in Paula. Wenn etwas in Paula ist, dann ist es der Haß, der wächst und wächst. Diese Gefühle sind nicht von selber in sie heineingekommen, da haben einige schwer dran arbeiten müssen*“.

Paula macht einen letzten, verzweifelten Lebensversuch und geht fremd. Daraufhin wird sie schuldig geschieden. Der Haß und die Empörung der Dorf-Bevölkerung sind ihr sicher. Sie muß in die Fabrik gehen. Als schuldig geschiedene Frau mit Kind besteht kein Grund zur Hoffnung mehr. „*Paula hat keine Bezeichnung der Güteklasse mehr, wie sie sogar die Tafeläpfel haben müssen. Paula hat keinen Handelswert mehr*“.

Das besondere an diesem Buch, und was es so lesenswert macht, ist die A r t, wie El friede Jelinek das Thema „Frauen — Menschen zweiter Klasse“ behandelt. Ihr Schreibstil ist, bei einem solchen Thema, recht ungewöhnlich. Ihre Hauptpersonen Paula und Brigitte erleben kein durchschnittliches Frauendasein. Vielmehr sind sie Personifizierungen j e g l i c h e r Frauenunterdrückung, jeglicher Anpassung an bestehende Verhältnisse, ist ihre Geschichte die Aneinanderreihung alles Schlechten und Ungerechten, das Frauen und vornehmlich proletarischen Frauen widerfährt. Elfriede Jelinek schreibt satirisch, ja zynisch und brutal. Die zynische Schilderung der Verhaltensweisen beider Frauen könnte dazu führen, das Buch als frauenfeindlich und massenfeindlich abzutun. Doch genau das Gegenteil ist eigentlich der Fall. Gerade durch die brutalen Zuspitzungen und Übertreibungen wird deutlich, wie brutal und frauenverachtend diese G e s e l l s c h a f t ist. E. Jelineks satirischer Stil ist schön zu lesen, das Buch macht Spaß und frau/man muß oft lachen. Doch ist es kein überhebliches und verachtendes Lachen, sondern eins, das im Hals steckenbleibt und wütend macht. Wütend auf ein Leben, in dem die arbeitenden Menschen und insbesondere wir Frauen nur Statisten sind. „*Leider geht hier das Leben an einem vorbei, nur die Arbeit bleibt da. Manchmal versucht eine der Frauen, sich dem vorbeigehenden Leben anzuschließen und ein wenig zu plaudern. Leider fährt dann das Leben oft mit dem Auto davon, zu schnell für's Fahrrad, auf Widersehn!*“

Eine Genossin der Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg

Wie geht's uns denn?

Spekulation mit Sozialwohnungen

„Erschreckend“ – so bezeichnete der Hamburger Bausenator Volker Lange (SPD) das Ausmaß des Verkaufs von Sozialwohnungen mit Superprofiten und schrieb einen Brief an seine Parteigenossen in Bonn.

Ob das die richtige Adresse ist, muß bezweifelt werden: Schließlich hatte die Regierung im letzten Jahr die Grundlage für die Spekulation

hatte die Regierung im letzten Jahr die Grundlage für die Spekulation

mit Sozialwohnungen gelegt: Die Grunderwerbssteuerbefreiung und Sonderabschreibung nach § 7b auch für Altbauten mit dem Ziel der verstärkten Eigentumsbildung und eines mobileren Wohnungsmarktes.

Dies nutzen viele Hausbesitzer jetzt weidlich aus. Die öffentlichen Darlehen für den Bau der Sozialwohnungen werden vorzeitig zurückgezahlt und damit können die Hausbesitzer frei über die Wohnungen verfügen.

Sie bieten die Wohnungen zunächst den Mietern zum Kauf an (die durch den § 7b geringe Steuerersparnisse haben) – natürlich zu überhöhten Preisen. Wenn die Mieter nicht kaufen können oder nicht wollen, wird die Wohnung auf dem „freien Markt“ verkauft. Bei der herrschenden Wohnungsknappheit ist es nicht schwer, einen Interessenten zu finden, selbst bei weit überhöhten Preisen . . . .

- Die Wiesbadener Grundbesitzverwaltung GmbH „Helvetic“ forderte für ihre 1961 erbauten, 70 qm großen Wohnungen 100 000 DM – immerhin ein Profit von 1200%, gemessen an dem seinerzeit investierten Eigenkapital.
- Der Wohnungsspekulant Rüger kaufte 1976 in Essen 240 Zechenwohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut worden waren. Wenn er sie jetzt für 60 000 DM pro Wohnung verkauft, hat er runde 8 Millionen DM „verdient“ („Stern“, 24.5.78).
- In Hamburg-Groß Borstel sollen Mieter nach Ablösung der öffentlichen Gelder für ihre 40 Wohnungen insgesamt 4.3 Mio DM zahlen – ein Jahr vorher sollten die Wohnungen noch 1,8 Mio kosten (Welt, 7.6.78).

In Hamburg sind bereits 300 Fälle von Umwandlungen von Sozialwohnungen bekannt geworden – bei weiteren 500 Wohnungen steht der Verkauf bevor.

teren 500 Wohnungen steht der Verkauf bevor.

Für die bisherigen Mieter hat der Verkauf ihrer Sozialwohnung den Rausschmiß zur Folge. Nach einer Sperrzeit von 3 Jahren können die neuen Besitzer „Eigenbedarf“ anmelden und die Wohnung nach der Kündigungsfrist beziehen.

Doch selbst die 3-Jahres-Frist wird oft nicht eingehalten. Der Hamburger Bausenator klagt:

„*Täglich erhalte ich Eingaben und Hilferufe von Mietern, die von den Käufern der Wohnungen ohne Rücksicht auf die Rechtslage aufgefordert werden, ihre Wohnungen alsbald zu räumen. Es sind häufig die älteren Mieter, die den aufdringlichen Spekulanten nicht gewachsen sind*“ („Hamburger Abendblatt“, 19.9.78).

Ein Geschäftsführer des Mietervereins Solingen bestätigt: „*Es gibt Hausbesitzer und Makler, die ihre Kunden über die Kündigungsfristen im unklaren lassen oder sogar mit unseriösen Tricks arbeiten*“ („Stern“, 24.5.).

Der Wohnungsmarkt wird durch den Verkauf von Sozialwohnungen natürlich nicht „mobiler“, sondern billige Wohnungen werden dadurch immer knapper.

In Hamburg-Groß Borstel haben betroffene Mieter begonnen, sich zu wehren: Sie bildeten eine „Notgemeinschaft der spekulationsgeschädigten und bedrohten Mieter“ und streben Musterprozesse an.

Wohnungskommission

„Arztrecht“ – es bleibt alles beim alten

Wer die Hoffnung hatte, daß zumindest einige Verbesserungsvorschläge für die Rechte der Patienten auf dem 52. Juristentag (vom 19. bis 24.9.) ausgearbeitet werden würden, sah sich getäuscht. Gemeinsam machten Ärzte und Juristen auf diesem Kongreß deutlich, daß sie an der rechtlosen Situation der Patienten nichts wesentliches zu verändern gedenken:

„*Die Abteilung Arztrecht, die sich mit der Geltendmachung von Behandlungsschäden der Patienten gegen Ärzte und Krankenhäuser befaßt hatte, entschied sich gegen größere gesetzliche Änderungen und lehnte auch eine Beweislastumkehr zugunsten der Patienten ab.*

Der Schwerpunkt der Empfehlungen liegt bei der Aufklärung des Patienten und bei den Krankenakten. Nach Ansicht des Juristentages sollen die Ärzte gründlich aufklären, sich dazu aber nicht unübersichtlicher Formulare bedienen. Der Gesetzgeber soll das ärztliche Dokumentationswesen regeln“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23.9.).

Die geltende gesetzliche Regelung lädt im Falle von ärztlichen „Kunst“-Fehlern die Beweislast auf die Schultern des Patienten ab. Das bedeutet, daß der Geschädigte – oder beim Tod des Patienten die Angehöigen – einen mühseligen, langwierigen Untersuchungsweg vor sich haben. Dabei sind die Möglichkeiten für die Geschädigten, zu ihrem Recht zu kommen, schon von Vornherein durch alle möglichen Hindernisse eingeschränkt. So ist z.B. ein Patient nicht berechtigt, Einsicht in die Behandlungsprotokolle des behandelnden Arztes zu nehmen, sondern dies steht nur dem Gericht, einem bestellten „Sachverständigen“ oder einem nachbehandelnden Arzt zu. Ein Arzt oder Rechtsanwalt eigener Wahl ist dazu nicht befugt. Dazu kommt noch die Pflicht der Ärzte zu „kollegialem Verhalten“ – sprich Vertuschung ärztlicher Fehler – so daß der geschädigte Patient sich natürlich lange überlegt, ob er den Versuch, sein Recht einzuklagen, überhaupt unternimmt.

Diese Tatsache wiederum drückt kräftig auf die Statistiken. Da werden uns dann Zahlen präsentiert, die das Ausmaß der ärztlichen „Kunst“-Fehler ungemein beschönigen.

Ein Richter am Bundesgerichtshof (BGH), E. Steffen, gab auf der Tagung folgende Zahlen an: „*In der Bundesrepublik (werden) jährlich rund 5.500 Behandlungsfehler mit einem Schadensvolumen von 100 Millionen Mark geltend gemacht*“ („FAZ“, 22.9.). Dabei wird die Zahl der gesamten – also nicht nur der vor Gericht verhandelten – Kunstfehler von Fachleuten auf runde 500.000 geschätzt (s. K.Blüchel, Das Mediziner-Syndikat, S. 176)!!

Wohltuend hob sich auf dieser Tagung der Medizinerkritiker Hackethal heraus. Er ließ es sich nicht nehmen, die Debatte durch offene Angriffe auf seine „Kollegen“ zu beleben. Er versprach, „*seinen Professorentitel zurückzugeben, wenn es ihm nicht innerhalb eines Jahres gelänge, nachzuweisen, daß es Ärzte gebe, die ‚professionelle Mörder' seien*“ („Frankfurter Rundschau“, 23.9.). Wir wünschen ihm dabei viel Glück!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

1.300 Menschen

1.300 Menschen leben im Ghetto

Als „christliches Liebeswerk“ bezeichnen Kirchen- und Anstaltsführer gerne die Hamburger „Alsterdorfer Anstalten“, in denen ca. 1.300 geistig behinderte Menschen — weitgehend von der Außenwelt isoliert — ihr Dasein fristen müssen. Nur wenige wissen, was sich eigentlich hinter den Anstaltszäunen abspielt, und wenige haben überhaupt auch nur Interesse, wahrzunehmen, wie die Lebensbedingungen geistig behinderter Menschen sind. Die Kirchen können sich einen Orden dafür an die Brust heften, daß sie im Wesentlichen die Träger und Gründer solcher Einrichtungen sind. Der Staat und die anderen Nutznießer der Leistungsgesellschaft begrüßen, daß diese Behinderten aus dem Erfahrungsbereich der meisten Menschen entfernt und in ein Ghetto verfrachtet sind, wo sie höchstens noch als exotische Figuren bei Anstaltsführungen wahrgenommen werden.

Eine Kollegengruppe von Pflegerinnen und Pflegern aus den Alsterdorfer Anstalten hat in einer Broschüre eine Reihe von Informationen zusammengestellt, die einen Einblick in die Situation dieser Anstalt und die Lebensbedingungen von Behinderten gewähren. „*Was in den Medien über Alsterdorf berichtet wird, zeigt nicht die realen Lebensbedingungen der Behinderten, sondern ist Schönfärberei. Daher meinen wir, daß eine kritische Gegenöffentlichkeit vonnöten ist. ... Wir wollen erreichen, daß sich mehr Menschen mit den Problemen der Behinderten auseinandersetzen*“ (aus dem Vorwort). Es wird berichtet über die Wohnsituation, die Versorgung mit Medikamenten, die Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, die Sexualität der Behinderten und über die Arbeitsbedingungen des Personals. Beachtenswert ist auch ein Interview mit einer Kinderpflegerinnenschülerin, die die zur Anstalt gehörende Schule besucht, der auch ein Internat angeschlossen ist. „*Man muß um zehn Uhr drin sein (abends, über 18jährige um 23 Uhr — AK), dann kommt die Betreuerin durch, das ist die erste Sache. Zweitens dürfen wir keinen Alkohol trinken, wir dürfen auf den Zimmern nicht rauchen und unsere Freunde, die wir haben, dürfen unsere Zimmer eben auch nicht betreten*“ (aus der Broschüre). Neben der Darstellung von Mißständen in der Anstalt haben die Verfasser auch Vorstellungen über m e n s c h l i c h e Behandlung und Betreuung von „geistig Behinderten“ entwickelt.

Als Bestelladresse für diese empfehlenswerte Broschüre ist angegeben:

Horst Wallrath
Gerichtstraße 39
2 Hamburg 50

Kirchenkommission



Mietwucherer haben freie Hand

In der Mieterzeitung vom August d.J. wurde eine Statistik veröffentlicht, die Aufschluß gibt über die gerichtliche Verfolgung von Mietwucher.

So hat es im Jahre 1977 nur 2150(!) Verfahren wegen Mietwucher gegeben (1974: 4989). Von diesen Verfahren wurden allerdings nur 41 mit einem Bußgeldbescheid abgeschlossen, 50 andere Verfahren wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. ABER: was daraus geworden ist, ist nicht bekannt, „*in fast allen Fällen legt nämlich der Betroffene (d.h. der Mietwucherer) Einspruch ein und die Ergebnisse der gerichtlichen Entscheidungen über den Einspruch werden nicht erfaßt*“ (lt. Mieterzeitung 8/78).

Der Rest der festgestellten Fälle (über 90 %!) wurde eingestellt oder ‚erledigte sich im Verhandlungswege', d.h. die Hauskapitalisten haben die Wuchermiete zurückgenommen und sind dann straffrei geblieben.

Die ganze Farce von der Verfolgung von Mietwucherern zeigt sich auch an den Richtlinien, die die Länder zur Vereinheitlichung der Verfolgung von Mietwucher vereinbart haben.

Die Behörden schreiten nämlich nur ein, wenn die vom Vermieter geforderte und dann vom Mieter auch angezeigte Wuchermiete die ortsüblichen Vergleichsmieten um mehr als 10 % übersteigt! (nach den Richtlinien des Länder-Wirtschaftsministeriums zur „Bekämpfung überhöhter Mieten nach § 5 des Wirtschaftsgesetzes“ von Anfang 73, nach Handelsblatt, 10.2.76).

In Städten, in denen es einen Mietpreisspiegel gibt, also eine Durchschnittsmiete festgestellt werden kann, lassen die Richtlinien sogar eine 20 %ige Überschreitung zu, ehe die Behörden ‚einschreiten'.

Wohnungskommission

Frankreich

Spanien

Verhaftete Arbeiter freigekämpft!

Seit Juli droht 81 von 400 Arbeitern bei Elastelle-Tissel in Puy (an der oberen Loire) die Entlassung. Um ihren Protest dagegen auszudrücken, zog die Belegschaft am 11. September geschlossen zu einem Verhandlungstreffen ihrer Geschäftsleitung mit dem Handels- und Handwerksminister. Da die Herrschaften sich angesichts dieser Aufmerksamkeit und der zu erwartenden energischen Nachfragen der Arbeiter wohl nicht ganz wohl fühlten, riefen sie die Bereitschaftspolizei CRS herbei, die sofort mit Gewehrkolben (!) auf die versammelten Demonstranten einprügelte. Drei Arbeiter wurden von den Bullen festgenommen und in den Knast gesteckt; gegen einen weiteren Gewerkschaftsverantwortlichen (CFDT) wurde Haftbefehl erlassen.. Die Gewerkschaften riefen daraufhin am nächsten Tag zu einer Protestdemonstration gegen den Polizeieinsatz auf, der sich auch Arbeiter aus anderen Betrieben anschlossen. Gleichzeitig schnappten sich Kollegen von Elastelle in einem günstigen Moment ihren Direktor und sperrten ihn im Betrieb ein. Er wurde erst wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem auch die drei festgenommenen Arbeiter von der Polizei wieder freigelassen worden waren.

Unter dem Eindruck einer nochmaligen Demonstration am 13.9., an der insgesamt 1.500 Arbeiter aus verschiedenen Betrieben teilnahmen, versuchte der Direktor mit einer Reduzierung der angekündigten Entlassungen ein „Angebot" zur „Wiederherstellung des Arbeitsfriedens" zu machen. Die Kollegen von Elastelle wollen sich damit aber nicht abspeisen lassen; sie fordern, daß kein einziger entlassen wird und haben eine Resolution an ihre Gewerkschaftsführung gerichtet, gegebenenfalls einen örtlichen Generalstreik auszurufen. Sie haben dabei das Beispiel des Betriebes Solheillant am gleichen Ort vor Augen, wo kürzlich die Entlassung von 29 Arbeiterinnen durch unnachgiebige Kampfmaßnahmen vollkommen verhindert werden konnte.

Polizei räumt erneut besetzten Betrieb

In Rennes (Bretagne) räumte die Polizei am 18.9. die von den Arbeiterinnen besetzte Textilfabrik SPLI. Dies war das zweite Mal: bereits am 17.8. wurde die besetzte Fabrik polizeilich geräumt – kurz darauf jedoch von der Belegschaft neu besetzt. Seit dem 1. Juni befinden sich die Textilarbeiterinnen von SPLI im Kampf gegen 200 Entlassungen, die im Zuge der „Restrukturierung" des Betriebes nach einem Konkurs vorgenommen wurden.

Frankreich-Kommission



gesetzt, nachdem auch die drei festgenommenen Arbeiter von der Polizei wieder freigelassen worden waren.

Unter dem Eindruck einer nochmaligen Demonstration am 13.9., an

arbeiterinnen von SPLI im Kampf gegen 200 Entlassungen, die im Zuge der „Restrukturierung" des Betriebes nach einem Konkurs vorgenommen wurden.

Frankreich-Kommission



CRS prügelt mit Gewehrkolben auf die Arbeiter von Elastelle ein.

Streikationen an 250 Schulen

Trotz Ende der Sommerferien will das „normale Schulleben" in Frankreich nicht wieder so richtig in Gang kommen: in zahlreichen Städten streiken die Schüler und mit ihnen zumeist auch die Lehrer. Die Gründe dafür sind u.a. zu hohe Klassenfrequenzen, zu wenig Lehrer, Überststunden der Lehrer, miserable Kantinenversorgung usw. Nach Informationen aus den Gewerkschaften sind derzeit 250 bis 300 Schulen von Streikaktionen betroffen. Die Aktionen breiten sich spontan aus; eine Koordinierung auf nationaler Ebene besteht bislang kaum. Allerdings ist zu erwarten, daß die Gewerkschaft SNES für Anfang Oktober zu einem ersten nationalen Aktionstag aufrufen wird.

Es ist übrigens fünf Jahre her, als in Frankreich eine breite Streikbewegung an den Schulen und militante Schüleraktionen stattfanden. Damals, 1973, war gerade die Parlamentswahl gelaufen und die Hoffnung auf einen Wahlsieg der „Linksunion" enttäuscht worden. Das ist nun wieder so...

Frankreich-Kommission

Paris: 15.000 demonstrierten gegen den Schah

15 – 20.000 Menschen demonstrierten am 12. September in Paris gegen das Mörder-Regime des iranischen Schah. Aufgerufen hatten die PCF, die CGT, der linke PS-Flügel (CERES) und die Organisationen der revolutionären Linken; letztere in einem gesonderten Demonstrationsteil.

Laut den Zahlenangaben der

Paris: 15.000 demonstrierten gegen den Schah

15 – 20.000 Menschen demonstrierten am 12. September in Paris gegen das Mörder-Regime des iranischen Schah. Aufgerufen hatten die PCF, die CGT, der linke PS-Flügel (CERES) und die Organisationen der revolutionären Linken; letztere in einem gesonderten Demonstrationsteil.

Laut den Zahlenangaben der trotzkistischen Tageszeitung „rouge" (14.9.) umfaßte der Block der revolutionären Linken ungefähr ein Drittel der gesamten Demonstration. Im einzelnen nennt „rouge" folgende Zahlen dafür: LCR 2.500, OCI 800 und LO 700 – also 4.000 Demonstranten in den Reihen der trotzkistischen Organisationen. Die „Anarchistische Föderation" habe mit 2-300 Genossen teilgenommen; für PSU, OCT und CCA schreibt „rouge" nur, daß diese „spärlich" vertreten gewesen seien. Dieses Zahlenverhältnis entspräche auch der Mobilisierungsfähigkeit der revolutionären Organisationen in der vergangenen Zeit.

Frankreich-Kommission

15.000 auf Anti-AKW-Demonstration

15.000 Teilnehmer zählte eine Demonstration am 23.9. in Brest (Bretagne) gegen die Errichtung eines AKW in Plogoff. Organisiert war diese Demonstration von einer Aktionseinheit, an der ein erfreulich breites Spektrum politischer und gewerkschaftlicher Organisationen sowie Anti-AKW-Gruppen teilnahmen: neben den Organisationen der revolutionären Linken hatten sogar örtliche und regionale Sektionen der PCF und PS sowie CGT, CFDT usw. aufgerufen. Eine Woche zuvor hatte das „Plogoff-Komitee" bereits zu einer Demonstration an einem anderen AKW-Standort (Feunteul Aod) mobilisiert, mit 5.000 Teilnehmern.

Zum Abschluß der Demonstration in Brest kam es noch zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, als einige Hundert AKW-Gegner vor das Gebäude der französischen Elektrizitätsgesellschaft EDF zu ziehen versuchten und von der Polizei gewaltsam angegriffen wurden. Die CRS (Bereitschaftspolizei) setzte dabei erneut ihre berüchtigten „Tränengas"-Granaten ein, wodurch mehrere Demonstranten Verletzungen erlitten.



Bei dieser Gelegenheit sei übrigens eine kleine Information nachgetragen: der Präfekt von Isere, Jannin, der Ende Juli letzten Jahres den Granaten-Einsatz der CRS gegen die Malville-Demonstration befehligte, der dem AKW-Gegner Michel Vitalon das Leben kostete und für andere Demonstranten mit schweren Verletzungen und Verstümmelungen endete, ist am 27. August verblichen. Seine Sporen hatte sich Jannin bekanntlich schon als Polizeibefehlshaber im französischen Kolonialkrieg gegen das algerische Volk verdient. Sein plötzlicher Tod soll in der französischen Anti-AKW-Bewegung nach uns zugegangenen Informationen sowas wie „klammheimliche Freude" ausgelöst haben.

Frankreich-Kommission

PSOE: Austritte und „Säuberungen"

J.A. Carpintero, Mitglied der Exekutive der UGT (sozialdemokratische Gewerkschaft) im Baskenland und Ex-Generalsekretär der UGT von Navarra sowie Spitzenkandidat der PSOE in Navarra bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr, hat seinen Austritt aus der Partei öffentlich erklärt. Als eine der Begründungen für seinen Austritt gab Carpintero an, daß die PSOE seit ihrer Legalisierung *„einen klaren Rückschritt in ihrer sozialistischen Zielsetzung"* angetreten habe. Er sei gegen die Bündnispolitik der PSOE, die diese zum Paktieren mit rechten Parteien führe und er sei gegen die Unterstützung der PSOE für die kurz vor der Verabschiedung stehende neue Verfassung, insbesondere da in dieser Verfassung dem Volk die Monarchie aufgedrückt werde.

Über die Gewerkschaftpolitik der PSOE urteilte Carpintero: *„Es ging immer nur darum, alle Bemühungen in Richtung einer Einheit der unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der UGT zu untergraben. Die Partei wollte dominieren, indem sie sich Posten in der UGT ergatterte, ohne selbst in der Gewerkschaft zu arbeiten, unter anderem weil die PSOE in Navarra keine Gewerkschaftsmitglieder hat. Abgesehen davon, daß ich gegen die Säuberung der Partei vor allem gegen Personen aus dem linken Spektrum bin, war der Tropfen, der bei mir das Faß zum Überlaufen brachte, das Parteiordnungsverfahren gegen meine Freunde Carlos Goni und Eduardo Urralburu"* („egin", 22.9.78). Carpintero betonte, daß er nicht aus momentaner Wut, sondern nach reiflicher Überlegung zu der Entscheidung, aus der PSOE auszutreten, gekommen sei.

Die anhaltende Säuberungswelle innerhalb der PSOE hatte in letzter Zeit vor allem in Málaga wieder einige Parteimitglieder zum Opfer. Ende September wurden fünf, zum Teil führende Mitglieder der örtlichen Parteiorganisationen, ausgeschlossen, fünf wurden für zwei Jahre aller Funktionen enthoben, gegen fünf andere wurden Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Nach Auskunft der örtlichen Parteileitung hat die Auseinandersetzung absolut nichts mit dem Kampf zweier Linien (einer marxistischen und einer sozialdemokratischen) innerhalb der PSOE zu tun, es gehe um reine Disziplinfragen (natürlich...). Mit einem Federstrich wurde kurz zuvor die örtliche Sozialistische Jugend von der PSOE-Leitung aufgelöst. Diese antwortete in einer öffentlichen Erklärung, daß das Provinzkomitee der PSOE *„vom rechten Flügel der Partei beherrscht wird, der aus Sozialdemokraten und Antisozialisten besteht, die dabei sind, unsere Partei und die UGT zu zerstören"* („egin", 12.9.78). Die Sozialistische Jugend von Málaga griff die *„von Deutschland abhängige Sozialdemokratie"* an, die unter Umgehung der Statuten einfach die Jugendorganisation auflösen will, weil sie ihren rechten Einfluß nicht durchsetzen kann. In der öffentlichen Erklärung sprechen die spanischen Jungsozialisten von eben zurückliegenden Ausschlüssen zehn weiterer Parteimitglieder, darunter einige, die 40 bis 50 Jahre Kampf für den Sozialismus hinter sich hatten.

„Aus all diesen Gründen akzeptieren wir die Auflösungsmaßnahme nicht, mit der die sozialdemokratische Bürokratie unseren Kampf verhindern will", schloß die Jugendorganisation der PSOE in Málaga ihre Erklärung.

Spanien-Kommission

der hat. Abgesehen davon, daß ich gegen die Säuberung der Partei vor allem gegen Personen aus dem linken Spektrum bin, war der Tropfen, der bei mir das Faß zum Überlaufen brachte, das Parteiordnungsverfahren gegen meine Freunde Carlos Goni und Eduardo Urralburu" („egin", 22.9.78). Carpintero betonte, daß er nicht aus momentaner Wut, sondern nach reiflicher Überlegung zu der Entscheidung, aus der PSOE auszutreten, gekommen sei.

Die anhaltende Säuberungswelle innerhalb der PSOE hatte in letzter

lichen Erklärung sprechen die spanischen Jungsozialisten von eben zurückliegenden Ausschlüssen zehn weiterer Parteimitglieder, darunter einige, die 40 bis 50 Jahre Kampf für den Sozialismus hinter sich hatten.

„Aus all diesen Gründen akzeptieren wir die Auflösungsmaßnahme nicht, mit der die sozialdemokratische Bürokratie unseren Kampf verhindern will", schloß die Jugendorganisation der PSOE in Málaga ihre Erklärung.

Spanien-Kommission

PSOE für Streitkräfte im Baskenland

Das Führungsmitglied der sozialdemokratischen PSOE, Mugica Herzog, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des spanischen Parlaments, stattete den Kasernen der spanischen Armee in San Sebastian Anfang September einen inoffiziellen (?) Besuch ab. Mugica Herzog ermunterte die Befehlshaber der dort stationierten Truppen, sich in Guipúzcoa „wie zu Hause zu fühlen", denn sie hätten schließlich dieses Stück Spanien zu beschützen („Monitordienst", 13.9.78).

Diese Äußerung des sozialdemokratischen Abgeordneten, der sich offenbar schon als neuer spanischer „Verteidigungs"minister fühlt, ist vor dem Hintergrund der Kampagne der baskischen Linken zu sehen (welche von größten Teilen des baskischen Volkes getragen wird), mit der der sofortige Abzug aller Repressionskräfte des spanischen Staates (Polizei, Militär) gefordert wird. Daß die spanische Armee (wie jede andere Armee) in erster Linie ein Unterdrückungsinstrument gegen die eigene Bevölkerung ist, weiß Mugica Herzog so gut wie jeder baskische Bürger, der dies oft genug am eigenen Leib erfahren hat.

Spanien-Kommission

Suarez bei Fidel Castro

Der spanische Ministerpräsident Suarez hielt sich am 10./11.9 zum ersten offiziellen Staatsbesuch nach Suarez hielt sich am 10./11.9. zum ersten offiziellen Staatsbesuch nach jahrzehntelangen frostigen Beziehungen (nach der kubanischen Revolution) zwischen Kuba und Spanien in Havanna auf. Der überaus freundliche Empfang durch Fidel Castro, die angesprochenen Themen sowie die Äußerungen Castros auf einer Pressekonferenz lassen tatsächlich auf eine neue Qualität in den Beziehungen zwischen dem nachfrankistischen Spanien und Kuba schließen.

Fidel Castro äußerte sich besorgt über einen möglich Eintritt Spaniens in die NATO und meinte, daß Spanien eher seinen Pllatz in der neutralen Staatengemeinschaft habe. *„Uns interessiert ein europäischer Staat wie Spanien, der technologisch und industriell im Wachstum begriffen ist und der ein Freund der Dritten Welt ist. Wir hoffen darauf, da Spanien das Land mit dem meisten Einfluß in Lateinamerika, Afrika, den sozialistischen Ländern der industrialisierten Welt ist"* („El Pais", 12.9.78).

Fidel Castro lobte sehr den spanischen Demokratisierungsprozeß und bezeichnete ihn als „brillant und fortschrittlich". Gleichzeitig bestritt er, irgendwas mit der kanarischen Befreiungsbewegung MPAIAC zu tun zu haben, die bewaffnet für die Befreiung der kanarischen Inseln von der spanischen Kolonialmacht kämpft. Nach so viel gegenseitigem Verständnis zog Suarez gegen Ende seines Besuches eine Einladung des spanischen Königs für Castro aus der Tasche. Castro nahm diese Einladung dankend entgegen. Es wäre sein erster Besuch in einem westeuropäischen Staat.

Was den möglichen Weg Spaniens in das Bündnis der blockfreien Staaten anbetrifft, auf den Castro nach eigenen Aussagen hofft, so halten wir diesen Weg für mehr als unwahrscheinlich. Spanien hat unter Führung der rechten Mehrheitspartei UCD eindeutige Bindungen an den westeuropäischen Imperialismus und seine Bündnissysteme (EG, NATO) begonnen. Die spanische Regierung unterstützt auch keineswegs den antiimperialistischen Kampf in den Ländern der Dritten Welt, sondern nimmt im Gegenteil z.B. in der ehemaligen afrikanischen Kolonie Westsahara eine äußerst reaktionäre Rolle ein (Waffenlieferungen für die Besatzerstaaten Marokko und Mauretanien). Zudem betätigt sich Spanien gerade in Afrika als Vermittler imperialistischer Interessen (Gerade hielt sich der Außenminister des Mobutu-Regimes zu einem Staatsbesuch in Madrid auf, um Fragen von gegenseitigem Interesse zwischen Zaire und Spanien zu besprechen).

Spanien-Kommission

Neues Antiterrorgesetz



San Sebastian: Protest gegen das Antiterrorgesetz

Am 17.9. wurde ein neues Antiterrorgesetz im spanischen Parlament verabschiedet, das unter anderem die Dauer der vorläufigen Inhaftierung „des Terrorismus verdächtiger Personen" ohne richterlichen Haftbefehl auf länger als drei Tage vorsieht. D.h. die spanische Polizei kann jeden Verdächtigen so lange festhalten, wie es ihr beliebt, ohne daß dieser die Möglichkeit hat, Kontakt mit einem Anwalt oder mit Familienangehörigen aufzunehmen. Nach wie vor ist es auf spanischen Kommissariaten üblich, solche Verhafteten körperlich zu mißhandeln, um Informationen aus ihnen herauszupressen.

Das neue Antiterrorgesetz wurde umgehend auf 31 Angehörige der vor allem in Barcelona existierenden militanten linken Organisation PCE(i) angewandt, welche länger als drei Tage festgehalten wurden, Mitglieder dieser Organisation hatten gegen die Tötung des 16jährigen G. Munoz protestiert, der am 11.9., dem katalanischen Nationalfeiertag, von einem Bullen erschossen worden war.

In einer größeren Polizei-Operation wurden weiterhin mehrere angeblich der GRAPO (eine bewaffnete Gruppe) angehörende Personen verhaftet. Ein bekanntes Mitglied der F. Polisario (Befreiungsbewegung der Westsahara) wurde auf dem Madrider Flughafen ohne jeden Anlaß verhaftet. Die baskische Presse („egin") rechnet mit einer umfassenden Anwendung des Antiterrorgesetzes auch auf das Baskenland, wo bisher „nur" zwei angeblich zum militärischen ETA-Flügel gehörende Genossen über die Zeit von drei Tagen hinaus von der Polizei festgehalten worden sind. Zwecks Erörterung der Anwendung des neuen Gesetzes auf das Baskenland besprach sich der spanische Innenminister Villa bereits mit den Polizeichefs und Zivilgouverneuren der vier baskischen Provinzen. Am 22.9. fand in San Sebastian eine Protestdemonstration gegen das neue Antiterrorgesetz statt (s. Foto).

Spanien-Kommission

Treffen westeuropäischer Anwälte

Am 23./24.9. fand das vierte Treffen demokratischer Anwälte aus verschiedenen Ländern Westeuropas in San Sebastian statt. Es waren auch drei Anwälte aus der BRD vertreten, die über den Prozeß gegen Kurt Groenewold und Croissant berichteten.

Die ca. 60 anwesenden Verteidiger protestierten u.a. gegen die jüngste Verabschiedung des spanischen Anti-Terrorgesetzes, unterstützten die Forderungen der politischen und sozialen Gefangenen im spanischen Staat nach Verbesserungen der Haftbedingungen und schickten eine Grußadresse an den bevorstehenden IV. Kongreß der Frente Polisario (Westsahara). Zu den Zielen der Vereinigung westeuropäischer Verteidiger, die vor ca. zwei Jahren gegründet wurde, gehört die Verteidigung sozialer, politischer oder nationaler Minderheiten sowie die Untersuchung und Verurteilung von geplanten oder existierenden Ausnahmezuständen in den verschiedenen westeuropäischen Ländern, und die im Namen der Staatssicherheit durchgeführte Verletzung von Verteidigerrechten, des Asylrechts oder ähnlichem.

Spanien-Kommission

Waffen für Südafrika

Dadurch, daß die englischen Behörden einen spanischen Frachter einige Tage im Hafen Strood festhielten und untersuchten, kam heraus, daß dieser Frachter vollbeladen mit Waffen war, die allem Anschein nach für das rassistische Südafrika sowie die proimperialistische UNITA (Angola) bestimmt waren. Es handelte sich bei den Waffen u.a. um 2.830 Schnellfeuergewehre („Armalite") amerikanischer Fabrikation. Die Waffenladung soll im belgischen Hafen Zeebrugge an Bord des spanischen Frachters gekommen sein („El Pais", 26.9.78).

Spanien-Kommission

Niederlande

Prozeß gegen Besetzer des „Amicales" – Zentrums

Am 14. Oktober letzten Jahres war von Mitgliedern anti-imperialistischer und sozialistischer Organisationen in Utrecht das Zentrum der marokkanischen Spitzelorganisation „Amicales" besetzt worden (s. Bericht von „Rood Front Utrecht", AK 116, S.54; AK 137, S.28f). Hierbei waren 16 der Besetzer verhaftet worden, die nun in Utrecht vor Gericht stehen. Einer der angeklagten Genossen sandte uns zum Stand des Prozesses einen Bericht, den wir hier – gekürzt – wiedergeben.



Der Protest gegen die Ausweisung der „illegalen" Marokkaner hält seit nunmehr zwei Monaten unvermindert an. Im Bild die Demonstration Utrecht am 16.9. mit rund 3.000 Teilnehmern, darunter die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (PvdA), der Radikaldemokraten (PPR), des größten Gewerkschaftsverbandes (FNV), das Parlamentsmitglied der Pazifisten-Sozialisten (PSP) und der Sekretär des Rates der Kirchen.

Transparente vorm Gericht während des Prozesses gegen die Besetzer: "Bekämpft die Faschisten – Stoppt die Bedrohung durch die Amicales" und "Verbietet die Amicales – Amputiert den langen Arm von HaSSan".

Ein simpler „Hausfriedensbruch"?

Staatsanwältin und Richter waren sich von vornherein einig: Bei der Besetzung des „Amicales"-Zentrums geht es um „Hausfriedensbruch" und um nichts anderes. Eine Sache, die vorm Polizei-(Einzel-)Richter verhandelt werden kann.

Diese Absprache, die die Staatsanwältin unvorsichtigerweise ausgeplauscht hatte, trug dem Richter am ersten Verhandlungstag gleich einen Antrag auf Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit ein, der aber – auch in der Berufung – abgelehnt wurde.

Daß es sich durchaus nicht um einen simplen „Hausfriedensbruch" handelt, das bewies schon die – selbst von der sozialdemokratischen „Volkskrant" so konstatierte – „*ungewöhnliche*" Massierung der Polizei: Rund 25 zum Teil bewaffnete Zivilbullen im Gerichtssaal, Uniformierte in und vor dem Gericht, eine in der Nachbarschaft des Gerichts bereitstehende Polizeireserve.

Entgegen dem Bemühen der Justiz, die Sache möglichst schnell unter den Tisch zu kehren, forderten die Angeklagten die Überweisung ihres Verfahrens vor ein reguläres Gericht, wo auch die Anrufung von Zeugen – zur Rolle der „Amicales" etc. – besteht.

Sie unterstrichen diese Forderung beim zweiten Verhandlungstag am 4.9. nochmals in einer Erklärung an das Gericht: „*Sie denken, eine einfache Strafsache vor sich zu haben, aber dies ist im Wesen eine Angelegenheit, die die Grundlagen der Demokratie berührt. Die Grundrechte müssen im gleichen Maße gelten für jeden, der in den Niederlanden lebt. Der Staat hat die Aufgabe, die Grundrechte zu schützen und einzugreifen, wenn sie bedroht sind. Wenn er darin versagt, ist es die Pflicht der Bürger, für die Erhaltung dieser Grundrechte zu sorgen.*

Die Amicales sind eine Organisation, die die Marokkaner hier durch Bedrohungen daran hindert, von den Grundrechten Gebrauch zu machen (gemeint sind u.a.: Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, Teilnahme an politischen Veranstaltungen usw. – Anm. AK) ... *Auch in Utrecht haben die Amicales ein Büro. Ungeachtet wiederholter Klagen haben die Behörden nicht eingegriffen. Wir betrachten es als unsere Pflicht, durch eine symbolische Besetzung die Gemeindebehörden aufzufordern, das Büro zu schließen ...*".

Nachdem der Polizeirichter wiederum nicht auf die Forderung nach Überweisung an ein reguläres Gericht einging, verließen die Angeklagten mit ihren Anwälten den Prozeß.

Vor dem Gericht, bei einer kurzen Kundgebung, wo auch ein Sprecher der KMAN (Komitee marokkanischer Arbeiter in den Niederlanden) auftrat, gaben die „Amicales" wieder einmal ein anschauliches Beispiel ihres Demokratieverständnisses. Der örtliche „Amicales"-Führer Hayani, stets in Begleitung eines Gorillas, schlug einem Pressefotografen, der ihn beim Verlassen des Gerichts fotografieren wollte und riß anschließend einige der Kundgebungstransparente vom Gerichtszaun ab. Die Anwälte der Besetzer wurden von Hayani und seinem Gorilla beschimpft und bedroht.

Am 18.9. wurden die Besetzer entsprechend dem Antrag der Staatsanwältin zu 200 Gulden Buße wegen „Hausfriedensbruch" verurteilt. Gegen dieses Urteil sind die Besetzer in Berufung gegangen, so daß die Sache jetzt automatisch vor ein reguläres Gericht kommt.

Vor ihnen steht jetzt die Aufgabe, dieser nächsten Instanz die Führung eines politischen Prozesses abzuzwingen.

Einer der Angeklagten aus Utrecht



Siert Bruins wieder losgelassen

Der niederländische Kriegsverbrecher Siert Bruins, der sich nach dem Krieg „ins Reich" abgesetzt hatte und im Juli in der BRD aufgespürt wurde, war urspünglich – nach der Abweisung des Auslieferungsbegehrens durch die Niederlande – in Hagen in Untersuchungshaft genommen worden. Nachdem über die leidige Sache etwas Gras gewachsen ist, hält es die BRD-Justiz offensichtlich nicht mehr für notwendig, ernsthaftere Verfolgungsabsichten gegen Bruins zu mimen: Gegen die Zahlung von läppischen zehntausend Mark wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt („Die Welt", 27.9.).

Die niederländischen Behörden von diesem Schritt in Kenntnis zu setzen, hielt die BRD-Justiz nicht für nötig. – Der Groninger Staatsanwalt Van Mierop, in dessen Amtsbereich die Verfolgung Bruins' fällt, hält die Freilassung von Bruins für eine „*ärgerliche*" Sache. „*Aber für uns ist es viel wichtiger, ob B. an uns ausgeliefert wird oder nicht. Darüber ist noch immer kein definitiver Beschluß gefaßt...*". Der Gute...!

Der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener in den Niederlanden, Van Zaayen, bezeichnete die Freilassung von Bruins als „*eine erschreckende Maßnahme der deutschen Justiz*". Die Vereinigung sandte der westdeutschen Botschaft ein Protesttelegramm. Die Vereinigung der ehemaligen Widerstandskämpfer schloß sich dem Protest an und äußerte, daß die Freilassung von Bruins zeige, daß der westdeutsche Staat auf seine Bestrafung keinen Wert lege („Utrechts Nieuwsblad", 26.9., „de Volkskrant" 27.9.).

Niederlande-Kommission

Schweiz

Unternehmerwillkür: Die TAT wird eingestellt!

Am 20.9.78 traten 56 der 61 Redakteure der Züricher Boulevardzeitung TAT in den Streik. Eine Woche später zog der Besitzer der TAT, der schweizerische Migros - Konzern (größtes Einzelhandelsunternehmen der Schweiz) seine unternehmerische Konsequenz: alle Redakteure wurden entlassen, die Einstellung der Zeitung bekannt gegeben.

Anlaß für die Auseinandersetzung bei der TAT war der Versuch von Migros, den Kurs des Blattes radikal zu ändern. Die TAT-Redaktion verstand sich als kritisch und radikal auf Seiten der Verbraucher und nahm vielfach in der Kritik von Unternehmenspraktiken kein Blatt vor den Mund: „*Denn die Interessen des kleinen Mannes hatte es so ernst genommen, daß es nicht einmal vor der eigenen Mutter (Anm: gemeint der Migros-Konzern) haltmachte. Den von seinen Redakteuren betriebenen Konsumentenschutz halten die meisten Migros-Oberen inzwischen einfach für 'Wirtschaftsfeindlichkeit'* " (Die Zeit, 15.9.78). Die TAT unterschied sich von herkömmlich bekannten Boulevardzeitungen, daß sie auf die übliche „sex and crime"-Masche verzichtete. Im Juli entließ die Migros-Leitung den bisherigen Chefredakteur Schawinski. Begründung war, daß eine neue Konzeption zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gefunden werden sollte. Zwar hatte sich die Auflage der TAT seit 1976 von 30.000 auf 70.000 erhöht, doch klappte es mit dem Anzeigengeschäft nicht so recht, weil viele Unternehmen das Blatt boykottierten.

Alarm gab es in der TAT-Redaktion dann, als mit der Einsetzung des bisherigen Chefredakteurs der Boulevardzeitung BLICK, dem Christdemokraten Vögeli, das Vorhaben von Migros, das Blatt auf rechten Kurs zu bringen, offensichtlich wurde. Die Redaktion wurde nicht um ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme befragt. Das Maß war voll. Nur die beiden stellvertretenden Chefredakteure und drei gewerkschaftlich nicht organisierte Redakteure beteiligten sich nicht am Streik. Noch am 22.9., in der letzten Ausgabe der TAT, veröffentlichte die Redaktion eine kritische Stellungnahme zum Vorgehen des Migros-Konzerns.

Mit der Einstellung der Zeitung, als Antwort auf den Streik, hat Migros offensichtlich einen schon seit längerem gesuchten Vorwand gefunden, das ungeliebte Blatt loszuwerden. Es erweist sich einmal mehr, wer im Kapitalismus über die „Pressefreiheit" entscheidet: nicht die Produzenten, nicht die Leser der Zeitungen, sondern allein eine Handvoll Herrscher in den Unternehmensetagen. Entlassungen drohen auch in der Züricher Limmatdruckerei, wo 450 Beschäftigte zu etwa 50% mit dem Druck der Zeitung zu tun hatten.

Das meint die Redaktion der TAT

Der Migros-Genossenschafts-Bund (MGB) hat einen neuen TAT-Chefredaktor ernannt, einen Nachfolger für den entlassenen Roger Schawinski. Die TAT-Redaktion vernahm diesen Beschluss aus dem Radio. Und selbst die interimistische Chefredaktion wurde zu keiner Zeit um ihre Meinung gefragt.

Die Redaktion lehnt dieses Vorgehen des MGB ab.

Aus zwei Gründen: Erstens hat uns der MGB bestätigt, das provisorische Redaktionsstatut sei sinngemäss in Kraft. Darin wird vor wichtigen Entscheiden eine Konsultation des Redaktionsausschusses festgelegt. Das wurde vom MGB im vorliegenden Fall nicht eingehalten.

Zweitens: In den – von der Migros garantierten – Verhandlungen über ein endgültiges Redaktionsstatut stand für uns eine wichtige Forderung im Vordergrund: Mitbestimmung bei der Wahl eines Chefredaktors. Diese Forderung hat der MGB mit seinem einseitigen Entscheid zum vornherein abgelehnt. Redaktion TAT

TAT 20.9.78

KAMPFZEITUNG **WUT** der TAT-Redaktion

Sie können mitmachen

ZÜRICH – Statt der gewohnten TAT eine WUT – ärgern Sie sich bitte nicht über die TAT-Journalisten. Wir möchten auch so gerne unsere TAT herstellen. Wenn Sie sich also über die Migros ärgern, können Sie sich an sie wenden. An: Pierre Arnold Migros-Genossenschaftsbund, Limmatstrasse 152 / 8005 Zürich / Tel. 01 44 44 11. Wenn Sie den TAT-Redaktoren schreiben wollen: SJU / VPOD, Postfach, 8030 Zürich. Wenn Sie die fristlos entlassenen TAT-Mitarbeiter gerne finanziell unterstützen möchten, überweisen Sie Ihre Spende an: Schweizerische Journalisten-Union Postcheckkonto 80-36447 Zürich/Vermerk: TAT-Solidarität. Wir danken Ihnen!

Vertrag gebrochen, Streikende entlassen – jetzt muss es gesagt werden:

So macht Migros die TAT kaputt!

ZÜRICH – Heute geben die TAT-Redaktoren keine TAT heraus. Die Migros will es so. Dafür erscheint die WUT. Denn wir sind wütend. Wir, das sind 56 streikende und von der Migros fristlos entlassene Mitarbeiter der TAT-Redaktion. Wir sind wütend, weil uns der Verleger die TAT aus den Händen gerissen hat. Aber wir kämpfen um eine angriffige und kritische Tat und damit für unsere TAT-Leser. Die WUT ist unser Kampfblatt.

Titelüberschrift der Streikzeitung von 56 fristlos entlassenen Redakteuren der TAT

Solidarität notwendig!

Die TAT-Redakteure waren sich bei Beginn ihres Kampfes darüber im Klaren, daß ihre Aktion ein großes Risiko bedeutet. Sie haben es bewußt in Kauf genommen. Sie haben bisher eine große Welle von Solidarität aus der Bevölkerung und verschiedenen Gewerkschaften und linken Organisationen erfahren. An einer Solidaritätsveranstaltung nur einen Tag nach Beginn ihres Kampfes beteiligten sich 700 Menschen in Zürich. Letzte Woche kam die erste Zeitung der Streikenden heraus: „*Kampfzeitung WUT der TAT-Redaktion*", die in einer Auflage von 50.000 verbreitet wurde. Der Kampf der TAT-Redakteure muß unterstützt werden:

Solidaritätsadressen an
Schweizerische Journalisten Union
Postfach 8030
CH 8030 Zürich

Spenden:
Schweizerische Journalisten Union
Postscheckkonto 80-36447
Zürich
Vermerk: TAT-Solidarität

Schweiz-Kommission

Kanton Jura gegründet
Klaren, daß ihre Aktion ein großes Risiko bedeutet. Sie haben es bewußt Schweiz-Kommission

Kanton Jura gegründet — erster Erfolg

82,3% Ja-Stimmen erhielt in einer Volksabstimmung am 24.9. die Gründung eines neuen – des 23. – Kantons in der Schweiz (Wahlbeteiligung: 41,3%). Damit hat das jurassische Volk, das seit Jahrzehnten einen Kampf um politische und kulturelle Autonomie führt, einen wichtigen Erfolg errungen.

Der französischsprachige Jura gehörte bisher zum mehrheitlich deutschsprachigen Kanton Bern. Die Autonomieforderungen der Jurassier sind in der Vergangenheit z.T. mit brutaler Gewalt unterdrückt worden. Jurassier waren im Kanton Bern Bürger zweiter Klasse. Sämtliche führende politische Positionen wurden mehrheitlich mit den sogenannten „Pro-Bernern" besetzt. In den letzten Jahren hatte sich die Repression gegen das jurassische Volk verschärft, u.a. wurden im öffentlichen Dienst Anhänger der „Separatisten" abgelehnt, dies lief mit Billigung der Berner Kantonsregierung ab. Rechtsradikale „Pro-Berner" veranstalteten zunehmend Hetzjagden gegen die Jurassier und ihr Bestreben nach Wahrung ihrer Eigenständigkeit und Kultur. In allen gesellschaftlichen Bereichen läßt sich diese Benachteiligung der jurassischen Minderheit verfolgen. Kundgebungen für Autonomie des Jura wurden von reaktionären Elementen bedroht, die ihrerseits die stillschweigende Duldung der staatlichen Stellen hatten. Zunehmend kam es in den letzten Jahren auch zu Übergriffen der Polizei gegen Aktivitäten der Organisationen für ein autonomes Jura. Scharfen Angriffen waren die Jurassier auch deshalb ausgesetzt, weil fortschrittliche Positionen hier besonders verankert waren. So sind die jurassischen Organisationen an den Anti-AKW-Kämpfen beteiligt, der Kampf gegen die Einführung einer sogenannten „Bundessicherheitspolizei" findet gerade auch wegen der Erfahrungen mit der Polizei breite Unterstützung im Jura. Die jetzt verabschiedete Kantonsverfassung für den Jura ist die fortschrittlichste in der Schweiz (u.a. garantiert sie das Streik- und Demonstrationsrecht und das Wahlrecht ab 18 Jahre, was durchaus nicht üblich ist).

Dennoch ist der Kampf um die Autonomie mit der Abstimmung vom 24.9. nicht beendet. Betroffen hiervon sind die drei französischsprachigen Bezirke im Nordjura, Delsberg, Freiberge, Pruntrut. Die mehrheitlich deutschsprachigen Bezirke Münster, Neuenstadt, Courtelary und Laufen im Südjura gehören nach wie vor zum Kanton Bern, die dort lebende jurassische Bevölkerung wird weiterhin Repressionen und Benachteiligung ausgesetzt sein.





Über 20.000 feierten

Über 20.000 Menschen feierten in der zukünftigen Hauptstadt Delsberg begeistert das Abstimmungsergebnis. Stundenlange Hauptkonzerte und Gesänge sowie das ständige Singen der Hymne der Separatisten, der „Rauracienne", waren Ausdruck der Begeisterung. Den größten Beifall erhielten die Redner der radikalen Organisationen, während deren Reden der Schlachtruf der militanten Jurassier wiederholt aufkam: „*Ce n'est que le debut, continuont le combat*" („*Dies ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter*").

Schweiz-Kommission



Karrikatur aus der Streikzeitung WVT



TAT-Mitarbeiter bauen vor dem Haus des sozialen Kapitals am Limmatplatz Streikposten auf

Belgien

Streik der Erdölarbeiter dauert an

Der Streik der belgischen Erdölarbeiter geht mittlerweile in die dritte Woche. Nach wie vor lehnen die Unternehmer die Forderung der 5.000 Arbeiter und Angestellten nach Erhaltung der Arbeitsplätze für die 256 Kollegen der RBP-Raffinerie in Antwerpen ab (siehe AK 138).

Während Streikbrecher in dieser traditionell kämpferisch eingestellten Branche selten sind, macht der Versuch der Ölkapitalisten, den Streik durch verstärkte Einfuhren aus den Niederlanden, Frankreich und der BRD zu unterlaufen, den Kollegen wesentlich mehr zu schaffen.

Trotz eines Solidaritätsaufrufs der „Gemeinsamen Gewerkschaftsfront" an die Gewerkschaften der Nachbarländer ist der Nachschub noch nicht vollständig unterbrochen und die Versorgung der Tankstellen „normal" („Le Soi", 26.9.). Die niederländischen Raffinerien beispielsweise produzieren gegenwärtig 10 bis 12% mehr als normal (ebenda).

Die Streikenden versuchen, mit fliegenden Streikposten die Tankwagen aufzuhalten. So sperrten sie am 18.9. mit 60 PKW's den niederländischen Grenzübergang bei Meer und konnten dabei 18 Tanklaster erfolgreich an der Weiterfahrt hindern – mit entsprechendem Nachdruck in Form zerstörter Reifen usw. („Amada", 20.9.78). Vielfach können die Tankwagen nur noch unter Polizeischutz beladen werden und ihre Ziele erreichen.

Noch beschränkt sich der Polizeiapparat im wesentlichen auf diese Funktion; allerdings lassen einzelne Überfälle und die sich verstärkende Hetze der bürgerlichen Presse gegen *„die privilegierten Petroleumarbeiter"* sowie häufiger auftauchende „Tartarenmeldungen" („Sabotage" in der besetzten Raffinerie, angebliche „Bombendrohungen" usw.) eine Verschärfung der Auseinandersetzung von Seiten des Staatsapparats erwarten.

Gleichzeitig wächst aber auch die Solidaritätsfront mit den kämpfenden Erdölarbeitern. Hier sei beispielhaft die Bildung eines „Vrouwen Bezetters-komitee" durch etwa 80 Ehefrauen der RBP-Kollegen erwähnt, die mit der Durchführung einer Demonstration in Antwerpen, der Verbreitung von Solidaritätsaufrufen usw. sich aktiv in die Streikbewegung eingeschaltet haben.

(Die Adresse der Besetzer:
RBP-Kaai 279-285, Postbus 39,
4de Havendok, B-2000 Antwerpen.)

Belgien-Kommission



RBP-Arbeiter bei einer Blockade-Aktion auf dem „Großen Markt" in Antwerpen

Couvin: „Ils ne passeront pas!"

700 m vom Zentrum des idyllisch in der südlichen Wallonie nahe der französischen Grenze gelegenen Städtchens Couvin (5000 Einwohner) soll ein 70 m hoher Staudamm errichtet werden. Angeblich, um die Wasserversorgung der Region sicherzustellen. Die Einwohner wehren sich gegen das Projekt, das ihre Lebensgrundlage massiv beeinträchtigen würde, mit vielfältigen Methoden, militante Aktionen gehören dazu.

Seit Bekanntwerden der Pläne reißt die Kritik nicht ab. Die Begründung der Regierung für die Notwendigkeit des Dammes wurde Stück für Stück auseinandergenommen:

- die Berechnungsgrundlagen für den Wasserbedarf sind falsch,
- die Möglichkeiten der Reinigung benutzten Wasser werden nicht genutzt.

In Wirklichkeit dient das Projekt nicht der Wasserversorgung der Bevölkerung, sondern einer Handvoll großer Industrien; beispielsweise der Kühlwasserversorgung der – in Kürze – 3 AKWs in Tihange und dem französischen Reaktor in Chooz.

Die Folgen für die Bevölkerung sind nicht abzusehen; neben der Überflutung dreier Täler sind sie auch direkt bedroht: mit 6000 Toten rechnen die Staudammgegner im Falle eines Bruchs.

Als trotz der Proteste mit den Bauarbeiten begonnen wurde, ging die Bevölkerung von ursprünglich friedlichen Kampfformen (Informationsmärsche durch das Umland, Veranstaltungen) zu radikaleren Aktionen über: seit Mai dieses Jahres wurde der Bauplatz mehrmals besetzt und die Anlagen außer Betrieb gesetzt. Die Reaktion des Staatsapparats war die übliche: Kriminalisierung und versuchte Isolierung der Aktiven (Anzeigen, stundenlange Verhöre), Bespitzelung und Einschüchterung durch ständige Polizeipräsenz. Die Antwort der Massen auf die Verfolgung einzelner Militanter: eine Selbstbezichtigungsaktion von 550 Einwohnern der Stadt – das sind über 10 %.

Als jetzt gerüchteweise bekannt wurde, die endgültige Entscheidung – und damit die Enteignungen – sei für Ende September geplant, brachte der in den Wäldern operierende Sender „Radio Couvin" (neben der Zeitung das wichtigste Informationsmittel des Couviner „Verteidigungkomitees") einen Aufruf:

„Wir haben den Krieg nicht gesucht. Die Gewalt geht von der Macht aus. Um uns zu verteidigen, haben wir nur eine Alternative: kämpfen. In Couvin herrscht Krieg – Krieg dem Staudamm. Es hängt von euch ab, ob wir siegen. Wir werden euch bald zusammenrufen, seid bereit!" („Pour", 31.8.78).

Am 26.8. lief dann unter den Augen von Presse und Fernsehen die eine Stunde vorher über „Radio Couvin" angekündigte Aktion ab:

„Von allen Seiten strömten Demonstranten auf den Bauplatz, man weiß nicht woher – Kinder, Frauen, Bauern, Alte. Lange Eisenstangen, die für Bohrungen verwendet werden, sind in den Fäusten. Das Blech der Baracke erzittert unter den Stößen. Jetzt fangen mehr als 100 Leute an, sie mit hauruck wegzuschieben. Ein Jugendlicher besteigt das Dach und befestigt eine schwarze Fahne. Die Polizei erscheint, die Aktion ist zu Ende. Es geht wieder zurück in die Stadt, ein lärmender Autokorso verkündet den Sieg" („Pour", 31.8.78).

Belgien-Kommission

England

Gewerkschaftskongreß 1978: Mißglückter Wahlrummel für Labour

In der Woche vom 4.9. tagte in Brighton der britische Gewerkschaftsdachverband TUC.

Nach drei Lohnraubabkommen zwischen TUC-Führung und Labourregierung war den Arbeitern die Rückkehr zu freien Lohnverhandlungen versprochen worden. Die TUC-Führung hatte gar noch verbal protestiert, als Premierminister Callaghan im Juli erneut fünf-Prozent-Lohnleitlinien forderte – bei über acht Prozent Preissteigerung! Immerhin ist nach vier Jahren Labourregierung die Zahl der Arbeitslosen mit 1,7 Mio. auf das Dreifache gestiegen – wo doch durch Lohnverzicht angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollte.

Da jedoch allgemein für Anfang Oktober mit Unterhausneuwahlen gerechnet wurde, eröffnete TUC-Vorsitzender Basnett den Gewerkschaftstag mit einem Wahlaufruf für Labour. In seiner Rede sprach er zwar viel von zu zeigen, wo er gelandet ist: bei einem Wahlaufruf für Labour!

Als Callaghan am Donnerstag – zwei Tage nach seinem Wahlaufruf (!) schließlich bekanntgab, daß die Wahlen wider Erwarten noch nicht im Oktober stattfinden, war der Gewerkschaftstag zur Posse geworden.

Auf dem Weg zum Polizeistaat?

Nachdem Doug Grieve, Sekretär der Tabakarbeiter und Alan Sapper, Generalsekretär der Kinotechniker, Einzelheiten über die antigewerkschaftlichen Aktivitäten der „Special Branch" (politische Abteilung von Scotland Yard) und der SPG, einer Art MEK, enthüllt hatten, beschloß der Kongreß die Forderung nach einer Untersuchung solcher Praktiken: z. B. wurde bekannt, daß Scotland Yard Akten über die Kongreßdelegierten führt, Telefone abhört, Post öffnet und auf Veranstaltungen die Besucher fotografiert. Sapper zeigte die SPG als paramilitärische Sondereinheit, die nun auch schon gegen Hausbesetzer eingesetzt werde. In einer Resolution wurde auch die jüngste Forderung von Scotland Yard-Chef „Hammer" McKnee nach Ausweitung der polizeilichen Vollmachten als „wesentlicher Schritt in Richtung Polizeistaat" zurückgewiesen („Guardian", 6.9.). Ein Hinweis auf die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit des sozialdemokratischen Innenministers fehlte naturgemäß. Wie der „Socialist Worker" vom 16.9. enthüllte, wurden die Delegierten während des gesamten Kongresses durch verspiegelte Glasscheiben im Vorraum des Saales beobachtet ...



Jugendliche der „Right-to-work-Campaign" fordern vor dem Kongreßgebäude die TUC-Delegierten auf, für das Recht auf Arbeit zu kämpfen

Gerechtigkeit, Nordseeöl und Investitionskontrollen – die staatliche Lohnpolitik erwähnte er mit keinem Wort. Etwas Protest seitens der Delegierten wurde erst laut, als Callaghan bei seinem traditionellen Auftritt am zweiten Tag des Kongresses ganz frech für eine Begrenzung der kommenden Lohnerhöhungen auf fünf Prozent eintrat – um anschließend auch noch die Unterstützung des TUC bei den anstehenden Neuwahlen zu fordern.

In der wirtschaftspolitischen Debatte am dritten Tag wurde zwar mit überwältigender Mehrheit die Rückkehr zu freien Lohnverhandlungen beschlossen, doch selbst die „radikalsten" Vertreter dieser Position traten für „verantwortungsbewußte gewerkschaftliche Lohnforderungen" ein. Eine Minderheit aus Postgewerkschaft, Eisenbahnern und Beamtengewerkschaft NALGO stimmte gar für die fünf Prozent!

Nachdem bereits vor einiger Zeit ein „Gewerkschaftskomitee zur Wiederwahl von Labour" gegründet wurde, dem fast sämtliche Einzelgewerkschaften angehören, rief der TUC nunmehr dieselben auf, umgerechnet vier bis sechs Millionen DM als Wahlfonds aufzubringen.

Der einst als „militanter Linker" bekannte scheidende Vorsitzende der Metaller (AEUW) Hugh Scanlon, bis 1955 Mitglied der KP, hielt eine sentimentale Abschiedsrede – wie um

Keine Neuwahlen

Die Erklärung Callaghans vom 7.9., vorerst keine Neuwahlen anzustreben, kam unerwartet. Es war stets angenommen worden, daß Callaghan nach der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode im Oktober bei allen entscheidenden Abstimmungen keine Mehrheit mehr zusammen bekommt, da die Liberalen den „Pakt" mit Labour gekündigt hatten. Daher sei es taktisch klüger, sich vor entscheidenden Abstimmungsniederlagen freiwillig zur Wahl zu stellen, zumal wirtschaftlich (Zahlungsbilanz, Stabilisierung des engl. Pfundes, Rückgang der Inflation) die Lage etwas verbessert aussieht.

Inzwischen wird Callaghan jedoch allgemein wieder eine Chance im Parlament eingeräumt. Zwar haben die Liberalen auf ihrem Parteitag Mitte September erneut betont, jetzt konsequent gegen Labour zu stimmen. Das würde aber nicht zum Sturz der Regierung führen, da inzwischen die schottischen Nationalisten (SNP) erklärt haben, sie würden sich der Stimme enthalten, wodurch die Regierungsmehrheit erhalten bleibt. Der Hintergrund für das Verhalten der SNP liegt in den schlechten Wahlaussichten: die neuesten Meinungsumfragen orakeln gewaltige Stimmenverluste der Nationalisten zugunsten von Labour, wodurch die SNP mehrere ihrer 1974 neugewonnenen Sitze wieder an Labour verlieren würde. Ein möglicher Tory-Wahlsieg würde außerdem den Traum eines schottischen Landesparlaments erstmal zunichte machen.

Da die Liberalen angesichts des Skandals um ihren unter Mordanklage stehenden ehemaligen Parteivorsitzenden Jeremy Thorpe sogar riskieren müssen, nach Neuwahlen gänzlich von der Bildfläche zu verschwinden, sind Callaghans Aussichten, den Winter als Regierungschef zu überstehen, auf dieser Ebene gar nicht so schlecht.

Eine wichtige Rolle wird aber noch das Verhalten der Gewerkschaften bzw. die Kampfkraft der Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung um die fünf-Prozent-Norm spielen. Am 25.9. streikten bereits die 57.000 Fordarbeiter für umgerechnet 75 DM mehr pro Woche, was sich eindeutig gegen die Labourregierung richtet. Diese hat Ford bereits mit Sanktionen gedroht, wenn sie über fünf Prozent abschließen. Die Tories lehnten zwar Sanktionen ab, traten aber ebenfalls für fünf Prozent ein („Guardian", 26.9.). Transportarbeiter haben bereits ihre Solidarität angekündigt, um zu verhindern, daß Ford seine internationalen Verbindungen ins Spiel bringen kann.

Englandkommission

England

Staatsschutzprozeß gegen linke Pressearbeit

Am 5. September begann in London das Verfahren gegen die beiden antiimperialistischen Journalisten Crispin Aubrey („Time Out") und Duncan Campbell („New Statesman") und den ehemaligen SIGINT-Offizier John Berry. SIGINT ist eine „Nachrichten"-Einheit der britischen Armee (siehe Kasten). Der nach den Anfangsbuchstaben der Angeklagten so benannte ABC-Prozeß richtet sich gegen Verstöße der drei gegen das „Official Secrets Act". Über die Hintergründe berichteten wir ausführlich in AK 130; im wesentlichen geht es um den Vorwurf, die drei hätten unter Bruch des Gesetzes Informationen empfangen, gesammelt oder verbreitet, die „sich gegen die Sicherheit und das Interesse des Staates richten".

Da die fraglichen Informationen selbst nach Ansicht der bürgerlichen Presse nicht besonders „geheim" sind, handelt es sich hier eher um einen Versuch, linke Journalisten zum Schweigen zu bringen, die sich ausgerechnet für die finsteren Tätigkeiten internationaler „Nachrichten"dienste elf der 82 möglichen Geschworenen gar nicht mehr erschienen.

Bereits wenige Tage nach Prozeßbeginn hatte wiederum die Verteidigung die bereits amtierenden Geschworenen „durchleuchtet": drei davon hatten sich früher als Staatsbedienstete schriftlich zur Einhaltung des O.S.Acts verpflichtet. Der Gipfel war allerdings, daß die Geschworenen jemand zu ihrem Sprecher gewählt hatten, der jahrelang für die Provokateurstruppe SAS in Nordirland, Zypern, Malaya und Singapore tätig war. Dennoch entschied der Richter gegen den Antrag der Verteidigung, der Prozeß könne ruhig mit der gleichen Jury weitergeführt werden und wies die Presse an, diese Fakten nicht zu veröffentlichen. Erst als in einer Fernsehsendung über die Bedenken der Verteidigung berichtet wurde, schickte er die Geschworenen nach Hause und setzte einen neuen Prozeß an.

Für den neuen Prozeß hat die Staatsanwaltschaft bereits einen Teil

v.l.n.r.: Duncan Campell, Crispin Aubrey und John Berry mit Anhängern.

wie SIGINT interessieren. Die Schwierigkeit für ABC liegt besonders darin, daß nach dem „Official Secrets Act" der Staat auch noch im Nachhinein bestimmen kann, was „geheim" ist, und die Angeklagten nun den Gegenbeweis erbringen müssen. Das der Staat alles daran setzt, den Ausgang des Prozesses in seinem Sinn zu planen, wurde schnell deutlich:

Am Eröffnungstag wurde bekannt, daß die Liste der möglichen Geschworenen seitens der Staatsanwaltschaft überprüft wurde: Dazu Staatsanwalt Leonhard ganz frech: „Wer als nicht staatstreu bekannt ist, wäre sicher nicht geeignet". Seltsamerweise waren dann der schwersten Anklagepunkte fallen gelassen, angeblich um den Prozeß zu beschleunigen. Der kann aber erst am 3. Oktober beginnen, weil nun auch noch der Richter wegen „Krankheit" ersetzt wird.

Die Verteidigung hat bereits gegen die erneute Gesinnungsüberprüfung der möglichen Geschworenen protestiert, zu der die Staatsanwaltschaft die Unterlagen der „Special Branch" (politische Abteilung von Scotland Yard) und anderer Geheimdienste benutzen kann (nach Informationen aus dem „Guardian" vom 6., 19., 20., 26.9.78).

Englandkommission

SIGINT auch in der BRD

SIGINT hat die Aufgabe, mit elektronischen Mitteln Nachrichtensendungen, Radar und Satellitensendungen aufzufangen und womöglich zu entziffern. Die Unterabteilung COMINT ist am wichtigsten, sie empfängt Sendungen jeder Art, ob zwischen Panzern und Regimentsführung oder zwischen Außenministerien und ihren Botschaften. Von hier stammen 80 Prozent aller „Erkenntnisse".

COMINT ist auch äußerst wichtig außerhalb des reinen Militärbereichs, in Diplomatie und Wirtschaft.

In der BRD operiert SIGINT unter der Bezeichnung 13. Regiment des Königl. Fernmeldekorps, früher „1st Special Wireless Regiment", seit Ende des 2. Weltkriegs. Hauptsitz ist die Mercury-Kaserne in Glückstadt. Daß es sich dabei nicht um ein Fernmeldebataillon herkömmlicher Art handelt, geht aus einem Bericht ihrer Unterabteilung in Westberlin, dem 3. Schwadron hervor: „*Für die meisten Einheiten ist es nichts besonderes, unter Feldbedingungen zu arbeiten. Das ist bei uns allerdings etwas anders, da unsere gesamte Tätigkeit innerhalb der Kasernen stattfindet*" — man kann sich leicht vorstellen, daß man zur Abhörung des Funkverkehrs in Berlin keine Feldausrüstung braucht.

Übrigens hat das 13. Regiment einen Spezialtrupp („H Troop") in D a n n e n b e r g. Vermutlich ist der seit einiger Zeit nicht mehr allein zum Lauschen in die DDR eingesetzt (Informationen aus „The Leveller", Juni 1978).

Englandkommission

Skandinavien

Unterstützung für den Streik bei BIL & TRAKTOR!

Seit dem 1.6.78 streiken in Boden in der schwedischen Region Norrbotten (nördlich des Polarkreises) 41 Kollegen der Firma Bil & Traktor, ein Betrieb, der dem VOLVO-Konzern angeschlossen ist.

Sie wenden sich gegen die Ungleichbehandlung (sie bekommen weniger Lohn als die Metall- und Autoarbeiter in der Umgebung) und vor allem gegen die Absicht der Unternehmer, den dort 1971 abgeschafften Akkordlohn wieder einzuführen. Dieser Streik, der bisher längste in Schweden seit dem großen Metallarbeiterstreik 1945, ist „ungesetzlich" und wird von der Gewerkschaft (LO) nicht unterstützt, da während eines laufenden Tarifvertrages nicht gestreikt werden darf.

Die endgültige Wiedereinführung der Akkord-Löhne gehört offenbar zu den vordringlichsten Zielen der Kapitalisten. Allein im Monat Mai/Juni 78 haben dagegen 10 000 Menschen in insgesamt 71 Betrieben gestreikt (Dagens Nyheter, 5.9.). Der Erfolg der Boden-Arbeiter ist daher von großer Bedeutung in diesem Kampf.

Als Versuch zur Zerschlagung des Streiks wählten die Kapitalisten diesmal weder Aussperrung noch Entlassungen. Sie ließen die Arbeiter durch ein Gericht zu 400,- SKr. verurteilen: Schadenersatz! Das Gericht forderte außerdem die Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dazu sagte der SAF (Arbeitgeberverband)-Vertreter Ake Carlhammar, daß man befürchtet hatte, daß keine qualifizierten Ersatz-Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden, vielleicht wäre überhaupt zu befürchten, daß „niemand diese Arbeit übernehmen würde" (DN, 30.8.).

Hinzu kommt, daß Arbeitgeber die Namen der verurteilten Arbeiter von BT zusammen mit dem Urteil an 900 Firmen in der Region verschickten!

Als Solidarität mit den Boden-Arbeitern sind überall im Land Streik-Unterstützungskomitees gegründet worden (DN, 13.9.). 350 000,- SKr. sind bisher gesammelt worden, u.a. in der Eisenerzgrube von Kiruna. Auch dort kämpfen die Arbeiter z.Zt. gegen die Einführung der Akkord-Löhne. Die Frage, die selbst Dagens Nyheter stellt (6.9.), ist, ob die Verurteilung zu Schadenersatzzahlungen ein geeignetes Mittel zur Beendigung des Streikes war.

Nun wurden am 8.9. die BT-Arbeiter noch einmal, jetzt zu rund 1 000,- SKr. wegen desselben (!) Streikes verurteilt (DN, 9.9.) ! Interessant ist in diesem Zusammenhang die Taktik der Gewerkschaften: sie unterstützen den „wilden" Streik der Boden-Arbeiter nicht, vertreten sie aber anwaltlich vor dem Arbeitsgericht, das wiederum paritätisch u.a. von Vertretern von LO besetzt ist ...

Diese, zweite, sehr hohe Bußgeldverurteilung ist in Schweden bisher einmalig. Mit der Einführung des Mitbestimmungsgesetzes war die Höchstgrenze für Bußgelder bei Streiks von 200,- SKr gefallen. Ein wesentlicher Protest, vor allem in der Linken, die den Streik unterstützt, richtet sich daher gegen die einseitige Verurteilung der BT-Arbeiter und die Tatsache, daß überhaupt in nicht festgesetzter Höhe Schadenersatz geleistet werden sollte.

Selbst den Sozialdemokraten (SAP) erscheint es an der Zeit, sich wieder mal um die „Arbeiterinteressen" zu kümmern. Daher hat die SAP-Fraktion einen Antrag in den Reichstag gebracht, der — von Olof Palme persönlich mitunterzeichnet — eine erneute Einführung der 200-Kronen-Grenze fordert. Z. Zt. werden für diese Forderung und den Antrag Unterschriften gesammelt. An dieser Unterschriftensammlung beteiligen sich außer einem gewerkschaftlichen Komitee SAP-Mitglieder, der KAF (Trotzkisten) und FK, dieser mit der Begründung, daß z. Zt. nur diese Forderung durchzusetzen sei, die ersatzlose Streichung des Bußgeldes sei eine Forderung, die daher nur der Propagierung des eigenen Parteiladens diene und die Bewegung spalten würde ... Lediglich die revisionistische VKP vertritt die Forderung nach ersatzloser Streichung („Arbetarkamp" 15/78 und Internationalen 35/78).

Ser Streik geht indessen weiter!

Skandinavien-Kommission

Schweden: Polizei räumt „Freiquartier Mullavaden"

Am 20.September wurde das seit zehn Monaten von Jugendlichen und ehemaligen Mietern besetzte „Freiquartier Mullvaden" in Stockholm von der Polizei geräumt. Am frühen Morgen gingen 80 Polizisten mit Brandäxten, Motorsägen usw. gegen die von den ca. 50 Besetzern errichteten Barrikaden vor. Ohne Widerstand zu leisten, wurden die Hausbesetzer nach 1 1/2 Stunden auf die Straße gesetzt. Inzwischen hatten sich 500 Demonstranten eingefunden, sie konnten zwar die von der Polizei geschützte, sofortige Vernichtung der Häuser nicht aufhalten, äußerten aber ihren Protest, indem sie eine Straße durch Sitzstreik blockierten. Als die Polizei mit Pferden anrückte, zogen sich die Demonstranten zurück.

Skandinavienkommission

Dänemark: Proteste gegen Regierungspolitik gehen weiter!

Nach der Bildung der Regierungskoalition von Sozialdemokraten und der rechten Partei „Venstre" Anfang September gehen die Proteste der Arbeiterklasse gegen den neuen Regierungskurs — Steuerhöhungen, Lohnabbau und Preissteigerungen — weiter. Die Regierungsumbildung war auch auf scharfen Widerspruch in den Reihen der Sozialdemokratie selbst gestoßen (s.AK 138). Nach neuesten Meinungsumfragen haben die Sozialdemokraten durch diese Politik 250 000 Stimmen verloren. Nach diesen Umfragen würde bei Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt der Löwenanteil (80 000) Stimmen an die linkssozialdemokratische „Socialistisk Folkeparti" gehen.

Aus Protest gegen die neue Regierung haben die Schiffbauer der Kopenhagener Großwerft B&W in einer Urabstimmung beschlossen, am 3.Oktober (dem 5. Jahrestag des dänischen EG-Beitritts), einen neuen Streik durchzuführen. Die Arbeiter fordern: Garantie der Regierung, sich nicht in Tarifverhandlungen einzumischen, Auszahlung der Teuerungszuschläge. Die Gewerkschaftsführung hat beschlossen, den Streikaufruf der B&W-Arbeiter nicht zu unterstützen, da ein Streik „nur die Arbeitsplätze gefährdet und Geld kostet". Anfang September hatte die Gewerkschaftsführung noch ganz andere Töne gespuckt. Damals hatte sie von „Verrat der Sozialdemokratie an der Arbeiterbewegung" gesprochen und die Absetzung der sozialdemokratischen Folketingsgruppe gefordert. Das waren einige der typischen „radikalen" Phrasen der Gewerkschaftsführung, die sich bemühte, sich an die „Spitze" breiter Massenproteste zu setzen. Bislang gehen die Proteste jedoch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung weiter.

Am 16./17.9. riefen 400 Betriebsräte auf einer Konferenz dazu auf, die Regierungskoalition „kategorisch abzulehnen"! Weiterhin forderten die Betriebsräte die 35-Stunden-Woche und 5 Wochen Urlaub bei vollem Lohnausgleich.

Besonders scharfe Proteste gibt es auch bei den Kopenhagener Müllmännern, die — wie die Mehrheit der dänischen Industriearbeiter — am 1.9. in den Warnstreik gegen die neue Regierung getreten waren. Als sie jedoch nach 2 Tagen die Arbeit wiederaufnehmen wollten und 100% Zulage für den Extra-Müll forderten, den sie wegmachen sollten, wurde das abgelehnt. Deswegen verlängerten die Müllmänner ihren Streik. Die Strafe, die vom Arbeitsgericht verhängt worden ist, wird von den Arbeitern nicht bezahlt.

Weitere Kampfmaßnahmen deuten sich im Gesundheitssektor an, da die Sozialdemokraten die Schließung eines Kopenhagener Krankenhauses beschlossen haben, in dem 75% (!) der Entbindungen gemacht werden. Für die Frauen heißt das, daß sie in Zukunft nach dem Willen der Sozialdemokratie zu Hause entbinden sollen.

Skandinavienkommission

Norwegen: Wirtschaftskrise

Um der katastrophalen Entwicklung der Wirtschaft Einhalt zu gebieten, erließ die norwegische Regierung die schärfsten Maßnahmen seit Kriegsende; bis 1980 soll ein Preis- und Lohnstop gelten. Hintergrund der momentanen verheerenden ökonomischen Situation sind die nicht eingetroffenen Erwartungen hinsichtlich der norwegischen Erdölgeschäfte. Offiziell wurde erklärt, daß die ständig gestiegenen Kosten im Zusammenhang mit der Ölförderung mehr an der Wirtschaft des Landes gezehrt haben, als das Land verkraften konnte. Entstandene Defizite sollen nun durch die Senkung des „Lebensstandards" der werktätigen Bevölkerung Norwegens — denn das beinhaltet der von der Regierung erlassene Lohnstop — kompensiert werden.

Während das Kapital genügend Möglichkeiten besitzt, einen Preisstop zu umgehen — durch Veränderung der Verpackung usw. —, werden so die Lasten der Wirtschaftskrise voll auf den Rücken der Werktätigen abgewälzt. Gerechnet word mit einem generellen Lohnabbau von 5 Prozent, das bedeutet, daß der ‚Lebensstandard' au das Niveau von 1975 gesenkt wird. Genug Zündstoff also für künftige Arbeitskämpfe in Norwegen. Schon jetzt haben in einigen Betrieben die Arbeiter ihren erbitterten Widerstand gegen die Maßnahmen der Regierung angekündigt. Gefordert wird ein Generalstreik.

Westdeutsche und dänische Polizei: „Auf gute Zusammenarbeit!"

Mitte des Monats fand in Kopenhagen ein Treffen zwischen dem schleswig-holsteinischen Innenminister Titzck - Verantwortlicher des brutalen Polizeieinsatzes in Brokdorf am 13. November 1977 — und dem dänischen Polizeichef Erning Heide-Jörgensen statt. Titzck fand nur lobende Worte für die dänischen Bullen und die Zusammenarbeit an der deutsch-dänischen Grenze: „*Die unkomplizierte Zusammenarbeit der Polizei über die Grenze hinweg ist für beide Seiten von unschätzbarem Nutzen und könnte nicht besser sein*". Die Staatsgrenze sei bei der Zusammenarbeit der Polizei beider Länder nicht „*als trennende Grenze spürbar*". In der Tat, insbesondere bei der „Terroristenfahndung" hat die dänische Polizei immer sofort auf die Anforderungen des BKA und sonstiger BRD-Stellen gespurt. So ließen die dänischen Bullen im letzten Jahr — nach Mitteilung des BKA, es würden sich Terroristen in Dänemark aufhalten — ein riesiges Gebiet an der dänischen Westküste militärisch abriegeln. Als nach den „Selbstmorden" von Stuttgart-Stammheim in Kopenhagen eine Pressekonferenz mit den Rechtsanwälten Ströbele und Weidenhammer durchgeführt wurde, waren mehrere westdeutsche Zivilbullen anwesend, die einige Tage später von Journalisten bei der deutschen Botschaft fotografiert wurden. Die Zusammenarbeit soll aber noch besser werden. So wurden auf dem Spitzengespräch auch „die Probleme der elektronischen Datenverarbeitung im Polizeieinsatz" erörtert (Zitate nach „Welt", 18.9.78).

USA

USA — Ordnungshüter Nr. 1
Internationale Polizeiausbildung


Auch er wurde vom CIA „ausgebildet": Saigons Polizeipräsident (hier bei der Exekution auf offener Straße)

Der Einfluß der USA in den Ländern der „freien Welt" geht neben der offen-brutalen militärischen Intervention oder „Schutzmacht" und der Untergrundarbeit des CIA auch den Weg über halboffene Programme. Dazu zählt die Ausbildung ausländischer Polizisten sowohl in den USA als auch in deren Heimatländern. Traurige Berühmtheit erlangte dabei das Programm der südvietnamesischen Polizei „Operation Phoenix".

Anfangs leitete noch der CIA direkt diese Trainingsprogamme. So enthüllte 1966 das US-Magazin Ramparts, „*daß die Staatsuniversität von Michigan von der CIA von 1955 bis 1958 (!) zur Durchführung eines verdeckten Polizei-Ausbildungsprogramms in Südvietnam benützt wurde. Die Agentur hatte der Universität für ihre Dienste 25 Millionen Dollar waren in dem Stab des Programms ‚versteckt' worden*" (1). Überhaupt spielten die Universitäten eine große Rolle; denn gleichzeitig liefen im Rahmen der „Politischen Bildung" durch den US-Imperialismus Einzelprogramme nahezu aller Ministerien und Behörden, in deren Rahmen sowohl ausländische Studenten in den USA rekrutiert wie auch „geeignete" Ausländer eingeladen wurden. So leitete auch die Bundeskriminalbehörde FBI etwa Mitte der fünfziger Jahre umfangreiche Polizeitrainingsprogramme in den USA und Übersee ein, z.B. in Südkorea, Persien, Afrika und Lateinamerika. In Indonesien erhielten bis 1964 fast 4.000 Zivilisten US-Polizeiausbildung (2). Polizeiliche Führungskräfte aus vielen Ländern besuchten kostenlos die FBI-Akademie in den USA. „*Das Büro [FBI] geht davon aus, daß die Rückzahlung in gutem Willen seitens der ausländischen Gäste und die Verbesserung des Polizeisystems in befreundeten Ländern für das von den USA gelieferte Training eine reichliche Kompensation [Entschädigung] darstellt*" (3).

Von der „Internationalen Polizei-Akademie" (IPA) in Washington waren Mitte der sechziger Jahre rund 2.000 Polizeioffiziere aus 46 Ländern in mehrwöchigen Kursen ausgebildet worden, vor allem in Techniken der Unterdrückung ziviler Unruhen und Protestbewegungen. Nach Meinung der US-Ausbilder wurden dadurch „Hunderttausende von Polizisten überall in der Welt" mit beeinflußt (4).

Wir bilden aus: Folterknechte

Die Einrichtung der IPA hatte insbesondere für den US-Einfluß auf das zivile Leben in Lateinamerika Bedeutung. Ein lebendiges Beispiel liefert jetzt der kubanische Agent Manuel Hevia, der 1962 bis 1970 im CIA arbeitete und in Uruguay eingesetzt war. In seinem Buch „Passport 11333", das er während der Weltjugendfestspiele in Havana vorstellte, schildert er einen Vorfall: Der US-Beamte Dan Mitrione folterte im Rahmen eines Verhörmethoden-Kurs für uruguayische Polizisten 1970 persönlich vier Bettler durch Elektroschocks zu Tode. „*Da gab es gar kein Verhör, denn die vier unglückseligen Bettler, die gefoltert wurden, konnten nichts antworten, da sie überhaupt nicht ausgefragt wurden. Sie waren einfach Versuchskaninchen, um die Wirkung von Elektroschocks auf verschiedene Körperteile zu zeigen*" (New York Times, 6.8.78).

Mitrione, der als Chef eines „Programms für öffentliche Sicherheit" des US-Entwicklungsdienstes in Montevideo war, wurde 1970 von den Tupamaros entführt und hingerichtet. Damals dementierte das US-Außenministerium strikt jede Beteiligung Mitriones an Folterprogrammen gegen politische Gefangene.

„Der richtige Schmerz zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle" war sein Motto. Ein vorzeitiger Tod bedeutete, daß die Technik versagt hatte. Wenn sich die Gelegenheit bot, „besuchte" Mitrione mit seinen Kursteilnehmern auch im Polizeipräsidium Montevideo echte Verhöre (5).

Doch Mitrione war nur ein Glied in der Kette des US-Polizeitrainings und das „Programm für öffentliche Sicherheit" nur ein Teil neben zahlreichen Anti-Guerilla-Schulen, Armee- und Geheimdienst-Spezialeinheiten. 1962 „studierten" beispielsweise an der Anti-Guerilla-Schule in Fort Bragg (North Carolina) 124 Ausländer, darunter aus Südvietnam 40, Thailand 24, Nationalchina 10, Südkorea 9, Türkei 8 (6).

Öffentliche Sicherheit

Im gleichen Jahr wurde das „Büro für öffentliche Sicherheit" (OPS = Office for Public Safety) gegründet. Es wurde anfangs von John und Robert Kennedy sowie CIA-Colonel Edward Zansdale geleitet. Die Ziele von OPS waren „*das Senden von Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen an ausländische Polizei, Training von ausländischer Polizei und Entsenden von Public Safety Advisors [Beratern] ins Ausland*" (7). OPS wurde eine neue, vollkommen unabhängige Organisation, die unkontrolliert von der Öffentlichkeit, von der CIA geleitet und als Frontorganisation benutzt werden konnte. Über das OPS-Programm wurden von 1962 bis 1975 nicht nur Polizeibeamte, Folterer und Angehörige von Geheimdiensten aus nahezu allen Ländern der „freien Welt" ausgebildet, sondern auch Operationen größten Ausmasses durchgeführt, wie zum Beispiel die Operation Phoenix in Südvietnam. Nach Aussage des früheren CIA-Chefs Colby wurden dabei in den Jahren 1968-70 insgesamt 26.369 südvietnamesische Zivilisten getötet, die die dortige Regierung kritisiert hatten oder mit dem Viet Cong „sympathisierten".

In der IPA wurden Polizisten vor allem im Gebrauch von modernen Waffen, in Planung und Forschung, Kommunikation und Counterinsugency unterrichtet. Andere Bereiche waren Innere Sicherheit, Counter Subversion, Drogen und wissenschaftliche bzw. technische Geräte und Methoden.

Jeder IPA-Student mußte zudem ein Thesenpapier verfassen, das von der IPA, wenn es akzeptiert worden war, in der Bibliothek benutzt wurde und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Viele dieser Papiere sind „wissenschaftliche" Abhandlungen über den Gebrauch von verschiedenen Foltermethoden und ähnlichen „Aktivitäten". Bekannt sind auch Kontakte von IPA-Studenten zu faschistischen Terrororganisationen vor allem in Lateinamerika, wie zur brasilianischen Todesschwadron oder zur mittelamerikanischen „Weißen Hand".

Neben dem OPS arbeitete das Büro der Grenzpolizei (BPO = Border Police Offices) in Los Fresnos, Texas. Hier wurden Polizisten in praktischen Übungen darin ausgebildet, wie man mit Sprengstoff umgeht oder Brände legt.

1975 (nach dem Sieg des vietnamesischen Volkes) erreichte die Kritik an diesen Polizeitrainingsprogrammen einen Höhepunkt und nach einer heftigen Kampagne im US-Kongreß wurden per Gesetz am 1.7.75 sämtliche derartige Programme offiziell beendet. Die Ausbildung ausländischer Polizei durch US-Polizei wurde für illegal erklärt. Es änderten sich allerdings nur die Namen und Standorte.

In Edgewood (Maryland) in der Nähe von Washington wird die BPO fortgeführt. Und im ehemaligen Gebäude der IPA arbeitet heute die Zoll-Akademie. So wurden allein 1973 bis 1977 vom Customs Service (Zoll) 11.763 ausländische Polizeikräfte ausgebildet. Außerdem hat das „Internationale Drogen-Programm" (INC = International Narcotics Program), das Richard Nixon 1971 schuf, unter dem Vorwand der internationalen Drogenbekämpfung heute weitgehend die Aufgaben von OPS übernommen.

Als OPS 1975 aufgelöst wurde, hatte es Waffen für 200 Millionen Dollar weitergegeben, 7.500 hohe Polizeioffiziere trainiert und ca. 1 Million „normale" Polizisten ausgebildet.

USA-Kommission

Quellen:
(1) Victor Marchetti, John D. Marks, „CIA", S.288
(2) New York Times, 11.5.64
(3) „Government Programs in International Education (A Survey and Handbook)", House Report Nr. 2712/1959, Washington, S.153
(4) Ekkehart Krippendorf, Die amerikanische Strategie, S.327
(5) alles zu Rivia/Mitrione aus „International Herald Tribune", 7.8.78
(6) The Christian Science Monitor, 28.3.63
(7) The New Republic, 7.9.59



nahost

Camp David-Abkommen
Kein Wort von Palästina

Fortsetzung von Seite 1
de immer deutlicher mit der Politik Sadats, der mit der Politk der Öffnung nach Westen den Ausverkauf Ägyptens an die Imperialisten begann, der den Krieg im Oktober 1973 führte, um die Voraussetzungen für eine Kapitulationslösung zu schaffen. Die relativen Erfolge Ägyptens in diesem Krieg erlaubten es - nach der totalen Niederlage im Juni 67 - dem Sadat-Regime, Verhandlungen mit den Zionisten aufzunehmen. Das Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai 1974 und das Sinai-Abkommen 1975 waren das Ergebnis. Mit dem Sinai-Abkommen wurde die Veränderung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten zugunsten des Imperialismus das erste Mal festgeschrieben: Ägypten erhielt ein Siebtel der Sinai-Halbinsel zurück, Israel bekam dafür von den USA für drei Milliarden Dollar Waffen- und Öllieferungen, Ägypten und Israel erklärten sich zum gegenseitigen Gewaltverzicht bereit. Dadurch gerieten die übrigen Anrainerstaaten Israels - besonders Libanon und Syrien - unter stärkeren militärischen Druck des Zionismus.

Zwei Jahre später war die Zeit reif für die totale Kapitulation Sadats: Mit seiner Reise nach Israel im November 1977 erkannte Sadat Israel ohne jede Vorbedingung an. Der „Alleingang" Sadats zeigte im Grunde nur, wie sehr sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Imperialisten und der Zionisten im Nahen Osten verschoben hatte. Sadat reiste mit voller Unterstützung der US-Imperialisten und der stillschweigenden Unterstützung der reaktionären Regimes wie Saudi-Arabien, Jordanien usw. Darüber sollte die von diesen Ländern zur Schau getragene „Kritik" und „abwartende Haltung" dem Camp-David-Abkommen gegenüber nicht hinwegtäuschen.

Kissinger, ehemaliger Außenminister der USA, brachte diese Haltung auf den Punkt: Man solle die gemäßigten (!) Araber nicht zu öffentlichen Stellungnahmen drängen, da sie mit Rücksicht auf die radikalen Elemente gegenüber Vereinbarungen mit Israel ablehnend ausfallen müßten! („NZZ", 27.9.78).

Die „Rücksicht" auf die arabischen Massen war denn auch ein wesentlicher Grund für die langen, „zähen" Verhandlungen zwischen Israel, Ägypten und den USA. Die Verhandlungen waren, nach dem Kniefall Sadats vor den Zionisten in Jerusalem eine riesige Propagandaschau, in der Sadat teilweise auch etwas „Härte" demonstrieren durfte (so z.B. nach dem Abbruch der Verhandlungen im Januar, s. AK 121).

Außerdem: Niemand der Beteiligten hatte es eilig, einen solchen Vertrag zu schließen. Immerhin wird schon mindestens fünf Jahre daran intensiv gearbeitet, und diese Zeit war auch notwendig, um das Kräfteverhältnis im Nahen Osten noch weiter zugunsten des US-Imperialismus zu verschieben. Der Bürgerkrieg im Libanon und die Niederlage der palästinensischen und fortschrittlichen Kräfte durch die syrische Intervention waren eine wichtige Voraussetzung für die Kapitulation. Ebenso die innere Ausrichtung Ägyptens: nach und nach wurde die ägyptische Armee gesäubert. Gesetze, die eine totale Repression gegen jede Opposition ermöglichen, wurden per „Volksabstimmung" durchgesetzt, der regimetreue Propagandaapparat läuft seit Jahren auf Hochtouren, während jede noch so kleine oppositionelle Regung schärfstens verfolgt wird.

Separat-Abkommen?

Noch unmittelbar vor der Konferenz von Camp David gab sich Sadat so, als sei er zu keinem Kompromiß bereit. In einer Rede erklärte er: „*Ich werde mich - so wie Sie mich kennen - für einen gerechten Frieden einsetzen. Es gibt überhaupt keinen Platz weder für Teillösungen Separatregelungen, noch für ein drittes Entflechtungsabkommen* (gemeint ist das Truppenentflechtungsabkommen 1974 und das Sinai-Abkommen 1975 s. oben), *aber ich werde mich auf dieser Konferenz ... um einen dauerhaften und gerechten Frieden bemühen. Dieser Frieden kann jedoch nur dann gerecht sein, wenn das palästinensische Problem gelöst wird. Erst dann kann der Frieden verwirklicht werden.*" („Radio Kairo", zit. nach „Monitor-Dienst", 24.8.78).

Mit dem Rahmenabkommen zwischen Israel und Ägypten scheint Sadat jetzt ein „Separat-Abkommen" geschlossen zu haben. In Wirklichkeit ist es jedoch so, daß a l l e reaktionären arabischen Regimes vorher - ebenso wie Syrien, dazu siehe weiter unten - abwechselnd per Reisediplomatie konsultiert worden sind. Da reiste Vance, Atherton, der saudische Kronprinz Fahd, da mischte die „sozialistische Internationale" des Herrn Brandt kräftig mit, da fand im Juli ein Außenministertreffen auf Schloß Leeds/England zwischen Vance, Kamel und Dayan statt. Schon auf dem Außenministertreffen in Leeds war deutlich geworden, daß man sich auf den Begin-Plan einigen würde (s. AK 134), d.h., daß eine Regelung herauskommen würde, die nichts für das palästinensische Volk und alles für die Zionisten bringen würde.

Trotzdem erklärte beispielsweise der saudische Kronprinz Fahd nach seiner Rundreise unmittelbar vor Camp David: „*Ich bin von dieser Rundreise mit greifbaren Tatsachen zurückgekehrt, die wichtigste davon ist, daß Präsident Sadat kein separates Abkommen mit Israel unterzeichnen wird und die arabischen Rechte, auch Rückerlangung der besetzten Gebiete und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht nicht verwirken wird*".

All diese „radikalen" Äußerungen dienen zu nichts anderem, als darüber hinwegzutäuschen, daß für die Beteiligung der Palästinenser an der imperialistischen Lösung kein Raum ist. Deshalb auch der „Trick" mit dem „Separatabkommen". Damit sind die Palästinenser von den Verhandlungen ausgeschlossen und die Genfer Konferenz ist endgültig und für alle offenen sichtlich begraben (die Sowjetunion hat nun bei der „Friedensregelung" absolut nichts mehr mitzureden - sie besaßen zusammen mit den USA die Schirmherrschaft über die Genfer Konferenz -, der sowjetische Vorschlag von einem palästinensischen Ministaat ist längst gestorben).

Jetzt existieren die Palästinenser nicht einmal mehr als Verhandlungspartner. Stattdessen maßt sich Ägypten (und Jordanien) an, stellvertretend mit den Zionisten über Palästina zu verhandeln, mit dem Ziel, es an die Zionisten zu verschachern.

Man sollte sich in diesem Zusammenhang einmal daran erinnern, worüber Ägypten und - noch nicht offen auftretend - Jordanien eigentlich ver-

handeln: Über einen Teil Palästinas, den sie selbst okkupiert haben und der dann im Juni-Krieg 67 von den Zionisten besetzt worden war.

Nach dem UN-Teilungsplan 1947, der Palästina in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat zerstückelte, griffen die arabischen Staaten Israel an, nachdem es durch bewaffnete Provokationen und Überfälle versuchte, seinen Staat „abzurunden". Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, daß die arabischen Armeen nur bis zu vorher mit Israel abgesprochenen Waffenstillstandslinien vorrückten, also gar nicht ernsthaft daran dachten, Palästina zu befreien. Nach dem Krieg von 1948/49 besetzte Jordanien 1950 das Westjordanland und verleibte es seinem Staat ein, der Gaza-Streifen wurde kurz darauf unter ägyptische Verwaltung gestellt. Die Palästinenser dort sind seitdem staatenlos.

Jordanien saß mit am Tisch

Das gesamte Abkommen liest sich so, als ob Jordanien mit am Verhandlungstisch gesessen hätte. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann Jordanien auch öffentlich mit der Politik des Sadat-Regimes mitzieht. Während der Verhandlungen in Camp David bestand zwischen Sadat und Hussein enger Kontakt.

Das Abkommen wurde nicht grundsätzlich von Jordanien abgelehnt (ebenso nicht von Saudi-Arabien), es wurden lediglich Veränderungen im Abkommen gefordert: Rückzug der Israelis aus allen 1967 besetzten Gebieten, volle Selbstbestimmung der Palästinenser im Westjordanland und Gaza-Streifen, Rückgabe Ost-Jerusalems („NZZ", 23.9., „FR", 21.9.78). Das hatte Sadat unmittelbar vor Camp David auch noch verlangt. Jordanien wartet nur einen günstigen Zeitpunkt ab für die Einnahme der Rolle, die ihm in den Abkommen von Camp David zugedacht worden ist:

Gemeinsam mit den Zionisten die Palästinenser im Westjordanland in



Die zionistischen Siedlungen auf dem Sinai
Der Rückzug der israelischen Truppen ist vorerst nur bis zur Linie Al Arich–Scharm el-Scheikh geplant.



Begin hat nicht nur den Gaza-Streifen und das Westjordanland bekommen, sondern die volle Anerkennung Israels.

Schach zu halten. Für diese Funktion hatte sich der jordanische König Hussein schon im September 1970 profiliert, als er Tausende von Palästinensern durch seine Armee abschlachten ließ.

Die Zionisten haben sich voll durchgesetzt

Auffällig an den Abkommen ist vor allem, daß bei vorläufiger Ausklammerung einiger „strittiger " Punkte alle Voraussetzungen geschaffen worden sind für die praktisch vollständige Durchsetzung des Begin-Plans. Im Begin-Plan, der im Dezember 77, also unmittelbar nach dem Sadat-Besuch in Israel, veröffentlicht wurde, wird festgelegt, daß

- die Palästinenser niemals einen eigenen Staat an Israels Grenzen, weder im Westjordanland noch im Gaza-Streifen bekommen werden,
- daß keine israelischen Siedlungen aufgegeben werden und daß Israelis weiterhin das Recht erhalten sollen, im Westjordanland und im Gaza-Streifen Land zu kaufen,
- *daß „für die Sicherheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den Gebieten von Judäa, Samaria (!!) und des Gaza-Distrikts.. die israelischen Behörden verantwortlich" sind („NZZ", 30.12.77).*

In den jetzt geschlossenen Abkommen sind folgende Fragen offengelassen:

- die Siedlungsfrage,
- die Frage des endgültigen Status des Gaza-Streifens,
- die Frage eines endgültigen Rückzugs der Zionisten aus den besetzten Gebieten,
- die Frage Ostjerusalems.

Alle Regelungen, die für die Überganspohase von fünf (!) Jahren geschaffen werden, entsprechen voll und ganz dem Begin-Plan. Ganz offensichtlich wird damit gerechnet, daß nach dieser Zeit sich das Kräfteverhältnis im Nahen Osten noch weiter zugunsten des Imperialismus verschoben hat, so daß dieser „Übergangsstatus" dann endgültig wird.

Nach den Abkommen sind vorgesehen:

- Unter einem „gewählten" Verwaltungsrat erhalten die Palästinenser eine gewisse Verwaltungsautionomie (die sie jetzt praktisch auch schon haben, z.B. werden für die Erledigung der kommunalen Angelegenheiten Stadträte und Bürgermeister gewählt),
- die Militärregierung (!) wird abgeschafft, die militärische Besatzung durch die Zionisten bleibt !! (einiges Militär soll abgezogen werden, aber wer will das kontrollieren ?),
- alle Verhandlungen über den endgültigen Status, die während der fünfjährigen Überganspeiode beginnen sollen. werden in Gremien verhandelt, in denen Ägypten, Jordanien, Israel und Vertreter der „Bewohner der besetzten Gebiete" vertreten sind. Das wird als *„Teilhabe"* der Palästinenser *„ an der Bestimmung ihrer Zukunft"* im Vertrag ausgewiesen!!!

Und noch eines: Schon in diesem Abkommen ist vorgesehen, daß die aus dem Westjordanland von den Zionisten mit brutaler Gewalt vertriebenen Palästinenser nicht zurückkehren dürfen. Ein Ausschuß, bestehend aus Vertretern Israels, Ägyptens, Jordaniens und der Selbstverwaltungsbehörde wird über die Rückkehr einzelner Personen befinden - unter Berückischtigung der *„Verhinderung von Zersetzung und Unordung"*. Auch dieser Passus war im Begin-Plan vorgesehen. Man erinnere sich: eine halbe Million Menschen wurde nach dem Juni-Krieg aus dem Westjordanland vertrieben.

Wir möchten im folgenden einen Auschnitt aus einer Knessett-Debatte im Dezember 77 wiedergeben, in der der Begin-Plan diskutiert wurde und der mit aller Deutlichkeit zeigt, wie sich die Zionisten konkret die Verwirklichung des Begin-Plans vorstellen. Sie öffnet auch jedem die Augen darüber, daß es bei der „Friedensreglung" zwischen alten Kriegstreibern nicht um Frieden geht, sondern darum, bessere Voraussetzungen zu schaffen, um die fortschrittlichen revolutionären Kräfte zu schlagen.

Dayan: " *Es gibt - theoretisch - vier Möglichkeiten, vier Arten der Staatsbürgerschaft (für Palästinenser in den besetzten Gebieten): israelische Staatsbürgerschaft, jordanische Staatsbürgeschaft, Staatenlosigkeit - die 400.000 Bewohner in Gaza sind heute staatenlos, sie haben nur lokale Personalausweise -, aber es gibst auch noch eine vierte Möglichkeit, nämlich daß sich eines Tages ein Teil der Bevölkerung erheben wird und als Palästinenser einen unabhängigen Staat gründen will. Und dies wollen wir nicht ermöglichen,. Wenn wir sagen, es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder Jordanier oder Israeli, sagen wir gleichzeitig, daß die vierte Möglichkeit faktisch keine ist. Wir werden niemandem in diesen Gebieten erlauben, sich zum Palästinenser zu erklären statt zum Jordanier oder Israeli..."*

Auf die Zwischenfrage, ob dies mit Waffengewalt verhindert werden solle, antwortete Dayan: *„ Mit Waffengewalt... Wie will ich verhindern, daß sie* (die Palästinenser) *sich weigern, Land an Juden zu verkaufen? Wie will ich verhindern, daß Hunderttausende von Flüchtlingen entgegen unserem Abkommen aus dem Libanon kommen? Mit Waffengewalt, insbesondere mit Hilfe der israelischen Verteidigungskräfte."* („Haaretz", 29. 12.77, zit. nach „ Journal of Palestine Studies", 28/1978).

Auch die Zionisten wissen, daß letztendlich die Palästinenser in den besetzten Gebieten und die Palästinenser in Israel entscheidend sind für die Errichtung eines Staates in Palästina, in dem Juden und Araber in Frieden leben können. Deshalb werden sie niemals die militärische Besatzung im Westjordanland und Gaza aufgeben, deshalb werden sie weiter Siedlungen in den besetzten Gebieten errichten, und deshalb versuchen sie, die bewaffneten palästinensischen Widerstandsorganisationen dort zu schlagen, wo sie einigermaßen stark sind und eine gewisse Bewegungsfreiheit haben, im Libanon. Dazu dienten die jahrelangen Überfälle auf Südlibanon, dazu diente Mord und Terror gegen palästinensische Führer im Libanon und anderen Staaten, dazu diente letztlich die zionistische Invasion im Südlibanon im März dieses Jahres.

Was hat Sadat bekommen?

Das israelische Parlament hat inzwischen beschlossen, mit großer Mehrheit, die 18 Siedlungen auf dem Sinai zu räumen. Außerdem erhält Ägypten die volle Souveränität über die Sinai-Halbinsel zurück. Das klingt auf den ersten Blick recht gut und läßt sich vor allem propagandistisch gut ausschlachten.

Die bürgerliche Presse stellt sogar immer häufiger die Frage, ob der Terrorist Begin sich gewandelt habe.

Tatsächlich hat Sadat kaum et-
Tatsächlich hat Sadat kaum etwas bekommen: Erst 3 bis 9 Monate nach Unterzeichnung der Friedensverträge (!) - die noch zu schließen sind - ziehen sich die israelischen Streitkräfte bis auf die eine Linie El Arich (Mittelmeer) - Scharm el-Scheikh zurück, das heißt bis genau vor die israelischen Siedlungen. Für alle anderen Regelungen gilt eine Zeitspanne von zwei bis drei Jahren nach Unterzeichnung des Friedensvertrages; vorläufig wird es sowieso keine Räumung der israelischen Siedlungen geben.

Sadat hingegen hat den Zionisten alles gegeben:

- volle Anerkennung,
- Aufhebung des wirtschaftlichen Boykotts (so wörtlich in den Abkommen !),
- Stationierung von UNO-Truppen an der Grenze zu Israel, 50 km breite, fast entmilitarisierte Zone (eine ägyptische Division darf dort stehen) nur auf ägyptischem Boden entlang der Grenze zu Israel.

Der Beschluß der Knesset , die Siedlungen auf dem Sinai aufzugeben, haben im Augenblick nur eine propagandistische Funktion. Genauso ist es mit Berichten über die Räumung von Siedlungen (in Wirklichkeit e i n e r symbolischen „Siedlung" in Form e i n e r Holzhütte) im Westjordanland mit Hilfe des israelischen Militärs.

In Wirklichkeit werden die Zionisten weiter siedeln, es ist auch nur ein Aufschub (Moratiorium) für neue Siedlungen vereinbart, und zwar für 3 Monate. In dieser Zeit können die bisher zahlreichen bestehenden Siedlungen natürlich mit neuen Siedlern aufgefüllt werden (Wohnungen stehen in israelischen Siedlungen immer leer)!. In den seit 1967 besetzten Gebieten gibt es inzwischen 113 israelische Siedlungen, davon 58 im Westjordanland !

Dayan erklärte im israelischen Fernsehen am 20.9. 1978, daß Israel sich bei der Gipfelkonferenz in Camp David nur verpflichtet habe, während der kommenden drei Monate keine neuen Siedlungen zu gründen. Einen Tag später führte er auf einer Pressekonferenz weiter aus, daß Israel im Rahmen einer Friedensreglung darauf bestehen werde, daß israelische Staatsbürger für immer das Recht behielten, westlich des Jordan Land zu kaufen und zu siedeln.(„FR", 22.9. 1978).

Jubel in Ägypten ?

Breit wurde in allen Medien der Jubel d e r Ägypter bei der Rückkehr des „Friedensstifters" Sadats beschrieben bzw. gezeigt. Für's Jubeln gab's einen Tag frei und Taschengeld. Das wird sicher zum Massenauflauf beigetragen haben.

Tatsächlich ist es so, daß die meisten Ägypter Illusionen über die Friedensinitiative haben und hoffen, daß der von Sadat geschlossene Vertrag ihnen wirklich Frieden und eine Verbesserung ihrer miserablen Lebenslage bringen wird. Diese Illusionen sind entstanden auf der Grundlage einer völligen Resignation nach mehreren sinnlosen Kriegen (vier Kriege in 30 Jahren).

Angesichts des propagandistischen Trommelfeuers der total gleichgeschalteten Medien, die in Ägypten sehr gut funktionieren, sind solche Illusionen erklärlich.

Hinzu kommt die vollständige Repression: Der Prozeß gegen Heikal und andere Journalisten, das ständige Verbot der Zeitung Al-Ahali, die vom linken Flügel der Ägyptischen Sozialistischen Einheitspartei herausgege-
linken Flügel der Ägyptischen Sozialistischen Einheitspartei herausgege-
ben wird, sind zwei Beispiele der Repression gegen zaghafte Kritiker. Selbstverständlich kann sich weitergehende Kritik überhaupt nicht öffentlich äußern. Die Kommunisten können nur äußerst konspirativ arbeiten. Die nach dem Aufstand im Januar 1977 erlassenen Gesetze ermöglichen es, daß man nur wegen des Besitzes der Zeitung „Der Aufstand" (wöchtentlich erscheinende Zeitung der Kommunistischen Arbeiterpartei) für 25 Jahre in den Knast kommt!

Trotz des Jubels und trotz der totalen Repression: Ägypten ist ein Pulverfaß. Die Lebensbedingungen sind derart miserabel, daß der kleinste Funke den Aufstand auslösen kann. Das hat sich im Januar 1977 gezeigt, als der Versuch des Sadat-Regimes, die Subventionen für Grundnahrungsmittel zu streichen, den Aufstand auslöste.

Schon heute ist klar, daß der „Frieden" mit Israel den ägyptischen Massen nur eine brutalere Ausbeutung bringen wird – und schon heute schreien die Verhältnisse nach Aufruhr!

Wer lehnt die Kapitulation noch ab?

Im Anschluß an die Konferenz von Camp David tagte in Beirut das Exekutiv-Komitee der PLO zusammen mit den Vertretern aller palästinensischen Widerstandsbewegungen. In der im Anschluß an die Sitzung veröffentlichten Erklärung, werden alle Vereinbarungen von Camp David abgelehnt. „....*Das Abkommen von Camp David stellt eine vollständige Unterwerfung der Politik Sadats unter das Projekt Begins dar, das er in seiner Rede vor der Knesset während Sadats Besuch (in Jerusalem) und der Konferenz von Ismailia dargelegt hat. Dieses Projekt zeigt die Absicht des zionistischen Feindes, seine Besetzung der palästinensischen Territorien, der Golanhöhen und Teilen des Sinai zu festigen. Dieses Projekt beinhaltet weiterhin die Aufgabe Jerusalems... Das Abkommen zeigt die volle Übereinstimmung mit den zionistischen Zielen, alle palästinensischen nationalen Rechte abzulehnen. Es zeigt die volle Bereitschaft, die palästinensische Sache, den Boden, das Volk und die Revolution unter Aufsicht und entsprechend den Plänen des US-Imperialismus zu zerschlagen.*

Dieses Abkommen stellt den letzten Schritt auf dem Weg der Kapitulation des ägyptischen Regimes dar..."(Auszug, zit. nach „ Palästina-Bulletin", Nr. 29, 21.9.1978)

Im weiteren wird erklärt, daß die PLO *„keinen Plan wie Selbstverwaltung"* akzeptieren wird, der gegen das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf *„ vollständige nationale Unabhängigkeit, auf Rückkehr in seine Heimat und den Aufbau seines unabhängigen Staates..."* verzichtet.

Das palästinensische Volk wird zu Demonstationen, Kundgebungen und zu einem Generalstreik aufgerufen. Es findet sich allerdings kein Hinweis auf den bewaffneten Kampf, stattdessen heißt es: *„ Die arabischen nationalen Kräfte und Regimes sind in dieser schwierigen Lage aufgerufen, eine entschiedene und standfeste Politik gegen diese Verschwörung zu ergreifen. Dies kann nur dann verwirklicht werden, wenn alle militärischen, wirtschaftlichen und politischen Energien und die Kraft der arabischen Massen einheitlich und koordiniert zum Schutz des arabischen Befreiungskampfes vor dem Plan, den diese feindliche Allianz für ihre Zerschlagung entwickelt hat, eingesetzt werden.*

Wir bekräftigen, daß die Front der Standfestigkeit und Konfrontation auf ihrer höchsten Konferenz die größte Verantwortung dabei trägt. Daran wird sie von den palästinensischen Massen und den arabischen Massen gemessen..."

Eines ist klar: Nach der Konferenz der „Front der Standfestigkeit und Konfrontation" in Damaskus (zur Front gehören: Algerien, Lybien, Syrien, Irak, Südjemen und PLO) zeigt sich diese Front noch brüchiger als nach Tripolis. Damals hatte Irak die Konferenz aus Protest gegen die laue Haltung Syriens verlassen, diesmal erklärte der Irak sein völliges Fernbleiben damit, daß Syrien selbst heimlich an eine Kapitulation denke („NZZ", 23.9.78). Eine recht faule Begründung, um sich aus der Affäre zu ziehen!

Schon in Tripolis konnte keine vollständige Ablehnung der Kapitulationsverhandlungen durchgesetzt werden. Dies scheiterte vor allem an Syrien; Assad erklärte damals, daß Sadat sich im Irrtum befinde, aber er werde nicht versuchen, Ägypten zu isolieren. Es gebe mit Ägypten nur Differenzen in der M e t h o d e , wie der Frieden erreicht werden kann („International Herald Tribune",29.
wie der Frieden erreicht werden kann („International Herald Tribune",29.
11.77, s.AK119).

Diesmal konnte sich Assad weiter durchsetzen. Beschlossen wurde:

- der wirtschaftliche und politische Boykott Ägyptens,
- ein gemeinsamer politischer und militärischer Ausschuß, der die Maßnahmen gegen Israel und Ägypten koordinieren soll,
- Hinarbeitung auf den Sturz von Präsident Sadats Politik und ihren Folgen,
- Aufforderung an Assad, Kontakte zu a l l e n arabischen Staaten aufzunehmen, um die größtmögliche Unterstützung für den Kampf gegen die Politik Sadats zu erreichen,
- Aufnahme von Kontakten zur Sowjetunion und befreundeten Staaten durch Assad.

Seit der Konferenz von Tripolis war Jordanien offiziell von Syrien boykottiert worden, nach dem Camp David–Abkommen reist Assad als erstes zu einem Besuch nach Jordanien! Auch nach Tripolis hat die saudische finanzielle Unterstützung für Syrien nicht aufgehört, und Libyen und Algerien waren nur bereit, so viel in den Unterstützungsfond der Front zu zahlen, wie Assad sowieso schon von Saudi-Arabien und anderen Ölstaaten erhält: Eine Milliarde Dollar.

Es ist eine Frage der Zeit, wann auch Assad kapitulieren wird. Er gerät jedenfalls durch die Abkommen von Camp Devid immer mehr unter Zugzwang. Der Libanon wurde 1976 von syrischen Truppen besetzt, um den Sieg der fortschrittlichen libanesichen Kräfte und der Palästinenser zu verhindern und um dem Assad-Regime eine bessere Ausgangsbasis bei einer Verhandlungslösung mit Israel zu schaffen. Tausende Palästinenser und fortschrittlicher Libanesen waren das Opfer der syrischen Invasion. Aber auch damit begnügen sich die Zionisten nicht. Sie wollen die Errichtung eines reaktionären libanesischen Staates, der unter israelischer Kontrolle und nicht unter syrischer steht. Sie haben schon bewiesen, daß sie ihre Ziele im Libanon auch mit Waffengewalt versuchen durchzusetzen. Das hat die Invasion im Südlibanon gezeigt, mit der sie die palästinensischen Kämpfer vernichtend schlagen wollten (was ihnen keineswegs gelungen ist), das zeigt sich in den ständigen Angriffen der von Israel massiv unterstützten libanesischen Faschisten auf die syrischen Truppen, die sie zum Verlassen des Libanon zwingen wollen. Die schweren Kämpfe in der letzten Woche im Libanon zeigen, daß sich weder die libanesischen Faschisten noch die Zionisten mit der syrischen Anwesenheit im Libanon zufriedengeben werden.

Nahost-Kommission

lateinamerika

Nicaragua:
Nieder mit der Somoza-Diktatur

Mit dem Mittel des organisierten und unverhüllten Massenmordes versucht Somoza mit seiner Nationalgarde den Volkswiderstand gegen die Diktatur zu brechen. Ganze Städte sind dem Erdboden gleichgemacht worden; Jugendliche, die mit Pistolen gegen Panzer und Flugzeuge kämpften, wurden von der Nationalgarde unter den Augen ihrer Familien ermordet; 10.000 Menschen sind vor der Nationalgarde in die Nachbarstaaten, vor allem nach Costa Rica, geflohen. 25.000 sind obdachlos geworden. In den zerstörten Städten sind die Menschen von Seuchen und katastrophalem Mangel an Wasser und Lebensmitteln bedroht. Daß die verrottete und korrupte Somoza-Diktatur überhaupt die Mittel und Kräfte für diesen unglaublichen Terror aufbringen konnte, ist allein auf die Unterstützung des US-Imperialismus zurückzuführen. Die USA haben die Massaker nicht nur indirekt vorbereitet, indem sie den Somoza-Clan seit Jahrzehnten an der Macht halten, die Nationalgarde ausbilden und mit Waffen ausrüsten, sondern sie sind daran ganz unmittelbar beteiligt: Durch eine direkte Luftbrücke von Israel nach Nicaragua wurden US-amerikanische Waffen für die Nationalgarde ins Land geschafft. Ein nordamerikanischer Flugzeugträger transportierte Hunderte von Söldnern in die Hafenstadt Corint, die von dort mit Hubschraubern ins Land geflogen wurden (nach Informationen von FSLN-Genossen in der BRD und „El Pais", 24.9., „Egin", 23.9.78).

Während sich die USA öffentlich als Vermittler zwischen Somoza und der Opposition anbieten und in zahlreichen diplomatischen Kontakten mit den führenden Kreisen des Landes nach einer akzeptablen Alternative für Somoza suchen, werden gleichzeitig alle Vorbereitungen für eine militärische Intervention getroffen.

Die Bundesregierung hat auf die Forderung der Nicaragua-Solidaritätsbüros nach Einstellung aller Beziehungen zum Somoza-Regime geantwortet, „*daß Herrschaftssysteme durch eine internationale Isolierung nicht geändert werden können*". Mit anderen Worten: man kann Somoza getrost weiter unterstützen.

Ein Großteil der bewaffneten sandinistischen Kämpfer hat sich in die Berge oder nach Costa Rica zurückgezogen. Die Oppositionsfront (FAO) hat vor wenigen Tagen die Bildung einer provisorischen Regierung bekannt gegeben, der insgesamt drei Vertreter der UDEL, des MDN und der Gruppe der 12 angehören. Die FSLN hat diese Regierung gebilligt und soll nach dem Sturz Somozas beteiligt werden.

„Sandinistas" im Kampf gegen den Somoza-Clan



Massaker an der Bevölkerung

Ein genauerer Überblick über die Grausamkeiten gegen die Bevölkerung läßt sich kaum herstellen. Hier nur einige Beispiele:

Alle Städte, die zeitweise unter Kontrolle der FSLN waren (Chinandenga, Esteli, Leon, Masaya, Matagalpa) sind von der Nationalgarde bombardiert, teilweise in Brand gesetzt und auf blutigste Weise geräumt worden. Allein in Leon soll es nach groben Schätzungen 300 Tote und 3.000 Verwundete gegeben haben („SZ", 21.9.). Die Menschen wurden aus ihren Häusern getrieben, diese dann nach Kämpfern durchsucht und angezündet („FR", 18.9.). Wagen des Roten Kreuzes mit Verwundeten wurden entweder nicht durchgelassen oder direkt angegriffen und beschossen („FR", 23.9.). Somoza hatte seine Soldaten angewiesen, keine Gefangenen zu machen. Es gab Massenhinrichtungen – teilweise an Kindern und Jugendlichen – in Esteli und Leon, wahrscheinlich aber auch in den anderen Städten („El Pais", 24.9., Flugblatt Göttingen, 15.9.). Auch auf dem Lande wurden Bauern gruppenweise niedergemetzelt, weil sie im Verdacht standen, Guerilleros Unterschlupf gewährt zu haben. Flüchtlinge wurden bis über die Grenzen von Costa Rica und Honduras hinaus verfolgt, dabei wurde der Luftraum dieser Länder verletzt und Bomben auf costa-ricanisches Gebiet abgeworfen (u.a. „El Pais", 24.9.). Tote Kämpfer wurden von ihren Familien in namenlosen Gräbern begraben, um der Rache der National-Garde zu entgehen („SZ", 21.9.). Zehntausende von Obdachlosen und Flüchtlingen verfügen über keinerlei Lebensmittel, Wasser, Medikamente etc.

Direkte Beteiligung des US-Imperialismus

Die direkte Beteiligung der USA an diesem Massenmord und der Zerstörung des ganzen Landes kündigte sich bereits an, als Söldnertruppen aus Honduras und El Salvador zur Unterstützung der Nationalgarde nach Nicaragua kamen. Das Eingreifen kündigte sich ebenfalls an, als bekannt wurde, daß nordamerikanische Marine einen mit Missiles bestückten Kreuzer auf eine „*mysteriöse Mission an die nicaraguanische Pazifikküste geschickt hat*". Marine- und andere Kriegsbehörden erklärten auf Nachfragen, daß man nicht befugt sei, Auskunft über die Ziele dieser Mission zu geben („Egin", 23.9.). Nachdem Somoza schon vor Wochen Waffen von israelischen Schiffen geliefert bekam (vergl. AK 135), meldete „El Pais" (24.9.), daß das Regime weitere Waffen aus Israel bezogen habe, die nordamerikanischer Herkunft seien.

Nach letzten Meldungen (von Genossen der FSLN) ist die Nationalgarde während der Kämpfe über eine direkte Luftbrücke aus Israel mit US-Waffen versorgt worden. Es wurde nicht nur ein Kreuzer an die nicaraguanische Küste geschickt, sondern ein US-Flugzeugträger und zwei Zerstörer transportierten Hunderte von Söldnern in den Hafen von Corint, von wo sie zu den Kämpfen ins Landesinnere geflogen wurden (ebenfalls nach Auskunft von FSLN-Genossen). Das ganze Ausmaß der nordamerikanischen Unterstützung für Somoza ist bislang noch nicht bekannt; tatsächlich hat aber der US-Imperialismus mit Somoza einiges zu verlieren. Durch den Sturz der Somoza-Diktatur wäre das empfindliche Gleichgewicht in der mittelamerikanischen Zone gefährdet. Ein Sturz der Diktatur wird neue Hoffnungen und Kampfbereitschaft in den repressiven Nachbarländern wie Honduras, Guatemala, El Salvador wecken und fördern (nicht umsonst wurden z.B. in Guatemala in den letzten 11 Monaten 30 Mio. Dollar in die Rüstung investiert und wurden seit 1965 bereits 61.000 Menschen „*zur politischen Stabilisierung ermordet*" – „SZ", 29.9.).

Für den langjährigen Plan des US-Imperialismus, eine zentralamerikanische Armee aufzubauen, deren Eingreifmöglichkeiten weit über die Befugnisse des bestehenden „Verteidigungspaktes" Condeca hinausgehen sollen, ist Somoza wichtigster Befürworter und Verbündeter. Durch eine Ablösung Somozas kann dieser Plan, der von Ländern wir Panama und Mexico abgelehnt wird, an Chancen verlieren. Und schließlich ist angesichts der Kampfbereitschaft und Mobilisierung der Bevölkerung eine „gesicherte" Entwicklung in einem Nicaragua ohne Somoza nicht gewährleistet. Daß der US-Imperialismus vor dem blutigsten Völkermord nicht zurückschreckt, hat er nach Brasilien, Chile Argentinien... bei den letzten Massakern in Nicaragua erneut bewiesen. 78 Mitglieder des US-Kongresses haben schon einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie forderten von der Regierung, die „totale Hilfe" für Somoza („El Pais", 24.9.), weil Somoza „*sich als treuer Alliierter der USA erwiesen habe, der von marxistischen Revolutionären bedrängt werde*" („NZZ", 26.9.).

Trotzdem bemüht sich die US-Regierung zunächst auch auf „diplomatischem" Wege, eine Lösung, d.h. eine Alternative zu Somoza, zu finden. Die „diplomatischen" Initiativen bestanden zunächst darin, daß der US-Sonderbotschafter und andere Unterhändler Gespräche sowohl mit dem Somoza-Clan als auch mit Vertretern der Opposition aufnahmen. Somoza wurde aufgefordert, „*zur Vermeidung unnötigen Blutvergießens seine Truppen unter Kontrolle zu bringen und die Disziplin wiederherzustellen*" („SZ", 22.9.) – dabei sind es seit 40 Jahren die US-Militärs gewesen, die der Nationalgarde in den Folterzentren in Panama und den USA selber die Antiguerillataktik und Foltertechniken beigebracht haben!

Um diese Initiative vor der Weltöffentlichkeit abzusichern und die Kumpanei mit dem Terrorregime zu verschleiern, wurde die (offizielle) Militärhilfe für 1978 in Höhe von 2,5 Mio. Dollar vorerst eingestellt, die Mittel für die Ausbildung von 49 nicaraguanischen Offizieren in den USA wurden nicht wie geplant beantragt, und schließlich wurde die Entwicklungshilfe für die Regierung (!) Nicaraguas (9,7 Mrd. Dollar!) auf Eis gelegt („SZ", 17.9., „FR", 25.9.). Sodann sollte über die OAS eine Vermittlung zwischen Somoza und der Opposition zustande gebracht, eine „*strenge Untersuchung der Greueltaten in Nicaragua*" und eine „*dauerhafte und demokratische Lösung*" eingeleitet werden („NZZ", 26.9.).

Daß diese Anträge in der OAS nicht durchkommen würden, war von vornherein abzusehen. Ist doch die Mehrheit der faschistischen und reaktionären Regimes Lateinamerikas selber darauf bedacht, sich Untersuchungskommissionen und Nachforschungen über die Situation der Menschenrechte möglichst vom Hals zu halten. Unter dem überstrapazierten Vorwand von der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, wurden die Anträge abgelehnt. Nicaragua wird lediglich in einer neuen Resolution zur „freundschaftlichen Zusammenarbeit" (!) mit den anderen Mitgliedsstaaten der OAS aufgefordert, um eine „friedliche Lösung" – nicht einmal von „demokratischer" Lösung ist die Rede – zu finden.

Daraufhin haben sich die USA selber als Vermittler für Friedensgespräche zwischen Somoza und der Opposition angeboten. Somoza hat sich auf dieses Angebot eingelassen und inzwischen seine Gesprächsbereitschaft mit der Opposition bekannt gegeben, wobei die FSLN allerdings nicht erwähnt wird. Den USA soll er indirekt zu verstehen gegeben haben, daß er notfalls bereit sei, auch vor Ablauf seiner Amtszeit 1981 zurückzutreten.

Ende September kündigte Somoza außerdem die Freilassung von Häftlingen an, natürlich ohne konkrete Termine und Zahlen zu nennen. Alle, „*die an Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung, Angriffen gegen Kasernen der Nationalgarde, Terror oder Mord beteiligt waren*", werden von der Amnestie von vornherein ausgeschlossen („SZ", 28.9.). Parallel wurde vom Regime eine antikommunistische Hetzkampagne gegen die gesamte Opposition entwickelt und Somoza ließ in der Presse verbreiten, daß er von den USA nicht zum Rücktritt aufgefordert worden sei („SZ", 28.9.). D.h.: die „Zugeständnisse", die Somoza bislang gemacht hat, sofern man sie überhaupt als solche bezeichnen kann, sind immer noch von seiner Entschlossenheit begleitet, möglichst lange im Amt zu bleiben.

Von Nationalgardisten ermordete Kinder

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 48

Widerstand und Opposition

Die gesamte Opposition, einschließlich des bürgerlichen Flügels, ist nach wie vor entschlossen, den Sturz Somozas weiter zu betreiben. Der Generalstreik, an dem sich seit dem 25. August fast die gesamte „Geschäftswelt" beteiligt, wird weiterhin aufrechterhalten. Ende September wurde über die Ausrufung eines Steuerboykotts im ganzen Land beraten („SZ", 27.9.).

Der Rückzug der bewaffneten Kämpfer konnte offenbar relativ organisiert durchgeführt werden. Bereits Mitte September, teilweise vor den Angriffen der Nationalgarde auf die besetzten Städte, gaben Oppositionsführer in Costa Rica den taktischen Rückzug der Kämpfer bekannt. Viele sind in die Berge oder nach Honduras und Costa Rica gegangen. *„Von der Bevölkerung ist dieses taktische Verhalten nicht als Verrat, sondern als Notwendigkeit akzeptiert und hingenommen worden, wie mir in vielen Gesprächen erklärt wurde. Der Wunsch, sich in den bewaffneten Kampf zu stürzen, war bei der Zivilbevölkerung schon vorher vorhanden und ist von den Guerilleros nur organisiert und kanalisiert worden"* („SZ", 27.9.78). Nach einzelnen Meldungen hat es im Süden an der Grenze zu Costa Rica noch Vorstöße der Guerilla und Kämpfe um eine 120 km breite Zone gegeben, um dort den Sitz der angestrebten Provisorischen Regierung zu errichten („El Nacional", Caracas, 19.9.). Am 22.9. wurde die Bildung der Provisorischen Regierung bekannt gegeben. Mitglieder sind: Sergio Ramirez von der „Gruppe der 12", Rafael Cordoba von der Demokratischen Befreiungsunion (Udel) und Alfonso Robelo von der Demokratischen Bewegung von Nicaragua (MDN). Ein offizieller Vertreter der FSLN in Europa, Castaneda, erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die Provisorische Regierung von den Sandinisten gebilligt worden sei und daß die FSLN sich ihr erst nach dem Sturz Somozas anschließen würde („NZZ", 28.9.). Die Oppositionsgruppen haben noch einmal bekräftigt, daß sie keinen direkten Dialog mit Somoza aufnehmen werden, obwohl sie ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht haben, auf die Vermittlungsvorschläge der Kirchenhierarchie und von Sektoren der Wirtschaft einzugehen („El Pais", 24.9.).

Dieser Vorschlag strebt Gespräche „auf hoher Ebene" an, um den Kampf in Nicaragua zu beenden. Als Vermittler werden Mexiko, Kolumbien und die Dominikanische Republik vorgeschlagen („El Pais", 24.9.).

Internationale Solidarität...

Der Massenmord Somozas in Nicaragua und die Kämpfe des Volkes haben in der Öffentlichkeit relativ weitgehende Beachtung gefunden. In zahlreichen Ländern fanden Solidaritätsaktionen mit der FSLN statt.

– Um ihre praktische Solidarität mit der FSLN auszudrücken hat die EGP (Guerillaarmee der Armen) Guatemalas einen Anschlag auf den nicaraguanischen Botschafter in Guatemala durchgeführt. Der Botschafter ist nach dem Anschlag an seinen Verletzungen gestorben („SZ", 20.9.).

– In Mexico-City demonstrierten 3.000 Menschen für den Abbruch aller Beziehungen mit der Somoza-Regierung („NZZ", 8.9.).

– Kolumbianische Abgeordnete forderten Somoza in einer Entschließung zum Rücktritt auf („NZZ", 22.9.).

– Der stellvertretende Gesundheitsminister Panamas ist von seinem Amt zurückgetreten, um eine internationale Brigade zur Unterstützung des bewaffneten Widerstandes in Nicaragua aufzubauen (u.a. „FR", 18.9.). 200 Freiwillige sind inzwischen bereits organisiert worden. Ende September soll in Panama ein internationaler Solidaritätskongreß mit dem Volk Nicaraguas stattfinden.

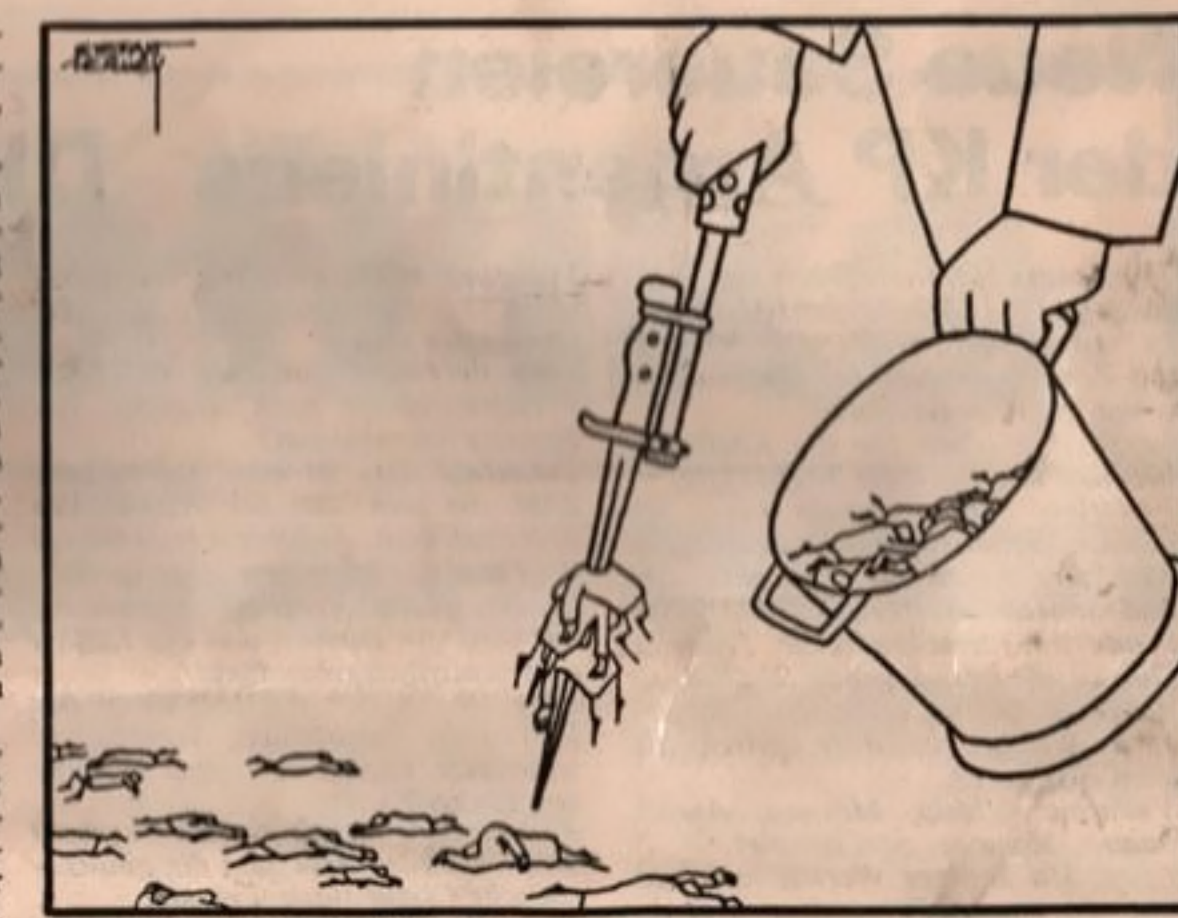
– Überall in Europa wurden Solidaritätskomitees gegründet, an denen sich in vielen Fällen auch lateinamerikanische Gruppen verschiedener Länder beteiligen. Vor allem in Euzkadi wird sehr ausführlich und breit über Nicaragua berichtet.

– In der BRD sind in einigen Staaten Hungerstreiks durchgeführt worden (AK 138). Nicaragua-Komitees haben in Briefen an Mercedes-Benz und Siemens die Einstellung der Geschäftsverbindungen gefordert. Die Jusos haben die Einstellung aller Beziehungen zum Somoza-Regime gefordert und zur Unterstützung der FSLN aufgerufen.

Und SPD und Bundesregierung!

Die SPD-Fraktion hat der Bundesregierung *„geraten, den Weg der Hilfeleistungen an Nicaragua zu überprüfen"* („SZ", 27.9.). Eine allerdings sehr dezente Formulierung, wo doch die SPD in ihrer Eigenschaft als Mitglied der sozialistischen Internationale viel radikalere Töne unterstützt. Die sozialistische Internationale hat in einem Kommunique den *„sofortigen Rücktritt des nicaraguanischen Diktators Somoza"* gefordert, *„ihm die Verantwortung für das Blutbad und die Grausamkeiten im Lande angelastet"* und den Stop aller *„Waffenlieferungen vor allem von Seiten der US-amerikanischen Regierung..."* verlangt. An alle Mitgliedsorganisationen wurde appelliert, *„die gegen Somoza kämpfenden Rebellen zu unterstützen"* („SZ", 23./24.9.).

Die SPD hat diese Erklärung gebilligt – was natürlich absolut nichts für die Politik der Bundesregierung zu bedeuten hat (siehe Kasten „BRD und Nicaragua"). Schließlich haben sogar die Junge Union, die Sozialausschüsse der CDU und der RCDS zur Unterstützung der demokratischen Kräfte im Kampf gegen das Somoza-Regime aufgefordert – natürlich nur, um eine weitere Verankerung und politische Einflußnahme der FSLN zu verhindern. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: *„Wenn der Westen jetzt nicht die Demokraten gegen Somoza unterstützt, droht mit der Machtübernahme der Sandinistas ein neues Kuba"* („SZ", 16./17.9.78).



Aus „de Volkskrant", 26.9.78

Leserbrief

Liebe Genossen,

Zu Eurem Nicaragua-Artikel „Verschiedene Strömungen in FSLN und der bürgerlichen Opposition" im AK 137 möchte ich einige Anmerkungen machen, vor allem deswegen, weil Euch bei der Darstellung der bürgerlichen Opposition einige sachliche Fehler unterlaufen sind. Der MDN stellt keineswegs, wie Ihr meint, eine neuere Entwicklung innerhalb der UDEL dar, sondern ist im April 1978 ausdrücklich als bürgerliches Konkurrenzunternehmen zur UDEL gegründet worden. Diese Neugründung war vom bürgerlichen Standpunkt her aus zwei Gründen erforderlich: zum einen hatte sich die UDEL offensichtlich als unfähig erwiesen, den von ihr nach der Ermordung Chamorros ausgerufenen Generalstreik auch effektiv zu kontrollieren – die Streikführung war ihr mit zunehmender Dauer der Auseinandersetzungen schlicht entglitten, und auch als sie längst zur Einstellung der Kampfmaßnahmen aufgerufen hatte, streikten die Arbeiter einzelner Betriebe davon unbeeindruckt einfach weiter. Zum anderen ist UDEL immerhin ein Bündnis höchst unterschiedlicher Gruppierungen, der u.a. die kommunistische Partei PSN und zwei Gewerkschaften an-
unterschiedlicher Gruppierungen, der u.a. die kommunistische Partei PSN und zwei Gewerkschaften an-
gehören – und obwohl sich PSN und Gewerkschaften völlig der bürgerlichen Strategie unterordnen, hegt die Bourgeoisie offensichtlich den Argwohn, daß dies nicht immer so bleiben muß. Der MDN repräsentiert im Gegensatz zur UDEL daher den Versuch, eine ausschließlich bürgerliche Kräfte umfassende Gruppierung aufzubauen, die vordringlich gute Beziehungen zum US-Imperialismus anstrebt (in diesem Sinne ist auch die Mitwirkung ihres Vorsitzenden Alfonso Robelo Callejas an der Bildung einer „Society for Democracy in Nicaragua" in den USA zu verstehen) und darüber eine „konfliktarme" Ablösung des Somoza-Regimes erhofft. Robelo hat in diesem Zusammenhang erklärt: „Wenn Somoza an der Macht bleibt und dem Volk keine Wahl läßt außer dem bewaffneten Aufstand, dann läuft das Land Gefahr, unter kommunistische Herrschaft zu geraten. Somoza erhöht diese Gefahr und vermeidet sie nicht, wie er vorgibt" (The Journal of Commerce, New York, 19.5.78). Dementsprechend strebt der MDN eine Isolierung der FSLN an, um sich den USA gegenüber als respektable bürgerliche Alternative zum Somoza-Regime darzustellen, die sich für einen ungestörten Übergang zu einem System der bürgerlichen Demokratie verbürgen kann. MDN ist, ebenso wie die UDEL, der „Frente Amplio Opositor" beigetreten – es wird sich erst noch zeigen, welche Strategie sich innerhalb der breiten Front durchsetzen kann.

Abschließend noch eine Anmerkung zu Eurer Darstellung der FSLN-„Terceristas": Ihr bemängelt dort ziemlich ihr Minimalprogramm, aber offenbar ohne z.B. die Bedeutung richtig einzuschätzen, die die Enteignung aller Somoza-Besitzungen für Nicaragua hätte – sie brächte nämlich mindestens 50% der Wirtschaft unter staatliche Kontrolle. Zum andern wäre es wohl für eine etwas grundlegendere Analyse angebracht, sich die Frage zu stellen, welche Forderungen eigentlich aktuell die Volkskräfte in einem Land wie Nicaragua durchsetzen könnten, das in unmittelbarer Nähe des imperialistischen Zentrums liegt, und ob unter diesem Gesichtspunkt das Minimalprogramm der Terceristas nicht auch zugleich das Maximum des derzeitig Durchsetzbaren darstellt.

Ein AK-Leser aus Hamburg

Anmerkung der Lateinamerika-Kommission

Wir bedanken uns für den berechtigten Hinweis auf die Rolle des MDN, der tatsächlich den rechten Flügel in der Oppositionsbewegung (aber nicht in der UDEL) darstellt, mit der Zielsetzung, eine für den US-Imperialismus akzeptable Alternative aufzubauen.

Für unberechtigt halten wir aber die Kritik an unserer Darstellung der FSLN-Terceristas. Unsere Überlegungen zu den Terceristas beziehen
die Kritik an unserer Darstellung der FSLN-Terceristas. Unsere Überlegungen zu den Terceristas beziehen
sich nicht auf ihre wirtschaftlichen Forderungen. Natürlich wäre es zunächst ein großer Erfolg, wenn das Somoza-Eigentum verstaatlicht würde und seiner brutalen und blutigen Korruptions- und Vetternwirtschaft damit die ökonomische Grundlage entzogen wäre. Dies sagt aber noch nichts über die weitere p o l i t i s c h e Entwicklung aus. Das Problem besteht doch darin, daß der US-Imperialismus – eben weil er in unmittelbarer Nähe liegt und eine Reihe von Interessen in Nicaragua zu verlieren hat – recht fieberhaft nach einer bürgerlichen Lösung sucht (sofern er sich gegen die Möglichkeit eines erneuten Putsches entscheidet). Eine solche Lösung hat angesichts der Mobilisierung und der Kampfbereitschaft des Volkes und angesichts der breiten Verankerung der FSLN nur eine Chance, wenn es gelingt, größere Teile der Massenbewegung zu integrieren. Es ist derzeit selbst in der bürgerlichen Presse unbestritten, daß die FSLN die einzige Kraft mit dem wesentlichen Masseneinfluß ist. Die Terceristas bekennen sich zwar wie die beiden anderen Strömungen zum Sozialismus und haben der einheimischen Bourgeoisie eine Absage erteilt (im Kommunique anläßlich der Besetzung des Nationalpalastes), sie sind aber zugleich die Strömung, die – über die Gruppe der 12 – von Teilen der Bourgeoisie finanziert wird, die eine Reihe von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften in ihre Reihen aufgenommen hat und die – wenn überhaupt – in eine Übergangsregierung einbezogen würde. Man darf nicht vergessen, daß in Zeiten der Massenmobilisierung der Druck nach links relativ stark ist, was aber noch nichts über die weitere Entwicklung der bürgerlichen Widerstandskräfte aussagt.



Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den bombardierten Stadtteilen

BRD — Nicaragua ungebrochene Freundschaft

Außenminister Genscher hat inzwischen die Forderung der Nicaragua-Komitees nach Einstellung aller Beziehungen zum Somoza-Regime abgelehnt. In seinem Antwortschreiben vom September heißt es sehr aufschlußreich: *„Der von Ihnen geforderte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua erscheint mir hingegen nicht als ein Weg, der geeignet wäre, etwaige (!) menschenrechtliche Probleme zu lösen oder eine stabile demokratische Ordnung zu fördern. Hierdurch würden wir vielmehr ein wichtiges Mittel unserer Einflußnahme preisgeben."*

Dann folgt der übliche Hinweis auf den Schutz der deutschen Staatsangehörigen in Nicaragua, der nur über eine Botschaft zu leisten sei und schließlich die Betonung, wie wichtig doch die Kontakte mit den nicaraguanischen Behörden sind: *„Auch im Bereich der Menschenrechte lassen sich Erfolge oft nur erzielen, wenn an Ort und Stelle eine Botschaft besteht, die zu den zuständigen einheimischen Behörden Kontakte unterhält."*

Zu welchen Zwecken diese Kontakte tatsächlich notwendig sind, zeigen einige unvollständige Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen BRD-Konzernen und dem Somoza-Clan:

Westdeutsche Konzerne in Nicaragua

Unter anderem unterhalten BASF, Bayer, Siemens, VW, Mercedes-Benz, AEG beste Beziehungen zur Somoza-Mafia. Anastasio Somoza persönlich hat z.B. die Generalvertretung für Mercedes-Benz inne. Die persönliche „Betreuung" durch den Diktator brachte für Mercedes einige Vorteile: Autos dieser Firma werden in Nicaragua steuerfrei verkauft – ein angenehmer Vorteil gegenüber der Konkurrenz. So bemüht sich – wohl nicht ohne Grund – auch Siemens um beste Beziehungen zum Regime, der Konzern übernahm (wofür man in der heutigen Lage sicher besonders dankbar ist) die kostenlose Installation modernster Alarmanlagen in den Villen einiger Generäle und Wirtschaftsfunktionäre. Kostspielige Luxusgeschenke und die Finanzierung von Auslandsreisen sind ständiger Bestandteil der Geschäftsmethoden (Nicaragua-Flugblatt ESG Köln u.a.).

„Deutsche Tradition" wird seit einiger Zeit für die Ausbildung von Militärs nutzbar gemacht. In einer Militärschule, die von einem Somoza-Sohn eingerichtet und geleitet wird, werden die sorgfältig ausgewählten Militärs ideologisch nach dem Vorbild des deutschen Faschismus ausgebildet: In der schuleigenen Zeitung wurden Originalfotos von Nazi-Truppen, die Menschen massakrieren, abgebildet (Nicaragua-Komitee, Göttingen, 20.6.78).

Die BRD hat Nicaragua seit 1960 mit 10,7 Mio DM für Industrie-Projekte unterstützt. Weitere 58,5 Mio. wurden in Form von *„politischen Krediten"* gewährt. In einem Abkommen von 1977 wurde ein weiterer Kredit in Höhe von 10 Mio. DM ausgehandelt. Dieses Abkommen ist allerdings bislang nicht ratifiziert worden und die Verhandlungen darüber sollen angesichts der aktuellen Lage eingefroren worden sein.

Die Informationen stammen aus einer spanischen Zeitung („El Pais", 23.9.) – solche Zahlen findet man in der bundesdeutschen Presse natürlich nicht.

Keine Unterstützung für die Somoza-Diktatur!

Lateinamerika-Kommission

Neue Sauereien der KP Argentiniens - DKP zieht mit

„Folgendes Interview führte der französische Philosoph Bernard-Henri Levy mit Roberto Vallarino, Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Argentiniens.

Levy: Wie sehen Sie die Kräfteverhältnisse innerhalb der Streitkräfte?

Vallarino: Sehr allgemein würde ich sagen, dass es einerseits ultrareaktionäre pinochetistische Elemente gibt und andererseits fortschrittliche Elemente mit demokratischer Tendenz. Dies ist die grundlegende Realität, an der keine Analyse vorbeigehen darf.

Levy: Welches sind diese fortschrittlichen Elemente?

Vallarino: Videla, Massera, Agosti, Suarez, Massone, zum Beispiel.

Levy: Mit anderen Worten heißt das also der gesamt Führungsapparat der Junta?

Vallarino: In gewissem Sinn, ja. Aber ich muß präzisieren, dass es sich um fortschrittliche Elemente und Tendenzen handelt.

Levy: Das heisst doch schliesslich und endlich, dass es sich um eine fortschrittliche Regierung handelt.

Vallarino: Es ist eine Regierung, in der es fortschrittliche Elemente gibt, die auch tatsächlich die Führungsrolle innehaben.

Levy: Also unterstützen Sie die Junta?

Vallarino: Nicht direkt, es ist besser, von kritischer Unterstützung zu sprechen.

Levy: Ihnen zufolge ist also die Gleichseztung Videla-Faschismus ein Irrtum?

Vallarino: Ein klassischer abenteuerlicher Irrtum, der das argentinische Volk nur auf den Weg des Rückschritts führen kann. Rückschritt in Bezug auf die kürzlichen Erfolge der Arbeiter- und demokratischen Bewegung.

Levy: Zum Beispiel?

Vallarino: Gut, z.B. die Tatsache, daß Argentinien heute Handelsbeziehungen mit allen Ländern akzeptiert, ganz egal, wie die ideologische Ausrichtung von ihren Regierungen ist. Aber vergessen Sie nicht, dass es auch pinochetistische Elemente gibt, die sich dagegen zur Wehr setzen.

Levy: Fortschrittlichkeit heisst also Handel mit der UdSSR?

Vallarino: In diesem Fall heisst es, die Beziehungen zwischen Staaten auf die Grundlage der friedlichen Koexistenz zu stellen.

Levy: Und die Menschenrechtsverletzungen stören Sie nicht?

Vallarino: Doch, natürlich. Wir haben selbst 71 Parteimitglieder, die verschwunden sind.

Levy: Bei einer Gesamtzahl von 15.000 Verschwundenen nach Angaben von amnesty international?

Vallarino: Das ist eine übertriebene Zahl, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Außerdem muß man in der Frage der Menschenrechte vorsichtig sein, wo die Grenzlinie zu ziehen ist; das wird von Rechten und den Linken unterschiedlich gehandhabt.

Levy: Wenn sich die UdSSR in der UNO jeder Verurteilung Argentiniens widersetzt, ist das dann eine Haltung von Linken?

Vallarino: Natürlich, da das Gegenteil unser Volk isolieren und die pinochetistische Clique stärken würde.

Levy: Sagen Sie mir bitte, wer dieser pinochetistischen Clique angehört?

Daraufhin nennt er mir eine Liste unbekannter Namen.

(aus „Cultrun", Herbst 78).

Das angesprochene Vorgehen der UdSSR in der UNO bezieht sich auf eine Resolution, die Informationen über den Verbleib der Verschwundenen in Argentinien forderte. Diese Resolution wurde in einem Unterausschuß der Menschenrechtskommission der UNO von der UdSSR und allen osteuropäischen Staaten gemeinsam mit den lateinamerikanischen Diktaturen abgelehnt („FR", 18.9.78). Hintergrund dafür sind die relativ umfangreichen Handelsbeziehungen zwischen Argentinien und der Sowjetunion, die nach dem Putsch zunächst zurückgegangen waren, seit September '77 aber mit dem Abschluß eines umfangreichen Handelsabkommens wieder intensiv ausgebaut werden. Ziel ist, daß Argentinien der zweitwichtigste Handelspartner der SU nach Kuba wird. Dabei war die SU schon 76 hinter Brasilien der zweitgrößte Abnehmer argentinischer Waren („La Nacion", 7.2.77).

Argentinien ist für die SU einer der Schwerpunkte, um in Lateinamerika, der Domäne der USA, einen Fußbreit Einfluß zu gewinnen. Dazu wird dann die faschistische Diktatur Videlas schlicht zu einer „nicht-pinochetistischen Fraktion" umgelogen. (Zum traurigen Wettlauf zwischen SU und VR China bei Handels- und Wirtschaftsbeziehungen selbst mit Pinochet siehe AK 130).

Angesichts der wohlwollenden Haltung der UdSSR gegenüber der argentinischen Junta hüten sich DDR- und DKP-Presse bis heute, kritisch zur Junta Stellung zu nehmen. Sie drukken nach wie vor den Dreck der argentinischen KP kommentarlos, bzw. zustimmend ab.

Dabei wird als Hauptforderung eine aus Militärs und Zivilisten gemischt zusammengesetzte Regierung propagiert. So erst kürzlich wieder in „horizont" (Nr.31/78), wo die Lobrede der KPA auf eine Rede Videlas nachgedruckt wurde:

„*Der Grundgedanke dieser Botschaft* (von Videla, Red.) *besteht darin, daß eine politische Übereinstimmung zwischen den Parteien und den führenden Militärs über die künftige Entwicklung Argentiniens angestrebt wird. Es liegt auf der Hand, daß wir damit einverstanden sind... Gleichermaßen sind wir damit einverstanden, wenn Videla unterstreicht, daß die nationale Einheit* (!!) *wiederhergestellt werden muß. Ihr Inhalt müßte jedoch zutiefst demokratisch sein...*" — was ja laut KPA kein Problem ist, weil Videla zur fortschrittlichen Militärfraktion gehört.

Zum zweiten werden die Militärs für ihre wirtschaftlichen Leistungen gelobt: „*Wir möchten den Streitkräften unsere Anerkennung aussprechen, weil sie einen großen Beitrag zur Entwicklung der nationalen Produktivkräfte geleistet haben.*" Zwar wird dann die Wirtschaftspolitik allgemein kritisiert, aber offensichtlich verdient der Handelsaustausch mit der SU zunächst mal höchste Anerkennung — vom Elend der Massen ist keine Rede!

Der dritte Schwerpunkt ist schließlich die Warnung vor den „abenteuerlichen" und „terroristischen" Kräften. „*Es wäre unklug und verhängnisvoll, die Gefahr zu übersehen, die die Ruhe des Landes* (!) *und den Prozeß der Schaffung neuer demokratischer Verhältnisse* (!!) *bedroht. Genauso* (!) *wie wir uns vom Terrorismus und von falschen ultralinken Phrasen distanzieren, weisen wir auf die Gefahr hin, die von der Existenz faschistischer Banden und reaktionärer Gruppen ausgeht*" („Horizont", 31/78, ähnlich auch „UZ", 19.4.78 u.a.).

Chile und Argentinien — das eine ist für die Revisionisten zu Recht eine blutige, faschistische Diktatur, das andere aber eine Regierung mit fortschrittlichen, unterstützenswerten Ansätzen. So einfach ist das, man muß nur die richtige moralische und politische Verkommenheit besitzen.

Chile — 11. September

Der 5. Jahrestag des Putsches fand in Chile nicht in absoluter Friedhofsruhe statt. Bereits vor und auch nach dem 11. September führten die Kupferarbeiter der Minen Chuquicamata und Huachipato trotz Verhaftungen und Repression ihre Streikaktionen durch, es fanden Aktionen in Santiago für die Verschwundenen und ein 2tägiger Hungerstreik statt (vergl. AK 138). Ein Bericht, den wir aus Chile geschickt bekamen, vermittelt einige Eindrücke:

„*Insgesamt war die Beteiligung der Bevölkerung an den von der Regierung verordneten Veranstaltungen zum 11. September äußerst schwach. Die größte Kundgebung war in Santiago, mit offiziell 30.000 Teilnehmern, also kein Vergleich mit früheren Zahlen, zumal dies vorwiegend Schüler waren, die unter Kontrolle ihrer Lehrer teilnahmen. In vielen Betrieben und Büros bekamen die Arbeiter und Angestellten um 14.00 Uhr frei, um an den Veranstaltungen teilnehmen zu können. Die meisten blieben jedoch bis zum Schluß der Arbeitszeit oder gingen direkt nach Hause.*

Neben den Streiks in den Bergwerken ist es in den letzten Tagen in den Unis zu einigen Protesten gekommen, vor allem in Santiago, wo schon einige Tage vor dem 11. September Gruppen offen zur Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Nicaragua aufriefen. Hier kam es zu schweren Schlägereien, als rechte Schlägertrupps die Genossen angriffen. Am 11. selber gab es in der katholischen Universität eine Kundgebung gegen die Regierung. Dabei wurde eine Reihe von Personen verhaftet. Ebenfalls festgenommen wurden über 50 Personen, die eine Kundgebung in der Innenstadt Santiagos abhielten zur Frage der Verschwundenen.

In einigen Landesteilen hat sich vor dem 11. September die Propaganda an den Häusern, Mauern, Zäunen vervielfacht, immer wieder das R des Widerstandes, zuweilen darunter auch die Organisationsnamen. Auffällig dabei war, daß dies auch in einigen Fällen von der PC unterzeichnet war. In Concepcion stand einen ganzen Vormittag groß an der Hauptpost: 'Nieder mit der Gorilla-Diktatur!' Daneben gab es Flugblätter aller Art, mit kurzen Parolen, die immer wieder auch die 'Bestrafung der Henker' forderten, und die von den Organisationen der Linken unterzeichnet oder auch ohne Parteiunterschrift waren...

Ermutigend auch, wie es in S. Miguel noch gut erhalten an einem Zaun stand: 'Seguimos el pueblo de Vietnam [Wir folgen dem Volk von Vietnam]'!"

IMPRESSUM

Herausgeber — Druck — Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 12.000
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00
Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents
Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei!

Nachspiel in der Argentinien-Solidarität: Borussia Mönchengladbach klagt gegen Demonstranten

Am 29. März 1978 entrollten wir in der 80. Minute des Europacupspiels zwischen dem VFL Borussia Mönchengladbach und dem 1. FC Liverpool ein Transparent mit der Aufschrift „Argentina '78 — Fußball JA Folter NEIN!"

Daraufhin reagierte jetzt der VFL B.Mönchengladbach am 10. Juli mit einer Zivilklage beim Amtsgericht Düsseldorf.

Der europäische Fußballverband UEFA hatte dem Verein B. Mönchengladbach mit einer Geldstrafe von 2.000 Schweizer Franken (umgerechnet DM 2.300) belegt. Diese Strafe will der Verein durch Gerichtsbeschluß auf uns abwälzen.

Tatsache ist: Das Europacupspiel wurde durch unsere Demonstration weder unterbrochen noch gestört.

Es ist bei Bundesliga- und Europacupspielen oft zu beobachten, daß Vereinsanhänger mit Fahnen auf das Spielfeld laufen. Diese Fußballfans werden in der Regel nicht bestraft. Maß muß daher annehmen, daß die relativ hohe Geldstrafe unserer politischen Spielfelddemonstration die Einschränkung demokratischer Rechte zum Ziel haben soll.

Wir werden so etwas nicht stillschweigend hinnehmen. Es wird im September zu einem Prozeß kommen und wir werden weiter darüber berichten.

Bitte solidarisiert Euch mit uns. Der Prozeß wird in etwa drei bis vier Wochen stattfinden. Den Termin werden wir Euch noch genau angeben. Richtet Protestschreiben an den Verein

Borussia Mönchengladbach
Böckelstraße 165
4050 Mönchengladbach

asien

Großkundgebung und -Demonstration in Sanrizuka



Zum Abschluß des »100-tägigen Kampfes« gegen den Flughafen Narita rief die Oppositionsliga der Sanrizuka-Shibayama Bauern zu einer nationalen Großdemonstration am 17.9. in Sanrizuka auf. Zu der rund vier Stunden dauernden Kundgebung waren über 18.000 Demonstranten gekommen. Die anschließende Demonstration zum Flughafengelände, an der sich neben linken Organisationen und der Oppositionsliga der Bauern auch zahlreiche BIs aus dem AKW- und Umweltschutzbereich, Frauengruppen und Gewerkschaftsgruppen beteiligten, verlief »friedlich«. Im Gegensatz zur Demo am 2.7. wurde diesmal wieder eine Route genommen, die im »sicheren« Abstand am Flughafengelände entlangführt. Die Tatsache, daß auch keine »Stürmungsversuche« unternommen wurden, dürfte nicht nur auf die scharfen Kontrollen auf allen Zufahrtswegen sowie die wieder auf 13.000 Bullen verstärkte Verteidigungsanlage des Flughafens und auf die in den Vortagen durchgeführten Razzien und Verhaftungen zurückzuführen sein. Vielmehr ist der Standpunkt verbreitet gewesen, daß im Zusammenhang mit dieser Großdemonstration direkte Aktionen gegen den Flughafen, wie sie bislang vor seiner Eröffnung häufig auch mit Erfolg durchgeführt werden konnten, nicht sinnvoll sind.

In dem nach der Eröffnung des Flughafens ausgerufenen »100-tägigen Kampf« war oft eine etwas resignative Stimmung und Ratlosigkeit in der Anti-Flughafenbewegung zu spüren gewesen. Dies war vor allem bei den vielen Koordinierungstreffen und Kleinveranstaltungen verschiedener BIs der Fall. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen gewesen, daß die 13 Jahre dauernden zum Teil brutalen, kriegsähnlichen Übergriffe und Repressionen des Staates auf die Flughafengegner bis zum Frühjahr dieses Jahres zwar erfolgreich abgewehrt werden konnten, zum Teil sogar erfolgreiche Offensiven durchgeführt werden konnten (z.B. die Stürmung und Besetzung des Kontrollturmes im März dieses Jahres), daß aber gleichzeitig die stufenweise Realisierung des Flughafenprojekts und schließlich seine zwangsweise Eröffnung im Mai dieses Jahres doch als eine Niederlage empfunden wurden.

Doch ist der Widerstand noch nicht gebrochen. Dies läßt sich zumindest an der für hiesige Verhältnisse wieder erreichten hohen Teilnehmerzahl der Demo festhalten, insbesondere auch an der Beteiligung der regionalen Sektion der öffentlichen Eisenbahnergewerkschaft, Chiba. Diese Sektion spielte eine zentrale Rolle bei der Verhinderung des Düsentreibstofftransports per Bahn. Durch ihre Teilnahme an der Kundgebung, wo sie mit großem Applaus empfangen wurden, stellte sie



sich in direktem Widerspruch zu der offiziellen Verlautbarung des gesamten Eisenbahnergewerkschaftsverbandes Doro, jede Verbindung zu der Oppositionsliga der Bauern abzubrechen. Ermutigend war auch die Teilnahme der sogenannten Kompromißler, die sich bislang dem Druck des Staates gebeugt hatten und ihr Land an die Flughafengesellschaft verkauft hatten, nun aber aufgrund der starken Fluglärmbelästigung ihren Protest kundtun und sich mit der Oppositionsliga der Bauern solidarisieren. Schließlich machten die schwarzen Rauchwolken brennender Reifen und die Fesselballons in ca. 100 m Höhe während der Demo deutlich, daß der Kampfgeist noch lebt.

Schwerpunkte direkter Aktionen der jüngsten Vergangenheit sind die vielen anderen Schwachstellen, an denen der Flughafen außer Funktion gesetzt werden kann. So waren Hauptangriffsziele im »100-tägigen Kampf« insbesondere die Bahnlinie für den Treibstofftransport, Radar- und Funkanlagen außerhalb des Flughafengeländes und die Telekommunikationsnetze. Ferner waren auch die Übungseinrichtungen der Bullen im ganzen Land beliebte Angriffsobjekte. Obwohl diese Aktionen wie die Fesselballons, Drachen und Reifenbrände in unmittelbarer Nähe des Flughafens nur begrenzt wirksam waren und meist unkoordiniert von einzelnen kleinen Gruppierungen durchgeführt wurden, gab es bislang keine Distanzierungsversuche. Die wenn auch passive Solidarisierung mit solchen Formen des Widerstandes drückt die gemeinsame Haltung der Flughafengegner aus, den Flughafenkampf nicht nur in Sanrizuka zu führen und ihn weiterhin militant zu führen.

Schwerpunkte künftiger Aktionen, die auch nach außen hin Massencharakter haben sollen, sind die Verteidigung der 17 Bauernhöfe, die für den Bau der zweiten und dritten Landebahn enteignet werden sollen, sowie die Verhinderung des Pipeline-Baus, für den Düsentreibstofftransport. Dies wurde in den vielen Beiträgen auf der Kundgebung sowie in den Parolen deutlich. Das Problem des Pipeline-Baus ist besonders akut geworden, nachdem die Stadtverwaltung von Chiba ihre Zustimmung zu dem im Juli 1972 wegen starker Proteste der Bevölkerung stillgelegten Projekt jetzt offiziell gab. Ein Teil der Pipelines muß durch die Stadt Chiba gelegt werden.

Gleichzeitig fand wieder in der Innenstadt von Tokio in einem Betonpark eines passantenreichen Einkaufsviertels ein dreitägiges Sit-in statt, um die Informations- und Mobilisierungsarbeit wieder in Gang zu setzen. Trotz des Regenwetters übernachteten bis zu 11 Leute. Insgesamt nahmen über 100 Leute an dieser Aktion teil.

So endete der »100-tägige Kampf« gegen den Flughafen Narita, der als Symbol für die staatliche Unterdrükkung und den staatlichen Terror in Japan steht. Doch gleichzeitig wurde von der Oppositionsliga der Bauern der zweite 100-tägige Kampf ausgerufen. Der Sanrizuka-Kampf muß weiterleben. Denn »*die Konzentrierung auf den Sanrizuka-Kampf macht jede andere regionale Bewegung stark. Der Sanrizuka-Kampf ist der konzentrierte Ausdruck für den Kampf des japanischen Volkes, daher muß hier ein Durchbruch erzielt werden.*« (Yuji Takahashi, Die Bedeutung von Sanrizuka, in: »Shiso no kagaku«, 1978/6)

Asien-Australien-Kommission



afrika

Namibia: Kurs auf „interne Lösung" und Krieg

Monatelang beherrschten die Verhandlungen zwischen den fünf imperialistischen Ländern (USA, BRD, England, Kanada und Frankreich), der faschistischen RSA und der SWAPO die Schlagzeilen der bürgerlichen Namibia-Berichterstattung. Jetzt hat die RSA mit einem lauten Knall die Tür zu einer „friedlichen Lösung" zugeworfen, da sie der SWAPO zumindest theoretisch die Möglichkeit geboten hätte, ihren politischen Einfluß in einem unabhängigen Namibia zur Geltung zu bringen. Auf der Grundlage einer grundsätzlichen Einigung der drei Verhandlungsparteien hatte UNO-Generalsekretär Waldheim einen finnischen Repräsentanten nach Namibia entsandt, der die konkreten Bedingungen für den Dekolonisierungsprozesses untersuchen sollte. Auf der Grundlage seines Berichts machte Waldheim folgende Vorschläge für eine „friedliche Lösung": Stationierung von 75oo UNO-Soldaten und weiteren 35o Mann zur Überwachung der rassistischen namibischen Polizei, Abzug der RSA-Truppen (gegenwärtig 2o.ooo!) bis auf einen Rest von 1.5oo, Einsatz von 1.ooo zivilen UNO-Helfern in Namibia, Einhaltung eines „ordentlichen Vorbereitungsprozesses" (d.h. Wiederholung der durch die RSA widerrechtlich vorgenommenen Wählerregistrierung) und Verschiebung des Unabhängigkeitsdatums auf den Anfang des kommenden Jahres (1979). Die fünf westlichen UNO-Sicherheitsratsmitglieder bekundeten ohne Zögern, daß die Vorstellungen Waldheims *„auf der gleichen Linie"* lägen wie ihre eigenen Vorstellungen („FAZ", 22.9.78). Die gegenüber den ursprünglichen Verhandlungsergebnissen nur geringfügig veränderten Positionen (vor allem Erhöhung des UNO-Kontingents von 3.5oo auf 7.5oo) war dann für das Regime in Pretoria der willkommene Anlaß, das „UNO-Diktat" abzulehnen und eine „interne Lösung" nach dem Muster Rhodesiens anzukündigen (bereits Ende April torpedierte die RSA die Verhandlungen in einer entscheidenden Phase durch die Zerstörung von zwei Flüchtlingslagern und Massakern in Südangola). Die „Wahl" für die Marionettenregierung Namibias soll nach dem Willen der Rassisten in der Zeit zwischen dem 4. und 8. Dezember stattfinden. Teilnehmen wird natürlich die von der hiesigen CDU unterstützte reaktionäre „Demokratische Turnhallen-Allianz" (DTA), bestehend aus kollaborationsbereiten schwarzen Stammesfürsten, während die sich liberal gebende gemischtrassige „Namibian National Front" (NNF) und die Gruppe des SWAPO-Überläufers Shipanga („SWAPO Demokratische Partei") sich - vorerst - nicht an dieser Farce beteiligen wollen („The Times", 22.9.). Der von der RSA eingesetzte Generaladministrator verkündete daraufhin, daß die Wahlen durchgezogen würden, trotz möglicher niedriger Stimmenabgabe und auch, wenn verschiedene Parteien sich weigern würden, daran teilzunehmen. Diese Entscheidung zugunsten einer Marionettenregierung beurteilte selbst die in Johannesburg (!) erscheinende „Johannesburg Star" so: „Namibia wurde zum Bürgerkrieg verurteilt" (ebenda).



Der Massenmörder ...



... sein Nachfolger

SWAPO: Imperialisten verantwortlich

In einer in Luanda (Angola) veröffentlichten Stellungnahme unterstrich die SWAPO, daß die fünf imperialistischen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats verantwortlich für die Entscheidung Südafrikas seien, im Alleingang „Wahlen" zu organisieren. Denn es sei „logisch", daß Südafrika diese Entscheidung getroffen habe, da es Garantien erhalten habe, daß keine wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika ausgesprochen würden. Damit hätten die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder nicht nur die SWAPO „verraten", sondern auch ganz Afrika (nach „SZ", 26.9.). Zwei Tage zuvor hatte der Vizepräsident der SWAPO, Muyongo, auf einer Pressekonferenz in Lusaka jede Teilnahme der SWAPO an diesen „Wahlen" energisch abgelehnt: *„Stattdessen werden wir den bewaffneten Kampf intensivieren und jedwedes Marionettenregime liquidieren, das Pretoria in Namibia einsetzen wird"* („SZ", 24.9. u. „The Times", 23.9.). Er bezeichnete es als *„unser Recht als authentische und legitimierte Vertreter des namibischen Volkes, unsere Freunde - insbesondere die sozialistischen Staaten - um militärische Hilfe zu ersuchen"* („SZ", 24.9.).

Genscher: „Keine Sanktionen.."

BRD-Außenminister Genscher sprach für die fünf imperialistischen Staaten, als er Südafrika nicht etwa wegen der fortgesetzten Vergewaltigung der schwarzen Mehrheit in Namibia anklagte, sondern „nur" befürchtete, daß die RSA mit ihrer Entscheidung *„den Befürwortern gewaltsamer Lösungen in die Hände spiele"* („SZ", 27.9.78). Als ob die Gewalt tagtäglich nicht von den faschistischen südafrikanischen Besatzern ausginge!

Wenn es auch taktische Differenzen zwischen Imperialismus und der RSA geben mag, w i e man zu einer n e o k o l o n i a l e n „Lösung" für Namibia kommt, so besteht doch im Ziel völlig Einigkeit. So nimmt es nicht wunder, daß - nach den obligatorischen Krokodilstränen („schwere Krise" etc.) - die Imperialisten sofort die wieder laut werdenden Sanktionsforderungen gegen die RSA zurückwiesen, wie z.B. Genscher in einem Interview in New York. Die RSA solle zunächst mal die Sache „überdenken" und sich doch noch zu einer Zusammenarbeit mit der UNO entschließen. Ähnlich argumentierte der englische UNO-Botschafter gegenüber der Forderung nach einem Ölboykott gegen die RSA. Erst müsse die neue Regierung in Pretoria gebildet werden, dann könne man ihre Motive testen („The Times", 23.9.78)!

Genau wie in Zimbabwe wird in Namibia eine „interne Lösung" von den Imperialisten stillschweigend akzeptiert und im Ernstfall auch militärisch unterstützt werden.

RSA: Neuer Scharfmacher Regierungschef

Das Abblocken von wirkungsvollen Sanktionen gegen die RSA durch die Imperialisten und die militärisch-nukleare Unterstützung ist natürlich für Pretoria eine regelrechte Ermutigung, „durchzuhalten". Die Einsetzung des bisherigen Kriegsministers Botha in das Amt des Ministerpräsidenten als Nachfolger Vorsters kennzeichnet den unversöhnlichen Kriegskurs, den die weißen Faschisten im südlichen Afrika fortsetzen wollen. Botha war 1976 hauptverantwortlich für den Einfall der RSA-Truppen in die VR Angola, nachdem die UNITA-Banden bereits geschlagen waren. Er gilt selbst für südafrikanische Verhältnisse als „Rechtsaußen"! . . . Einige Kostproben aus jüngsten Kommentaren Bothas: *„Wir werden uns nicht dem Diktat der kommunisten oder marxistischen Expansionisten beugen. Wir müssen vielmehr dem Westen und der freien Welt vertrauen, dessen Sache wir verteidigen, wenn wir unseren angemessenen Platz in der Völkerfamilie finden wollen."* Südafrika sei bereit, seinen Beitrag für den Kampf gegen den Kommunismus anzubieten und darüber zu verhandeln („SZ", 26.9.78). Als Verteidigungsminister hat er die Rüstungsausgaben der RSA enorm in die Höhe getrieben und versucht, die RSA durch den Aufbau einer eigenen Kriegsproduktion vom Ausland relativ unabhängig zu machen. Bei seiner Antrittsrede betonte er, daß er „Recht und Ordnung" verstärkt aufrecht erhalten wolle: durch eine wirksame Polizeitruppe und eine „ausgewogene Verteidigungsstreitmacht". Vorster hat einen würdigen Nachfolger gefunden. . .

Afrika Kommission

Spendenaufruf

Die atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika muß sofort gestoppt werden! Wenn wir dafür nicht kämpfen, laden wir uns als Bürger dieses Landes eine große Schuld auf.

Als Beitrag zu diesem Kampf wird am 11./12. November in Bonn ein "Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika" stattfinden, der diese Zusammenarbeit detailliert aufdecken und im In- und Ausland eine möglichst breite Öffentlichkeit informieren soll. In gestärkter Front soll die Beendigung dieses bedrohlichen Geschäftes durchgesetzt werden. Dies ist von lebenswichtigem Interesse für die Völker des südlichen Afrika und für den Frieden in der Welt.

Selbstverständlich ist der Erfolg eines solchen Kongresses auch eine finanzielle Frage. Wir rufen sie daher auf, sein Zustandekommen durch eine mutige Unterstützung in Form einer kräftigen Spende zu ermöglichen!

Sonderkonto "Kongreß"
Nr. 1019894500 bei der
Bank für Gemeinwirtschaft Bonn
Anti-Apartheid-Bewegung,
Blücherstr. 14,
53 Bonn 1,
Tel. 02221/211355

Erneuter Überfall auf Mosambik

Die Rassisten in Salisbury und ihre schwarzen Marionetten in der „Übergangsregierung" haben nun zum sechsten Mal einen Überfall auf Flüchtlingslager in Mosambik durchgeführt. Das Zentrum der Angriffe lag ca. 70 km von der rhodesischen Grenze entfernt, die Aggressoren hielten sich vier Tage auf mosambikanischem Territorium auf. Erst vor zwei Monaten hatten die Truppen für zwei Tage die Grenze nach Rhodesien überschritten und Flüchtlingslager angegriffen. Erstmalig soll es dieses Mal zu Zusammenstößen mit regulären Einheiten der FRELIMO gekommen sein, als die Rassisten Lager in der Nähe der Stadt Chimoio angriffen, wo sich angeblich das Hauptquartier der Kämpfer der ZANU befinden soll. Von mosambikanischer Seite wurde bislang zu dieser erneuten Provokation der Rassisten keine Stellung abgegeben.

Kriegsrecht

Die „harte Linie", die die Rassisten verstärkt durchsetzen wollen, äußert sich weiterhin in der Verhängung des Kriegsrechts in weiten Teilen des Landes für unbegrenzte Zeit. Die unter Kriesgrecht gestellten Gebiete, darunter 16 Stammesgebiete, sind über das ganze Land verteilt. Schwerpunkte sind aber die östlichen Landesteile an der Grenze zu Mosambik sowie der Nordwesten. Den Rassisten und ihren Handlangern wird *„umfassende Vollmacht für alle nach ihrem Urteil erforderlichen Maßnahmen"* („SZ", 27.9.) eingeräumt. Gleichzeitig werden Kriegsgerichte geschaffen, die auch die Todesstrafe aussprechen können. Von ihnen kann jeder angeklagt werden, der den „Terrorismus" gefördert haben soll. Streitkräfte und Polizei können Personen auch ohne Gerichtsurteil inhaftieren. Der faschistische Staatsterror wird jedoch die Intensivierung des Befreiungskampfes nicht verhindern können.

Die ca. 8.000 Befreiungskämpfer, die innerhalb Zimbabwes operieren sollen, waren nach rhodesischem Eingeständnis in der Lage, die Schließung von fast 1.000 Schulen der Rassisten zu erzwingen, so daß 230.000 Kinder einigermaßen unbehelligt von der Rassistenpropaganda aufwachsen können („FAZ", 26.9.). Um die prekäre militärische Lage zu stabilisieren, haben die Rassisten nunmehr erstmalig eine Wehrpflicht für schwarze Männer im Alter von 18 bis 50 Jahren eingeführt („NZZ", 19.9.).

Auf internationaler Ebene versuchten 27 US-Senatoren die relative Isolierung der Politiker der „internen Lösung" zu durchbrechen. Sie luden Ian Smith und Sithole, die Vertreter eines illegalen Regimes, zu einem Besuch in die USA ein. Die Senatoren schrieben an Sithole, *„die (Übergangs-)Regierung solle die Gelegenheit erhalten, Washington und die amerikanische Öffentlichkeit über die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Rhodesien-Konflikts zu unterrichten"* („NZZ", 19.9.).

Man denke dabei unter anderem an Begegnungen mit amerikanischen Politikern, öffentliche Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Fernsehinterviews. Es besteht kaum Zweifel, daß die Repräsentanten des rhodesischen Terrors die notwendigen Visa für ihre breitangelegte Propagandatournee erhalten werden.

Markierungspunkte auf dem Weg der „friedlichen Lösung" sind das erneute Verbot der politischen Inlandsorganisationen von ZANU und ZAPU und die Verhaftung von über 300 Organisationsmitgliedern. Die Organisationen waren nach 10-jähriger Illegalität erst im Mai dieses Jahres zugelassen worden. Eine kurze Blüte.... (nach „FAZ", 25.9.78).

Afrika-Kommission

Tansania verstaatlicht Lonhro

Ab 16. September hat die Regierung von Tansania alle Filialen des multinationalen Konzerns Lonhro unter staatliche Kontrolle genommen. Am 2. Juni hatte der Konzern mit Sitz in London alle Tätigkeiten *„wegen Einmischung in die Angelegenheiten der Länder des südlichen Afrikas und vor allem Rhodesiens"* („NZZ", 22.9.78) einstellen müssen. Lonhro war vor allem an der Durchbrechung der Sanktionen, die gegen das illegale Smith-Regime verhängt worden waren, beteiligt. Der Konzernleitung werden übrigens gute Kontakte zu Nkomo (ZAPU) und Kaunda, dem westfreundlichen sambischen Staatschef, nachgesagt.

Der Firma Lonhro wurde von der tansanischen Regierung eine Frist von drei Monaten eingeräumt, um den Verkauf des gesamten Betriebsnetzes an die Regierung Tansanias auszuhandeln. Dies wurde jedoch von der Konzernleitung abgelehnt, wonach die Regierung die Verstaatlichung des Unternehmens beschloß. Der Konzern kontrollierte bisher 16 bedeutende tansanische Unternehmen, so mehrere Montagewerke für Autos, Lastwagen und Traktoren, sowie große Teeplantagen.

Afrika-Kommission

Neue Erfolge für die Polisario

Die verstärkte Kampftätigkeit gegen die marokkanischen Besatzungstruppen (gegen Mauretanien wird - noch - ein vorläufiger Waffenstillstand eingehalten) hat zu beachtlichen Erfolgen der Frente Polisario geführt. Allein bei den Kämpfen zwischen dem 17. und 21. September wurden 74 marokkanische Soldaten getötet, eine Reihe von Artilleriegeschützen und Militärfahrzeugen konnte erobert werden. Gleichzeitig protestiert die F. POLISARIO gegen den *„zunehmenden Einsatz von Napalm und Phosphor durch die marokkanische Luftwaffe"* („SZ", 27.9.78).

Die Tatsache, daß Mauritanien heute weniger denn je der F. POLISARIO militärisch standhalten könnte, hat mittlerweile zu einer faktischen Besetzung Mauretaniens durch 10.000 marokkanische Soldaten geführt. In Marokko fürchtet man, daß die F. POLISARIO einen Separatfrieden mit Mauretanien abschließen und von der Südsahara aus den marokkanisch besetzten Norden befreien könnte. So hatte der Feudalfaschist König Hassan am 20. August erklärt, sein Land werde sich mit allen Mitteln gegen jede Lösung stellen, die die Schaffung eines Mini-Staates der Saharuis an der marokkanischen Grenze vorsieht („NZZ", 21.9.).

Nachdem der französische Plan eines Bundesstaates aus Mauretanien und dem südlichen Teil der Westsahara sowohl von der F. POLISARIO wie auch von Algerien abgelehnt wurde, tritt die französische Marionette in der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, mit einem neuen „Vermittlungsvorschlag" auf die diplomatische Bühne, der auch vom angrenzenden Senegal unterstützt wird. Danach soll die gesamte Westsahara unter UNO-Verwaltung gestellt werden, und nach einigen Jahren (!) solle dann eine Volksbefragung stattfinden, nachdem „geklärt" worden ist, wer Saharaui ist und an der Volksabstimmung teilnehmen darf. Die Übergangszeit soll mit einem Waffenstillstand beginnen, auf den hin sich alle bewaffneten Truppen aus der Westsahara zurückziehen müßten. Abgesehen davon, daß Marokko derzeit wohl kaum einem Abzug seiner Truppen aus diesem Gebiet zustimmen dürfte, ist nicht einzusehen, warum die Saharauis überhaupt „abstimmen" sollen und das auch erst nach einigen Jahren unter völlig ungeklärten Bedingungen. Selbst der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat 1974 das Gebiet eindeutig den Saharuis zugesprochen. So kann die Forderung nur lauten: **Alle fremden Truppen raus aus der Westsahara, für das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes!**

Afrika-Kommission

Sie geht weiter, die Diskussion über den „Prager Frühling"!

An einem Artikel eines Redaktionsgenossen in AK 134 ("Bahro, CSSR und DKP") hat sich eine recht lebhafte Diskussion über den "Prager Frühling" entwickelt. Dazu erschienen bisher im AK: in AK 137 die Stellungnahme eines Genossen der RGW-Kommission, eine Anmerkung der RGW-Kommission, ein Leserbrief aus Lüneburg und eine Anmerkung des Redaktionsgenossen; in AK 138 eine Stellungnahme von Ha. und Vo. aus Göttingen.

In diesem AK setzen wir die Diskussion fort mit einem Artikel von Klaus aus Göttingen und einem weiteren des Redaktionsgenossen.

Stellungnahme von Klaus

Vorweg eine Bemerkung zum Umgang mit Leserbriefen oder Diskussionsbeiträgen: wenn die AK-Redaktion zu Kritiken Stellung nimmt, sollte sie auf die vorgebrachten Argumente eingehen. Die Antwort auf die Beiträge der RGW-Kommission zum Prager Frühling erwecken den Eindruck, daß der Verfasser der redaktionellen Stellungnahme die von ihm kritisierten Beiträge gar nicht gelesen, bestenfalls aber mit selektiver Wahrnehmung aufgenommen hat.

Zur Frage der "konterrevolutionären Entwicklung"

1. Der Genosse möchte von "konterrevolutionären Entwicklungen" in den Ländern des "real existierenden Sozialismus" sprechen, *"sofern (!) es sich um die Rückgewinnung eines 'realsozialistischen' Landes für das imperialistische Weltsystem geht."* Er begründet dies – *"vom Standpunkt der Weltrevolution"* – mit *"kleinen Unterschieden"* (welche?), die zwischen den Systemen des "realen" Sozialismus und des Imperialismus bestehen. Hier wird diesmal explizit die Frage nach dem Charakter der SU aufgeworfen – und mit dem lapidaren Hinweis wieder beiseitegeschoben, daß es halt *"schließlich auch augenfällige 'kleine Unterschiede'"* gibt. Worin bestehen nun diese Unterschiede? Der Genosse schweigt sich darüber aus und nennt konkret nur die (durchaus nicht überall zutreffende) Tatsache,daß sich *"nationale Befreiungsbewegungen und antiimperialistische Staaten immer noch in gewissem Maße auf die SU stützen können."*

Bisher sind wir davon ausgegangen, daß sich die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen nicht deshalb in "gewissem Maße" auf die SU stützen können, weil sie in den revisionistischen Ländern "natürliche", d.h. im Sinne des proletarischen Internationalismus revolutionäre Bündnispartner finden, sondern weil die SU aufgrund des globalen Konkurrenzkampfes mit den imperialistischen Ländern gezwungen ist, die "natürlichen" Feinde des Imperialismus, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen, um eigene "Großmachtinteressen" durchzusetzen. Wenn aber die sowjetische Außenpolitik keineswegs revolutionär ist, sondern sogar als "Großmachtpolitik" bezeichnet wird, wie kann dann ein (unterstellter) Frontenwechsel eines revisionistischen Landes ins westliche imperialistische Lager ein gegen-revolutionärer Akt sein?? Man braucht kein Anhänger der These zu sein, daß es keinerlei – von den Befreiungsbewegungen auch taktisch auszunutzende – Unterschiede zwischen den revisionistischen Ländern und dem Imperialismus mehr gibt, um die dem Revisionismus schmeichelnde Kategorie "konterrevolutionäre Entwicklung" für den "Prager Frühling" abzulehnen.

Man könnte dem Genossen insofern zustimmen, daß der Übergang eines revisionistischen Landes ins imperialistische System die Kräfteverhältnisse im Weltmaßstab zuungunsten der Revolution beeinflussen würde. Nur, steht diese Frage in Zusammenhang mit dem Prager Frühling überhaupt zur Debatte? Der Genosse vermeidet es aus guten Gründen, konkret dieser Frage nachzugehen, über die bloße Behauptung, die CSSR hätte sich *"zu einem Glied des kapitalistisch-imperialistischen Lagers"* entwickelt, hinaus Beweise anzuführen, die die gegenteilige Einschätzung der Genossen der RGW-Kommission widerlegen würden. Die Initiatoren und "Führer" des Prager Frühlings hatten nachweislich nie das Ziel, die CSSR politisch, ökonomisch und militärisch ins "westliche Lager" zu integrieren; selbst ein Ausbrechen aus dem Warschauer Pakt stand nie zur Debatte. Wenn das stimmt – und der Genosse zweifelt das nicht an (doch, doch! – Anm. des Genossen) – dann müßte bewiesen werden, warum sich trotzdem, gegen den Willen der Subjekte dieses Prozesses, die von dem Genossen behauptete konterrevolutionäre Entwicklung "zwangsläufig" durchgesetzt hätte! Die bloße Behauptung daß eine Entwicklung „notwendig" „zwangsläufig", „objektiv" auf...hinauslaufen würde, hat kaum wissenschaftliche Durchschlagskraft.

Die „konterrevolutionäre Entwicklung in der CSSR - zumindest im Zusammenhang mit der Behauptung, der Imperialismus habe in einer objektiven Einheitsfront mit den Führern der KPC versucht, die CSSR aus dem Warschauer Pakt in die NATO zu reißen, ist eine von den Revisionisten erfundene Legende, die allein zur Rechtfertigung ihrer militärischen Aggression diente (Bahro weist in seinem Buch darauf hin, daß die SU mit provokatorischen Militärmanövern, Interventionsdrohungen, ultimativen Forderungen usw. bewußt und systematisch "rechte", nationalistische und antisowjetische Stimmungen in der CSSR angeheizt hat, um einen Vorwand für die Intervention zu bekommen).

Gilt das „Prinzip Hoffnungslosigkeit" für die revisionistischen Länder?

2. Der Genosse meint einen Widerspruch darin zu entdecken, *"daß in den Ländern des 'realen Sozialismus' fast schon mit Notwendigkeit (!) berechtigte demokratische Forderungen im Verlauf von Entwicklungen erhoben werden, die derzeit aufgrund der realen Verhältnisse kaum anders enden können als beim Kapitalismus..."* Eine Zeile vorher heißt es: *"Diese Forderungen* (nach demokratischen Rechten) *sind völlig berechtigt und überhaupt die Grundvoraussetzung für eine autonome Organisierung der Arbeiterklasse."* In der Tat: ein Widerspruch, ein unauflösbarer zudem! Der Genosse schreibt zwar nicht, daß berechtigte demokratische Forderungen derzeit kaum woanders als beim Kapitalismus enden können, vielmehr daß sie mit "Notwendigkeit" in Entwicklungen erhoben werden, die dahin führen. Faktisch läuft's aber auf Dasselbe hinaus: das Schaffen der Grundvoraussetzungen für eine autonome Organisierung der Arbeiterklasse läuft *"derzeit aufgrund der realen Verhältnisse"* auf die vollständige Restauration des Kapitalismus hinaus! Dies ist kein Widerspruch, sondern ein astreiner Teufelskreis, in dem sich die Völker Osteuropas bei ihrem Emanzipationskampf bewegen. Er verdammt sie historisch dazu, zwischen einem allmählichen oder einem jähen Restaurationsprozeß zu wählen. Nebenbei: wieso ist unter solchen Voraussetzungen – "vom Standpunkt der Weltrevolution" – die Unterstützung demokratischer Forderungen, die von der bürgerlichen und sozialistischen Opposition gegenüber den revisionistischen Machthabern aufgestellt werden, überhaupt gerechtfertigt? Logisch scheint mir das von der Argumentationsfolge der redaktionellen Stellungnahme nicht zu sein.

Hat der Prager Frühling die Bedingungen für die Revolution verbessert?

3. Der Genosse muß bei diesem Dilemma landen, weil er den zentralen Widerspruch im Prager Frühling falsch bestimmt. Der gesellschaftliche Ursprung des Prager Frühlings waren die fortdauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. *"Die administrativ verdinglichte Planwirtschaft der Novotny-Periode hatte sich als unfähig erwiesen, die Disproportionalitäts- und Stagnationskrise von 1962 - 65 zu lösen. Die sich in innerbürokratischen Machtkämpfen an der Parteispitze herausbildende Rerformergruppe zog daraus den technokratischen Schluß, eine verstärkte Autonomie der Betriebsleitungen, deren autoritäre Kontrolle über die Produzenten durch die Institutionalisierung einer Mitbestimmungsideologie verschleiert werden sollte, und eine technologische Rationalisierung des industriellen Maschinensystems, selbst um den Preis einer hohen Arbeitslosenquote, seien historisch unumgänglich."* (Hans-Jürgen Krahl, Zur historischen Dialektik der nachstalinistischen Reform in der CSSR, zit. aus "links" Nr. 102).

Gleichzeitig spitzte sich die Unzufriedenheit in den "höheren" Teilen der Intelligenz, der Künstler, Schriftsteller und Gesellschaftswissenschaftler etc. mit den jedes geistige Leben tötenden, von Zensur und Unterdrückung geprägten politisch-ideologischen Verhältnissen in der CSSR zu.

Nach dem Sturz Novotnys, den die Mehrheit des Zentralkommitees der KPC opferte, um den Weg für ihre Reformen freizumachen und um die in Aufruhr geratene Intelligenz zu beschwichtigen, bereitete sich die demokratische, auf mehr politische Freiheiten, aber auch auf mehr Privilegien ausgerichtete Bewegung innerhalb der Intelligenz aus und erfaßte vor allen Dingen die Studentenschaft und die Jugend. *"Und diese heute mit vielen Wurzeln fest im materiellen Reproduktionsprozeß verankerte soziale Kraft wirkte als Transmissionsriemen zu den Arbeitern in den Betrieben und zu den übrigen Schichten der Bevölkerung."* (Bahro, Die Alternative, S.371). Es ist richtig, daß die "Führung" in diesem Prozeß die revisionistischen Reformer innehatten. Ebenso eindeutig zeigte sich jedoch, daß die taktische, „gebremste" Mobilisierung der Intelligenz und der Arbeiterklasse, mit denen die Prager Frühlingsvögel in der KPC ihre Vorstellungen durchsetzen wollten, durchaus nicht in den vorgesehenen Bahnen verlief. Das Entscheidende am Prager Frühling war nicht das Sik'sche Wirtschaftsprogramm, sondern der Versuch der Massen, die *"entscheidende Schranke ..., die sich dem Fortschritt der allgemeinen Emanzipation in den Ländern des real existierenden Sozialismus in den Weg legt"*, beiseitszuräumen: *"Die Monopolisierung der allgemeinen Angelegenheiten in einem besonderen Apparat, der der Gesellschaft als äußerliche fremde Macht gegenübersteht"* (Bahro, S.372).

Hier genau würde ich den zentralen Widerspruch des Prager Frühlings ansetzen: ähnlich wie in den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts schritt die (spontane) Massenbewegung über die bornierten Ziele, die ihr von den herrschenden Cliquen gesetzt wurden, hinaus und setzte eine Dynamik in Gang, die für die revisionistischen Reformer durchaus hätte gefährlich werden können. Die Herausbildung von Arbeiterräten und revolutionären Organisationen zeigt m.E. , daß der Prager Frühling die versteinerten Verhältnisse in der CSSR zum Tanzen gebracht hat.

Revolutionäre Partei – ein "deus ex machina"?

Diese fortschrittliche Dynamik herausstreichen, heißt selbstverständlich noch lange nicht behaupten, daß der Prager Frühling direkt zu sozialistischen Jahreszeiten geführt hätte. Ohne revolutionäre Partei, ohne die selbständige Organisierung der revolutionären Kräfte, ohne die scharfe ideologische Auseinandersetzung mit dem Revisionismus und den bürgerlich-demokratischen Strömungen wäre ein revolutionäres Weitertreiben des „Reformprozesses" nicht möglich gewesen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß (immer unter der Voraussetzung, daß die russischen Panzer dem Reformprozeß kein Ende gemacht hätten), der Prager Frühling bei (wahrscheinlich mit größeren politischen Freiheiten ausgestatteten) "jugoslawischen Verhältnissen" geendet hätte, wenn die Linke nicht mit aller Kraft sich auf die Herausbildung einer revolutionären Führung konzentriert und einen klaren Bruch mit den revisionistischen und bürgerlich-demokratischen Kräften vollzogen hätte (was die derzeitige Zusammenarbeit, Bündnisse etc. nicht ausschließt).

Insofern beschreibt das Etappenmodell, das der Genosse der RGW-Kommission für die politische Entwicklung in den revisionistischen Ländern aufbaut, (Kampf um die nackte Existenz, Aufnahme linker Positionen, an letzter Stelle Aufbau revolutionärer Organisationen) zwar richtig die Vorstellungen mancher linken Kräfte in den revisionistischen Ländern; gleichwohl sind es falsche Vorstellungen. In diesem Punkt hat der Verfasser der AK-Stellungnahme recht – und gleichzeitig Unrecht, wenn er nur voluntaristisch die Forderung nach einer revolutionären Partei den realen Verhältnissen entgegenstellt. Die Genossen der RGW-Kommission haben sich die Frage gestellt: "Welche gesellschaftlichen Entwicklungen fördern das Entstehen revolutionärer Organisationen?" Sie sind aufgrund einer konkreten Untersuchung der gesellschaftlichen Prozesse, die sich in der CSSR abgespielt haben, zu dem Ergebnis gekommen, daß der "Prager Frühling" die Bedingungen hierfür verbessert hat. Der Verfasser der AK-Stellungnahme fällt hinter diese Fragestellung zurück, geht überhaupt nicht auf die Argumente der Genossen ein, wenn er nach dem Motto "Am Anfang war das Wort" die Fahne der revolutionären Partei hochhält. Warum gab es denn in der CSSR keine revolutionäre Partei? Warum kommt denn in den "realsozialistischen" Ländern kaum jemand "auf die Idee", die Parteifrage in den Mittelpunkt zu stellen? Doch wohl deshalb, weil die verknöcherten Verhältnisse in den revisionistischen Ländern, die Diskreditierung der sozialistischen Idee durch die revisionistische Praxis, das Fehlen demokratischer Freiheiten usw. usf. die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei zu einem komplizierten, langwierigen, von Rückschlägen, Fehlern und Niederlagen gepflasterten Prozeß verurteilen. Es geht völlig an der Sache vorbei, zu behaupten, man würde *"diese Verzögerung auch noch als gerechtfertigt (?) hinstellen"*, wenn man sich Klarheit über die objektiven Bedingungen, unter denen sich revolutionäre Bewegungen entwickeln können, zu verschaffen versucht. Welche Irrungen und Wirrungen hat denn z.B. die deutsche Arbeiterbewegung zu Marx/Engels-Zeiten durchlaufen, bis sie sich fast 50 Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes eine einheitliche Partei schuf?

Der "Prager Frühling" hat binnen kurzer Zeit die "erstarrten" politischen Verhältnisse in der CSSR durcheinandergewirbelt und wesentliche Hindernisse für den Ausbruch offener Klassenkämpfe in einem "realsozialischen" Land aus dem Weg geräumt. Wenn man die marxistisch-leninistische Partei nicht als deus-ex-machina begreift, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die demokratische Massenbewegung im Prager Frühling die Bedingungen für die Herausbildung revolutionärer Organisationen entscheidend verbessert hat.

Klaus, Göttingen



Stellungnahme des Redaktionsgenossen

Die Verständigungsschwierigkeiten scheinen derzeit im KB ziemlich groß zu sein. Die Göttinger Genossen (AK 138, S.42, und in diesem AK) werfen mir vor, ich hätte *"mit einem gerüttelten Maß an scholastischer Wortakrobatik die eigentlichen Differenzen umgangen"*, hätte den Artikel, gegen den ich polemisiere, womöglich gar nicht richtig gelesen, und ich wollte diese Diskussion *"in einen Nebel lebensfremder Abstraktionen tauchen."* Nun, ich hatte den Eindruck, daß die Göttinger Genossen meinen Artikel gar nicht richtig gelesen haben und darin Dinge hineinspintisieren, die ganz einfach nicht drin gestanden haben.

So groß sind also die Verständnisschwierigkeiten derzeit. Vielleicht dient es der Klärung der Standpunkte wenn ich noch einmal einige Meinungsverschiedenheiten herauszuarbeiten versuche.

In welche Richtung hätte sich die CSSR entwickeln können?

In AK 137 hatte ich geschrieben, daß die Entwicklung der CSSR ohne die Militär-Intervention der Sowjetunion "bestenfalls" zu einem Staat vom Typ Jugoslawiens hätte führen können, *"eher vielleicht noch zu einem Glied des kapitalistischen Lagers."*

Dies wird von den Göttinger Genossen bestritten. Verblüffend finde ich allerdings die Selbstverständlichkeit, mit der sie so tun, als sei diese ihre Einschätzung - das der „Prager Frühling" nicht zur kapitalistischen Restauration geführt hätte - geradezu wissenschaftlich bewiesen. Davon kann jedoch überhaupt keine Rede sein!

Es ist bezeichnend, daß das Problem einer kapitalistischen Restauration in der CSSR 1968 von vornherein der sowjetischen Propaganda und deren internationalen Gefolgschaft überlassen blieb. Die Linke hingegen hat gegenüber diesen Dingen offensichtlich ein Tabu aufgebaut, das folgendermaßen begründet wird: Da die sowjetische Intervention des 21. August mit der Gefahr einer Konterrevolution begründet wurde, darf es diese Gefahr nicht gegeben haben, da man sonst im Grunde der sowjetischen Argumentation zustimmen würde.

Es gibt meines Wissens von linker Seite keine einzige Analyse (abgesehen von Ansätzen der „ML" zu jener Zeit), die wissenschaftlich die Vorstellungen und Tendenzen der damaligen „Reformer", das Wirken der Klassenkräfte in der CSSR und das Einwirken des Imperialismus auf den Gang der Ereignisse untersucht. Das wenige, was es hierzu gibt, kommt leider von der DKP und ist entsprechend grob zusammengeschustert.

Die „Beweisführung" der Göttinger Genossen und des Genossen der RGW-Kommission (AK 137, 138 und 139) beschränkt sich von vornherein auf das Feststellen einiger sehr oberflächlicher Erscheinungen:

So wird z.B. gesagt, daß das Programm der Prager „Reformer" und ihre wirtschaftlichen Vorstellungen nicht weiter gegangen seien als die Praxis in anderen revisionistischen Ländern auch. Das ist gewiß richtig. Bekanntlich sagen Programme aber nur sehr wenig über die dahinter stehenden Absichten aus. Was etwa das Wirtschaftsprogramm bzw. die wirtschaftspolitischen Überlegungen angeht, so ging deren Chefideologe Sik in der West-Emigration nach dem 21.August erheblich weiter in Richtung Kapitalismus als während des „Prager Frühlings".

Wenn man die veröffentlichten programmatischen Vorstellungen der „Reformer" werten will, dann muß man auch einbeziehen:

1. daß sie ein Kompromiß zwischen verschiedenen Tendenzen in der Parteiführung waren und daß das Kräfteverhältnis zwischen diesen Tendenzen während des „Prager Frühlings" sich ständig verschob.
2. daß diese Vorstellungen stark von der Notwendigkeit bestimmt waren, sowjetisches Mißtrauen zu beschwichtigen und der Sowjetunion möglichst wenig Angriffspunkte und Vorwände für eine Intervention zu geben.

Diese programmatischen Dokumente mit den tatsächlichen Absichten und längerfristigen Entwicklungstendenzen der „Reformer" gleichzusetzen, ist schon sehr naiv. Ebenso gut könnte man der Behauptung Hua' s Glauben schenken, er wolle das politische Werk Mao Tse-tungs fortsetzen.

Ein weiteres beliebtes Argument ist, daß sich die Bevölkerung der CSSR in ihrer großen Mehrheit für den Sozialismus ausgesprochen habe und daß es wärend des „Prager Frühlings" auch keine nennenswerte Opposition gegeben habe. Auch das ist richtig. Es gibt Situationen, in denen jedermann, selbst die Reaktion, unter der Parole des „Sozialismus" auftritt. Geht man oberflächlich an die Sache heran, dann haben sich auch in Portugal nach dem Sturz des Faschismus 70% der Bevölkerung oder mehr für den Sozialismus ausgesprochen. Selbst wenn man annimmt, daß ein solches Bekenntnis zum Sozialismus ehrlich ist, dann ist es doch weit entfernt von sozialistischem Bewußtsein. Eine Bewegung, die sich allenfalls in dieser oberflächlichen, unbewußten Art zum „Sozialismus" bekennt, bietet wenig Gewähr gegen kapitalistische Modelle im Gewand irgendeines „demokratischen Sozialismus" (Die Göttinger Genossen schreiben dazu selbst in AK 138: *„Das vorherrschende Bewußtsein der Arbeiterklasse in den RGW-Staaten... bewegt sich in die Richtung des schwedischen Modells..."*). Damit will ich sagen: Die Massen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 52

hätten in der CSSR noch keinen zuverlässigen Schutzwall gegen eine kapitalistische Restauration bieten können, falls diese von oben versucht worden wäre. Eher wohl im Gegenteil.

Bekanntlich war die Diskussion des „Prager Frühlings" schon sehr viel weiter als aus den veröffentlichten Dokumenten der „Reformer" hervorgeht. Tatsächlich diskutiert wurde über eine engere Bindung an die EWG, über eine „Überprüfung" der Mitgliedschaft im Warschauer Pakt, über die Gründung einer sozialdemokratischen Partei (und sonstiger bürgerlicher Parteien) als parlamentarische Opposition... Wenn man sich an die ziemlich starke Sympathie erinnert, die damals in der CSSR für die SPD, für deren ‚neue Ostpolitik' und für Willy Brandt im Besonderen herrschte, so wird man derartige Diskussionen kaum für einflußlose Randerscheinungen des „Prager Frühlings" halten können.

Drei Möglichkeiten...

Welches Gesellschaftssystem, die Herrschaft welcher Klasse hätte sich in der CSSR 1968 (bzw. in der durch den „Prager Frühling" ausgelösten Entwicklung) durchsetzen können? Rein theoretisch hätte es drei Möglichkeiten geben können:

1. Kapitalistische Restauration, Rückkehr der CSSR ins imperialistische Weltsystem, Re-Privatisierung der Produktionsmittel.
2. Fortbestehen der bisherigen Verhältnisse (Staatseigentum an den Produktionsmitteln, Herrschaft einer „neuen Bourgeoisie").
3. Sturz (oder allmähliche Ablösung) der „neuen Bourgeoisie", Errichtung einer wirklich sozialistischen Gesellschaft der Arbeiterklasse.

Die Möglichkeit 1) halten die Göttinger Genossen ebenso wie die Genossen der RGW-Kommission für ausgeschlossen oder zumindest ziemlich unwahrscheinlich.

Einig sind wir uns wahrscheinlich darin, daß die Möglichkeit 3) angesichts der realen Kräfteverhältnisse, des Fehlens einer revolutionären Partei usw. usf. für die CSSR 1968 keine konkrete Entwicklungsperspektive in einem absehbaren Zeitraum hätte darstellen können.

Es bliebe also die Möglichkeit 2), wobei die Genossen wohl von der Annahme ausgehen, daß bei Beibehaltung der alten ökonomischen Strukturen sich die Auflockerungen im Überbau (mehr demokratische Rechte etc.) hätten s t a b i l i s i e r e n lassen.

Gegen diese These spricht allerdings die geschichtliche Erfahrung: **Auch in Jugoslawien und Rumänien, die eine weitgehende Unabhängigkeit oder gar den Bruch mit der sowjetischen Dominanz erreicht haben, findet nichtsdestotrotz sehr wenig Demokratie und umso mehr Repression gegen oppositionelle**

ben, findet nichtsdestotrotz sehr wenig Demokratie und umso mehr Repression gegen oppositionelle

Strömungen statt. Ich vermute, daß dies nicht n u r an der Schlechtigkeit der Welt liegt, sondern daß dabei auch o b j e k t i v e Bedingungen eine Rolle spielen: Als Zwischending und Mischmasch zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der „reale Sozialismus" nicht sehr stabil. Die „neue Bourgeoisie" drängt spontan dazu, sich in eine Bourgeoisie alten Typs zu verwandeln, die Produktionsmittel also nicht nur zu verwalten, sondern zu b e s i t z e n. Das jedoch wäre der Ruin j e n e r Teile der „neuen Bourgeoisie" die ihre Existenz dem Parteiapparat verdanken, die also an der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Partei existentiell interessiert sind. Insofern werden die spontanen Tendenzen innerhalb der „neuen Bourgeoisie" zur Restauration des Kapitalismus immer wieder abgeblockt.

Ich vermute weiterhin, daß die Verhältnisse des „realen Sozialismus" i n s g e s a m t spontan zur kapitalistischen Restauration drängen würden, wenn sie nicht immer wieder mit d i k t a t o r i s c h e n Mitteln zurückgehalten würden. Es werden wahrscheinlich J a h r h u n d e r t e notwendig sein, um Egoismus, Streben nach persönlicher Bereicherung auf Kosten anderer usw. usf. aus der menschlichen Gesellschaft zu verbannen. Vorerst gilt - wie Lenin feststellte - daß die spontanen kapitalistischen Kräfte auch in der sozialistischen Gesellschaft (und umso mehr in der „realsozialistischen"!) immer noch sehr stark wirken. Hinzu kommt, daß die Länder des „realen Sozialismus" alle unter dem Druck stehen, daß der Lebensstandard „im Westen" den Volksmassen im Grunde attraktiver erscheint als die eigene Situation. All dies würde, sobald es nicht mit diktatorischen Mitteln immer wieder künstlich abgebremst und zurückgedrängt wird, wahrscheinlich eine spontane Dynamik in Richtung kapitalistischer Restauration, Integration in das wirtschaftliche Weltsystem des Imperialismus usw. auslösen.

Die Strategie des Imperialismus

Die Göttinger Genossen Ha. und Vo. schreiben (AK 138) : **„Sowohl die offenen konterrevolutionären Bestrebungen in den RGW-Staaten als auch das praktische Interesse des Imperialismus an den Dissidenten werden von westlichen Linken oftmals überschätzt"**. Und etwas später: *„Gerade der ‚Prager Frühling' beweist, daß von e r n s t h a f t e n Interventionsabsichten des Imperialismus keine Rede sein konnte"*. Und:**„Von einer Einverleibung der RGW-Staaten als einer aktuell durchsetzbaren Strategie des Imperialismus zu sprechen, ist falsch"**.

Was die beiden letzten Sätze angeht, so folgen die Göttinger Genossen einem schönen alten Brauch: Sie „widerlegen" bequemerweise Dinge, die ich gar nicht behauptet hatte! Weder hatte ich über imperialistische Interventions-Absichten gegen die CSSR 1968 spekuliert, noch würde ich eine kapitalistisch-imperialistische Restauration in den RGW-Staaten für a k t u e l l (=derzeit!) durchsetzbar halten!

Unter den gegebenen Verhältnissen scheidet sowohl eine direkte imperialistische Intervention wie auch eine relativ rasche kapitalistische Restauration als Möglichkeit weitestgehend aus. Daraus allerdings - wie Ha. und Vo. - zu schlußfolgern, das Interesse des Imperialismus an den „Dissidenten" sei gar nicht so groß, wie vielfach angenommen wird, entbehrt jeder Logik. An diesem Punkt - ebenfalls Ha. und Vo. - die Rücksichtnahme auf die ‚jüdische Lobby" in den USA als entscheidendes Motiv der Imperialisten darzustellen, geht schon in Richtung antisemitischer Spinnerei!

Das reale Interesse des Imperialismus an der RGW-Opposition gründet sich vor allem auf drei Faktoren:

1) Alibi–Funktion der „Menschenrechts"-Kampagne zur Beschönigung repressiver Maßnahmen im eigenen Land und in der übrigen kapitalistischen Welt.

2) Einsatz der „Menschenrechts"-Kampagne zur Veränderung der „Entspannungspolitik" und zur Verschärfung des internationalen politischen Klimas. Beispiel: Lahmlegung der Belgrader KSZE- Konferenz durch die „Menschenrechts"- Kampagne.

3) Funktionalisierung der RGW-Opposition im Rahmen der imperialistischen Strategie zur Rückeroberung der Länder des „realen Sozialismus".

Besonders der Punkt 3) wird anscheinend von Ha. und Vo. unterschätzt. Als Grundlage dieser Unter-

Besonders der Punkt 3) wird anscheinend von Ha. und Vo. unterschätzt. Als Grundlage dieser Unter-

schätzung sehe ich ein falsches Verständnis des Gesellschaftssystems des „realen Sozialismus" und eine Unterschätzung der Schärfe der Widersprüche zwischen der Sowjetunion einerseits, US - und EG-Imperialismus andererseits. Beispielsweise: Da man die RGW-Länder nahezu mit kapitalistischen Ländern gleichsetzt, wird bestritten, daß es in diesen Ländern überhaupt noch konterrevolutionäre Entwicklungen und kapitalistische Restauration geben könne (siehe auch Stellungnahme des Genossen der RGW-Kommission im AK 137). Und: Da man davon ausgeht, daß sich die Staaten des imperialistischen Lagers und des „realen Sozialismus" immer mehr annähern („Konvergenz-Theorie") und da man ihre gemeinsamen Interessen für stärker hält als ihre Widersprüche, kommt man zu der These, die Imperialisten seien gar nicht an einer Schwächung der Sowjetunion etc. durch innere Opposition interessiert, sondern seien vielmehr um die Stabilisierung der „realsozialistischen" Regimes bemüht. (Wohlgemerkt: Dies ist in der Diskussion im KB bisher nicht ausdrücklich behauptet worden, spielt aber in der sonstigen einschlägigen Diskussion eine große Rolle).

Ich hatte in AK 137 dargelegt, warum meiner Meinung nach aus imperialistischer Sicht der konterrevolutionäre Prozeß gegen die Staaten des „realen Sozialismus" erst d a n n als abgeschlossen zu betrachten ist, wenn diese vollständig (innen- wie außenpolitisch) ins imperialistische Weltsystem integriert sind. Ich will hier nicht die Argumente für diese These wiederholen.

Zur T a k t i k der Imperialisten möchte ich noch hinzufügen: Die Imperialisten gehen davon aus, daß sie derzeit eine direkte Intervention in den Ländern des „realen Sozialismus" nicht riskieren können, weil die Folgen nicht mehr kalkulierbar wären. Sie gehen außerdem davon aus, daß eine sehr rasche konterrevolutionäre Entwicklung (etwa in Form eines bewaffneten Sturzes der Regimes des „realen Sozialismus") mit einer Militär-Intervention der Sowjetunion gekontert würde. **Die imperialistische Taktik setzt daher auf eine s c h r i t t w e i s e Entwicklung in diesen Ländern, wobei zunächst die allmähliche Lösung von der Sowjetunion im Vordergrund stehen soll.** Die imperialistische Taktik geht zudem davon aus, daß Bewegungen in diesen Ländern nicht durch Faschisten wie Solschenizyn, offene Verherrlicher des „freien Westens" wie Sacharow usw. zu mobilisieren sind, sondern daß von Parolen wie „Demokratischer Sozialismus" weitaus mehr positive Wirkung auf die V o l k s m a s s e n zu erhoffen ist. Man vergleiche in der BRD die Übernahme des rasanten Ausbaus des Polizei-Apparats durch die SPD oder die Übernahme der Rolle des Vorreiters der Konterrevolution durch Soares in Portugal!

Wo liegt die „Konfusion" ?

Im AK 137 hatte ich geschrieben: **„Der Widerspruch liegt - meiner Meinung nach - gerade darin, daß in den Ländern des ‚realen Sozial-**



ismus' fast schon mit Notwendigkeit (man beachte doch bitte sehr das „fast..."!!) **berechtigte demokratische etc. Forderungen im Verlauf von Entwicklungen erhoben werden, die derzeit aufgrund der realen Verhältnisse kaum anders enden können als beim Kapitalismus..."**

Die Göttinger Genossen Ha. und Vo. schreiben daraufhin (AK 138): *„ Der ‚Verfasser' sieht diesen Widerspruch selber, vermag ihn aber nicht zu lösen"*. Ja leider, so geht es uns manchmal mit den Widersprüchen! (vgl. dazu die einschlägige Schrift des Genossen Mao). Da wird, meinen Ha. und Vo., bei mir *„die Konfusion offenkundig"*. Auch Klaus aus Göttingen (in diesem AK) ist mit diesem Widerspruch nicht zufrieden und tut so, als hätte ich ihn e r f u n d e n. Allesamt argumentieren die drei Göttinger Genossen nach der Devise des Altgenossen Wilhelm Busch: **„Daß nicht sein kann, was nicht sein darf"** - weil dieser Widerspruch für die Völker der „realsozialistischen" Länder einen *„astreinen Teufelskreis"* (Klaus) bedeuten würde.

Wie aber steht es mit den Tatsachen, den unbequemen? Die Göttinger Genossen s e l b s t haben hervorgehoben, daß in den Ländern des „realen Sozialismus" derzeit eine starke Desillusionierung über den „realen Sozialismus" vorherrscht, die zugleich als einigermaßen skeptische Haltung gegenüber dem Sozialismus und sozialistischen Vorstellungen s c h l e c h t h i n zu Buche schlägt (Was eine der Bedingungen für die bemerkenswerte Schwäche sozialistischer Opposition in diesen Ländern ist). Daß es in diesen Ländern keine revolutionären Organisationen gibt (im Gegenteil zum ‚Westen', wo diese Organisationen aber auch noch viel zu schwach sind, um wirkliche Bewegungen der Volksmassen zu f ü h r e n), steht wohl fest.

Angenommen, die Entwicklung könnte so weitergehen, wie sie im „Prager Frühling" 1968 eingeschlagen wurde. Dann würden Oppositionsparteien entstehen, eine oppositionelle Presse, es würden sicher bald auch freie Wahlen gefordert werden. Ein solcher Prozeß würde auf der einen Seite bessere Ausgangsbedingungen für die Arbeiterbewegung schaffen (die ja Organisationsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Streikrecht usw., die ihnen im „realen Sozialismus" verweigert werden, b r a u c h t); noch weitaus m e h r als die Arbeiterklasse würden von den neuen demokratischen Rechten jedoch zunächst die b ü r g e r l i c h e n Kräfte profitieren: sie haben viel leichteren Zugang zu den Medien, vermögen sich rascher zu organisieren, werden vom ‚Westen' unterstützt usw.

Welch Widerspruch, welch astreiner Teufelskreis! Aber keineswegs neu! Bespielsweise in einer Resolution des III. Parteitags der SDAPR (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, später KPdSU), der 1905 stattfand, hieß es nach verschiedenen demokratischen Forderungen: **„...Daß diese demokratische Umwälzung in Rußland bei der gegebenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die Herrschaft der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird"**. Lenin kommentierte dazu: *„Die Forderung nach Freiheit drückt v o r a l l e m die Interessen der Bourgeoisie aus... Aber daraus eine Ablehnung oder Geringschätzung des Kampfes für die Freiheit folgern, das konnten nur putschistische Volkstümler, Anarchisten und ‚Ökonomisten'... Das Proletariat empfand instinktiv, daß es die Freiheit b r a u c h t, daß es sie am a l l e r m e i s t e n braucht, trotzdem sie u n m i t t e l b a r die Bourgeoisie festigen und organisieren wird"* (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution - die Hervorhebungen von mir).

Es geht dabei im P r i n z i p um denselben Widerspruch, den ich benannt hatte, wenn auch unter anderen sozial-ökonomischen Voraussetzungen.

Das es o h n e sozialistische Organisation keinen Kampf um den Sozialismus gibt, bestreiten - wenn ich richtig verstanden habe - auch die Göttinger Genossen nicht. Die Schlußfolgerung daraus möchten sie aber nicht gern für die Entwicklungsperspektive des „Prager Frühlings" ziehen. Da wird dann die „spontane Dynamik" der Massen-Aktionen beschworen, die bereits begonnen habe (1968), über das von den „Reformern" gewollte Maß hinauszugehen. Und - wenn man schon als Marxist-Leninist w e i ß , daß die „spontane Dynamik" a l l e i n gar keine Perspektive hat - hätte man vielleicht auf Gottes Hilfe vertrauen können, damit doch noch etwas Gescheites daraus wird.

Es ist völlig richtig und ich habe nie bestritten, daß die Entwicklung des „Prager Frühlings" a u c h das Entstehen sozialistischer, revolutionärer Organisationen sehr begünstigt hätte, falls sie nicht durch die sowjetische Intervention jäh abgebrochen worden wäre. Nur, darüber muß man sich auch klar sein: Noch weit m e h r wäre zunächst das Entstehen sozialdemokratischer und anderer b ü r g e r l i c h e r Organisationen, Zeitungen usw. begünstigt worden!

Ich habe (ganz „schematisch" nach Lenins „Was tun", das ich übrigens immer noch für aktuell halte) in AK 137 lediglich darauf hingewiesen, welchen Gang die spontane (Arbeiter)Bewegung ohne eine revolutionäre Organisation zu nehmen pflegt. Insoweit stimmt mir der Genosse Klaus, im Gegensatz zu Ha. und Vo., sogar zu – behauptet dann allerdings, ich hätte *„voluntaristisch die Forderung nach einer revolutionären Partei den realen Verhältnissen entgegengestellt"*. Wo denn das?! Kritisiert hatte ich nur die Neigung, die Not geradezu zur Tugend zu erklären, also das Fehlen einer revolutionären Organisation z.B. in der CSSR politisch-ideologisch zu r e c h t f e r t i g e n, wie es der Genosse der RGW-Kommission tat und dann auch Ha. und Vo. getan haben. Ha. und Vo. haben in AK 138 behauptet, daß eine *„überstürzte Fraktionierung der Dissidentenbewegung in einen bürgerlichen und einen sozialistischen Teil"* die Gesamtbewegung s c h w ä c h e n würde, solange die Bewegung insgesamt *„ums nackte politische Überleben kämpft"*. Sie entwickeln daraus das „Etappenmodell": Erst mal eine *„entfaltete Menschenrechtsbewegung"*, d a n n *„weiterreichende politische Vorstellungen im Sinne einer sozialistischen Alternative"*.

Dieses „Etappenmodell" entspricht wahrscheinlich der P r a x i s der sogenannten „sozialistischen Opposition" in der CSSR – wie überhaupt für die gesamte oppositionelle scene des RGW großer Mangel an politischen Abgrenzungen (nicht im Sinne von Unvereinbarkeitsbeschlüssen) und ein Überfluß an Einheitsbrei und prinzipienloser Versöhnung vorherrschend ist. Ja, liebe Göttinger Genossen, ihr findet das jetzt wieder arrogant, *„abstrakt und mechanisch"* (Ha. und Vo.) von mir. Macht gar nichts! Die Stärke revolutionärer Organisationen und letztlich der Erfolg

(Ha. und Vo.) von mir. Macht gar nichts! Die Stärke revolutionärer Organisationen und letztlich der Erfolg

von Revolutionen hat immer d a r i n bestanden, daß sehr klar die u n t e r s c h i e d l i c h e n Strömungen (Fraktionen, Klassenkräften) der Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse analysiert und dargestellt wurden und daß auf dieser Basis dann herzhaft mit den anderen Strömungen etc. gestritten wurde, so daß die Fetzen flogen – ohne darum i r g e n d e i n mögliches Bündnis p r i n z i p i e l l auszuschließen. D i e s e geschichtliche Erfahrung sollten wir meiner Meinung nach unseren Freunden und Genossen von der RGW-Opposition ans Herz legen, statt uns von ihren (subjektiv ganz verständlichen darum gehts mir nicht!) versöhnlerischen, kompromißlerischen, spontaneistischen Vorstellungen „anstecken " zu lassen. Die Genossen Ha. und Vo. aus Göttingen haben in AK 138 geschrieben: „**Eines kann man aber heute allerdings schon sagen: Was die Analyse der Verhältnisse in den RGW-Staaten betrifft, wird sich auch der KB von einigen liebgewordenen Schemata und ideologischen Versatzstücken trennen müssen**". Die beiden Genossen haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn dieser Satz in der „Roten Fahne" der „KPD" vom 20.9.78 sehr, sehr hoffnungsvoll zitiert wird. Wer dem KB gerade in punkto „realer Sozialismus" zur Trennung von „liebgewordenen Schemata" rät, der sollte sich dann gefälligst auch die Mühe machen, s e h r g e n a u zu benennen, w e l c h e „Schemata" er denn meint, w e l c h e bisherigen Positionen des KB nicht mehr von ihm akzeptiert werden. Ich schlage vor, daß die Göttinger Genossen dieses Versäumnis nachholen, indem sie recht bald eine Liste der „liebgewordenen Schemata" vorlegen, von denen sich der KB ihrer Meinung nach trennen sollte. Das wird die Diskussion sicher beleben.

Lissabonner Konferenz: „KPD" weicht zurück!

Nachdem sie im Westberliner Wahlbündnis wegen ihrer Teilnahme an der berüchtigten „Lissaboner Konferenz" (Mai dieses Jahres) von verschiedenen Seiten unter Beschuß geraten war, hat die „KPD" nun mit einer öffentlichen Erklärung (allerdings nur in Westberlin) den Rückzug angetreten.

Hat die „KPD" nämlich bisher in ihrer „Roten Fahne" mühsam versucht, einer Diskussion über diese seltsame Konferenz durch Totschweigen zu entkommen, wird in der Westberliner Erklärung jetzt erstmals eine Distanzierung von einigen der reaktionären Konferenz-Teilnehmer angedeutet. Es seien da in Lissabon auch *„Leute"* gewesen, *„von denen antikommunistische oder antidemokratische Positionen geäußert wurden oder die für solche Positionen bekannt sind"*. Die Beteiligung dieser Leute *„haben wir uns nicht ausgesucht"*. Ausdrücklich genannt werden **Cornelia Gerstenmaier** (ehem. Vorsitzende der **„Gesellschaft für Menschenrechte"/GfM**) und der Journalist **Holzammer** („Welt"; außerdem Mitglied der CDU, aber das steht nicht in der Erklärung der „KPD").

Man sei, so verkündet jetzt die „KPD" in ihrer Westberliner Erklärung einer verblüfften linken Öffentlichkeit, eigentlich überhaupt nur deshalb nach Lissabon gefahren, um auf dieser Konferenz *„den Antikommunisten und Antidemokraten den Einfluß, den sie noch haben, zu entreißen"*. Die „KPD" habe daher in Lissabon auch keineswegs ein Bündnis geschlossen, denn - das möge man sich merken, um es der „KPD" bei Gelegenheit um die Ohren zu schlagen: **„Mit Antikommunisten und Antidemokraten werden wir kein Bündnis schließen"**.

Die Westberliner Erklärung der „KPD" erwähnt unter den Konferenzteilnehmern von bürgerlicher Seite leider nur die Gerstenmaier und den Holzammer. Da weiß man doch immer noch nicht, was die „KPD" von den anderen Damen und Herren hält, mit denen sie dort zusammentraf. **Beispielsweise von Herrn Dr. Bernhard, dem offiziellen Vertreter der „Hermann-Ehlers-Stiftung"; diese ist die offizielle Schulungseinrichtung der CDU für die norddeutschen Bundesländer und steht unter dem Vorsitz des früheren Bundes-„verteidigungs"ministers Kai Uwe von Hassel.**

Ein wenig überzeugender Auftritt

Ein wenig überzeugender Auftritt

Besonders überzeugend ist der neueste taktische Winkelzug der „KPD" nicht. Es ist eine Kinderei, wenn die „KPD" jetzt (rund vier Monate nach der „Lissaboner Konferenz"!) plötzlich mitteilt, über einige der Konferenz-Teilnehmer sei sie ja auch nicht besonders glücklich gewesen, die habe man sich halt nicht aussuchen können. Fakt ist doch, daß außer einigen westeuropäischen „ML"-Gruppen nur solche rechtsbürgerlichen, christdemokratischen oder sonstwie reaktionären Politiker an der Konferenz teilnahmen. **Ja, es war doch gerade der erklärte Zweck dieser Konferenz, erstmals auf internationaler Ebene diese Kräfte mit dem pro-imperialistischen Flügel der „ML"-Scene zusammenzuführen,** um Gemeinsamkeiten zu entdecken, und vielleicht auch über Trennendes zu sprechen.

Dies hat die „KPD" bisher auch öffentlich eindeutig akzeptiert. So hieß es in der „Roten Fahne" vom 31. Mai: **„Der Versuch der Lissaboner Konferenz, verschiedene politische Kräfte an einen Tisch zu bringen, ... war ein positiver Ansatz"**. Die Übereinstimmung aller Konferenzteilnehmer im Kampf gegen den „Sozialimperialismus" wurde in den Vordergrund gestellt.

Die „KPD" war sich freilich bewußt, daß dieser **„positive Ansatz"** (nämlich die allererste internationale Begegnung zwischen „ML"ern und rechtsbürgerlichen Politikern!) ein heißes Eisen war und selbst innerhalb der „KPD" nicht überall auf Verständnis stoßen würde, geschweige denn in der westdeutschen Linken. Darum verzichtete die „Rote Fahne" hartnäckig darauf, die bürgerlichen Konferenz-Teilnehmer zu nennen und klar zu diesen Stellung zu beziehen. Sie hat dies übrigens immer noch nicht getan! ...

Wäre es der „KPD" darum gegangen, antikommunistische und antidemokratische Positionen zu bekämpfen, so hätte es doch auch in ihrem Interesse gelegen, sehr genau über die an der „Lissaboner Konferenz" beteiligten Kräfte zu informieren und sich sehr gründlich mit ihnen in der „Roten Fahne" auseinanderzusetzen. Wer die „Rote Fahne" regelmäßig liest, der weiß auch, daß das Argument mit dem Kampf gegen antikommunistische und antidemokratische Positionen ein mieser Scherz ist. **Wo setzt sich die „Rote Fahne" denn überhaupt mal auseinander mit dem rechten Sumpf zwischen CDU/CSU und bürgerlicher „Menschenrechts"-Szene? Wo deckt sie Hintergründe und Zusammenhänge dieser Szene auf?** Da spielt sich doch in der „Roten Fahne" rein gar nichts ab! Selbst Strauss und „Bayernkurier" werden nur noch von rechtsaußen - als „Beschwichtigungspolitiker" und Lakaien des „Sozialimperialismus" - angegriffen.

Vier Monate lang ist die "KPD" von uns immer wieder vergeblich aufgefordert worden, Farbe zu bekennen, wie sie sich die weitere Zusammenarbeit mit ihren neuen Lissaboner Bekanntschaften denn so denkt. Vier Monate hätte die "KPD" Zeit gehabt, sich in der "Roten Fahne" von ihren neuen Bekanntschaften zu distanzieren. Eben das will die "KPD"-Spitze aber vermeiden: Zwar möchte sie gern die linke Öffentlichkeit beruhigen, indem sie so tut, als spiele sich zwischen ihr und der CDU/CSU etc. nichts mehr ab. Zugleich aber möchte sie allzu offensichtlich den angebahnten **"positiven Ansatz"** gegenüber diesen Kreisen fortführen. Darum die ganze Heimlichuerei, das Herumgedruckse. Wäre es nach der "KPD" gegangen, so hätte die linke Öffentlichkeit wohl gar nicht erfahren, zu welch bemerkenswertem Stelldichein es in Lissabon gekommen ist, und für Geheimdiplomatie wäre freie Bahn gewesen. Da hat aber die CSU-freundliche „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie gleich alle Teilnehmer-Namen etc. ausplauderte, um die von ihr (zu Recht!) für opportunistisch gehaltene „KPD" unter Druck zu setzen.

Das "portugiesische Modell"

An der „Lissaboner Konferenz" beteiligten sich gemeinsam mit den "Ml"ern u. a. **Vertreter der Regierungsparteien aus Spanien, Portugal,**

An der „Lissaboner Konferenz" beteiligten sich gemeinsam mit den "Ml"ern u. a. **Vertreter der Regierungsparteien aus Spanien, Portugal,** **Frankreich und Italien sowie der CDU.** Alfred Dregger und andere CDU-Politiker hatten Grußadressen geschickt. Soll heißen: gerade diejenigen, die hierzulande teilweise schon ganz offen ein Verbot der "K-Gruppen" fordern, trafen in Lissabon mit dem pro-imperialistischen Teil eben dieser "K-Gruppen" zusammen. Ein wahrlich einmaliges Bild!

Der Hintergrund dieses makabren Stelldicheins läßt sich aus der Vorgeschichte dieser Konferenz erklären:

Als Initiator der Lissabonner Konferenz trat zunächst ein eigens zu diesem und keinem anderen Zweck gebildetes "Komitee" auf: Dieses "Komitee" bestand aus Vertretern sämtlicher bürgerlicher Parteien Portugals sowie der "PCP/ML", der portugiesischen "Bruderpartei" der "KPD".

In Portugal hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren erstmals die offizielle Zusammenarbeit mit "ML"-Kräften getestet – anscheinend zu ihrer vollen Zufriedenheit. Zum Verständnis dieser Entwicklung sei nur daran erinnert:

- daß die "PCP/ML" 1975 die konterrevolutionären und faschistischen Anschläge, Überfälle und gesteuerten Aktionen verhetzter Bauern gegen Einrichtungen der portugiesischen KP und anderer linker Organisationen begeistert unterstützt hat;
- daß die "PCP/ML" den konterrevolutionären Staatsstreich vom 25. November 1975 und die Entmachtung der antifaschistischen Offiziere unterstützte;
- daß die "PCP/ML" darüber hinaus – allerdings vergeblich - die Bourgeoisie und den Imperialismus zur Zerschlagung der KP und der anderen linken Organisationen aufforderte;
- daß die "PCP/ML" im Frühjahr 1976 den Präsidentschaftswahlkampf des konterrevolutionären Generals Eanes unterstützte.

Die "PCP/ML" hat mit dieser Politik als bisher erste "ML-Gruppierung Europas erreicht, daß sie von der Bourgeoisie und ihren Parteien als Gesprächs- und Aktionspartner öffentlich akzeptiert wird. Ein kleiner Ausdruck davon war, daß schon 1976 eine Delegation aus sämtlichen bürgerlichen Parteien - einschließlich eines "PCP/ML"-Vertreters – nach China reiste und diese Reise ausdrücklich unter der Obhut der "PCP/ML"-eigenen "Freundschaftsgesellschaft" stand.

Lissabon, sozusagen die Geburtsstätte dieser politischen Zusammenarbeit, war somit natürlicherweise auch der richtige Ort, um die internationale Ausweitung dieser Zusammenarbeit zu erproben.

Selbstverständlich stehen einer öffentlichen Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen Parteien einerseits, "ML"-Kräften andererseits, von beiden Seiten Widerstände, Hindernisse und Probleme entgegen: Auf der einen Seite stehen die antikommunistischen Barrieren bei den bürgerlichen Parteien; auf der anderen Seite stehen Reste von revolutionärem Willen und von Schamgefühl bei den "ML"-Kräften. Man denke nur an die Schwierigkeiten, die die "KPD" jetzt wegen ihrer Beteiligung an der „Lissaboner Konferenz " hat!

Daß man diese Zusammenarbeit zunächst auf internationalem Parkett erproben wollte, unter der Obhut der in dieser Materie schon fortgeschritteneren Portugiesen und fernab von der heimischen Öffentlichkeit, ist eine verständliche Entscheidung.

Die „Lissaboner Konferenz" in der imperialistischen Strategie

Es könnte mehr als bloßer Zufall sein, daß fast gleichzeitig mit der „Lissaboner Konferenz" (Ende Mai) innerhalb von kaum mehr als einem Monat, zwei weitere, in ihrer Stoßrichtung ähnliche imperialistische Konferenzen stattfanden:

- Ende April/Anfang Mai fand in Washington ein Jahreskongreß der "Antikommunistischen Welt-Liga" mit über 400 "Delegierten" aus 70 Ländern statt.

Nicht mehr Thema des Kongresses: "Strategie und Taktik der Abwehr des Kommunismus auf nationaler und internationaler Ebene". Angebliches Hauptanliegen: "Abwehr eines weiteren Vordringens des Sowjetimperialismus, besonders in Afrika". Graf Hans Huyn von der CSU, bekannter Hans Dampf in allen rechten Gassen, war ebenso mit von der Par-

perialismus, besonders in Afrika". Graf Hans Huyn von der CSU, bekannter Hans Dampf in allen rechten Gassen, war ebenso mit von der Par-tie wie Heinrich Härtle, eine Figur aus der westdeutschen Nazi-Szene.

- Anfang Juni trafen sich in Brighton/Großbritannien Geschäftsleute und Politiker aus Westeuropa, Asien und den USA, um über die Gründung einer "Antikommunistischen Weltorganisation zur Verteidigung der Freiheit und der freien Marktwirtschaft" zu debattieren.

In genau diese Zusammenhänge – antisowjetische Konferenzen und Vorbereitungen zur Gründung einer neuen "Anti-Komintern" (antikommunistisch-antisowjetische Internationale) – gehört auch die „Lissaboner Konferenz". Dies deckt sich weitgehend mit der bekannten chinesischen Propaganda für eine "Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus".

Und, das muß man hinzufügen: **Die "KPD" hat bewußt den Weg nach Lissabon angetreten, hat bewußt diesen erstmaligen Kontakt zu rechtsbürgerlich-antisowjetischen Kräften gesucht:** Über ihre langjährige Verbindung zur "PCP/ML" (Portugal) wurde die "KPD" schon an den ersten Vorbesprechungen zur geplanten Konferenz (im Sommer 1977!) beteiligt. Gemeinsam mit der "PCP/ML" setzte sich die "KPD" im Januar 1978 ausdrücklich und öffentlich dafür ein, daß die Konferenz unbedingt stattfinden müsse (was zu diesem Zeitpunkt offenbar infrage gestellt war.)

Es ist also nur ein taktischer Rückzug, wenn die "KPD" – und bisher nur begrenzt auf Westberlin – behauptet, sie habe sich die Lissaboner Gesprächspartner schließlich nicht aussuchen können, und wenn sie verspricht, sie werde keine Bündnisse mit Antikommunisten und Antidemokraten eingehen (Ohne daß sie auf der anderen Seite bisher ihre offizielle Einschätzung der Konferenz als **"positiver Ansatz"** zurückgezogen hätte!).

Na endlich! KBW und „Arbeiterbund" nehmen Stellung zur Polemik Albanien—China

KBW

Daß der KBW zu der seit Juli 1977 (!) geführten Polemik zwischen China und Albanien länger als ein Jahr schwieg, ist für diese Organisation ganz normal. Daß der KBW allerdings nach der Verschärfung dieser Polemik (seit dem Abbruch der chinesischen Hilfe für Albanien im Juli 1978) weitere zwei Monate lang hartnäckig schwieg, bevor er sich zu einer öffentlichen Stellungnahme aufraffte ist schon bemerkenswerter. Es ist in der KBW-Führung mit dieser Stellungnahme, so könnte man vielleicht vermuten, nicht alles so ganz glatt gelaufen.

Aber nun ist sie da, die Rede des KBW-Chefs "Sekretär" Joscha Schmierer, nachzulesen in der KVZ vom 25. September, zwei Seiten lang. Schmierers Deutung: " **Wir haben es gegenwärtig mit einem großangelegten Komplott der Sozialimperialisten gegen die KP Chinas und gegen die Diktatur des Proletariats zu tun. Ein Akteur nach dem anderen tritt ins Rampenlicht und verkündet seine Verurteilung der 'chinesischen Hegemonialpolitik' ... In diesem Zusammenhang sind die Angriffe der Partei der Arbeit Albaniens auf die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik China zu verstehen."** *"Politisch und militärisch ist Vietnam der Eckstein in diesem Komplott gegen die Volksrepublik China. Ideologisch soll Enver Hoxha die Volksrepublik China in die Zwickmühle bringen. Kann sein, daß der Sozialimperialismus sich auch politisch und militärisch davon noch viel verspricht. Günstig plaziert wäre Albanien gerade für den zweiten Zug, wenn es direkt um Europa geht."*

Im weiteren betont Schmierer, die Angriffe der PdA Albaniens auf die KP Chinas erleichterten die sowjetischen Kriegsvorbereitungen *"schon beträchtlich"*, und **"daß die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung Enver Hoxhas eine beträchtliche Rolle in den Versuchen der Sozialimperialisten spielt, die Volksrepublik China ideologisch, politisch und militärisch um freie Hand für die Kriegsvorbereitungen in Europa zu bekommen."**

Das ist sehr naßforsch formuliert, sogar deutlich schärfer als die Angriffe der pro-imperialistischen "KPD" gegen Albanien. Indessen kann diese Polemik nicht davon ablenken, daß der KBW unter Führung Joscha Schmierers sich zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit lauthals zur "Theorie der drei Welten"

lenken, daß der KBW unter Führung Joscha Schmierers sich zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit lauthals zur "Theorie der drei Welten"

bekennt, aber in punkto Vaterlandsverteidigung noch keineswegs das Soll erfüllt hat, sondern klar hinter der "KPD" liegt. Das wird man, trotz Schmierers starker Worte, sicher auch in Peking registrieren!

"Arbeiterbund" München

Der Münchener "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" ist seit Jahren für seine unübertroffene Fähigkeit bekannt, sich um klare Stellungnahmen zu Fragen der kommunistischen Weltbewegung herumzumogeln. So hat er es z.B. bis heute nicht zu einer klaren Wertung der chinesischen Außenpolitik gebracht, sondern tut so, als sei die "Theorie der drei Welten" eine Erfindung der "KPD"!

Man konnte daher gespannt sein, als man in der "Arbeiterbund"-Zeitung "KAZ" vom 25. August las, daß das ZK des "Arbeiterbundes" am 17. August über die *"Meinungsverschiedenheiten"* zwischen China und Albanien *"beraten"* habe und daß in der nächsten "KAZ" das Beratungsergebnis veröffentlicht werden würde.

In der "KAZ" vom 19. September war es dann so weit. Doll war es leider nicht, was da geboten wurde. Im wesentlichen enthält die **"Erklärung des ZK"** folgende Aussagen:

1. Der Abbruch der Hilfe für Albanien durch die chinesische Regierung *"widerspricht völlig den elementaren Grundsätzen für die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern."*
2. Es sei "befremdlich", *"wie in dem Brief des ZK der PAA zu einigen Fragen des Marxismus-Leninismus Stellung bezogen wird. So wird etwa die Bedeutung der Lehren Mao Tse-Tungs geleugnet."*
3. Es sei ebenfalls "befremdlich", *"daß im Brief des ZK der PAA behauptet wird, daß die KP Chinas unter Führung Mao Tse-Tungs und anderer bewährter proletarischer Revolutionäre wie Tschou En-Lai habe eine 'schwankende Haltung im Kampf gegen den modernen Revisionismus' eingenommen ...."*

Das war's denn auch schon! Kein Wort steht in der gesamten "Erklärung des ZK" des "Arbeiterbund" zum eigentlichen Hauptthema der albanisch-chinesischen Polemik, nämlich zur Einschätzung der Weltlage und der damit verbundenen chinesischen Außenpolitik! Der "Arbeiterbund" bringt es tatsächlich fertig, dieses heiße Thema einfach "auszusparen"!

Dafür plädiert der "Arbeiterbund" in seiner ZK-Erklärung lebhaft für die **"Einheit des internationalen Proletariats"**, die es jetzt wieder herauszustellen gelte: *"Es ist klar* (wem? – Anm. AK) *: die Einheit der kommunistischen Weltbewegung kann und muß auf marxistisch-leninistischer Grundlage wiederhergestellt werden. Die jetzt öffentlich diskutierten Differenzen* (von denen der "Arbeiterbund" die wesentlichen ja verschweigt! – Anm.AK) *sind dabei kein Hindernisgrund, sondern werden letztlich helfen, diese Einheit auf der Basis noch größerer Klarheit wiederherzustellen."*

Ja, "unverbesserliche Zentristen"

letztlich helfen, diese Einheit auf der Basis noch größerer Klarheit wiederherzustellen."

Ja, "unverbesserliche Zentristen" sind sie und werden sie auch bleiben, diese ewigen Wahrer der Einheit! Ihre Schlußfolgerung aus alledem: *"Der Wiederaufbau der KPD* (gemeint ist die Verbreiterung des "Arbeiterbund"– Anm.AK) *ist deshalb der Hauptbeitrag, den wir zur Einheit nicht nur der westdeutschen Arbeiter, sondern damit zugleich zur Wiederherstellung der Einheit der internationalen und kommunistischen Arbeiterbewegung leisten können."*

Die Jüngeren unter uns werden es vielleicht noch erleben, daß der "Arbeiterbund" irgendwann doch mal zur chinesischen Außenpolitik Stellung beziehen muß, so oder so.

Spendenliste

Wie üblich veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im ARBEITERKAMPF Nr. 132 an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenfalls den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Unser Spendenkonto: H.Eckhoff, Kto. Nr. 4501 755 Dresdner Bank, Hamburg.
Eingänge auf unser Verlagskonto werden wir entsprechend weiterleiten.

Für Schulprojekt in Eritrea

Spender	Betrag
G.M., Göttingen	500,--
S.-H.	53,70
BO Bergedorf, KB Gruppe HH	65,--
LT-Wahltip in Göttingen	185,--
M.H.	30,--
K.B., Ulm	150,--
Skatrunde Nürnberg	10,15
KB/Gruppe Braunschweig	265,--
M.L., Lübeck	250,--
Initiativgruppe Medizin, Marburg	41,52
J.F., Westberlin	400,--
A.B., Freiburg	17,--
KB/Gruppe Stade	45,--
Betriebsgruppensammlung Studienseminar Hamburg	34,--
W.P., Hamburg	500,--
KB Symphatisanten Lüneburg	19,--
KB/Gruppe Stade	66,--
Wohngemeinschaft Deisterstr. Göttingen	22,50
W.B., Ulm	100,--
Wolfgang, Hamburg	1.000,--
Sammlung Zaire-Veranstaltung Hamburg 3.7.78	2.487,83 --
R.H.	50,--
W.P., Hamburg	1.000,--
Freizeitzelle Tating und Feier in Hamburg-Stellshoop	60,--
N.N.	20,60
E., Hamburg	74,26
KB/Gruppe Stade	37,--
W.E., Kiel	25,--
KB/Gruppe Freiburg	25,--
M.K., Saarbrücken	25,--
B., Eutin	50,--
J.T., Rotenburg	20,--
B.B., Westberlin	200,--
J.T., Rotenburg	10,--
KB/Gruppe Braunschweig	60,--
J.N., Freiburg	40,--
K.-H.K., Hamburg	500,--
B.L., Hamburg	50,--
G.V., Quickborn	100,--
KB/Gruppe Braunschweig	283,--
M.L., Lübeck	800,--
R.C., Osnabrück	20,--
KB/Gruppe Stade	30,--
M.L., Lübeck	220,--
"Rote Erna", Hamburg-Wilhelmsburg	20,--
Summe	9.961,56

Die bei uns eingehenden Spendenbeträge für die EPLF/Eritrea werden entsprechend den Vereinbarungen mit den Genossen der EPLF gleichfalls für das Schulprojekt verwandt und sind in der obigen Aufstellung enthalten.
Damit betragen die für das Schulprojekt in Eritrea eingegangenen Gelder bisher **DM 14.838,03**

Für PFLP, Palästina

Spender	Betrag
M.B., Clausthal-Zellerfeld	39,60
KB/Gruppe Bremen	20,--
Wohngemeinschaft Deisterstrasse Göttingen	10,01
G.P., Kiel	37,27
KB/Gruppe Bremerhaven	25,50
Arbeiterbuch Bremerhaven	135,70
W.K., Teningen I	100,--
Bierstube Mader Hamburg	110,--
"Rote Erna", Wilhelmsburg	4,--
KB/Gruppe Stade	10,--
Summe	492,08

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die PFLP auf **DM 130.194,02**

Für MIR, Chile

Spender	Betrag
KB/Gruppe Stade	20,--
P.M., Hamburg	15,--
Summe	35,--

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für den MIR auf **DM 293.389,37**

Für FNLC, Zaire

Spender	Betrag
LT-Wahltip Göttingen	25,50

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für FNLC auf **DM 117,50**

Für Frente Polisario, West-Sahara

Spender	Betrag
G.M., Göttingen	500,--
LT-Wahltip Göttingen	16,50
2 Kollegen auf der Zaire-Veranstaltung	85,--
Wohngemeinschaft Deisterstrasse Göttingen	11,05
Rest Urlaubskasse von Hamburger Genossen	50,--
Summe	662,55

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf **DM 31.089,13**

Für ZANU, Zimbabwe

Spender	Betrag
M.B., Clausthal-Zellerfeld	39,60

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die ZANU auf insgesamt **DM 29.377,26**

Damit betragen die für das Schulprojekt in Eritrea eingegangenen Gelder bisher DM 14.838,03

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die ZANU auf insgesamt DM 29.377,26

PFLP

Hamburg, den 25.8.1978

Liebe Genossen!

Hiermit bestätigen wir den Empfang von 7.000.- DM Spendengeldern; ein erneuter Beweis für uns, daß wir in unserem Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion nicht isoliert dastehen.
In dieser schwierigen Phase der palästinensischen Revolution ist uns Eure Verbundenheit finanziell, politisch und moralisch eine wertvolle Unterstützung.
Hoch die internationale Solidarität!
Vorwärts mit unserem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger!

Spart mit dem „!" !!!

Beim Blättern im AK 137 fiel mir auf, daß im Artikel zur „Grünen Liste Schleswig-Holstein" (S.4) drei von vier Zwischenüberschriften mit einem Ausrufungszeichen verziert wurden, nämlich: *„Der Vostand blamiert sich nach Kräften!"*, *„Eine Überraschung!"* und *„Die Beschlüsse!"*. Bißchen viel Ausrufe, fand ich. Ich blätterte weiter und fand z.B. auch die Überschriften *„Faschisten in der Bundeswehr!"*, *„Immer an der Spitze des Geschehens: Bundeskanzler Schmidt!"*, *„Revanchisten werden gepäppelt!"* (S.15, Antimil-Teil).

Ich guckte daraufhin auch nochmal in den AK 138 und wurde wieder fündig, z.B.: *„Offener Brief an Ministerpräsident Börner!"*, *„Schleswig-Holstein: Frauenkongreß zu den Wahlen!"*, *„Pressekampagne des Vorstandes gegen Kreisverbände!"* (S.6). Es wäre noch zu klären, ob für den bisweilen verschwenderischen Gebrauch des „!" die Verfasser dieser Artikel verantwortlich sind, oder vielleicht einzelne Genossen im Lay Out (nach meinen Beobachtungen sind zumindest einmal in Texte von mir Ausrufungszeichen n a c h t r ä g l i c h in die Überschrift reingemogelt worden).

Sicher gibts Fälle, wo mal ein „!" am richtigen Platz ist, beispielsweise bei der Schlagzeile des AK 138: *„Schah = Mörder!"*. Oft hat das Ausrufungszeichen aber auch nur die Funktion, eine an sich nichtssagende Überschrift mit Pauken und Trompeten zu begleiten, etwa im Sinne von „Hier kommt eine ganz üble Sauerei!" oder „Das fand ich aber schweinisch". Es dient als Empörungs- oder Wichtigkeitszeichen. Kein Wunder darum, daß (zumindest früher) das „!" in einer Zeitung wie dem „Roten Morgen" ziemlich verschwenderisch gebraucht wurde. Ich vermute, daß zum verschwenderischen Umgang mit dem „!" bei uns eher die etwas sektiererischen Genossen neigen, denen auch bei der Beschreibung von Vorgängen die einfache Beschreibung nicht genügt, sondern die gern noch ein paar „übel!", „schweinisch!", „das allerschärfste aber ..." usw. in den Text einstreuen.

Ein Genosse der AK-Redaktion

Erklärung zum SSB/Schüler

Wie aus der im folgenden abgedruckten Erklärung hervorgeht, hat die „kleine Anleiterkonferenz" der KB - Gruppe Hamburg auf Vorschlag des LG beschlossen, weiterhin nicht mehr die Verantwortung für die Politik des SSB/Schüler zu tragen. Für die AK-Leser hier einige zusätzliche Informationen, die über die Erklärung hinaus für das Verständnis notwendig sind.

Der SSB/Schüler ging 1972 aus der Spaltung des Kommunistischen Oberschülerbundes in eine KB/Fraktion und eine später beim KBW organisierte Fraktion hervor. Konzipiert war er als eine o r g a n i s a t o r i s c h vom KB unabhängige Massenorganisation, die sich jedoch ausdrücklich politisch am KB orientiert.

Seinen politischen Höhepunkt erreichte der SSB/Schüler in den Jahren 75/76 im Zusammenhang mit dem Aufbau der „Hamburger Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik", einem Zusammenschluß von hauptsächlich Schülern, Lehrlingen und Studenten. In dieser Zeit wuchs dem SSB/Schüler an den Schulen ein breites Sympathisantenfeld heran, aus dieser Zeit rührten im wesentlichen auch beachtliche Erfolge bei den folgenden Wahlen zu den Schülervertretungen.

Jedoch zeigte sich schon zu dieser Zeit, verschärft noch in den folgenden Jahren, daß der SSB/Schüler zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, dieses Sympathisantenfeld zu organisieren und ihm eine politische Orientierung zu geben. Schon zu diesem Zeitpunkt traten massiv Strömungen auf, den neugewonnen Sympathisanten gegenüber die politisch grundsätzliche Diskussion zu vernachlässigen, späterhin fast vollständig aufzugeben und anstelle dessen die sogenannten „unmittelbaren Interessen" der Schüler zu setzen.

Das so entstehende Manko an neuen, qualifizierten Mitgleidern wurde durch die schrittweise Aufhebung der politischen Ansprüche „ausgeglichen". Eine Orientierung am KB war von hieran nicht mehr Kriterium der Mitgliedschaft im SSB/Schüler. Wie weitgehend sich dies durchgesetzt hat, zeigte sich in der Diskussion der „kleinen Hamburger Anleiterkonferenz", in der anleitende Genossen des SSB/Schüler behaupteten, es hätte n i e m a l s Mitgliedskriterien gegeben.

Diese Praxis wurde und wird von den verantwortlichen Genossen damit gerechtfertigt, daß an junge Menschen nicht mit den gleichen Anforderungen herangetreten werden könne wie an Mitglieder des KB. Ausdrücklich wurde auch auf der „kleinen Anleiterkonferenz" vertreten, daß von Mitgliedern des SSB/Schüler keine Orientierung am KB verlangt werden könne und dürfe. Auch wir sind der Meinung, daß an junge Menschen nicht mit g l e i c h e n Ansprüchen herangetreten werden darf, sind andererseits aber der Meinung, daß hier ganz besonders auf die politisch-ideologische Entwicklung im Sinne des Marxismus geachtet werden muß und daß für die Mitglieder einer Sympathisantenorganisation des KB die Kenntnis und Bejahung der Grundlagen der KB-Politik unbedingte Voraussetzung ist.

Da dies im SSB/Schüler erklärtermaßen nicht der Fall ist, war die Trennung nur eine logische Schlußfolgerung, die nur einen bestehenden Tatbestand nachträglich feststellt. Wir fordern alle Genossen und Genossinnen auf, diese Frage, die, wie die laufende KB-Debatte zeigt, nicht nur für den SSB/Schüler Bedeutung hat, in den Zellen und Einheiten zu diskutieren.

Resolution des LG zum SSB/Schüler

Nach gründlichen Überlegungen und nach Diskussionen mit Genossen des SSB(Schüler) und Genossen der Jugendleitung ist das LG zu folgender Einschätzung gekommen:
1. Der SSB wurde 1972 als Sympathisantenmassenorganisation im Schülerbereich gegründet. Sein Auftrag war, einerseits die jugendlichen Sympathisanten des KB zu organisieren, sie an die Politik des KB heranzuführen, sie politisch-ideologisch im Sinne des Marxismus-Leninismus auszubilden und andererseits die Jugendlichen an den Schulen in ihrem Kampf zu unterstützen, diesen zu initiieren und zu organisieren und unter den Schülern die Agitation und Propaganda des KB zu verbreiten.

Diese an eine Sympathisantenmassenorganisation des KB zu stellenden Aufgaben hat der SSB nie zu erfüllen vermocht.

Am schwerwiegendsten ist dabei der politisch-ideologische Zerfall des SSB. Weder kann heute von einer Erziehung der jugendlichen Mitglieder zum Marxismus-Leninismus die Rede sein, noch von einer systematischen Diskussion um die Politik des KB. Dieser Mangel an politischer Qualifikation wurde von den anleitenden Genossen des SSB in der Regel durch Druck auf die Mitglieder auszugleichen versucht. In der Mitgliedschaft waren die Folge wachsende politische Passivität und in zunehmendem Maße *Genossen des SSB in der Regel durch Druck auf die Mitglieder auszugleichen versucht. In der Mitgliedschaft waren die Folge wachsende politische Passivität und in zunehmendem Maße* *Anfälligkeit gegenüber spontaneistischen und anarchistischen Angriffen auf den KB.*

Praktisch äußerte sich dies darin, daß immer mehr Genossen des SSB nicht mehr bereit waren, die Politik des KB mitzutragen und sich teilweise auch öffentlich gegen sie stellten. Die Anleitung des SSB zog hieraus jedoch nicht den Schluß, das politisch-ideologische Niveau der Organisation systematisch zu heben, sondern ging den Weg der „Liberalisierung", was sowohl die Senkung der organisatorischen als auch der politischen Anforderungen zur Folge hatte.

Dies hat heute zu einer Situation geführt, in der vom SSB als einer s o z i a l i s t i s c h e n O r g a n i s a t i o n nicht mehr die Rede sein kann, schon gar nicht von einer, die ihre politische Orientierung am KB sucht. Vielmehr handelt es sich um ein Sammelbecken verschiedener sozialistischer und spontaneistischer Strömungen, in dem letztere gegenwärtig Arbeitsweise und politische Orientierung bestimmen.
2. Vor diesem Hintergrund schlug die Mehrheit der Jugendleitung und der anleitenden Genossen des SSB den Aufbau einer „kommunistischen Jugendmassenorganisation" vor, die alle Bereiche der Jugendlichen (vor allem auch Lehrlinge) einbeziehen soll und die organisatorisch vom KB getrennt werden soll. Kernpunkt dieser Überlegungen ist, eine Organisation zu schaffen, die p o l i t i s c h nicht am KB orientiert ist, sondern als einziges Aufnahmekriterium die „konstruktive (?) Mitarbeit" in einer Grundeinheit der neu zu schaffenden, weit offenen Organisation macht.

Das LG ist der Ansicht, daß nicht die fehlende Breite der Organisierung, nicht die zu hohen Anforderungen an politische Disziplin und Überzeugung für den Zustand des SSB verantwortlich sind, sondern - umgekehrt - das mangelnde politisch-ideologische Niveau auf allen Ebenen des SSB und damit das z u w e n i g an politischer Überzeugung.

Vor dem Hintergrund des jetzigen Zustandes des SSB laufen die Vorschläge der Jugendleitung in der Praxis darauf hinaus, den politisch wie organisatorisch desolaten Zustand festzuschreiben, dem Liberalismus Tür und Tor zu öffnen, und damit die Tendenzen, den SSB politisch vom KB zu entfernen, zu verstärken.
3. Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß uns dieser Zustand und die Entwicklung dahin seit langem bekannt sind, wir jedoch nicht im entscheidenden Maße eingegriffen haben.

Wie insgesamt im KB haben wir diese Tendenzen unterschätzt, so daß wir heute vor einer faktischen Auflösung des SSB stehen.

*Die selbstkritische Betrachtung der Entwicklung des SSB schließt ein, daß wir die Genossen nicht allein verantwortlich für den heutigen Zustand machen. Es schließt ebenso ein, daß wir die Genossen der Jugendleitung aufgrund ihrer Vorschläge nicht des Spontaneismus und der bewußten Zerstörung der Jugend- und Schülerarbeit bezichtigen. Jedoch machen wir ihnen zum Vor**gendleitung aufgrund ihrer Vorschläge nicht des Spontaneismus und der bewußten Zerstörung der Jugend- und Schülerarbeit bezichtigen. Jedoch machen wir ihnen zum Vor**wurf, daß sie es trotz Erkenntnis der Lage und trotz verschiedener Diskussionen ablehnen, innerhalb dieser Entwicklung gegen den Strom zu schwimmen und sich stattdessen den Tendenzen zur Auflösung des sozialistischen Organisationsprinzips des SSB anschließen.*

Aus der Analyse dieser Situation hat das LG den Schluß gezogen, daß es gegenwärtig nicht mehr die Verantwortung für die Politik des SSB übernehmen kann. Das bedeutet, daß der SSB nunmehr erklärtermassen zu dem wird, was er im Grunde von Anfang an w a r: eine vom KB organisatorisch unabhängige und politisch eigenständige Gruppierung mit Kontakt zum KB.

Mit a l l e n Genossen und Leitern des SSB wollen wir über die weitere politische und organisatorische Entwicklung des SSB in der Diskussion bleiben. Deshalb wird das LG eine Arbeitsgruppe einrichten, die - in Zusammenarbeit mit dem SSB bzw. den Teilen des SSB, die dazu bereit sind - Möglichkeiten für den Aufbau einer sozialistischen Schülerarbeit in Hamburg suchen und erproben wird. Die verschiedenen kontroversen Stellungnahmen zur weiteren Entwicklung des SSB sollen zusammengefaßt und zur Diskussion in der gesamten Organisation zur Verfügung gestellt werden.

Resolutions-Vorschlag des LG, diskutiert und - ohne Enthaltung - einstimmig beschlossen auf der a.o. ‚kleinen Hamburger Anleiter-Konferenz' am 22. September 1978.
Resolutions-Vorschlag des LG, diskutiert und - ohne Enthaltung - einstimmig beschlossen auf der a.o. ‚kleinen Hamburger Anleiter-Konferenz' am 22. September 1978.

(Vier anwesende Mitglieder der Jugendleitung stimmten gegen die Resolution.)



Hamburg Gewerbeschule 10 und 16:

3 Tage Streik gegen das Kurssystem

Mit dem Beginn des ersten Unterrichtsblocks nach den Sommerferien ist – für Schüler und Lehrer völlig überraschend – ein neues Kurssystem eingeführt worden. Betroffen davon sind 15.000 Schülerinnen und Schüler der gewerblich-technischen Berufsschulen.
Verschlechterungen mit sich (s. Kasten) und ist bei den Berufsschülern schon immer auf Widerstand gestossen. Was nach einigen Testballons nicht recht klappte (Anfang 75 wurden eingeführte Kurse an der G1, G10 und G16 von den Schülern erfolgreich boykottiert) wollte die Behörde nun endgültig durchsetzen.

Die G10/16 reagierte daraufhin mit dreitägigen Streik- und Protestaktionen – den längsten und spektakulärsten in der jüngeren Geschichte Hamburger Berufsschulkämpfe. Ein erstes konkretes Ergebnis ist die Einrichtung einer Berufsschülerkonferenz, auf der weitere Aktionen koordiniert werden sollen. Als Resonanz erschienen beim erstenmal Schüler aus 12 Berufsschulen. Diesen Ansatz auszubauen und zu festigen, kann für die Entwicklung der Berufsschulkämpfe ein wichtiger Schritt sein.

Über die erfolgreichen Streikaktivitäten wollen wir aus den Reden eines Schülervertreters auszugsweise zitieren. (Interessierten wird eine Streikdokumentation angeboten; siehe Anzeige):

In kurzer Reihenfolge wurden sowohl bei der G10 und der G16 Schülerratssitzungen einberufen. Es dauerte nicht ganz eine Woche und da war das Kurssystem Gesprächsthema Nummer 1 in der gesamten Schule. Am Mittwoch früh auf den VV's von G10 und G16 wurde beschlossen, Herrn Brüggemann in der Schulbehörde zu besuchen. (Wir waren uns im Klaren darüber, daß nach knapp zwei Wochen Diskussion in den Klassen noch viele Fragen und Unklarheiten bestehen. Andererseits überlegten wir: Was nützt uns die beste Diskussion, wenn unser Dreiwochenblock vorbei ist und im nächsten Block das Kurssystem eingeführt ist. Es wurde also Zeit zu handeln.) ... Auf den beiden VV's, die etwa von 800 Schülern besucht wurden, gab es am Ende nur drei Gegenstimmen und 10 Enthaltungen. ... (Als es am Mittwoch dann in Richtung Schulbehörde losging war klar: Wir waren fest entschlossen und nicht mehr aufzuhalten. Wir hatten keine Streikerfahrungen, natürlich konnte keiner genau sagen, wieviele denn letztendlich mitziehen würden – und dann das:)

Als die ersten unterwegs waren, folgten die anderen, es waren a l l e ! Die Schule war völlig leergefegt. 1000 Berufsschüler zogen zur Behörde. Ein Lärm und eine Stimmung – Ihr könnt Euch das nicht vorstellen!

(Die Berufsschüler fuhren geschlossen mit der Bahn zur Schulbehörde.)

Eine Delegation wurde hochgeschickt mit dem Auftrag die verantwortlichen Herren herunterzuholen. Sie kamen aber alleine wieder, weil die Herren meinten, mit sovielen Leuten könne man nicht reden; außerdem wollten wir nur demonstrieren. Das ging zu weit! Vorschläge wurden gemacht, die Schulbehörde zu stürmen und umzukrempeln. Wir wollten aber eine unnötige Konfrontation mit der Polizei vermeiden. Schließlich ging es darum, eine Öffentlichkeit für unser Anliegen zu schaffen.

Daraufhin besetzten wir symbolisch die Hamburger Straße für 15 Minuten – da kam keine Maus mehr durch!
Unter den Rufen „Wir kommen wieder!" ging der erste Streiktag zuende.

Der zweite Streiktag

Am zweiten Tag beteiligten sich 80% der Schüler aktiv am Streik: Auf einer VV am Morgen wurden verschiedene Delegationen von 30 bis



100 Leuten zusammengestellt, um andere Berufsschulen. die Gewerkschaften und die Presse zu unterrichten. Ca. 500 Leute waren an diesem Vormittag auf den Beinen. Dieser Tag galt der Verbreiterung unserer Aktivitäten auf andere Berufsschulen und der Information der Öffentlichkeit. Ein Unterricht fand auch an diesem Tag mit Ausnahme einer Prüfungsklasse nicht statt. Die Kollegen, die sich nicht aktiv am Streik beteiligten (vor allem wegen der Probezeit) nutzten die Zeit für Diskussionen in den Klassen über das Kurssystem. Nach einer VV, auf der die Delegationen über ihre Ergebnisse berichteten, fand zum Abschluß des Tages eine erweiterte SR-Sitzung von der G10 und G16 statt, die von über 100 Kollegen und Kolleginnen besucht wurde.

Einstimmig wurde beschlossen, den Streik am dritten Tag fortzusetzen. Eine wichtige Konsequenz aus den Mängeln unseres Vortages war, die Streikposten besser zu organisieren.

Der dritte Streiktag

Der dritte Streiktag war die größte Kraftprobe - die Bedingungen für einen erfolgreichen Abschluß waren äußerst schwierig:

- Es regnete den ganzen Tag in Strömen.
- Einige Betriebe hatten Konsequenzen angedroht.
- Viele wurden als „fehlend" in das Klassenbuch eingetragen, es bestand Unsicherheit, ob die Betriebe benachrichtigt werden usw.

Als eine ganze Reihe von Schülern morgens in die Klassen gingen, beschlossen wir erst einmal einen geordneten Rückzug, um aufgrund der neuen Situation Entscheidungen zu treffen. Wir beschlossen eine erweiterte SR-Sitzung in der Schule durchzuführen. Viele Kollegen dachten: Wo die anderen erst einmal in den Klassen sind, würden wir sie nicht wieder herausbekommen - erste Anzeichen von Resignation machten sich breit.

Der „drohende Zusammenbruch" des Streiks wurde auch von der Schulleitung registriert, und nach den Tagen scheinbarer Zugeständnisse und Gesprächsbereitschaft, gingen sie jetzt dazu über, voll reinzuhauen. Den gut hundert Kollegen und Kolleginnen, die über das weitere Vorgehen beraten wollten, wurde ein Raum verweigert. **Die vier Streikführer sollten unter Androhung von Polizei die Schule verlassen.**

Rechtliche Konsequenzen wegen Hausfriedensbruch und Aufruf zu illegalen Aktionen wurden ihnen von den Direktoren Birk und Haenisch angedroht.

Zur Durchsetzung dieses harten Kurses war eigens Oberschulrat Brüggemann zur Verstärkung anwesend, der alles leitete. Minutenlang war eine bedrückende Atmosphäre der Hilflosigkeit, auf diese Situation zu reagieren. Alles schien verloren. Ich glaube, Ihr könnt Euch gut vorstellen, wie vielen von uns zu Mute war, nach den beiden Tagen! ... Doch dann wendete sich das Blatt schlagartig. Nach einigen Minuten starteten wir eine volle Gegenoffensive. Die Versammlung wurde über Megaphon über die Drohungen informiert.

Es wurde erzählt, daß hier vier Kollegen stellvertretend herausgegriffen werden sollten, daß die Schulleitung offensichtlich plant, die Streikfront jetzt zu zerschlagen. Der Angriff gegen die Vier ist ein Angriff gegen die 1.000 Kollegen, die die Tage zuvor ebenso illegal gestreikt haben. Wir argumentierten, daß jetzt für jeden klar sei, daß die Behörde mit allen Mitteln das Kurssystem durchsetzen wolle.

Wir kündigten an, sofort eine Presseerklärung zum NDR zu schicken, um über das skandalöse Vorgehen der Behörde zu berichten. Die Kollegen wurden aufgefordert, sofort durch die Klassen zu ziehen, um die anderen zu einer VV auf dem Schulhof zusammenzutrommeln.

Unsere Devise war: Jetzt erst recht!

Die nun entstandene neue Situation war überwältigend. Ihr könnt Euch sicherlich gut vorstellen, was wir fühlten, als wir nur Minuten später auf dem Schulhof vor hunderten von Schülern eine VV abhielten. Bei nur einer Gegenstimme wurde beschlossen, sofort eine Delegation zum Berufsschulzentrum zu schikken, eine Klasse erklärte sich spontan bereit, mit einer Presseresolution zum NDR zu gehen.

Jetzt zog eine 250 Kopf starke Delegation auf der schon bekannten Route zur Lübecker Straße. Der strömende Regen schien keinen zu stören; die Stimmung war unbeschreiblich kämpferisch. Am Ziel angekommen zogen wir direkt in die G 5, wo gerade eine VV zum Thema Kurssystem abgehalten wurde: Es gab eine erste VV von zwei verschiedenen Schulen. Während über das Kurssystem diskutiert wurde, kündigte sich eine etwa 80 Kopf starke Delegation der G 9 an, die dann ebenfalls an der VV teilnahm. So klang der dritte Streiktag aus. Was nicht mehr berichtet wurde, daß 3/4 der G 9 -Schülerschaft die letzten Unterrichtsstunden boykottiert hat und nach Hause gegangen ist.

WIR HATTEN ALLES GEWONNEN!!

Kurssystem — Nee!

Nach einer Entscheidung der Deputation der Behörde für Schule, Jugend und Berufsausbildung vom 5.4. 78 ist mit Wirkung vom 1. August der 35 - Stunden Fachunterricht pro Woche auf 31 Stunden gekürzt und für die restlichen vier Wochenstunden sogenannte „Stütz - und Förderkurse" eingeführt worden.

Die Argumentation der Schulbehörde: In den „Stützkursen" soll *„dem durchschnittlichen und schwächeren Berufsschüler (...) gezielte Hilfe angeboten werden"*, während die „Förderkurse" für *„die in den schulischen Leistungen besseren Berufsschüler"* vorgesehen sind.

Unter „fachpädagogischer Beratung" soll der Schüler so die Möglichkeit erhalten, *„aus einem Angebot das auszuwählen, was aufgrund seines Leistungsstandes und seinen Neigungen am geeignetsten erscheint"* (amtliche Mitteilung der Behörde an die Schulleiter).

Schon auf den ersten Blick ist diese „Argumentation" nicht stichhaltig:

Aufgrund der anhaltenden Bildungsmisere (der Raum-, Stunden- und Lehrermangel ist an den Berufsschulen besonders krass) ist das Kursangebot von den organisatorischen Voraussetzungen her von vornherein derart begrenzt, daß von einer „freien Wahl" eh nicht die Rede sein kann.



innerhalb der Unterrichtszeit ist technisch nur bei zusätzlicher Bereitstellung von Lehrerstunden und Fachräumen möglich. Diese werden aber ausdrücklich nicht bewilligt, so daß die Lehrer sich im Falle einer Realisierung der Pläne der Behörde auf Überstunden, die Schüler auf Schichtunterricht bis in den Spätnachmittag hinein vorbereiten müssten.

- Eine fachtheoretische Verbesserung der Lehrlingsausbildung ist nur denkbar durch eine Verlängerung der Unterrichtsblöcke; die Schulbehörde hingegen will vier Fachunterrichtsstunden k ü r z e n !

Es liegt auf der Hand, daß die Kurse nicht zu „mehr Gerechtigkeit" führen. Durch das Prinzip der „Leistungsdifferenzierung" erhalten die wenigen „Guten" noch mehr Förderung, während die Masse der Sonder-, Haupt- und teilweise Realschüler mehr und mehr abgeschrieben wird.

Das Kurssystem ist - wie die Erfahrungen vergleichbarer Verfahren (z.B. der gymnasialen Studienstufe) zwingend beweisen - ein Instrument zur noch effektiveren Auslese der „Besten", zur Verschärfung von Leistungsdruck und Konkurrenzkampf, zur Aufspaltung der Schüler und deren Solidarität.

Schon seit langem schlagen die Kapitalisten u.a. der Metallindustrie der Bundesregierung die Einführung *„differenzierter Metallberufe mit ein- bis zweijähriger Ausbildungszeit"* vor („Handelsblatt", 8.11.74). Das Kurssystem ist ein Schritt zur Anpassung der Berufsschulen an die Stufenausbildung und deren Erweiterung auf andere Berufsbereiche.

Welche schwerwiegenden Folgen durch diese „Differenzierung" die Arbeiterjugend zu tragen hat, zeigt die seit Jahren (u.a. in der Elektroindustrie) praktizierte Stufenausbildung, wodurch ein immer größerer Teil der Kolleginnen und Kollegen mit einer Teilqualifikation nach der ersten Stufe als Hilfsarbeiter arbeiten muß oder arbeitslos auf der Straße landet...

Bullenschutz und Einschüchterung

Als bekannt wurde, daß G 10/16-Schüler am Freitag erneut ins Berufsschulzentrum ziehen wollten, um die anderen zum Mitstreiken zu bewegen, wurde reagiert:

– G 11: sämtliche Ausgänge (auch die Notausgänge!) wurden verriegelt. Rings um die Schule waren mehrere Polizeiautos und Mannschaftswagen postiert! Nach Angaben des Direktors sei dies alles auf Anweisung der Schulbehörde erfolgt, aus "Sicherheitsgründen, um ein gewaltsames Eindringen der Streikschüler zu verhindern". Aus Protest gegen diese Freiheitsberaubung wurde von den Schülern mit einem Sit-in reagiert; ein Beschwerdebrief der zuständigen Gewerkschaft NGG soll folgen.

– An der G 9 wurde das Gerücht ausgestreut, daß "Schlägertrupps radikaler Gruppen im Anmarsch" seien! Nachdem hier von drei Viertel der Schülerschaft die letzte Unterrichtsstunde bestreikt wurde, wurden die Lehrer angehalten, sofort die Betriebe zu informieren.

– Bekannt ist, daß noch an mindestens drei weiteren Schulen (G1, G4, W1) die Türen verschlossen wurden.

Die Schulbehörde bevorzugte eine flexible Taktik: Dort, wo es eine recht breite Bewegung gibt, machte sie Zugeständnisse (die Schulbehörde kündigte an, von sich aus keine rechtlichen Maßnahmen gegen Streikschüler zu ergreifen), andererseits wurde versucht, eine Verbreiterung der Aktionen auf andere Schulen mit allen Mitteln zu unterdrücken.



Streikdokumantation
Zu bestellen bei:
Volker Marks, Eschenweg 3
2000 Hamburg 50